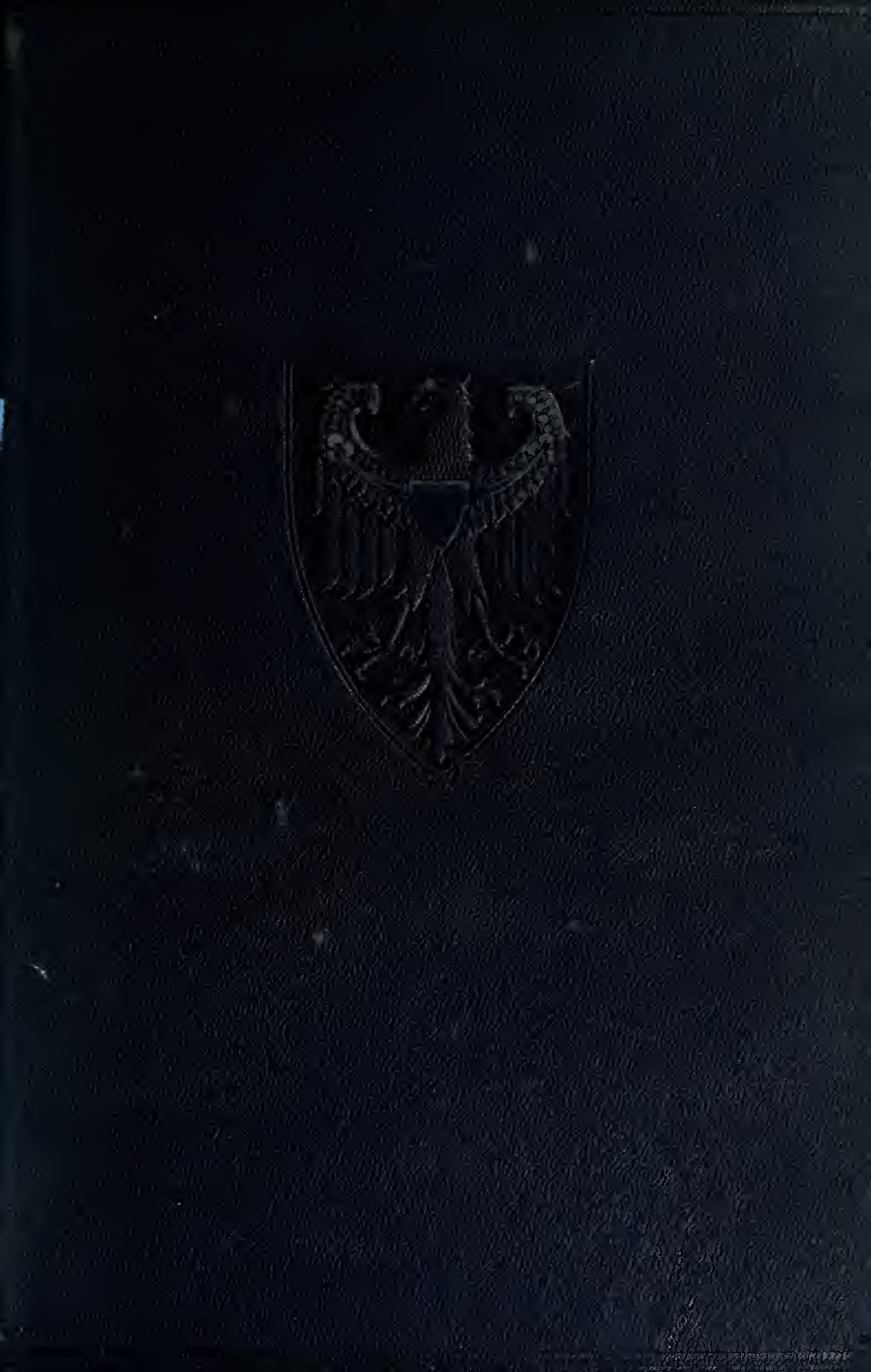



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Diese mit dem Reichsadler versehene Sonderausgabe wird ausschließlich für die VERTRIEBSSTELLE FÜR NATIONAL-LITERATUR in Berlin-Schöneberg, Wexstraße 2, hergestellt und wird allein von ihr in ihren eigenen Originaleinbänden vertrieben. Durch den Buchhandel ist diese Ausgabe nicht zu beziehen.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1922

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

6. Band:

Kriegsgefahr in Ost und West
Ausklang der Bismarckzeit

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage
1.—13. Tausend

 Gedruckt in der Buchdruckerei Oscar Brandstetter in Leipzig

Inhaltsübersicht des sechsten Bandes

Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis erscheint zum Schluß des gesamten Werkes

Kapitel XXXVII
Russisch-Österreichische Kriegsgefahr 1887—88

Nr. 1150

Der Geschäftsträger in Wien Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 442 Wien, den 7. November 1887

Die Stimmung der hiesigen maßgebenden Kreise gegen und betreffs Rußland verdüsterte sich in den letzten Tagen zusehends. Graf Wolkenstein hat in mehreren Privatbriefen dem Grafen Kálnoky wenig erfreuliche Schilderungen von den in der dortigen Staatsleitung, namentlich aber im auswärtigen Departement herrschenden, an Anarchie grenzenden, disziplinlosen Zuständen gemacht, Mitteilungen, die zwar nichts Unbekanntes brachten, aber doch das Gefühl, sich unberechenbaren Potenzen gegenüber zu wissen, noch vermehrten.

Die jetzt endgültig bestätigte Meldung der Verlegung der 13. Kavalleriedivision in den südöstlichen Teil des Königreichs Polen wirkt ferner verstimmend auf Graf Kálnoky. Derselbe machte mich heut darauf aufmerksam, daß die Division von ihren neuen Garnisonsorten aus gemeinsam mit der ohnehin in jenen Gegenden schon überaus zahlreichen Reiterei den Teil Galiziens bedrohe, in dem sich mehrere Bahnlinien kreuzten, und welcher daher für den Aufmarsch der österreichischen Armee von größter Wichtigkeit sei. Wenn eine Verstärkung von vier Regimentern Kavallerie an sich zwar geringfügig scheine, so käme in Betracht, daß die polnischen Provinzen Rußlands schon sehr dicht mit Truppen belegt seien, wie denn in Wien eine Unterbringung von noch mehr Soldaten dort für unmöglich gehalten wurde.

Auch der heut abend im telegraphischen Auszuge vorliegende Artikel des „Journal de St. Pétersbourg" über seine Delegationsreden* mißfällt dem Minister. Er glaube nicht schroff gesprochen zu haben und habe sich beeilt, auf die nicht zu vermeidenden Äußerungen über

* Am 5. November hatte sich Graf Kálnoky im Ausschuß der ungarischen Delegation ausführlich zur bulgarischen Frage geäußert. Sein Standpunkt war der, daß Österreich-Ungarn den Prinzen von Koburg, der keineswegs als österreichungarischer Kandidat anzusehen sei, zwar „heute" noch nicht als einen legal auf dem bulgarischen Thron befindlichen Fürsten anzuerkennen vermöge, wohl aber die bulgarische Regierung als eine de facto bestehende anerkenne. In Graf Kálnokys Bemerkungen über Rußland klang kaum verhüllt der österreichisch-russische Gegensatz durch: er gebe die Hoffnung nicht auf, daß „Rußland sich mehr, als dies gegenwärtig der Fall ist, den friedlichen und konservativen Bestrebungen der Zentralmächte nähere, und daß wir mit diesem großen und mächtigen Nachbar auf einem Fuße bleiben, der den beiderseitigen Völkern eine größere Beruhigung für die Zukunft bietet".

Bulgarien noch das „Pflaster von den freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland“ zu setzen.

Keinen guten Eindruck haben endlich auf Graf Kálnoky die Äußerungen Nelidows zu Herrn von Radowitz gemacht, mir mitgeteilt sub Nr. 576 vom 30. v. Mts.*, welche hier schon durch Bericht des Baron Calice zur Kenntnis gekommen waren. Graf Kálnoky wies mir gegenüber darauf hin, daß, im Widerspruch zu den Anschuldigungen des russischen Botschafters, Herr von Burian**, wie alle anderen Agenten in Bulgarien, die strikteste Ordre hätte, sich jeder Parteinahme für den Prinzen von Koburg zu enthalten. Die Haltung dieser Agenten, deren man in Wien sicher sei, entspräche der österreichischen Politik, die bekanntlich bisher nicht für Prinz Ferdinand eingetreten wäre.

Fast noch besorgter wie im Ministerium des Äußern ist man im hiesigen Generalstab[1]***, doch möchte ich fast glauben, daß man dort auch manchen rein administrativen militärischen Maßnahmen in den westlichen russischen Gouvernements ausschließlich kriegerische[2] Motive unterlegt.

Monts

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:
Pet[e]r[s]b[urg] B[otschaft] vertr[au]l[ich] m[it]th[eilen] mit Zusatz, daß hier gleiche Besorgniß sich an Truppendislokation knüpft.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] So auch hier
[2] welche sonst?

Nr. 1151

Militärbericht des Militärattachés in Wien Major von Deines

Ausfertigung

Nr. 79 — Wien, den 9. November 1887

Ganz vertraulich

Bei einem Besuche bei dem Herrn Chef des Generalstabes der Armee kam heute die Sprache auf die fortgesetzten russischen Truppenvorschiebungen.

---

* In seinem Berichte vom 30. Oktober 1887 hatte Radowitz Klagen und Beschwerden seines russischen Kollegen über die österreichische Politik wiedergegeben: „Das Auftreten des Wiener Kabinetts trage immer mehr den Charakter einer Provokation gegen Rußland. Auch hier [d. h. in Konstantinopel] werde jetzt von österreichischer Seite in der bulgarischen Sache gegen Rußland Partei genommen; er habe den Sultan sowohl wie die Pforte unter dem lebhaften Eindruck gefunden, daß die österreichische Regierung im Verein mit der italienischen und gestützt auf den Hintergrund des deutschen Bündnisses entschlossen gegen die russischen Interessen auf der Balkanhalbinsel vorgehen wolle und bereits dem gegenwärtigen Regime in Bulgarien offene Unterstützung leihe. Darin allein liege momentan eine Gefahr für den Frieden. Von Rußland würde dieselbe nicht ausgehen.“

** Österreich-ungarischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Sofia.

*** Vgl. Kap. XXXVIII: Österreichisch-Deutsche Besprechungen über den casus foederis 1887/88.

Seine Majestät der Kaiser geruhten bereits bei dem vorgestrigen Hofdiner mir mitzuteilen, daß die Regimenter der 13. russischen Kavalleriedivision nunmehr per Bahn in dem ihnen angewiesenen Rayon bei Lublin angekommen sind, nachdem die beiden Batterien bereits früher in Lublin ausgeschifft worden waren.

Feldmarschalleutnant von Beck hatte eine nach seiner Ansicht glaubwürdige Nachricht, daß in der allerletzten Zeit 105 Militärzüge aus dem Innern Rußlands an der Weichsellinie angekommen seien. Den Bedarf an Zügen für die Kavalleriedivision nebst Batterien berechnet der General auf höchstens 60 Züge, mit Troß und allem.

Nach anderen Nachrichten soll auch im Siedlecer Gouvernement Artillerie angekommen sein, und wenn man annehmen will, daß die neuerdings gegen die preußische Grenze disponierten beiden Dragonerregimenter bereits bei Lomza und Mlawa eingetroffen sind, mit Benutzung der Bahn über Warschau, so gewinnt die zunächst übertrieben erscheinende Meldung von 105 Militärzügen an Wahrscheinlichkeit.

Immerhin will Baron Beck Bestätigung abwarten. —

Bei Luck (nördlich Brody) wird an 3 großen Feldschanzen und an Gebäuden zur Unterbringung von Vorräten oder Truppen eifrig gearbeitet, auch soll daselbst eine zweite Brücke über den Styr hergestellt werden.

Entlang der galizischen Grenze sollen nunmehr 4 russische Kavalleriedivisionen stehen (= 96 Eskadrons) mit zahlreicher Artillerie und zwar nahezu auf Kriegsstärke. Demgegenüber hat Österreich 2 Kavalleriedivisionen in Galizien (Lemberg und Krakau) auf erhöhtem Friedensfuß.

Der Herr Chef des Generalstabes der Armee sprach sich dahin aus, daß seiner Auffassung nach jetzt die Grenze erreicht sei, bis zu welcher man habe zusehen können ohne Gegenmaßregeln. Er erwarte in den allernächsten Tagen noch einige geheime Berichte aus Polen und werde, wenn alle Nachrichten sich bestätigen, dem Erzherzog Albrecht und Seiner Majestät dem Kaiser die Notwendigkeit von Gegenmaßregeln darlegen.

Man müsse auf der einen Seite die Ruhe nicht verlieren, andererseits sich aber auch der großen Verantwortung bewußt bleiben.

Daß Österreich nicht die Absicht habe, Rußland anzugreifen, wisse man in Petersburg so gut wie hier; auch sei es unmöglich, die russischen Truppenvorschiebungen als Defensivmaßregeln anzusehen gegenüber den verhältnismäßig schwachen galizischen Garnisonen. Eine Erklärung finde man daher nur in kriegerischen Absichten der Russen. —

Aus früheren Gesprächen mit General von Beck glaube ich entnehmen zu können, daß zunächst eine Verstärkung der Kavallerie in Galizien ins Auge gefaßt werden dürfte; wichtiger wäre eine solche der Infanterie. —

Trotz der Anhäufung russischer Truppen an der Grenze hält man

hier an der Absicht des eventuellen Aufmarsches der Armee in Galizien fest; ich habe noch keinerlei Anzeichen für das Schwankendwerden in diesem Vorsatze bemerken können. Feldmarschalleutnant von Beck erkennt vollständig, daß ein Aufgeben dieses Vorsatzes gerade das ist, was die Russen bezwecken. Dagegen äußerte Seine Exzellenz, daß die letzteren unter Umständen den Winter als ihren guten Verbündeten benutzen könnten.

Ein sehr ungünstiges Symptom für die Absichten in Petersburg würde nach Ansicht des Generals der Rücktritt des Herrn von Giers sein, auf dessen Möglichkeit die neuesten Meldungen von der Newa hindeuteten. v. Deines

Nr. 1152

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 St. Petersburg, den 17. November 1887

Als ich im Sinne des Erlasses Nr. 805 vom 12. d. Mts. den Wiener Bericht Nr. 442 vom 7. d. Mts.* gegenüber Herrn von Giers verwertete, gab der Minister dem Wunsch nach Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen in gewohnter Weise Ausdruck, sprach sich jedoch über Österreich mit auffälliger Schärfe aus, erklärte die russischen Militärmaßnahmen gegenüber Österreich[1] für unerläßlich und ließ durchblicken, daß der Interessengegensatz zwischen Rußland und Österreich ein unversöhnbarer sei.

Oberst Klepsch** erzählte mir, daß in hiesigen Militärkreisen die Ansicht um sich greife, der jetzige Moment sei für Rußland günstig zum Krieg mit Österreich, weil letzteres in der Umformung seines Gewehrs begriffen wäre. Bülow

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] u[nd] bei Kowno?

Nr. 1153

Der österreich-ungarische Militärattaché in Petersburg Oberstleutnant Klepsch an ?

Abschrift eines Privatbriefes im Auszug, übergeben vom österreich-ungarischen Geschäftsträger in Berlin

St. Petersburg, den 16. November 1887

Unter allen Umständen liegt die Frage nahe: Wollen denn die Russen Krieg anfangen? Gegen wen? und auf welchen Grund hin?

* Siehe Nr. 1158.
** Österreich-ungarischer Militärattaché in Petersburg.

Es ist der jahrelang aufgehetzte Fanatismus, der, [nachdem] durch unglaublich ungeschickte Behandlung von oben das Steuer der Vernunft und jeglicher Selbstzensur abgeworfen, dazu gelangt ist, unter der nationalen Flagge die Politik des Kommunismus zu treiben. Die Regierung — das Organ — maßregelte ein bißchen Katkow und dieselbe Regierung — das Staatsoberhaupt — belorbeerte denselben Mann — lebend und nach seinem Tode — als „richtigsten Interpreten" etc. Das Chaos von heute ist die Folge. Mit wem man auch spricht, stets hört man: Rußland werde bedroht von allen Seiten (d. h. von Deutschland und uns). Rußland müsse auf seine Verteidigung gefaßt sein, daher sich rüsten, — darin nur läge die Kriegsgefahr. Nur wenn einem ein Freund wieder erzählt, was diese hohen und minder hohen Herren sprechen, wenn sie unter sich sind, dann merkt man ziemlich deutlich den Pferdefuß. Sollte ich in Kürze fassen, was ich Rußlands allerdings nie ausgesprochene und auch kaum auszusprechende politische Direktive nenne? Deutschland muß niedergebrochen werden, weil es zu stark ist, es Rußlands Wort in Europa übertönt und Rußland hindert, seine heilige nationale Mission (diese fängt an der Balkanhalbinsel an und endet südlich von Budweis und nördlich von Illyrien, — und Professor Lamansky* nennt das: „Rußlands innere Angelegenheit") zu erfüllen. Österreich muß niedergeworfen werden, als Konkurrent und Besitzer dessen, was man selbst besitzen will.

Ich bin überzeugt, daß Kaiser Alexander so nicht denkt; aber es fehlt mir jegliches Zutrauen zu seiner geistigen Produktivität, so daß er eigene Gedanken den unter ganz falschen Titeln an ihn gebrachten Vorschlägen entgegenzustellen fähig wäre.

Nr. 1154

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 369 St. Petersburg, den 18. November 1887

pp. In auffälligem Gegensatze zu dem ruhigen, versöhnlichen und eher kleinlauten Tone, in welchem der Minister** über die russisch-deutschen Beziehungen sprach, stand die Schärfe, mit der er sich sodann über das Verhältnis Rußlands zu Österreich ausließ[1]. Er bezeichnete die Rede des Grafen Kálnoky*** als „un défi" für Rußland. Wenn Graf Kálnoky so tue, als ob er Rußland nicht habe verletzen wollen, so füge der

* Russischer Panslawist.
** v. Giers.
*** Vgl. Nr. 1150, Fußnote *.

österreichisch-ungarische Minister zur Beleidigung den Spott. Herr Nelidow sei oft zu aufgeregt, habe aber recht gehabt in seinen Äußerungen gegenüber Herrn von Radowitz über die Haltung Österreichs auf der Balkanhalbinsel. Es sei begreiflich, daß Herr Nelidow erbittert wäre über die Art und Weise, wie Baron Calice und Herr Burian gegen Rußland arbeiteten. Österreich glaube sich jetzt gegenüber Rußland alles erlauben zu können; es wolle Rußland vor den übrigen Slawen demütigen und aus der slawischen Welt verdrängen. In diesem Vorgehen werde Österreich freilich durch die Charakterlosigkeit der Balkanvölker ermutigt: Herr Ristitsch lasse sich von denselben Ungarn beloben, welche vor 11 Jahren Abdul Kerim Pascha* für seine Siege über Serbien einen Ehrensäbel überreicht hätten. Rußland werde sich aber von Österreich nicht wie Serbien oder Rumänien behandeln lassen. Rußland sei stärker als Österreich, welches noch in jedem seiner Kriege geschlagen worden wäre.

Wenn die bisherigen Auslassungen des Ministers eher den Eindruck machten, mit Absicht und Überlegung vorgebracht zu werden, so schien mir derselbe im Eifer seiner Rede weiter zu gehen, als er eigentlich wollte, wenn er am Schlusse die Bemerkung fallen ließ: „Et les Autrichiens croient nous faire plaisir, en nous déclarant, qu'ils ne veulent pas nous attaquer! Ils n'ont qu'à venir[2], nous ne demandons pas mieux." Herr von Giers nahm diesen Ausfall halb und halb wieder zurück, indem er einiges murmelte von seiner unbedingten Friedensliebe und der „Geduld" des Kaisers Alexander. „Ich habe", so schloß der Minister, „die Rede des Grafen Kálnoky gegenüber dem österreichischen Geschäftsträger nicht berührt. Fürst Lobanow soll in Wien auch nicht über dieselbe reden. Es hilft doch zu nichts, wir verstehen uns mit den Österreichern nun einmal nicht." Der Minister suchte die letztere Behauptung zu begründen durch einen retrospektiven Blick auf die Geschichte der russisch-österreichischen Beziehungen seit 10 Jahren, wobei er zu verstehen gab, daß die Interessen Rußlands und Österreichs unvereinbar wären.

Die Bemerkungen des Herrn von Giers über Österreich waren von einem offenbaren parti-pris inspiriert, der übrigens schon aus den Auslassungen des „Journal de St. Pétersbourg" und des „Nord" über die Rede des Grafen Kálnoky sprach. Charakteristisch ist in dieser Richtung auch, daß, wie ich aus guter Quelle höre, der im übrigen antiösterreichische, hyperorthodoxe und übereifrige Fürst Kantacuzen sich anfänglich über die Rede des Grafen Kálnoky befriedigt geäußert und auch in diesem Sinne hierher berichtet hat. Herr von Giers soll seinem Neffen mit Bezug hierauf geschrieben haben: „Pour une fois que Vous ne faites pas du zèle, Vous n'êtes pas du tout dans la vraie note."

---

* 1876 türkischer Oberbefehlshaber im Kriege gegen Serbien.

Wenn ich die Auslassungen des Herrn von Giers über Österreich mit dem vergleiche, was der meist wohl informierte Oberst Klepsch mir vorgestern über die Stimmung in russischen Militärkreisen erzählte, so scheint mir die Möglichkeit nicht ausgeschlossen zu sein, daß das offizielle Rußland, um seinen selbstverschuldeten inneren und äußeren Schwierigkeiten zu entgehen, gegenwärtig Händel mit Österreich sucht oder wenigstens Österreich einschüchtern[3] möchte.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] At instar Caesaris
[2] in Wien abzuwiegeln
[3] provociren! wovor in Wien zu warnen

Nr. 1155

Der Geschäftsträger in Wien Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 467 Wien, den 19. November

Als ich der mir erteilten Weisung gemäß den Inhalt des Telegrammes Nr. 173 aus Petersburg vom 17.* und der die russischen Rüstungen betreffenden Meldungen von ebendort und aus Warschau (Nr. 615, 620, 624) Graf Kálnoky gegenüber verwertete, äußerte sich derselbe in folgender Weise:

Der harte Ton der Sprache des Herrn von Giers betreffs Österreich sei ungewöhnlich und um so auffälliger, als noch in allerjüngster Zeit der russische leitende Staatsmann dem Grafen Wolkenstein seine Zufriedenheit mit der Haltung des Wiener Kabinetts zu erkennen gegeben.

Was die Rüstungen beträfe, so stimmten die deutschen Meldungen mit dem hierher Berichteten überein. Als eine direkte Kriegsvorbereitung könne er, Graf Kálnoky, diese Maßregeln indes noch nicht ansehen. Es handele sich, abgesehen von dem einen größeren Truppenkörper, der 13. Kavalleriedivision, vorläufig nur um Heeressplitter, Befestigungen und Vorräte. Auch liege zum Teil wohl nur die allmähliche Ausführung schon längst gegebener Befehle vor. Dazu käme, daß augenscheinlich von russischer Seite gar kein Geheimnis aus den militärischen Maßnahmen gemacht würde. Im Gegenteile seien darüber

* Siehe Nr. 1152.

in den letzten Tagen von allen Seiten, auch über London und Rom, hierher Nachrichten zusammengeströmt, so daß eine gewisse Absichtlichkeit unverkennbar. Er, Graf Kálnoky, möchte daher fast der Meinung zuneigen, daß Rußland eine drohende Haltung geflissentlich annehme, um dieselbe als Pressionsmittel zu verwerten[1].

Bedenklich bliebe freilich, so fuhr der Minister fort, daß die bisher immerhin noch nicht bedeutend zu nennenden Truppenverschiebungen in einer Jahreszeit stattfänden, wo ein Garnisonswechsel sicher nicht vorteilhaft für die Truppe sein könne. Die Unterbringung und Unterhaltung der Kavalleriedivision 13 in einem armen Landstriche, der schon überfüllt mit Militär, müsse dem Ärar sehr erhebliche Kosten machen, wenn man von dem gegenüberliegenden Teile Galiziens einen Rückschluß auf das russische Nachbarterritorium mache. Dort halte die hiesige Regierung weniger Kavallerie wie eigentlich erforderlich, weil die Unterbringung in den elenden Dörfern auch die besten Regimenter in kurzer Zeit ruiniere, und Mann und Pferd nichts zu beißen und zu brechen fänden.

Noch bedenklicher würde eine eventuelle Ausführung des Planes der Bildung von drei großen Korps aus der gesamten Kavallerie des Innern aufzufassen sein. Die Verwirklichung dieser Idee müßte allerdings die Kriegsgefahr imminent erscheinen lassen. —

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß Graf Kálnoky bemüht ist, die Sachlage in möglichst optimistischer Weise aufzufassen, und bei dem Entschlusse noch weiteren ruhigen Abwartens ohne Einleitung von Gegenmaßregeln beharrt. Bestimmend wirkt zweifellos der Wunsch mit, die morgen auseinandergehenden Delegationen erst zu Haus zu wissen. Ferner müsse man, wie mir der Minister schon vorgestern sagte, doch füglich noch abwarten, welche Maßregeln der Kaiser von Rußland nach seiner Rückkehr, und nachdem er solange allen Geschäften fern gestanden*, ergreifen werde. Schließlich fühlte ich durch, daß vor allem anderen Graf Kálnoky noch Nachrichten über die Haltung des Kaisers Alexander in Berlin abwarten will, wie auch namentlich Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph, der sich vorgestern wieder nach Gödöllö begeben, eine gute Einwirkung der persönlichen Berührung des russischen Herrschers mit unserem allergnädigsten Herrn und Euerer Durchlaucht zu erhoffen scheint.

M o n t s.

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Auch um Oest[er]reich zum A n g r i f f auf R[ußland] zu reizen

---

* Der Aufenthalt des Zaren auf Schloß Fredensborg in Dänemark hatte sich infolge der Erkrankung seiner jüngsten Kinder vom 26. August bis zum 16. November ausgedehnt; er nahm dann seinen Rückweg über Berlin. Vgl. Bd. V, Kap. XXXVI.

Nr. 1156

Der Militärattaché in Wien Major von Deines an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Privatbrief. Auszug in Abschrift

Wien, den 23. November 1887

Dann wollte ich aber vor allen Dingen Bericht erstatten über die Stimmung hier vis-à-vis Rußland.

Man fing an, die unausgesetzten Truppenvorschiebungen der Russen und die sichern Nachrichten über anderweite Kriegsrüstungen dort ernst zu nehmen; Feldmarschalleutnant von Beck scheint auch dem Kaiser positive Vorschläge zur Verstärkung der galizischen Garnisonen in Übereinstimmung mit dem Erzherzog Albrecht unterbreitet zu haben. Auf Grund der von Seiner Majestät dem Zaren in Berlin mehrfach abgegebenen Versicherungen, daß er nicht daran denke, Deutschland anzugreifen, ist man hier zunächst wieder auf das „Abwarten" gesetzt; man hofft, daß die angeblich friedlichen Gesinnungen des Zars bald sichtbar werden in der Einstellung der Rüstungen.

Man übersieht dabei, wie ich fürchte, daß der Zar keinerlei Versprechungen gegeben hat, Österreich nicht anzugreifen. Und ganz abgesehen von dem Wunsche oder Willen des russischen Kaisers sind die tatsächlichen Truppenbewegungen in Polen, die Zuzüge aus dem innern Rußland, die Munitions-, Geschütz- und Gewehrtransporte Tatsachen, welche einzig und allein auf kriegerische Absichten zurückgeführt werden können und müssen. Nun wollen die Russen, voran Gurko, die Welt glauben machen, daß die russischen Maßregeln nur defensive seien, zur Abwehr der Gefahr, die drohe aus den österreichischen und preußischen Maßregeln. Wenn das bei uns und hier auch niemand glaubt, so bleibt doch die alte Erfahrung, daß fast alle Kriege mit solchen gegenseitigen Entschuldigungen begonnen haben. —

Von höchstem Interesse wäre aber, im Hinblick auf die hiesigen Verhältnisse, eine Kenntnis darüber, wann man sich bei uns wohl zum Handeln entschließen würde[1].

Die russischen Rüstungen bezwecken den Krieg; will es wirklich uns nicht angreifen, so gilt er Österreich.

Fürst Bismarck hat hierher telegraphiert, daß er dem Zaren erklärt habe, ein Angriff gegen Österreich würde für uns den casus foederis bilden. — Im Frühjahr stieß ich[2] im Auswärtigen Amt auf die Ansicht[3], man könne Österreich wohl eine oder zwei Schlachten verlieren lassen[2]. Wenn diese Ansicht wirklich vorhanden wäre, so müßte man die Österreicher hierüber nicht im Zweifel lassen. Sie würden dann viel mehr wie bisher ihre eigene Kraft stärken und Vorsorge tragen, nicht geschlagen zu werden[4]. Jetzt verlassen sich alle, vom Kaiser ab, bestimmt und blind auf unsere mächtige Unterstützung. — Österreich wird gewiß niemals die Russen angreifen; wird es aber

angegriffen, machen wir dann sofort mobil und erklären Rußland den Krieg[5], oder warten wir, bis ein russischer Sieg Österreich in unabsehbare Verlegenheiten bringt, uns die Franzosen, Dänen etc. auf den Hals hetzt und die Unterstützung der Italiener mindestens lähmt? —

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Das ergibt unser Vertrag; ein russ[ischer] Angriff müßte vorhergehen. Wir wünschen den Krieg zu vermeiden, u[nd] werden deshalb einen öst[er]r[eichischen] Angriff auf Rußland oder russ[ische] Truppen in Bulg[arien] nicht mitmachen. Will Oest[er]r[eich] dergl[eichen] unternehmen, so muß es sich des Beistandes von Ital[ien] England, der Pforte etc. versichern.

2 ?

3 ? bei mir gewiß nicht, für den Fall daß Rußland angreift ist casus foederis ja ganz klar

4 Oest[er]r[eich] hat den Angriff Rußlands wohl erst zu fürchten, nachdem wir mit Frankreich engagirt sein werden.

5 das ist unsre Vertragspflicht, wenn nicht Oest[er]reich den russ[ischen] Angriff muthwillig provocirt.

Nr. 1157

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 24. November 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, nach Wien zu schreiben, Seine Durchlaucht vermutete, daß die Russen alles mögliche täten, um Österreich zu einem Angriffe auf Rußland zu provozieren. Nachdem sie Kenntnis von dem Wortlaut des deutsch-österreichischen Vertrages hätten, würde es ihnen für ihr Verhältnis zu uns nützlich sein, nicht ihrerseits anzugreifen, sondern den Angriff Österreichs abzuwarten. Bei unserem dringenden Wunsch, den Krieg vermieden zu sehen, würden wir Österreich dankbar sein, wenn dasselbe auf die russischen Provokationen nicht einginge*.

C. Rantzau

Nr. 1158

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Nr. 665 Berlin, den 30. November 1887

Geheim

Im Anschluß an meinen geheimen Erlaß Nr. 659 vom 29. d. Mts.** und an unsere mündliche Besprechung erlaube ich mir Ew. pp. nochmals ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß es in der jetzigen Lage

* In dem Sinne dieser Direktiven erging am 29. November ein Erlaß (Nr. 659) nach Wien.

** Vgl. Nr. 1157, Fußnote.

vor allem darauf ankommen wird, daß Österreich in seinem Verhalten zu Rußland die politisch-diplomatische und die militärische Seite nach Möglichkeit auseinanderzuhalten sucht. Österreichs Wunsch, den Krieg zu vermeiden, ist ebenso lebhaft wie der unsrige; in diesem Sinne wird Graf Kálnoky es gewiß mit uns für politisch nützlich halten, alles zu vermeiden, was wie eine Provokation Rußlands gedeutet werden könnte; auf der andern Seite wird Österreich sich aber nicht in einen Zustand der Sicherheit einwiegen lassen dürfen, der es einem etwaigen plötzlichen militärischen Angriff Rußlands gegenüber militärisch zu schwach erscheinen ließe.

Es wird sich deshalb in Parallele mit den militärisch etwa erforderlich erscheinenden Maßnahmen empfehlen, auf diplomatischem Gebiete tunlichstes Entgegenkommen zu zeigen, um den Russen jeden Vorwand der Beschwerde zu entziehen: es dürfte dies um so eher gelingen, wenn vielleicht der Oberst Klepsch autorisiert würde, die russischen Rüstungen und die dadurch geschaffene Verlegenheit Österreichs an maßgebender Stelle in St. Petersburg vertraulich und in freundschaftlicher Form zur Sprache zu bringen.

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, diesen Gedanken mit dem Grafen Kálnoky vertraulich besprechen zu wollen.

H. Bismarck

Nr. 1159

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 487 Wien, den 1. Dezember 1887

Geheim

Ich habe den Grafen Kálnoky heut bald nach meiner Ankunft aufgesucht und mit ihm die Lage Österreichs gegenüber der bedrohlichen Stellung Rußlands nach Maßgabe Euerer Durchlaucht mündlicher Instruktionen und des hohen Erlasses Nr. 665 vom 30. v. Mts.* eingehend besprochen.

Die Äußerungen des Ministers, welcher gerade von dem heut früh wieder in Wien eingetroffenen Kaiser Franz Joseph kam, erlaube ich mir im Nachfolgenden zusammenzufassen.

Man mache sich hier durchaus keine Illusionen über die Stimmung in Rußland. Wenn der Zar in Berlin seinen friedlichen Absichten Deutschland gegenüber entschiedenen Ausdruck gegeben hätte, so bestände für ihn, den Minister, doch gar kein Zweifel, daß die Gefühle für Österreich-Ungarn bei dem nordischen Monarchen weniger freundschaftlich seien. Der Graf hat mich nicht über diesen Punkt befragt, ich habe ihm aber nicht widersprechen zu sollen geglaubt und gesagt,

* Siehe Nr. 1158.

ich glaubte auch, daß die kaiserlichen Äußerungen in Berlin Österreich betreffend nicht so tröstlich gewesen seien, als das, was er über sein Verhältnis zu Deutschland gesagt habe.

Über diesen Punkt besteht daher keinerlei Illusion beim Grafen Kálnoky, und fragt er sich, wie das Verhalten des k. und k. Kabinetts dieser Tatsache gegenüber einzurichten sein wird.

Seiner Ansicht nach hänge der Bestand des Friedens hauptsächlich von russischen Launen ab[1]. Würde die russische Regierung durch innere Verhältnisse gedrängt, so würde sie zum Kriege getrieben werden, auch ohne einen vernünftigen Grund dafür zu haben. Dies brauche nicht sofort einzutreten, könne aber auch bald geschehen. Für Österreich liege die Hauptaufgabe darin, der russischen Regierung keinen Prätext zu geben, welcher der russischen öffentlichen Meinung den Krieg gegen Österreich plausibel machen könnte[2]. Daß das Petersburger Kabinett nach solchen Prätexten suche, schiene klar und ginge aus den Äußerungen des sonst so zahmen russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten deutlich genug hervor. Denn es sei unmöglich, die Wahrheit so zu verdrehen und die Österreicher der Bedrohung Rußlands anzuklagen, wenn nicht feindselige Absichten und ein parti pris vorausgesetzt werden könnten[2].

Herr von Giers könne aber lange warten. Er, Graf Kálnoky, werde ihm keinen Prätext geben[3], werde Rußland nicht provozieren, geschweige denn angreifen.

Sollte russischerseits auf dem jetzt betretenen Wege fortgefahren werden, sollten die augenblicklich, wie es scheine, sistierten Truppendislokationen, „die schon seit langer Zeit in Aussicht genommen waren“, wieder anfangen die Grenze zu bedrohen, dann würde es an der Zeit sein, militärische Maßregeln zu ergreifen, um vor einem plötzlichen Überfall sicher zu sein.

Der Minister glaubt noch nicht daran, daß ein russischer Angriff noch im Winter erfolgen werde. Einmal kenne man in St. Petersburg zu genau den casus foederis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, um einen Angriff zu wagen. Man werde daher einen österreichischen Angriff mit allen Künsten zu provozieren suchen[2]. Da man hier entschlossen sei, nicht in diese Falle zu gehen[4], so würde darüber Zeit vergehen und der Sommer herankommen.

Auch wenn man die militärische Frage genau untersuche, so komme man zu dem Resultat, daß, wenn auch die Russen viel Truppen und Kriegsmaterial in Polen angehäuft hätten und jetzt schon stärker seien als die gegenüberstehenden Österreicher, die dortige Armee noch lange nicht in der Lage sei, einen Krieg zu unternehmen, von dem doch von russischer Seite auch angenommen werden müsse, daß er möglicherweise gegen Österreich und Deutschland zu führen sein würde.

Er, Graf Kálnoky, neige daher im Einverständnis mit seinem kaiserlichen Herrn zu der Ansicht hin, daß es jetzt verfrüht sein würde,

die galizischen Garnisonen zu verstärken, und zwar aus folgenden Gründen.

Bei den uns bekannten Dispositionen in St. Petersburg würde man dort aus der geringsten österreichischen Truppendislokation eine Bedrohung der russischen Grenzen machen[5]. Österreich würde als Friedensstörer hingestellt werden, und die russische Regierung das erreicht haben, was sie wollte[6]. Solche militärische Maßnahmen würden daher von den Russen als politische betrachtet und so aufgefaßt werden. Deshalb würde es nichts nützen, wenn man von hier aus in nichtoffizieller Weise durch Vertrauenspersonen dort loyal sagen ließe, der Kaiser von Österreich hätte keinerlei feindliche Absichten, er könne aber dem Vorwurf seiner Untertanen sich nicht aussetzen und gegenüber den bedrohlichen russischen militärischen Maßregeln nicht auch etwas tun, um seine Völker zu beruhigen*. Das wäre recht schön ausgedacht, aber den erhofften Erfolg würde ein solcher Schritt nicht haben[7]. Österreich würde als Störenfried gelten, wenn es auch ein Unsinn wäre, ihm diese Rolle zuschreiben zu wollen.

Würden aber die Truppenbewegungen aus dem Innern Rußlands an die westliche Grenze fortgesetzt, dann würde es an der Zeit sein, zu handeln und sich gegen einen Überfall zu sichern, dann würde es den Russen unmöglich werden[8], ihre aggressiven Absichten noch weiter zu bemänteln.

Ein militärisches Bedenken gegen sofortige Garnisonverstärkungen in Galizien mache der Kaiser besonders geltend, nämlich daß, wenn es nicht sofort zum Kriege käme, was Seine Majestät ebenfalls nicht glaubten, eine Anzahl vortrefflicher Regimenter durch die schlechte Unterkunft in den Grenzländern vollkommen ruiniert werden und dann für den Frühjahrsfeldzug unbrauchbar sein würden.

„Haltet Euer Pulver trocken, aber verschießt es nicht zu früh!" das sei gewiß der beste Rat, und habe er, noch ohne mich gesprochen zu haben, dem Kaiser dieselbe Haltung empfohlen. Er verstehe darunter, daß die Heeresleitung ihre bereits im letzten Frühjahr begonnenen inneren Vorbereitungen, Beschaffung von Waffen, Munition, Montierungen und anderem Kriegsbedarf mit verdoppelter Anstrengung fortsetze, damit es im geeigneten Moment an nichts fehle. Mit dem Mannlicher-Repetiergewehr würden 2 Armeekorps bis zum Anfang des nächsten Jahres bewaffnet sein (90000 Stück). Da dieses Gewehr dieselbe Patrone führe wie das alte, so halte der Generalstab die hiesige Bewaffnung der russischen für ebenbürtig. Ich könne darüber Euere Durchlaucht beruhigen, daß man hier nicht schlafen werde[9], aber er glaube sich darin mit Hochdenselben im Einverständnis zu befinden, wenn er nicht weiter gehen und nichts tun wolle, was jenseits der Grenze als Provokation aufgefaßt[10] werden könnte.

---

* Vgl. Nr. 1158.

Ich habe mich im Laufe unseres Gespräches davon überzeugen können, daß sich Graf Kálnoky vollkommen klar über den casus foederis ist. Es mag hier wohl bei vielen maßgebenden Persönlichkeiten der Wahn bestehen, daß wir unter jeder Bedingung für Österreich den Degen ziehen würden. Ich habe diesen Punkt sehr gründlich mit dem Minister besprochen und gefunden, daß er dieser Ansicht nicht huldigt und seine Politik nicht hierauf begründet[3]. Vielleicht mag er die Ansicht anderer teilen, daß, wenn Rußland wirklich beschlossen hat, den Krieg an Österreich zu machen, es auf den casus foederis nicht mehr so genau ankommen dürfte, weil wir dann in unserem eigenen Interesse genötigt sein würden, rasch zuzugreifen, um uns die Erfolge eines Krieges mit leichterer Mühe zu sichern, an dem wir früher oder später doch würden teilnehmen müssen[1].

Ausgesprochen hat sich der Minister indessen nicht in diesem Sinne und mir auf meine Ausführungen ausdrücklich gesagt, daß er die Ansichten Euerer Durchlaucht hierüber genau kenne und keine höheren Anforderungen an unsere Bundestreue stelle als die, welche er rechtens erwarten könne.

Dasselbe galt auch von dem Umfang der unsererseits zu leistenden Hülfe in einem russisch-österreichischen Kriege, an welchem wir vertragsmäßig teilnehmen würden. Ich habe, als dieser Punkt zur Sprache kam, es mir angelegen sein lassen, Euerer Durchlaucht mir mündlich mehrfach ausgesprochene Ansicht über die relativ beschränkte Machtentwickelung an unserer Ostgrenze dem Grafen Kálnoky zu wiederholen und ihm zu sagen, daß sich Österreich in erster Linie auf seine eigene Kraft verlassen müsse.

Auch die Frage eines wegen Bulgarien etwa entbrennenden Kampfes auf der Balkanhalbinsel wurde besprochen, und habe ich dem Minister darüber keinen Zweifel gelassen, daß wir es vor dem deutschen Volke nicht würden verantworten können, wegen eines Balkanstaates und der Orientinteressen Österreichs und namentlich Ungarns uns in einen Krieg mit Rußland zu stürzen. Hier müsse sich Österreich der Bundesgenossenschaft Englands und des Sultans zu versichern suchen[3].

Der Minister sieht dies, wie Euerer Durchlaucht dies schon aus Hochdero Besprechungen mit ihm bekannt ist, vollkommen ein. Er sagte mir, auch auf diesem Gebiet werde er sich aller Provokationen enthalten und die Suszeptibilitäten Rußlands soviel als möglich schonen. Wollte Rußland dort militärisch eingreifen, so würde Österreich-Ungarn bald nicht mehr freie Hand haben, da die englischen Abmachungen* fast fertig wären[3].

Er glaubt aber nicht daran, daß Rußland dort etwas unternehmen werde. Rußlands Objektiv bleibe immer dessen Stellung auf der Balkanhalbinsel, aber um dieselbe zu erreichen, würde es nicht dort an-

* Siehe Bd. IV, Kap. XXVIII: Entente à trois zwischen Italien, England und Österreich, Nr. 938 nebst Anlagen.

greifen, sondern man hoffte in St. Petersburg, daß, wenn Österreich erst niedergeworfen sein würde, den Russen jene Frucht von selbst in den Schoß fallen werde[2].

Als Beleg zu dieser Ansicht führte der Minister an, daß die Stimmung der Balkanslawen, selbst Montenegros, nicht darauf schließen ließe, als glaube man dort an einen Einbruch Rußlands auf der Balkanhalbinsel.

Aus vorstehenden Äußerungen des Herrn Ministers des Äußern läßt sich der bestimmte Schluß ziehen, daß österreichischerseits für jetzt keine militärischen Gegenmaßregeln getroffen werden sollen und man hier abwarten wird, daß die russischen kriegerischen Absichten sich noch deutlich akzentuieren werden.

Wie ich von sicherer Seite höre, ist der österreichisch-ungarische Generalstab der Ansicht, daß dieser Moment bereits gekommen sein dürfte, und daß es daher die höchste Zeit sei, die galizischen Garnisonen zu verstärken[11], ohne Rücksicht darauf, ob russischerseits dies als Provokation ausgelegt werden dürfte.

Feldmarschalleutnant Baron Beck wartet die demnächst bevorstehende Rückkehr des Erzherzogs Albrecht ab, um seiner Ansicht bei Seiner Majestät dem Kaiser mehr Geltung zu verschaffen.

Der Generalstab scheint sich daher im Gegensatz mit dem Minister des Äußern zu befinden, und dürfte wohl, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach, die Entscheidung des Monarchen nach letzterer Seite hin fallen. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
1 Ja
2 richtig
3 gut
4 gut!
5 dabei „dislocirt" Rußland aber ruhig weiter
6 Finanz-Faulheit!
7 es kostet auch Geld!
8 jetzt aber?
9 aber Geld nicht haben
10 die Russen haben keine Bedenken der Art!
11 richtig; aber Geld! more austriaco

Nr. 1160

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 392 St. Petersburg, den 1. Dezember 1887

Als ich Herrn von Giers an seinem gestrigen Empfangstage aufsuchte, lenkte derselbe sogleich das Gespräch auf Österreich, über welches sich der Minister mit derselben, wie mir vorkam, wohlüberlegten Gereiztheit ausließ, wie schon vor vierzehn Tagen. pp.

„Wir wollen nicht den Krieg mit Österreich, und namentlich nicht

Österreich angreifen. Wenn Österreich auseinanderfiele, so könnten seine slawischen Völker eine Quelle von Verlegenheiten für uns werden, wie jetzt die Bulgaren. Es gibt auch in Prag und in Agram Stambulows, welche mit unseren einheimischen Stambulows vereinigt die innere Organisation Rußlands gefährden würden. Vom dynastischen Standpunkte aus wünschen wir den Fortbestand Österreichs. Mais les Autrichiens ont le verbe trop haut, il faut leur rabattre le caquet; un Empereur qui se trouve à la tête de cent millions de sujets ne saurait se laisser narguer par un pays comme l'Autriche."

Ähnlich wie früher verbreitete sich der Minister auch diesmal darüber, daß zwischen dem russischen und dem österreichischen Standpunkt in der bulgarischen Frage und überhaupt in orientalischen Angelegenheiten ein unüberbrückbarer Gegensatz obwalte, wobei er es nicht an allerlei Ausfällen gegen Graf Kálnoky fehlen ließ. Dem ihm befreundeten Grafen Wolkenstein spendete Herr von Giers persönliches Lob, fügte jedoch hinzu: „Si je le voyais, je ne parlerais pas politique avec lui, à quoi bon, cela ne sert à rien entre nous et les Autrichiens."

Ich möchte Herrn von Giers, welcher dem Wunsche nach besseren Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland grade in diesen Tagen einen im letzten Ende schwerlich ganz aufrichtigen, aber jedenfalls höchst empressierten und beinah demütigen Ausdruck gab, nicht mit einem reißenden Tiere vergleichen. Die Art und Weise, wie der Minister gegenwärtig über oder vielmehr gegen Österreich spricht, erinnert jedoch einigermaßen an die Fabel vom Wolf und vom Schaf. Der Minister sucht offenbar nach Gründen zur Klage über Österreich, das er meines unvorgreiflichen Erachtens entweder reizen oder ängstigen will[1]. Auch in der hiesigen Gesellschaft begegne ich neuerdings so systematischer Feindseligkeit gegen Österreich — die im Gegensatze zu dem naturwüchsigen Hasse gegen Deutschland mehr etwas Gemachtes hat —, daß ich fast an eine von oben gegebene Parole glauben möchte. Der griechische Gesandte* erzählt mir, daß die ihm bekannten russischen Offiziere gegenwärtig fast alle von baldigem Krieg mit Österreich sprächen, aber vielfach hofften, Deutschland werde sich in irgendeiner Weise neutral halten lassen. Oberst Klepsch meinte heute, daß die Russen jetzt langsam mit ihren Rüstungen begännen, um für alle Eventualitäten der nächsten Monate militärisch in einer möglichst günstigen Lage zu sein; etwa zu Neujahr würden sie die bulgarische Frage wieder aufrollen und, wenn das Wiener Kabinett ihnen dann in diesem Punkte nicht nachgebe, das als Vorwand benützen, um im Frühjahre mit Österreich ernstlichen Streit anzufangen.

B. von Bülow

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja

---

* Mavrocordato.

Nr. 1161

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 492 Wien, den 6. Dezember 1887

Geheim

Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph, welchem Graf Kálnoky über seine Unterhaltung mit mir (conf. Bericht Nr. 487 vom 1. Dezember cr.*) Meldung gemacht hatte, ließ mir durch den Minister sagen, er wünsche mich heut nachmittag zu sehen, und begab ich mich zu dem Ende um 1 Uhr in die Hofburg.

In dem halbstündigen Gespräch, welches ich mit Seiner Majestät hatte, trat zunächst die Sorge um die Zukunft sehr deutlich hervor und der Wunsch, zu hören, ob diese seine Besorgnis mit Bezug auf etwaige russische Kriegsabsichten gegen Österreich bei uns geteilt würde.

Ich habe hierauf bestimmt erwidert, daß Seine Majestät der Kaiser und König, mein allergnädigster Herr, ebenso wie Euere Durchlaucht, den dringenden Wunsch hätten, daß dieser Krieg nicht ausbrechen möge, und daß daher unsererseits alles versucht werden würde, um dieser traurigen Lösung vorzubeugen. Wenn auch der Kaiser Alexander meinem allergnädigsten Herrn die bündigsten Friedensversicherungen gegeben hätte, und Seine Majestät an der Ehrlichkeit derselben keinen Augenblick zweifelten, so sei die Lage in Rußland doch nicht dazu angetan, um mit Beruhigung der Zukunft entgegenzusehen.

Ich habe dem Kaiser hierauf dieselbe Sprache geführt, wie vor ein paar Tagen dem Grafen Kálnoky. Ich habe davor gewarnt, Rußland zu provozieren, geschweige denn es anzugreifen, aber darauf hingewiesen, daß Österreich auf seiner Hut sein müsse. Ich habe bestimmt betont, welches die uns durch unseren Vertrag mit Österreich zufallenden Pflichten wären, und daß wir, wenn der casus foederis eintreten sollte, dieselben ehrlich erfüllen würden, daß ich aber Seine Majestät bäte, weder unsere geographische Lage noch die Notwendigkeit zu vergessen, eventuell[1] nach zwei Seiten Front machen zu müssen; daß wir daher nicht imstande sein würden, Österreich, „wenn es angegriffen werden würde", mit unserer ganzen Macht zur Seite zu stehen, aber immerhin in der Lage sein würden, unseren Bundesgenossen, soweit uns dies möglich sein würde, beizustehen.

Die zweite hiermit zusammenhängende Frage, welche den Kaiser beschäftigte, war die, was die Russen eventuell dazu bewegen könnte, Österreich anzugreifen; daß beide Regierungen in der Behandlung der bulgarischen Frage nicht einer und derselben Meinung wären, liefere

---

* Siehe Nr. 1159.

doch noch keinen Grund zum Kriege. Er suche vergeblich nach diesem Grunde; es könnte also nur eine Narrheit[2] sein, die Rußland dazu treiben könnte, oder aber die üblen inneren Zustände, welche dem Zaren einen Krieg mit dem Ausland als einzige Rettung erscheinen lassen würden. Wer von beiden würde aber den anderen angreifen?

Der Petersburger Hof kenne unseren Vertrag; man würde sich dort also wohl hüten, Österreich anzugreifen. Er, der Kaiser, wolle seinerseits den Krieg vermeiden, denke daher auch nicht daran, Rußland anzugreifen; ja, von hier aus würde man nichts tun, um Rußland zu provozieren. „Wir werden russischen Provokationen gegenüber ein sehr dickes Fell haben, darauf können Sie sich verlassen.“

Es kam nun hierbei deutlich zum Vorschein, daß es den Kaiser besorgt macht, wie bei diesen eigentümlichen Zuständen unsererseits der casus foederis ausgelegt werden wird. Der Kaiser fürchtet, daß ohne sein Verschulden sich die Sachen so drehen könnten, daß Österreich im Kriege mit Rußland sich befände, ohne daß der klare casus foederis für uns vorläge[3].

Es könnte auch ein anderer Fall eintreten, meinten Seine Majestät, nämlich der, daß durch das neue Abkommen mit England und Italien* Österreich verpflichtet sein würde, eine drohende Haltung gegen Rußland anzunehmen. Hierdurch könnte es in den Krieg mit Rußland verwickelt werden. Wie liege dann der casus foederis?[4] Würde nicht Deutschland, welches, wenn auch keinen offenen, aber doch einen sehr dankenswerten Anteil an dem Zustandekommen dieses Abkommens genommen hätte, sich dabei ganz desinteressieren können?[5]

Wenn Österreich auf diesem Gebiete keine Courage zeigte, so würden die anderen auch lässig werden, und dann hätte das ganze Arrangement keinen Wert mehr; das könnte uns doch nicht passen?

Soviel ich den Gedanken des Kaisers verstanden habe, so wollte er ungefähr sagen, da Ihr jenen Vertrag patronisiert habt, so könnt Ihr, wenn Österreich infolge desselben zum Kriege genötigt wird, Österreich doch nicht sitzen lassen[6].

Ich habe mir erlaubt, Seiner Majestät hierauf zu erwidern, wenn die Kaiserliche Regierung so energisch das Zustandekommen zwischen Österreich, England und Italien gefördert hätte, so sei dies in erster Linie aus dem Grunde geschehen, um die Friedensliga[7] zu verstärken und dadurch womöglich den Krieg zu vermeiden. In zweiter Linie sei es aber für uns von Wichtigkeit gewesen, unseren Bundesgenossen, Österreich, durch jene Bündnisse zu stärken[8]. Denn wir müßten immer im Auge haben, und ich bäte Seine Majestät, dies nicht zu vergessen, daß wir auf den Überfall Frankreichs gefaßt und deshalb nicht in der Lage sein würden, Österreich so kräftig zu unterstützen, als wenn wir nach Westen freie Hand hätten. Österreich müßte sich daher

* Siehe Bd. IV, Kap. XXVIII, Nr. 938 nebst Anlagen.

in erster Linie auf seine eigene Kraft und auf seine anderen Bundesgenossen verlassen[9].

Der Kaiser anerkannte dies, kam aber immer darauf zurück, daß es notwendig sein würde, uns über alle diese Fragen zu besprechen und auch über die militärischen Fragen rechtzeitig zu verständigen, um nicht überrascht zu werden. Es sei von der höchsten Wichtigkeit, daß die beiden Höfe weder politisch noch militärisch irgendeinen Schritt täten, ohne darüber im Einverständnis sich zu befinden.

Hierin habe ich dem Kaiser durchaus zugestimmt und höchstihn darauf hingewiesen, daß bis jetzt unsererseits nichts geschehen sei, wovon nicht das befreundete Wiener Kabinett Kenntnis erhalten hätte. Daß wir dasselbe von der k. und k. Regierung ebenfalls erwarteten, sei selbstverständlich.

Ich würde fehlgreifen, wollte ich annehmen, daß der Kaiser Franz Joseph irgendwelches Mißtrauen in unsere Bundestreue hätte; aber bei der eigentümlichen Lage der Dinge, wo weder Rußland noch Österreich unseres Vertrages wegen den Krieg anfangen will, sieht er voraus, daß durch irgendeinen unglücklichen Zufall[3] oder aber durch rein militärische[3] Gründe, von denen der Erfolg oder Mißerfolg der Kampagne abhängen würde, seine Armee genötigt[3] sein könnte, den Feind anzugreifen. Und für diesen Fall möchte er aufgeklärt sein, wie bei uns dann der casus foederis interpretiert werden wird[10].

Ich habe mich auf die Besprechung dieses Gedankens nicht eingelassen, muß aber nach dem, was ich von dieser obersten Stelle heute gehört habe, voraussetzen, daß es hier vollkommen Ernst ist, hierüber einen Gedankenaustausch, vielleicht sogar eine Abmachung herbeizuführen[11].

Dasselbe gilt von der rein militärischen Seite der Frage; Euere Durchlaucht wollen mir hochgeneigtest gestatten, dasjenige, was mir der Kaiser hierüber gesagt hat, an anderer Stelle zu melden.

Die Notwendigkeit, eventuell in einen Krieg hinein zu müssen, bei welchem man nichts gewinnen kann, schien dem Kaiser ein überaus drückender Gedanke, mit dem er sich nur schwer vertraut machen kann, aber den er doch sehr ernsthaft ins Auge faßt. Der Kaiser glaubt nicht an einen Winterfeldzug, aber die Berichte, die ihm vorlagen, lassen Seine Majestät annehmen, daß in Rußland alles auf das Frühjahr eingerichtet wird.

Seine Sprache war eine durchaus freundschaftliche, sehr teilnehmend und warm mitfühlend für die Sorgen, die unseren allergnädigsten Herrn jetzt drücken, mit großem Vertrauen in Euerer Durchlaucht Beistand in der bedrängten Lage, in welcher sich die österreichisch-ungarische Monarchie leicht befinden könnte. Ich darf am Schluß nochmals wiederholen, daß ich sehr entschieden das Vertrauen in unsere Bundestreue bestärkt, aber darüber hinaus keine Hoffnungen erweckt habe.

Wie sich der Kaiser den Fall denkt, daß er infolge seines anglo-italienischen Abkommens, welches ihn zum Schutz der Türkei verpflichtet, nicht militärisch, sondern nur diplomatisch gegen Rußland auftreten will, ist mir nicht recht klar, und werde ich suchen, vom Grafen Kálnoky hierüber Aufschluß zu erlangen[12].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] „Eventuell" eingeklammert
[2] ja die ist es vom Zaren. seine Diener wollen ihn durch Krieg stürzen
[3] ?
[4] nicht anders wie ohnehin. greift Oest[er]r[eich] an, so besteht er nicht.
[5] ja, wir haben uns bemüht, Oestreich auch für Fälle die foedus nicht deckt, Bundesgenossen zu verschaffen.
[6] die Frage läßt sich heut nicht beantworten, wenn man nicht Oest[er]reich in Versuchung führen will auf unsre Kosten Krieg zu provociren
[7] ? der tritt ja England nicht bei, sondern bildet eine neue à 3, mit Ital[ien] u[nd] Oest[er]r[eich]
[8] ja
[9] richtig
[10] er liegt dann nicht vor.
[11] cf. S[eite] 6. Marg[inal] 1*
[12] nicht nöthig wenn es sich nicht ohne diesseitige Initiative ergiebt

Nr. 1162

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 499 — Wien, den 8. Dezember 1887
Geheim

Graf Kálnoky sagte mir heute, er sei sehr befriedigt von den Wirkungen, welche mein Gespräch mit seinem Kaiserlichen Herrn gehabt hätte.

Seine Majestät hätten sich nunmehr die Notwendigkeit ganz klar gemacht, daß Gegenmaßnahmen gegen die russischen Rüstungen getroffen werden müßten, und wären darüber die ersten Vorbesprechungen heut unter dem Vorsitz des Kaisers gehalten worden.

Auf meine Bitte, mir zu erklären, was Seine Majestät mit der Anregung des Gedankens gemeint habe, was unsererseits geschehen würde, wenn Österreich-Ungarn infolge seines geheimen Abkommens mit England und Italien in einen Krieg mit Rußland gezogen würde, und daß man sich hierüber verständigen müßte, erwiderte mir der Minister folgendes:

* Identisch mit Randbemerkung 6.

Sein Kaiserlicher Herr sei durch das Nachdenken über dieses Abkommen dahin gebracht worden, sich Sorgen zu machen. Deutschland habe hier stets gewarnt: laßt Euch nicht in Kriege auf der Balkanhalbinsel ein, dann können wir Euch nicht helfen; nun sage sich der Kaiser, daß dieser Fall leicht eintreten könnte[1], und daß er dann nicht umhin können werde, unserer Warnung entgegen den Degen zu ziehen[2]. Der Kaiser habe nur auf diesen Punkt hinweisen wollen, damit man bei uns seine eventuelle Handlungsweise sich erklären könne.

Der Minister versicherte mir, er denke nicht daran, darüber in Besprechungen mit uns einzutreten[3] und etwa, wie ich dies aus den kaiserlichen Worten hätte verstehen können, durch ein neues Abkommen unser Vertragsverhältnis auszudehnen. Der casus foederis läge klar zutage[3].

Graf Kálnoky knüpfte hieran die Bemerkung, daß, wenn der Kaiser Franz Joseph davon gesprochen hätte, daß er seine Truppen nicht verzetteln wollte und in den Fall kommen sollte, seine Verpflichtungen gegen England und Italien mit Bezug auf den Schutz der Türkei erfüllen zu müssen, dies allerdings hier in der Absicht liege. Die Dinge würden sich wahrscheinlich so gestalten, daß die drei verbündeten Mächte im Fall eines Angriffes Rußlands auf die Türkei zuerst eine Protestposition, begleitet von einer Flottendemonstration[3], Österreich und Italien mit einbegriffen, vor den Dardanellen einnehmen würden[3]. Hierdurch würde die Türkei wohl zum Mittun bewogen werden, und eine Beteiligung österreichischer Landkräfte nicht in Frage kommen[4].

Es erscheine immer mehr unwahrscheinlich, daß Rußland in Varna landen würde. Ein Einbruch in Armenien sei, nach hiesigen Nachrichten über die geringe Stärke der kaukasischen Armee, auch nicht wahrscheinlich. Wollte daher Rußland in die Balkanhalbinsel einbrechen, so stehe dazu nur der Weg durch Rumänien zu Gebote. Hier würde sich Rumänien weigern und der casus foederis würde für Österreich Rumänien gegenüber eintreten, und auch Deutschland[5] angehen*. Aus allen diesen Gründen sei eine Entsendung österreichischer Truppen auf die Balkanhalbinsel nicht absolut nötig.

Wenn nun von Besprechungen über d i e s e n Fall nicht die Rede wäre, so würde es doch, wie der Kaiser es mir auch gesagt hätte, sehr erwünscht sein, über die militärischen Maßnahmen f ü r d e n F a l l d e s E i n t r e t e n s d e s c a s u s f o e d e r i s zwischen Deutschland und Österreich uns rechtzeitig zu besprechen[6]**.

Der österreichische Generalstab ebenso wie der unsrige dürfe nicht durch die Ereignisse überrascht werden. Es kämen dabei, auch abgesehen von dem allgemeinen zu kombinierenden Operationsplan,

---

* Vgl. Bd. III, Kap. XVII: Vertrag mit Rumänien 1883.

** Vgl. das folgende Kapitel: Österreichisch-Deutsche Besprechungen über den casus foederis.

eine Menge Dinge in Betracht, wie Benutzung der Eisenbahnen[8] pp., die einer genauen Vorarbeit bedürften. Vielleicht wäre es nützlich, wenn diese Punkte vorläufig durch Oberstleutnant von Steininger* mit dem Chef unseres Generalstabs besprochen werden könnten[7], so daß es nur einer endgültigen geheimen persönlichen Besprechung der beiderseitigen Chefs an einem zu vereinbarenden Ort bedürfen würde.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck (zum Teil auf einer Abschrift):

[1] Durchaus nicht leicht! wenn nicht Rußland Oest[er]reich angreift; dann aber liegt casus foederis vor; jedes andre „eintreten" wird nicht „leicht" sondern „leichtsinnig" sein.

[2] dann zieht Er ihn auf alleinige Verantwortung; dafür haben wir Ihm It[alien] u[nd] Engl[an]d verschafft

[3] gut

[4] ?? doch! falls Rußl[an]d nicht zurückzieht

[5] wir haben mit Rumänien mitunterschrieben, um die Rumänen zu ermuthigen daß sie sich an Oest[er]reich anschließen; aber Truppen werden wir für die Frage nicht viel übrig haben, so lange Frankreich besteht! Wenn Oest[er]reich mit Rum[änien] Bulg[arien] Italien, Pforte, England, Serbien zusammen noch froid aux yeux hat, so zeigt das schlechtes Gewissen.

[6] ja gut; ob er eintritt ist aber eine andre polit[ische] Frage.

[7] ja

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[8] Der Kriegsminister sagte mir, die Oest[er]reicher würden bei ihrem eventuellen Aufmarsch in Westgalizien notwendig auf unsere oberschlesischen Bahnen rekurrieren müssen.

Bemerkung des Fürsten von Bismarck zur vorstehenden Bemerkung des Grafen Herbert von Bismarck:

[9] In casu foederis, natürlich.

Nr. 1163

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Reinkonzept

Nr. 698 — Friedrichsruh, den 15. Dezember 1887
Geheim — [abgegangen am 16. Dezember]

Eurer Durchlaucht Telegramm Nr. 126 und Bericht Nr. 508 vom 11. d. Mts. habe ich erhalten.

Eure Durchlaucht gehen danach scheinbar von der Voraussetzung aus, daß die militärischen Auffassungen des Generalstabes, welche Ihnen durch Erlaß Nr. 686** zur Orientierung und Belebung der österreichischen Militärs mitgeteilt wurden, für meine politische Auf-

---

* Österreichischer Militärattaché in Berlin.

** Durch Erlaß Nr. 686 vom 9. Dezember 1887 war dem Botschafter Prinzen Reuß zur vertraulichen Verwertung bei Graf Kálnoky eine ausführliche Denkschrift des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke von „Ende November 1887" mitgeteilt

fassung maßgebend wären. Ich habe dabei nur die Absicht gehabt, die österreichische Armeeleitung durch das Feuer der unsrigen zu erwärmen und nur mit wenigen Worten auf den Schluß hingewiesen, welchen der Chef des Generalstabes von seinem Standpunkte aus militärisch gezogen hat, um durch Eurer Durchlaucht Vermittelung die dortigen Militärs darüber zu informieren, wie unser Generalstab die Situation auffaßt. Wir sind kriegsbereiter als das österreichische Heer, und halte ich die im Erlaß Nr. 686 erwähnte Auffassung des Grafen Moltke bezüglich unseres militärischen Verhaltens für verfrüht; ich erinnere mich, daß unser Generalstab sowohl im Jahre 1867 als auch im Laufe der 70er Jahre bezüglich Frankreichs wiederholt ähnliche aggressive Vorschläge vertreten hat, wie jetzt bezüglich Rußlands; wenn man auch in der Frage von Krieg und Frieden eine Sicherheit für die Zukunft nicht haben kann, so halte ich es doch durchaus nicht für angezeigt, Seiner Majestät dem Kaiser wegen der bisherigen russischen Rüstungen und Bedrohungen einen Angriffskrieg gegen Rußland anzuraten. Solange ich Minister bin, werde ich meine Zustimmung zu einem prophylaktischen Angriffe auf Rußland nicht geben, und ich bin auch weit entfernt, Österreich zu einem solchen zu raten, solange es nicht der englischen Mitwirkung dabei absolut sicher ist. Wenn letztere einträte, so würde sich das ganze Bild der europäischen Lage wesentlich ändern. Durch die Überlegenheit der englisch-italienischen Flotte zur See würde die ganze italienische Armee frei zu Offensivzwecken und die Pforte wahrscheinlich mit fortgerissen werden zum Bruche mit Rußland. Ohne die bestimmte Aussicht auf Englands Mitwirkung in einem Kriege gegen Rußland halte ich es für meine Pflicht, Österreich von jedem aggressiven Vorgehen gegen das

---

worden. Die Denkschrift war betitelt „Die Entwickelung der Wehrkraft Rußlands seit 1878 unter besonderer Berücksichtigung seiner Rüstungen im laufenden Jahre 1887“, und kam zu dem Ergebnis: „Nach vorstehendem unterliegt es keinem Zweifel, daß Rußland unmittelbar zum Kriege rüstet, und durch eine allmählich fortschreitende resp. ruckweise Mobilmachung den Aufmarsch seiner Armee vorbereitet.“ Daß Bismarck mit dieser Auffassung des Grafen Moltke nicht einverstanden war, lehren zwei Fragezeichen, die er zu dem Schlußsatz der Denkschrift machte. Noch deutlicher geht das aus Randbemerkungen Bismarcks zu dem Erlaß vom 9. Dezember hervor. Ausdrücklich bezeichnet der Fürst darin den Schluß des Grafen Moltke, daß der Aufmarsch der russischen Armee begonnen habe, und daß der Angriff bevorstehe, als „meo voto verfrüht“. Zu der daraus abgeleiteten, in der Denkschrift „von Ende November“ allerdings nicht ausgesprochenen Folgerung Moltkes, daß Deutschland dem bevorstehenden russischen Angriff zuvorkommen müsse, heißt es am Rande: „Nicht meine Ansicht!“ Die Tendenz des Erlasses vom 9. Dezember ging nach dessen Schlußpassus nicht etwa dahin, Österreich zu veranlassen, seinerseits gegen Rußland aggressiv vorzugehen, sondern dahin, „daß Österreich nicht eine kostbare Zeit verliere, sondern vielmehr diejenigen Maßregeln ergreift, welche sein Generalstab zur notdürftigen Sicherung der exponierten österreichischen Landesteile für geboten erachtet“. In dieser Richtung hat die Denkschrift nach einer späteren Äußerung Bismarcks (vgl. Nr. 1362, S. 365) ihre Wirkung voll ausgeübt.

letztere abzuraten. — Wir werden, sobald casus foederis, d. h. ein russischer Angriff auf Österreich, vorliegt, nicht zögern, auch unsererseits den Krieg gegen Rußland mit allen Frankreich gegenüber entbehrlichen Kräften aufzunehmen; aber den Angriff auf Rußland werden wir weder selbst übernehmen, noch den casus foederis als vorhanden ansehen, wenn Österreich ihn unternimmt. In der Voraussicht, daß letzteres durch Österreichs Balkanpolitik geboten erscheinen könne, haben wir uns mit Erfolg bemüht, Österreich zu Italien und England in nähere Beziehung zu bringen*. Sind diese für Graf Kálnoky so fest und zuverlässig, daß Österreich sicher ist, beide Mächte, und dann auch die Pforte, aktiv und nicht bloß diplomatisch zur Seite zu haben, so würde ich als österreichischer Minister vielleicht auch den Waffengang wagen, ohne das aber nicht. Auf uns ist dabei, articulo foederis, nicht zu rechnen. Für uns liegt ein Kriegsmotiv niemals in den Balkanfragen, sondern immer nur in dem Bedürfnis, die Unabhängigkeit Österreichs auch unsererseits zu vertreten, sobald sie durch Rußland bedroht wird. Österreich hat keine Pflicht übernommen, bei französischen oder dänischen und andern Verwickelungen für uns einzutreten, und wir nicht für die außerhalb seiner Landesgrenze liegenden orientalischen Interessen Österreich-Ungarns. Das ist beiderseits festzuhalten. Der Unberechenbarkeit der russischen Politik gegenüber müssen wir beide gegen russischen Überfall stark gerüstet sein, aber an einem Angriff auf Rußland wollen wir uns nicht beteiligen, auch wenn unsere Militärs überzeugt sind, daß wir den Krieg heut unter günstigeren Verhältnissen führen könnten wie später.

Aus dem Schreiben des Majors von Deines, welches Eurer Durchlaucht an den Staatssekretär gerichtetem Privatbrief vom 9. cr. beigeschlossen war, habe ich den Eindruck gewonnen, daß Herr von Deines Neigung hat, den österreichischen Generalstab zu drängen, nicht bloß zu besserer Sicherstellung der Verteidigung, sondern darüber hinaus. Ich halte dies nicht für zweckmäßig; denn wenn wir von den Österreichern mehr verlangen, als sie zu leisten imstande sind, so werden sie zu nervöser Politik gedrängt werden und uns, wenn sie weiter gehen, wie uns erwünscht, sagen können, es sei auf unser Drängen geschehen, und wir deshalb verpflichtet, sie zu decken. Es liegt in keiner Weise in unserem Interesse, wie Herr von Deines in seinem Briefe meint, daß die Österreicher Rußland jetzt oder später die Alternative stellen „Krieg oder Frieden"; der Angriff Rußlands muß abgewartet werden. Die Einziehung von Urlaubern ist gewiß richtig und auch weiter keine Provokation, aber es ist nicht unsere Aufgabe, die Stimmung, in welcher Feldmarschalleutnant von Beck nach dem Januar sein wird, und in der die Österreicher den Russen die Frage, ob Krieg oder Frieden, stellen wollen, in irgendeiner Weise zu fördern. — Als Belege angeblicher

* Vgl. Bd. IV, Kap. XXVIII.

Provokationen Österreichs werden die Russen eher offiziöse Zeitungsartikel ansehen, welche, wie kürzlich ein communiqué des „Wiener Fremdenblatts“, offen von österreichischen Vorbereitungen sprechen. Prophylaktische Maßnahmen, welche als Warnungen dienen sollen, pflegen weniger zu reizen, wenn sie stillschweigend angebahnt, als wenn sie öffentlich in Zeitungsartikeln angekündigt werden. — Sich mit der Kriegsbereitschaft zu rühmen und zu brüsten, ist immer bedenklich. Ich möchte glauben, daß es richtiger wäre, wenn die Österreicher nach russischem Vorgange in den Zeitungen sagen lassen, daß nichts geschehe, heimlich aber alles tun, was ihr Generalstab für nützlich hält. — Ein herausfordernder Zeitungsartikel nützt nichts und macht im Sinne der Provokation mehr Lärm als eine vorgeschobene Division.

Um die jetzige klare Abgrenzung des casus foederis nicht zu verwischen, dürfen wir die Versuchung nicht verstärken, in der die Österreicher sich ohnehin befinden, die Situation auszunutzen, um die deutsche Heereskraft für ungarische oder katholische Ambitionen im Balkangebiet zu verbrauchen. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in Österreich Aspirationen gibt, denen eine Verminderung der gegenwärtigen Stärke Deutschlands nicht unerwünscht sein würde. Wir müssen dahin wirken, daß Österreich sich stark macht, um von einem russischen Angriff nicht übergelaufen zu werden, und um uns in solchem Falle ein starker Bundesgenosse zu sein. Um Österreich stark zu machen, haben wir uns bemüht, ihm Italiens und womöglich auch Englands Unterstützung im Kriegsfall zu verschaffen. Aber auf eine Zusage unserer Unterstützung Österreichs im Falle des österreichischen Angriffs auf Rußland werde ich mich unter keinen Umständen einlassen. Wenn ich Seiner Majestät dazu raten wollte, so würden wir der österreichischen Politik eine Prämie auf das Händelsuchen setzen.

Wenn der russische Krieg durch österreichischen Angriff auf Rußland entsteht, so ist für uns meines Erachtens nicht die Beteiligung an demselben, sondern der sofortige Angriff auf Frankreich indiziert, und unser Verhalten zum russischen Kriege von dem Erfolg unseres französischen Krieges abhängig zu machen*. Wir dürfen Österreich durchaus nicht zu aggressivem Vorgehen gegenüber Rußland ermutigen, nur zum Starksein in der De-

* Aus diesem Satz kann natürlich nicht geschlossen werden, daß Fürst Bismarck Ende 1887 einen Angriffskrieg gegen Frankreich geplant habe. Wie die folgenden Sätze des Textes ergeben, ist der Sinn ganz offenbar der, Österreich von einem Angriffskrieg gegen Rußland durch den Hinweis darauf abzuhalten, daß Deutschland in solchem Falle nicht etwa Österreich zu Hilfe eilen, auch nicht in drohender Haltung gegen Rußland Gewehr bei Fuß stehen bleiben werde, sondern dem unvermeidlichen Angriff Frankreichs zuvorkommen müsse. Tatsächlich hat Bismarck durch diesen eindringlichen Hinweis auf die eventuelle Notwendigkeit, die deutschen Kräfte einseitig nach Westen zu werfen, den Ausbruch des österreichisch-russischen Konflikts verhindert und den schwerbedrohten

fensive. Ob die österreichische Armee irrtümlich glaubt, daß wir ein Schutz- und Trutzbündnis für alle Fälle hätten, ist für unsere Politik ganz gleichgültig; wir können nur beklagen, daß das Wiener Kabinett nicht wenigstens die amtlichen Kreise in Zivil und Militär über diesen Irrtum aufklärt.

Es empfiehlt sich, dem bei jeder Gelegenheit zu widersprechen und hervorzuheben, daß wir in einem deutsch-französischen Kriege kein vertragsmäßiges Recht auf Österreichs Unterstützung haben, sondern nur in einem russischen, und daß die Ausdehnung unseres Bündnisses auf jeden Angriff, auch auf den französischen, nicht von uns, sondern von Österreich abgelehnt worden ist.

Erwünscht ist uns der Krieg unter keinen Umständen. Zu allen übrigen Gründen dagegen kommt die Rücksicht auf die Jahre Seiner Majestät des Kaisers und die Gesundheit Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen.

Euere Durchlaucht wollen die vorstehenden Ausführungen als für Ihre persönliche Orientierung bestimmt ansehen.

v. Bismarck

Nr. 1164

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 15. Dezember 1887

Seine Durchlaucht bittet, dem Prinzen Reuß in Anknüpfung an das dem Auswärtigen Amte heute mitgeteilte Telegramm Nr. 2* nach Wien zu schreiben, er möchte dem Major von Deines sagen, solche Besprechungen, wie derselbe sie mit dem Kaiser von Österreich gehabt hätte, überschritten nach seiner, des Herrn Reichskanzlers, Ansicht die Grenze zwischen den politischen und militärischen Erwägungen. Die ersteren müßte der Herr Reichskanzler sich ausschließlich vorbehalten und namentlich auch die Beurteilung des Einflusses, der dem militärischen Urteile auf politische Entschließungen beizulegen sei. Die direkten Verhandlungen über die Politik beider Länder wären zwischen ihren auswärtigen Ämtern und nicht zwischen ihren beiden Generalstäben zu führen. In der Unterredung, welche Major von Deines

---

Weltfrieden erhalten. Vgl. auch Nr. 1185. Umgekehrt hat Frankreich keinen Zweifel daran gelassen, daß es zum Angriff auf Deutschland schreiten werde, sobald dieses anderweitig stark engagiert sei. Das wird bekräftigt durch das Zeugnis des Botschafters Mohrenheim, mitgeteilt bei S. Goriainow, The End of the Alliance of the Emperors in The American Historical Review Vol. XXIII Nr. 2, p. 331.

* Siehe Nr. 1165.

mit dem Kaiser Franz Joseph gehabt hätte, läge nach Seiner Durchlaucht Eindrücken eine Aufforderung und ein Treiben Österreichs zum Angriffskrieg gegen Rußland. Der Herr Reichskanzler teilte die in dem Generalstabsgutachten ausgesprochene Ansicht von der Unvermeidlichkeit des Krieges nicht; und wenn dieselbe richtig wäre, so würde Seine Durchlaucht auch darin kein Motiv finden, einen Krieg heute zu beginnen aus keinem anderen Grunde, als weil mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen wäre, daß er später stattfinden werde. pp.

Dem Prinzen Reuß bittet der Herr Reichskanzler noch vertraulich zu schreiben, er würde, wenn dergleichen sich wiederholte, eine andere Besetzung der Stelle des Militärattachés verlangen. Der Herr Botschafter hätte den Militärbericht mit dem Vermerk der Kenntnisnahme versehen; der Herr Reichskanzler hätte gewünscht, daß Prinz Reuß den politischen Druck, welchen Major von Deines auf den Kaiser Franz Joseph geübt hätte, sofort selbst rektifiziert hätte. Das Gutachten des Generalstabes wäre nur zu dem Zwecke mitgeteilt worden, Österreich zu bestimmen, daß es sich defensiv auf die Möglichkeit eines Angriffes vorbereite, aber keineswegs, um den unsererseits nach aller Möglichkeit zu vermeidenden Kriegsfall herbeizuführen oder zu beschleunigen. In Österreich selbst würde durch dieses übertriebene Drängen und Treiben unsere Stellung geschädigt, wie schon aus der Möglichkeit solcher Artikel, wie des der „Neuen Freien Presse", ersichtlich wäre. Wenn auch diesem Artikel französisches Geld und französische Tendenz, in Österreich gegen uns zu hetzen, zugrunde liegen möge, so würde doch die österreichische Regierung mit einer Berichtigung schneller bei der Hand gewesen sein, wenn sie nicht selbst, mit Recht oder mit Unrecht, sich durch die Art von Bevormundung verstimmt gefühlt hätte.

C. Rantzau

Nr. 1165

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 2 Friedrichsruh, den 15. Dezember 1887

Militärbericht Nr. 88 vom 13. d. Mts. erhalten.

Die Befürwortung des Winterfeldzuges, also Herbeiführung des Krieges, widerspricht unserer Politik direkt und vollständig, und ersuche ich den Herrn Militärattaché, sich ähnlicher politischer Einwirkungen auf den Kaiser von Österreich zu enthalten, solange nicht eine von mir ausgehende Instruktion dafür vorliegt.

v. Bismarck

Nr. 1166

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung (Umstellung)

Nr. 416 St. Petersburg, den 14. Dezember 1887

Mein österreichischer Kollege sagt mir, daß Herr von Giers sich heute ihm gegenüber in versöhnlichem Sinne ausgesprochen habe. Der Minister betonte, daß die russischen Militärmaßnahmen einen rein defensiven Charakter trügen, und fügte die Behauptung hinzu, es ständen jetzt weniger Truppen in Russisch-Polen, als zur Zeit Kaiser Nikolaus' und Alexanders II. Hinsichtlich der politischen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich hat Herr von Giers bemerkt, daß die bezüglich Bulgariens zwischen diesen beiden Mächten herrschende Meinungsverschiedenheit noch keinen Grund zu ernstlichen Zerwürfnissen darstelle. An der Donau bestände überhaupt keine wirkliche Kriegsgefahr; der unversöhnbare Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich sei nach seiner Ansicht bedenklicher.

Meines gehorsamsten Erachtens ist die letztere Bemerkung des Ministers um so befremdlicher, als die friedlich gestimmte Botschaft des Präsidenten der französischen Republik heute hier bekannt wurde.

Die entgegenkommende Haltung des Herrn von Giers hat Graf Beust ebenso überrascht, als erfreut. Auch dem Grafen Wolkenstein gegenüber, welcher aus Gesundheitsrücksichten seit 5 Wochen sich von den Geschäften fernhält, und den er gestern besuchte, führte der russische Minister eine versöhnliche Sprache, indem er bezüglich des Verhältnisses Rußlands zu Österreich äußerte: „Nous aurons peut-être une paix désagréable, mais nous aurons la paix."

Bülow.

Nr. 1167

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 St. Petersburg, den 15. Dezember 1887

Der „Russische Invalide", das Organ des Kriegsministeriums, bringt heute eine offenbar amtliche Auslassung[1], in welcher unter Hinweis auf die angeblichen Kriegsvorbereitungen Deutschlands und Österreichs die Fortsetzung der begonnenen russischen „Gegenmaßregel" als notwendig bezeichnet wird. Der „Invalide" erklärt eine Vermehrung des russischen Eisenbahnnetzes im Grenzgebiet für zu kostspielig und lang-

wierig, dagegen Verstärkung der Kriegsbereitschaft der Festungen und Vermehrung der Truppen an Grenze für geboten.

Bülow

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:
System der Fälschung; die russ[ische] Presse u[nd] Déroulède-Demonstration* liefern Commentare zu den Aufstellungen u[nd] ihrer aggressiven Tendenz

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
1 Von Wolffs Bureau gebracht, wahrscheinlich von Obrutschew redigiert, wie ich vermute, auf eine Anfrage des Zaren, um diesen über die Wahrheit zu täuschen. Die ursächlichen und tatsächlichen Fälschungen sind ziemlich grob. Ich werde sachliche Zusammenstellung des Generalstabs erbitten und vorlegen.

Nr. 1168

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 431 St. Petersburg, den 17. Dezember 1887

Die russische Diplomatie scheint die Taktik zu verfolgen, gegenüber der hiesigen österreichischen Vertretung immer dann freundliche Saiten aufzuziehen, wenn die russische Heeresverwaltung einen Schritt vorwärts zu machen wünscht. Unmittelbar bevor die 13. Kavalleriedivision von Moskau nach Lublin verlegt wurde, erfreute Herr von Giers den Grafen Wolkenstein durch die Versicherung, daß die schönen Tage von Kremsier** wiederkehren würden, da die dort zum Ausdruck gelangte Politik die einzig mögliche sei. Diesmal versicherte der russische Minister des Äußern unmittelbar vor der Kundgebung des „Invaliden" dem österreichisch-ungarischen Botschafter, wie dem Grafen Beust, daß zwischen Österreich und Rußland keine ernstlichen Verwickelungen zu befürchten wären.

Über den Artikel des „Invaliden"*** wird mir von verschiedenen Seiten übereinstimmend erzählt, daß derselbe der Auszug aus einem größeren Promemoria sei, welches General Kuropatkin im Auftrage des Generals Obrutschew redigiert und Kriegsminister Wannowsky dem Kaiser vorgetragen habe. General Kuropatkin war bekanntlich Stabschef und intimer Freund des Generals Skobelew; er gilt der Armee und der „Intelligenzia" für dessen Erben; er ist zweifellos ein durch Geist und Charakter gleich hervorragender Offizier. Von allen Seiten

* Vgl. Bd. V, Nr. 1117, S. 294, Fußnote **.
** In Kremsier hatte am 25. August 1885 eine Entrevue zwischen Kaiser Franz Joseph und dem Zaren stattgefunden.
*** Vgl. Nr. 1167.

höre ich, daß der Einfluß des Generals Obrutschew gegenwärtig im Kriegsministerium vollständig dominiere. Da jedoch der General persönlich dem Kaiser höchst unsympathisch ist, so übernimmt es der Kriegsminister, die Ideen des Chefs des Generalstabs Seiner Majestät mundgerecht zu machen. „Wannowsky est un vrai patriote," äußerte eine mir befreundete russische Dame, „il reconnait la supériorité d'Obroutchew et s'y soumet, sa tâche consiste uniquement à faire accepter par l'Empereur les plans d'Obroutchew, il est très habile pour cela, il possède la note honnête, naïve, un peu bébête, qui plait à Sa Majesté." Ich fand Gelegenheit zu beobachten, daß Herr von Giers neuerdings mit dem Kriegsministerium und dem Generalstabe mehr Fühlung hat als früher.

Die Auslassung des „Invaliden" verfolgt meines gehorsamsten Erachtens mehr wie einen Zweck: Zunächst ist dieselbe in usum Caesaris verfaßt; demnächst soll das russische Publikum davon überzeugt werden, daß die Schuld an der gegenwärtigen Spannung und eventuell am Kriege die deutschen Mächte treffe, nicht Rußland; endlich soll der Armee gezeigt werden, daß Rußland sich nicht fürchte. Diese Absichten des Artikels sind hier erreicht worden: Kaiser Alexander hat sich mit der vom „Invaliden" dargelegten Auffassung durchaus einverstanden erklärt. In der hiesigen Gesellschaft begegne ich allgemein der Ansicht, daß nach der Enunziation des „Invaliden" an dem guten Rechte Rußlands nicht mehr zu zweifeln sei. Die militärischen Kreise scheinen befriedigt darüber, daß Rußland hinsichtlich der von ihm für notwendig erachteten Militärmaßnahmen niemandem Rechenschaft ablegen wolle. Die Sophismen, mit welchen der „Invalide" das Kräfteverhältnis zwischen Rußland und den deutschen Mächten zu verdrehen, die hier geplanten Truppenvorschiebungen zu verschleiern sucht, erregen allerdings bei aufrichtigeren russischen Militärs einige Heiterkeit. Sofort nach dem Erscheinen des „Invaliden"-Artikels wurde demselben von hiesigen Offizieren prima vista nachgerechnet, daß bei Aufzählung der russischen Grenztruppen 80000 Mann „vergessen" worden wären.

Die schärfste Kritik, welche ich über die Auslassung des „Invaliden" vernahm, rührte eigentümlicherweise von Herrn von Saburow her. Derselbe meinte, es sei ein höchst bedenkliches Symptom, daß jetzt die russische Militärverwaltung statt des Ministeriums des Äußern das Wort führe, Herr von Giers hätte es nicht so weit kommen lassen dürfen. „De cette manière nous aurons la guerre au printemps." Auch die Form des „Invaliden"-Artikels tadelte Herr von Saburow: Bemerkungen wie die von den „billigen Lorbeeren", welche die deutschen Mächte in Polen zu holen hofften, und die ironische Anwendung des Wortes „Friedensliga", welches im russischen Text noch dazu gesperrt gedruckt wurde, gehörten in den „Grashdanin", nicht in ein amtliches Manifest. Herr von Saburow scheint zu glauben, daß der gegen-

wärtige Moment für Rußland nicht opportun zum Losschlagen sei. Wie mancher unserer hiesigen Gegner wünscht auch er, daß Rußland sich in der Hinterhand halte, bis Deutschland mit Frankreich engagiert sei. Dagegen sind allerdings viele Militärs — namentlich wegen der Annahme, daß gegenwärtig nicht nur Österreich mit drei Gewehrkalibern ins Feld rücken würde, sondern auch das neue deutsche Gewehr sich nicht bewährt habe — der Ansicht, Rußland sollte die Gelegenheit beim Schopf ergreifen und im Frühjahr losgehen. In diesem Sinne sprach sich erst kürzlich General Wannowsky gegenüber der Gräfin Kreutz aus.

Der „Russische Invalide" stellte Deutschland und Österreich als Gegner Rußlands auf eine Linie. Bis dahin hatte sich die russische Presse vorzugsweise mit Österreich beschäftigt. Auf die Proteste der österreichischen Blätter gegen die russischen Militärmaßnahmen antwortete die russische Presse zunächst mit ruhigem Selbstbewußtsein, neben welchem sich die Angstschreie mancher österreichischen Blätter, insbesondere der „Neuen Freien Presse", seltsam ausnahmen. Es konnte hier nicht unbemerkt bleiben, welche Furcht in Österreich, und nicht allein bei den Slawen, vor einem Zusammenstoße mit Rußland zu bestehen scheint. Einige russische Blätter hielten infolgedessen Österreich für genügend intimidiert und begannen demselben Avancen zu machen, die zeigten, wie gern man hier Österreich von Deutschland trennen möchte. Der „Grashdanin" frug, warum „das arme, ganz unschuldige Österreich" durch deutsche Tücke in den Krieg mit Rußland hineingehetzt werden solle, und drückte seine Verwunderung darüber aus, daß das Haus Habsburg einerseits die Dienste Rußlands im Jahre 1848, andererseits Königgrätz vergessen habe. Unter Anspielung auf den jüngst den hiesigen Blättern erteilten Wink, sich Deutschland gegenüber einer vorsichtigen Sprache zu befleißigen, meinte die „Nowoje Wremja": hinsichtlich Österreich-Ungarns sei die russische Presse frei und dürfe in dieser Richtung ihre Meinung offen aussprechen; trotzdem wäre gegenüber diesem Nachbar in Rußland von Chauvinismus nichts zu spüren.

Der österreichische Militärbevollmächtigte Oberst Klepsch sagte mir vor einigen Tagen, daß es seiner Ansicht nach noch kein sicherer Beleg für die friedlichen Absichten Rußlands sein würde, wenn der in den hiesigen militärischen Maßregeln gegenwärtig eingetretene Stillstand auch noch ein bis zwei Monate anhalten sollte. Selbst wenn die russische Armeeleitung entschlossen wäre, den Kampf mit den deutschen Mächten im nächsten Jahre auszufechten, so würde dieselbe mit den eigentlichen Rüstungen kaum vor Mitte Februar beginnen, da eben erst um jene Zeit Russisch-Polen, Wolhynien und Podolien für sechs bis acht Wochen durch das Tauwetter ziemlich unangreifbar würden.

B. von Bülow

Nr. 1169

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an ?*

Privatbrief. Unsignierter Auszug in Abschrift

St. Petersburg, den 18. Dezember 1887

Der Kaiser soll sich namentlich über Österreich und österreichische Zustände seltsame Illusionen machen. Wie er seinerzeit überzeugt war, daß Kaulbars in Bulgarien nur in seinem Namen zu sprechen brauche, damit alles Volk vor Rußland auf die Knie falle, so glaubt er jetzt, die österreichischen Slawen wären ihm ergeben und sehnten sich nach russischer Kirche und russischer Knute, als ob sie treuuntertänige Moskowiter wären. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn der Zar auch die Obrutschewschen Lügen glaubt, welche ihm Wannowsky vorträgt.

Nr. 1170

Aufzeichnung des österreich-ungarischen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky

Unsignierte und undatierte Abschrift nach dem vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi am 30. Dezember 1887 vorgelegten Original

Am 18. d. Mts. kam der russische Botschafter zu mir, und nach einem Austausch von Erläuterungen der militärischen Situation in Polen, deren inoffensiven Charakter er aufrechtzuhalten versuchte, erklärte er mir in formeller Weise im Namen der russischen Regierung und mit Zustimmung des Kaisers, daß Rußland keinerlei Absicht habe, Krieg zu machen, und noch weniger die, Österreich-Ungarn anzugreifen; daß die Verschiebung der Truppen nicht im Widerspruche mit den vollkommen friedlichen Absichten des Kaisers stehe, und daß niemand in Rußland den Krieg wünsche, dessen Opfer enorme sein würden, und für welchen kein Grund vorhanden sei.

Man denke nicht daran, auch nur einen einzigen Tropfen Blutes für Bulgarien zu vergießen; diese Frage würde ihre friedliche Lösung finden, und Rußland habe nicht die Absicht, aus der Reserve und Enthaltung herauszutreten, die es sich in dieser Beziehung vorgezeichnet habe.

Ich erwiderte dem Fürsten Lobanow, daß ich mit Befriedigung von dieser Erklärung Akt nehme und nicht verfehlen würde, Seiner Majestät dem Kaiser dieselbe zur Kenntnis zu bringen, daß ich ihm übrigens sofort sagen könne, daß von unserem allergnädigsten Herrn und allerhöchstseiner Regierung ganz entschieden dieselben Erklärun-

* Der Adressat des Briefes ist nicht sicher zu ermitteln.

gen über die ausschließlich friedlichen Intentionen unserer Politik, an welchen übrigens hier niemand zweifle, abgegeben werden können.

Nicht um anzugreifen, sondern weil Rußland uns durch seine ungeheuren Rüstungen in Polen dazu zwinge, hätten wir, für die Sicherheit unserer Grenzen besorgt, die notwendigen militärischen Vorkehrungen einleiten müssen, bei denen wir übrigens alles vermeiden wollen, dem ein aggressiver oder provokatorischer Charakter zugeschrieben werden könnte. Aus letzterer Rücksicht hätten wir trotz der kolossalen russischen Truppenvermehrungen bisher nicht die Absicht, neue Truppenkörper nach Galizien zu dislozieren, und beschränken uns vorläufig auf solche Maßregeln, welche die Sicherung Galiziens gegen ein offensives Vorgehen Rußlands zum Zwecke haben.

Hierauf entspann sich ein längeres, mehr akademisches Gespräch über die politische und militärische Lage, worin ich unter anderem auseinandersetzte, wie verletzend die letzten offiziösen Artikel, welche uns und Deutschland verdächtigen, heimtückisch den Angriff auf Rußland vorzubereiten, hier gewirkt hätten, und wie wenig Wert ähnliche Versicherungen hätten, wie wir sie soeben ausgewechselt haben, wenn denselben keine praktische Folge gegeben werde.

Am 22. d. Mts. kam Fürst Lobanow abermals zu mir, um mir zu sagen, daß er nicht verfehlt habe, seiner Regierung unsere vorerwähnte Unterredung einzuberichten, und daß er durch ein Telegramm aus St. Petersburg beauftragt worden sei, mir die große Befriedigung auszudrücken, mit welcher man dort von meinen Erklärungen Kenntnis genommen habe, und mir zu sagen, daß der Kaiser ausdrücklich alles bestätigt habe, was Fürst Lobanow in unserer letzten Unterredung mir zu erklären den Auftrag gehabt hatte.

Ich antwortete dem Herrn Botschafter, daß, wenn er nicht zu mir gekommen wäre, ich noch am selben Tage ihn aufgesucht haben würde, um ihm mitzuteilen, daß Seine Majestät der Kaiser mich beauftragt habe, ihn zu bitten, in Erwiderung seiner letzten Erklärungen bezüglich der friedlichen und keineswegs aggressiven Absichten Rußlands zur Kenntnis des Kaisers Alexander die formelle Versicherung zu bringen, daß Seine Majestät, den Gefühlen getreu, welche bei der Zusammenkunft in Kremsier vorgewaltet haben, niemals daran gedacht habe, den Krieg gegen Rußland sei es vorzubereiten oder zu machen, daß aber die unbestreitbare Tatsache der enormen militärischen Vorbereitungen in Polen seiner Regierung die Pflicht auferlegt habe, ernstliche Maßregeln zu ergreifen, um die bedrohte Sicherheit des Reiches zu schützen.

Ich fügte hinzu, daß es Seine Majestät schmerzlich berührt habe zu sehen, daß die letzten offiziösen Auslassungen der russischen Regierung es wagten, Österreich-Ungarn anzuklagen, daß es de mauvaise foi sei und mit seinen Alliierten einen Angriffskrieg gegen Rußland vorbereite.

Nachdem ich von diesem Austausch friedlicher Erklärungen Akt genommen hatte, stellte ich dem Fürsten Lobanow folgende Frage: Nachdem wir nun von allerhöchstunseren Souveränen persönlich wissen, daß weder der eine noch der andere den Krieg wünsche oder denselben beginnen wolle (woran übrigens weder ich noch Sie jemals gezweifelt haben), frage ich Sie, in was diese wichtigen Erklärungen die drohende Lage, in der wir uns befinden, irgendwie ändern? Können Sie mir irgendeinen Unterschied in unserer gegenseitigen Stellung vor diesen Erklärungen und nach denselben angeben? —

Ich kam darauf zurück, daß letztere wertlos seien, wenn denselben nicht eine greifbare praktische Folge gegeben werde. Fürst Lobanow sah dies ein und versuchte mich zu einem Vorschlag meinerseits in dieser Richtung zu veranlassen. Ich lehnte dies ab und sagte: Ich sehe nicht ein, was wir tun könnten, um der gespannten Situation ein Ende zu machen. Die Lösung liege in Petersburg, unser Truppenstand in Galizien sei ein normaler, es haben weder außerordentliche Truppenbewegungen noch außerordentliche Rüstungen an der Grenze stattgefunden, ich wüßte daher nicht, auf welche Weise unsererseits in dieser Frage Abhilfe geschaffen werden könne. Läge eine politische Streitfrage vor, so wäre es wahrscheinlich leichter, eine Lösung zu finden. Von der bulgarischen Frage behaupte ja die russische Regierung ausdrücklich, daß sie eine sekundäre Frage sei, wegen der sie keinenfalls den Krieg machen wolle. Es liege also kein Streitobjekt vor, welches greifbar wäre, und doch würden täglich in den russischen Zeitungen die Leidenschaften gegen uns und Deutschland losgelassen und Krieg und Rache gepredigt.

Meine Konklusion war, wenn man Beruhigung und Beilegung der jetzigen Krise wolle, so könne dies nur von Petersburg aus geschehen.

Nr. 1171

Der Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Graf von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 166 Berlin, den 31. Dezember 1887
Geheim

Euer Durchlaucht beehre ich mich, unter Bezugnahme auf die mit dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gehabte Unterredung*, angeschlossen die gewünschte vergleichende Zusammenstellung der

* Vgl. die Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck zu Nr. 1167.

tatsächlichen Friedensstärken in den Grenzgebieten Deutschlands und Rußlands ganz ergebenst zu übersenden.

Betreffs der im Schreiben des Herrn Staatssekretärs vom 20. d. Mts. erwähnten Behauptung des Herrn von Giers, daß die Gesamtzahl der russischen Truppen in Polen heute geringer sei als zur Zeit der Kaiser Nikolaus und Alexander II.*, haben inzwischen eingehende Ermittelungen in den Akten des Generalstabes stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen beweisen, daß die Behauptung des Herrn von Giers durchaus unzutreffend ist: Während der heutige Friedensstand der in den Militärbezirken Wilna, Warschau und Kiew befindlichen Truppen rund gerechnet mindestens 300 000 Köpfe beträgt, haben daselbst zu Zeiten des polnischen Aufstandes 1831 und des Krimkrieges zu Ende 1855 auf Kriegsfuß nicht mehr wie 200 000 Mann gestanden, in den Friedensjahren bleiben die Truppenstärken dagegen weit unter den genannten Zahlen.

Gr. Moltke

Nr. 1172

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 445 St. Petersburg, den 29. Dezember 1887

Fürst Lobanow, welcher vor acht Tagen beruhigende Erklärungen in Wien gegeben** und empfangen hatte, meldete gestern, daß bedeutende Truppenbewegungen in der Richtung nach Galizien stattfinden. „Zum ersten Male," sagte Herr von Giers, „ist der Botschafter selbst alarmiert, es geht dort etwas vor; der Kriegsminister Wannowsky hat dem Kaiser einen ganzen Stoß von Nachrichten über österreichische Rüstungen zugeschickt; Seine Majestät hat mir gesagt: ‚Sprechen Sie mit dem General von Schweinitz darüber.'"

Ich antwortete, daß ich von österreichischen Rüstungen nichts wisse; wenn solche stattfänden, so seien sie jedenfalls nur für die eigene Sicherung bemessen; eines aber wisse ich gewiß, nämlich daß Österreich-Ungarn Rußland nicht angreifen wird, denn wenn es dies tut, steht es allein, während es, von Rußland angegriffen, unserer Hilfe sicher ist.

Herr von Giers sagte: „Ici, chez nous le sentiment prédomine, que nous serons attaqués[1] au printemps."[2]

* Vgl. Nr. 1166.
** Vgl. Nr. 1170.

Der Minister sprach über die bedenklichen gestern und heute an den Tag getretenen Erscheinungen; er hat viele alarmierende an hiesige Zeitungen gerichtete Telegramme als Zensor zurückgehalten; eines derselben, aus Varna datiert, laute: „Herr von Radowitz hat erklärt, daß Deutschland im bevorstehenden Kriege auf Seiten Österreichs stehen wird.“ Der Minister fügte hinzu: „Dies alles geht von derselben bulgarischen Lügenoffizin aus; seit man weiß, daß der Kaiser die Fälschungen dem Fürsten von Bismarck mitteilt*, schickt man uns nichts mehr, sondern versucht es mit Zeitungskorrespondenzen und Telegrammen.“

Herr von Giers schloß: „Ich habe an Fürst Lobanow telegraphiert, er solle sich nach dem militärischen Sachverhalt erkundigen unter ausdrücklicher Betonung, daß dies nicht als Interpellation zu betrachten sei; Kaiser Alexander vertraue auf das Wort des Kaisers Franz Joseph.“

von Schweinitz

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[1] Unaufrichtig!

[2] respondeatur zur Mitteilung: wir glaubten nicht, daß Giers das sentiment wirklich hat. Seine Durchlaucht glaubt an Möglichkeit nur dann, wenn Österreich uns oder England dabei im Bunde hätte. Letzteres sehr unwahrscheinlich, und von uns bekannt, daß wir Angriffskrieg nicht mitmachten. Daß Österreicher möglicherweise ihre cadres verstärken, gegenüber den wachsenden russischen Truppenverstärkungen nicht zu verwundern. Wir hätten aber genaue Nachrichten, und darnach hätten sie keinen einzigen cadre gerührt. Österreich ist friedlich, und wir werden reden zum Frieden, falls dort etwa jemals agressive Tendenzen zu Tage treten sollten.

Nr. 1173

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 447 St. Petersburg, den 29. Dezember 1887
Vertraulich

pp. Diese Stimmung, oder vielmehr die allgemeine, bei hoch und niedrig vorherrschende Überzeugung, welcher ich bei meiner Rückkehr nach St. Petersburg** begegnete, war, daß wir Österreich-Ungarn zum Kriege mit Rußland trieben[1]. Diese ebenso falsche wie allgemein verbreitete Meinung ist nicht nur durch die systematischen Verleumdungen der europäischen Kriegspartei, nicht nur durch Artikel deut-

---

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXVI, Anhang B.

** Botschafter von Schweinitz hatte im Dezember 1887 auf Urlaub in Deutschland geweilt; am 15. Dezember stattete er dem Fürsten Bismarck einen Besuch in Friedrichsruh ab.

scher Zeitungen hier bestärkt worden, sondern auch durch vertrauliche Mitteilungen aus Wien[2].

Die Neigung, sich zu verständigen, um uns allein zu lassen, darf nach meinem ehrerbietigen Dafürhalten in Rußland bei wenigen, in Österreich bei vielen[3] als vorhanden angenommen werden; es drängt sich also die Frage auf, ob eine solche Verständigung möglich ist[4].

Die russische Regierung hat uns Beweise geliefert, daß sie, um den nationalen Leidenschaften zu schmeicheln, ökonomische Interessen zu opfern fähig ist; sie würde wohl wenig Bedenken tragen, politische Konzessionen zu machen, um einen unserer Bundesgenossen von uns zu trennen; sie würde Österreich gegenüber um so bereitwilliger[5] zu temporären Zugeständnissen[5] sein, als sie dessen Zerfall mit Zuversicht[5] erwartet, sobald wir es nicht mehr stützen können. Wenn nun unter dem Eindrucke der Kriegsfurcht, des „cimbrischen Schreckens", wie er unlängst in Wien zutage trat, die dortige Staatsleitung in slawophile[6] und ultramontane Hände geriete[7], so wäre es wohl denkbar, daß man trotz Polen und Magyaren schon vor Solferino nach Villafranca ginge.

Zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, zwischen der katholischen und der orthodoxen Slawenwelt bestehen aber Gegensätze, welche in den letzten Jahren so schroff geworden sind, daß sie weder durch gemeinsamen Haß gegen das Deutschtum noch durch diplomatische Arrangements, selbst nicht durch wechselseitige Kompensationen auf Kosten eines dritten ausgeglichen werden können. Die territorialen Fragen ließen sich vielleicht auf solche Weise lösen, die nationalen Aspirationen sich versöhnen[5], aber das Zusammenwirken konfessioneller Rivalitäten mit den nationalen und den politischen läßt friedlichen Ausgleich fast unmöglich erscheinen[8].

Die abendländische Kirche ist aggressiv in den ruthenischen und in den südslawischen Ländern; die morgenländische ist es im östlichen Galizien und in Böhmen[9]; auch wohl bei den Slowenen; sie ist arm an geistigen Kräften, schwach durch Mangel an Disziplin, arm auch an materiellen Mitteln trotz russischer Unterstützung. Unfähig, mit ihrer ungebildeten Geistlichkeit den Kampf gegen den überlegenen katholischen Klerus siegreich zu bestehen, sucht sie die Staatsgewalt in diesen Kampf hineinzuziehen, und bei der gegenwärtigen Zerfahrenheit der russischen Staatsleitung fehlt es hierzu weder an Mitteln noch an Aussicht auf Erfolg.

Wenn ich es wage, die Ansicht auszusprechen, daß kirchliche Gegensätze eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich für nahe Zukunft ausschließen, so tue ich dies auf Grund langer Beobachtung, will aber nicht versuchen, die Wahrheit einer so gewichtigen Behauptung durch Anführung einzelner Beispiele von lokalen Konflikten oder durch anekdotische Mitteilungen aus Petersburger Salongesprächen zu beweisen[10]. Die tiefgehende Strömung, welche ich im

Auge habe, tritt übrigens hier in der zweiten Hauptstadt weniger zutage als der aus Franzosenliebe und Deutschenneid zusammengesetzte Chauvinismus, der sich weder um die Kirche noch um Bulgarien, noch um die Dardanellen kümmert, wenn er nur uns demütigen könnte[11]. Ich glaube aber doch, mir gestatten zu dürfen, in aller Kürze zwei Unterredungen zu resümieren, aus welchen sich auf die Anschauungen einflußreicher Kreise schließen läßt.

„Le joug de l'Autriche devient insupportable", sagte Herr Pobedonoszew, nachdem er mir die Verfolgungen geschildert hatte, denen die Unierten in Galizien ausgesetzt sind. Es scheint hiernach, daß in neuerer Zeit wirklich recht lästige Maßregeln gegen die Ruthenen in Anwendung gebracht worden sind, und zwar durch die polizeilichen Organe, auf Anregung der römisch-katholischen Geistlichkeit. Letztere geht von der, wie man hier zugibt, richtigen Ansicht aus, daß es, um jenes ungebildete Volk ganz für Rom zu gewinnen, zunächst darauf ankomme, die Äußerlichkeiten des Kultus denen der lateinischen Kirche gleich zu machen und die der griechischen zu beseitigen. Nun hat man jetzt den Kampf gegen die Form des Kreuzes eröffnet, welches die Ruthenen auf ihren Kirchen und Gräbern seit alten Zeiten haben; es ist das russische Kreuz mit drei Querbalken, an dessen Stelle das lateinische mit einem, am oberen Dritteil angebrachten Querbalken treten soll. Hierüber scheint es zu so peinlichem Streite gekommen zu sein, daß der Papst Einhalt geboten hat. Hierdurch ist aber der Zorn des Herrn Pobedonoszew nicht besänftigt worden, und er führte bittere Klage über die von der Wiener Regierung getriebene jesuitische Propaganda.

Wie schon oft bei ähnlichen Gesprächen, so erwiderte ich auch diesmal, und zwar auf Grund des hohen Erlasses Nr. 892 vom 18. d. Mts., daß nicht die österreichisch-ungarische Regierung, sondern die katholische Internationale, in neuerer Zeit durch die ultramontanen Mitglieder des Hauses Orléans unterstützt, die Propaganda unter den Völkerschaften der griechischen Kirche begünstige. „Nein," sagte der Prokurator des Synods, „dies ist nicht richtig; Fürst Bismarck irrt sich hierin; der Fürst bekommt diplomatische Berichte, sozusagen die großen Nachrichten, ich bekomme die kleinen, und diese, aus der Mitte des Lebens in jenen entlegenen Gebieten heraus, schildern die Dinge, wie sie wirklich sind, in der Herzegowina, Bosnien, Serbien, Ungarn und Galizien[12]. Wenn nur dieses schreckliche Österreich nicht wäre!"

Ich sagte, wie immer, daß Seine Majestät der Kaiser streng verfassungsmäßig regiert, daß Graf Kálnoky sehr vorsichtig, Herr von Kállay religiös indifferent, Herr von Tisza reformiert sei; aber alles dieses macht Herrn Pobedonoszew nicht irre. pp.

Ein leitendes Vorstandsmitglied vom Slawischen Wohltätigkeitsverein sagte unter anderem: „Ich bin Panslawist, und darum kein

Gegner, sondern ein Freund Deutschlands; Sie haben eine Million Polen, um welche wir uns nicht kümmern, und 80000 Wenden, die kaum in Betracht kommen, aber Österreich" — und nun entwickelte mir mein gut unterrichteter Bekannter ähnliche Auffassungen wie Herr Pobedonoszew, schilderte lebhaft die Leiden, welche die armen Ruthenen am rechten Ufer der Sau wegen der dreiarmigen Kreuze erdulden, und suchte nachzuweisen, daß die österreichische Regierung unter der Maske der Parität das Schulwesen in Bosnien und der Herzegowina in die Hände der Jesuiten gebracht habe. pp.

„Wir leben", fuhr er fort, „in der Zeit der großen nationalen Agglomerationen; ein Staat, der kein Nationalitätsstaat ist, kann nicht fortbestehen; ich sage Ihnen aber ausdrücklich, daß wir Panslawisten meiner Richtung die Grenze unserer Bestrebungen nach der Konfession ziehen, daß also nicht nur die Polen, sondern auch die Tschechen außerhalb derselben bleiben. pp."

Durchdrungen von der Inferiorität seines Klerus und entschieden abgeneigt, ihn materiell und intellektuell zu heben, scheint der Prokurator des Synods keine andere Rettung für seine bedrohte Kirche zu sehen als ihren Schutz durch die russische Autokratie[13]; daß sie unter konstitutionellen Staatsformen nicht gedeihen kann, hat er einmal in einem geistvollen Essay nachgewiesen; aus diesem Grunde hat er sich auch beim Regierungsantritt des jetzigen Kaisers den Reformen, denen man in dem denkwürdigen Conseil vom 20/8. März 1881* sehr nahe war, so energisch und erfolgreich widersetzt. Mit gleicher Energie und Konsequenz treibt er zum Kriege gegen Österreich-Ungarn, und die „kleinen Nachrichten", auf die er so stolz ist, und die ihm aus den slawischen Provinzen des Nachbarreichs in Menge zugehen, setzen ihn instand, seinen kaiserlichen Herrn zu beeinflussen; so auch jetzt, wo ihm, wie er mir sagt, berichtet wird, daß alle Straßen, die in Galizien nach der russischen Grenze zu führen, mit österreichischen Truppen angefüllt sind.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 !
2 dort ist dergleichen auch von militärischer Seite geschehn.
3 bei welchen?
4 gewiß; sie bestand lange u[nd] oft, u[nd] war 1876 im Wer
5 ?
6 was ist Ta[a]ffe** denn anders?
7 das ist sie
8 die Verständigung auf unsre Kosten aber doch als möglich?

---

* In dem Konseil vom 20. März 1881 war die Frage der Berufung von Kommissionen oder Delegationen der russischen Semstwos verhandelt worden; der Entwurf des Grafen Loris Melikow scheiterte aber an dem leidenschaftlichen Widerspruch Pobedonoszews. Bericht des Botschafters von Schweinitz vom 29. März 1881.

** Graf Taaffe, österreichischer Ministerpräsident und Minister des Innern.

[9] in Böhmen minimal
[10] ist auch nicht nöthig
[11] Skobelew
[12] in Galizien besorgen es die Polen, denen die öst[er]r[eichische] Reg[ierung] freie Hand läßt, um sie gegen Rußland zur Verfügung zu haben; in Bosnien die Jesuiten, in Bulgarien Clementine.
[13] gegenseitig!

Nr. 1174

Kaiser Wilhelm I. an Kaiser Alexander III. von Rußland

Reinkonzept*

Berlin, le 5 Janvier 1888
[abgegangen am 6. Januar]

Mon cher petit neveu,

Le plaisir que m'a causé Votre visite** m'est un motif de plus pour exprimer, à l'occasion de la nouvelle année, les vœux que m'inspirent les liens de famille qui nous unissent et l'identité de nos intérêts monarchiques. Ma jeunesse s'est passée sous l'influence de la réciprocité des sentiments affectueux de nos pères; j'en ai gardé la tradition dans ma longue vie et je tiens à Vous les exprimer de nouveau dans un moment, où les nations dont Dieu nous a confié le gouvernement, n'ont que leurs monarques pour leur conserver les bienfaits de la paix et de l'ordre social menacés partout en Europe. Pour suffire à cette noble tâche, il faudra avant tout écarter entre nous tout malentendu propre à affaiblir la foi que mutuellement nous avons dans les intentions paisibles et amicales qui président à notre politique. J'ai lu dans un organe officiel, „l'Invalide Russe" au sujet de la distribution de mes troupes des données, qui, si elles étaient fondées, pourraient faire naître des doutes au sujet du caractère de ma politique. J'ai immédiatement ordonné que cette question fût soumise à un examen minutieux et je crois de mon devoir de Vous communiquer dans l'annexe les données officielles qui m'ont été fournies à la suite d'une étude exacte et approfondie.

Les chiffres publiés par l'„Invalide" sont inexactes au sujet de l'augmentation de mes troupes aussi bien qu'en ce qui concerne nos constructions de chemins de fer. Je joins ici à titre de preuve, un tableau synoptique préparé par mon Ministre des Travaux Publics, où se trouvent spécifiées toutes les lignes construites ou en construction depuis 1878 sur la rive droite de l'Oder, et dont une partie, à l'heure qu'il est, n'est pas encore achevée.

---

* In der Ausfertigung vom Prinzen Wilhelm geschrieben; s. den Schluß des Briefes.
** Vgl. Nr. 1155, S. 10, Fußnote *.

Ce tableau prouve que les chiffres publiés par l'„Invalide" étaient exagérés au double de la vérité et que la plupart de ces constructions n'est d'aucune importance militaire, ne servant qu'aux intérêts du commerce et de l'agriculture.

Une des plus surprenantes parmi les affirmations inexactes de l'„Invalide" c'est celle qui se rapporte à mes forteresses. Graudenz par exemple y est désignée comme „nouvelle place forte" tandis qu'en réalité c'était autrefois une bonne forteresse qui, commandée par Courbière, tint bon en 1806 et 1807 contre Napoléon, avec un petit nombre d'autres places fortes. Mais l'ancienne forteresse de Graudenz a été condamnée et rasée il y a plus de 20 ans et personne n'a songé à y faire construire de nouveaux ouvrages. Ce fait ne peut pas être inconnu à Votre Ministre de la guerre et à sa feuille officielle.

Ce n'est qu'à la suite des agglomérations considérables de troupes russes réalisées depuis la fin de la dernière guerre turque dans Vos provinces limitrophes, que des renforcements peu considérables du côté allemand ont été dirigés vers la frontière. Ces dislocations n'ont commencé qu'en 1883 et ont gardé de petites proportions, malgré les menaces de guerre et d'alliance française que des journaux officieux et des personnes haut-placées en Russie ont publiquement proférées contre nous et malgré les renforcements récents qui continuent à augmenter le nombre des troupes russes échelonnées à proximité de notre frontière. La confiance dans la durée de la paix que m'inspire l'absence de toute raison de guerre n'a pas été ébranlée par ces incidents, et aucun projet hostile contre la Russie ne saurait entrer dans mon esprit. Toutes mes pensées tendent vers la paix, non seulement à cause de mon âge, mais aussi en vertu de l'empire qu'exerce sur moi la conscience des devoirs que j'ai envers mes sujets, et les sentiments que m'inspire l'approche du moment où j'aurai à rendre compte devant Dieu de la manière dont j'ai accompli ces devoirs que Sa providence m'a imposés.

J'ai la conviction que Vous pensez comme moi et que nous saurons protéger nos peuples contre les fléaux d'une guerre dont les résultats, quelle qu'en soit l'issue, ne profiteraient qu'aux ennemis de toutes les monarchies en Europe. J'espère que l'avenir justifiera cette conviction qui m'est chère, et j'appelle sur Vous et sur les Vôtres, nommément sur l'Impératrice, la bénédiction de Dieu pendant l'année qui nous arrive.

Je suis sûr que Vous voudrez bien m'excuser si à cause des difficultés que présente le maniement de la plume à mon âge, je me suis servi de la main de mon petit-fils Guillaume.

Pour la vie Votre tout dévoué et très affectionné frère et grand-oncle

Guillaume

Nr. 1175

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 19. Januar 1888

Graf Kálnoky fährt fort, die allgemeine Lage pessimistisch zu beurteilen, und er steht damit hier nicht allein.

Er sagt, was helfen alle Friedensversicherungen des Zaren? Die Ansammlung der russischen Armee an unseren Ostgrenzen dauert fort, ebenso die Hetzereien in der Presse, die Lügen der russischen Diplomatie.

Der den Russen unerträgliche Gedanke der deutschen Hegemonie in Europa treibt in erster Linie gegen Deutschland, und da hier kein Vorwand zum Krieg zu finden ist, so wird sich Rußland an Deutschlands Alliierten halten; hier fehlt es nicht an Reibflächen. Bulgarien wird das Prätext sein, die Oberherrlichkeit über die Slawen und die Meerengen[1] das Ziel. Wenn Rußland durchaus Händel sucht, trotz der Friedensliebe des Zaren und trotz der hiesigen Friedensliebe, so wird der Krieg da sein, und zwar in einem Moment, der Rußland paßt und Österreich nicht. Österreich ist genötigt, ruhig abzuwarten, wird es aber mit seinen schlechten Finanzen dies Warten lange vertragen können?

Diese Frage legt sich hier fast ein jeder vor. Andrássy hat deshalb hier geraten, man solle die günstige diplomatische und die noch immer vorteilhaftere militärische Lage benutzen und sich mit Rußland auseinandersetzen. Das heiße, die Tripelallianz solle mit England[2] den Russen sagen: wir wollen keinen Krieg, wir wollen die strikte Erhaltung des Berliner Vertrags, den du, Rußland, immer im Munde führst, und wollen uns auf dieser Basis verständigen, aber definitiv (?). Willst du darüber hinaus, so hast du es mit allen zu tun.

Diesem Kriegsprogramm stimmt Kálnoky nicht zu, weil er dafür hält, Rußland würde eine solche Sprache Europas (ohne Frankreich) für Drohung nehmen, und dann wäre der Krieg unvermeidlich. Daß auf England so wenig zu rechnen ist, macht den Minister noch vorsichtiger, und Andrássy sagt, er habe keine[3] Courage.

Die vielfachen offiziösen russischen Andeutungen, Österreich möge sich doch mit Rußland direkt verständigen, prallen wie Erbsen an Kálnoky ab; er sieht darin das Bemühen, Österreich von uns zu trennen, hält diese Andeutungen für unaufrichtig[4] und meint, Verständigung heiße hier: vollkommne Unterordnung unter die russische Politik.

Für eine andere Verständigung würde das Petersburger Kabinett nicht zu haben sein[5].

Das ist's eben; warum hat man hier die günstige Zeit für die Demarkation verpaßt!

Darin ist Kálnoky mit Andrássy einverstanden, daß es de pure perte[6] wäre, den Russen hier und da kleine Liebesdienste zu erweisen, den Koburger wegjagen helfen und dergleichen. — Er will jede Provokation vermeiden; was würde aber nicht als Provokation angesehen!

Das ceterum censeo Kálnokys bei derartigen Gesprächen bleibt: Rußland will den Krieg[7]; wir, die wir ihn nicht wollen, haben kein Mittel dagegen und müssen ihn uns daher diktieren lassen, weil wir ihn nicht anfangen wollen. Diese Betrachtung stimmt ihn nicht rosig.

Die Militärs sind wegen der verunglückten militärischen Besprechungen[8]* verstimmt. Wir predigen ihnen, daß sie selbst daran Schuld haben; sie sehen es wohl ein, ärgern sich aber doch. Ich weiß nicht, ob es ginge, diese Besprechungen in anderer Form und Fragestellung wieder aufzunehmen[9], wie Euere Exzellenz mir unter dem 14. schrieben. Wenn aber wieder nur eine Verstimmung dabei herauskommen soll, ist es wohl besser nicht[10].

Kronprinz Rudolf ist ganz im Kriegsfahrwasser. Er faßt die Sachen sehr leidenschaftlich auf und meint, daß, wenn Österreich den Moment versäumte, sich gegen Rußland zu schlagen, solange es noch entschiedene militärische Vorteile besäße, es besser tun würde, dann ganz von der Großmachtstellung zu abdizieren. Diese Ansichten gebe ich nur als Symptom wieder, wie die Militärs denken. Politische Bedeutung haben sie nicht.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Die Meerengen, ja; die Slaven nein; das Streben wird soweit gehn wie die griech[ische] Kirche reicht; auf kathol[ischem] Gebiet ist es ohne Aussicht, u[nd] auf griech[ischem] wie figura Bulg[arien] zeigt, auch eine Fehlrechnung. Die „Meerengen" aber ist practisch erreichbar, via Sultan.

2 ja! wenn!

3 [zwischen „keine" und „Courage" eingeschoben:] falsche

4 natürlich

5 richtig

6 doch kaum! außerdem fällt der Cob[urger] von selbst, u[nd] auf Kais[er] Alex[ander] würde diese wohlfeile Gefälligkeit immer wirken; außerdem würde dadurch die „Position auf Basis der Verträge" gestärkt

7 Der Kaiser A[lexander] persönlich nicht

8 wegen des verunglückten Versuchs den Bündnißvertrag zu verschieben!

9 nein! die Leute sind zu happig u[nd] zu steif dazu

10 ja.

* Vgl. Kap. XXXVIII: Österreichisch-Deutsche Besprechungen über den casus foederis.

Nr. 1176

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 27
Geheim

St. Petersburg, den 27. Januar 1888

Herr von Giers teilte mir gestern nachmittags mit, Seine Majestät der Kaiser Alexander wünsche mich abends während des Balles im Winterpalais in seinem Kabinett zu empfangen, um mir einen Brief an unseren allergnädigsten Kaiser und Herrn einzuhändigen und um mit mir zu sprechen. pp.

Kaiser Alexander eröffnete die Unterredung mit Worten des wärmsten Dankes für das wohlwollende und wohltuende Schreiben unseres erhabenen Monarchen, welches ihn tief bewegt habe. Kaiser Wilhelm sei so gütig gewesen, dem Briefe Tabellen beizufügen, durch welche einigen in dem Artikel des „Invaliden" aufgestellten Behauptungen, Festungen und Bahnen betreffend, widersprochen wurde; man habe hier auf Angaben des — der Name war Seiner Majestät entfallen — Handbuchs gefußt; doch dies sei ja unwesentlich; auf ein paar hundert Kilometer Eisenbahn komme es nicht an; wir könnten ja doch 300000 Mann in 24 Stunden[1] an die Grenze[2] schaffen, während Rußland auf die Truppen beschränkt bleibe, welche es im westlichen Gebiete habe. Wegen jedes Bataillons, welches von Rußland bewegt werde, erhebe sich in Österreich und Deutschland ein allgemeines Geschrei[3]; die Verlegung der 13. Kavalleriedivision in Quartiere, welche sie vor dem türkischen Kriege innehatte, habe eine große, jetzt glücklicherweise beseitigte Aufregung hervorgerufen; die Wiener Regierung sei von Berlin aus ermahnt[1] worden, auf ihrer Hut zu sein[4] und sich auf den Krieg vorzubereiten[1]. Er, der Kaiser, denke nicht daran, Österreich anzugreifen, geschweige denn Deutschland, mit welchem er gar keine kollidierenden Interessen habe; ihm sei es nur darum zu tun, sich zu sichern, wie dies das Recht jeder Regierung sei; infolge des Lärmens, welchen die ausländischen Blätter über die Bewegung der 13. Kavalleriedivision erhoben, habe er gestattet, daß der „Invalide" die Haltung des russischen Kriegsministeriums darlege und die Maßregeln angebe, welche dasselbe für die Sicherheit Rußlands noch fernerhin für geboten erachte.

Mit Österreich, so fuhr Seine Majestät fort, habe er in einem Vertragsverhältnis gestanden, durch welches er berechtigt war, auf dem einzigen Felde, auf dem er ein Interesse habe, nämlich auf der Balkanhalbinsel, gute Dienste zu erwarten; statt dessen habe Österreich nur des cochonneries gemacht und Insulten hinzugefügt; Graf Kálnoky habe in seinen Delegationsreden* Rußland beleidigt; auf Öster-

* Vgl. Nr. 1150, Fußnote *.

reich sei gar kein Verlaß, das Beste sei, gar nicht mit ihm zu sprechen; der Kaiser Franz Joseph wolle keinen Krieg, aber Rußland müsse sich doch gegen einen österreichischen Angriff sichern[5]; von uns, das wisse er, sei ein solcher nicht zu erwarten, obwohl er von Euerer Durchlaucht selbst gehört hätte*, daß Feldmarschall Graf Moltke und andere Militärs einen Angriffskrieg jetzt[6] für geboten[7] erachteten. Euere Durchlaucht widersetzten sich solchen Ideen, welche von unserem Kaiser und Herrn nicht gebilligt würden.

Als Seine Majestät eine Pause machte, sagte ich, daß allerdings bei uns viele und gewichtige Stimmen sich für einen Krieg unter den gegenwärtigen für uns günstigen Verhältnissen aussprächen[8]; Seine Majestät möge sich nur einmal klarmachen, in welcher Gemütsverfassung sich hunderttausende deutscher Familien befänden, seitdem die russische Presse den Rachedurst und den Mut der Franzosen[9] neu belebt habe; jeden Augenblick müßten unzählige Familienväter gewärtig sein, zur Fahne berufen zu werden, um vielleicht schon am nächsten Tage gegen die Franzosen zu kämpfen; diese hätten sich schon etwas beruhigt gehabt, als sie von Rußland aus zu verdoppelter Kriegslust erregt wurden. Das Echo, welches die russischen Stimmen in Frankreich erweckten, habe bei uns eine Gereiztheit gegen Rußland hervorgerufen, welche mit den traditionellen Gesinnungen unseres Volkes im Widerspruch stände; er, der Kaiser, werde vielleicht auf den Gesichtern des Berliner Publikums gelesen haben, daß man sich trotz allem dem freute, ihn dort zu sehen; gegen Rußland selbst habe man nichts, aber man sei entrüstet darüber, daß es die Franzosen auf uns hetze.

Österreich, so sagte ich weiterhin, werde Rußland nicht angreifen, weil es wisse, daß es allein bleiben werde, wenn es allein marschiere; selbst die Ungarn wollten keinen Krieg, ja sogar die Polen nicht. Graf Kálnoky habe einen schweren Stand, er müsse mit den parlamentarischen Faktoren rechnen; kein anderer an seiner Stelle werde es so gut machen wie er; dies gab der Kaiser zu; Seine Majestät war übrigens vortrefflich über dasjenige unterrichtet, was wir im November und Dezember v. Js. in Wien getan haben[10]; gleichzeitig aber ließ er sich durch keine Gegenbeweise in der Überzeugung erschüttern, daß Euere Durchlaucht in Wien nur zu befehlen, nur die Faust — und dabei erhob Seine Majestät die geballte Hand — zu zeigen[11] brauchen.

Auf die Truppenstärke in den Grenzgebieten zurückkommend, sagte der Zar, es sei richtig, daß innerhalb der von unserem Generalstab gezogenen Linien die russischen Streitkräfte den unsrigen bedeutend überlegen seien, aber in wenigen Tagen könnten wir doppelt so stark sein, während Rußland auf diejenigen Truppen, welche schon an Ort und Stelle wären, beschränkt bliebe. Ich sagte, es sei nicht le nombre des

---

* Gelegentlich des Besuchs Kaiser Alexanders in Berlin am 18. November 1887. Vgl. Bd. V. Kap. XXXVI, Nr. 1129.

troupes russes; c'est leur proximité de la frontière, welche auf die Bewohner der limitrophen Bezirke beunruhigend wirkten; in wenigen Stunden könne die russische Kavallerie in unserem Lande sein. „Ja," sagte der Kaiser, „wir müssen suchen, Ihre Mobilisierung zu hemmen."

Ich warf ein, es sei doch eigentlich ganz unglaublich, daß man so, wie es eben jetzt zwischen Seiner Majestät und mir geschehe, über die Eventualität eines Krieges sprechen könne, für welchen kein Mensch einen vernünftigen Grund zu erfinden wisse; ein Krieg sei aber doch ein großes Unglück, freilich nicht das größte; die Revolution sei viel schlimmer; okkulte Kräfte trieben zum Kriege, um der Revolution zum Siege zu verhelfen; ein Niederwerfen Österreichs würde eine Menge slawischer und anderer, jedenfalls anarchistischer kleiner Republiken an Rußlands Grenze erstehen lassen und dergleichen mehr. Seine Majestät antwortete, Euere Durchlaucht hätten das auch gesagt und die Erhaltung des Kaiserstaats[12] als im monarchischen Interesse für notwendig erklärt; das sei wohl möglich, aber dann solle diese Monarchie nicht überall Schwierigkeiten in Rußlands Weg legen[5] und so fort.

Recht interessant war mir, daß Seine Majestät der Kaiser, als er über seine Beziehungen zu Frankreich sprach, offen aussprach, seine Regierung habe sich der französischen zu nähern gesucht*; da habe Herr Flourens und besonders Präsident Grévy gesagt, sie könnten dazu nicht raten, denn niemand sei imstande vorherzusagen, mit wem Rußland sich engagiere; Herr Grévy habe während seiner Präsidentschaft über 300 Minister gehabt.

„Es ist gewiß," fuhr Seine Majestät fort, „daß wir eine weitere Schwächung Frankreichs nicht zulassen können[8]; Fürst Bismarck hat mir auch gesagt, daß er eine solche nicht beabsichtige; solange er Minister sei, solle Frankreich nicht angegriffen werden, ich weiß nicht, ob dies eine Phrase ist oder wirklicher Ernst[5]."

Ich erwiderte, es sei nichts weniger als eine Phrase, denn für uns selbst sei das Bestehen Frankreichs notwendig aus diesen und jenen bekannten Gründen, deren Aufzählung ich wohl unterlassen darf. Ich versuchte bei dieser Gelegenheit Seiner Majestät anschaulich zu machen, daß Europa ein kompliziertes Gebilde sei, und daß, wenn einer seiner Hauptbestandteile, wie vornehmlich Österreich, in Trümmer gehe, wir keinen ruhigen Augenblick mehr während unseres ganzen Lebens haben würden.

In dieser Weise verlängerte sich das Gespräch; „nun," sagte der Zar, „jetzt hat man sich glücklicherweise beruhigt, und für dieses Jahr werden wir also Frieden behalten."

Ich sagte, daß ich nicht einsehe, warum wir bloß für dieses Jahr und nicht überhaupt Frieden behalten sollten. An diese Möglich-

---

* Vgl. Kap. XXXIX: Russisch-Französische Allianzfühler 1886—1890, Nr. 1220.

keit schien Seine Majestät nicht recht zu glauben, so sehr es auch seinen Wünschen entsprechen möchte; ich empfing, und dieses Mal noch stärker als in dem Gespräche beim St. Georgsfeste 1886*, den Eindruck, daß der Kaiser Alexander sich in die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Österreich hineingefunden hat; er wiederholte oft, daß er mit Deutschland nie in Zwiespalt geraten werde; Deutschenhaß bestehe gar nicht[5] im russischen Volke; ich wandte ein, er werde jetzt systematisch erregt durch die Zeitungen, durch wohlfeile Blätter wie der „Swet" usw.

Über allem diesem war eine lange Zeit vergangen, und die Stunde des Soupers näherte sich; ich fragte: „Eure Majestät sind also in Ihrem Briefe nicht auf die Dislokationsfragen eingegangen?" Der Kaiser sagte, er habe dies nicht getan, es könne ja auch zu nichts führen; er sei aber Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm innig dankbar dafür, daß er ihm so offen darüber geschrieben habe. Ich fragte: „und über die Zukunft dieser Angelegenheiten haben Euere Majestät auch nichts gesagt?" „In welcher Beziehung?" entgegnete der Zar. Ich sagte: „ob noch mehr Veränderungen stattfinden sollen?"

Seine Majestät sprach nun ziemlich ausführlich, wenn auch nicht ganz klar über den Plan, welchen sein Kriegsministerium zur Sicherung des Landes verfolge, und zu dessen Ausführung noch zwei Divisionen aus dem Kaukasus die eine nach Kiew die andere nach Warschau gehen sollten, um die Armeekorps in die regelrechte Ordnung und Stärke zu bringen, woran noch vieles fehle; manche hätten drei, einige vier, andere zwei Divisionen; aus finanziellen Rücksichten habe sich diese notwendige Maßregel bisher immer noch verzögert. Ich fragte noch weiter, ob die beabsichtigte Verschiebung der erwähnten zwei Divisionen nach Beendigung der Herbstmanöver zu gewärtigen sei? Seine Majestät antwortete: „Vielleicht im Herbst, vielleicht auch noch gar nicht in diesem Jahre; solche Ortsveränderungen kosten viel Geld, und nun gar, wenn es sich um Truppen handelt, die im Kaukasus stehen."

Zwischenein ließ Seine Majestät wiederholt Bemerkungen fallen, daß es jeder Macht freistehen[13] müsse, ihre Truppen dahin zu stellen, wo sie es für zweckmäßig halte; im ganzen aber wollte es mir so scheinen, als wenn in nächster Zukunft nichts geschehen würde, vorausgesetzt, daß kein Anstoß von außen kommt.

Als die Unterredung sich ihrem Ende näherte, wiederholte Seine Majestät nochmals seinen wärmsten Dank für das kaiserliche Schreiben, welches ihn wirklich auf das tiefste gerührt habe, ebenso wie die herzliche Aufnahme, welche die Kaiserin und er in Berlin fanden. Auch über seine Unterredung mit Euerer Durchlaucht sprach der Kaiser mit sichtlich angenehmer Erinnerung an diesen historischen

---

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXI, Nr. 997.

Moment; „anfangs,“ so sagte Seine Majestät, „grollte der Fürst etwas, aber nachher wurde er freundlicher.“ pp.

Der Botschafter* sagte mir auf dem Hofball: „Wir werden noch mit den Herren vom Kriegsministerium verhandeln, um auf die militärischen Fragen eine wünschenswerte Auskunft in Berlin geben zu können.“

Der allerhöchste Briefwechsel ist hier Geheimnis geblieben; im Ministerium des Äußern sind nur die Herren Vlangaly und Graf Lamsdorff in Kenntnis gesetzt worden; Herrn von Giers schien viel daran zu liegen, daß die fremde Diplomatie nichts davon erfahre.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ?
2 wo?
3 in Folge der drohenden Sprache der russischen Presse.
4 ja
5 !
6 ich habe S[eine]r M[ajestät] das als Antidot gegen russische Ueberschätzung gesagt u[nd] gegen die Annahme als fürchteten wir Rußland.
7 [„geboten“ eingeklammert, dafür:] „nützlich“
8 gut
9 gegenseitig
10 was denn?
11 um Oest[er]reich zur Annäherung an Russland zu treiben?
12 auch des russischen richtig
13 also auch Oest[er]reich

Nr. 1177

Kaiser Alexander III. von Rußland an Kaiser Wilhelm I.

Eigenhändiges Handschreiben

St. Petersbourg, ce 13/25 Janvier 1888

Mon cher Grand Oncle,

C'est du fond de mon cœur que je Vous remercie de Votre bonne et affectueuse lettre du 5 Janvier ct.**, ainsi que des souhaits que Vous avez bien voulu m'exprimer pour l'année qui commence. — Parmi ceux que je forme, celui de conserver Votre amitié et de voir les liens qui nous unissent servir à l'affermissement des bienfaits de la paix et de l'ordre social en Europe, sont certainement des plus ardents. — Je Vous suis très reconnaissant de la communication des données officielles sur la distribution de Vos troupes, dont j'ai fait prendre connaissance à mon Ministère de la Guerre, mais je n'ai pas

---

* Graf Paul Schuwalow.

** Siehe Nr. 1174.

besoin de Vous dire que rien ne saurait ébranler la foi absolue que j'ai toujours eue dans Vos intentions loyales et pacifiques. — Vous me rendez justice en pensant que je partage Vos convictions quant à l'immense responsabilité qui nous incomberait si nous ne cherchions, par tous nos efforts à protéger les peuples dont Dieu nous a confié les destinées contre les fléaux d'une guerre. — Ai-je besoin d'ajouter que l'éventualité d'une guerre sans motif, comme le serait celle entre l'Allemagne et la Russie, me semble tout-à-fait impossible à admettre. —

Ma femme a été vivement touchée des sentiments que Vous lui témoignez et nous sommes très heureux de voir que le souvenir si profond et si agréable que nous gardons de notre visite à Berlin trouve un écho auprès de Vous. — Veuillez présenter mes hommages très respectueux à l'Impératrice Reine et croyez toujours, mon cher Grand Oncle, aux sentiments de sincère vénération et de l'attachement le plus inaltérable de Votre bien affectueusement dévoué

frère et petit neveu

Alexandre.

Kapitel XXXVIII

Österreichisch-Deutsche Besprechungen über den casus foederis 1887—1888

Nr. 1178

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 691 Berlin, den 11. Dezember 1887
Geheim [abgegangen am 12. Dezember]

pp. Seine Majestät der Kaiser hat unter der Voraussetzung striktester Geheimhaltung genehmigt, daß dem österreichischen Vorschlag* entsprechend in vorläufige Besprechungen über die militärischen Folgen des eventuellen casus foederis eingetreten werde. Ich werde den Feldmarschall Grafen Moltke also benachrichtigen, daß Oberstleutnant von Steininger sich zu diesem Behufe demnächst bei ihm melden wird.

Ew. persönlichem Ermessen stelle ich anheim, an geeigneter Stelle anzuregen, daß Seine Kaiserliche Hoheit der österreichische Armeebefehlshaber seine Instruktionen dem Freiherrn von Steininger direkt erteilt. Ich wäre dankbar für eine Mitteilung, sobald die durch Steininger hier zur Sprache zu bringenden Punkte dort festgestellt sein werden.

H. Bismarck

Nr. 1179

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Grafen von Moltke

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Berlin, den 16. Dezember 1887

Mit Bezugnahme auf die mündliche Besprechung, welche Ew. mir heute zu gewähren die Gewogenheit hatten, beehre ich mich, Hochdenselben s. pet. rem. den beigefügten Bericht des Prinzen Reuß vom 8. d. Mts.** zu überreichen. Es geht daraus hervor, daß der Kaiser

* Laut Berichts des Botschafters in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß (siehe Nr. 1162) hatte Graf Kálnoky angeregt, daß Deutschland und Österreich sich im Hinblick auf die von Rußland drohende Kriegsgefahr „über die militärischen Maßnahmen für den Fall des Eintretens des casus foederis" rechtzeitig besprechen möchten.

** Siehe Nr. 1162.

Franz Joseph einen fachmännischen Meinungsaustausch über die bei eventuellem Eintreten des deutsch-österreichischen casus foederis erforderlichen militärischen Maßnahmen und Vorbereitungen schon jetzt herbeizuführen wünscht.

Auf Grund der zustimmenden Marginalien des Reichskanzlers hatte ich Seiner Majestät, unserm allergnädigsten Herrn, über diese Frage Vortrag erstattet. Allerhöchstderselbe hatte anfangs gewisse Bedenken gegenüber der österreichischen Anregung, welche die Kriegseventualität als nahe bevorstehend voraussetzt. Schließlich haben Seine Majestät aber erklärt, Ew. ermächtigen zu wollen, von dem österreichischen Militärattaché Freiherrn von Steininger die von letzterem zu übermittelnden Vorschläge und Anfragen der österreichischen Heeresleitung entgegenzunehmen.

Seine Majestät wollten vorher noch Ew. Vortrag hören.

Wie ich Ew. Exzellenz heute mündlich darzulegen mir erlaubte, erscheint es dem Herrn Reichskanzler nicht tunlich, unsre kombinierte Aktion schon jetzt in einer bestimmten Richtung und in bestimmter Stärke festzulegen. Er hat aber die österreichische Anregung nicht von der Hand weisen wollen, weil das in Wien hätte verstimmen können.

H. Bismarck

Nr. 1180

Der Chef des Militärkabinetts General von Albedyll an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Eigenhändig

Berlin, den 18. Dezember 1887

Euer Hochgeboren

ermächtigt* mich Seine Majestät der Kaiser und König zu benachrichtigen, daß allerhöchstdieselben nach Rücksprache mit dem Generalfeldmarschall Grafen Moltke und dem Kriegsminister den ersteren ersucht haben, den K. K. österreichischen Obersten Baron von Steininger zu empfangen und dessen Mitteilungen resp. Anfragen entgegenzunehmen, wovon Seine Majestät Euer Hochgeboren ersuchen, den Baron von Steininger in Kenntnis setzen zu wollen.

Bezüglich des Standpunktes, welchen der Generalfeldmarschall bei dieser Unterredung betreffs der diesseitigen Maßnahmen einnehmen wird, ist festgestellt worden, daß der Feldmarschall auf die für uns gleichzeitig wahrscheinlichen anderweitigen Engagements hinweisen, jedoch außerhalb jedes Zweifels stellen wird, daß unter allen Umständen und in jedem Fall mindestens einige Armeekorps zur Kooperation mit den österreichischen Truppen im Osten bereitstehen werden

---

* „beauftragt"?

Im übrigen wird der Feldmarschall sich noch nicht auf nähere Besprechungen einlassen, und wird er es auch vermeiden, über die im Osten aufzustellenden Truppen nähere Zahlen anzugeben.

v. Albedyll

Nr. 1181

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 19. Dezember 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, das anliegende Schreiben* an General von Albedyll expedieren zu lassen und nach Maßgabe des ebenfalls beigefügten Konzeptes zu demselben Seiner Majestät mündlich vorzutragen und mit dem Grafen Moltke und Herrn von Albedyll zu sprechen. Der Herr Reichskanzler bittet, unter Benutzung des Inhaltes der bezüglichen Erlasse nach Wien resp. an Herrn von Deines auf die Affäre Waldersee-Steininger** hinzuweisen und dabei zu sagen, daß, wenn von neuem von militärischer Seite die Österreicher irre gemacht würden, dies durch die Bemühungen des Auswärtigen Amtes nicht wieder gut gemacht und notwendigerweise bei dem an sich schon argwöhnischen Kaiser Franz Joseph Mißtrauen erregt werden würde; der Kaiser würde glauben, daß wir ihn in den Krieg hineinhetzen wollten, oder, wenn er sich genügend vorbereitet hielte, denselben beginnen und von uns, auf Grund der gemachten militärischen Zusagen, verlangen, daß wir ihm beistehen. Seine Durchlaucht müßte sich dagegen verwahren, daß die politische Geschäftsführung gewissermaßen auf den Generalstab überginge, und daß die Militärs à tout prix in Wien auf den Krieg drängten.

C. Rantzau

Nr. 1182

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Chef des Militärkabinetts General von Albedyll

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Friedrichsruh, den 19. Dezember 1887

Geheim [abgegangen am 20. Dezember]

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat mir Euer pp. gefälliges Schreiben vom 18. d. Mts. mitgeteilt.

---

* Siehe Nr. 1182.

** Der Generalquartiermeister Graf von Waldersee, der spätere Generalfeldmarschall, hatte in Gesprächen mit dem österreichischen Militärattaché Oberst von Steininger und dem Botschafter Széchényi die Frage eines russisch-österreichischen Krieges

Ich bin auf die Tragweite, welche danach die allerhöchste Entschließung bezüglich der Unterredung des Herrn Generalfeldmarschalls mit dem Obersten von Steininger haben kann, nicht vorbereitet gewesen. Ich war bisher der Ansicht, daß unser Eingehn auf den österreichischen Wunsch eines militärischen Gedankenaustausches für uns zunächst nur eine Rekognoszierung der österreichischen Auffassungen und Absichten zum Zweck haben werde. Die Tatsache, daß auf Vortrag der höchsten militärischen Autoritäten der Standpunkt, welchen der Herr Feldmarschall bei dieser Unterredung bezüglich diesseitiger Maßnahmen einnehmen soll, von Seiner Majestät bereits festgestellt ist, gibt der Unterredung eine politische Bedeutung bezüglich unsrer Stellung nicht nur zu Österreich, sondern auch zu Frankreich und Rußland. Soweit es sich um eine Beruhigung für Österreich darüber handeln konnte, daß wir unsern Bündnisvertrag getreulich halten werden, glaube ich nicht, daß ein Bedürfnis hierfür vorliegt, weil unsere amtlichen Mitteilungen dem Wiener Kabinett die bündigsten Versicherungen in dieser Beziehung gegeben haben, und ein Zweifel daran in Österreich nicht besteht. Wohl aber befürchte ich, daß bei der in Wien herrschenden publizistischen Indiskretion die Besprechungen, wenn sie mit der in Ew. pp. Schreiben angedeuteten politischen Tragweite stattfänden, neue Beunruhigungen und Verschärfungen der Situation nach der Kriegsseite hin verursachen könnten.

Eine amtliche Benachrichtigung und Ermächtigung des Obersten von Steininger durch das Auswärtige Amt halte ich nicht für ratsam. Das Auswärtige Amt und ich persönlich würden dadurch die Verantwortlichkeit für die politischen Konsequenzen dieser militärischen Besprechung mindestens Österreich gegenüber auf sich nehmen. Ich kann aber eine politische Verantwortlichkeit nur für solche Verhandlungen übernehmen, welche zwischen den direkten Organen des diplomatischen Dienstes beider Höfe stattfinden und muß in der Lage bleiben, dem österreichischen Kabinett gegenüber aus politischen Gründen eine andere Meinung haben zu können als diejenige, welche aus militärischem Gesichtspunkte für die maßgebende gehalten wird.

Die gegenwärtige politische Situation ist eine außerordentlich schwierige und empfindliche, und ich würde die Verantwortlichkeit für ihre weitere Entwicklung nicht übernehmen können, wenn militärische Verhandlungen stattfänden, mit deren Inhalt und Tragweite ich mich vom politischen Standpunkte nicht einverstanden erklären könnte. Dies würde aber der Fall sein, wenn die Besprechungen zwischen dem Herrn Generalfeldmarschall und dem Obersten von Steininger sich in der von Euerer pp. bezeichneten Richtung bewegen sollten. Daß wir „unter allen Umständen und in jedem Falle“, also auch für den Fall, daß

---

erörtert. Dies veranlaßte den Fürsten Bismarck, sich in einem Schreiben an den Grafen Waldersee vom 7. Dezember 1887 lebhaft gegen „solche Eingriffe von militärischer Seite zu verwahren“.

zwischen Österreich und Rußland ein Krieg entstände, welcher außerhalb des casus foederis liegt, einige Armeekorps an unserer Ostgrenze bereithalten, kann und wird wahrscheinlich auch politisch angezeigt sein; daß wir aber diese Armeekorps dem österreichischen Kabinett von Hause aus und ohne casus foederis als zur Kooperation mit den österreichischen Truppen bestimmt bezeichnen, dazu kann ich nach Maßgabe unserer geheimen Verträge nicht mitwirken. Ich weiß nicht, ob die letzteren dem Herrn Generalfeldmarschall in ihrer vollständigen Ausdehnung bekannt sind, und halte ich schon deshalb die in Aussicht genommene Basis für die Besprechungen der beiden Herren nicht für opportun, weil man österreichischerseits aus derselben Konsequenzen und moralische Verpflichtungen ableiten würde, welche wir nicht erfüllen können.

Die Besprechungen sind von Österreich gewünscht worden und lassen sich nicht ablehnen; aber ich glaube, daß wir uns zunächst lediglich rezeptiv dabei zu verhalten und vor jeder diesseitigen Erklärung abzuwarten haben, in welcher Richtung Oberst von Steininger sich namens des österreichischen Generalstabes aussprechen wird. Die Beantwortung seiner Eröffnung wird kaum möglich sein, ohne in das politische Gebiet hinüberzugreifen, und deshalb glaube ich beanspruchen zu können, daß sie nicht ohne mein Einverständnis erfolgt. Das Bestreben Österreichs oder doch derjenigen österreichischen Staatsmänner und Militärs, welche die Gelegenheit wahrnehmen wollen, um die deutsche Armee für spezifisch österreichische Zwecke einzusetzen, auch für solche, an denen Deutschland kein Interesse hat, ist auf Erweiterung und Verschiebung unseres Bündnisses gerichtet. Dazu die Hand zu bieten, ist für uns nicht möglich, schon aus Rücksicht auf geheime Verträge, welche wir mit andern europäischen Regierungen haben. Auch abgesehn hiervon liegt es nicht in unserem politischen Interesse, das österreichische Kabinett zum Beginn oder zur Beschleunigung des Krieges mit Rußland zu ermutigen. Unsre Politik hat die Aufgabe, den Krieg, wenn möglich, ganz zu verhüten, und geht das nicht, ihn doch zu verschieben. An einer andern würde ich nicht mitwirken können.

v. Bismarck

Nr. 1183

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 20. Dezember 1887

Bei Rückreichung der anliegenden Instruktion und des Briefes des Generals von Albedyll bemerke ich gehorsamst, daß ich sowohl mit dem letzteren wie mit dem Grafen Moltke heute eingehend nach

Maßgabe Eurer Durchlaucht Weisung gesprochen habe. General von Albedyll kam zu mir, um mir zu sagen, er bedauere lebhaft seine übereilte Schreibweise, und er würde heut selbst nach Friedrichsruh schreiben, um seine zu mißverständlichen Auslegungen, wie er zugeben müsse, sehr geeignete Ausdrucksweise richtig zu stellen: er erklärte, daß entweder die Worte „zur Kooperation" hätten wegfallen oder daß ihnen hätte hinzugesetzt werden müssen „in casu foederis"; so wie sein Brief jetzt lautete, gebe er in der Tat eine falsche Auffassung von der mit Seiner Majestät gepflogenen Besprechung. Die letztere sei hauptsächlich deshalb herbeigeführt worden, weil der Kaiser besorgt habe, Graf Moltke könne die Absicht haben, dem Oberst von Steininger zu viel zu sagen. Dem militärischen Immediatvortrage vom Sonnabend habe mithin ganz dieselbe Idee zugrunde gelegen, welche in Euerer Durchlaucht Schreiben von gestern zum Ausdruck gebracht sei.

General von Albedyll fügte hinzu, daß Graf Moltke bei dem Vortrage ebenso besonnen wie sachgemäß gewesen sei und durchaus nicht kriegerisch. Der Kaiser habe in diesen Tagen wiederholt Befürchtungen geäußert, daß die Zweiteilung unserer Armee, welche Graf Moltke für den Fall kriegerischer Verwickelung nach beiden Seiten in Aussicht genommen habe, dieselbe gegebenen Falles am richtigen Punkte schwächen könnte. Seine Majestät sei nun durch die Darlegungen des Feldmarschalls bedeutend ruhiger geworden.

General von Albedyll bat mich, Euerer Durchlaucht zu schreiben, daß ihm nichts ferner läge, als kriegshetzende Tendenzen zu begünstigen: er bedauere außerordentlich, durch seine unrichtige Ausdrucksweise Euerer Durchlaucht die Mühe eines Briefes auferlegt zu haben, und bäte, sich überzeugt zu halten, daß ihm nur daran läge, Erregungen sowie Verwirrungen vorzubeugen, und daß er sich stets zur Verfügung hielte, wenn wir in diesem Sinne irgendwie an ihn appellieren sollten.

Ich bemerkte dem General nur, daß mir die Beunruhigung wegen der Stimmung des Grafen Moltke ohne Grund gewesen zu sein schiene. Letzterer habe sich mir gegenüber am letzten Freitag des langen und breiten in einem Sinne ausgesprochen, der Euerer Durchlaucht Intentionen durchaus entsprochen hätte. Ich wüßte deshalb nicht, weshalb unter dem von Seiten des Hofes lanzierten Worte „Kriegsrat" Prinz Wilhelm und drei Generäle an dem Vortrage des Grafen Moltke teilgenommen hätten. General von Albedyll erwiderte hierauf nur, er bedauere diese alberne und Aufsehen erregende Bezeichnung, er hätte aber nicht gewußt, daß ich am Freitag mit Graf Moltke bereits gesprochen hätte, und die anderen Generäle seien dem Vortrage des letzteren eben nur beigetreten, um seinen vermeintlichen kriegerischen Ideen entgegenwirken zu können. Ich ließ hier nur einfließen, daß ich weder den Beruf noch die Zeit hätte, über meine Unterredungen mit dem Chef des Generalstabes den Chef des Militärkabinetts immer auf dem laufenden zu erhalten, und daß nach meinen Eindrücken Graf Moltke

der ruhigste und besonnenste aller unserer Generale sei. General von Albedyll nahm für sich das gleiche Epitheton in Anspruch und wiederholte, Euere Durchlaucht könnten sich darauf verlassen, daß er immer alles täte, um Schwierigkeiten von unserer auswärtigen Politik fernzuhalten.

Graf Moltke empfing mich heut nachmittag, und ich las ihm sowohl den Brief des Generals von Albedyll als Euerer Durchlaucht Antwort darauf mit angemessenen Erläuterungen vor. Bei der Lektüre des ersteren unterbrach mich Graf Moltke sofort mit den Worten: „‚zur Kooperation‘ ist unrichtig und der Ausdruck ‚auf jeden Fall‘ ebenso. Ich habe Seiner Majestät nur gesagt, daß wir auch ‚wie beim französischen Kriege immer in der Lage sein würden, vier Armeekorps an unserer Ostgrenze stehen zu lassen‘.“ Bei meinen weiteren Mitteilungen machte Graf Moltke wiederholt Einschaltungen, aus denen hervorging, daß er sich in voller Übereinstimmung mit Euerer Durchlaucht Auffassung befindet. Er sagte, Steininger sei gestern bei ihm gewesen, habe aber nur mitgeteilt, er werde nächster Tage in der Lage sein, Eröffnungen seines Generalstabes zu übermitteln.

„Ich bin“, fuhr er fort, „mit dem Reichskanzler vollkommen darüber einverstanden, daß meine Kritik oder Beantwortung der österreichischen Eröffnungen in das politische Gebiet hinübergreift, da sich eben alles um den Eintritt des casus foederis dreht. Wann letzterer vorliegt, ist lediglich Sache des Reichskanzlers zu entscheiden. Ich werde daher Steininger, wenn er mir seine Schriftstücke überbringt, sagen, ich müsse mir die Sache überlegen und werde meine Antwort darauf zunächst dem Reichskanzler zur Begutachtung mitteilen. Diese Antwort selbst werde ich an den Erzherzog Albrecht richten und bei ihr an erster Stelle hervorheben, daß unser ganzer Meinungsaustausch sich nur auf den casus foederis bezöge, dessen Beurteilung nicht in meiner Kompetenz läge.“

Der Feldmarschall sprach mir noch seine Verwunderung über die Berichterstattung von Herrn von Deines* aus; er bemerkte, solche Fragen, wie Beck danach gestellt haben sollte, lägen doch gar nicht in den Gebräuchen und wären jedenfalls besser unbeantwortet geblieben. Deines hätte sich entschieden durch militärische Passion zu weit fortreißen lassen. pp.

Zum Schluß bemerkte Graf Moltke, der Kaiser sei nach seinem letzten Vortrage viel couragierter und zuversichtlicher, als er bisher in den letzten Wochen gewesen, es sei Seiner Majestät dabei nachgewiesen worden, daß die in der Ausführung begriffene Neuorganisation nicht nur über 400 000 Garnisontruppen, sondern auch noch reichlich

* Am 9. Dezember hatte der Militärattaché in Wien Major von Deines eingehend über eine Besprechung mit dem Chef des österreichischen Generalstabes Feldmarschalleutnant von Beck berichtet, wonach dieser sehr wißbegierig wegen der eventuellen deutschen militärischen Kooperation gewesen war.

200 000 Feldtruppen liefern würde. Letztere würden in Divisionen zu je 16 Bataillonen, 1 Kavallerie- und 1 Artillerieregiment gegen den Feind Verwendung finden können; dies sei eine ganz formidable Verstärkung, und er (Graf Moltke) habe dem Kaiser versichert, daß wir nun selbst einem zweiseitigen Angriff gewachsen seien und ihn nicht zu fürchten brauchten.

Euerer Durchlaucht Brief an General Albedyll behalte ich im Konzept zum morgigen Immediatvortrage hier: sehr eingehend werde ich dasselbe nun nicht zu verwerten brauchen, da die genannten Ausdrücke in Herrn von Albedylls Schreiben von ihm selbst als irrtümlich anerkannt sind, und da ich den bestimmten Eindruck habe, daß der Feldmarschall vollständig auf Euerer Durchlaucht Standpunkt steht.

H. Bismarck

Nr. 1184

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 20. Dezember 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, in Gemäßheit des nachstehenden Diktates Seiner Majestät vorzutragen und mit dem Grafen Moltke zu sprechen:

„Wenn ich mit den österreichischen Besprechungen einverstanden gewesen bin, so galt das doch nur für eine Besprechung desjenigen, was beiderseits getan werden kann, wenn der casus foederis vorliegt. Von dieser Distinktion ist in dem Schreiben des Generals von Albedyll gar nicht die Rede, und Österreich wünscht auch nicht, sie zu machen, sondern will den casus foederis verschieben, als jederzeit vorhanden. Um den casus foederis herzustellen, ist der Angriff Rußlands auf Österreich notwendig. Solange derselbe nicht stattfindet, können wir Österreich keinen Beistand zusagen und auch nicht darüber in Verhandlung treten, ob und welche Aufstellungen wir im Kriegsfall machen. Seine Majestät muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß wir damit unsern neuesten diesjährigen geheimen Vertrag mit Rußland brechen würden.

Das bisherige Ziel der kaiserlichen Politik ist die Erhaltung des Friedens, und unser System geheimer Verträge setzt eine Prämie auf friedliches Verhalten insofern aus, als wir Österreich beistehen, wenn Rußland den Frieden bricht, und nach dem russischen Vertrage neutral bleiben, wenn Österreich den Frieden bricht. Wir können und dürfen also den Österreichern nichts versprechen, keine Aufstellung, keine Mo-

bilmachung, wenn sie die Angreifenden sind; deshalb war es nicht zulässig, daß Major von Deines dem Kaiser Franz Joseph zu aggressivem Vorgehen zuredete. Glücklicherweise ist Kaiser Franz Joseph nicht darauf eingegangen. Wir wären in die größte Verlegenheit gekommen, wenn es der Fall gewesen wäre, da der Kaiser von Österreich nicht leicht daran geglaubt haben würde, daß der diesseitige Militärattaché ohne Auftrag zum sofortigen Kriege zugeredet habe.

Wenn nun in dieser Lage Graf Moltke ohne meine Mitwirkung die Vollmacht unseres allergnädigsten Herrn erhält, einem österreichischen Militärvertreter kaiserliche Zusagen zu machen über eventuelle diesseitige Truppenaufstellungen, auch ohne daß Österreich der Angegriffene ist, also ohne casus foederis, so wird damit der Herr Feldmarschall ermächtigt, im Namen des Kaisers Schritte zugunsten Österreichs in Aussicht zu stellen, durch welche die österreichische Kriegslust im Widerspruch mit unserer Politik gefördert wird, und durch welche wir eine Haltung zusagen, die mit unserer russischen Vertragspflicht in Widerspruch steht und das Deutsche Reich dem russischen, also auch dem gleichzeitigen französischen Kriege entgegenführt. Wenn solche Vollmachten ohne mein Zutun und gegen meinen Rat erteilt oder auch nur bei Seiner Majestät beantragt werden, so ist meine Verantwortlichkeit für die mit der Leitung der auswärtigen Politik verbundene Stellung als Reichskanzler nicht mehr haltbar."

Der Herr Reichskanzler bittet, bei Seiner Majestät die Erlaubnis zur vertraulichen Mitteilung des geheimen russischen Vertrages an den Grafen Moltke einzuholen, aber nur an den Herrn Feldmarschall persönlich, nicht an die Herren des Generalstabes. Seine Durchlaucht bittet, auch nach Maßgabe der vorstehenden und der gestrigen Direktive mit dem Herrn Kriegsminister zu sprechen, überall aber eine Anklage gegen Major von Deines zu vermeiden, welchem er aus Kameradschaft nicht schaden wolle.

C. Rantzau

Nr. 1185

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi

Abschrift, von dem Botschafter Grafen Széchényi am 23. Dezember im Auswärtigen Amt übergeben

Geheim — Wien, den 22. Dezember 1887

Infolge einer von hier ausgegangenen Anregung machte mir Prinz Reuß in voriger Woche die Mitteilung, Seine Majestät der Deutsche Kaiser habe genehmigt, daß unter Voraussetzung strengster Geheimhaltung in vorläufige Besprechungen über die militärischen Folgen des

eventuellen casus foederis eingetreten werde — und daß es sich demgemäß empfehlen dürfte, die bezüglichen Instruktionen an Oberstleutnant Freiherrn von Steininger zu erteilen.

Wie ich aus Euer Exzellenz Bericht Nr. 114 vom 20. Dezember ersehe, hat nun auch Graf Bismarck hiervon die amtliche Mitteilung an uns gelangen lassen. Wir sind mit der darin vorgeschlagenen Modalität einverstanden und teilen die Ansicht, daß die vorläufige Vermittlung durch unseren Militärbevollmächtigten in Berlin der jetzigen Situation entspreche, und es, wenn die Eventualitäten dies erheischen sollten, einer späteren Epoche vorbehalten bleiben dürfte, durch zwei höhere militärische Vertreter der beiden Reiche diese wichtigen militärischen Fragen zum Abschluß zu bringen. Der heutige Kurier überbringt an Oberstleutnant von Steininger die Instruktionen von Seiten der obersten Armeeleitung, um die eingangs erwähnten Besprechungen mit Feldmarschall Grafen Moltke einzuleiten. Bei dem großen Werte, den ich darauf lege, auch in dieser Angelegenheit in enger Fühlung mit Seiner Durchlaucht dem deutschen Reichskanzler zu bleiben, schließe ich beiliegend Abschrift jener Punktationen* bei, welche von unserem Generalstabe als Grundlage zu den bevorstehenden vorläufigen Erörterungen entworfen wurden und heute dem Baron Steininger zugehen.

Indem Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär Grafen Bismarck für die durch Ihren Bericht vom 20. Dezember vermittelte Mitteilung unseren verbindlichsten Dank aussprechen und ihm von der Beilage Kenntnis geben wollen, wünschen wir zugleich einen weiteren Punkt in Anregung zu bringen, dessen Erörterung um so wichtiger ist, je näher die Frage eines gemeinsamen Kriegsfalls gegen Rußland herantritt. Unsere beiden Armeeleitungen sind darin vollkommen einig, daß es vorteilhaft[1] und daher notwendig wäre, den Angriff des russischen Heeres nicht abzuwarten, sondern demselben zuvorzukommen und den Krieg je eher je besser auf russischen Boden zu verlegen[2]. Während die durch Baron Steininger einzuleitenden vorläufigen Besprechungen die militärischen Folgen des casus foederis[3] betreffen, schiene es mir von großer Wichtigkeit, daß die zwei Kabinette sich über die Frage beizeiten einigen, unter welchen Umständen der casus foederis tatsächlich einzutreten habe[4]. Da der zwischen Deutschland und uns bestehende Vertrag ein reiner Defensivvertrag ist und daher eine Verpflichtung für den Fall eines Angriffes durch einen der beiden Kontrahenten auf Rußland nicht einschließt, andererseits aber, wie militärischerseits[5] entschieden erklärt wird[6], das offensive Vorgehen für den Fall, als der Krieg unvermeidlich ist[7], schwerwiegende Vorteile bieten würde, so scheint es uns dringend notwendig, schon jetzt volle Klarheit in diese Frage zu bringen[8], eventuell hierüber ein solches förmliches Einverständnis herzustellen, welches auch unseren beiden Armeeleitungen[9]

---

* Siehe die Anlage.

eine sichere Grundlage für ihre zu treffenden Dispositionen zu bieten vermöchte.

Ich ersuche Euer Exzellenz daher auch diesen Gegenstand streng vertraulich beim Herrn Staatssekretär anzuregen und mich von der Aufnahme, welche diese Anregung gefunden hat, in Kenntnis setzen zu wollen. — (gez.) Kálnoky

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja, aber für uns politisch nicht thunlich
[2] wenn Oest[er]reich, gestützt auf Italien, Pforte u[nd] England das nützlich hält; wir thun dabei nicht mit.
[3] also nicht des Angriffs!
[4] darüber ist keine Einigung nöthig; es steht im Bündnißvertrage!
[5] die Militärs machen die Diplomaten nicht
[6] Sofismen!
[7] das ist er nicht
[8] sie ist klar, u[nd] nur durch diese Verschiebungen getrübt!
[9] das würde die Politik also nicht berühren!

Anlage

Punktationen des österreichischen Generalstabes für den österreichisch-ungarischen Militärattaché Oberstleutnant Freiherrn von Steininger

Abschrift

Geheim

Es erscheint geboten, für den Fall, als der casus foederis infolge eines Angriffes seitens Rußlands, oder infolge gemeinsamen übereinstimmenden Vorgehens der verbündeten Mächte eintreten sollte*, zur Klarstellung der militärischen Lage die nachfolgenden Punkte einer vorläufigen Besprechung zu unterziehen.

1. Festsetzung über einen gemeinsamen gleichzeitigen Mobilmachungstag[1] für die gesamte bewaffnete Macht beider Reiche.

Welche Folgen würde ein feindlicher Einbruch in eines der beiden Staatsgebiete für das andere nach sich ziehen?[2]

Was wäre für den Fall einer konstatierten weiteren bedrohlichen Verstärkung durch Heranziehung neuer Truppenkörper des Gegners festzusetzen?[3]

2. Österreich-Ungarn würde gegen Rußland seine ganze Macht einsetzen[4], mit einziger Ausnahme des zur Behauptung des Okkupationsgebietes unbedingt erforderlichen Kraftteiles.

3. Wie viele seiner Feld- und Reservetruppen würde das Deutsche Reich gegen Rußland aufbieten[5], und zu welcher Zeit könnten dieselben eingreifen?

4. Die Kriegserklärung würde, falls der Gegner dies nicht früher tut, von beiden Mächten am gleichen Tage zu übergeben sein[6].

* Anm.: Die Worte von „oder infolge“ bis „Mächte“ sind von Bismarck eingeklammert.

Die Feindseligkeiten würden gleichfalls mit einem und demselben Termine beginnen[7].

5. Beide Mächte würden den Krieg offensiv führen und die Operationen gegen die feindliche Hauptkraft richten[8].

Wir setzen voraus, daß im Falle eines beschlossenen Angriffskrieges[9] zwischen den beiden Kabinetten die entsprechenden Abmachungen getroffen sein werden.

6. Welcher Vorgang[10] erscheint am zweckmäßigsten, um sich während des Kriegsfalles gegenseitig rasch alle erforderlichen Mitteilungen zu machen und dauernd in engster Fühlung zu bleiben?[11]

7. In welchem Maße werden von Seite Deutschlands eventuell die militärischen Kräfte Italiens in Anspruch genommen?[12]

In welchem Maße ist es beabsichtigt, auf Rumänien einzuwirken, um dasselbe zu aktiver Mitwirkung zu veranlassen?[13]

Randbemerkungen des Fürsten Bismarck:

[1] ? Jeder quam citissime! jetzt läßt sich kein Tag im Voraus festsetzen, u[nd] tritt der Fall ein, so macht jeder so schnell er kann mobil

[2] die Mobilmachung u[nd] Kriegserklärung!

[3] nichts, wenn wir sofort das Ganze mobilmachen also nichts übrig haben

[4] wir auch, mit Ausnahme der „Deckung gegen Frankreich".

[5] in casu foederis alles u[nd] davon 4 Corps im Osten.

[6] ! Unsinn; wir erklären Rußland den Krieg erst nachdem es Oest[er]reich angegriffen haben oder ihm den Krieg erklärt haben wird. Dann ist also Oest[er]reich schon im Kriege

[7] doch sofort mit Eintritt des Krieges, ohne Termin

[8] wo steht die?

[9] fällt uns nicht ein!

[10] ?

[11] der Telegraph wird das besorgen

[12] das hängt von Frankreichs Verhalten ab. Wir nehmen ital[ienische] Truppen für uns nicht in Anspruch; aber die Ital[iener] werden sie bei sich brauchen

[13] sobald Oest[er]reich von Rußland angegriffen wird, tritt für Rum[änien] wie für uns casus f[oederis], also volle Mitwirkung ein; ohne russ[ischen] Angriff, für agressives öst[er]r[eichisches] Vorgehn, wird auf Rumänien so wenig wie auf uns zu rechnen sein.

Nr. 1186

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 745 — Friedrichsruh, den 27. Dezember 1887
Geheim — [abgegangen am 29. Dezember]

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat den zu Ew. vertraulicher Kenntnisnahme abschriftlich mit meinen Marginalien hier bei-

gefügten Erlaß des Grafen Kálnoky vom 22ten cr.* zu meiner Kenntnis gebracht.

Die im österreichischen Generalstabe redigierte Anlage jenes Erlasses**, welche im Original dem Grafen Moltke vorliegt, bin ich zu beurteilen nicht berufen und enthalte mich deshalb einer Besprechung derselben: es handelt sich darin um militärische Fragen, deren Prüfung dem Generalstabe obliegen wird.

Soweit die Politik dadurch berührt ist, möchte ich für Ew. persönlich bemerken, daß Inhalt und Fassung mir einen mehr oberflächlichen als sachlichen Eindruck macht. Ich gehe auf die einzelnen Fragen nicht ein, schon weil die meisten nach Inhalt und Fassung jede Möglichkeit der Beantwortung ausschließen und beschränke mich darauf, zu wiederholen, daß ich alle Verabredungen, welche ein aggressives Vorgehen zur Voraussetzung oder zum Ziele haben, von der Hand weisen muß.

Ich glaube, daß der Chef unseres Generalstabes auf die Mehrzahl der von seinem österreichischen Kollegen ausgehenden Fragen durch Aufstellung von Gegenfragen wird antworten müssen:

Graf Moltke wird zuerst zu wissen nötig haben, welche Kräfteentfaltung Österreich in Aussicht nimmt und wie seine Heere aufmarschieren sollen, bevor er sich ein Bild von den Leistungen macht, durch welche wir beim Eintritt des casus foederis zweckmäßig eingreifen werden. Die Entschließungen der österreichischen Militärleitung werden aber wieder einigermaßen durch die Art und die Örtlichkeit des russischen Angriffs bedingt sein, welcher ihnen vorhergehen muß, um den casus foederis herzustellen.

Ich kann mich nach Lektüre der Anlage des Eindrucks nicht erwehren, daß in gewissen militärischen Kreisen Wiens die Absicht besteht, unser Defensivbündnis zu verschieben, und betone deshalb wiederholt, daß es für keinerlei offensive Zwecke geschlossen wurde. Graf Kálnoky ist mit mir darüber vollkommen einverstanden. Wir müssen nur beiderseits darauf achten, daß die Berechtigung, unsere Monarchen politisch zu beraten, nicht faktisch unsern Händen entgleite und auf die Generalstäbe übergehe.

Wir dürfen solche Bestrebungen nicht über die von mir Ew. gegenüber mündlich bezeichnete Linie hinaus ermutigen, und durch unsere Empfehlungen starker Rüstung auf den Fall russischen Angriffs nicht die Vermutung erwecken, daß wir einen österreichischen Angriff auf Rußland mitmachen oder unterstützen würden.

Unser Eintreten in den eventuellen Krieg wird durch den russischen Angriff auf Österreich prinzipiell bedingt; eine gleichzeitige Kriegserklärung oder Mobilmachung, welche in dem militärischen Fragebogen Erwähnung finden, kann daher nicht vorkommen, weil

* Siehe Nr. 1185.
** Siehe Nr. 1185, Anlage.

Österreich, wenn casus foederis für uns eintritt, bereits von Rußland angegriffen und mit ihm im Kriege sein wird.

In welcher Weise wir dann ein- und Rußland angreifen, das wird wesentlich davon abhängen, einmal, wo der russische Angriff auf Österreich erfolgt, mit welchen Kräften letzteres ihm entgegentritt, wieviel Truppen es sofort und wieviel in jeder demnächstigen Woche wird aufstellen können.

Daß für uns der Krieg gegen Frankreich dem Ausbruch des russisch-deutschen Krieges unverzüglich folgen wird, ist nicht zweifelhaft: Sollte er wider Erwarten nicht von selbst eintreten, so würde es für uns mehr oder weniger geboten sein, ihn ohne Verzug herbeizuführen. Wir können einen Krieg nach Osten so lange nicht mit voller Kraft und weit über unsere Grenzen hinaus leisten, als wir noch die volle französische Macht ungeschwächt und angriffsbereit im Rücken haben. Wir wissen nicht, wie es in dem Fall dann in Frankreich aussehn wird, aber wenn unser Friede dort nicht gesicherter ist, wie heute, so wird es vielleicht geboten sein, daß wir dem Ausbruche des russisch-österreichischen Krieges unsere Kriegserklärung gegen Frankreich folgen lassen, um dann nach Sicherstellung unserer Westgrenze unsere volle Macht gegen Rußland zur Verfügung zu haben.

Ich bitte Ew., diese letzten Erwägungen durchaus zu sekretieren und das im Eingang Gesagte nur als zur Regelung Ihrer vertraulichen mündlichen Rückäußerung auf den vom Grafen Széchényi mitgeteilten Erlaß bestimmt anzusehn. Ew. wollen meinen Dank für die in dem letzteren enthaltenen Mitteilungen an Graf Kálnoky aussprechen, dabei aber ausdrücklich bemerken, daß es nicht meine Sache sei, die militärischen Anfragen zu erwägen.

Sie können dabei einfließen lassen, daß ich einen unerwarteten russischen Angriff allerdings für möglich hielte und deshalb wünsche, daß Österreich durch einen solchen nicht militärisch überrascht würde; je stärker sich Österreich macht, desto schwächer wird die Versuchung für Rußland, den Krieg zu beginnen. Einstweilen halte ich den Krieg nicht für nahe bevorstehend und werde mein Möglichstes tun, um ihn zu vermeiden. Der Kaiser Franz Joseph teilt meine friedlichen Wünsche. Damit wir aber denselben entsprechend die Aussichten auf die Bewahrung des Friedens verstärken können, ist es notwendig, daß Österreich unserem Beispiel folge und so stark, vielleicht stärker wie jetzt, gerüstet bleibe: anderenfalls gewährt es Rußland eine Verlockung zum Angriff. Die Größe der Kalamität, welche für die Völker Österreich-Ungarns und Deutschlands mit einem französisch-russischen Kriege, wie immer er ausfallen mag, verbunden sein wird, legt uns die Pflicht auf, den Ausbruch desselben, wenn wir können, zu verhüten, und jedenfalls der göttlichen Vorsehung nicht dadurch vorzugreifen, daß wir ihn

---

* Vgl. Nr. 1163, S. 24, nebst Fußnote.

herbeiführen, ehe er sich uns aufdrängt. Die Zeit läuft mehr zu unsern als zugunsten der Gegner; in Frankreich wie in Rußland sind die Zustände gespannter als bei uns und können zu inneren Entwicklungen dieser Länder führen, welche uns eines Kampfes von so riesigen Dimensionen überheben würden. Wir dagegen glauben in 2 bis 3 Jahren stärker zu sein wie heut, im Innern wie nach außen; die volle Kraft des deutschen Volkes werden wir aber nur für einen defensiven Krieg, für Abwehr eines Angriffs in Tätigkeit bringen können. Den Beweis, daß wir den Krieg, weil er später doch ausgebrochen wäre, jetzt führen müßten, und daß die Umstände dazu heut günstiger wären wie später, wird man nicht einmal den Parlamenten, viel weniger dem Volke führen können, und niemand kann vorhersehn, ob der Erfolg der Behauptung entsprechen wird, daß der Zeitpunkt zum Losschlagen jetzt der günstige sei.

Wenn Feldmarschall-Leutnant von Beck Ew. Anfang des Monats sagte, „er bedürfe 6 Wochen, um eine ersprießliche Mobilmachung auch nur einleiten zu können", so hoffe ich, daß Österreich die vor uns liegende Zeit benutzen wird, um diese bedenkliche Lücke auszufüllen und stärker zu rüsten. Die Zeit läuft zugunsten Österreichs. Jetzt ist es mit seinen 3 Gewehrarten und fehlenden Montierungen etc. schwächer, als es in Jahresfrist sein wird, wenn es die Hauptsache nicht aus den Augen läßt, nämlich mehr Geld auf die Armee zu verwenden. Auch wir bedürfen noch der Zeit, um in der Vollzahl, die unser neues Landwehrgesetz für das deutsche Heer in Aussicht nimmt, so gerüstet zu sein, wie wir es für nötig ansehn, bevor wir in unsern Bemühungen für die Erhaltung des Friedens nachlassen können. Ich halte daher an der Hoffnung fest, daß Graf Kálnoky nach wie vor mit uns bemüht sein werde, den Krieg zu verhüten oder doch aufzuschieben, und daß wir uns die Verantwortlichkeit dafür nicht von militärischen Ratgebern aus der Hand nehmen lassen.

v. Bismarck

Nr. 1187

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 752 Berlin, den 29. Dezember 1887

Ew. pp. gefälliger Bericht vom 21. d. Mts. Nr. 535 hat dem Fürsten Bismarck vorgelegen.

Der Herr Reichskanzler hat dazu bemerkt, daß Graf Kálnoky und er in ihrer Eigenschaft als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ihre Befugnisse, auch in Nebendingen, nicht auf die beiderseitigen Militärpersonen übertragen dürften, ohne die Geschäfte zu gefährden,

für welche sie verantwortlich seien. Fürst Bismarck bittet den Grafen Kálnoky, ihm dabei behilflich zu sein, daß internationale Verabredungen und Unterlagen zu solchen nicht ohne ihre beiderseitige Kenntnis und Genehmigung von rein militärischer Seite gefaßt werden.

Beide Minister können weder ganz noch teilweise zugunsten unterhandelnder Offiziere abdizieren; müssen vielmehr die Geschäfte in der Hand behalten und keinen Zweifel darüber lassen, daß internationale Verabredungen, welche ohne ihr aktenmäßiges Einverständnis erfolgen, ihren Parlamenten gegenüber als verbindlich nicht angesehen werden würden. Es liegt im Interesse des Friedens, an dieser Art der Geschäftsbehandlung streng festzuhalten, da beide Minister naturgemäß friedlicher gesinnt sein werden als ihre militärischen Landsleute.

Der Herr Reichskanzler bittet Ew. pp. im Sinne des Vorstehenden mit dem Grafen Kálnoky mündlich und vertraulich zu sprechen und fügte hinzu, die militärischen Korrespondenzen könnten doch nur einen informatorischen, keinen vertragabschließenden Charakter haben.

Berchem

Nr. 1188

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Ausfertigung

Nr. 554 — Wien, den 31. Dezember 1887
Geheim

Euerer Durchlaucht hohen geheimen Erlaß Nr. 745* vom 27. d. Mts., die Besprechungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und habe ich mich in der mir vorgeschriebenen Weise und mit Sekretierung der auf Seite 7 und 8 enthaltenen Erwägungen dem Grafen Kálnoky gegenüber ausgesprochen.

Der Minister drückte mir seinen Dank für diese Rückäußerung auf seinen unter dem 22. d. Mts. an Graf Széchényi gerichteten Erlaß** aus und war befriedigt durch die präzise Weise, in welcher die Fragen, die er sich zu stellen erlaubt hätte, durch Euere Durchlaucht beantwortet wurden.

Er sagte, es bedürfe nicht erst hervorgehoben zu werden, daß er vollkommen mit Euerer Durchlaucht einverstanden sei, daß die Berechtigung, die allerhöchsten Monarchen politisch zu beraten, nicht den Händen der leitenden Minister entgleiten dürfe und auf die General-

* Siehe Nr. 1186.
** Siehe Nr. 1185.

stäbe übergehe. Er seinerseits halte streng hierauf, und könne er versichern, daß bei den militärischen Beratungen, die hier stattgefunden, nichts hinter seinem Rücken geschehen sei und geschehen werde. Auch der Kaiser, sein Herr, würde dies nie leiden.

Aus diesem Grunde habe er, wie er mir schon neulich gesagt, die vom österreichischen Generalstabe redigierten Instruktionen für Herrn von Steininger* durch den K. und K. Botschafter zu Euerer Durchlaucht Kenntnis bringen lassen, weil es ihm vor allem wichtig sei, mit Euerer Durchlaucht direkt in allen diesen Fragen in Fühlung zu bleiben.

Er habe nichts zu meinen Auseinandersetzungen über den casus foederis zu bemerken, und Euere Durchlaucht hätten vollkommen recht anzunehmen, daß Hochdieselben hierüber ganz mit ihm einverstanden wären. Nur gegen die Vermutung, die ich ihm nicht verhehlte, daß in gewissen militärischen Kreisen Wiens die Absicht bestünde, den Sinn unseres Defensivbündnisses zu verschieben, müsse er Einspruch erheben. Er sei sich über die Bedeutung und die Zwecke dieses Bündnisses immer ganz klar gewesen. In hiesigen militärischen Kreisen habe indessen schon längst theoretisch ein vollkommenes Einverständnis mit den Ansichten des deutschen Generalstabes darüber geherrscht, daß in einem Kriege Österreichs gegen Rußland ein günstiges Resultat nur dann zu erhoffen sei, wenn das Kriegstheater sofort bei Beginn des Krieges nach Rußland verlegt würde. Daß die Militärs hierbei nur von militärischen und nicht von politischen Ideen geleitet würden, könne man ihnen nicht verdenken. Dieses habe aber keinen Einfluß auf die politischen hier zu treffenden Entscheidungen.

Politisch liege die Sache anders, und er hoffe, daß ich Euerer Durchlaucht gemeldet hätte, daß er mir mehr wie einmal versichert hätte, Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph wollten den Krieg vermeiden, wollten Rußland nicht angreifen und sich aller Handlungen enthalten, welche von Rußland als Provokation aufgefaßt werden könnten.

Er befände sich in derselben Lage wie Euere Durchlaucht: er müsse die Richtigkeit der militärischen Beweisführung anerkennen, könne sich aber nicht dadurch bewegen lassen, sich für die Notwendigkeit eines Angriffs auszusprechen. Er pflichtete daher den Auseinandersetzungen vollkommen bei, die ich ihm nach Maßgabe des genannten hohen Erlasses (Seite 9 bis 14) vortrug. Er bemerkte, Euere Durchlaucht würden sich nicht in der Voraussetzung täuschen, daß er nach wie vor bemüht sein werde, den Krieg zu verhüten und daß er sich, wie er mir schon wiederholt versichert habe, hierin in vollem Einverständnis mit seinem kaiserlichen Herrn befände. Für Österreich-Ungarns militärische Entwicklung sei das Zeitgewinnen noch ungleich viel wichtiger als für Deutschland.

---

* Siehe Nr. 1185, Anlage.

Ob Rußland diese Zeit lassen werde, das sei eine andere Frage. Daß mehr Geld auf die Armee verwendet werden müsse, sei unzweifelhaft richtig, aber es sei nicht leicht für ihn, die maßgebenden Männer für den Gedanken zu gewinnen, daß dies auch bleibend der Fall sein müsse, wenn Österreich wirklich stark sein solle. Jedenfalls habe der Kriegslärm der letzten Wochen sehr günstig in dieser Richtung gewirkt, und sei es ihm daher sehr erwünscht gewesen, daß meine Sprache sowohl, wie die Berichte, die er aus Berlin in den letzten Wochen erhalten habe, ihn so kräftig unterstützt hätten, um energischere militärische Vorkehrungen durchzusetzen, die Österreich in den Stand setzten, einem russischen Überfall, der ja nicht ausgeschlossen sei, die Spitze bieten zu können.

Auf die Besprechungen zwischen den beiderseitigen Generalstäben ist der Minister nicht näher eingegangen; auch hat er mir nicht wieder von der wünschenswerten genaueren Definition gesprochen, was eigentlich unter „Angriff" zu verstehen sein würde.

Ich habe mich darauf beschränkt, die auf der 5. und 6. Seite des Erlasses Nr. 745* enthaltene Auseinandersetzung, was der casus foederis bedeute, in der entschiedensten Weise zu betonen, und hat der Minister auch keinerlei Einwendungen dagegen erhoben. Er fand es ganz richtig, daß die Entschließungen der österreichischen Armeeleitung durch die Art und die Örtlichkeit des russischen Angriffs bedingt sein würden, welcher ihnen vorhergehen muß, um den casus foederis herzustellen, und daß unser eventuelles Eingreifen auch davon abhängen werde, wo dieser Angriff auf Österreich erfolgen werde. Er sagte mir schließlich, er befürchte noch immer, daß Euere Durchlaucht den Eindruck hätten, daß er oder sein Kaiser den Krieg wollten. Daß dies ein Irrtum sei, bat er mich mehrmals Euerer Durchlaucht in seinem Namen zu erklären.

Ich darf ganz gehorsamst wiederholen, daß Graf Kálnoky an meiner Sprache nichts auszusetzen hatte, und daß er Euerer Durchlaucht Ansichten daher akzeptiert. H. VII. P. Reuß

Nr. 1189

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 6 Wien, den 4. Januar 1888

Geheim

Graf Kálnoky hat mir gestern gesagt, daß er den Bericht des Freiherrn von Steininger über dessen Unterredung mit dem Herrn Staats-

* Siehe Nr. 1186.

sekretär erhalten habe, und hinzugesetzt, die Äußerungen Seiner Exzellenz stimmten ganz mit demjenigen überein, was ich ihm vor ein paar Tagen über die Ansichten Euerer Durchlaucht mitgeteilt hätte (conf. geheimer Erlaß Nr. 745 vom 27. Dezember v. Js.*).

Der Feldmarschall Graf Moltke, der den Oberstlieutnant sehr freundlich empfangen habe, sei nicht näher auf die Mitteilungen[1] eingegangen, die letzterer ihm zu machen beauftragt gewesen sei, wenn er auch die verabredeten militärischen Besprechungen nicht abgebrochen hätte.

Unter diesen Umständen glaube er, der Minister, daß wohl kein ersprießliches Resultat von diesen Besprechungen zu erwarten sein würde. Gegenfragen habe der Feldmarschall bis jetzt nicht gestellt. Der preußische Generalstab sei übrigens ganz genau mit den Stärkeverhältnissen, den Aufmarschideen und den Zeitabschnitten, in denen die Aufstellung der österreichisch-ungarischen Armee erfolgen könnte, bekannt[2]; hierüber würden daher wohl von hier aus keine weiteren Aufschlüsse verlangt werden.

Aus den Äußerungen des Grafen Kálnoky schien mir hervorzugehen, daß er annehmen zu können glaubte, unsererseits würden weitere und eingehendere Besprechungen nicht gewünscht, und daß er daher wohl seinerseits auch keine weiteren Anfragen stellen wird.

Er wiederholte mir, daß der deutsche wie der österreichische Generalstab für den Fall des Ausbruches eines Krieges zwischen Rußland und Österreich in der Theorie darüber einig gewesen wären, daß derselbe nur mit Aussicht auf Erfolg zu führen sein werde und Galizien nur gerettet werden könnte, wenn man den Krieg sofort auf das feindliche Territorium trüge. So richtig diese militärische Auffassung sei, so käme sie doch hier nicht in Betracht, weil die K. und K. Regierung nach wie vor entschlossen sei, Rußland nicht anzugreifen[3]. Für den Fall eines russischen Angriffs möchte man sich indessen so gut als möglich vorzubereiten suchen[4]. Da die Chancen für diesen Fall aber sehr ungünstig für Österreich, namentlich durch die geographische Lage der Grenzprovinz, lägen, so müsse man mit verdoppelter Vorsicht handeln, um den russischen Krieg nicht zu provozieren.

Die einmal befohlenen Vorbereitungen würden demungeachtet weiter betrieben werden, weil man hier von der Annahme ausginge, daß Rußland in diesen reinen Defensivmaßregeln keine Provokation sehen könnte.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] fragen!

[3] gut

[4] richtig

---

* Siehe Nr. 1186.

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[2] Dies hat mir Graf Moltke bestätigt und dabei gesagt, daß er Gegenfragen deshalb nicht zu stellen habe.

Schlußbemerkung des Grafen Herbert von Bismarck:
Oberstleutnant Graf Keller sagte mir, eine Hauptsache sei, daß die Österreicher Lemberg befestigen. Dann wäre ausgeschlossen, daß sie beim ersten russischen Angriff gleich hinter die Karpathen retirierten, wodurch unser Schlesien ganz bloßgestellt werden würde. Erfreulich sei deshalb, daß die Österreicher jetzt mit Feldbefestigungen bei Lemberg begonnen hätten.

Nr. 1190

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 11 Wien, den 8. Januar 1888
Geheim

Ich habe heut die Ehre gehabt, nach dem Hofdiner mit Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich ein kurzes Gespräch zu haben.

Seine Majestät sagte mir, er bedauerte, daß die von ihm angeregten Besprechungen[1] zwischen den beiderseitigen Generalstäben unsererseits so gut wie ablehnend behandelt worden seien. Ich würde mich entsinnen, daß er diese Besprechungen vorgeschlagen hätte, als vor etwa 4 Wochen die politische Lage eine sehr drohende gewesen wäre. Auch unsererseits wären diese russischen militärischen Vorbereitungen für bedenklich gehalten worden, und hätten wir daher hier den Rat gegeben, man möge sich, ohne Rußland zu provozieren, militärisch vorbereiten, um sich nicht überraschen zu lassen[2]. Die gleichen Ansichten hätte auch der hiesige Generalstab gehabt, und namentlich habe der österreichische Militärattaché in St. Petersburg, der ein richtiger Beobachter sei und auch in Berlin als solcher anerkannt würde, entschieden die Ansicht vertreten, daß der Krieg von Rußland geplant würde[3].

Aus diesen Gründen habe er, der Kaiser, es für wichtig gehalten, sich über die gemeinsamen militärischen[4] Maßnahmen mit uns zu besprechen. Denn da allem Anschein nach der Angriff von Rußland ausgehen sollte, so habe er keinen Augenblick daran zweifeln zu können geglaubt, daß wir gemeinsam diesem Angriff[5] zu begegnen haben würden.

Die Aufnahme, die diese seine Anregung anfangs bei uns gefunden, habe ihn befriedigt. Wenn nun diese Besprechungen nicht den erwünschten Fortgang gefunden hätten, so könne er sich dies nur dadurch erklären, daß Euere Durchlaucht die Besorgnis gehabt hätten,

daß er, der Kaiser, nur deshalb jene Besprechungen angeregt hätte, weil er beabsichtige[6], aggressiv gegen Rußland vorzugehen[7].

Wie diese Auffassung entstanden sein könnte, sei ihm unerklärlich. Er sei sich keines Schrittes seiner Regierung bewußt, welcher eine solche Absicht vermuten lassen könnte[8]. Er selbst ebenso wie sein Minister des Äußern hätten mir sowohl, wie auch durch seine amtlichen Organe in Berlin, stets das Gegenteil versichert. Es wäre daher nur denkbar, daß die dem Baron Steininger erteilten Instruktionen diesen Glauben hätten erwecken können.

In diesen Instruktionen sei der hiesige Generalstab allerdings von der auch von unserem Generalstab[9] seit langem geteilten Voraussetzung ausgegangen, daß, wenn Rußland die Absicht hätte, den Krieg zu machen, die einzig richtige Begegnung eines russischen Angriffs nur in einem Offensivstoß[10] zu finden wäre, den man nach Rußland hinein zu führen haben werde. Daß die Idee eines unter diesen Bedingungen geplanten Offensivstoßes als ein beabsichtigter Angriff gegen Rußland aufgefaßt werden könnte, habe man hier nicht für möglich gehalten[11].

Seiner Ansicht nach sei nicht immer derjenige der Angreifer, der den ersten Schlag führe. In dem Kriege, den Österreich gegen Sardinien seinerzeit geführt, habe letzteres den Krieg erklärt und niemand hätte Österreich beschuldigen können, daß es durch seine rasch ergriffene Offensive, die ihm den Sieg von Novara etc. eingetragen, einen Angriffskrieg geführt habe[12]. Er könne sich daher unserer Auslegung des casus foederis nicht anschließen, wonach derselbe erst dann eintreten könne, wenn die russischen Armeen die österreichischen Grenzen bereits überschritten haben würden. Dem Buchstaben nach wäre diese Auslegung, wie ich sie Seiner Majestät nochmals auseinandersetzte, allerdings richtig, aber er könne nicht umhin, das Wort „Angriff" in diesem Falle anders zu verstehen. Wenn Österreich fest entschlossen sei, Rußland nicht anzugreifen, Rußland aber Österreich mit einer immer größeren Aufstellung von Armeen bedrohe, und dadurch die Absicht eines bevorstehenden Angriffs klar erwiesen sei, so bliebe seiner Ansicht nach kein Zweifel mehr darüber, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei[13].

Wenn er daher nach unseren Erklärungen darauf gefaßt sein müsse, daß erst, wenn die russische Heeresmacht den Krieg in sein Land getragen haben würde, unsere Hülfe eintreten werde, so müsse er sich danach richten und seine militärischen Dispositionen daraufhin zuschneiden, daß er allein dem ersten russischen Stoß zu begegnen haben werde;[14] denn auf andere Bundesgenossen habe er in diesem ersten aber bedeutungsvollsten Moment der Kampagne nicht zu rechnen.

Meine Auseinandersetzung der Gründe, weshalb uns die Vermeidung dieses Krieges ganz besonders am Herzen liege, hat der Kaiser nicht bestritten, aber wiederholt versichert, daß er nur gezwungen in diesen Krieg gehen werde.

Übrigens, schloß der Kaiser, schiene es ja, als wenn vorläufig die Kriegsgefahr nicht mehr so nahe bevorstehend wäre. Daß sie aber beseitigt sei, könne er leider nicht annehmen. Er setze Vertrauen in die friedlichen Absichten des Kaisers Alexander, aber nicht darein, daß dieser Monarch auf die Dauer imstande sein werde, dem Drängen seiner eigenen und unserer Feinde in Rußland zu widerstehen. Über kurz oder lang könne die Frage wieder brennend werden, und dann würden wir beiderseitig doch genötigt sein, die fallen gelassenen Besprechungen wieder aufzunehmen[15]; das würde sich ja alles von selbst finden, denn es bestände bei ihm kein Zweifel darüber, daß dann die Dinge so liegen würden, daß auch unsererseits das Vorgehen Rußlands als ein Angriff auf Österreich betrachtet werden würde, auch wenn noch kein russischer Soldat die österreichische Grenze überschritten hätte.

Ich habe dem Kaiser hierauf nach Maßgabe Euerer Durchlaucht hohen Erlasses Nr. 745 vom 27. v. Mts.* geantwortet und geäußert, es sei mir wichtig, daß hierüber keine Zweifel zwischen uns aufkommen könnten.

Endlich bat mich der Kaiser noch, ich möchte Euerer Durchlaucht versichern, daß die Besorgnis, als könne sich der hiesige Generalstab der Leitung der Politik seiner Regierung bemächtigen wollen, durchaus unbegründet sei. Die Politik bestimme er allein und zöge dabei nur seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu Rate.

Seine Majestät sprachen hierauf von den militärischen defensiven Maßnahmen, die eifrig weiter betrieben würden[16]. Pferde für die komplette Bespannung der Artillerie, sowie für die Augmentation der Kavallerieregimenter in Galizien seien angekauft und die dazu nötigen Reserven einberufen. 2 Bataillone Pioniere, sowie 2 Bataillone Fußartilleriemannschaften seien nach den dortigen Festungen abgegangen; aber mehr Mannschaften würden nicht deplaziert, noch auch eingezogen werden. Urlauber der dortigen Infanterieregimenter einzuberufen, wie dies anfangs beabsichtigt war, halte er nicht mehr für nötig, obwohl hierzu sowohl Graf Kálnoky, als auch der Generalstab dringend geraten hätten. Hierzu sei immer noch Zeit, und habe er es vorgezogen, den Russen keinen weiteren Anlaß zu, wenn auch noch so unmotivierten, Rekriminationen zu geben. Das, was geschehen sei, habe genügt, um in Petersburg zu zeigen, daß man hier die Augen offen und die dort ergriffenen Maßnahmen richtig verstanden habe. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Bündnißverschiebungen
2 ja
3 das bestreiten wir ja nicht; aber wer ist Rußland? u[nd] muß der Krieg stattfinden?
4 aggressiven

---

* Siehe Nr. 1186.

5 gewiß
6 (interlinear; eingeschoben hinter „beabsichtige"): unter Umständen.
7 richtig.
9 d. h. Übergang der Politik auf beide Generalstäbe.
10 also!
11 !!
12 doch!
13 wer Angreifer ist, das wird eintretenden Falls von unserem Kaiser ehrlich erwogen werden. Unsre zurückhaltende Vorsicht hat mehr die bulgarische Situation, als die an der galizischen Grenze zur Grundlage. Wegen Bulg[arien] wollen wir nicht fechten. Evidente Vorbereitungen zum Angriff auf Oest[er]reich aber (Galizien) werden uns immer zu Vorbereitung der Abwehr (Mobilisirung) Anlaß geben, u[nd] damit zum factisch[en] Eintritt in den russ[isch]-öst[er]r[eichischen] Conflict.
15 doch in andrer Form u[nd] Fragstellung.
16 gut.

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
8 Wohl auch nicht der Redaktion seines Generalstabes!
14 gut, das bezweckten wir. Österreich soll sich stark machen.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

Über das Mißlingen des Versuchs den casus foederis zu erweitern, ist der K[aiser] Fr[anz] J[oseph] natürlich verstimmt.

Nr. 1191

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 43 Berlin, den 14. Januar 1888

Ew. geheimer Bericht vom 8.* hat dem Herrn Reichskanzler vorgelegen.

Was die Äußerungen des Kaisers Franz Joseph betreffs der von ihm angeregten militärischen Besprechungen betrifft, so ist daran zu erinnern, daß die durch Herrn von Steininger übermittelten militärischen Fragen, welche die Basis dafür bilden sollten, auf Verschiebung unseres Bündnisses ausgingen und mehr politischer als militärischer Natur waren. Wenn der Kaiser Franz Joseph Ew. gesagt hat, daß sein Generalstab in jenen Instruktionen von der Voraussetzung eines Offensivstoßes gegen Rußland ausgegangen sei, so wird damit eben der Boden unseres Bündnisses verlassen, und der Übergang der Politik vom Auswärtigen Minister auf den Generalstab bedingt. Hiergegen hatte der Herr Reichskanzler in seinem Erlaß Nr. 745 vom 27. Dezember v. Js.** gerade Verwahrung eingelegt. Nach Ew. Bericht Nr. 17 vom

---

* Siehe Nr. 1190.
** Siehe Nr. 1186.

10. Januar hat der Graf Kálnoky inzwischen selbst anerkannt, daß die Fragestellung des österreichischen Generalstabs bei uns den Glauben erwecken mußte, Österreich wolle unsere Macht zu einem Angriffskriege gegen Rußland ausnützen. Wie Ew. bekannt ist, hat Seine Majestät der Kaiser sich gegen jeden Angriffskrieg erklärt, und es war unseren Offizieren deshalb unmöglich, sich über gemeinsame aggressive Maßnahmen auf der vom österreichischen Generalstab aufgestellten Basis auszusprechen.

Daß Österreich sich militärisch stärken solle, ohne Rußland zu provozieren, bleibt nach wie vor unsere Ansicht. Wir wünschen jede Provokation vermieden zu sehen*, weil die Erhaltung des Friedens unseren Interessen entspricht, und weil niemand mit unbedingter Sicherheit sagen kann, ob der Krieg stattfinden muß; daß der Krieg „von Rußland" geplant wird, bestreiten wir nicht; es handelt sich aber hier um die Frage, „wer ist Rußland" und jedem Plane braucht die Ausführung nicht notwendig zu folgen.

Bezüglich der Bemerkungen des Kaisers von Österreich über die Ausführung des casus foederis* hat Fürst Bismarck sich im Hinblick auf einen russisch-österreichischen Krieg folgendermaßen geäußert: „Wer Angreifer ist, das wird eintretendenfalls von unserem Kaiser ehrlich erwogen werden. Unsere zurückhaltende Vorsicht hat mehr die bulgarische Situation, als die an der galizischen Grenze zur Grundlage. Wegen Bulgarien wollen wir nicht fechten. Evidente Vorbereitungen zum Angriff auf Österreich aber (Galizien) werden uns immer zur Vorbereitung der Abwehr (Mobilisierung) Anlaß geben und damit zum faktischen Eintritt in den russisch-österreichischen Konflikt."

Für Ew. pp. persönlich bemerke ich, daß wir nur erfreut darüber sein können, wenn der Kaiser Franz Joseph jetzt entschlossen ist, „seine militärischen Dispositionen darauf zuzuschneiden, daß er allein dem ersten russischen Stoß zu begegnen haben werde". Dieser Entschluß muß dazu führen, daß Österreich sich stärker macht, als es bisher zur Abwehr gewesen ist. Und dieses Resultat allein ist von uns bei unseren Mitteilungen nach Wien in den letzten Monaten erstrebt worden.

Wenn die militärischen Besprechungen über kurz oder lang wieder aufgenommen werden sollten, so müßte dies doch in anderer Form und Fragestellung geschehen als das letzte Mal: Die politischen Erwägungen müssen von den militärischen streng gesondert bleiben! Denn kein Minister könnte die Verantwortung für das Auswärtige Ressort übernehmen, wenn beide Gebiete vermengt werden.

H. Bismarck

---

* Siehe Nr. 1190.

Nr. 1192

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi

Abschrift, vom Grafen Széchényi mitgeteilt

Geheim Wien, am 12. Jänner 1888

Mit meinem Erlasse vom 22. Dezember v. Js.* habe ich gleichzeitig mit Einleitung vorläufiger Besprechungen über die militärischen Folgen des casus foederis und namentlich deshalb, weil es von militärischer Seite zur Feststellung der zu treffenden Dispositionen für den Kriegsfall dringend gewünscht wurde, die Frage angeregt, ob es sich nicht empfehlen würde, beizeiten die Umstände genau zu präzisieren[1], unter welchen der casus foederis einzutreten habe.

Die Ihnen und dem Baron Steininger hierauf durch den Staatssekretär Grafen Bismarck zugegangene Antwort sowie die analogen Mitteilungen des Prinzen Reuß lassen keinen Zweifel darüber, daß Fürst Bismarck ein Eingehen auf diesen Gegenstand unter Hinweis auf den Vertragstext, der eine weitere Interpretation oder Ausdehnung weder erfordere noch zulasse, ablehnt. Der Herr Reichskanzler ist der Ansicht, daß das Eintreten des casus foederis in unserem Vertrage so klar und bündig niedergelegt sei, daß darüber ein Zweifel nicht bestehen könne. Greife uns Rußland an, so werde Deutschland keinen Moment anstehen, seiner Vertragspflicht nachzukommen. Seien aber wir — unter welchen Konjunkturen immer — die Angreifer, so würde Deutschland vertragsmäßig neutral bleiben, selbst dann, wenn der Angriff den defensiven Charakter[2] des Zuvorkommens eines feindlichen Einfalles trüge, und wir müßten uns auf unsere eigenen Kräfte stützen und auf den etwaigen Beistand unserer anderen Alliierten[3].

Es ist unleugbar, daß diese Interpretation in strengstem Sinne dem Wortlaute unseres Vertrages entspricht, und daß wir gegen dieselbe keine Einsprache zu erheben vermöchten. Wir haben auch nicht die Absicht, in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo die Ende v. Js. noch so regen Kriegsbesorgnisse einer neuen Friedensströmung gewichen sind, diese heikle[4] Frage weiter zu verfolgen; doch halten wir es für wichtig, einige Punkte, deren Erwägung uns unausweichlich scheint, schon jetzt hervorzuheben.

In erster Linie scheide ich den Gedanken, daß Österreich-Ungarn einen Angriffskrieg gegen Rußland unternehmen oder einen Krieg mit diesem Reiche überhaupt provozieren wolle, aus der Diskussion vollkommen aus. Es ist ausgeschlossen, daß Österreich-Ungarn allein Rußland angreift, und es fallen sohin auch alle Kombinationen weg, welche diesen Fall und die hieraus vertragsmäßig Deutschland zu-

---

* Siehe Nr. 1185.

stehende Neutralität in Betracht ziehen. Wir sind uns dessen vollkommen bewußt, daß es Wahnsinn wäre, sowohl vom militärischen wie vom politischen Standpunkte, wollten wir allein einen Angriffskrieg gegen Rußland unternehmen, denn wenn Graf Herbert Bismarck für einen solchen Fall auf den militärischen Beistand Italiens, Englands und der Türkei hinwies, so muß ich annehmen, daß dies wohl nur deshalb geschah, um anzudeuten, daß wir auf diese nicht[2] rechnen könnten. Nicht nur, daß wir uns mit Italien und England prinzipiell auf den Boden des Ausschlusses jeder Angriffspolitik gestellt haben, dürfte Italien, welches in Massauah engagiert und gegenüber Deutschland verpflichtet ist, sich außerdem auf größere militärische Leistungen kaum einlassen können. Was England betrifft, steht es außer Zweifel, daß die dortige öffentliche Meinung sich gegen[5] den Angreifer, wer er immer sei, erklären wird. Mit welcher Sicherheit endlich man auf eine militärische Unterstützung der Türkei rechnen könne, ist in Berlin ebenso bekannt wie hier. Ich kann also nur wiederholen, daß Österreich-Ungarn unter keiner Bedingung den Wahnsinn begehen werde, einen Angriffskrieg gegen Rußland zu unternehmen[6].

Eine andere Frage ist, und auf diese legen wir das größte Gewicht, daß von den höchsten militärischen Autoritäten in voller Übereinstimmung erklärt wird, daß durch das Abwarten des russischen Angriffs, von Österreich-Ungarn, ebenso wie von Deutschland, die wichtigsten militärischen Vorteile preisgegeben, und der ganze Erfolg des Krieges schwer kompromittiert werden würde. Bei der ganz ungewöhnlich ungünstigen geographischen Lage und Konformation Galiziens und der äußerst schwierigen Aufmarschlinie unserer Armee, liegt die Gewähr des Erfolges nur im sofortigen Angriff, kombiniert mit einem gleichzeitigen Vorstoß von Seite der deutschen Armee. Hiebei war selbstverständlich nie ein Offensivkrieg und ein Friedensbruch gedacht, sondern im Falle[7] eines unausweichlichen und unabwendbaren Krieges jene Initiative und jenes Zuvorkommen, welches historisch nachweisbar schon so oft[2] den siegreichen Erfolg des Feldzuges entschieden hat. Zieht man die Rüstungen, militärischen Vorbereitungen und gefährlichen Dislokationspläne Rußlands (von denen uns offiziell gesagt wird, daß sie jedenfalls durchgeführt werden würden) in Betracht, so muß man zu der Überzeugung gelangen, daß in einer näheren oder ferneren Zukunft der Krieg mit Rußland immer wahrscheinlicher wird — es wäre denn, man wollte demselben um jeden Preis[8] aus dem Wege gehen. Für den Fall eines russischen Krieges aber ist die oben angeregte Frage des casus foederis von so entscheidender Wichtigkeit, daß dieselbe nach meiner Meinung je eher in einer definitiven Weise klargestellt[9] werden sollte, und ich zweifle nicht, daß bei der weiteren Entwickelung der Dinge es sich als notwendig[10] herausstellen wird, auf die eingehende Erwägung derselben zurückzukommen. Wüßten wir, daß wir definitiv auf die ungeheuren militärischen Vorteile ver-

zichten müßten, welche unter gegebenen Umständen ein scharfes Vorgehen in Feindesland unseren Heeren bringen würde, und wären wir darauf angewiesen, den Feind ins Land hereinzulassen und den schwierigen Feldzug unter diesen entschieden ungünstigen Umständen zu beginnen, so würde an uns die Pflicht herantreten, neuerdings und beizeiten zu erwägen, in welcher Weise es unter solchen Verhältnissen möglich und ratsam sei[11], den Krieg gegen Rußland zu führen, und ob er überhaupt aufzunehmen oder zu vermeiden sei.

Diese Konsiderationen mögen heute verfrüht sein, wie es ja überhaupt vorerst sich nicht um den Krieg, sondern um den Frieden handelt; doch können die Umstände es leicht mit sich bringen, daß die aufgeworfene Frage plötzlich aktuell und eine definitive Klarstellung derselben dringlich wird. Meiner Meinung nach ließe sich leicht eine Form[12] finden, welche die von dem Herrn Reichskanzler befürchtete Möglichkeit einer Verschiebung des defensiven Charakters unseres Bündnisses ausschlösse und doch die für die militärischen Kombinationen unerläßliche feste Basis zu bieten vermöchte. Die Dimensionen und Folgen eines Krieges mit Rußland können so ungeheure sein, daß derselbe auch militärisch nur unter den möglichst günstigen Umständen begonnen werden darf. Bei der vertrauensvollen Übereinstimmung, in der sich unsere beiden Kabinette in der Beurteilung der politischen Lage überhaupt und der möglichsten Vermeidung des Krieges[13] befinden, bezweifle ich nicht, daß, wenn die Verhältnisse es erheischen, auch über diese politisch und militärisch schwer ins Gewicht fallende Frage eine übereinstimmende Auffassung sich ergeben werde. Ich ersuche Euer Exzellenz, diese Erwägungen[14] streng vertraulich zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs zu bringen und mich s. Z. von der Aufnahme, welche dieselben gefunden haben werden, in Kenntnis setzen zu wollen. (gez.) Kálnoky

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Das ist ganz unmöglich; der Text des Vertrages präcisirt so genau wie möglich, so lange man keine sichre Sehergabe für die zukünftigen Ereignisse besitzt.
2 ?
3 die haben wir ihnen, für den Fall eigner Angriffsgelüste, mühsam ad hoc besorgt.
4 [„heikle“ eingeklammert, dafür:] „unlösbare“
5 ? bei uns auch
6 gut.
7 wann liegt der vor??
8 Phrase!
9 das ist eine Cirkelquadratur, definitiv nicht klar zu stellen, u[nd] durch keinen Vertragstext theoretisch lösbar, sobald man nicht der bona fides des Verbündeten mehr vertraut als dem Wortlaut der Clauseln.
10 durchaus nicht
11 möglich gewiss, rathsam nie, so lange das Vermeiden politisch möglich bleibt.
12 ?? auf die wäre ich neugierig!
13 z. B. bei Angriff auf russ[ische] Truppen ausserhalb des russ[ischen] Reiches? Bulg[arien], Türkei.
14 [„Erwägungen“ eingeklammert, dafür:] „Redensarten“

Nr. 1193

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 17. Januar 1888

Graf Széchényi las mir heute den abschriftlich anliegenden Erlaß* Kálnokys vor[1]. Als ich ihm einige sachliche Erläuterungen meiner dort nicht zutreffend wiedergegebenen Äußerungen bezüglich Österreichs Hoffnungen auf England und Italien gegeben hatte (sc. daß diese Mächte eintreten würden, wenn es auf der Balkanhalbinsel und wegen Bulgarien zum Kriege käme), und mich im übrigen befriedigt über den ersten Teil des Erlasses äußerte, meinte Graf Széchényi, „ja, des Pudels Kern ist aber am Schluß, wo es sich um Auffindung einer Form handelt, in welcher später, wenn der Krieg näher rückte, militärische Verabredungen getroffen werden könnten, ohne[2] dem Defensivcharakter unseres Bündnisses zu derogieren".

Ich sagte Széchényi, daß ich diese Formel nicht diskutieren könnte, da die Gefahr eines Angriffskriegs gegenwärtig nicht vorläge. Wäre der Fall jemals zweifelhaft — was bisher nicht vorauszusehn —, so würde Seine Majestät auf der Basis unseres Bündnisses ehrlich entscheiden.

Im übrigen sprach ich mich in liebenswürdigster und vertraulicher Form dahin aus, daß unsere neuerlichen freundschaftlichen Meinungsaustausche volle Klarheit in die beiderseitigen rein defensiven Absichten gebracht hätten. Seine Majestät würde einen „wie immer" gearteten Angriffskrieg niemals mitmachen. Széchényi floß an der Hand seines Erlasses über in ähnlichen Versicherungen. Ich habe in den 50 Minuten unserer Unterredung alle wichtigen Punkte rekapituliert und hervorgehoben, welche durch unsere letzten Erlasse nach Wien festgelegt waren. Ich glaube erschöpfend. Deshalb wiederhole ich die ganze Wiederkäuung hier nicht.

Széchényi war nach der Unterredung über unseren Standpunkt vollkommen edifiiert, bat mich nur die Sache noch einmal durchzulesen.

Dies versprach ich, bemerkte aber, daß eine weitere diesseitige Äußerung nach unserer langen Konversation nicht mehr zu ergehen brauche.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Verhandlungen sind über Phrasen unfruchtbar. Oest[er]reichs Hauptsicherheit für unsre ehrliche Auslegung des casus foed[eris] liegt nicht in Clauseln u[nd] Wort-Texten, sondern in der unzweifelhaften Thatsache daß die ungeschwächte Existenz Oest[er]reichs ein Lebensbedürfniß für uns u[nd] für das europ[äische] Gleichgewicht ist

[2] [„ohne" eingeklammert, dafür:] „um"

---

* Siehe Nr. 1192.

Nr. 1194

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 70
Geheim

Berlin, den 19. Januar 1888

Ew. beehre ich mich, in der Anlage zu Ihrer persönlichen Information einen vom Grafen Széchényi hier mitgeteilten Erlaß des Grafen Kálnoky vom 12. d. Mts.* sowie meine Aufzeichnung über die Unterredung mit dem österreichischen Botschafter** abschriftlich zu übersenden.

Zunächst werden Ew. pp. aus der Vergleichung beider Schriftstücke ersehen, daß die Annahme des Grafen Kálnoky, als hätte ich Österreich für den Fall eines Angriffskrieges gegen Rußland auf die Unterstützung Italiens, Englands und der Türkei verwiesen, in dieser Allgemeinheit nicht richtig ist. Vielmehr habe ich in diesem Zusammenhange nur den Fall besprochen, wo der Krieg auf der Balkanhalbinsel und Bulgariens wegen begonnen würde.

Was die Ansicht des Herrn Reichskanzlers über die Frage des casus foederis anlangt, so darf ich auf dessen ausführlichen Erlaß Nr. 745 d. d. Friedrichsruh, den 27. Dezember*** verweisen. Den in dieser Schrift niedergelegten Auffassungen hat Seine Durchlaucht noch die Bemerkung hinzugefügt, daß der Text des Vertrages die Umstände, unter welchen der casus foederis einzutreten habe, so genau wie möglich präzisiere; der von Graf Kálnoky ins Auge gefaßte Moment, wo der Krieg unausweichlich und unabwendbar werden, und wo folglich der casus foederis tatsächlich eintreten würde, sei durch keinen Vertragstext theoretisch fixierbar, solange man nicht eine sichere Sehergabe für die zukünftigen Ereignisse besitze. Österreichs Hauptsicherheit für unsre ehrliche Auslegung des casus foederis liegt nicht in Klauseln und Worttexten, sondern in der unzweifelhaften Tatsache, daß die ungeschwächte Existenz Österreichs ein Lebensbedürfnis für uns und für das europäische Gleichgewicht ist. Über eine Form, welche eine militärische Ergänzung des gegenwärtigen Abkommens, ohne Verschiebung des defensiven Charakters desselben mit sich brächte, vermag der Herr Reichskanzler sich kein Bild zu machen, denn es wird niemals ausführbar sein, die militärischen Kombinationen der Zukunft im voraus zu präzisieren. Die offizielle Übermittelung unserer Erwiderung ist durch den Grafen Széchényi bewirkt worden.

Ew. wollen daher diese Mitteilung als ausschließlich zu Ihrer persönlichen Orientierung bestimmt ansehen, und Ihre Sprache nach wie vor nach dem vorerwähnten erschöpfenden Erlaß des Herrn Reichskanzlers regeln.

H. Bismarck

---

* Siehe Nr. 1191.
** Siehe Nr. 1192.
*** Siehe Nr. 1186.

Nr. 1195

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 30 Wien, den 17. Januar 1888

Geheim

Graf Kálnoky hat mir vertraulich mitgeteilt, daß nach seinen Meldungen aus Berlin die Besprechungen, welche Herr von Steininger mit den dort weilenden italienischen Offizieren gehabt, einen befriedigenden Fortgang genommen hätten. Er, der Minister, habe die von unserer Seite gewünschten Notizen über die Transportverhältnisse auf der Brennerbahn hier ausarbeiten lassen und nach Berlin geschickt.

Der Minister wiederholte mir bei dieser Gelegenheit, wenn auch die Besprechungen zwischen dem österreichischen Militärattaché und unserem Generalstab so gut wie sistiert wären, so hätten dieselben doch sehr nützliche Resultate geliefert. Freilich könne er nicht verhehlen, daß sich der österreichisch-ungarische Generalstab mehr von diesen Besprechungen erwartet hätte[1] und nun einigermaßen verstimmt sei. Doch sei er eifrig bemüht, beschwichtigend einzuwirken. Der Grund hierzu sei, wie er mir schon gesagt, hauptsächlich darin zu suchen, daß die Instruktionen des Generalstabes nur von einem[2] einseitigen Gesichtspunkt ausgingen und deshalb nicht unseren Erwartungen entsprechen konnten.

Ich habe dem Minister bei diesem Anlaß gesagt, daß, wenn derartige Besprechungen früher oder später wieder aufgenommen werden sollten, dies in anderer Form und[3] Fragestellung geschehen müsse, und politische Erwägungen von militärischen streng zu sondern seien*.

Graf Kálnoky gab mir hierin vollkommen Recht.

Daß die üble Laune in der Armee[4], von der mir der Minister sprach, besteht, hat mir Major von Deines bestätigt. Letzterer tritt solchen Auslassungen, so oft sie ihm begegnen, stets mit dem Hinweis auf unser Bündnis entgegen, welches vom österreichischen Generalstab eben nicht richtig interpretiert worden sei[5]. Denn nur hierdurch sei die jetzt herrschende Enttäuschung hervorgerufen worden.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] D. h. Verfügung über die deutsche Armee auch ohne casus foederis, lediglich nach Ermessen des öst[er]r[eichischen] G[eneral]-Stabes

[2] [vor „einseitigen" ist eingeschoben]: sehr

[3] [„und" ist eingeklammert; vor „Fragestellung" ist eingeschoben]: als in der der

[4] bei wem?

[5] weil er es nicht kennt! Hat denn der Text dem G[eneral]-Stabe schon vorgelegen?

---

* Vgl. auch Nr. 1175 und 1191.

Nr. 1196

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 31 Wien, den 19. Januar 1888

Bei dem gestrigen Hofball hat mir Seine Majestät der Kaiser von Österreich über die allgemeine Lage gesprochen, die ihm keine Beruhigung einflößt.

Ich habe bei dieser Gelegenheit wieder herausgefühlt, daß Seine Majestät sich dermaßen in den Gedanken hineingelebt hatte, daß ein russischer Angriff auf Österreich sofort durch gemeinsamen Offensivstoß zu parieren sein werde, daß es höchstdemselben schwer wird, sich in unsere Auffassung zu finden.

Wenn er sich auch neulich dahin aussprach, er müsse sich darauf präparieren, den russischen Angriff allein auszuhalten[1], so scheint er sich doch noch nicht schlüssig geworden zu sein, wie für diesen Fall der Aufmarsch der österreichischen Armee einzurichten sein werde.

Dasselbe entnehme ich auch aus den Äußerungen des österreichischen Chefs des Generalstabes, und Major von Deines versichert, daß man hier bis jetzt noch nicht daran gegangen sei, den Aufmarsch für diesen Fall vorzubereiten.

Es ist, als wenn sich eine gewisse Mutlosigkeit der Militärs bemächtigt hätte, und sie nicht recht wüßten, was sie nun vorzubereiten haben sollten.

Ich habe dem General von Beck gesagt, es würde doch im eigenen Interesse Österreichs sein, wenn er sich an diese Arbeit machte, um dann nicht überrascht zu werden.

Seiner Majestät dem Kaiser habe ich versichert, er könne sich darauf verlassen, daß Seine Majestät der Kaiser und König eintretenden Falles ehrlich erwägen werde, wer der Angreifer sei, worauf mir Seine Majestät erwiderte, daran wolle er auch keinen Augenblick zweifeln; nur sei eben zu fürchten, daß es dann zu spät sein werde, noch gemeinsame Verabredungen zu treffen. Daß er den Krieg nicht wolle und nicht angreifen werde, das wiederhole er auch heute, und hätte er gehofft, wir würden ihm genug Vertrauen schenken, um nicht aus seinem Wunsche, militärische Besprechungen anzuknüpfen, den Schluß zu ziehen, daß er den Angriff wolle[2].

Ich habe, wie schon neulich dem Minister, auch dem Kaiser gesagt, die österreichische Fragestellung wäre keine glückliche gewesen und hätte zu der Deutung führen müssen, gegen die er jetzt protestiere[3].

Wie man hierseits zu dieser Form der Fragestellung gekommen ist, hat Graf Kálnoky in einem an Graf Széchényi gerichteten Erlaß auseinandergesetzt, dessen Inhalt Euerer Durchlaucht bekannt ist.

Der Minister faßt alle diese Dinge ruhiger auf als sein kaiserlicher

Herr und die Armeeleitung, und glaubt er auch, daß man sich in diesen Sphären beruhigen werde. Er ist sich aber darüber vollkommen klar, in welch ungünstige Lage Österreich kommen kann, wenn es die Invasion Rußlands in Galizien abwarten muß, um unsere Hülfe zu erlangen. Er weist auch darauf hin, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, einer Armee zu Hülfe zu kommen, die in ihrem Aufmarsch, eventuell sogar in ihrer Mobilmachung, durch den russischen Einbruch in Galizien gestört sein wird. Er nimmt aber die Sachen hin, wie sie von uns geboten werden, will damit rechnen, tröstet sich aber damit, daß eintretenden Falles, wenn die russischen Vorbereitungen bis zur Evidenz die Angriffsabsichten auf Galizien beweisen werden, wir unmöglich ruhig bleiben können[4].

Da ich nicht ausdrücklich autorisiert war, die auf Seite 4 des hohen Erlasses Nr. 43 vom 14. d. Mts.* geäußerten Ansichten Euerer Durchlaucht über diesen Fall auszusprechen, so habe ich dies auch nicht getan; aber ich habe geglaubt, dem Minister nicht widersprechen zu sollen.

Bei jeder Gelegenheit bringe ich ihm in Erinnerung, daß wir wegen Bulgariens nicht fechten werden. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ??

2 Die Fragstellung war doch danach; sie hatte Verschiebung des Bündnisses zur Voraussetzung; nicht defensiv, sonst konnte nicht Festsetzung des Tages gemeinsamer gleichzeitiger Mobilmachung verlangt werden; das wäre doch nur zum Angriff möglich.

3 richtig

4 wir werden in solchen Fällen mobilisiren, um zur Abwehr des russ[ischen] Angriffs auf Oest[er]reich bereit zu sein; das wird genügen, um Rußland pro rata von Oest[e]r[reich] abzuziehen. Oest[e]r[reich] sollte weder vor noch hinter den Karpathen Stellung nehmen, sondern bei Krakau in Fühlung mit unsrem schlesischen Corps, u[nd] für seine böhmischen Truppen, in Schlesien (Troppau)

Nr. 1197

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 82 Berlin, den 24. Januar 1888

Geheim

Ew. pp. gefälliger Bericht Nr. 31 vom 19. cr.** hat dem Herrn Reichskanzler vorgelegen, und derselbe hat sich befriedigt darüber geäußert, daß Ew. pp. dem Kaiser Franz Joseph gegenüber die österreichische Fragestellung in so richtiger Weise kritisiert haben; dieselbe hatte die

* Siehe Nr. 1191.

** Siehe Nr. 1196.

Verschiebung unseres Bündnisses zur Voraussetzung; sie ging nicht von dem defensiven Gesichtspunkt aus, denn sie hätte sonst nicht die Festsetzung des Tages gemeinsamer gleichzeitiger Mobilmachung und Kriegserklärung verlangen können; dies wäre doch nur zum Angriff möglich.

Wenn die russischen Kriegsvorbereitungen soweit getrieben werden sollten, daß Angriffsabsichten unzweifelhaft zutage treten, so werden wir in solchen Fällen mobilisieren, um zur Abwehr des russischen Angriffs auf Österreich bereit zu sein; das wird genügen, um Rußland pro rata von Österreich abzuziehen. pp.

H. Bismarck

Kapitel XXXIX

Russisch-Französische Allianzfühler 1886—1890

Nr. 1198*

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 218 Wien, den 12. Mai 1886

Der durch die gestrigen Abendzeitungen veröffentlichte deutschfeindliche Artikel des „Journal des Débats“** gab meinem russischen Kollegen Veranlassung, sich heut mir gegenüber über die Stimmungen in Frankreich auszusprechen.

Fürst Lobanow bringt alljährlich mehrere Wochen in Frankreich zu, teils in Bädern, teils in Paris und bei Bekannten auf dem Lande und kennt daher die Stimmung genau. Jedesmal, wenn er hierher zurückkommt, sagt er mir, er konstatiere einen neuen Rückgang dieses Landes und es gäbe keine Kapazitäten, um dasselbe vor dem gänzlichen Ruin zu retten. Das einzige Gefühl, was die Menschen dort noch zu entflammen im Stande sei, wäre der Rachedurst gegen Deutschland. Aber um dieses Gefühl zu betätigen, dazu fehle die Energie, und die Furcht vor Deutschland sei vorherrschend.

Kriegsminister Boulanger sei ein gefährlicher Mensch, aber auch ihm würde es nicht gelingen, das Land in neue Abenteuer zu stürzen. In dem Augenblick aber, wo sich ein Zerwürfnis zwischen den 3 Kaisermächten manifestieren würde, welches zu einer Komplikation zwischen denselben führen könnte, wäre ein Angriff Frankreichs auf Deutschland mit Bestimmtheit vorauszusehen.

Aus diesem Grund sei den Franzosen das Drei-Kaiser-Bündnis ganz außerordentlich verhaßt. Er wolle mir nicht verbergen, daß es nicht an Versuchen gefehlt hätte, Rußland von uns zu trennen. Nicht von

* Über frühere russisch-französische Allianzprojekte s. Bd. III, S. 81, Fußnote. In ein ernsthafteres Stadium treten die dahin gerichteten Bestrebungen, wie sich schon aus den Kapiteln über die deutsch-russischen Beziehungen seit 1886 ergab, im Zusammenhang mit dem drohenden Zerfall des Drei-Kaiser-Bündnisses. Im folgenden sind eine Anzahl Schriftstücke zusammengestellt, die sich auf die ersten Annäherungsversuche zwischen Rußland und Frankreich beziehen.

** Nach einem Berichte des Botschafters Grafen Münster vom 13. Mai hatte der Artikel des „Journal des Débats“ vom 11. Mai, der die deutsch-französischen Beziehungen in unfreundlichem Sinne glossierte, in Paris großes Aufsehen erregt und wurde als eine Wiedergabe der im französischen Auswärtigen Ministerium herrschenden Ansichten angesehen; Fürst von Bismarck wollte ihm aber, laut einer Randbemerkung zu dem Münsterschen Berichte keine sonderliche Bedeutung beimessen.

Propositionen wolle er sprechen, die französischerseits der russischen Regierung gemacht worden seien, aber man ließe keine Gelegenheit vorübergehen, um der russischen Regierung und dem Hofe zu schmeicheln und der Nation den Hof zu machen. Es sei ordentlich widerwärtig, dieses französische Gebahren zu verfolgen. Glücklicherweise machten alle diese Versuche dem Kaiser Alexander keinen Eindruck, und würde man in Frankreich sehr irre gehen, wenn man glauben würde, die Sympathien, die in Rußland, und namentlich unter den höheren Ständen für Frankreich bestehen, könnten irgendwelchen Einfluß auf die kaiserlich russische Regierung haben.

Solange das Dreikaiserbündnis fest bestünde, so lange würde Frankreich keinen Krieg anfangen. H. VII. P. Reuß

Nr. 1199

Aufzeichnung des Vortragenden Rats in der Reichskanzlei Rottenburg, z. Z. in Kissingen

Eigenhändig

Kissingen, den 22. Juli 1886

Der Herr Reichskanzler wünscht, daß der Herr Unterstaatssekretär sich bei sich darbietender Gelegenheit dem Grafen Schuwalow gegenüber in folgendem Sinne äußere:

Wenn ein Engländer, Österreicher oder Ungar, der in seiner Heimat so gegen Rußland gehetzt hätte wie Déroulède* gegen uns, nach Berlin käme, beziehungsweise nach Deutschland, so würde der Reichskanzler mit allen Mitteln dessen Ausweisung herbeizuführen suchen, und zwar aus Rücksicht für Rußland; Agitationen würde er nicht dulden. In Rußland aber scheine niemand auf solche Gedanken zu kommen; im Gegenteil. Während man Déroulède in Odessa äußerst sympathisch empfängt, hält ein russischer General in Frankreich eine fraternisierende Rede an die französische Armee angesichts des Denkmals des General Chanzy, das die Aufschrift trägt, die französischen Generäle müßten sich den Marschallsstab jenseits des Rheins holen**. Dazu komme endlich die Sprache der russischen Presse. Alle diese Erscheinungen müßten in der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht nur, sondern ganz Europas den Eindruck hervorrufen, als ob wir nicht, wie wir glaubten, in einem freundschaftlichen, sondern in einem feindlichen Verhältnis zu Rußland ständen. Die gedachten Erschei-

* Der Führer der Patriotenliga, Déroulède, hatte im Sommer 1886 eine antideutsche Agitationsreise vor allem nach Rußland unternommen, wo er von den Panslawisten begeistert aufgenommen wurde.

** Bei der Enthüllung des Standbildes des Generals Chanzy in Nouart hatte der russische Militärattaché General Fredericks auf die Begrüßung des Generals Mathelin mit Ausdrücken des Danks und der Sympathie geantwortet.

nungen müßten um so mehr auffallen, als wir in allen Fragen das Menschenmögliche täten, um Rußland entgegenzukommen. Wir entfremden uns durch dieses Entgegenkommen andere bis zu einem gewissen Grade und würden das System, andre Freundschaften der Rußlands zu opfern, mit mehr Zurückhaltung treiben, die von Rußland unabhängigen Beziehungen mehr pflegen müssen. Denn das Verhalten Rußlands erschwere jede Anlehnung an Deutschland, wie es andrerseits Frankreich zum Krieg ermutigen müsse. Ist man sich in Petersburg der Eindrücke nicht gewahr, die das russische Verhalten in Deutschland hervorrufen muß, oder ist man gleichgiltig dagegen?

Ferner bittet der Reichskanzler Herrn von Bülow in Petersburg zum Bericht darüber aufzufordern, ob man sich dort nicht über den schlechten Eindruck klar sei, den die Aufnahme Déroulèdes in Odessa bei uns machen müsse. Rottenburg

Nr. 1200

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 255 Paris, den 1. Oktober 1886

Ganz vertraulich

Der englische Geschäftsträger* teilte mir ganz im Vertrauen[1] mit, daß er aus guter französischer Quelle erfahren habe, daß hier in den letzten Tagen des August von russischer Seite der französischen Regierung Anerbietungen zum Zwecke einer Allianz gemacht worden seien. Wer der Unterhändler gewesen, wußte der Geschäftsträger nicht, es sei aber nicht durch die hiesige russische Botschaft geschehen, auch habe der französische Geschäftsträger in St. Petersburg** nichts darüber gewußt. Bei den vielen Verbindungen, welche die Russen hier haben, war es auch nicht schwer, einen andern Weg zu finden.

Die Eröffnungen seien so wichtig gewesen, daß Herr von Freycinet deshalb den Präsidenten Grévy veranlaßt habe, hierher zu kommen und einen Ministerrat abzuhalten. Der Vertrag mit der Telephon-Gesellschaft habe nur als Vorwand gedient.

Die russischen Vorschläge haben sich mit auf Ägypten bezogen, d. h., Rußland habe dort die Unterstützung der französischen Wünsche zugesagt; es soll aber auch eine weitergehende Allianz für den Kriegsfall angeboten worden sein.

Der Präsident Grévy, Herr von Freycinet und die Majorität des

---

* E. H. Egerton.
** Ternaux-Compans.

Conseils haben es für zu gefährlich gehalten, auf diese Anerbietungen einzugehen, und es sei eine abschlägige Antwort beschlossen worden.

Herr Egerton[2] bemerkte dabei, er wisse, daß Herrn Blowitz[3]* ähnliche Nachrichten zugegangen seien, er habe sie aber nicht von ihm[4].

Herr Blowitz, den ich nicht gesehen habe und vermeide, hat meinen Bekannten erzählt, daß er ganz bestimmt wisse, daß Rußland Allianzvorschläge hierher habe gelangen lassen, sagt auch, daß Herr Grévy deshalb hierher gekommen sei, und behauptet, genau von den Vorgängen im Ministerrate unterrichtet zu sein.

Danach sollen General Boulanger, Lockroy**, Granet*** und noch ein radikaler Minister sich sehr bestimmt für die Allianz ausgesprochen haben, und habe General Boulanger seine Rede damit geendet, daß er ausgerufen habe: „Vous pouvez compter sur l'armée, il ne lui manque pas un bouton!“ Herr von Freycinet hätte ihm darauf sehr kalt geantwortet, diese Redensarten erinnerten ihn an die bekannten Worte des General Leboeuf, und er werde sich auf eine politique d'aventures nicht einlassen.

Solchen Sensationsnachrichten des Herrn Blowitz, der jetzt wieder sehr auch gegen uns hetzt, lege ich gewöhnlich kaum Wert bei. Der italienische Geschäftsträger, der hier ganz außerordentlich gut unterrichtet ist, Herr Reßmann, glaubt aber auch bestimmt[5] zu wissen, daß Rußland hier Anerbietungen gemacht habe. Da es von so verschiedenen Seiten kommt, bin ich geneigt zu glauben, daß diese Gerüchte einen Grund haben müssen.

Über Herrn von Mohrenheims Herkommen ist neuerdings nichts bekannt geworden, er wird aber wahrscheinlich im Laufe dieses Monats herkommen. Münster

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Tendentiös
[2] er wird sie von Blowitz haben
[3] !!
[4] ?? doch wohl!
[5] von Blowitz?

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:
Vermuthlich alles Blowitz †.

---

* Bekanntlich der Korrespondent der „Times“ in Paris.
** Minister des Handels und der Industrie im Kabinett Freycinet.
*** Minister der Posten und Telegraphen.
† Später ist Bismarck der Ansicht gewesen, daß die Allianzfühler auf den russischen Generalstabschef und dessen Frau, eine gebürtige Französin, zurückgingen. Siehe den in Bd. V, Kap. XXXI, Nr. 1007, abgedruckten Erlaß an den Botschafter von Radowitz vom 17. Februar 1887, wo es heißt: „Die Versuche, welche im vorigen Jahre nach dem Zeugnis Freycinets bei diesem, als er Minister war, gemacht worden sind, um antideutsche Verabredungen einzuleiten, sehe ich nicht als amtliche an, sondern vermute, daß sie in Sondierungen bestehen, die der General Obrutschew und seine französische Frau offiziös, aber ohne höheren Auftrag in Paris angestellt haben.“ Vgl. auch S. 19, 120.

Nr. 1201

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

Vertraulich — Paris, den 7. Oktober 1886

pp. Daß Ende August hier von Rußland Annäherungsversuche stattfanden und Allianzvorschläge auf unoffizielle Weise hierhergelangten, bezweifle ich, nach allem, was ich von verschiedensten Seiten höre, nicht mehr. Auf offiziellem Wege geschah es nicht. Wenn auch dieses Mal die Anerbietungen sehr kühl und abschläglich erwidert wurden, so werden die Bemühungen von jener Seite doch fortgesetzt. pp.

(gez.) Münster

Nr. 1202

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 26. Oktober 1886

pp. Als ich Herrn Herbette auf seine weitere Frage, wann Euere Durchlaucht nach Berlin zurückkämen, eine bestimmte Antwort nicht geben zu können erklärte, sagte er, dann wolle er mich bitten, Euerer Durchlaucht folgende Mitteilung zu unterbreiten. Seine Worte lauteten etwa:

„Daß wir wichtige Interessen in Ägypten haben, verstehen Sie also; dann werden Sie auch begreifen, daß wir genötigt sind, dieselben wahrzunehmen[1]; dies kann nur geschehen mit einer Spitze gegen England, und da führt uns die nächste Erwägung dazu, daß wir, um etwas zu erreichen, uns nicht an Englands Freunde, sondern an eine solche Macht wenden müssen, welche mit England nicht auf gutem Fuße steht. Ich habe Ihnen schon neulich erklärt, daß alle Gerüchte und Angaben über Verhandlungen mit Rußland, die wir in Konstantinopel, Petersburg oder Paris bereits geführt hätten oder noch führten, vollständig falsch sind. Ich habe mir zum Gesetz gemacht, mit Ihnen cartes sur table zu spielen und wiederhole Ihnen deshalb auf mein Wort, daß bisher zwischen uns und Rußland absolut nichts vorgefallen ist[2]. Das Wort Ägypten ist von unserer Seite Rußland gegenüber noch gar nicht ausgesprochen[3]. Wir hätten aber allerdings den Wunsch, uns aus den oben angegebenen Gründen mit Rußland über Ägypten zu verständigen[4], wollen dies jedoch nicht tun, ohne den Herrn Reichskanzler hiervon zu benachrichtigen und ihn um seine Meinung zu fragen, denn wir wünschen vor allem zu vermeiden, daß man in Berlin

des appréhensions ou des préoccupations[5] über unsere Besprechungen mit Rußland haben könnte, welche sich nur auf Ägypten erstrecken würden. Sobald wir sicher sind, daß die deutsche Politik nicht gegen uns mißtrauisch wird[6], wenn wir mit Rußland ein Einvernehmen herzustellen suchen, um England aus Ägypten zu verdrängen[7], so werden wir unsere pourparlers mit Petersburg beginnen*." pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Gewiß
[2] glaube ich auch
[3] ?
[4] gut
[5] wir haben sie nicht
[6] nein
[7] gut

Nr. 1203

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

Ganz vertraulich Paris, den 5. November 1886

pp. Herr von Freycinet begann das Gespräch damit, daß er mich fragte, ob ich annehme, daß die vielen Gerüchte, die über den Geistes- und Gemütszustand des Kaisers Alexander in der Presse und selbst in der russischen Kolonie verbreitet würden, wirklich begründet seien.

Ich erwiderte, daß ich solche Gerüchte von vielen Seiten allerdings gehört, denselben aber keinen Glauben beimesse. Der Minister erwiderte darauf: „Etwas muß doch daran sein, und da der Kaiser jetzt die Auswärtigen Angelegenheiten seines Reiches anscheinend ganz allein und mit Umgehung seines Auswärtigen Amts führt, wäre die Gefahr doch entsetzlich, wenn der Kaiser nicht Herr seiner selbst wäre. Auf mich machten", fuhr der Minister fort, „die Verhandlungen, die mit mir im direkten Auftrage des Kaisers geführt wurden, einen ganz eigentümlichen Eindruck, das sage ich Ihnen ganz im engsten Vertrauen. Bei der Abberufung des früheren Botschafters, des General Appert**, und

* Vgl. Kap. XL, Nr. 1233.
** Die Abberufung des französischen Botschafters in Petersburg, General Appert, war im Februar 1886, angeblich wegen ungeschickter Behandlung der Weltausstellungsfrage, tatsächlich wegen seiner Bemühungen, die Freilassung des in Frankreich verhafteten Nihilisten Fürsten Krapotkin zu hintertreiben (Bericht des Botschafters in Petersburg von Schweinitz vom 21. Februar), erfolgt. Kaiser Alexander war durch die Abberufung des ihm sehr sympathischen Botschafters heftig erzürnt worden, so daß er seinen eigenen Botschafter in Paris, Baron von Mohrenheim, auf Urlaub gehen ließ und auf die Ankündigung der Ernennung des Generals Billot an Stelle von Appert erklärte: „Weder diesen noch einen andern".

nachher bei der Verbannung der Prinzen*, sprach der Kaiser in der heftigsten, beleidigendsten Weise über die Republik und über mich und erklärte, daß er weder den General Billot noch irgendeinen andern Botschafter empfangen werde und den Verkehr durch Botschafter mit der Republik überhaupt nicht wolle. Der Kaiser mußte annehmen, und schien es auch seine Absicht zu sein, daß diese Äußerungen zu unserer Kenntnis gelangen würden.

Groß war daher mein Erstaunen, als anfangs September plötzlich von einem Vertrauten des Kaisers eine ganz andere Sprache geführt und mir Vorschläge gemacht wurden, die ich Ihnen gegenüber nicht näher angeben will, die Sie wohl erraten werden und die sehr weit gingen. Präsident Grévy, ich und die Majorität meiner Kollegen wollen keine politique d'aventures, und so haben wir in höflicher und verbindlicher Weise, aber durchaus ablehnend, geantwortet**." Darauf habe er nichts weiter gehört, sei auch überzeugt, daß Herr von Giers nichts davon gewußt habe. Vor etwa 12 Tagen sei darauf wieder im Auftrage des Kaisers (ich glaube durch ein Mitglied der kaiserlichen Familie) Herrn von Freycinet gesagt worden, der Kaiser habe beschlossen, die Beziehungen mit Frankreich durch Botschafter wiederherzustellen. Herr von Mohrenheim habe Befehl erhalten, spätestens bis Ende November wieder auf seinem Posten in Paris zu sein, und Seine Majestät wünsche, daß Herr von Freycinet einen Botschafter, womöglich aus der diplomatischen Karriere vorschlagen möge! Herr von Freycinet sagte mir, er habe sich eigentlich noch gar nicht für eine Persönlichkeit ganz entschieden gehabt und zwischen mehreren Botschaftern geschwankt, habe aber, als er sehr gedrängt wurde, gefragt, ob etwa Herr von Laboulaye*** genehm sein würde. Mit merkwürdiger Schnelligkeit sei sofort die Antwort gekommen und Herr von Laboulaye angenommen worden, ehe er eigentlich wirklich vorgeschlagen wurde. Er mußte infolgedessen ernannt werden. Ich habe mich eigentlich, trotzdem daß Herr von Freycinet mir sehr viel Vertrauen zeigt und stets gern lange und ich glaube ziemlich offen mit mir spricht, gewundert, daß er mir diese Mitteilung machte. Es zeigt das, daß er entweder ernstlich an eine geistige Störung des Kaisers Alexander glaubt oder in diesem allerdings rätselhaften Benehmen eine Falle fürchtet.

Was will aber der Ruski uns gegenüber damit bezwecken? Glaubt er etwa dadurch unsere Allianz zu befestigen?? Es ist jedenfalls gut, daß wir das alles wissen, und mich freut es, daß meine früheren

---

* Auf Grund eines von der französischen Deputiertenkammer im Juni 1886 gefaßten Beschlusses waren die Häupter aller Familien, welche in Frankreich regiert hatten, und ihre unmittelbaren Erben aus Frankreich verbannt worden.

** Vgl. Nr. 1200, 1201.

*** Bis dahin Botschafter in Madrid.

Nachrichten richtig waren, und mir Freycinet jetzt selbst das russische Anerbieten der Allianz im September bestätigte.

Sie werden aus einem längeren Situationsberichte ersehen, wie ich die Sachen hier ansehe, daß man hier wirklich Frieden will und bei der jetzigen Lage der Republik und der Parteien auf keine gefährlichen Unternehmungen sich einlassen wird, ist meine Überzeugung.

Auf eine russische Allianz geht man gewiß hier nicht leicht ein, und insofern ist die Situation günstiger als sie bisher war.

(gez.) Münster

Nr. 1204

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Graf zu Rantzau, z. Z. in Varzin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Varzin, den 9. November 1886

Reichskanzler hat soeben Nachstehendes nach St. Petersburg telegraphiert*: „Aus Paris geht mir glaubwürdige Meldung zu**, daß dort im Anfang September unerwartet durch einen Vertrauten des Kaisers Alexander Herrn von Freycinet „weitgehende Vorschläge" gemacht worden seien, und vor etwa 14 Tagen wiederum im Auftrage des Kaisers Alexander ohne Mitwirkung des Herrn von Giers unter Betonung des russischen Wunsches nach sofortiger Wiederbesetzung des französischen Botschafterpostens in St. Petersburg und Mitteilung, daß Baron von Mohrenheim Ende November wieder auf seinem Posten eintreffen würde; die jüngste Eröffnung durch ein Mitglied der kaiserlichen Familie.

Sind Euerer Exzellenz keine Symptome dieser geheimen und direkten Verhandlungen erkennbar geworden?" Rantzau

Nr. 1205

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 St. Petersburg, den 9. November 1886

Antwort auf Telegramm Nr. 1***. Mir ist nicht erkennbar geworden, daß Kaiser Alexander in geheimer, seiner Natur widersprechender

* Mittels Telegramm Nr. 1 vom 9. November
** Vgl. Nr. 1203.
*** Vgl. Nr. 1204.

Weise in direkte Beziehungen zu Staatsmännern getreten sei, welche er wenige Monate zuvor als „ignoble gouvernement et canailles“ öffentlich bezeichnete. Die Wiederherstellung der Vertretung durch Botschafter war von Anfang an im Wunsche der beiderseitigen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und erfolgte, sobald es gelang, die Zustimmung Seiner Majestät zu erhalten, wozu die Großfürsten Wladimir und Alexis viel beitrugen. Zu den hierzu nötigen Verhandlungen genügten die Geschäftsträger Kotzebue* und d'Ormesson**, und es bedurfte keiner außeramtlichen Vertrauensmänner.

Wenn, woran ich nicht zweifele, Tripotagen stattfanden und noch im Gange sind, so glaube ich doch nicht, daß Seine Majestät darum wisse. Vielleicht haben Katkowsche Agenten den kaiserlichen Namen mißbraucht. Bericht folgt. Schweinitz

Nr. 1206

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 428 St. Petersburg, den 9. November 1886
Geheim

pp. Während ich, selbst in den schlimmsten Tagen des Sommers 1879 die Überzeugung aussprechen durfte, es sei psychologisch unmöglich, daß Kaiser Alexander II., der nur mit Tränen im Auge von den Erinnerungen seiner Kinderzeit, von seiner Mutter und von Potsdam sprach, freiwillig zum Kriege gegen uns schreiten könne, so bin ich jetzt keineswegs imstande, in der Naturanlage des jetzigen Kaisers ähnliche Garantien zu suchen. Von pietätsvoller Erinnerung an die Großeltern und an die gemeinsamen Heldentaten der Waffenbrüder von 1813/14 ist bei Alexander III. keine Spur zu finden. Die Andenken an Berlin und Potsdam, mit welchen die Gemächer seines Vaters und seines Großvaters angefüllt sind, haben für ihn nicht das geringste Interesse; es hat ihn vielmehr in seiner frühen Jugend oft gelangweilt und geärgert, wenn sein erhabener Vater so gern und so viel von diesen Dingen sprach. Für unseren allergnädigsten Kaiser und Herrn hegt Seine Majestät hohe Verehrung, für Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen aufrichtige Achtung, für Seine Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm Freundschaft und für Euere Durchlaucht Bewunderung und Furcht. Im übrigen aber bieten uns höchstseine Gefühle nicht die geringste Garantie, und von Ihrer Majestät der Kaiserin ist in dieser Richtung kein günstiger Einfluß zu erwarten;

* M. v. Kotzebue, Russischer Botschaftsrat und Geschäftsträger in Paris.
** Comte d'Ormesson, französischer Geschäftsträger in Petersburg.

diese hohe Frau hat die Eindrücke, welche sie im Jahre 1864 empfing, nicht verwunden. Nur wenn ein neues dynastisches Band die beiden Herrscherhäuser verknüpfte, könnte man auf dem Gebiete der Gefühlspolitik von der Zukunft etwas erwarten.

Wenn ich es trotzdem auf mich nehme, mit einiger Bestimmtheit meine Zweifel auszusprechen, daß Kaiser Alexander III. imstande sei, in direkte, heimliche Beziehungen zu unseren westlichen Nachbarn zu treten[1], so finde ich meine Gründe auf einem ganz anderen Terrain, nämlich auf dem der Interessen, der Wünsche und der instinktiven Disposition. Diese letztere macht den Monarchen abgeneigt, sich mit der Republik einzulassen. Seine Majestät der Kaiser hat für Nüancen wenig Verständnis und begreift nicht, wie schwer er das Prinzip, auf welchem seine Macht beruht, durch eine Politik schädigt, welche südslawische anarchistische Bewegungen fördert; daß aber Frankreich eine Republik ist, erscheint Seiner Majestät als unsympathisch und gefährlich, besonders solange sie den Krapotkins und Genossen freie Bewegung gestattet.

Das Interesse, welches gute Beziehungen zu uns für ihn haben, liegt so klar vor Augen, daß er sich ihm gar nicht verschließen kann, wenn er es auch nicht annähernd im ganzen Umfange begreift. Der Kaiser fühlt, daß, wenn auch nicht seine Sicherheit, so doch seine Bequemlichkeit durch ein Zerwürfnis mit uns gefährdet sein würde; ein starkes, wahrhaft monarchisches Deutschland neben sich zu haben, ist Seiner Majestät angenehm, und partikularistische Tendenzen im deutschen Reiche werden bei Alexander III. keine Ermutigung finden. Nachdem er, hauptsächlich infolge einer denkwürdigen Unterredung, welche er noch als Thronfolger mit unserem Kronprinzen im Anitschkowpalaste 1880 hatte, die vorgefaßte Meinung, daß wir die baltischen Provinzen begehrten, fallen ließ, sieht er ohne Besorgnis auf unsere Größe und würde diese sogar ruhig wachsen sehen, wenn hierdurch eine der stärksten seiner Idiosynkrasien begünstigt würde, nämlich seine Abneigung gegen Österreich.

Einstimmend in das ceterum censeo Pobedonoszews ist nämlich Kaiser Alexander III. überzeugt, daß dieser Staat nicht mehr lange bestehen kann; Seine Majestät läßt sich auch nicht ausreden, daß wir dessen deutsche Provinzen haben wollen und nehmen müssen[2]; er würde nichts dagegen einzuwenden haben, vorausgesetzt daß Rußland Galizien bekäme[3].

Alexander III., dem es nicht an der normalen Begabung einer kräftigen Natur fehlt, der Schönheitssinn und musikalisches Talent hat und mehr Belesenheit und Kenntnisse besitzt, als er zeigt, ist nicht reich an Ideen, aber er hält fest an denen, welche er sich zu eigen gemacht hat, und gibt sich nicht die Mühe, sie bis in ihre weiteren Konsequenzen durchzudenken; frei beieinander leben in seinem Kopfe die Gedanken, und in Gatschina ist niemand, der Seine Majestät darüber belehren

könnte, wie hart im Raume sich die Dinge stoßen. Dies gilt nun auch von der prädominierenden Idee des Kaisers, nämlich von seinem tiefgewurzelten Wunsche, die Meerengen zu beherrschen[4]; er glaubt jetzt, infolge bekannter Eröffnungen, daß wir ihn in dieser Bestrebung unterstützen werden, und daß Deutschland die einzige Macht in Europa ist, die ihm dabei helfen will und kann[5]. In dem Bewußtsein, in diesem Wunsche mit dem dunklen Drange seines Volkes, mit der traditionellen Politik und mit den Tendenzen, wie auch mit den Interessen der russischen Gesellschaft in Übereinstimmung zu sein, hält Alexander III. dieses Ziel fest im Auge. Ohne Verständnis für Nüancen, wie ich mir zu wiederholen erlaube, macht Seine Majestät vielleicht nicht die Unterscheidung, welche in der Meerengenfrage so wichtig ist, nämlich ob er den Schlüssel oder nur einen Riegel will. Maßvolle russische Politiker würden sich nämlich damit begnügen, den Bosporus für fremde Kriegsschiffe materiell sperren zu können, ohne freie Ausfahrt[6] durch die Dardanellen für die eigene Kriegsflotte zu fordern und zu sichern. Für ersteres würde vielleicht Frankreichs Zustimmung zu erreichen sein, für letzteres aber nicht, wenigstens solange nicht, als diese Mittelmeermacht[7] nicht die ganze Staatsraison der Revanche unterordnet.

Ich darf also wohl die Meinung aussprechen, daß der Kaiser Alexander sich nicht eng an das republikanische Frankreich anschließen wird, solange er die Aussicht hat, mit unserer Zustimmung an die Meerengen vordringen zu können; ich wage aber die ehrerbietige Ansicht Euerer Durchlaucht zu unterbreiten, daß es sich empfehlen dürfte, dem Kaiser unsere Konnivenz als eine nicht ganz leicht erreichbare, sondern als eine nur durch korrekte Politik im Auslande und an die Grenze zu verdienende erscheinen zu lassen. Il faut lui tenir la dragée haute, sonst denkt Seine Majestät, es sei eine Lockspeise; schon jetzt wird ihm dies von verschiedenen Seiten, unter anderen auch von der „Moskauer Zeitung" angedeutet. pp. v. Schweinitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:

[2] Ich habe dem Kaiser Nicolas u[nd] Alexander II gesagt: Lasset doch den deutschen Provinzen ihre Privilegien, Religion u[nd] Sprache, damit sie sich nicht nach Deutschland umsehen. Vergeblich! W.

[3] !!

[4] Das ist eigentlich seit einem Jahrhundert die Idée ganz Rußlands. Seit dem Berliner Frieden, wo das uncivilisirte Land der Balkan Halb Insel zu selbständigen Staaten geworden sind, ist dieser russische Traum sehr schwierig zu réalisiren geworden, daher auch die sehr ernste Verstimmung selbst beim Kaiser Nicolas, da seine Siegreiche Armée vor u[nd] sogar auch in Constantinopel stand! W.

[5] ??

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Dann müßte Freycinet doch sehr dreist lügen!

[6] ?? der Kaiser schwerlich!

[7] desto besser; es war das Napoleons Vorwand zum Krimkriege, mir gegenüber ex post 1857. Er behauptete Rußland würde ihm im Mittelmeer zu stark geworden sein, wenn usw.

Nr. 1207

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 840 Berlin, den 16. November 1886
Geheim

pp. In der Meerengenfrage will der Kaiser Alexander natürlich nicht nur einen Riegel, sondern den Schlüssel haben; und ich halte es nicht für praktisch, ihm zu verhehlen, daß wir vollkommen bereit sind, seine Besitzergreifung dieses Schlüssels zuzulassen*: Wenn wir dem Kaiser den Korb hoch hängen und ihn über unsere Stellung in der Meerengenfrage im Zweifel lassen, so möchte er mißtrauisch werden, da er ganz gut weiß, daß die deutschen Interessen hierbei nicht auf dem Spiele stehen. Daß wir nicht alles, was uns von Rußland zugemutet wird, zu akzeptieren bereit sind, wird der Kaiser Alexander aus den Kampfzöllen ersehen, zu denen wir bei der geringen Aussicht auf eine zollpolitische Verständigung vermutlich doch zu schreiten genötigt sein werden. Die russische Ausfuhr nach Deutschland ist sehr viel stärker als die unserige dorthin. Letztere nimmt nur etwa 3000 Waggons jährlich in Anspruch, während die russische Ausfuhr nach Deutschland zwischen 30000 und 50000 Waggons alljährlich belastet. Je mehr wir voraussehen müssen, daß wir auf handelspolitischem Gebiete zu Kampfzöllen kommen, um so mehr ist es notwendig, daß wir kein Geheimnis daraus machen, was wir auf politischem Gebiet an sehr viel Wichtigerem konzedieren können: Wir würden nicht gut tun, letzteres zu verschweigen, und ich habe sogar dem englischen Botschafter schon gesagt, nicht nur Bulgarien, sondern auch Konstantinopel wäre uns vollkommen gleichgültig.

In Anknüpfung des Vorstehenden beauftragte Fürst Bismarck mich noch Ew. zu sagen, er teile ganz Ihre Ansicht, daß Frankreichs Zustimmung für die Aushändigung der Dardanellen an Rußland nicht so leicht zu erlangen sein würde; auch er hielte es bisher noch nicht für wahrscheinlich, daß Frankreich, welches seine Mittelmeerinteressen neuerdings so scharf betone**, die ganze Staatsraison der Revancheidee unterordnen werde. Die Gefahr, welche vor dem Krimkriege bestand, daß der Kaiser Nikolaus bis an das Ägäische Meer vordringen konnte, hätte dem Kaiser Napoleon den Vorwand zur Beteiligung an jenem Kriege gegeben: dieser Monarch hätte das Seiner Durchlaucht

* Vgl. dazu Bd. V, Kap. XXXI, Nr. 992, S. 79.
** Vgl. Kap. XL, Nr. 1233.

selbst im Jahre 1857 ex post angegeben. Der Kaiser Napoleon behauptete damals, Rußland würde ihm im Mittelmeer zu stark werden, wenn es erst über die griechischen Matrosen für seine Flotte disponieren könnte. Er hat damals, als Fürst Bismarck sich auf einer vertraulichen Mission wegen der Neuchâteler-Frage in Paris befand*, demselben gesagt, er würde binnen kurzem einen Krieg gegen Österreich führen müssen, um dieses aus Italien hinausdrängen und aus letzterer Macht eine französische Dependance zu machen. Er hat dabei geäußert: „Je ne dis pas que je veux faire de la Méditerranée un lac français, mais pourtant à peu près la même chose.“ Diese vom Kaiser Napoleon erstrebte Suprematie im Mittelmeere würde ihm nach seiner Ansicht unmöglich oder wenigstens nachdrücklich streitig gemacht worden sein, wenn Rußland bis zu demselben Meere vorgedrungen wäre.

Es ist allerdings zweifelhaft, ob die heutigen französischen Staatsmänner sich noch von den gleichen Ideen leiten lassen, welche den letzten Kaiser der Franzosen beseelten. Immerhin ist aber denkbar, daß die französische Politik eine antirussische Tendenz anzunehmen gezwungen sein wird, wenn sie erst in Rußland einen Mitbewerber um die Herrschaft im Mittelmeer erblickt, und in unserem Interesse liegt es deshalb, die hierauf gerichteten russischen Bestrebungen zu fördern.

H. Bismarck

Nr. 1208

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

Ganz vertraulich — Paris, den 20. Dezember 1886

pp. Was von englischer und italienischer Seite über Eröffnungen der Russen im November gemeldet wurde, ist insofern irrtümlich, als das sich auf die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen bezog, die ersten Allianzanerbietungen wurden Ende August oder anfangs September gemacht, und als die abgelehnt waren, kam man im November von russischer Seite auf die Botschafterfrage zurück. Gleichzeitig (anfangs oder ausgangs September) ist Italien sondiert** und die Frage

* Anfang April 1857 hatte sich der damalige preußische Bundestagsgesandte von Bismarck zu Besprechungen über die Neuenburger (Neuchâteler) Frage nach Paris begeben, wo er mehrfach, u. a. am 12. April, Audienzen bei Kaiser Napoleon III. hatte. Vgl. v. Poschinger, Preußen im Bundestag 1851—1859 Bd. III, S. 94 ff., IV, 257 ff.

** Vgl. Bd. IV, Kap. XXIV, Nr. 825.

Triest und Trient von russischer Seite bei Italien berührt und sind Anerbietungen gemacht. Mir ist dies von jemandem, der es weiß, unter dem Siegel der Verschwiegenheit bestimmt versichert worden*. pp.

(gez.) Münster

Nr. 1209

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 496 St. Petersburg, den 23. Dezember 1886

Herr von Giers sagte mir heute aus eigener Initiative:

„Über die Ernennung des Herrn Laboulaye sind von französischer Seite, sei es in böser Absicht, sei es aus naiver Unkenntnis der im diplomatischen Verkehr üblichen Formen solche Fabeln verbreitet worden, daß ich die Tatsachen noch einmal richtig stellen möchte. Daß Kaiser Alexander III. dans son for intérieur für die französischen Republikaner nur Verachtung und Ekel (mépris et dégout) empfindet, weiß alle Welt. Diese Gefühle des Kaisers für die Franzosen traten nach außen hervor, als gegen den Wunsch Seiner Majestät der General Appert abberufen wurde**, welcher ihm als Feind der radikalen Bande sympathisch war. Mohrenheim mußte auf Befehl des Kaisers Paris verlassen. Darüber gerieten die Franzosen in Verzweiflung. Sie verfolgten uns mit Bitten und Flehen, wir möchten doch die regulären diplomatischen Beziehungen wieder herstellen. Ils étaient littéralement à genoux devant nous. Ich sagte an Ternaux-Compans und Ormesson und ich schrieb an Kotzebue, daß die Franzosen sich gedulden sollten. Endlich, im Oktober, schien mir der Augenblick gekommen, wieder Mohrenheim nach Paris zu schicken und hier einen französischen Botschafter zu admittieren. Jeder Minister des Äußern würde den Wunsch gehabt haben, in formaler Hinsicht zu allen Großmächten normale Beziehungen zu unterhalten, auch zu Frankreich, wie erbärmlich auch die gegenwärtigen französischen Machthaber sind. Der Kaiser teilte meine Auffassung, legte aber gar kein besonderes Gewicht darauf, weder Mohrenheim in Paris zu sehen, noch hier einen französischen Botschafter. Als die Franzosen erfuhren, daß sie Mohrenheim zurückerhalten sollten und wieder einen Botschafter hierhersenden dürften, waren sie außer sich vor Freude (ils étaient fous de joie). Herr von Freycinet bat, wir möchten keinen General verlangen, weil dies General Billot verletzen würde, den der

* Ein weiterer Teil des Briefes wird abgedruckt in Kap. XL, Nr. 1237.
** Vgl. Nr. 1203, S. 96, Fußnote.

Kaiser bekanntlich dreimal refüsiert hatte: „Tant mieux“, meinte dazu der Kaiser, „si le nouvel ambassadeur français n'est pas un militaire, je le verrai d'autant moins“. Nun proponierten uns die Franzosen Laboulaye oder Lefèbvre de Behaine*. Ich wählte den ersteren, weil ich ihn kannte, während ich von dem letzteren nie etwas gehört hatte. Wenn die französischen Zeitungen behaupten, wir hätten um Laboulaye gebeten, so ist das lächerlich. Wir brauchen die Franzosen überhaupt um nichts zu bitten; ils sont à plat ventre devant nous! Il y a des Russes qui pensent que nous devrions profiter de cette disposition des Français pour nous faire tirer par eux les marrons du feu; mais je crois moi, et l'Empereur croit, que toute intimité réelle avec la France ne ferait que nous compromettre, tant au point de vue de notre politique intérieure que relativement à notre avenir en Orient.“

B. von Bülow

Nr. 1210

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck**

Ausfertigung

Nr. 497 — St. Petersburg, den 24. Dezember 1886
Geheim

pp. Den stärksten Eindruck machte Herrn von Giers der Satz des Erlasses***, wo daran erinnert wird, wie Herr von Freycinet dem Kaiserlichen Botschafter in Paris eröffnete, daß ihm von russischer Seite Anerbietungen gemacht worden wären im Sinne einer russisch-französischen Kooperation gegen Deutschland. Der Minister fühlte sich veranlaßt in fließenderer und nachdrücklicherer Sprachweise als dieselbe ihm sonst eigen ist, mir über diesen Punkt zu erklären: „Ich freue mich, darüber mit Ihnen sprechen zu können. Ich fiel aus den Wolken, als mir neulich General von Schweinitz die Berichte des Grafen Münster über die französischen Insinuationen gegen meinen Kaiser† vorlegte. Ich habe über diese Sache gestern mit Seiner Majestät geredet. Der Kaiser hat mir geantwortet, er begreife nicht, wie die Franzosen so etwas über ihn verbreiten könnten. Ich will mir den Kopf abschneiden lassen, wenn der Kaiser jemals den Franzosen Avancen gemacht hat (Je me fais couper la tête, si l'Empereur a jamais fait des avances aux

---

* Französischer Botschafter beim Päpstlichen Stuhle.
** Teilweise bereits abgedruckt Bd. V, Nr. 1003.
*** Vgl. Bd. V, Nr. 1001.
† Vgl. Nr. 1204, 1208.

Français). Ich kann so sprechen, weil ich den Charakter meines Souveräns kenne, der weder fähig ist mich zu täuschen, noch sich mit den Franzosen einzulassen. Beides stände in völligem Widerspruch zu der Natur des Kaisers. Es ist das einfach undenkbar; ich erkläre Ihnen dies feierlich. Ich will nicht behaupten, daß nicht in Paris intrigiert worden ist. Il a dû y avoir une trame quelconque, je ne le nie pas. Aber diese Intrigen sind nicht von Seiner Majestät autorisiert worden, noch von einem Großfürsten ausgegangen. Ich habe wohl einen Augenblick an den Großfürsten Alexei gedacht, bin jedoch von diesem Argwohn wieder abgekommen. Der Großfürst hat erst neulich zu Staal geäußert: „Paris, c'est fort drôle et amusant, mais Dieu nous garde d'une alliance avec la France. Il n'y a pas de fonds à faire sur les Français, et puis ce serait l'envahissement de la révolution. Il faut rester avec l'Allemagne.“ Dem Prinzen Eugen Beauharnais* traue ich nicht den Mut zu, im Widerspruch zu den ihm bekannten Prinzipien und Ansichten des Kaisers Politik zu treiben.“ Ich sagte dem Minister, daß die Weisheit und Charakterfestigkeit Seiner Majestät des Kaisers Alexander nirgends mehr anerkannt würden wie bei uns, wo auch das Vertrauen in den russischen Minister des Äußeren ein festbegründetes sei. Es bleibe aber doch die Tatsache bestehen, daß der französische Minister des Äußern unserem Botschafter amtlich erklärt habe, es habe sich Rußland um die französische Allianz gegen Deutschland beworben, sei hiermit jedoch abgefallen. Meldungen aus verschiedenen europäischen Hauptstädten deuteten darauf hin, daß die Pariser Regierungsleute auch anderen Vertretern dieselbe Confidence gemacht hätten. Sichtlich geärgert rief Herr von Giers: „Diese verfluchten Franzosen (ces sacrés Français) sind eine Bande von Schwindlern, sie haben keine Ahnung von Geschäften, sie halten jeden durchreisenden Russen für einen Vertrauensmann des Kaisers, auf jede Phrase bauen sie einen Berg von Hoffnungen und Träumen. Freycinet scheint zu glauben, daß ich nur noch dem Namen nach Minister sei, in Wirklichkeit jedoch die auswärtige Politik hinter meinem Rücken und ohne mein Wissen gemacht werde. Aus vertraulichen Äußerungen des Grafen Greppi** und der Berichterstattung des Baron Uexküll entnehme ich, daß man dies infolge französischer Schwätzereien auch in Rom annimmt. So liegen die Dinge nicht. Ich weiß nicht, wie lange ich noch im Amte bleiben werde. Aber solange ich Minister bin, weiß ich, was der Kaiser will. Die Franzosen kennen nicht die russischen Verhältnisse. Sie haben übrigens schon einmal versucht, Deutschland gegen uns mißtrauisch zu machen, damals als Waddington behauptete, Obrutschew wäre nach Frankreich geschickt worden, um dieses für eine Allianz mit

---

* Prinz Eugen Beauharnais, Herzog von Leuchtenberg, durch seine Mutter, Großfürstin Maria Nicolajewna, nahe mit dem russischen Kaiserhause verwandt.

** Italienischer Botschafter in Petersburg.

Rußland gegen Deutschland zu gewinnen. Jetzt haben wir kaum reguläre diplomatische Beziehungen zu den Franzosen auf deren dringenden Wunsch wieder hergestellt, so spielen sie uns einen solchen Streich. Mit diesen Leuten kann man keine vernünftige Politik machen („Il n'y a pas de politique raisonnable à faire avec ces gens-là").

Ich benutzte die Gelegenheit, um Herrn von Giers aus meinen Pariser Erlebnissen* zu erzählen, daß Gambetta und Galiffet** sich wiederholt und gegenüber vielen fremden Diplomaten gerühmt hätten, die ihnen von dem verstorbenen General Skobelew angebotene russische Allianz zurückgewiesen zu haben. Als im Jahre 1882 Skobelew in Paris gewesen wäre, habe er im Café Anglais mit Gambetta und Galiffet à trois diniert. Bald nachher wären die beiden Franzosen zum Fürsten Hohenlohe gekommen. Beide hätten ihm anvertraut, daß Skobelew sich umsonst bemüht hätte, sie für eine russisch-französische Allianz zu gewinnen; nur habe Gambetta behauptet, er sei es gewesen, „qui avait empêché ce hussard de Galiffet de donner dans le panneau", während Galiffet versicherte, „que grâce à lui cette outre pleine de vent, nommée Gambetta, ne s'était pas laissé berner par les Russes". Dabei wäre Skobelew der Überzeugung gewesen, daß er sowohl Galiffet als Gambetta in der Tasche habe und ganz Frankreich dazu. Herr von Giers hörte mit Interesse zu und meinte: „C'est très instructif, et je crois que cela se sera passé comme cela." Der Minister sprach hierauf die Absicht aus, weitere Nachforschungen darüber anzustellen, welcher Russe jetzt den Anlaß geboten haben könne zu den „Verleumdungen" des Herrn von Freycinet gegen Kaiser Alexander. Wenn der Schuldige entdeckt werde, so solle er streng bestraft werden. Es fiel mir auf, daß Herr von Giers hierbei mehrfach die Namen Saburow und Obrutschew nannte, ohne grade dieselben als die Schuldigen hinzustellen, aber offenbar mit einigen inneren Zweifeln. Dem hiesigen französischen Botschafter spendete Herr von Giers Worte der Anerkennung. Der Minister bezeichnete Herrn Laboulaye wiederholt als einen „homme sage et modéré, qui désire la paix". Der Minister beteuerte mir, daß Baron Mohrenheim den Franzosen eine friedliche Haltung gegenüber Deutschland anempfehle; in demselben Sinne spreche er selbst mit dem hier akkreditierten französischen Vertreter. „Je ne cesse de leur dire de se tenir tranquille vis-à-vis de l'Allemagne, et de ne pas faire de bêtises. Si ils ne m'écoutent pas, ce n'est vraiment pas ma faute. Je voudrais que Vous fussiez présent, derrière ce rideau, pendant mes entretiens avec Laboulaye, Vous seriez content de moi." Herr von Giers deutete hierbei an, daß er gerne Herrn Laboulaye fragen möchte, ob dieser wisse, wer in Paris die fraglichen Eröffnungen ge-

* Zu Anfang der achtziger Jahre hatte Bülow als zweiter Sekretär der Deutschen Botschaft in Paris gelebt.
** Bekannter französischer General.

macht habe; er würde hierbei die Berichte des Grafen Münster jedoch natürlich nicht erwähnen, sondern tun, als ob ihm die Nachricht über diese Intrigen aus nicht-deutscher Quelle zugegangen wäre; auch in dieser Form würde er übrigens nur dann mit Herrn Laboulaye reden, wenn wir nichts[1] dagegen hätten. pp. B. von Bülow

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Nichts

Nr. 1211

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 1 St. Petersburg, den 1. Januar 1887

pp. Von Herrn Laboulaye ging der russische Minister des Äußern, ebenfalls proprio motu, auf das Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich über: „Comment peuvent-ils être assez bêtes, ces Français", äußerte der Minister, „pour se figurer que l'Empereur Alexandre marcherait avec les Clemenceaus contre son oncle! C'est une alliance qui ferait horreur à l'Empereur, qui n'ira pas tirer les marrons du feu pour la commune". Herr von Giers setzte mir demnächst auseinander, daß er Frankreich lediglich in der ägyptischen Frage eine gewisse Unterstützung versprochen habe; in dieser Frage finde er allerdings den französischen Standpunkt und die französischen Ansprüche gerechtfertigt; es sei empörend, daß England die Hand auf den Suezkanal gelegt habe, der mit französischem Geld von französischen Ingenieuren gegen den Widerspruch Englands angelegt worden sei; für Rußland würde es allerdings das allerbeste sein, wenn man den Kanal zuschüttete; denn das indische und australische Getreide, welches durch denselben nach Europa gelange, schädige mehr und mehr den russischen Landwirt. pp. B. von Bülow

Nr. 1212

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 89 St. Petersburg, den 9. März 1887
Ganz vertraulich

Herr von Giers kam heute wieder auf die Besprechung zurück, welche ich mit ihm auf Grundlage des hohen Erlasses Nr. 152 vom 25. v. Mts. am 2. d. Mts. gehabt hatte; er schilderte mir nochmals

den Eindruck, welchen die Mitteilung davon beim gestrigen Vortrage auf Seine Majestät den Kaiser Alexander gemacht hat, und fügte hinzu: „Si nous étions assez bêtes pour vouloir conclure une alliance avec la république française, je crois que la France n'en voudrait pas“*.

Weiterhin sagte der Herr Minister: „Lorsque Vous m'avez parlé des propositions de rapprochement et même d'alliance que la Russie aurait faites à Paris au mois de septembre dernier**, je Vous ai prié de me fournir quelques indications sur les organes dont nous nous serions servis[1]; mais jusqu'à présent Vous n'avez pas été à même de nommer quelqu'un, qui aurait servi d'intermédiaire[2] entre nous et les hommes d'état français. Le Comte Schouwalow que j'avais chargé de prendre des informations à ce sujet, n'en a pas obtenu. S'il y avait, après moi, un ministre assez fou, pour offrir une alliance à la république et si l'Empereur voulait y consentir, je crois, je Vous le repète, que la France la refuserait; elle veut être bien avec nous et profiter de l'apparence d'une entente, mais elle ne voudrait pas s'exposer aux dangers d'une guerre contre Vous; et puis, qu'est ce qu'elle pourrait nous donner en Orient?“

Ich erwiderte, dies sei ganz richtig; Frankreich habe eigene, unveräußerliche Interessen im Mittelmeer, und was die russisch-französische Allianz anbeträfe, so sei sie schon oft versucht, aber noch nie zu gutem Ende geführt worden, von den Zusammenkünften auf der Niemenbrücke und in Erfurt an, bis zur Begegnung in Stuttgart 1857; vielleicht wäre es nur Zufall gewesen, daß der Annäherung Rußlands an Karl X. 1829 und an Louis Philipp 1847 der Sturz dieser Könige auf dem Fuße folgte; innere, tiefliegende Gründe widersetzten sich einer solchen Verbindung, aber schon der Schein, daß sie angestrebt werde, könne viel Unheil anrichten.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Er hätte doch Freycinet fragen sollen!
[2] Obrutschew, Trubetzkoi

---

* Vgl. Nr. 1200, 1201, 1208.
** Vgl. dazu S. Goriainow, The End of the Alliance of the Emperors, The American Historical Review, Vol. XXIII, Nr. 2, p. 332. Aus Goriainows Mitteilungen geht hervor, daß, wenn Frankreich im Herbst 1886 den russischen Allianzfühler zurückgewiesen hatte, es jetzt, im Frühjahr 1887, zur Zeit der Boulanger-Krise, selbst die Fühler ausstreckte. Das französische Kabinett beabsichtigte damals, den früheren Botschafter in Wien Grafen de Vogué als Unterhändler nach Petersburg zu entsenden, und der Zar antwortete auf die Ankündigung dieser Mission durch Mohrenheim: „This might be very useful to us, in certain contingencies, and we ought not to discourage them.“

Nr. 1213

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 200 St. Petersburg, den 1. Juni 1887
Vertraulich

Die hohen Erlasse Nr. 420 und 422 vom 27. Mai, denen Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Paris vom 24. und 25. v. Mts.* beilagen, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt; letztere betrafen russische Intriguen in Paris und das auffällige Verhalten des Herrn von Mohrenheim während der soeben beendeten Ministerkrisis. Schon vorher war ich hochgeneigtest in Kenntnis gesetzt worden**, daß der russische Botschafter in Paris offen ausgesprochen hat, der Rücktritt des General Boulanger würde Seiner Majestät dem Kaiser Alexander unerwünscht sein. Ich hatte gleich nach Empfang dieser ersten Nachricht durch gesellschaftliche Verbindungen dafür gesorgt, daß an höchsten Stellen nicht verborgen bleibe, in welchem Widerspruche das Auftreten Baron Mohrenheims zu dem entschiedenen auf Verhütung eines deutsch-französischen Krieges gerichteten Wunsche seines kaiserlichen Herrn stehe. Amtlich habe ich erst jetzt, nach Empfang des obenerwähnten hohen Erlasses Nr. 420, mit Herrn von Giers über diesen Gegenstand gesprochen. Der Herr Minister versicherte zwar auf das Bestimmteste, daß der russische Botschafter in Paris weder ermächtigt noch etwa gar beauftragt gewesen sei, Sympathie für den bisherigen französischen Kriegsminister zu zeigen, er bestritt aber nicht, daß der sehr gesprächige und sich selbst gern reden hörende Baron Mohrenheim Äußerungen, wie die ihm zugeschriebenen, getan haben könne.

Nach meinem ehrerbietigen Dafürhalten hat der Botschafter nicht viel riskiert, wenn er sich eigenmächtig zugunsten des General Bou-

* Mit den Erlassen Nr. 420 und 422 vom 27. Mai 1887 waren dem Botschafter von Schweinitz zwei Berichte des Botschafters Grafen Münster übersandt worden, nach denen sich der russische Botschafter in Paris Baron Mohrenheim mit aller Entschiedenheit zugunsten des Generals Boulanger einsetzte. In dem Erlaß an Schweinitz Nr. 420 hieß es dazu: „Das von Graf Münster geschilderte Auftreten des Baron Mohrenheim muß jeden Unbefangenen darauf schließen lassen, daß Rußland der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich erwünscht sei. In dem gegenwärtigen kritischen Momente der Dinge in Frankreich sind die Bemühungen des Herrn von Mohrenheim, den General Boulanger am Ruder zu erhalten, um so auffallender, als nicht nur der Präsident der Republik, sondern auch alle nicht radikalen Politiker von Ansehen und die große Majorität des französischen Volkes gerade aus Besorgnis vor kriegerischen Verwickelungen sich des bisherigen Kriegsministers zu entledigen bestrebt sind."

** Durch Telegramm vom 20. Mai.

langer ausgesprochen hat; daß hierdurch der Glaube, der russische Kaiser wünsche den deutsch-französischen Krieg, erweckt und bestärkt werden müsse, macht man sich hier an höchster Stelle wohl nicht ganz klar[1]; wenn aber selbst in Paris bis noch vor kurzem konservative Leute glauben konnten, General Boulanger werde bei erster günstiger Gelegenheit mit der demokratischen Republik aufräumen und Ordnung machen, so wäre es wohl zu entschuldigen, wenn man in der Einsamkeit von Gatschina an die Möglichkeit dächte, jener populäre Soldat könne sich in einen großen Gendarmen verwandeln, der alle in Frankreich lebenden Nihilisten ausliefern würde.

Darüber, daß General Boulanger in Moskau und in St. Petersburg nicht nur viele begeisterte Bewunderer, sondern auch direkte Beziehungen hat, hege ich keinen Zweifel, wenn ich auch weit entfernt bin zu glauben, was die Gemahlin eines russischen Ministers unlängst bei einem diplomatischen Diner laut aussprach, nämlich, daß er mit Herrn Polowtzow* in Korrespondenz stehe. Es reisen fortwährend so viele Russen zwischen Paris und Petersburg hin und her, daß der Austausch schriftlicher und mündlicher Mitteilungen keine Schwierigkeiten bietet. Vielleicht aber wird das abschreckende Beispiel, welches gestern durch die Dienstentlassung des General Bogdanowitsch** statuiert wurde, den Eifer der freiwilligen Diplomaten etwas abkühlen.

Da diese Maßregel erst heute bekannt wurde, so läßt sich über den Eindruck, welchen sie hervorbringt, noch nicht viel sagen; auch die Umstände, unter welchen sie erfolgte, sind mir noch nicht genau bekannt; aber Herr von Giers erzählte mir, daß Seine Majestät der Kaiser durch Berichte des Baron Mohrenheim und durch die denselben beiliegenden Beweise die Überzeugung von dem Bestehen geheimer Verbindungen zwischen Paris und Petersburg gewonnen habe, bei welchen General Bogdanowitsch als Mittelsperson beteiligt wäre; Seine Majestät habe neben den Namen dieses Generals die Randbemerkung geschrieben: „уволенъ“ (entlassen); dies sei am Montag, dem 30. geschehen; er, der Minister, habe erst am folgenden Tage es erfahren.

Herr von Giers fügte hinzu, der Schlag, welcher den rechten Arm Katkows getroffen hat, habe die Anhänger des letzteren sehr bestürzt gemacht; Tatischtschew, welcher nicht mehr im Dienste sei, solle gerichtlich belangt werden; der Kaiser scheine nun doch den Vorstellungen, welche er, der Minister, ihm nach dem Erscheinen des

---

* Direktor der russischen Reichskanzlei.

** General Bogdanowitsch, Verfasser der Schrift „L'alliance franco-russe“, hatte während eines Pariser Aufenthalts mit französischen Politikern Verhandlungen zur Herbeiführung eines russisch-französischen Bündnisses angeknüpft. Er wurde in Verfolg seiner Entlassung Anfang Juli aus den Heereslisten gestrichen und mit Verbannung von allen Orten, wo sich der russische Hof aufhielt, bestraft.

mehrerwähnten von mir telegraphisch signalisierten Katkowschen Artikels vom 11. Mai, gemacht habe, nämlich, „daß es so wie jetzt nicht länger gehen könne“, nachzugeben. v. Schweinitz

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

1 ?? Wäre der Krieg zwischen uns und Frankreich für das amtliche Rußland wirklich unerwünscht? er würde der russischen Politik analoge Freiheit der Bewegung gewähren, wie etwa ein deutsch-russ[ischer] oder deutsch-französischer der englischen Politik.

Nr. 1214

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 455 Berlin, den 10. Juni 1887
[abgegangen am 13. Juni]

Euerer pp. gefälliger Bericht Nr. 200 vom 1. d. Mts.* ist hier eingegangen

Der Herr Reichskanzler vermag die Überzeugung nicht zu teilen, daß die russische Politik in der Frage Boulanger ganz unzweideutig und ehrlich gewesen ist. Der Wunsch, uns in offnen Streit mit Frankreich zu bringen und dadurch freie Hand gegen Österreich zu gewinnen, wird in Rußland ganz allgemein gehegt: man kann dies auch nicht so befremdlich finden, denn es ist unbestreitbar, daß ein deutsch-französischer Krieg Rußland eine analoge Freiheit der Bewegung geben würde, wie sie etwa ein Krieg Deutschlands mit Rußland der englischen Politik gewähren würde. So aufrichtig die platonische Friedensliebe des Zaren an und für sich sein mag, darf doch nicht vergessen werden, daß er in erster Linie immer ein russischer Politiker bleibt, und daß er sich deshalb der Erwägung nicht wird verschließen können, daß der Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges Rußland die willkommene Handhabe bieten würde, um mit wenig Mitteln einen zwingenden Druck auf uns auszuüben. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß das amtliche Rußland nicht weniger als das panslawistische einen deutsch-französischen Krieg für wünschenswert hält und trotz aller offiziellen Ausflüchte und Ableugnungen im geheimen für die Herbeiführung desselben hetzt und arbeitet. H. Bismarck

Nr. 1215

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 644
Geheim
Berlin, den 29. August 1887

Ew. pp. gefällige Berichte Nr. 273 und 274 vom 23. d. Mts. haben dem Herrn Reichskanzler vorgelegen.

* Siehe Nr. 1213.

Fürst Bismarck ist erstaunt gewesen über die in dem letzteren Berichte enthaltene Bemerkung Ew. pp., daß die Déroulèdesche Reise spurlos verlaufen sei*. In unserer Presse hat die Aufnahme des französischen Revanche-Helden in Rußland allgemeine Entrüstung hervorgerufen, und in der Tat liegt in dem Verhalten des Generals Baranow eine ungeheuere Unverschämtheit. Seine Durchlaucht wünscht, daß Ew. pp. in Petersburg auf die Möglichkeit hinweisen, daß ein polnischer, ungarischer oder bulgarischer Russenfeind bei uns eine ähnliche Aufnahme fände wie Déroulède in Rußland. Wir würden einen Russenfeind, der zum Zweck einer Agitation à la Déroulède bei uns erschiene, sofort ausweisen.

Im übrigen hat Seine Durchlaucht nachstehende Bemerkungen an die erwähnten Berichte geknüpft:

Wenn die russische Regierung das Kokettieren mit Frankreich duldet, so wird das nicht ohne Einfluß auf unsere Politik bleiben; wir werden beispielsweise in der bulgarischen Frage eine Auffassung adoptieren, die sich mehr der Österreichs, Englands und Italiens anschließt. Die russische Hetzerei kann uns nicht gleichgültig lassen. Die ganze russisch-französische Frage, wie sie in Petersburg behandelt wird, in Verbindung mit der Tatsache, daß Frankreich gegenwärtig für einen Krieg mit Deutschland noch nicht vorbereitet ist, daß es infolge verschiedener Boulangerscher Maßregeln und der darin liegenden Irrtümer erst in einigen Jahren mit seiner Bewaffnung fertig werden wird, läßt die Auslegung zu, daß Rußland mit Frankreich geheime Verträge hat, die bestimmt sind, in Kraft zu treten, sobald Frankreich zu einem Kriege gegen uns bereit ist. pp. Berchem

Nr. 1216

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 282
Geheim

St. Petersburg, den 2. September 1887

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 644 vom 29. August** habe ich durch königlichen Feldjäger zu erhalten die Ehre gehabt; Euere Durch-

---

* Im August und September durchreiste der französische Revanchepolitiker Déroulède von neuem Rußland, wo er vielfach von den panslawistischen Kreisen demonstrativ gefeiert wurde. Namentlich der General Baranow, Gouverneur von Nischni-Nowgorod, hielt schwungvolle Reden auf Déroulède und seine französisch-russischen Bündnisbestrebungen, wofür er später, im Dezember, einen offiziellen Verweis erhielt. Vgl. Bd. V, Nr. 1117 nebst Fußnote **.

** Siehe Nr. 1215.

laucht hatten in demselben auf eine in meinem Berichte Nr. 274 vom 23. v. Mts. enthaltene, die Reise des Herrn Déroulède betreffende Bemerkung hochgeneigtest Bezug genommen, und ich erlaube mir daher nochmals auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Die Fahrt, welche einige Mitglieder der Patriotenliga nach Moskau, Nischni-Nowgorod und St. Petersburg unternommen haben, ist im Auslande mehr bemerkt worden als in Rußland selbst[1]; den Zweck, welchen die Herren Déroulède und Goupil hier[2] verfolgten, haben sie nicht erreicht[3]; es ist vielmehr das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigten, eingetreten, denn während sie Demonstrationen der russischen Gesellschaft und Presse zugunsten der von Boulanger und der Patriotenliga vertretenen Richtung anstrebten, haben sie dazu beigetragen, daß seitens der maßgebenden Organe der öffentlichen Meinung Rußlands eine förmliche Absage an die chauvinistische Demokratie erfolgt ist.

Die Veränderung in der Haltung der franzosenfreundlichen russischen Politiker zeigte sich darin, daß die bedeutenderen unter ihnen sich von allen Ovationen und Kundgebungen für die französischen Reisenden persönlich fern hielten und sich in ihren Preßorganen nicht in Leitartikeln, sondern fast nur in Feuilletons mit ihnen beschäftigten, während der „Nord", die „Moskowskije Wedomosti" und vor allem der „Grashdanin" geradezu erklärten, daß Rußland sich mit den agitatorischen Elementen der französischen Republik auf nichts einlassen wolle.

Weit entfernt hierin ein Abbrechen der seit Jahresfrist stärker hervorgetretenen Annäherung Rußlands an Frankreich zu erblicken, finde ich vielmehr, daß die Allianzbestrebungen grade hierdurch praktischer Ausführbarkeit näher gerückt worden sind, denn es ist unter ziemlich allgemeiner Zustimmung ausgesprochen worden, daß Rußland, indem es die der französischen Regierung unbequemen Hitzköpfe abweist, ihr selbst gern die Hand reichen wird, sobald sie stark und stabil ist. Die republikanische Form der französischen Regierung erscheint mir heute nicht mehr als ein so großes Hindernis offizieller Annäherung Rußlands wie vor anderthalb Jahren, als Kaiser Alexander in meiner Gegenwart zum General Appert sagte: „Quel ignoble gouvernement! j'éspère que vous le chasserez". Daß Seine Majestät der Kaiser Alexander die bewußte Absicht hege, sich mit Frankreich, sobald es mit seiner Bewaffnung fertig und von einer starken Regierung geleitet sein wird, zum Kriege gegen uns zu verbinden, glaube ich auf Grund meiner Auffassung von seinem Charakter bezweifeln zu dürfen. Warum hätte auch sonst Seine Majestät eine fünfjährige Dauer unseres neuesten Abkommens gewünscht*[4] und nur ungern in die von uns vorgeschlagene Beschränkung auf drei Jahre gewilligt?

---

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXIV: Rückversicherungsvertrag, Nr. 1093.

Aber weder die Friedensliebe noch überhaupt die persönlichen Eigenschaften Seiner Majestät des Zaren können das nur zu berechtigte Mißtrauen beseitigen, mit welchem uns die Unaufrichtigkeit der russischen Politik erfüllt, einer Politik, welche nicht von einer zielbewußten Regierung bestimmt, sondern mehr als in manchen konstitutionellen Staaten von Neben- oder Gegenströmungen beeinflußt wird; daß letztere lange anhalten und gefährlich werden können, ehe der Monarch dies erkennt und korrigiert, hat uns die an Katkow gemachte Erfahrung gelehrt; es ist fraglich, ob künftighin, wenn vielleicht andere als nur journalistische Kräfte in Wirksamkeit treten, der Wille des Zaren ausreicht, um sie zu hemmen. Seinem Vorgänger ist dies im Herbste des Jahres 1876 nicht gelungen.

Eine eigentümliche, vom Parteiwesen in anderen Staaten abweichende Erscheinung ist, daß es in Rußland Beamte und Diener der Regierung sind, welche der von letzterer befolgten Politik entgegenarbeiten[5]. Da es hier kein einheitliches, kein homogenes unter einem Premier solidarisch zusammenwirkendes[6] Ministerium, sondern nur Minister gibt, welche gelegentlich ohne Wissen ihrer Kollegen die allerhöchste Ermächtigung zu wichtigen Maßregeln erlangen können, so ist es erklärlich, daß die Beamten des einen Ressorts dem Chef eines anderen Opposition machen.

Diese Gewohnheit tritt uns am stärksten in ihrer Wirksamkeit auf das Ministerium des Äußeren entgegen: Herr von Giers hat weder gesellschaftlich, noch persönlich, noch amtlich Aszendant über seine Kollegen und übt weder im Ministerkomitee, noch im Reichsrat Einfluß aus; er kann also weder im Finanzministerium vexatorische Maßregeln gegen die Deutschen, noch in dem des Inneren die Anfeindung derselben durch die Presse oder ihre Beraubung durch die Fremdengesetze verhindern; ebenso wenig findet er beim Kriegsministerium Schutz gegen die Generale, welche, sei es als Truppenkommandeure, sei es als hohe Verwaltungsbeamte seiner vom Monarchen gebilligten Politik direkt entgegenarbeiten. pp.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ! In Frankreich natürlich, u[nd] das ist die Hauptsache, die Ermuthigung zur Revanche

2 ?

3 ?

4 das ist mir neu; Schuwalow hat mich nur gefragt, ob wir 3 oder 5 wünschten, u[nd] weil ich fand, daß er eine übertriebene Meinung von unsrer Vertragsbedürftigkeit hatte, sagte ich, es sei uns beides annehmbar, wenn uns die Entscheidung zugeschoben würde, 3, mit Rücksicht auf die Unaufrichtigkeit der russ[ischen] Politik in der Verhandlung

5 wie bei uns vor 1848

6 hier auch nicht

Nr. 1217

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Ausfertigung

Nr. 304
Ganz vertraulich

St. Petersburg, den 28. September 1887

pp. Die Beziehungen Rußlands zu Frankreich [sagte Herr von Giers], seien jetzt sehr gute, die Franzosen wären Rußland in allem zu Willen, die Herren Rouvier und Flourens wären auch vortreffliche und vernünftige Leute. Das verhindere aber nicht, daß das gute Einvernehmen mit Deutschland der „Pivot“ der russischen Politik bleiben müsse und für Kaiser Alexander auch nach wie vor sei. Der Kaiser wolle keine Allianz mit Frankreich[1], ein Zusammengehen des Kaisers mit Frankreich gegen Deutschland sei undenkbar[2], dazu werde es niemals kommen[3]. Ich ging während meiner ganzen Unterredung mit Herrn von Giers von dem Gesichtspunkt aus, daß Rußland, die russische Dynastie und ihre treuen Diener schweren und sicheren Schaden nehmen würden, wenn die Wühlereien der hiesigen Deutschenfeinde und die Passivität der russischen Regierung es zum Bruche mit uns kommen ließen. Ich legte jedoch auch gegenüber Herrn von Giers keinerlei Besorgnisse an den Tag hinsichtlich der Folgen eines solchen Bruchs für uns und zeigte kein besonderes Interesse für den gegenwärtigen Stand der russisch-französischen Beziehungen. Als Herr von Giers mir von der Undenkbarkeit eines Zusammengehens des Kaisers Alexander III. mit Frankreich sprach, fixierte ich ihn. Der Minister wiederholte mit dem Akzent der Überzeugung: „Je vous donne ma tête à couper, que jamais, jamais l'Empereur Alexandre ne lèvera le bras contre l'Empereur Guillaume ni contre le fils ni contre le petit-fils de l'Empereur Guillaume.“ pp.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] A[lexander] II wollte auch den türk[ischen] Krieg nicht u[nd] führte ihn doch
[2] ?
[3] ?

Nr. 1218

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 330

St. Petersburg, den 20. Oktober 1887

Herr von Giers kam gestern aus eigener Initiative auf den „soi-disant toast de Nicolai Michailowitch“** zurück, wobei er sich in weg-

* In extenso bereits abgedruckt Bd. V, Kap. XXXVI, Nr. 1118.
** Vgl. über den vom Großfürsten Nicolaus an Bord des Dampfers gehaltenen Toast Bd. V, Kap. XXXVI, Nr. 1119, S. 305, nebst Fußnote *.

werfender Weise über den Großfürsten ausließ. Der Minister äußerte unter anderem, daß, wenn der Großfürst auch nicht so gesprochen hätte, wie der „Figaro“ behaupte, er sich jedenfalls „comme un sot“ benommen habe. Es sei aber doch bedauerlich, daß diese Angelegenheit in Deutschland soviel Aufsehen errege. Ich erwiderte, daß der „soi-disant toast“ wohl deshalb überall Beachtung gefunden habe, weil derselbe betrachtet worden sei als ein Glied in der Kette zweifelloser antideutscher Demonstrationen, die seit längerer Zeit von hier aus ungestraft gegen uns in Szene gesetzt würden. Herr von Giers meinte, es sei neuerdings eine kleine Wendung zum Bessern[1] eingetreten: Graf Tolstoi scheine endlich zu begreifen, wohin das „desastreuse“ Prinzip der Ablenkung innerer Unzufriedenheit nach außen führen müsse. Zwei Journale („Minuta“ und „Syn Otetschestwa“) wären gemaßregelt worden.

Ich gab Herrn von Giers in verbindlicher Form zu verstehen, daß von russischer Seite noch manches geschehen müsse, wenn wir das Mißtrauen aufgeben sollten, welches unserer Politik gegenüber Rußland früher ganz fremd gewesen sei, zu dem uns aber jetzt das Verhalten Rußlands nötigte. Herr von Giers antwortete, daß er es begreife, wenn „une série d'incidents regrettables“ unser Vertrauen zu Rußland erschüttert habe. Diese Zwischenfälle wären aber nicht hervorgegangen aus „mauvaises arrière-pensées“, sondern aus Schwäche und Einsichtslosigkeit[2]. Sichtlich bekümmert fügte der Minister hinzu, er fühle bereits überall, aber namentlich in Konstantinopel, daß unsere Haltung eine andere geworden wäre[3]. Die Österreicher, Italiener und Engländer triumphierten, die Türken entzögen sich der russischen Einwirkung. Ich erinnerte den Minister daran, wie ich ihm schon vor Wochen nicht verhehlt hätte, daß unser Eifer, Rußland zu helfen und zu nützen, erlahmen müßte, wenn derselbe von hier aus gar nicht oder mit Angriffen und Verdächtigungen erwidert würde. Ich ließ durchblicken, daß, je passiver sich die russische Regierung gegenüber den friedenstörenden Elementen in ihrem Lande verhalte, um so mehr der Gedanke sich aufdränge, es könnten ihr letztere doch einmal über den Kopf wachsen. Unsere hiesigen Gegner wollten wohl in ihrer Mehrheit nicht sofort gegen Deutschland vorgehen, vielleicht aber das Terrain vorbereiten für den Augenblick, wenn einerseits in einigen Jahren die russischen Rüstungen vollendet sein, andererseits Frankreich möglicherweise eine weniger besonnene Regierung haben würde als die gegenwärtige. Ich ließ hierbei die Bemerkung fallen, daß mich in dem „soi-disant toast“ des Großfürsten Nikolaus Michailowitsch namentlich die Stelle frappiert habe, wo es heiße: In „kurzer Zeit“ würden alle Hindernisse verschwunden sein, welche jetzt noch dem russisch-französischen Angriffskrieg gegen Deutschland im Wege stünden. Herr von Giers protestierte gegen meinen Argwohn. „Cet écervelé de Nicolai Michailowitch,“ rief er, „n'a aucune idée sérieuse dans sa tête; si même nous avions vis-à-vis de Vous de mauvais projets, ce qui n'est

certainement pas, ce blanc bec n'en saurait rien. Il n'a aucune connaissance de l'état réel des relations extérieures de la Russie." Der Minister beteuerte, daß Kaiser Alexander III. „weder jetzt noch später, noch in irgendeiner noch so fernen[1] Zukunft" etwas gegen uns unternehmen würde. pp.

Über Frankreich ließ sich der Minister mit Gereiztheit aus: „Les Français sont le plus infecte des peuples, le gouvernement français est mauvais, bête; le gâchis à Paris est complet." Vor einem Monat pflegte Herr von Giers in etwas affektierter Weise die „Weisheit" der Herren Rouvier und Flourens zu loben. Über Baron Mohrenheim bemerkte der Minister: „Ce bavard nous prédisait un gouvernement stable à Paris, elle est jolie sa stabilité." Der Minister drückte die Hoffnung aus, daß General Boulanger jetzt „un homme fini" sein werde. Er insinuierte, daß die Franzosen alles täten, um Rußland mit Deutschland zu brouillieren[4].

Als ich mich bei Herrn von Giers verabschiedete, sagte mir derselbe, daß die „mauvaise phase", in der wir uns noch befänden, hoffentlich in einiger Zeit überwunden sein würde. Es dürfte nicht mehr lange dauern, bis hier in der öffentlichen Meinung „eine Reaktion" eintrete. Die russische Gesellschaft werde die Ungerechtigkeit und Ziellosigkeit ihrer Verstimmung gegen Deutschland[1], „le creux" ihrer Schwärmerei für die Franzosen einsehen und mit ihrer bekannten Mobilität vielleicht in einigen Monaten, wenn nicht Wochen, das Zusammengehen mit Deutschland wünschen[5]. Ich erwiderte, daß das Eintreten dieses Augenblicks von der russischen Regierung abhängen dürfte, welche die russische öffentliche Meinung in der Hand habe, sobald nur der Wille des Zaren klar und unzweideutig zutage liege.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] ?
[2] an maßgebender Stelle; sonst aus Bosheit
[3] Mißtrauen, natürlich.
[4] natürlich und die Russen alles um uns mit Frankreich zu br[ouilliren]
Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[5] Dann wird es vielleicht zu spät sein.

Nr. 1219

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 424 St. Petersburg, den 15. Dezember 1887

Deutschland und Rußland sind nicht durch große, widerstrebende Interessen getrennt, wie solche zwischen Rußland und den übrigen Mächten obwalten. Dementsprechend haben sich Deutsche und Russen

seit über hundert Jahren nicht mit den Waffen in der Hand gegenübergestanden, während in diesem Zeitraum Rußland mit Frankreich mehr als einen schweren Krieg zu führen gezwungen war. Nichtsdestoweniger wendet sich die russische Gesellschaft mehr und mehr von Deutschland ab, auf das sie Tradition und wohlverstandener Vorteil hinweisen sollten, und neigt zu Frankreich, von wo ihr bisher viel Schlimmes und wenig Gutes kam. Diese Erscheinung läßt sich nicht durch Vernunftgründe erklären, denn ruhige Überlegung müßte Rußland an die Seite Deutschlands führen und gegen Frankreich, wenn nicht feindlich, so doch mißtrauisch stimmen, sondern nur aus mißleiteter Leidenschaft. Manche Faktoren tragen dazu bei, die in Rußland aus verschiedenen Ursachen — Unzufriedenheit mit den inneren Zuständen, wirtschaftliche Notlage, Enttäuschungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik — erregten Gemüter gegen den deutschen Nachbarn aufzustacheln und gleichzeitig Frankreich zuzuführen. Ein nicht unwesentlicher, bisher vielleicht zu wenig gewürdigter Faktor ist der Umstand, daß grade die beiden hervorragendsten und maßgebendsten russischen Generäle, der Chef des Generalstabs, General Obrutschew und der Generalgouverneur von Warschau, General Gurko, mit Damen vermählt sind, die, Französinnen von Geburt und von Gesinnung, den sehr großen Einfluß, welchen sie über ihre Männer und dadurch auf die russische Gesellschaft ausüben, dazu benützen, Rußland in den Dienst Frankreichs zu stellen. Madame Obrutschew* ist eine geborene Milot und gehört einer in der Nähe von Bordeaux angesessenen französischen Familie an. Sie selbst hat sich in der Nähe von Périgueux ein Landhaus gebaut, in welchem sie in jedem Herbste mit ihrem Gatten einige Wochen zubringt. Wenn indiskrete Bekannte fragen, warum General Obrutschew jahraus jahrein in Frankreich einen längeren Aufenthalt nehme, so wird ihnen erwidert, daß dies nur aus Gesundheitsrücksichten geschehe, und der Chef des russischen Generalstabs in Frankreich sehr zurückgezogen zu leben pflege. Wer die hochfliegenden Pläne des Ehepaars Obrutschew kennt, wird sich durch diese Versicherung freilich nicht irreführen lassen. Madame Obrutschew ist eine ehrgeizige Dame, welche auf der Weltbühne eine große Rolle spielen will. Sie huldigt politisch radikalen Anschauungen, wie denn auch General Obrutschew zu den Roten gerechnet wird, und in den sechziger Jahren in revolutionäre Komplotte verwickelt war, was ihm der Zar nur sehr allmählich und nie völlig verziehen hat. Madame Obrutschew hat ihren Gemahl mit französischen Politikern republikanisch-chauvinistischer Richtung in Verbindung gesetzt, sie unterhält selbst eifrigen Briefwechsel mit den Pariser Demagogen und sucht mit allen Mitteln, welche einer intelligenten Französin zu Gebote stehen, Rußland in jenen Krieg mit Deutschland hineinzutreiben, der Elsaß-

---

* Vgl. S. 94, Fußnote †.

Lothringen wieder zu Frankreich bringen soll. Der zweite französische Militärattaché in St. Petersburg, Kapitän Moulin, derselbe, welcher im vergangenen Winter ausersehen war, dem Zaren den Brief des Generals Boulanger zu überbringen, steht in sehr freundschaftlichen Beziehungen zu Madame Obrutschew. Madame Gurko ist die Tochter eines verarmten französischen Edelmanns, des Grafen Salias, der in Moskau als Lehrer der französischen Sprache lebte. Sie ist ebenso Französin geblieben wie Madame Obrutschew und politisch ebenso rot angehaucht. Sie hat es verstanden, in Warschau einen Kreis halber und ganzer Nihilisten um sich zu gruppieren, welche unter der Maske ultrarussischer Gesinnung revolutionär-französische Zwecke verfolgen. Es ist auf Madame Gurko zurückzuführen, wenn das amtliche Organ des Warschauer Generalgouverneurs, der „Dnewnik Warschawski" im Geiste der „République française" redigiert wird. Auch Madame Gurko korrespondiert mit namhaften Führern der französischen Revanchepartei. Sie läßt es sich in jeder Weise angelegen sein, ihren Mann zu kriegerischen antideutschen Demonstrationen zu verleiten, deren die Presse schon mehr als eine zu verzeichnen hatte. Es sind in der letzten Zeit mancherlei Kombinationen angestellt worden über die Urheber, Mitwisser und Verbreiter jener, von der „Kölnischen Zeitung" signalisierten Fälschungen*, welche den Zweck verfolgten, Kaiser Alexander III. pour les beaux yeux de la France in den Krieg mit Deutschland hineinzuhetzen. Im St. Petersburger Generalstabsgebäude und im Warschauer Schlosse weiß man vielleicht näheres über die Vorgeschichte dieser Fälschungen. B. von Bülow

Nr. 1220

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 15 Paris, den 13. Januar 1888

Wenn auch, wie ich zu berichten die Ehre hatte**, unter den hiesigen Diplomaten viel die Rede von einer russisch-französischen Defensiv-Allianz gewesen ist, so glaube ich entschieden noch nicht daran.

Wenn mich meine Beobachtungen nicht täuschen, so liegt die Sache so, daß von russischer Seite in Beziehung auf Frankreichs eventuelle Haltung im Falle kriegerischer Komplikationen hier angefragt worden ist mit der Hoffnung, hier bindende Zusicherungen erlangen zu können.

Von russischer Seite ist dabei geltend gemacht, daß die Allianz der Zentralmächte nur zum Schein gegen Rußland, in Wirklichkeit aber

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXVI, Anhang B.
** Bericht Nr. 10 vom 6. Januar 1888.

gegen Frankreich gerichtet sei, und daß naturgemäß die außerhalb dieser Allianz stehenden Mächte sich zum eigenen Schutz enger verbinden müßten.

Wenn auch diese Argumentation für die Franzosen etwas Verführerisches hat, und die Idee der russisch-französischen Allianz bei der Oberflächlichkeit, mit welcher die französische öffentliche Meinung die politischen Verhältnisse beurteilt, sehr populär ist, so gibt es doch drei Faktoren, welche die jetzigen französischen Politiker vor allem daran verhindern, Rußland gegenüber sich zu binden.

Erstens die Unsicherheit der hiesigen Verhältnisse, die persönliche Stellung des Präsidenten und die voraussichtlich kurze Lebensdauer des Kabinetts.

Zweitens die Furcht vor dem Kriege mit Deutschland, die trotz der Aussicht auf eine russische Allianz besteht. Dieses Mißtrauen gegen Rußland ist sehr groß, und es wird vielfach hier angenommen, Rußland wolle Frankreich nur vorschieben, um es schließlich den Krieg doch allein auskämpfen zu lassen.

Endlich drittens besteht doch noch bei vielen Franzosen die Idee, daß der status quo im Mittelmeer erhalten bleiben müsse, und die russischen den französischen Interessen dort sich diametral entgegenstehen.

Außerdem wissen die Franzosen sehr wohl, daß, wenn sie wirklich Rußland gegenüber sich binden würden, die Panslawisten und die Kriegspartei sehr gestärkt und die Möglichkeit kriegerischer Komplikationen rascher herantreten könnte, als das hier bei der entschieden friedlichen Stimmung, die jetzt hier herrscht, gewünscht wird.

Wie weit die russischen Anerbietungen und Forderungen gegangen sind, habe ich noch nicht ermitteln können, so viel weiß ich aber, daß die Franzosen keine bindenden Verpflichtungen haben übernehmen wollen, und daß die Russen durch die Antwort, die sie erhielten, und die Aufnahme, welche ihre Vorschläge fanden, unangenehm berührt wurden. Es verbergen die hiesigen russischen Diplomaten ihre Unzufriedenheit nicht*.

Auf der andern Seite liebäugeln die Franzosen doch stets mit den Russen und, wie ich das früher und auch neuerdings gemeldet habe, steht ein großer Teil der französischen Presse unter russischem Einfluß.

Die Franzosen fühlen sich isoliert, und die Anlehnung an Rußland ist ihnen Bedürfnis: sie sind wie eine kokette Frau, die einen Beschützer sucht, es zum Äußersten aber nicht will kommen lassen.

Von russischer Seite wird, um die Allianzgelüste zu verdecken, stets hervorgehoben, es werde und könne der Kaiser Alexander mit der demokratischen Republik sich niemals verständigen.

* Daß wirklich um die Wende 1887/88 von russischer Seite nähere Beziehungen zu Frankreich gesucht, von diesem aber abgelehnt wurden, hat Kaiser Alexander III. dem Botschafter von Schweinitz am 26. Januar 1888 selbst bestätigt. Vgl. Nr. 1176.

Es wäre ganz natürlich, ganz richtig, wenn es so wäre, und deshalb finden die russischen Versicherungen immer mehr Glauben, als sie verdienen.

Die hiesigen Verhältnisse sind doch der Art, daß es allerdings wunderbar erscheint, daß der autokratische Kaiser und seine Berater an engere und feste Beziehungen mit dem jetzigen Frankreich ernstlich denken könnten, und dennoch sind alle Annäherungsversuche ganz entschieden von russischer Seite ausgegangen. Die Diplomaten von Fach und Amateurdiplomaten, die stets auf Reisen sind, intrigante Russinnen, Großfürsten und Journalisten arbeiten alle in dem Sinne und würden das nicht tun, wenn sie ernstlich fürchteten, von oben im Stich gelassen zu werden.

Der letzte Vorfall am russischen Hofe zeigt wieder deutlich, wie man gegenseitig bemüht ist, sich Liebenswürdigkeiten zu erweisen.

Der neuerwählte Präsident hat an alle Mächte seine Wahl anzeigen lassen, es ist dabei hier gleich betont worden, daß die Repräsentanten Frankreichs nicht von neuem akkreditiert werden sollten. Nur in St. Petersburg ist der Botschafter Frankreichs von Seiner Majestät dem Kaiser mit dem bei Überreichung der Kreditive üblichen Zeremoniell empfangen worden.

Die Erklärung, die Herr Flourens gestern dem russischen Botschafter gab, der ihn bei dem Empfange im Elysée danach fragte, war folgende:

Dem französischen Botschafter in St. Petersburg seien keine neuen Kreditive übersandt; er sei beauftragt, wie alle übrigen französischen Vertreter, die Wahl des Präsidenten dem Souverän, bei dem sie akkreditiert seien, mitzuteilen. Das Schreiben sei dasselbe gewesen wie das an die übrigen Botschafter. Herr Laboulaye habe dem Auswärtigen Amte davon Mitteilung gemacht und habe nur angefragt, ob Seine Majestät ihn bei dieser Gelegenheit empfangen wolle. Am russischen Hofe habe man irrtümlicherweise angenommen, es handle sich um eine neue Beglaubigung des Botschafters.

So erklärt Herr Flourens diesen Vorfall, der natürlicherweise Aufsehen erregen mußte. Wenn es wirklich so sein sollte, so zeigt das wieder, wohin von Seiten der französischen Diplomatie und des russischen Hofes die Strömung geht. Münster

Nr. 1221

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 15 St. Petersburg, den 12. Januar 1889.

Als ich heute Abschied vom Herrn Minister von Giers nahm, ergriff er diese Gelegenheit, um einige Äußerungen über Rußlands Ver-

hältnis zu Deutschland und Frankreich zu tun: „Bei Beginn des jetzt endenden Jahres", so ungefähr sagte Seine Exzellenz, „lagen einige beunruhigende Anzeichen vor; diese sind geschwunden, besonders seit dem Besuche Ihres erlauchten Souveräns*, und ich bin fest überzeugt[1], daß unser jetzt bestehendes gutes Verhältnis fortdauern wird, nicht bloß für die nächsten, sondern für lange lange Jahre[2]. Seine Majestät der Kaiser bleibt so fest wie nur je bei seiner Anschauung; als Katkow noch lebte**, war ich manchmal etwas besorgt; jetzt aber gar nicht. Unlängst konnte ich mich auf's neue davon überzeugen, daß Seine Majestät sich durch nichts von dem eingeschlagenen Wege abbringen läßt: dies war, als eine von Herrn Tatischtschew geführte und vom Finanzminister nicht unbedingt zurückgewiesene Gruppe den Versuch machte, der Privatbeteiligung an der Pariser Ausstellung größere Proportionen zu geben; mein erhabener Monarch wurde hierdurch sehr aufgebracht und gab dies deutlich zu erkennen. Die Sympathien, welche die Franzosen uns beweisen, und die Erwiderung, welche dieselben bei höchsten Personen und bei einem Teile der Gesellschaft finden, ändern nichts an der Sache und an der hier festgestellten Politik; übrigens sind selbst jene höchsten Herrschaften, die sich neuerdings wieder so vortrefflich in Paris amüsiert haben, durchdrungen von der Überzeugung, daß dort keine Aussicht auf Herstellung eines geordneten dauernden Zustandes vorhanden ist, rien que de la pourriture; die Anfeindung der christlichen Religion, überhaupt das ganze Treiben der Parteien, besonders die erbärmliche Haltung des Grafen von Paris, haben auch denen, welche auf eine Restauration der Orléans rechneten, alle Hoffnung benommen[3]. Über Boulanger sagt Baron Mohrenheim, „ce n'est qu'un son, ein leerer Schall, eine Negation"[4].

Zum Schlusse bat mich Herr von Giers Euerer Durchlaucht für die durch den Hauptmann Grafen Yorck*** überbrachten Grüße und freundlichen Worte zu danken und dieselben herzlich zu erwidern; der Minister fügte hinzu, daß er, sowie von jeher von Bewunderung für Euere Durchlaucht und von dem auf tiefe Überzeugung gegründeten Wunsche, daß Euere Durchlaucht recht lange Jahre erhalten bleiben mögen, durchdrungen sei.

v. Schweinitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ich nicht.

[2] ?

[3] ?

[4] qui vivera, verra.

---

* Er hatte vom 19. bis 24. Juli 1888 stattgefunden.

** † 1. August 1887.

*** Graf Yorck von Wartenburg war dem Militärbevollmächtigten in Petersburg Oberstleutnant von Villaume attachiert.

Nr. 1222

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 170 Paris, den 22. Juni 1889

pp. Politisch steht Frankreich isoliert. Das Verhältnis zu Rußland ist entschieden kühler geworden. Von unserm Standpunkte aus macht das aber keinen Unterschied, da beide Mächte auch ohne Allianz für den Kriegsfall doch auf einander rechnen. pp. Münster

Kapitel XL

Französisch-Deutsche Kriegsgefahr und ihre Nachwirkungen 1886—1890

Nr. 1223

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnant von Villaume

Abschrift

Nr. 286 Paris, den 28. Februar 1886

Die französische Regierung, ebenso wie jeder Franzose einzeln genommen, versäumen keine Gelegenheit, um mit Worten ihre Friedensliebe zu betonen; die Militärs weisen darauf hin, wie die Organisation der französischen Armee, sowie die Sicherung der Grenzen durch ein zusammenhängendes System von Befestigungen erkennen lasse, daß Frankreich keine Angriffskriege führen wolle. Infolgedessen erhalten diejenigen Personen, welche sich nur zeitweise in Frankreich aufhalten, auch wenn sie mit zahlreichen Franzosen der verschiedensten Stände in Berührung kommen, fast immer den Eindruck, als ob die französische Nation an keinen Krieg denke, sich vielmehr wie ein Mann gegen die Revancheschreier erheben würde, wenn dieselben zu einer Aktion drängen sollten.

Zu einem anderen Schluß gelangen jedoch diejenigen, welche die hiesigen Verhältnisse und die Franzosen länger kennen und jahrelang der systematischen, von der Regierung teils direkt, teils indirekt unterstützten Vorbereitung der Nation auf den sainte guerre de la Revanche mit Aufmerksamkeit gefolgt sind. Keine politische Partei, gleichgültig, ob sie sich am Ruder oder in der Opposition befand, hat bisher aus Furcht, unpatriotisch zu erscheinen, den Mut gehabt, offen gegen die Revancheprediger aufzutreten, welche das unter der Asche glimmende Feuer immer wieder von neuem anfachen, und von tausend Franzosen, welche aus aufrichtiger innerer Überzeugung gegen einen Krieg mit Deutschland sind, und von denen jeder einzelne dies offen bekennt, würde aus derselben Besorgnis kaum einer seine Stimme für Aufrechterhaltung des Friedens zu erheben wagen, wenn die Masse den Ruf „à Berlin“ ertönen läßt.

Man muß die Ausbreitung und die Macht des Chauvinismus weniger nach den zahlreichen permanenten oder sporadischen Hetzblättern beurteilen, welche wie „La France“, „Le Drapeau“, „L'Evénement“, „L'Antiprussien“, „La Frontière“, „La France militaire“ u. a. m. aus Spekulation den Haß gegen Deutschland schüren, auch nicht nach den regelmäßig wiederkehrenden Demonstrationen vor der Statue von Straßburg auf dem Place de la Concorde und den aufreizenden Reden

des Präsidenten der Patriotenliga, welcher nur aus persönlicher Eitelkeit und Ehrgeiz dieses Geschäft betreibt, sondern nach dem Wert, welchen die Regierung, die politischen Parteien und die Armee diesem Produkt des französischen Patriotismus beilegen.

Das stärkere Hervortreten des Chauvinismus in der letzten Zeit bietet die Veranlassung, dieser wichtigen Frage, welche auf die Geschicke Frankreichs einen entscheidenden Einfluß auszuüben berufen zu sein scheint, näher zu treten, und zwar hauptsächlich mit Bezug auf die Stellung, welche die Regierung oder ihre Vertreter zu derselben einnehmen.

In dem auf den letzten Krieg folgenden Jahrzehnt wurde zwar neben der Deutschenhetze und der kindischen Spionenriecherei auch die Revancheidee gehegt und gepflegt; doch waren einesteils die Eindrücke des letzten Krieges noch zu frisch, anderenteils die Befestigungsanlagen zum Schutz der Grenze und im Innern des Landes, sowie die Vorbereitung der Armee und Nation für den heiligen Krieg noch nicht weit genug vorgeschritten, als daß die Franzosen den baldigen Ausbruch desselben hätten herbeiwünschen sollen. Die dann folgende tunesische Expedition zog nicht nur die Aufmerksamkeit mehr von der Ostgrenze ab und absorbierte starke Kräfte der kontinentalen Armee, sondern deckte auch so große Mängel der Armeeverwaltung und Leitung auf, daß man sich wohl hütete, mit dem Feuer zu spielen.

Erst als gegen Ende 1881 das grand ministère mit Gambetta ans Ruder kam und General Campenon als Kriegsminister, General Miribel als Chef des Generalstabes an die Spitze der Armee traten, wurden die Revanchehoffnungen neu belebt; sie sind seitdem stetig gewachsen, weil mit der allmählichen Vervollkommnung der Armee und des Landesverteidigungssystems, sowie mit der weiteren Ausbreitung der Patriotenliga, der Schieß-, Turn- und anderer patriotischer Vereine, auch das Selbstvertrauen, die Aussicht auf Erfolg und endlich der Übermut zunahmen.

Die Wogen des Chauvinismus sind in diesem die letzten Jahre umfassenden Zeitraum verschieden hochgegangen. Teils rief der Wechsel der Ministerien, besonders der Kriegsminister, Schwankungen hervor, teils die nahe oder ferne Möglichkeit europäischer Verwickelungen, teils endlich die mehr oder weniger großen Chancen, welche sich für ein Bündnis darboten. Noch in frischer Erinnerung ist die aufreizende Sprache der hiesigen Journale, als man, betört durch das Benehmen des Generals Dragomirow im Herbst 1883, die Allianz mit Rußland für gesichert hielt. Das Anfang 1884 neubefestigte Einvernehmen zwischen den drei Kaisermächten wirkte wie eine kalte Dusche auf die erhitzten Gemüter, und diese Abkühlung hielt um so länger an, als bald darauf der ungünstige Verlauf der Expeditionen in Tonking und Madagaskar die Aufmerksamkeit des Landes fast ausschließlich fesselte, und die unausgesetzte Nachsendung von Verstärkun-

gen immer mehr Kräfte für das rendez-vous aux Vosges verlorengehen ließ.

In diese Zeit fielen auch die Versuche der Opportunisten unter ihrem staatsklugen und energischen Führer, ein gutes Einvernehmen mit Deutschland herzustellen, nachdem sie selbst lange genug aus dem Chauvinismus für sich Kapital geschlagen hatten. Aber gerade diesen Umstand in Verbindung mit der mehr eingebildeten als wirklichen Schwächung der kontinentalen Armee durch die Ferrysche Kolonialpolitik beuteten die Hauptgegner der damaligen Regierung, Monarchisten und Radikale, im chauvinistischen Sinne aus: „Mit Deutschland verhandeln, heißt Frankreich verraten!“ Die Haltung der Menge, welche am Tage des Sturzes des Ministeriums Ferry von der Deputiertenkammer nach dem Auswärtigen Amte zog mit dem Rufe: „A bas le Prussien“, sowie die Tumulte und Wutausbrüche, welche die Verlesung der bekannten Depesche Ferrys an Herrn von Courcel vom 29. März v. Js. bei Gelegenheit der letzten Tonkindebatte in der Kammer hervorrief*, legten Zeugnis davon ab, daß die regierungsfeindlichen Parteien das richtige Mittel gewählt hatten, um die Opportunisten in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.

Noch deutlichere Beweise dafür, wie feste Wurzeln die Revancheidee besonders in der die Geschicke Frankreichs bestimmenden Hauptstadt gefaßt hat, lieferten die Nachwahlen zur Deputiertenkammer. Der für die Republikaner ungünstige Verlauf des ersten Wahltages ließ es der Regierung notwendig erscheinen, für die späteren Wahlkämpfe schweres Geschütz hervorzuholen. Deshalb appellierte auch sie an den Chauvinismus; die opportunistische Liste hatte ihren Déroulède, die der gemäßigten Republikaner den Elsässer Dollfus, und bei der Fusion beider Listen fanden sich die Republikaner aller Schattierungen in dem Präsidenten der Patriotenliga, der „vivante incarnation de la Revanche“, zusammen. Am 4. Oktober hatte er als selbständiger Kandidat 60000 Stimmen auf sich vereinigt; bei den Ersatzwahlen stieg diese Zahl, trotz bedeutend geringerer Beteiligung der Wähler auf über 104000, sodaß er unmittelbar auf die gewählten radikalen Kandidaten folgte.

Aber auch höhere Offiziere scheuen sich nicht, öffentlich, außerhalb ihrer militärischen Kreise, den Haß gegen Deutschland zu schüren und den heiligen Krieg zu predigen.

General Vosseur betonte als Kommandeur der 4. Kavalleriebrigade im August 1884 bei Gelegenheit der Einweihung eines Denkmals, die Notwendigkeit, daß die Franzosen „abreuvés d'humiliations imméritées“ in der Tiefe ihres Herzens ihre fureurs vengeresses bis zum günstigen Moment bewahren müßten; General Verneville gab in dem Tagesbefehl, in welchem er als Kommandeur der 2. Kavalleriedivision

* Vgl. Bd. III, Nr. 699, S. 443, Fußnote **.

von derselben Abschied nahm, der Hoffnung auf eine vigoureuse revanche gegen diejenigen Feinde Ausdruck „qui n'ont dû leur succès en 1870 qu'à un moment de surprise“; General Davoust d'Auerstaedt, früher Kommandeur des afrikanischen Armeekorps, bezeichnete bei einer öffentlichen Ansprache an die Offiziere des 2. Zuavenregiments den Feind, gegen den er sie siegreich zu führen hoffe, mit den Worten: „son attitude menaçante, malgré toutes les fictions diplomatiques, le fait assez connaître à l'armée“; General Lewal schloß als kommandierender General des 17. Armeekorps einen militärischen Vortrag in einem wissenschaftlichen Verein in Montauban im November 1884 mit den Worten: „Grâce à l'application du service obligatoire nous pouvons envisager, dans un avenir prochain, le glorieux relèvement de la patrie française“. Bei der Eröffnung des Kursus der Société polytechnique militaire wies der Festredner Oberst Niox, Lehrer an der Kriegsakademie, in Gegenwart des Kommandanten von Paris auf das „verstümmelte Frankreich“ und die Notwendigkeit hin, ihm seine natürliche Grenze, den Rhein, wiederzugeben, und entwickelte dann des näheren, ebenso wie General Dumont, kommandierender General des 3. Armeekorps, im August v. Js. den Satz: „La France est archiprête.“ Die Patriotenliga hatte dem General Faidherbe zum Jahrestage der Schlacht bei Bapaume die große silberne Medaille verliehen; bei der kürzlich erfolgten feierlichen Überreichung derselben wurde natürlich stark in Chauvinismus gearbeitet, und General Faidherbe bedauerte, daß er die ihm vor einem Jahre angetragene Ehrenpräsidentschaft wegen „raisons d'ordre supérieur qui avaient seul empêché son consentement personnel de devenir une réalité“ hätte ablehnen müssen.

Daß General Campenon als Kriegsminister Ehrenpräsident der von der Patriotenliga arrangierten Preisschießen in Vincennes war, sogar die Armee aufgefordert hatte, sich an der Subskription zur Deckung der Kosten zu beteiligen, und sich bei den Feierlichkeiten, die hauptsächlich in deutschfeindlichen Kundgebungen und Brandreden Déroulèdes bestanden, durch seinen Kabinettschef vertreten ließ, der mit Mme Adam auf die Erfolge der Liga anstieß, ist bekannt und beweist, daß die Regierung diesen sogenannten „offiziellen Patriotismus“ tatsächlich unterstützt.

Der Nachfolger des General Campenon, General Boulanger, hat ein noch wirksameres Mittel gewählt, um sich als Revanchekriegsminister verherrlichen zu lassen. Er hat die „France militaire“, eines der schlimmsten Hetzblätter, welches schon früher Beziehungen zu ihm unterhielt und Reklame für ihn machte, zu seinem Leiborgan erhoben. Dieses Blatt erscheint, anstatt wie früher zweimal wöchentlich, ohne Erhöhung des Abonnementspreises jetzt täglich („plus en rapport avec l'importance de nos moyens d'informations“) mit Ausnahme des Montags, „weil die Bureaux des Kriegsministeriums am Sonntag geschlossen

sind"; dasselbe ist offiziös vom Kriegsministerium empfohlen worden und empfängt von demselben zahlreiche Nachrichten früher als alle anderen Fachblätter. Es erscheint überflüssig, den von mir früher gegebenen Proben von der verbissenen und unehrerbietigen Sprache, mit welcher diese Fachzeitung ihrem Haß gegen Deutschland gewöhnlich Ausdruck gibt, noch weitere hinzuzufügen; es genügt darauf hinzuweisen, daß ein würdiger Konkurrent der schmutzigsten Hetzblätter zum offiziösen Organ des jetzigen Kriegsministers erkoren ist, ein Blatt, welches wetteifert mit „La France" und dem „Antiprussien" in Spionenriecherei, mit dem „Drapeau" und dem „Evénement" in der Erfindung von Greueltaten preußischer Soldaten aus dem letzten Kriege und der Enthüllung der geheimen Absichten des eroberungssüchtigen, unersättlichen Deutschland, und endlich mit anderen chauvinistischen politischen Blättern und dem russophilen „Progrès militaire" in der Entdeckung der rôle si louche, welche Deutschland in allen europäischen Verwickelungen spielt, sowie in der systematischen Aufreizung aller anderen Staaten gegen Deutschland. Es ist das einzige militärische Blatt, welches für den neuen Kriegsminister nur Worte der Anerkennung und des Lobes hat, welches ihm in der niedrigsten Weise schmeichelt und noch vor einigen Tagen prophezeite: „dans 5 ans, grâce à lui, l'armée française, complètement régénérée, fera pâlir au loin les princes allemands."

Andere Stimmen in der Presse wollen den Revanchekrieg nicht so lange aufschieben und hoffen noch vor der Ausstellung 1889 mit den bons voisins abgerechnet zu haben. Eine allmähliche Abnahme des Chauvinismus in der nächsten Zeit ist daher um so weniger zu erwarten, als die Liquidation der kolonialen Expeditionen im Frühjahr d. Js. den größten Teil der auf Madagaskar und in Tonking befindlichen Truppen nach Frankreich zurückführen und voraussichtlich auch eine Steigerung des französischen Übermutes zur Folge haben wird.

(gez.) von Villaume

Nr. 1224

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnant von Villaume

Abschrift

Nr. 304 Paris, den 29. April 1886

Ich habe bereits darauf hinzuweisen die Ehre gehabt, daß einesteils im allgemeinen nur solche afrikanische und europäische Truppen in Tonking belassen worden sind, auf die man bei einem europäischen Kriege nicht rechnet, anderenteils auf deren Ersatz durch Neuformationen Bedacht genommen ist. Alle anderen europäischen und afrikani-

schen Truppen, welche bei dem großen Rendezvous aux Vosges nicht fehlen dürfen, werden bis Ende Juni in die Heimat zurückgekehrt sein*.

Denselben Zweck der Versammlung der europäischen Streitkräfte im kontinentalen Frankreich verfolgt General Boulanger auch jetzt mit der Heranziehung aller in Afrika nur irgend entbehrlichen europäischen Truppenteile.

Es ist bekannt, daß die kontinentale Armee seit dem Jahre 1880, dem Beginn der tunesischen Expedition, zahlreiche Abteilungen aller Waffengattungen in den afrikanischen Provinzen unterhält und dieselben, wenigstens zum Teil, auch solange daselbst wird belassen müssen, bis das Parlament die Gesetzentwürfe über die Schaffung einer Kolonialarmee und die Vermehrung der afrikanischen Truppen angenommen hat.

Die in den drei algerischen Provinzen stationierten europäischen Batterien sind, um die Lücken in den betreffenden Regimentern wieder zu füllen, schon seit langer Zeit als neue Batterien bis formiert; die abkommandierten Genie- und Trainkompagnien sind den westlichen und südwestlichen Armeekorps entnommen, fallen aber bei der Berechnung der kontinentalen Streitkräfte kaum ins Gewicht.

Das tunesische Expeditionskorps, welches 1881 noch drei Divisionen, bis 1884 noch ein Armeekorps, von da ab eine Division stark war, wird Mitte Juni d. Js. auf eine Brigade zusammengeschrumpft und von 42000 Mann, welche dasselbe vor fünf Jahren zählte, auf zirka 9500 Mann reduziert sein.

Aus den anderen afrikanischen Provinzen werden die drei im vorigen Jahre zur Aushilfe und provisorisch nach Afrika detachierten Jägerbataillone, deren Depots in Europa geblieben waren, hierher wieder zurückkehren, sobald sie durch die algerischen Tirailleurs aus Tonking abgelöst sind; außerdem sollen noch die vier Eskadrons der 7. und 13. Chasseurs und einige der seit 1880 dort stationierten vierten Bataillone zurückberufen werden.

Die nächste günstige Folge dieser Maßregeln ist, daß die drei Kavallerieregimenter (6. Husaren, 7. und 13. Chasseurs) bezüglich ihrer Mobilmachung mit den anderen Korps-Kavallerieregimentern wieder auf gleichen Fuß gestellt, und daß mit Hinzurechnung der aus Tonkin zurückkehrenden drei Bataillone von Mitte Juni d. Js. ab für den europäischen Kriegsschauplatz 14—16 vierte Bataillone mehr als bisher, sei es zu Festungsbesatzungen, sei es zu Reserveformationen,

* Schon in seinem Berichte vom 26. April (Nr. 303) hatte Oberstleutnant von Villaume darauf hingewiesen, daß bis Mitte Mai das französische Expeditionskorps in Tonkin und Annam auf eine starke Division, und zwar durchweg solche Truppen reduziert sein werde, die für einen europäischen Krieg nicht in Frage kämen, wie die Fremdenlegion und die Zephyrs.

verfügbar sein werden. Endlich aber fällt damit in Zukunft für die kontinentale Armee die unbequeme Verpflichtung fort, die in den Kolonien detachierten Truppenteile auf einem höheren Friedensstand zu halten und durch Ersatzmannschaften immer von neuem zu komplettieren, eine Maßregel, welche die schwachen Präsenzstärken noch mehr herabdrückte, die Ausbildung störte und den Truppenteilen die besten Kräfte entzog.

Frankreich wird also von Mitte Juni d. Js. ab in bezug auf die Bereitschaft seiner Landstreitkräfte zu einem kontinentalen Kriege so günstig gestellt sein, wie nie zuvor, und dürften die vorerwähnten Maßregeln außer aus rein militärischen Gründen wohl mit im Hinblick auf etwaige größere europäische Verwickelungen angeordnet sein. Sagt doch die „France militaire", das Leiborgan des Kriegsministers, welches nach nur kurzer Ruhepause seit einiger Zeit von neuem ihrem Deutschenhaß die Zügel schießen läßt, daß Frankreich Griechenland unterstützen müsse, um das Drei-Kaiser-Bündnis zu sprengen, „welches im großen und ganzen nur gegen uns und die éventualité de nos revendications gerichtet ist". „Travaillera qui voudra à la consolidation de la triple alliance; mais ce ne sera pas nous. Que nous importe que l'Autriche et la Russie en viennent aux coups? Mais que l'Allemagne se figure bien que si elle veut jeter son épée dans la balance, nous nous souviendrons qu'en Alsace et en Lorraine on nous attend."

Angesichts der Lügen, welche die französische Presse unausgesetzt über die Absichten Deutschlands verbreitet, und der verschiedenen Mittel, welche sie gerade in der letzten Zeit anwendet, um der großen Masse des Volkes die Furcht vor einem neuen Kriege mit Deutschland auszutreiben, endlich bei der grenzenlosen Unkenntnis, welche im allgemeinen hier über das Ausland herrscht, ist es wahrlich nicht zu verwundern, wenn man hier so vielfach der Auffassung begegnet, daß es bald zu einem Kriege mit Deutschland kommen werde. Man muß ferner berücksichtigen, daß es aus verschiedenen Gründen für Frankreich nur vorteilhaft sein kann, diese Eventualität möglichst bald herbeizuwünschen. Die im Juni d. Js. beendigte Versammlung der kontinentalen Streitkräfte, die augenblicklich in allen Kolonien herrschende Ruhe, welche aber über kurz oder lang wieder gestört werden und neue Anforderungen an die kontinentale Armee stellen kann, endlich die augenblickliche Ruhepause auf dem Gebiet größerer reformatorischer Veränderungen lassen diesen Wunsch seitens der Armeeleitung und der militärischen Kreise erklärlich und berechtigt erscheinen. Und daß man in den anderen Kreisen nur von diesem Kriege eine Verbesserung der kommerziellen und industriellen Verhältnisse, einen Ausweg aus den sozialistischen Wirren und aus den auf die Dauer unhaltbaren inneren politischen Zuständen erwartet, ist bekannt.

Wenn ich daher zum Schluß den Eindruck über die herrschende Stimmung zusammenfasse, welchen ich persönlich und aus den mir

zugegangenen Mitteilungen gewonnen habe, so ist es der, daß man in der Armee, wie schon seit langer Zeit, den Krieg wünscht und an einen baldigen Ausbruch desselben glaubt.

(gez.) von Villaume

Nr. 1225

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 249 Berlin, den 8. Mai 1886
Geheim

Ew. beehre ich mich, beifolgend 2 Berichte des Militärattachés in Paris, Oberstleutnant von Villaume, vom 26.* und 29.** v. Mts. in Abschrift resp. Auszug zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

Wie Ew. aus den Anlagen ersehen werden, ziehen die Franzosen alle ihre Kräfte zusammen, um sich für den Kampf fertig zu machen; die Tendenz zum Kriege ist in vielen dortigen Kreisen so stark, daß wir keinesfalls darauf rechnen können, Komplikationen im Osten ohne Einmischung Frankreichs verlaufen zu sehen.

Der Herr Reichskanzler bittet Ew., dies dem Grafen Kálnoky vertraulich mitteilen und auch dem Kaiser Franz Joseph bei sich bietender Gelegenheit davon sprechen zu wollen.

Graf Kálnoky wird daraus entnehmen, wieviel Grund wir haben, Wert darauf zu legen, daß Österreich-Ungarn mit Rußland in Frieden bleibt und daß das Drei-Kaiser-Bündnis zusammenhält.

Wenn Frankreich uns allein angriffe, so würden wir ja sehen, wie wir uns aus der Affäre ziehen; aber es wäre für uns eine unerwünschte Aussicht, in diese Lage zu kommen, wenn schon im Osten Händel beständen. Die Situation macht auf uns den Eindruck, als ob wir noch höheren Wert als sonst auf die Erhaltung guten Einvernehmens zwischen den drei Kaisermächten legen müßten.

Wir werden dem französischen Angriff nicht zuvorkommen; derselbe wird aber sicher eintreten, sobald im Osten Komplikationen entstehen. In solchem Falle würde das antideutsche Gewicht Frankreichs zugunsten Rußlands in die Wagschale fallen.

Ew. werden, wie ich lediglich zu Ihrer persönlichen Information hinzufüge, aus dem Vorstehenden ersehen, wie sehr wir Grund haben, im Osten Frieden zu halten; es müßte ein sehr gerechter casus foederis sein, der uns veranlassen könnte, unter dieser Drohung von Westen den Krieg im Osten zu führen.

Berchem

---

* Vgl. Nr. 1224, S. 132, Fußnote.
** Siehe Nr. 1224.

Nr. 1226

Der kommissarische Geschäftsträger in Wien Militärattaché Graf von Wedel* an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 230 Wien, den 25. Mai 1886

Vertraulich

Bei der heutigen durch Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph vorgenommenen Besichtigung eines Infanterieregiments, zu der auch ich mich in gewohnter Weise eingefunden hatte, weil ich es für zweckmäßig halten zu dürfen glaube, wenn ich meine militärische Stellung zur gelegentlichen Begegnung mit dem Monarchen ausnutze, kam Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz Rudolf, den ich infolge seiner Krankheit und längeren Abwesenheit von Wien während einiger Monate nicht gesehen hatte, gleich zu Anfang an mich herangeritten, um mich in ein längeres Gespräch zu verwickeln.

Der Kronprinz ging nach kurzer und gnädiger Begrüßung sofort auf das politische Gebiet über, indem er mit einer gewissen Feierlichkeit auf die in neuerer Zeit in Frankreich hervorgetretenen beunruhigenden Symptome hinwies. Seine Kaiserliche Hoheit bemerkte hierzu, daß der Glaube an einen in diesem Sommer ausbrechenden Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hier in journalistischen und anderen Kreisen neuerdings immer festere Wurzeln fasse, und daß dieser Glaube durch die aus Frankreich hierher gelangenden Nachrichten erzeugt und genährt werde. Doch nicht in Frankreich allein, sondern auch in Deutschland befestige sich, wie er höre, ein solcher Glaube, besonders in den Kreisen der kleineren Geschäftsleute.

Auf letztere Äußerung hin habe ich dem Kronprinzen erwidert, daß ich die Richtigkeit dieser Nachricht bezweifeln müsse, da mir in der deutschen Presse eine derartige Auffassung bisher nirgends begegnet sei. Das deutsche Volk sei, wie er wisse, ein friedliebendes, das keine chauvinistischen Neigungen besitze, und wer die deutsche Politik der letzten 15 Jahre mit unbefangenem Blick verfolgt habe, der könne nicht einen Moment darüber im ungewissen sein, daß diese sich ausschließlich auf die Erhaltung des Friedens richte, und daß Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, und Euere Durchlaucht stets mit der ganzen Autorität und mit Erfolg für dieses Ziel eingetreten wären.

Aus diesem Grunde auch hätte ich mit Befremden von gewissen Stimmen in der hiesigen Presse und besonders von einem in dem „Neuen Wiener Tagblatt" vom 23. d. Mts. enthaltenen Leitartikel — den ich

* Militärattaché Graf von Wedel war Mitte Mai an Stelle des erkrankten Geschäftsträgers Grafen von der Goltz mit der Vertretung des beurlaubten Botschafters Prinzen Reuß beauftragt worden.

in der Anlage mir ganz gehorsamst beizufügen erlaube — Kenntnis genommen, in welchem die Anschauung vertreten werde, daß es der deutsche Reichskanzler sei, der allein Antwort zu geben vermöge, ob es zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland kommen werde*. Die Verbreitung einer solchen Auffassung sei meiner Ansicht nach ebenso irrig als gefährlich, da in Deutschland wohl kaum jemand an etwas anderes als an eine etwa notwendige Abwehr denke, und den Zeitpunkt für eine solche pflege doch der Angegriffene nicht zu bestimmen.

Ich glaube hier nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß diese Erörterungen lediglich den Charakter eines Privatgesprächs trugen, und daß ich mich zu einer Antwort in der vorstehend geschilderten Weise nur um deswillen veranlaßt glaubte, weil sich einesteils der Kronprinz über die in Frankreich getroffenen militärischen Maßnahmen — sei es nun durch die Meldungen des österreichischen oder die Berichte unseres Militärattachés in Paris, welche letzteren dem geheimen Erlasse Nr. 249 vom 8. d. Mts.** angeschlossen waren — orientiert zeigte, und weil anderenteils die in meinem gehorsamsten Berichte Nr. 222 vom 19. d. Mts. erwähnten Beziehungen des Kronprinzen zum Redakteur des „Tagblatt" mir Anlaß zu bieten schienen, den durch dieses Blatt geäußerten falschen Prämissen entgegenzutreten.

Seine Kaiserliche Hoheit antwortete mir übrigens lebhaft, daß er die Friedensliebe des deutschen Volkes kenne und ebenso wisse, daß die bisherige Erhaltung des europäischen Friedens lediglich Euerer Durchlaucht zu danken sei.

Nichtsdestoweniger aber klang in den Worten des Kronprinzen eine gewisse pessimistische Anschauung durch, welche hauptsächlich in dem Glauben ihren Grund zu haben scheint, daß zwischen Rußland und Frankreich für gewisse Eventualitäten Abmachungen bestehen, ein Glaube, der, wie ich annehme, sich auf die jüngst von mir erwähnten Äußerungen des Herrn Clemenceau stützt.

Einem solchen Glauben, welcher nicht etwa aus chauvinistischen Regungen des Kronprinzen, sondern aus einem gewissen Mißtrauen gegen Rußland entspringt, bin ich dadurch begegnet, daß ich es nach meiner Ansicht für ausgeschlossen erklärte, daß der Kaiser Alexander überhaupt und ganz besonders unter den gegebenen Verhältnissen mit der französischen Republik eine Offensivallianz abschließen werde. Nicht

* Der Artikel „Die zwei Gewitter" des „Neuen Wiener Tagblatts" vom 23. Mai 1886, dessen Redakteur Szeps in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem französischen Politiker Clemenceau stand, konstatierte, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sich verändert habe, nur wisse man nicht, wie und wieso? Neben dem im fernen Osten stehenden Gewitter der orientalischen Frage stiegen im Westen Zeichen auf, die vielleicht einen nahen Wetterausbruch bedeuteten. Nur Bismarck könne wissen, ob es zu solchem Wetterausbruch kommen werde usw.

** Siehe Nr. 1225.

von Rußland sei meiner Überzeugung nach ein Angriff zu fürchten, zweifellos aber erscheine es mir, daß eine Verwickelung an anderer Stelle für Frankreich ein Signal zum Losschlagen sein werde.

Gf. v. Wedel

Nr. 1227

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Berlin, den 28. September 1886

Wie Euere Kaiserliche und Königliche Majestät aus dem alleruntertänigst hier beifolgenden Bericht Euerer Majestät Botschafters in Paris vom 21. d. Mts. huldvollst zu entnehmen geruhen wollen, sucht die französische Regierung neuerdings wieder — wie zur Zeit der Ministerpräsidentschaft des Herrn Ferry — Annäherung an Deutschland zu gewinnen. Herr von Freycinet hat sich Graf Münster gegenüber dahin ausgesprochen, daß ihm ein dauernd gutes Verhältnis mit Deutschland aufrichtig am Herzen liege. Als Zeichen dieser Gesinnung wünsche er die Entsendung seines Vertrauensmanns Herbette als Botschafter an Euerer Majestät Allerhöchsten Hofe angesehen zu wissen, welcher mit der Instruktion nach Berlin gehe, dort die freundschaftlichsten Versicherungen abzugeben*.

Als Überbringer der Freundschaftsanerbietungen Frankreichs soll Herr Herbette aber zugleich versuchen, die Unterstützung Deutschlands gegen England namentlich in der ägyptischen Frage zu erlangen.

Es war schon seit einiger Zeit teils durch Äußerungen in der französischen Presse, teils durch Andeutungen dortiger amtlicher Persönlichkeiten nicht unbekannt geblieben, daß die französische Regierung darauf ausgehe, sich Deutschlands Mitwirkung zu gemeinschaftlicher Aktion gegen die englische Okkupation Ägyptens zu sichern.

Der Herr Reichskanzler hat mich beauftragt, Euerer Majestät bei

---

* Am 24. August 1886 hatte der Berliner französische Botschafter Baron de Courcel sein Abberufungsschreiben übergeben; an dessen Stelle war am 9. September der bisherige Direktor im Pariser Auswärtigen Amt Herbette ernannt worden. Der neue Botschafter führte sich dem Fürsten von Hohenlohe gegenüber, wie dieser am 25. September berichtete, mit der Versicherung ein, er sei stets von der Notwendigkeit überzeugt gewesen, daß Frankreich mit Deutschland die besten Beziehungen anstreben und erhalten solle; Elsaß-Lothringen träte in der öffentlichen Meinung Frankreichs immer mehr in den Hintergrund, in den Vordergrund dagegen die französischen Interessen im Mittelmeer; namentlich wegen der ägyptischen Frage müsse Frankreich suchen, sich gegen England mit allen anderen Mächten zu verständigen. Ähnliche Äußerungen tat Herbette zu dem italienischen Geschäftsträger in Paris; vgl. die Aufzeichnungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck vom 17. und 20. Oktober 1886 in Bd. IV, Kap. XXIV: Der zweite Dreibundvertrag, Nr. 828, 829.

Darlegung dieser Sachlage alleruntertänigst vorzutragen, daß er eine solche Politik nicht befürworten könne. Die Rückwirkung der inneren Zustände Frankreichs auf dessen auswärtige Politik, die letztere noch wandelbarer macht, als die englische, und die Tatsache, daß einer deutsch-französischen Entente immer dasjenige Vertrauen fehlen würde, welches auch bei vorübergehend gemeinsamer Aktion notwendig ist, muß uns allen französischen Annäherungsversuchen gegenüber sehr vorsichtig machen. Die letzteren werden doch niemals aufrichtig sein, sondern nur darauf ausgehn, uns schließlich mit anderen Mächten zu verfeinden. Fürst Bismarck erbittet daher Euerer Majestät huldreiche Genehmigung dafür, daß derartige Eröffnungen, falls sie französischerseits gemacht werden sollten, zwar nicht mit Schärfe abgelehnt, aber doch ausweichend beantwortet werden und ergebnislos bleiben. Die Motivierung einer dilatorischen Behandlung würde im Hinblick auf die Haltung des Kriegsministers Boulanger nicht schwer sein.

H. Bismarck

Nr. 1228

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnant von Villaume

Abschrift

Nr. 331 Paris, den 3. Oktober 1886

Gegenüber den von der Regierung und der Presse immer wieder erneuten friedlichen Versicherungen erscheint es erforderlich, auch diejenigen Anzeichen nicht unbeachtet zu lassen, welche darauf hindeuten, daß die Armee sich immer mehr auf die Eventualität eines Krieges vorbereitet, und daß ihr Chef, wenn er den Krieg selbst nicht will, sich doch den Anschein gibt, ihn zu wollen.

Denn, mag General Boulanger die kriegerischen Artikel seines Leiborgans, der „France militaire", die er, wenn auch nicht inspiriert, doch durch sein Verhalten hervorgerufen hat, noch so häufig dementieren, mag er in seinen militärischen Ansprachen und chauvinistischen Gelegenheitsreden noch so vorsichtig alle kriegerischen Ausdrücke vermeiden, — der Sinn seiner Reden und seine Taten deuten auf keine friedlichen Absichten.

Schon früher habe ich die Heranziehung aller in den Kolonien nur immer entbehrlichen europäischen Kräfte nach dem Kontinent zu melden die Ehre gehabt und im Militärbericht Nr. 329 die wahren Zwecke, welche General Boulanger mit seinen bekannten Manöverreden verfolgte, aufgedeckt. Die Verstärkung der Garnisonen an der Südostgrenze durch Jägerbataillone, welche den westlichen Armeekorps entnommen werden, dauert inzwischen ununterbrochen fort, die seit langer Zeit vorbereitete Konzentrierung der 4. Kavalleriedivision an unserer Grenze wird im Laufe dieses Monats beendet, und in der Um-

gegend von Belfort wird übereinstimmenden Nachrichten zufolge eifrig an der Herstellung neuer starker Batterien gearbeitet. Im Sommer dieses Jahres hat Hotchkiss eine Bestellung von 600 000 Patronen für Revolverkanonen erhalten, welche bis zum Frühjahr 1887 geliefert sein müssen, im August sind den Armeelieferanten außer ihren kontraktlichen Lieferungen noch 200 000 Paar Schuhe für zirka 1½ Million Franks, und vor einigen Wochen Bekleidungsstücke für je 100 000 Franks pro Armeekorps, für 1 700 000 Franks für Paris als Supplement auferlegt worden, und ist als Ablieferungstermin der Monat März 1887 festgesetzt. Der Kriegsminister soll ferner beabsichtigen, infolge der bei den Manövern zutage getretenen Felddienstunfähigkeit vieler höherer Offiziere noch vor Schluß dieses Jahres eine allgemeine épuration der Armee von allen non-valeurs vorzunehmen.

Daß General Boulanger inzwischen keine Gelegenheit verabsäumt, um sich der großen Masse immer wieder als der zukünftige Revanche-Kriegsminister und unversöhnlicher Feind Deutschlands ins Gedächtnis zurückzurufen und die chauvinistischen Wünsche der Armee zu nähren, versteht sich von selbst. Weiß er selbst doch am besten, daß auf den nach dieser Richtung hin auf ihn gesetzten Hoffnungen seine ganze Popularität beruht. Sie ist zwar mehr „bruyante“ als „solide“, aber sie besteht unleugbar, selbst in der Provinz, wie die ihm bei den letzten Manövern dargebrachten Huldigungen erkennen ließen. General Boulanger spekuliert auch weniger auf die Sympathien der höheren Klassen, denen er als Emporkömmling überhaupt feindlich gegenübersteht, als auf den Beifall der urteilslosen, leicht erregbaren Menge, bei der ihm selbst seine Fehler nicht geschadet haben, und auf das Vertrauen der Armee.

Wenn er, der einsichtige Militär, bei dem Festessen zu Ehren des hundertjährigen Chevreul* den Patrioten leben läßt, „der so energisch gegen das Bombardement von Paris und dessen wissenschaftliche Reichtümer protestiert hat“, so tut er es nur, um dem Chauvinismus des Volkes zu schmeicheln. Die Übertreibungen in seinen prahlerischen Reden, sein theatralisches Wesen, sein Interesse für äußeres Detail in allen militärischen Dingen sind darauf berechnet, Eindruck auf den großen Haufen zu machen; durch die mise en scène bei allen militärischen Schaustellungen (Karussells, Paraden, Fackelzügen, feierlichen Ordensverleihungen pp.), ja selbst durch Bestimmungen, wie z. B. die Begleitung der Rekruten- und Reservistentransporte von und nach den Bahnhöfen durch die Regimentsmusiken, will er sich die vergnügungssüchtige Menge verpflichten und für sich Reklame machen. Und wenn er sich durch diesen Mißbrauch der bewaffneten Macht zum Zwecke der Volksbelustigungen auch zum Teil die Sympathien der Armee verscherzt hat, so verstand er es, auf anderem Wege sich deren

* Professor Mich. Eug. Chevreul, geb. 1786, bekannter Chemiker.

Vertrauen zu gewinnen. Sowohl meine Kollegen, wie andere fremde Offiziere, denen gegenüber sich die französischen Kameraden bei den Manövern über General Boulangers Verhältnis zur Armee offener als zu mir aussprachen, haben meine Ansicht bestätigt, daß die Armee ihren Chef nicht liebt, ja daß die anständigen Elemente ihn nicht einmal achten, aber daß alle ohne Unterschied großes Vertrauen in ihn setzen.

Ich glaube auch, daß der Ehrgeiz des General Boulanger sich darauf beschränkt, dieses Resultat erreicht zu haben, da er wegen seines Charakters und seiner politischen Gesinnungen auf wärmere Gefühle für sich in der Armee doch nicht rechnen kann.

General Boulanger scheint seine ehrgeizigen politischen Wünsche nach der Herrschaft der Republik wenigstens vorläufig aufgegeben zu haben. Erfaßt von dem Schwindel seiner unerwarteten Größe und Popularität, hatte er unvorsichtigerweise seine Karten zu früh aufgedeckt und auf diese Weise die Reihen seiner Gegner noch durch zahlreiche Neider und diejenigen Elemente verstärkt, welche in dem ehrgeizigen General eine Gefahr für die Republik sahen. Deshalb hat er noch rechtzeitig zum Rückzug geblasen, wohl aber nur, um bei günstigerer Gelegenheit wieder zur Offensive überzugehen. Denn man darf nicht vergessen, daß er, wie viele seiner Vorgänger, besonders Farre* und Thibaudin**, nicht wegen seiner militärischen Fähigkeiten, sondern wegen seiner politischen Gesinnungen zum Kriegsminister ernannt worden ist und deshalb teils verführt wird, die politischen Interessen fast immer den militärischen voranzustellen, ja selbst seinen militärischen Reformen eine politische Färbung zu geben, teils darauf angewiesen ist, eher in der Politik als auf militärischem Gebiet die Befriedigung seines Ehrgeizes zu suchen.

Seit einiger Zeit verhält sich General Boulanger politisch ziemlich ruhig und widmet sich fast ausschließlich seinen militärischen Pflichten. Selbst bei der Anfang September an der Südostgrenze ausgeführten Inspizierungsreise, welche ihn über Lyon, Grenoble, Briançon, Nizza und Marseille führte, hat er sich aller öffentlichen, politischen oder militärischen Kundgebungen enthalten. Trotzdem aber hat er das Mißtrauen der aufrichtigen Anhänger der Republik und des Friedens noch nicht ganz beseitigen können und sieht, wie ich aus guter Quelle weiß, dem Zusammentritt der Kammern mit um so mehr Besorgnis entgegen, als er bei Herrn von Freycinet und seinen Kollegen auf Unterstützung nicht rechnen zu können glaubt. Jedoch will er sich diesem etwaigen Sturmanlauf seiner Gegner in der Kammer nicht unbewaffnet gegenüberstellen, sondern trifft Vorkehrungen, um sie zu überzeugen, daß er als Militär, als Kriegsminister, unersetzlich sei, und daß sie unpatriotisch handeln würden, das Vaterland in dem jetzigen Augenblicke

* General Farre, Kriegsminister 1880/82.

** General Thibaudin, Kriegsminister Januar bis Oktober 1883.

einer solchen Kraft zu berauben. Mit bekannter Zähigkeit verfolgt er diesen Zweck schon seit längerer Zeit und hat seine militärischen Vorlagen, mit denen er vor der Kammer erscheinen wird, in geschickter Weise so gewählt, daß sie gleichzeitig den langjährigen Forderungen der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. So wird er außerordentliche Kredite für die Neuorganisation und Ausdehnung des militärischen Luftschifferwesens, für die Massenanfertigung von Repetiergewehren, sowie für die Beschaffung von 220 mm Mörsern und Sprengbomben verlangen. Zu den vor kurzem mit diesen neuen Geschossen (über welche ich an anderer Stelle zu berichten die Ehre haben werde) gegen das Fort Malmaison ausgeführten Versuchen hatte General Boulanger die Mitglieder der Budgetkommission eingeladen und denselben bei dieser Gelegenheit auch das neue kleinkalibrige Zukunftsrepetiergewehr der französischen Armee vorgeführt. Er beabsichtigt ferner, falls die Verhältnisse in Madagaskar eine abermalige Expedition dorthin nötig machen sollten, im Einverständnis mit der Armeekommission aus seinem loi militaire die die Kolonialarmee betreffenden Bestimmungen in der Kammer zur sofortigen Beratung zu stellen. Es wird in der Presse als eine patriotische Pflicht der Deputierten hingestellt, dem Kriegsminister diese Kredite, besonders aber die für die Beschaffung von Repetiergewehren und Sprengbomben im Hinblick auf den von Deutschland gewonnenen Vorsprung zu bewilligen.

In noch höherem Maße endlich hat General Boulanger die öffentliche Meinung auf seiner Seite bei der Forderung von 7 Millionen zur Ausführung eines Mobilmachungsversuchs im nächsten Frühjahr. Aus verschiedenen Gründen ist diese Angelegenheit unter den jetzigen Verhältnissen für uns von besonderer Bedeutung.

Schon bald nach seiner Ernennung zum Kriegsminister hatte General Boulanger einen solchen Versuch in den offiziellen Manöverbestimmungen für nächstes Jahr in Aussicht gestellt. Im Juli erschienen dann im „Gil Blas“ zwei augenscheinlich vom Kriegsminister inspirierte Artikel, betitelt: „Le but du Général Boulanger“ und „Ce que veut le Général Boulanger“. Dieselben führten aus, daß man nur aus Besorgnis vor einem Veto Deutschlands einen solchen Versuch bisher nicht gewagt habe, daß General Boulanger ihn aber dennoch unternehmen wolle, weil er ihn für notwendig, es dagegen mit der Würde Frankreichs nicht für vereinbar halte, sich eine solche Einmischung Deutschlands gefallen zu lassen, sondern daß nach seiner Ansicht das sicherste Mittel, um den Frieden zu bewahren, sei „de nous faire respecter de l’Allemagne“.

Als sonstige Aussprüche resp. Ansichten des General Boulanger über diese Frage werden noch angeführt:

„Ce qu’il faut c’est la France maîtresse chez elle et ayant une armée capable de la défendre contre n’importe quelle aggression.“

„Verrait-on dès lors quelque mal à ce que l’Allemagne donnât la

permission d'examiner, si les rouages de notre mobilisation fonctionnent bien?"

General Boulanger beabsichtigt nicht, Deutschland den Krieg zu erklären, „mais, par contre, ce que désir (et il le dit à qui veut l'entendre) c'est que la France se fasse respecter en ayant la mâle et fière attitude qu'elle ne doit pas abandonner sous peine d'abdiquer sa dignité".

„Le Général Boulanger estime, qu'il est bon, qu'il est digne, et qu'il est salutaire de ne pas avoir une attitude humble, qui sied peu à notre caractère et à notre organisation."

Diese Auszüge genügen, um zu erkennen, welche Sprache die vom Kriegsminister inspirierten Journale demnächst führen werden, wenn Deutschland der französischen Regierung Vorstellungen wegen der Mobilmachungsversuche machen sollte. Wird dem General Boulanger doch bereits, wie ich aus guter Quelle weiß, von seiner eigenen Umgebung die Absicht untergeschoben, durch diesen Versuch Deutschland provozieren zu wollen. Auf eine Einsprache desselben würden dann die chauvinistischen Journale vom General Boulanger das mot d'ordre empfangen, um die öffentliche Meinung in Aufregung zu versetzen, und ich halte einerseits den Chauvinismus in Frankreich und den Wunsch, mit Deutschland abzurechnen, noch für genügend stark und mächtig, andererseits, dank der systematischen Schulung des letzten Jahres, das Vertrauen des Landes in die Armee für genügend befestigt, um in einem solchen Moment die patriotisch erregten Gemüter zu Ausbrüchen hinzureißen, welche unter Umständen trotz der allgemeinen Abneigung des Landes gegen einen Krieg doch den Frieden gefährden könnten. Auf einen solchen kritischen Moment ist die Wirkung aller jener neueren Publikationen berechnet, welche den Franzosen Mut machen sollen, wie „Nous sommes prêts", „Avant la bataille", „L'Allemagne telle qu'elle est", „La Réponse au Dr. Rommel" u. a. m., sowie die zahlreichen, noch neuerdings gelegentlich der großen Manöver in der chauvinistischen Presse erschienenen, „Ayons confiance", „Prêts" pp. überschriebenen Artikel, welche die große Überlegenheit der französischen Armee über die deutsche dartun sollen. Für einen solchen Moment endlich, wo General Boulanger als der Verteidiger der Ehre und Würde Frankreichs auftritt, braucht er seine Popularität im Volke.

Ob nun derartige Ideen in Wahrheit im Kopfe des ehrgeizigen Chefs der Armee Platz gegriffen haben oder nicht — immerhin ist es bezeichnend, daß ihn selbst seine nächste Umgebung solcher Pläne für fähig hält. Jedenfalls kann unter Umständen ein mobiles Armeekorps im Frühjahr in den Händen eines Boulanger ein gefährliches Spielzeug sein. Der „Drapeau", das Organ der Patriotenliga und des Mr. Déroulède, welcher bekanntlich im Auslande seiner festen Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß Elsaß-Lothringen im Jahre 1889 wieder mit Frankreich vereinigt sein würde, dankt in seiner Nummer vom 25.

v. Mts. den Offizieren der russischen Mission bei den diesjährigen Manövern für ihre „poignées de main, qui contenaient plus qu'un encouragement" mit den Worten: „Allons, messieurs, merci! à l'année prochaine, avant l'automne — au premier essai de mobilisation."

(gez.) von Villaume

Nr. 1229

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 8. Oktober 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, den Militärbericht Nr. 331 * an die deutschen Höfe mitzuteilen, damit die verbündeten Regierungen im Hinblick auf etwaige Reichstagsverhandlungen über die Situation informiert sind.

Bei Mitteilung des Berichtes an den Herrn Kriegsminister möchte hinzugefügt werden, Seine Durchlaucht bäte um die Meinung Seiner Exzellenz und des Generalstabes, ob uns die Realisierung des Boulangerschen Mobilisierungsprojekts irgendwie der Gefahr einer Überraschung aussetze. Wenn das der Fall wäre, würden wir in die Notwendigkeit versetzt sein, auch unsererseits denselben Versuch der Mobilisierung von einem oder zwei Armeekorps zu machen. Seine Durchlaucht würde dann darauf Bedacht nehmen, in der Presse auf diese Eventualität vorzubereiten, indem man sagte, daß wir uns einer derartigen Verschiebung des Gleichgewichtes nicht aussetzen könnten, sondern gezwungen wären, unsererseits die gleiche Probe anzustellen.

C. Rantzau

Nr. 1230

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 264 — Paris, den 14. Oktober 1886

In den letzten Tagen ist wieder hier viel von Revanche die Rede gewesen und haben manche bemerkenswerte Ausbrüche des Chauvinismus stattgefunden. Je mehr ich von derartigen Kundgebungen sehe, je mehr werde ich in der Ansicht bestärkt, daß zwar der von gewissen Kreisen künstlich genährte Haß gegen Deutschland nicht im Abnehmen begriffen, sondern vielmehr womöglich stärker ist denn je, daß aber andererseits der Gedanke an einen Revanchekrieg weit davon ist, im Volke populär zu sein. Einen allgemeinen Beifall findet die Deutschen-

---

* Siehe Nr. 1228.

hetze eigentlich nur dann, wenn das Wort Krieg dabei nicht ausgesprochen wird.

Jeder Vorschlag, feindliche Maßregeln gegen Deutschland, z. B. auf wirtschaftlichem Gebiete, zu treffen, wird unbedingt von allen Parteien und allen Klassen der Bevölkerung gutgeheißen. Anders steht es mit dem Kriege. Der Wunsch, daß es einmal zur „revanche", zu der „guerre sainte" kommen möge, wohnt unstreitig jedem Franzosen inne; der Gedanke aber, die Verwirklichung dieses Wunsches als nahe bevorstehend zu betrachten, ist zweifellos noch bei der Mehrzahl ein äußerst unsympathischer und begegnet da, wo er ausgesprochen wird, ernstem Kopfschütteln und dringenden Warnungen. pp.

Münster

Nr. 1231

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 18. Oktober 1886

Der neue französische Botschafter, Herr Herbette, hat mir soeben seinen ersten Besuch gemacht und bei Gelegenheit desselben unter Überreichung der copie figurée gebeten, ihm baldmöglichst eine Antrittsaudienz bei Seiner Majestät zu erwirken. pp.

(Auf Ägypten übergehend bemerkte Herr Herbette): „Ich bin von Herrn von Freycinet beauftragt, dem Fürsten Bismarck unsere Wünsche und Ansichten in bezug auf das Mittelmeer auseinanderzusetzen und freue mich sehr auf die erste Unterredung, die ich mit dem Reichskanzler haben werde. Die guten Dienste, die Deutschland in den letzten Jahren uns in bezug auf Tunis und unsere Kolonialpolitik geleistet hat, sind nur den Eingeweihten bekannt, im großen Publikum ist durch die schlechte, teils dumme, teils böswillige Presse der Glauben verbreitet worden, als hätte Fürst Bismarck, indem er uns auf den kolonialen Weg stieß, nur ‚le plan sinistre' verfolgt, uns Verwickelungen und Schädigungen zuzuziehen. Jetzt würde der Moment gekommen sein, um die öffentliche Meinung in Frankreich über die wahren Absichten der deutschen Politik, die uns ja in unseren Mittelmeerinteressen gewiß nicht kreuzen will, aufzuklären. Vous verrez quelle détente s'opérerait dans notre opinion publique et comme tous les soupçons et appréhensions chez nous disparaîtraient du moment, que le Prince de Bismarck déclare ouvertement, qu'il veut faire valoir son énorme autorité pour le maintien du status quo[1] dans la Méditerranée[2]. L'idée de la revanche est surannée[3] et la façon dans laquelle des faiseurs d'embarras, comme par exemple ce fainéant de Déroulède, parlent de la frontière de l'est, est maladive et on serait content chez nous de pouvoir s'occuper d'autres choses. Si le Prince de Bismarck fait une déclaration dans le

sens précité, une énorme détente se ferait chez nous de suite[4]; tous les yeux se détourneront de l'est, et nous pourrons augmenter et déployer toutes nos forces et ressources dans la Méditerranée; c'est là qu'il s'agit de nos intérêts vitaux. Pour nous c'est vraiment une question d'existence comme Grande Puissance, que l'Angleterre évacue l'Egypte[5]. Nous craignons, qu'à l'heure qu'il est, l'Angleterre veut faire garantir la neutralité du canal de Suez pour obtenir en échange un mandat de maintenir l'occupation de l'Egypte. Ceci nous arrangerait nullement; nous ne voulons rétablir en Égypte l'empire turc comme avant l'année 1840, mais nous voulons que l'Egypte recouvre la sorte d'indépendance dont elle a jouie avant le double contrôle, qui, entre nous soit dit, était une invention infecte. Aussi longtemps qu'il y a des officiers chrétiens à la tête des troupes et milices égyptiennes, l'ordre ne sera jamais solidement rétabli. Il faut que des officiers musulmans soient à la tête des armées égyptiennes. Une politique française qui aurait pour objectif d'atteindre ce but, serait immensément populaire chez nous[6]. Je Vous assure, que la Méditerranée est le pivot de notre politique et puis les Anglais sont abominés chez nous, beaucoup plus que les Allemands ne l'ont jamais été[7]!"

Ich schaltete hier ein, daß mich diese letzte Äußerung lebhaft überraschte: ich hätte immer geglaubt, daß die Gefühle der in den 50er und 60er Jahren zwischen Frankreich und England etablierten entente cordiale noch vorherrschend wären, und daß die westmächtliche Idee unter den französischen Politikern doch in der Hauptsache prävaliere.

Herr Herbette erwiderte mit einer bezeichnenden Handbewegung: „Dies ist ein großer Irrtum; die Engländer machen uns seit Jahren auf allen Punkten des Erdballs die größten Schwierigkeiten, überall haben wir Reibungen mit ihnen und kontrekarieren sie uns; die Erbitterung gegen England ist bei uns auf das höchste gestiegen, und für jeden französischen Minister würde es die dankbarste Aufgabe sein, eine prononciert antienglische Politik zu verfolgen."

Ich enthielt mich jeder positiven Äußerung zu dieser Auseinandersetzung und machte nur ab und zu, wo es anging, anodyne Bemerkungen in verbindlicher Form, um die Unterhaltung auf freundschaftlichem und zwanglosem Fuße weiterführen zu können*. pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Y compris l'occupation anglaise?
[2] kein Interesse
[3] ?
[4] ?
[5] pas pour nous
[6] faites la donc!
[7] ?

---

* Weitere Äußerungen Herbettes zu Graf Herbert Bismarck über die Ägyptische Frage (vom 26. Oktober 1886) siehe in Kap. XXXIX, Nr. 1202.

Nr. 1232

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnant von Villaume

Abschrift

Nr. 335 Paris, den 22. Oktober 1886

Das schärfere Hervortreten der Revanchegelüste in Frankreich datiert von dem Zeitpunkt, wo General Boulanger zum Kriegsminister ernannt wurde, da derselbe schon lange Zeit vorher als Revanchekriegsminister der Zukunft für sich hatte Reklame machen lassen. Seitdem hat die Revancheidee in demselben Maße zugenommen, wie seine Popularität, weil er kein Mittel und keine Gelegenheit unbenutzt ließ, um den ihm vorausgegangenen Ruf zu rechtfertigen.

General Boulanger und die Revancheidee gehören jetzt so eng zusammen, daß der eine nur mit resp. durch den anderen bestehen kann, und daß sie sich gegenseitig ihres Einflusses auf die Massen zur Vermehrung ihrer Popularität bedienen. Diese Verbindung ist sogar eine so enge, daß von seinen Anhängern sein Sturz bereits als gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen hingestellt wird. In welchem Maße General Boulanger dadurch seine Position verstärkt hat, wird die Regierung vielleicht erst dann erkennen, wenn sie, um des inneren und äußeren Friedens willen, über kurz oder lang doch noch versuchen sollte, sich dieses gefährlichen Störenfriedes zu entledigen. Mit jedem Tage wird ihr dies schwerer werden, da auch die Kammer aus Besorgnis, unpatriotisch zu erscheinen, sich scheuen wird, diesen Günstling des Volkes fallen zu lassen. General Boulanger ist außerdem zu klug, um sich, nachdem er die öffentliche Meinung in die von ihm vorgezeichneten Bahnen gelenkt hat, neue Blößen zu geben. Die Saat, welche er gesäet, sprießt überall hervor, ohne daß er den Boden noch weiter zu düngen braucht. Auch ohne die zahlreichen Dementis dieses besten Kunden der offiziösen Agence Havas würde niemand daran zweifeln, daß er den neuen chauvinistischen Publikationen, welche in der letzten Zeit wie Pilze aus der Erde wachsen, persönlich völlig fern steht. Er braucht sie weder zu subventionieren noch zu inspirieren; sie leben von der Popularität seines Namens und der in ihm personifizierten Hoffnungen und liefern dadurch den deutlichsten Beweis von der Unzertrennlichkeit seines Namens von der Revancheidee. Die frischen Blüten, welche der Chauvinismus der letzten Wochen getrieben hat, sind nichts als buchhändlerische Spekulationen, welche die gegenwärtige „patriotische Erregtheit" der Bevölkerung ausbeuten wollen, dadurch aber gleichzeitig die Revanchehoffnungen derartig stärken, daß nach übereinstimmendem Urteil aller augenblicklich in Paris eine so gereizte Stimmung gegen Deutschland herrscht, wie vielleicht noch nie nach dem Kriege.

Die kleine Broschüre „Manière de combattre et battre les Prussiens par le Général L." hat, weil sie ein zu jämmerliches militärisches Mach-

werk war, nicht länger das Feld behauptet als der Boulangiste, Barnum und andere Pamphlete der Boulevards, welche gegen Boulanger gerichtet waren. Das Geschäft, den großen Patrioten lächerlich zu machen, hat nur sehr kurze Zeit Geld eingebracht. Die in den letzten Wochen aufgetauchten chauvinistischen Publikationen huldigen jedoch alle, ohne Ausnahme, dem neuen Stern, weil sie Boulanger als Stütze und Träger der von ihnen gepredigten Revanche brauchen. Daß sie nebenbei die Deutschenhetze im großen betreiben à la „Antiprussien“ (jetzt „La Défense nationale“ genannt) und „Drapeau“ versteht sich von selbst.

„L'Etoile“, welcher seit Anfang dieses Monats erscheint, hat sich die Verherrlichung, Anpreisung und eventuell Verteidigung des General Boulanger zur Spezialaufgabe gewählt und läßt keinen Abend vergehen, ohne wenigstens eine der vorzüglichen Eigenschaften oder bemerkenswerten Taten seines Abgottes zu besingen. Doch fristet er nur kümmerlich sein Dasein, ebenso wie „La France armée“, ein nur zweimal wöchentlich erscheinendes neues politisch-militärisches Blatt. Dasselbe bringt Artikel mit Illustrationen über die deutsche Armee und scheint sich zur Aufgabe gestellt zu haben, gegenüber den kriegerischen und Eroberungsgelüsten Deutschlands, gegenüber seinen Beleidigungen und Provokationen die friedlichen Absichten Frankreichs, seine Bescheidenheit und Zurückhaltung seit dem letzten Kriege in das rechte Licht zu stellen, damit schon jetzt Deutschland für den Grandjour als Friedensstörer gebrandmarkt ist.

Beide Blätter werden aber in den Schatten gestellt durch die seit dem 20. d. Mts. erscheinende „Revanche“, welche sich bestrebt, den Revanchekrieg jetzt ebenso populär zu machen, wie es bisher nur die Revancheidee war, „de préparer l'opinion à l'idée de la lutte, dont l'heure peut sonner d'un instant à l'autre et de tenir en haleine le sentiment public“. Schon seit Wochen wurde für dieses Blatt in der frechsten und unwürdigsten Weise Reklame gemacht. Der Chefredakteur desselben ist der bekannte Orleanist Peyramont, früher Mitarbeiter des „Soleil“, der als Gelegenheitsdiplomat im Jahre 1879 vom Herzog von Decazes mit einer Mission an den in Baden-Baden weilenden Fürsten Gortschakow betraut wurde. Das Redaktionsbureau befindet sich gegenüber dem Cercle militaire an dem belebtesten Punkte von Paris und ist seit langer Zeit durch ein Aushängeschild bezeichnet, welches in enormen Buchstaben den kriegerischen Titel des Blattes unter dem mit russischen und französischen Fahnen geschmückten Wappen von Elsaß-Lothringen mit der Umschrift „Lorraine, Alsace Gaulois point ne renonce“ trägt. Auf den belebtesten Promenaden wurden zahlreiche Reklameschilder dieses Journals getragen oder auf Reklamewagen umhergefahren, von denen einige den General Boulanger in der Uniform des französischen Infanteristen an der Spitze der Truppen mit gefälltem Bajonett zum Angriff vorgehend, andere auf der Land-

karte Europas in der Mitte die mit einem preußischen Helm geschmückte pieuvre allemande darstellten, über welche von der einen Seite ein französischer Infanterist mit umgedrehtem erhobenem Gewehr, von der anderen ein russischer Soldat, welcher der Hydra den Schwanz abzuschneiden bestrebt ist, herfallen. Da die Träger der letztgenannten Bilder außerdem durch ihre freudigen Gesten Ansammlungen hervorriefen, so wurden sie von der Polizei mit Beschlag belegt, erschienen jedoch am nächsten Tage vor den Fenstern des Redaktionsbureaus wieder, und zwar mit der Überschrift „affiches saisies et interdites par le gouvernement, en violation de la loi sur la liberté de la presse". Da sich natürlich auch hier zahlreiche Gruppen Neugieriger bildeten, so störte die Polizei auch dieses Vergnügen, konnte jedoch, nebenbei bemerkt, die ungesetzliche Beschlagnahme nur aufrechterhalten, indem sie Herr von Freycinet mit seiner eigenen Verantwortlichkeit als Chef der Regierung deckte.

Ich habe mich zu verschiedenen Tageszeiten mehrfach in diesen Gruppen bewegt; dieselben verhielten sich völlig ruhig und ließen außer vereinzelten chauvinistischen Ausrufen und Bemerkungen weder Worte des Tadels noch der Zustimmung über diese Art der Reklame hören.

Der Leitartikel der ersten Nummer dieses Blattes trägt als Vignette das Porträt des General Boulanger und ist in Briefform an „la personnification de l'honneur national à venger notre espoir à tous" gerichtet. Unter den Versprechungen, welche derselbe enthält, verdienen die nachfolgenden hervorgehoben zu werden: „Nous nous appliquerons à relever tous les défis, à noter toutes les menaces, à enregistrer toutes les injures qui nous sont journellement prodiguées de l'autre côté du Rhin. Nous signalerons, avec une persistance infatigable, tous les incidents politiques qui pourront être utilisés contre l'ennemi. Nous provoquerons, nous entretiendrons et nous envenimerons, au besoin, les haines de ses rivaux et de ses victimes."

Diese Sprache läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Berücksichtigt man ferner, daß die Feuilletonartikel mit den Überschriften: „Les Français au bagne allemand" und „L'ennemi héréditaire" an Entstellung und Gehässigkeit den „Drapeau" und die „France" neidisch machen könnten, und daß die Neugierde des Publikums schon seit so langer Zeit rege gemacht worden war, so kann man sich nicht wundern, wenn von diesem Hetzblatt am ersten Tage in Paris ungefähr 130 000 Exemplare verkauft wurden. Der Rückschlag wird jedoch um so weniger ausbleiben, als fast die gesamte Presse, welche seinerzeit dieses Blatt als der Verteidigung der nationalen Interessen gewidmet und von einem glühenden Patriotismus eingegeben hingestellt hatte, jetzt den neuen Konkurrenten totschweigt. Nur einige republikanische Zeitungen, wie „Paris", „La France libre" pp. geben sich die Mühe, entweder „La Revanche" lächerlich zu machen oder eine derartige

Monopolisierung und kommerzielle Ausbeutung des Patriotismus an den Pranger zu stellen.

Daß übrigens dieses Spielen mit dem Feuer selbst hier nicht als völlig harmlos und unbedenklich angesehen wird, zeigte die Haltung der Presse schon jener Reklame gegenüber. Der chauvinisme poussé à cet excès wurde verurteilt und un peu plus de sang-froid empfohlen, weil derartige Provokationen sowohl Frankreich die Achtung und die Sympathien des Auslandes grade in einem Moment verscherzen könnten, wo ihm diese Gefühle von allen Seiten entgegengetragen würden, als auch der Regierung diplomatische Schwierigkeiten bereiten könnten.

Dieser Besorgnis vor Verwickelungen mit dem Auslande, sei es infolge von Ausbrüchen des überreizten Chauvinismus oder der in General Boulanger personifizierten Kriegsgefahr, entsprang auch die allgemeine Verurteilung, welche der bekannte Sensationsartikel des „Figaro", überschrieben: „Encore lui", in der republikanischen Presse gefunden hat. Derselbe wurde teils als ein von den Orleanisten ausgehender indirekter Angriff gegen die Republik, teils als unpatriotisch hingestellt (il fait le jeu de l'Allemagne), weil er das Ausland gegen Frankreich aufreize. Wohl nicht ganz ohne Berechtigung werfen bei dieser Gelegenheit einzelne Journale den Orleanisten vor, daß sie durch Verleumdung des Generals Boulanger und der Republik auf einen Krieg hinarbeiten, weil sie, immer mehr von der Aussichtslosigkeit einer Restauration in friedlichen Zeiten überzeugt, nur noch auf den Krieg, eventuell den Ruin des Landes hoffen können. In General Boulanger fürchten sie vielleicht einen Konkurrenten, der ebenfalls im Trüben fischen will.

Unter die Beteuerungen der friedlichsten Absichten mischt sich bei anderen Journalen der Hinweis, daß die Wolke jeden Tag platzen könne. Im Hinblick darauf nehmen auch alle republikanischen Blätter ohne Ausnahme den arg verleumdeten, völlig verkannten und unschuldigen Kriegsminister, „le patriote éprouvé", in Schutz, als ob er kein Wasser trüben könne, an keinen Krieg dächte, sich fern von aller Politik hielte und nur darauf bedacht sei, die Armee stark und im Auslande gefürchtet zu machen.

Aber trotz aller dieser Versicherungen hat Philippe de Grandlieu im „Figaro" nicht nur Recht, wenn er den General Boulanger als den eifrigsten Anhänger der Revancheidee hinstellt, sondern die Republikaner selbst sind zum größten Teil der gleichen Ansicht. Aber sie wollen nicht, daß die stillen Hoffnungen, welche sie auf diesen Kriegsminister setzen, ausposaunt werden, damit die Republik nicht in den Verdacht kriegerischer Absichten gerät, und damit sie nicht vielleicht früher zum Kriege getrieben werden, als es ihnen paßt. Weil sie selbst kein reines Gewissen haben, kam ihnen auch der „La guerre" überschriebene Sensationsleitartikel der republikanischen „France", welcher dem General Boulanger dieselben kriegerischen Absichten unterlegt,

wie der „Figaro“, so ungelegen. Während der letztere ihn jedoch deshalb tadelt und auf die Gefahren hinweist, denen Frankreich dadurch ausgesetzt ist, lobt ihn die „France“, weil er die patriotische Fiber der Nation hat vibrieren machen, und weil er das materiell für den Krieg bereite Frankreich nun auch moralisch für denselben vorbereiten will. „Il est le lutteur en qui nous mettons nos espérances, le soldat en qui se personnifient nos aspirations, pour quand? Pour demain peut-être. Pour le jour où surgira une occasion favorable! Il est prêt et nous aussi! Le plus tôt sera le mieux!“

Während durch solche kriegerische Artikel die Gemüter beunruhigt und aufgeregt werden, wird der Kampf gegen die deutsche Konkurrenz mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt. Der deutsch-französische Bierkrieg hat zu so parteiischen und strengen Vorschriften des radikalen Handelsministers bezüglich der Einfuhr der deutschen Biere geführt, daß dadurch, wie mir hiesige Industrielle versichern, unserer Ausfuhr beträchtlicher Schaden zugefügt wird. Derselbe Herr Lockroy hat nun, allein auf eine Denunziation des „Drapeau“ hin, nicht nur vom 1. November ab die Einfuhr deutscher, mit französischer Marke versehener Spielwaren verboten, sondern auch einen besonderen Gesetzentwurf gegen die contrefaçons étrangères für die Kammer vorbereitet, welcher ebenso den Stempel des Deutschenhasses wie der Leichtfertigkeit und Übereilung an sich trägt. Der Grund für diese Maßregeln war eine Karte des „verstümmelten Frankreichs“, welche von einem Mitgliede der Patriotenliga in einem aus Deutschland importierten, eine Dorfschule darstellenden Spielzeug entdeckt worden war. Den alten Frauen oder Kindern, welche diese Karten antuschen, ist das Versehen passiert, daß sie anstatt mit dem Pinsel den feinen punktierten Grenzlinien zu folgen, die dicken Striche der Maas und Rhone bis nach Marseille hinuntergefahren sind. Auf diese Weise ist das Departement der Vogesen und Belfort an Deutschland, Savoyen, die Dauphiné und Provence an Italien gefallen und so „La France à la prussienne“ geschaffen. Und deshalb wird so viel Geschrei gemacht und werden die Deutschen mit den gröbsten Schimpfwörtern traktiert. „La dignité nationale est odieusement outragée! C’est une infamie! C ’est un plan concerté! C’est une carte provocatrice, une carte outrageuse pour la patrie, un document de mensonge et de vol!“ Das „Petit Journal“ ruft sogar aus: „La coupe est pleine, elle déborde!“

So lächerlich uns auch alles dies erscheint, so hat diese Art der Deutschenhetze doch einen sehr nachteiligen Einfluß auf unseren Handel.

In diese Zeit der patriotischen Erregung ist auch noch die Rückkehr des Revancheapostels Déroulède von seiner Reise autour de l’Allemagne* gefallen, von der er den Eindruck mitgebracht hat, daß

* Im Sommer 1886 hatte bekanntlich der Führer der Patriotenliga, Déroulède, eine antideutsche Agitationsreise nach Italien, Rußland und Skandinavien unternommen. In Rußland, wo er von Mitte Juli bis Ende August weilte, hielt er namentlich in

die heilige Liga gegen Deutschland bereits geschlossen ist. Italien, Rußland und die Staaten der skandinavischen Halbinsel warten seiner Meinung nach nur auf das von Frankreich zu gebende Signal, um über uns herzufallen. Bei den seit Jahren gehegten und gepflegten Hoffnungen auf eine Allianz mit Rußland mißt man den Versicherungen Déroulèdes von den allgemeinen und großen Sympathien dieses Landes für Frankreich am meisten Glauben bei. Das Redaktionsbureau der „Revanche“ hat diesen Hoffnungen bereits dadurch eine greifbare Gestalt verliehen, daß seit einigen Tagen über seinen Fenstern Fahnenbündel prangen, in denen eine große russische Fahne von französischen umgeben ist. Auch die meisten illustrierten Zeitungen bringen seit den letzten Wochen zahlreiche anerkennende Artikel und Bilder über Rußland und die russische Armee, während die Karrikaturen über uns in ihrer Gemeinheit und Gehässigkeit den Produkten der Kriegsjahre immer ähnlicher werden.

Alles dies beweist, daß der Chauvinismus zurzeit hier wieder in voller Blüte steht, und daß einerseits General Boulanger diejenige Persönlichkeit, andererseits eine Allianz mit Rußland diejenige Eventualität ist, auf welche die Franzosen ihre Revanchehoffnungen in erster Linie gründen.

(gez.) von Villaume

Nr. 1233

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 424 Berlin, den 13. November 1886

Ew. pp. beehre ich mich anbei zu Ihrer vertraulichen Kenntnisnahme Abschrift einer Registratur zu übersenden, welche der Herr Reichskanzler über seine gestrige Unterredung mit Herrn Herbette zu den Akten gegeben hat. H. Bismarck

Der französische Botschafter regte bei einem Besuch, den er mir gestern machte, die ägyptische Frage an. Ich sagte ihm, daß wir gern bereit sein würden, eine freundschaftliche Verständigung Frankreichs mit England über die Zukunft Ägyptens zu vermitteln; einen Druck auf England, die Evakuation zu beschleunigen, könnten wir aber nicht ausüben; wenn Frankreich eine Pression in dieser Frage ins Werk setzen wollte, so würde es sich an Rußland wenden müssen.

Odessa Reden zur Anbahnung eines französisch-russischen Bündnisses gegen Deutschland und fand in panslawistischen Kreisen viel Entgegenkommen; doch wurde er schließlich durch die russische Regierung auf Betreiben des Fürsten von Bismarck an weiterer öffentlicher Agitation verhindert. Vgl. auch Kap. XXXIX, Nr. 1199.

Herr Herbette sagte mir darauf, Frankreich wolle langsam vorgehen und England nicht brüskieren; die französische Regierung hätte den Glauben, daß, wenn man die Frage der Evakuation Ägyptens überhaupt offiziell zur Sprache brächte, die Tatsachen und die Logik die Engländer mit der Zeit dahin bringen würden, dieselbe mit einem bestimmten Termin in ihr Programm aufzunehmen. Eine Pression wolle Frankreich nicht, und noch weniger einen Bruch mit England. Der Botschafter betonte dies wiederholt, als ich ihm sagte, daß unsere Politik den Frieden an sich erstrebe, weil heutzutage ein Krieg zwischen zwei großen Mächten eines der größten Übel wäre; in einen solchen Krieg würde bei der hochgetriebenen Entwickelung aller europäischen Beziehungen immer auch eine dritte Macht hineingezogen werden; jedenfalls würde eine solche nicht tertius gaudens bleiben können, allein schon, weil sie bei einem Kriege zwischen zwei großen Nachbarn wirtschaftlich zu sehr leiden würde.

Ich sagte Herrn Herbette ferner, daß die Pourparlers, welche Frankreich etwa mit Rußland über Ägypten hätte, uns durchaus nicht beunruhigten*. Herr Herbette nahm hiervon mit Befriedigung Akt. Als ich ihm weiter bemerkte, daß unsere Politik in einer abstention bienveillante bestehe, war Herr Herbette damit nicht ganz zufrieden; er wollte mehr und meinte, wir würden durch eine der französischen Politik entgegenkommende Haltung einen sehr guten Eindruck in Frankreich erreichen; ich sagte, daß ich hieran nicht zweifelte, fragte aber, ob dies pour longtemps vorhalten würde, worauf er mit assurance nicht antworten konnte.

Herr Herbette sprach sich mit lebhafter Bewunderung über Herrn von Freycinet und dessen Eigenschaften aus, worin ich natürlich einstimmte: er äußerte die Überzeugung, daß Herr von Freycinet sehr fest stände und durchaus Herr der Situation sei: alle andern Minister wären nur subalterne Naturen, ob mit oder ohne Uniform, und fielen dem Président du Conseil gegenüber nicht ins Gewicht.

Nr. 1234

Der stellvertretende Chef des Generalstabes Generalquartiermeister Graf von Waldersee an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Geh. J. Nr. 140 Berlin, den 16. November 1886

Die in letzter Zeit von dem Oberstleutnant und Flügeladjutanten von Villaume aus Paris erstatteten Berichte** sind nach meinem Dafürhalten unter dem Eindruck geschrieben, daß wir auf den baldigen Ausbruch eines Krieges gefaßt sein müßten.

* Vgl. Kap. XXXIX, Nr. 1202.
** Vgl. namentlich Nr. 1223, 1228, 1232.

Ich kann diese Auffassung vom militärischen Standpunkte aus nicht teilen.

Die gemeldeten Rüstungsmaßregeln, wie Beschaffung von Bekleidungs- und Munitionsvorräten, Batteriebauten bei Belfort und dergleichen, halte ich für bedeutungslos und bin der Überzeugung, daß Frankreich gerade aus militärischen Rücksichten den Wunsch haben muß, jetzt einen Krieg mit uns zu vermeiden, und führe zur Begründung meiner Ansicht an:

In der Bewaffnung mit Repetiergewehren haben wir Frankreich völlig überrascht und einen Vorsprung voraus, der in Jahresfrist kaum einzuholen ist.

Wir haben den General Boulanger, der glaubte, für die Konstruktion eines neuen Gewehrmodells ausreichende Zeit zu haben, genötigt, Repetiergewehre an die Armee auszugeben, die sich in Tonking nicht bewährt hatten, und, um nicht ganz hinter uns zurückzubleiben, von diesem Modell größere Massen anfertigen zu lassen. Er wird sehr ungern zu einem Kriege schreiten, bei dem sich der Zorn der Nation über die schlechte Infanteriebewaffnung sogleich gegen ihn richten würde.

In Frankreich sind Versuche im Gebrauche von Explosivgeschossen gegen fortifikatorische Anlagen in diesem Sommer zum Abschluß gekommen. Sie haben zu der Erkenntnis geführt, daß die Festungen an Widerstandsfähigkeit erheblich verloren haben, und ist man völlig darüber orientiert, daß wir auch auf diesem Gebiete ihnen weit voraus sind.

Zunächst steht man in Frankreich unter dem — nach meiner Überzeugung etwas zu weit gehenden — Eindrucke, daß die unter so kolossalem Geldaufwand hergestellten Befestigungen, die eine Invasion nahezu unmöglich machen und Paris für immer vor Belagerungen schützen sollten, unseren Geschossen bald erliegen würden.

Die in der französischen Presse wohl absichtlich viel besprochenen Äußerungen des Generals Boulanger über die Notwendigkeit, zur Offensive sowohl auf dem Schlachtfeld wie in der Kriegführung überhaupt zurückzukehren, stehen mit diesen Eindrücken unbedingt im Zusammenhange, sind Renommagen und haben zunächst den Zweck, die Aufmerksamkeit von der Entwertung der Festungen abzuleiten.

Welche Bedeutung dieser Frage beigemessen wird, ergibt die Kreditforderung von 2—300 Millionen Franks für Verstärkung der Festungen.

Endlich liegt der Kammer ein Heeresreorganisationsprojekt vor, das naturgemäß zur Durchführung ansehnliche Zeit erfordert, innerhalb der zu einer Mobilmachung überzugehen sehr schwierig sein würde.

Ich bin daher der Ansicht, daß in Frankreich augenblicklich Friedensbedürfnis vorherrschend ist, daß wir keine Besorgnis zu haben brauchen, von dort angegriffen zu werden, daß sogar Frankreich nötig hat, uns seiner Friedensliebe zu versichern.

Daß Frankreich seit 15 Jahren mit Konsequenz, wenn auch oft mit

Ungeschick, sich darauf vorbereitet, den Revanchekrieg zu führen, ist ja zweifellos, und bin ich auch überzeugt, daß es sofort zum Kriege schreiten würde, wenn wir nach anderer Seite in ernste Verwickelungen kämen; allein wagt es den Krieg aber nicht, und auf keinen Fall in einer nahen Zukunft.

Vom rein militärischen Standpunkte abgesehen, möchte ich auch noch der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Republik überhaupt ungern zum Kriege schreitet; die jetzigen Inhaber der leitenden und einflußreichen Stellen fühlen sich viel zu wohl, um Ereignisse herbeizuwünschen, durch die sie leicht beseitigt werden könnten.

Die Wirkung der französischen Hetz- und Revancheblätter und öfter wiederkehrender antideutscher Demonstrationen auf die öffentliche Meinung, vermag ich nicht so hoch anzuschlagen als — wie mir's scheint — Oberstleutnant von Villaume.

Die ersten Nummern solcher oft nur ein kurzes Dasein fristender Blätter pflegen reißend abzugehen, Abonnenten erhalten sie überhaupt nicht, und bald liest niemand mehr ihre albernen Phrasen.

Es muß berücksichtigt werden, daß der Deutschenhaß ein Spekulationsfeld zu persönlichen Zwecken geworden, welches von Politikern, Militärs, Schriftstellern und Geschäftsleuten — jeder nach seinen Interessen — umsomehr ausgebeutet wird, als bekanntlich höchst unbedeutende Persönlichkeiten sich auf diesem Wege zu Stellung, Ansehen und Vermögen verholfen haben.

Größere Beachtung würde erst nötig sein, wenn die Überzeugung gewonnen wäre, daß die Regierung oder einzelne Minister, wie z. B. Boulanger, treibend dahinter ständen*.

Der Generalquartiermeister
Gf. Waldersee

Nr. 1235

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 387 London, den 5. Dezember 1886

Erlaß Nr. 1009 vom 28. v. Mts.** nebst Anlagen erhalten und gestern abend Gelegenheit gehabt, in einer vertraulichen Unterhaltung mit Lord

* Fürst Bismarck ließ dem Grafen von Waldersee darauf durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schreiben, „daß er die in dieser interessanten Mitteilung niedergelegten Ansichten teile".

** Im Erlaß vom 28. November 1886 hatte Bismarck bemängelt, Lord R. Churchill habe bei den Erörterungen über eine kriegerische Verwicklung mit Rußland und einen sich daraus ergebenden Angriff Frankreichs auf Deutschland noch niemals angedeutet, was dieses in solchem Falle von England zu erwarten haben würde. Vgl. Bd. IV, Kap. XXV: Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich 1886.

Randolph Churchill Euerer Durchlaucht Diktat vom 27. v. Mts.* in geeigneter Weise als meine persönliche Meinung zu verwerten. pp.

Die Unterhaltung wandte sich nun auf Frankreich und seine voraussichtliche Haltung im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich. Als ich die Überzeugung aussprach, daß wir dann unter allen Umständen einen französischen Angriff zu erwarten[1] und mit allen Kräften abzuwehren haben würden, erwiderte mir Lord Randolph Churchill, daß er eine Verständigung über die Unterstützung, die England uns dabei gewähren könnte, ebenfalls für möglich halte. Jedenfalls würde England den Schutz unserer Kolonien gegen etwaige Angriffe übernehmen**. pp. Hatzfeldt

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] ?? M[eines] E[rachtens] hätte dann eher Frankreich zu fürchten; jedenfalls würden wir England vor französ[ischem] Angriff bewahren können. Wahrscheinlich würde unser Schwert das französ[ische] in der Scheide erhalten.

Nr. 1236

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 845 Berlin, den 18. Dezember 1886

pp. Der Herr Reichskanzler hat aus den Äußerungen des Kaisers Franz Joseph*** den Eindruck gewonnen, daß höchstderselbe die Gefahren eines französischen Krieges und die Stärke der französischen Macht erheblich unterschätzt; die französische Armee ist gegenwärtig stärker als die unsrige. Um uns mit Sicherheit zu verteidigen, werden wir so ziemlich unsere volle Stärke am Rhein gebrauchen und können froh sein, wenn das ausreicht. Wir sehen den französischen Krieg als ziemlich nahe bevorstehend an und haben deshalb den Wunsch, den gleichzeitigen russischen Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden. Es ist kein Beweis von Wohlwollen, daß Österreich auf die schwierige Lage, in der wir uns unter dem beständigen französischen Alpdruck befinden, so wenig Rücksicht nimmt, und daß es trotz des mit großer Wahrscheinlichkeit bevorstehenden französischen Krieges uns Vorwürfe

* Siehe Bd. IV, Nr. 873.

** Diese vagen Versicherungen befriedigten den Fürsten von Bismarck nicht. Am 11. Dezember schrieb der Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck im Auftrage des Kanzlers an Hatzfeld: „Daß Lord R. Churchill eine Verständigung über die Unterstützung, die England uns etwa gegen Frankreich gewähren könnte, für möglich hält, ist gewiß erfreulich, wenn damit auch nicht mehr gesagt ist, als was jedem Zeitungsleser einleuchtet: Etwas naiv klingt nur die Versicherung, daß England den Schutz unserer Kolonien gegen Angriffe übernehmen würde! Das Schicksal unserer Schutzgebiete bei einem französisch-deutschen Kriege wird niemals zur See, sondern lediglich durch unsere Landarmee entschieden werden".

*** Vgl. Bd. V, Kap. XXXII, Nr. 1025, Fußnote.

macht, weil wir den Krieg mit Rußland zu vermeiden suchen. Unsere beiderseitigen Interessen weisen uns darauf hin, uns gegenseitig zu unterstützen, im Fall einer von uns angegriffen werden sollte, aber doch auch alles zu tun, was möglich ist, um einen solchen Fall zu verhindern. Nach unserer Schätzung der Wehrkräfte würde der gleichzeitige Kampf der beiden österreichisch-deutschen Kaiserreiche gegen Frankreich und Rußland immer ein schwieriger, sogar ein ungleicher sein, und in der bulgarischen Frage liegt absolut kein Äquivalent für die Opfer, die ein solcher Krieg fordern würde. pp.

H. Bismarck

Nr. 1237

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck*

Privatbrief. Abschrift

Ganz vertraulich — Paris, den 20. Dezember 1886

pp. Nach allem, was ich höre aus Deutschland und namentlich von Berlin, erwartet man den Krieg mit einiger Sicherheit zum Frühjahr[1]; worauf basiert das? Ich vermute, hauptsächlich auf den Verhandlungen in Kommission und Reichstag**?

Hier ist die Stimmung der Republikaner und, wie ich von gut unterrichteten Seiten höre, in der Provinz entschieden friedlich.

Gestern besuchte mich Courcel, behauptete dies auch, sagte dabei, man werde aber besorgt, und werde vielfach die Ansicht verbreitet, als ob Deutschland entschlossen sei, Frankreich im Frühjahr anzugreifen. Er habe dem entschieden widersprochen und habe viel nachgeforscht, woher diese Gerüchte kommen[2]. Ich brachte ihn schließlich so weit, daß er mir zugab, diese Gerüchte kämen nach seiner Überzeugung von russischer Seite. Es seien jetzt zahllose weibliche und männliche russische Agenten hier. Er sagt, man werde hier die Russen gegen England benutzen, man werde sich aber auf eine Offensiv- und Defensivallianz nicht einlassen. Die Allianz zwischen Republik und Autokraten erinnert mich immer an eine Menagerie, die ich in Bonn sah, wo ein Tiger eine Löwin gedeckt hatte. Der Menageriebesitzer bemerkte dazu, diese Tiere begatten sich nicht aus Liebe, sondern aus reiner Bosheit. So würde es mit den beiden Bestien Ruski und Franzuski auch sein. Boulanger ist nicht so gefährlich[3], als bei uns angenommen wird. Er ist eine Persönlichkeit, mit der allerdings zu rechnen ist, und den wir

* Ein anderer Teil des Briefes ist bereits in Nr. 1208 abgedruckt.

** Dem Reichstage war bei seinem Zusammentritt (25. November 1886) eine Militärvorlage zugegangen, durch die, unter ausdrücklichem Hinweis auf den wesentlichen Vorsprung Frankreichs in der Friedenspräsenzstärke, der eben jetzt durch eine abermalige Erhöhung des Mannschaftsbestandes noch vergrößert zu werden drohte, auch die deutsche Friedenspräsenzstärke entsprechend erhöht wurde.

scharf beobachten müssen, zur Diktatur kommt er aber noch lange nicht, dazu ist vor allem die Eifersucht der anderen Generale und das Mißtrauen der Republikaner zu groß. pp.

(gez.) Münster

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Nicht nothwendig; aber er kann jederzeit, auch vor Ostern ausbrechen, weil die Franzosen mit ihrem Latein der Republik zu Ende sind; aus Verlegenheit werden sie losbrechen. Die halben Milliarden Anleihen, Franken u[nd] Rubel* sind durch laufende Bedürfnisse nicht erfordert.

2 sie sind über 10 Jahre alt u[nd] der permanente Vorwand für gesteigerte Rüstungen.

3 er ist ein „Zünder" für die Explosion, vielleicht ohne sie zu wollen, aber er macht sie leichter.

Nr. 1238

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 326 Paris, den 21. Dezember 1886

Das jetzige Kabinett** versichert auf das bestimmteste, daß es vor allem den Frieden erhalten wolle, und alle Äußerungen mir gegenüber, sowohl die des Ministers des Äußeren Flourens wie auch anderer maßgebender Persönlichkeiten betonen diese friedlichen Absichten in allen Tonarten.

Ich würde an und für sich solchen Versicherungen nur sehr geringen Wert beilegen, wenn ich nicht überzeugt davon wäre, daß sie deshalb aufrichtig gemeint sind, weil diese sehr schwache Regierung bei der jetzigen Stimmung in Frankreich nicht imstande wäre, eine kriegerische Politik zu führen. Sie würde weder in den Kammern noch im Lande die Unterstützung finden, die sie dazu haben müßte[1].

Ich habe schon in früheren Berichten darauf hingewiesen, daß der Chauvinismus und das Schreien nach „Revanche" nicht mehr den Anklang wie früher findet[2].

Die Militärvorlage im Reichstage und die Debatten im Reichstage selbst und in der Militärkommission*** haben einen ganz anderen Eindruck hervorgebracht, als die Chauvinisten erwarteten und wünschten. Die Stimmung ist eine andere geworden, und die Befürchtung, daß Frankreich von Deutschland aus angegriffen werden könnte, fängt an überall durchzudringen.

* Sowohl in Frankreich wie in Rußland waren im Herbst 1886 von den Kriegsministern sehr hohe Kredite zu militärischen Zwecken in Anspruch genommen worden.

** Mitte Dezember war an die Stelle des Ministeriums Freycinet das Kabinett Goblet mit Flourens als Minister des Äußern getreten. Boulanger verblieb auch unter der neuen Regierung als Kriegsminister.

*** Vgl. darüber Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jahrg. 1886, S. 178 ff.

Dabei zeigt sich aber deutlich, daß das Vertrauen in die eigene Widerstandsfähigkeit und die eigene Armee ein viel geringeres ist, als die Franzosen selbst zugestehen mögen. Die Chauvinisten ändern ihre Sprache und wollen jetzt den Ruf um Rache durch den Ruf: das Vaterland ist in Gefahr, die Deutschen wollen uns überfallen, ersetzen. Die russischen geheimen Agenten unterstützen sie dabei und hetzen in diesem Sinne in der Presse und in der Gesellschaft.

Die Popularität des General Boulanger und die Unterstützung, die er auch bei allen Parteien in der Kammer findet, kommt nicht daher, daß General Boulanger als der Mann angesehen wird, welcher jetzt Krieg wollte und die französische Armee zum Siege führen könnte. Er wird aber für den Mann gehalten, der die Mängel der Armee verbessern kann, und dem man Zeit lassen muß, um seine Organisationspläne in den Kammern zu vertreten und selbst durchzuführen.

Deshalb mußte der Präsident und Herr Goblet Herrn Boulanger in das neue Kabinett mit aufnehmen.

Durch die Vermehrung der deutschen Armee sind die Franzosen notwendigerweise an die Mängel ihrer Armee erinnert worden, und es wird auch im Parlamente dem General Boulanger leichter als jedem andern, Bewilligungen für die Armee durchzusetzen.

Daß General Boulanger und, wie ich auch nachträglich gehört habe, der Marineminister Aube ihren Wiedereintritt an die Bedingung knüpften, daß das Kabinett die außerordentlichen Kredite von 360 Millionen für das Kriegsministerium und 150 Millionen für die Marine sofort nach Zusammentritt des Parlaments vorlegen und kräftig unterstützen solle, war natürlich. Der jetzige Moment ist besonders günstig, und sie und das Kabinett können mit Hinweisung auf die vermehrte Wehrkraft Deutschlands die Billigung des Parlaments erwarten.

Diese großen Summen, die in Frage kommen, werden trotz ihrer Höhe lieber beantragt und leichter bewilligt, als stehende Budgetpositionen. Bei den vielen Lieferungen und Anschaffungen, die eine solche Vermehrung des Materials mit sich bringt, fällt mancher nicht ganz erlaubte Verdienst für Beamte und selbst Parlamentsmitglieder ab. Außerdem lassen sich dadurch viele Wahlen beeinflussen.

Wie jetzt die Verhältnisse noch liegen, ist General Boulanger ganz zufrieden, wenn er sich die Stellung als Kriegsminister erhalten kann. Es ist unbedingt die beste und einflußreichste Stellung in Frankreich, wenn man nicht Präsident der Republik ist. An einen Staatsstreich, der ihm zur Diktatur verhelfen könnte, kann er nicht ernstlich denken[2]. Dazu kann er die Armee noch nicht bringen. Das Mißtrauen und die Eifersucht der älteren Generäle machen das unmöglich. Er weiß recht gut, daß, solange General Saussier Gouverneur von Paris ist, die Truppen treu zum Präsidenten und zur Republik halten würden. Weil er das weiß, versuchte er den General Saussier zu entfernen, was ihm bekanntlich mißlang.

Ein Staatsstreich zur Einsetzung der Monarchie wäre möglich, wenn es nur einen tüchtigen Prätendenten in Frankreich gäbe und dieser einen Mann wie Boulanger und einen großen Teil der Armee für sich gewönne. Ein solcher Prätendent existiert aber nicht, und ein Säbelregiment läßt sich nur nach einem siegreichen Kriege oder nach einer blutigen Revolution denken. Dann gehört aber noch ein ganz anderer Mann dazu, als General Boulanger zu sein scheint.

Ein Wort des bekannten Spaniers Herrn Castelar* erzählte mir ein uns sehr bekannter französischer Diplomat, welches nicht geradezu schmeichelhaft, aber bezeichnend für die Stimmung, die viele hier über General Boulanger haben. Herr Castelar, der hier überhaupt sehr gefeiert wurde, saß bei einem Diner bei General Boulanger, und als er nach Tisch gefragt wurde, wie dieser ihm gefallen habe, erwiderte er: „Ich habe geglaubt, einen ausgezeichneten französischen General zu finden und habe nur einen spanischen General gefunden, wie wir leider deren so viele haben.“

General Boulanger, der alles tut, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, mußte sich anfänglich auch auf die Chauvinisten stützen und ihnen schmeicheln. Er mußte sich kriegerischer stellen als er ist. Nach allem, was ich sehe und höre auch von solchen, die ihn gut kennen, will er den Krieg mit Deutschland nicht und fürchtet ihn. Er kennt die Mängel der französischen Armee zu gut und er weiß außerdem, daß man ihm doch nicht das Kommando der Armee im Felde und das Oberkommando lassen würde, und daß er, wenn der Feldzug unglücklich ausfallen würde, die Verantwortung als Kriegsminister doch mit tragen würde. pp. Münster

---

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:
Optimist.
Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Wie lange kann das dauern?
[2] ?

Nr. 1239

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

Paris, den 30. Dezember 1886

Ich danke sehr für Ihre freundlichen Zeilen aus Friedrichsruh.

Auf die Gefahr hin, für einen Optimisten zu gelten, der ich aber den Franzosen und der Republik gegenüber gewiß nicht bin, kann ich nicht die Meinung teilen, daß die Republik am Ende ist, und daß sie daran denkt, Deutschland anzugreifen. Die Angst vor dem Kriege ist

---

* Emilio Castelar, früherer spanischer Ministerpräsident, Führer der Opposition in den Cortes.

hier sehr groß, und es findet sich kein Minister, der die Kriegsfackel entzünden und das Revanchegeschrei loslassen möchte, am allerwenigsten Boulanger, der jetzt vor allem nur sucht, Kriegsminister zu bleiben, und der sich, da Freycinet und die Opportunisten jetzt mehr Aussicht haben, wieder an das Ruder zu kommen, nicht mehr ganz sicher fühlt. Meine Ansichten über die hiesige Stimmung werden von allen Mitgliedern des diplomatischen Korps ohne Ausnahme und von allen mit der Presse in Verbindung stehenden Deutschen, auch von allen deutschen hiesigen Kaufleuten, die bisher alle den Chauvinismus so sehr fürchteten, geteilt.

Pourtalès hat nun doch auch Gelegenheit gehabt, sich ein Urteil über die hiesigen Verhältnisse zu bilden, er wird es Ihnen noch besser sagen können, als es sich schreiben läßt, wie die Franzosen, gerade die früher feindlichsten, jetzt denken.

Nicht allein, daß die Republik, die so noch recht lange fortleben kann, trotz der schlechten Finanzen, trotz der vielen traurigen Verhältnisse, bestimmt keinen Angriffskrieg macht, — ich glaube sogar sicher, daß selbst bei einem Kriege im Osten sie alles aufbieten würde, um erst neutral zu bleiben. Daß das umschlagen kann, daß das Unvorhergesehene plötzlich Überraschungen bringen kann, und daß wir hier die Augen offen halten müssen, weiß niemand besser als ich, und daß mir Franzosen zuwider sind wie die ganze Republik, und ich mich nicht durch sie[1] bestechen lasse, können Sie glauben und können auch annehmen, daß ich doch die Verhältnisse hier besser beurteilen kann, als das von weitem und durch die stets gefärbte Brille der Presse möglich ist. Ein Krieg mit Frankreich könnte, wie jetzt die Verhältnisse liegen, nur von uns ausgehen, und es würde einer sehr starken Provokation bedürfen, um die Franzosen dazu zu bringen. pp.

(gez.) Münster

Randbemerkung des Grafen von Bismarck:
[1] Durch Redensarten

Nr. 1240

Der Botschafter in Paris Graf Münster an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Nr. 339 Paris, den 30. Dezember 1886

Euere Majestät wollen mir huldreichst gestatten, meine alleruntertänigsten, treuesten und aufrichtigsten Glückwünsche beim Jahreswechsel auszusprechen. Gott erhalte uns Euere Majestät!

Euere Majestät wünschen vor allem die Erhaltung des Friedens, und so freue ich mich, Euerer Majestät melden zu können, daß hier eine durchaus friedliche Strömung das Land durchweht[1].

Jetzt, wo durch die Rüstungen in allen Ländern[2], durch die

orientalischen Verwickelungen der Ausbruch eines Krieges möglich und näher gerückt erscheint[3], müßte es sich zeigen, ob der Ruf nach Rache, ob das Kriegsgeschrei der Chauvinisten, die Hetzereien eines Déroulède und Genossen wirklich Widerhall im Volke findet[4].

Es hat sich deutlich gezeigt, daß dem nicht so ist[5], und so hat sich Herr Déroulède im Unmute und bitter klagend über den mangelnden Patriotismus seiner Landsleute grollend auf das Land zurückgezogen. Bei seiner Abschiedsrede sagte er, er wolle es dem General Boulanger überlassen, die Fahne des Vaterlandes hoch zu halten. General Boulanger aber hat seine Sprache sehr geändert[6] und benutzt jetzt jede Gelegenheit, um sich friedlich zu zeigen.

Die jetzige Friedensliebe der Franzosen kommt nicht daher, daß etwa die Niederlagen verschmerzt wären, und der seit dem Kriege künstlich genährte Haß gegen die Deutschen ist gewiß nicht verschwunden[7].

Die Erkenntnis, daß der Friede für Frankreich notwendig ist, glaube ich auf folgende Gründe zurückführen zu dürfen.

Die finanziellen Kräfte des Landes sind durch die schlechte Finanzverwaltung der Republik so erschöpft[8], daß ein Krieg eine finanzielle Katastrophe zur Folge haben könnte.

Die Republikaner[9] wissen, daß der Anfang des Krieges der Anfang des Endes der Republik sein würde. Sie wissen, daß eine Niederlage, und auf diese rechnen sie selbst mehr als auf Siege, zu der fürchterlichsten Anarchie führen könnte, und wissen ferner, daß ein siegreicher Krieg[10] der Diktatur oder Monarchie die Wege ebnen würde. Diese Eventualitäten fürchten die Republikaner naturgemäß.

Was die Armee betrifft, so ist das Vertrauen zu ihr im Volke gering, und in ihr selbst herrscht, nach allem, was ich sehe und höre, kein kriegerischer Geist.

Die allgemeine Dienstpflicht hat hier ganz anders gewirkt als in Deutschland. Der jetzige Franzose hat kein Vaterlandsgefühl[11] im höheren Sinne, kein Pflichtgefühl wie der Deutsche. Der Soldat wird nicht gut behandelt, hat keine Freude an seiner wenig kleidsamen[12] Uniform, wird, da alles durch Kontrakte geschieht, schlecht verpflegt, schlecht ernährt. Jeder Rekrut geht ungern unter die Fahnen[13], und, wie mir selbst französische Offiziere gesagt haben, die meisten Soldaten warten mit Ungeduld auf den Augenblick, wo sie die Uniform wieder ausziehen können[14].

Jeder sucht sich dem Dienste zu entziehen[15], und ich weiß, daß hier die Befürchtung besteht, daß bei einer Mobilmachung für den Krieg ein großer Teil der eingezogenen Reserven ausbleiben würde. Ein französischer aktiver General hat einem meiner Kollegen gegenüber geäußert, daß bei einem ausbrechenden Kriege mindestens 50 000 Mann sich nicht stellen würden. „Nous aurons en cas de guerre au moins cinquante mille réfractaires[16].“ Ob das richtig ist, vermag ich nicht

zu beurteilen, daß aber ein französischer General einem Fremden gegenüber eine solche Eventualität als möglich hinstellt, ist ein bedeutsames Zeichen[17].

Die Idee der Revanche verblaßt[18] mit der Zeit, und die Nachrichten, namentlich aus dem Elsaß, gehen immer mehr dahin, daß es den Elsassern materiell sehr gut geht, und daß die Sympathien der Elsasser für Frankreich abgenommen haben. Selbst der bekannte Bischof von Angers, Freppel, ein geborener Elsasser, der bisher die Rolle des französischen Patrioten gespielt hat, äußert jetzt seinen intimen Bekannten gegenüber, daß er zu seinem Schmerze eingestehen müsse, daß die Stimmung im Elsaß immer mehr deutsch werde, und die Elsasser selbst den jetzigen Zustand ihres Landes mit den französischen Zuständen verglichen. Materiell gehe es ihnen besser, ihre Fabriken gingen gut, sie hätten eine autonome Regierung, wie sie dieselbe unter Frankreich niemals hatten, der Klerus sei gut behandelt und zufrieden, Fürst Hohenlohe sei im ganzen Lande sehr beliebt. Man dürfe, so endete Bischof Freppel sein Gespräch, im Falle des Krieges leider nicht mehr auf die Hilfe der Elsasser rechnen.

Der allgemeine Eindruck der jetzigen Stimmung ist der der Besorgnis, selbst der Furcht vor dem Kriege[19]. Der friedliche Ton der Presse aller Parteien bestätigt das.

Vielfach wird angenommen, daß diese friedliche Sprache darauf berechnet sei, die Annahme der Militärvorlagen im deutschen Reichstage zu erschweren. Etwas mag das dazu beitragen, viel aber nicht, weil hier im allgemeinen an der Annahme der Vorlage nicht gezweifelt wird.

Wie jetzt die Lage und die Stimmung hier ist, kann ich nicht daran glauben, daß wir von dieser Seite Krieg zu erwarten haben.

Daß bei einem so erregbaren Volke diese Stimmung sich wenden kann, und daß wir hier die Augen offen halten müssen, bin ich mir wohl bewußt, und Euere Majestät können sich fest darauf verlassen, daß das geschieht. Münster

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ?

2 Für oder gegen Fr[an]kr[ei]ch?

3 ? durchaus nicht

4 das ist garnicht nöthig; die Bewegungen sind in Frankreich stets von energischen Minoritäten gemacht worden.

5 wie kommt es denn daß keine französ[ische] Zeitung es wagt ihre Leser zu belehren?

6 aber auch seine Gesinnung?

7 das reicht hin

8 u[nd] doch wird jede Anleihe leicht realisirt, vielleicht in Hoffnung auf deutsche Milliarden.

9 wer ist das? Boulanger?

10 oder die Aussicht auf einen solchen

11 ! wollte Gott alle Deutschen hätten den französischen Durchschnitt davon!

[12] !
[13] wohl überall im Frieden.
[14] andre nicht?
[15] überall!
[16] das war schon unter Nap[oléon] I. der Fall, u[nd] doch —
[17] doch nicht; viel eher die Überschätzung davon.
[18] noch nicht
[19] wohl nicht bloß in Frankreich; jede Nation zieht den Frieden vor; ihre Leiter aber nicht immer;

Nr. 1241

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 4 Friedrichsruh, den 4. Januar 1887

Euerer pp. Immediatbericht Nr. 339* vom 30. v. Mts. ist mir hier zugegangen, und erlaube ich mir, bevor ich denselben Seiner Majestät unterbreite, die nachstehenden Bemerkungen über seinen Inhalt.

Wenn Seine Majestät und die verbündeten Regierungen die darin von Ew. pp. entwickelten Ansichten teilten, so würde die Reichsregierung kaum in der Lage sein, die von ihr gemachte Militärvorlage mit Überzeugung vor dem Reichstage zu vertreten und aufrechtzuerhalten. Euere pp. treten, indem Sie Seiner Majestät dem Kaiser direkt eine so eingehende und nachdrückliche Darlegung Ihrer Überzeugung von den friedlichen Absichten Frankreichs und seiner Regierung unterbreiten, der Politik entgegen, zu welcher die Verbündeten Regierungen sich durch die neueste Militärvorlage amtlich und öffentlich bekannt haben. Euere pp. werden darüber selbst nicht im Zweifel sein können, wenn Sie einen Augenblick die Fiktion zulassen wollen, daß Ihr Bericht vom 30. v. Mts. in die Öffentlichkeit gelangte. Er würde von Seiten der gesamten demokratischen und ultramontanen Opposition nicht ohne Erfolg zu dem Zwecke der Bekämpfung der Vorlage der Verbündeten Regierungen ausgebeutet werden, und die Vertreter der letztern würden in die Notwendigkeit gesetzt sein, dem Reichstage so gut wie möglich darzulegen, daß der Kaiserliche Botschafter in Paris sich im Irrtum befinde.

Wenn Ew. pp. unsre Besorgnisse vor französischen Friedensstörungen für unbegründet halten, so wäre es mir lieber gewesen, wenn Sie Ihre Auffassung zunächst mir in vertraulicher Form mitgeteilt und mir überlassen hätten, Ihre von den meinigen abweichenden Ansichten Seiner Majestät dem Kaiser zu unterbreiten, oder sie Ihnen gegenüber zu diskutieren. Euere pp. haben vorgezogen, für Ihre Mitteilung die

---

* Siehe Nr. 1240.

Form des Immediatberichtes zu wählen, welche bei allen unsern diplomatischen Vertretern für ihre persönlichen Glückwünsche allerdings üblich ist, aber nicht für Darlegungen von politischen Meinungsverschiedenheiten, die so tief greifen, wie die Frage, ob wir von Seiten Frankreichs in der nächsten Zukunft einer friedlichen Haltung sicher sind. Durch die von Euerer pp. gewählte Form der Berichterstattung werde ich in die Notwendigkeit versetzt, meine von der Ihrigen abweichende Ansicht, für welche allein ich die mir obliegende Verantwortlichkeit übernehmen kann, Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber dadurch zu motivieren, daß ich Euerer pp. Immediatbericht in seinen einzelnen Punkten kritisiere und nach besten Kräften widerlege. Ich bin überzeugt, daß es nicht Euerer pp. Absicht gewesen ist, diese Situation herbeizuführen, aber doch in der Notwendigkeit, Ihre nochmalige Erwägung über die Frage zu erbitten, ob ich Ihren Bericht Seiner Majestät dem Kaiser in Verbindung mit meiner abweichenden Überzeugung vortragen soll.

Ich zweifele nicht daran, daß die gegenwärtige Regierung in Frankreich friedlich gestimmt ist und absichtlich keine Händel mit uns suchen wird. Daraus aber möchte ich doch nicht schließen, daß, wie Euere pp. anführen, eine durchaus friedliche Strömung das Land durchweht. Ich gebe gern zu, daß dem französischen Volk, wie jedem anderen, der Krieg an sich als ein Übel und nicht minder der Kriegsdienst im Frieden als eine Unannehmlichkeit erscheint. Es ist dies aber unter dem Kaiserreich nicht weniger der Fall gewesen wie heute, und dennoch hat dasselbe trotz seiner Erklärung „L'empire c'est la paix" den Krimkrieg, den italienischen, den chinesischen, den mexikanischen und den deutschen Krieg in ununterbrochener Folge geführt und geglaubt, sich damit im Inlande zu befestigen. Frankreichs Politik hat jederzeit unter dem Impulse einer oft auffällig geringen, aber energischen Minorität gestanden. Daß die Unterlage für die Einwirkung einer solchen auch in diesem Augenblicke vorhanden ist, gibt Euerer pp. Bericht selbst mit den Worten zu, daß „die Niederlagen nicht verschmerzt sind und der Haß gegen die Deutschen nicht verschwunden ist". Daß General Boulanger seine Sprache geändert hat, beweist noch nicht, daß seine Gesinnung und seine Pläne andre sind wie früher. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser ehrgeizige Kriegsminister in den letzten Wochen innerlich ein andrer geworden sei. Es ist höchstens zu vermuten, daß seit einiger Zeit Gründe eingetreten oder ihm und anderen bekannt geworden sind, welche den Moment zum Losschlagen noch nicht als einen günstigen erscheinen lassen. Welches Gewicht kann die von mir nicht angezweifelte friedliche Gesinnung der Mitglieder der gegenwärtigen Regierung für uns haben, sobald sie aufhören am Ruder zu sein? und wie schnell dies der Fall sein kann, beweist am besten die jüngste Wendung mit Herrn von Freycinet und die Beibehaltung des Generals Boulanger, dessen seitdem geänderte Sprache ich für ebenso-

wenig aufrichtig halte, wie die Verstimmung von Déroulède und Genossen.

Die finanziellen Kräfte des Landes mögen der Erschöpfung entgegengehen, aber sie **sind** nicht erschöpft; das beweist die Bereitwilligkeit der Franzosen, jede Anleihe zu überzeichnen, und außerdem würde die Erschöpfung, wenn sie einträte, schwerlich dazu führen, durch friedliebende Sparsamkeit einen Ausweg aus der Verlegenheit zu suchen, sondern das Räsonnement viel näher liegen, mit welchem Graf Larioche 1866 meine letzten friedlichen Versuche beantwortete: daß Österreich in 6 Wochen entweder einige hundert Millionen preußischer Kontribution oder einen anständigen Vorwand zum Bankerott haben müsse. Daß der Anfang des Krieges das Ende der Republik sein werde, ist möglich; aber die Leidenschaften sind stärker, als die Berechnungen, — und ebenso möglich ist, daß noch **vor** Ausbruch des Krieges eine Militärdiktatur eintreten kann, welche ihre Rechtfertigung und ihre Befestigung in den Chancen des Krieges sucht. Ob das Vertrauen des Volkes zur Armee groß oder gering ist, würde eine solche Regierung, die den Krieg braucht, um sich zu erhalten, nicht irre machen, ich würde es sogar erklärlich finden, wenn einsichtige Franzosen den Krieg mit uns grade um deshalb wünschten, weil sie darin ein Heilmittel für die Zerfahrenheit und Zerrissenheit ihrer inneren Zustände erblicken.

Das von Euerer pp. angezweifelte Vaterlandsgefühl der Franzosen würde, sobald Frankreich im Kriege ist, sich zu gleicher Höhe entwickeln, wie bei allen analogen Vorkommnissen der französischen Geschichte. Ich wünschte, die Überlegenheit der Deutschen im Vaterlandsgefühl, welche Euere pp. entsprechend Ihrer eigenen Gesinnung bei Ihren Landsleuten voraussetzen, bestände in Wahrheit; dann würden aber Reichstagsmajoritäten, wie unsere jetzigen, nicht möglich sein.

Die Abneigung gegen den Kriegsdienst im Frieden möchte ich als Symptom des mangelnden Patriotismus bei den Franzosen doch nicht ansehen: Die Erscheinung, daß der Rekrut ungern die Heimat verläßt, und der Soldat sich freut, wenn er entlassen wird, wiederholt sich im Friedensdienst in allen Ländern. Die Masse der réfractaires ist zu keiner Zeit größer gewesen als gegen das Ende des ersten Kaiserreiches, und doch hat sich nie eine Nation hartnäckiger geschlagen und gewehrt, als die Franzosen von 1813 und 14.

Daß die Idee der Revanche bereits verblasse, halte ich für einen Irrtum, der durch friedliebende Leute, denen es wohl geht, durch höfliche Beamte und berechnete Lügner Euerer pp. gegenüber bekräftigt werden kann; aber aus der gesamten französischen Presse läßt sich nicht entnehmen, daß Zeitungen Aussicht hätten, ihre Abonnenten zu behalten, wenn sie ihre Spalten der Empfehlung der Freundschaft mit uns und der Bekämpfung des Chauvinismus aufrichtig widmen wollten.

Nach meiner vorstehend dargelegten Überzeugung bin ich nicht

imstande, Seiner Majestät dem Kaiser die Auffassung, welche Euerer pp. Immediatbericht vom 30. v. Mts. zugrunde liegt, als eine zutreffende zu bezeichnen, und befinde mich in der Notwendigkeit, ihr mit der vollen Überzeugung, die ich aus meiner Verantwortlichkeit für die allerhöchstenorts zu treffenden Entschließungen schöpfe, entgegenzutreten.

Euere pp. wollen mich daher mit Nachricht versehen, ob Sie die Vorlage Ihres Berichtes bei Seiner Majestät dem Kaiser dennoch wünschen*. Ich habe zwar als verantwortlicher Minister keine Verpflichtung, bei Seiner Majestät dem Kaiser Auffassungen, die den meinigen entgegenstehn, innerhalb meines Ressorts zum Vortrage zu bringen; ich würde mich aber nicht entschließen, Seiner Majestät ein direktes Schreiben Ew. pp. ohne Ihre Zustimmung vorzuenthalten.

v. Bismarck

Nr. 1242

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Geschäftsträger in Paris Grafen von Leyden

Konzept

Nr. 24 — Berlin, den 22. Januar 1887
Geheim — [abgegangen am 23. Januar]

Ew. pp. erhalten beifolgend als Bestärkung der durch die Zeitungen bereits bekannten Nachrichten** ein Schreiben des Ministers Maybach*** vom 18. und zwei Berichte von reichsländischen Oberförstern vom 5. resp. 9. d. Mts., alle auf französische Holzankäufe bezüglich. Es steht hiernach fest, daß seitens französischer Händler außergewöhnliche Massen von Brettern mit kurzer Lieferungsfrist bestellt worden sind. Dagegen besteht noch keine Gewißheit hinsichtlich der Angabe, daß jene Bestellungen im Auftrage der französischen Regierung erfolgt seien, und daß an unsrer Grenze eine Truppenkonzentration von solcher Stärke beabsichtigt wird, daß sie in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht untergebracht werden kann.

Ferner geht uns von beachtenswerter Seite die Mitteilung zu, daß in Deutschland sehr bedeutende Bestellungen der zur Herstellung von Melinit erforderlichen Pikrinsäure gemacht worden sind. Wegen der beschränkten Verwendbarkeit des Stoffes würde der Beweis, daß die französische Regierung mit den Bestellungen in Zusammenhang ist, in diesem Falle vielleicht noch eher als bei den Bretterbestellungen für erbracht zu erachten sein.

---

* Graf Münster verzichtete, laut Privatbrief an Fürst Bismarck vom 6. Januar, auf die Vorlage seines Immediatberichtes.

** U. a. hatte das „Berliner Tageblatt“ am 18. Januar gemeldet, daß Frankreich zum Frühjahr bedeutende Truppenmassen an seiner östlichen Grenze zusammenzuziehen gedenke und deshalb in der Gegend von St. Dié und Nancy große Barackenbauten plane.

*** Preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten.

Ew. pp. ersuche ich, in Verbindung mit den Herrn Militärattachés zu prüfen, ob und welche Anzeichen dafür sprechen, daß die Holz- und Pikrinbestellungen von der französischen Regierung ausgehen.

Die Kaiserliche Regierung ist mit der Erwägung beschäftigt, ob es sich empfiehlt, die französische Regierung auf das Bedenkliche von Maßnahmen aufmerksam zu machen, welche geeignet sind, die Völker über den bei beiden Regierungen unzweifelhaft vorhandenen Wunsch nach Erhaltung des Friedens irrezuleiten.

Zunächst wollen Ew. pp. jedoch bei Ihren Erkundigungen jeden amtlichen oder selbst nur auffälligen Schritt vermeiden.

v. Bismarck

Nr. 1243

Der Geschäftsträger in Paris Graf von Leyden an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 34 Paris, den 27. Januar 1887

In vorläufiger Erledigung des hohen Erlasses vom 22. d. Mts. Nr. 24*, die französischen Holzankäufe und Bestellungen von Pikrinsäure betreffend, beehre ich mich, Euerer Durchlaucht einen Artikel des „Figaro“ vom 6. d. Mts., „La Mélinite“, beifolgend gehorsamst zu überreichen, in welchem zugegeben wird, daß die bezüglichen Ankäufe von Schwefeläther in Deutschland stattgefunden haben. Einen Artikel der „France“ aus derselben Zeit, in welchem, der Gewohnheit dieses Blattes zufolge, die Bevorzugung der fremden Industrie in dieser Sache gerügt wird, habe ich mir nicht mehr verschaffen können.

Was die Bretterbestellungen betrifft, so wird, nachdem die Enthüllungen deutscher Blätter die hiesige Aufmerksamkeit auf die Sache gelenkt haben, in dem beifolgenden Ausschnitte aus dem heutigen „Temps“ in offiziöser Form zugegeben, daß in fast allen Garnisonstädten[1] Baracken für die Unterbringung der Reservisten und der Leute der Territorialarmee errichtet werden sollen. Es wird hinzugefügt, daß im Zusammenhange damit Truppenkonzentrationen an der Ostgrenze nicht beabsichtigt seien. Eine noch unbestätigte Nachricht lautet ferner dahin, daß ein Teil der projektierten Barackenbauten zur Erweiterung gewisser Bahnhöfe bestimmt sei, welche sich zu Manöverzeiten[2] für den Truppenverkehr als zu klein erwiesen hätten. Endlich erwähne ich gehorsamst einer ebenfalls noch unerwiesenen Angabe, daß nämlich ein großer Teil der in Deutschland bestellten Bretter vom Ausstellungskomitee für 1889 angekauft werde, dessen Arbeiten demnächst mit der Umfriedung des Platzes beginnen sollen. Über letzteren Punkt hoffe ich in ein paar Tagen Aufklärung erhalten zu haben[3].

---

* Siehe Nr. 1242.

Die beiden Herren Militärattachés, welche der Angelegenheit gegenwärtig ihre ernste Aufmerksamkeit zuwenden, befinden sich heute noch nicht in der Lage, Euerer Durchlaucht über das Resultat ihrer Erkundigungen gehorsamst berichten zu können*.

Graf Leyden

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Das ist nicht wahr; nur an der Gränze
[2] an der Gränze?
[3] Lieferungsprämie von 100 fr[an]cs pro Tag vor u[nd] Strafen von 1000 pro Tag nach dem 15. März 87. alles Schwindel.

Nr. 1244

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 65 Berlin, den 31. Januar 1887

Antwort auf Bericht Nr. 48 vom 23. Januar.

Wie der Herr Reichskanzler es in seiner großen Reichstagsrede** deutlich ausgesprochen hat, beabsichtigen wir nicht, den Krieg mit Frankreich unsererseits zu beginnen oder zu provozieren. Bis zu Anfang vorigen Jahres haben wir auch nicht befürchtet, daß dies von Frankreich aus geschehen würde. Seitdem aber General Boulanger

---

* Am 2. Februar übersandte Botschafter Graf Münster des weiteren ein Communiqué des Kriegsministers Boulanger, wonach die erwähnten Barackenbauten sich infolge des gesundheitsschädlichen Zustandes der Kasematten in den neuerrichteten Forts an der Ostgrenze als notwendig erwiesen hätten. Schon vorher hatte die französische Regierung Gelegenheit genommen, durch den französischen Botschafter dem Fürsten Bismarck unter lebhaften Friedensbeteuerungen Aufklärungen über die Holzankäufe zu erteilen, welche Kriegsminister Boulanger angeordnet hatte, ohne den französischen Ministerrat davon in Kenntnis zu setzen! G. Pagès, L'Hégémonie allemande im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I (1919) p. 226. Deutscherseits gab man sich mit diesen Aufklärungen zufrieden.

** Gemeint ist die große Reichstagsrede des Fürsten von Bismarck zur Militärvorlage vom 11. Januar 1887, in der er sich ausführlich über die deutsch-französischen Beziehungen ausließ. Mit aller Entschiedenheit betonte der Kanzler bei diesem Anlaß: „Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen". Auch erklärte er, festes Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung zu haben. Aber Fürst Bismarck bekannte sich doch zu der Ansicht, „daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendigt ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite fortgesetzt zu sehen." Ja, Fürst Bismarck sprach es offen aus: „Nach meiner Überzeugung haben wir einen Krieg zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in 10 Tagen oder in 10 Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, das hängt ganz ab von der

mehr in den Vordergrund getreten ist, trauen wir dem Frieden nicht mehr, sondern glauben, daß Boulanger, wenn er vielleicht früher, als ihm lieb wäre, sei es als Präsident der Republik, sei es als Conseilspräsident, an die Spitze der Geschäfte gelangen sollte, zum Kriege gezwungen sein würde, um sein Prestige zu retten und die Gefahr der Lächerlichkeit zu vermeiden.

H. Bismarck

Nr. 1245

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 36 Paris, den 2. Februar 1887

Bei meiner Rückkehr habe ich die Stimmung insofern verändert gefunden, als sie eine ängstlichere und gedrücktere geworden ist, und man die Möglichkeit eines baldigen Krieges mehr vor Augen hat.

Die leitenden Kreise wollen nach wie vor den Krieg nicht, und im ganzen bewahrten Presse und Pariser Publikum bisher eine ziemliche Ruhe. Die Nachrichten über militärische Maßregeln und die Haltung eines Teils der deutschen Presse, das Weichen der Kurse und der schlechte Stand der Börse fangen aber jetzt an, sehr zu beunruhigen.

Ich sah diesen Morgen Herrn von Freycinet, der mir über die allgemeine Besorgnis und Beunruhigung sprach, dabei aber entschieden betonte, daß er doch noch fest hoffe und glaube, daß der Krieg vermieden werden könne. Er sagte, er habe gestern ein vertrauliches Schreiben des Herrn Herbette erhalten. Der Botschafter habe sich sehr anerkennend und befriedigt über sein Gespräch mit Euerer Durchlaucht* geäußert und seine Überzeugung, daß der Friede erhalten bleiben werde, bestimmt ausgesprochen.

Dauer der Regierung, die gerade in Frankreich ist. — Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré zu leben, das jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und Redensarten vollständig beruhigen". In Paris nahm man die Rede Bismarcks, die so deutlich den festen Entschluß bekundete, unter keinen Umständen Frankreich anzugreifen, gut auf; vgl. die Äußerungen des französischen Ministers des Auswärtigen Flourens vom 14. Januar 1887 bei George Pagès, L'Hégémonie allemande, im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I (1919), p. 225.

* Nach dem Berichte Herbettes über diese Unterredung (Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I [1919], p. 227), hätte Bismarck in ihr von neuem zu wiederholten Malen erklärt, „que l'Allemagne désirait la paix et n'attaquerait pas". Aber er hätte hinzugefügt: „Ce que j'appréhends, c'est l'avènement comme Président du Conseil ou comme Président de la République du Général Boulanger. Dans ce cas, ce serait la guerre à brève échéance".

Herr von Freycinet brachte darauf selbst das Gespräch auf General Boulanger, indem er alles das, was in der letzten Zeit über Äußerungen, die er über den General und die Rede Euerer Durchlaucht gemacht haben sollte, als tendenziöse Lügen bezeichnete.

Er erkannte an, daß diese Persönlichkeit eine Gefahr sei, und bedauerte, daß durch die Wichtigkeit, die ihm von der deutschen und einem Teil der französischen Presse beigelegt wurde, es schwieriger geworden sei, ihn loszuwerden.

General Boulanger wolle entschieden den Krieg nicht, er könne es aber nicht lassen, alles, was er tue, als Reklame für sich zu benutzen. Er könne nur bei der nächsten Ministerkrisis beseitigt werden, und die stehe, nachdem das Budget so gut als angenommen sei, für den Augenblick noch nicht in Aussicht. pp.

Münster

Nr. 1246

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 66 Wien, den 4. Februar 1887

Ganz vertraulich

Gestern abend auf einem Balle, bei welchem der ganze kaiserlich österreichische Hof anwesend war, hat mich der Kaiser Franz Joseph mit der Frage angeredet: Sagen Sie mir, wollen Sie wirklich den Krieg mit Frankreich?

Ich habe Seiner Majestät nach Maßgabe meiner Instruktionen* geantwortet und gesagt, daß wir weder beabsichtigten, diesen Krieg zu beginnen, noch ihn zu provozieren. Ich habe aber entwickelt, daß wir dem Frieden auf Grund dessen, was in Frankreich vorginge, nicht mehr trauen könnten.

Seine Majestät schienen offenbar anzunehmen, daß wir den Krieg nicht würden vermeiden können, und fragten mich, diese Idee weiter verfolgend, ob wir Rußlands in diesem Fall ganz sicher wären? Ich habe geantwortet, daß ich dies glaubte, aber hinzugesetzt, ich könnte nur das wiederholen, was ich seinem Minister im Laufe der letzten Monate öfters gesagt hätte, daß nämlich, angesichts der uns drohenden Kriegsgefahr, auf welche Euere Durchlaucht stets aufmerksam gemacht hätten, wir dringend wünschen müßten, daß von Seiten unseres hohen Verbündeten nichts getan würde, um eine gleiche Kriegsgefahr im Osten heraufzubeschwören, weil dadurch die Weltlage sich nur noch ungünstiger gestalten würde. pp.

H. VII. P. Reuß

---

* Vgl. Nr. 1236.

Nr. 1247

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 82 Berlin, den 8. Februar 1887

Vertraulich

pp. Was die Äußerungen des Kaisers Franz Joseph über die deutsch-französischen Beziehungen* anbelangt, so bemerke ich ergebenst, daß die Franzosen nicht nur durch die öffentlichen Reden des Herrn Reichskanzlers, sondern auch auf anderem Wege auf das bestimmteste davon unterrichtet sind, daß wir nicht beabsichtigen, den Krieg mit Frankreich zu beginnen oder zu provozieren. Eine wirkliche Beunruhigung vor einem Angriffe Deutschlands kann also nicht wohl vorhanden sein**. Wenn man sich dennoch in Frankreich den Anschein einer solchen gibt, so geschieht das nur in der Absicht, daraus den Vorwand zu gesteigerten Rüstungen für den französischen Anfall auf Deutschland zu nehmen. Sollte es zum Kriege zwischen beiden Ländern kommen, so glauben wir nicht, daß Rußland gemeinsame Sache mit Frankreich machen werde; die Haltung Rußlands würde aber schwerlich eine solche sein, daß wir in der Lage wären, unsere ganze Kraft wie im Jahre 1870 gegen Frankreich zu verwenden und dieselbe bis zur vollständigen Niederwerfung unseres Gegners auszunutzen.

H. Bismarck

Nr. 1248

Aufzeichnung des Militärattachés in Wien Grafen von Wedel

Eigenhändig. Vom Grafen von Wedel am 8. Februar mit Privatbrief dem Staatssekretär Grafen von Bismarck übersandt

Wien, den 1. Februar 1887

Graf Kálnoky glaubt an einen Krieg zwischen uns und Frankreich, er glaubt auch, daß derselbe von militärischer Seite[1] gewünscht wird, weil man ihn auf die Dauer für unvermeidlich halte und daher die gerade jetzt für uns günstigen Chancen benutzen möchte. Daß Fürst

---

* Vgl. Nr. 1246.

** Tatsächlich hat sich eine solche Beunruhigung in Frankreich geltend gemacht. Sie fand vor allem in dem Umstand Nahrung, daß durch Kaiserlichen Erlaß vom 5. Februar 73000 Reservisten auf den 7. Februar zu einer zwölftägigen Übung mit dem neuen Magazingewehr einberufen wurden. Der Schriftwechsel zwischen dem französischen Außenminister Flourens und dem Botschafter Herbette aus diesen Tagen (mitgeteilt von G. Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur le faits de la Guerre Vol. I [1919], p. 228 f.) zeigt, daß sich die französischen Staatsmänner wirklich in einem Zustande nervöser Aufregung befanden.

Bismarck den Krieg nicht wolle, betont Graf Kálnoky übrigens auf das bestimmteste. Er hält es für unzweckmäßig, daß die deutsche Presse Boulangers Bedeutung erhöht[2] und gerade dadurch dessen Sturz nur unwahrscheinlicher macht. Der Glaube an den Ausbruch eines Krieges sei in fortwährendem Steigen begriffen, und man müsse fürchten, daß dieser Glaube, in Verbindung mit den zunehmenden Rüstungen schließlich in den Krieg hineintreiben würde. pp.

Bei Erwähnung eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, der zweifellos zu unseren Gunsten ausfallen würde, äußerte Graf Kálnoky auch noch, daß Rußland seiner Überzeugung nach ein völliges Niederwerfen Frankreichs niemals zugeben, sich vielmehr auf denselben Standpunkt stellen werde, welchen Deutschland und Österreich in ihren Beziehungen zueinander verträten, den nämlich, daß eine Schädigung Frankreichs als Großmacht nicht Platz greifen dürfe. pp.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Wer?
[2] ? sie ist vorhanden u[nd] läßt sich nicht todtschweigen

Nr. 1249

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 95 Berlin, den 16. Februar 1887

Der Herr Reichskanzler hat Ew. gefälligen Bericht Nr. 69 vom 4. cr.* mit Interesse gelesen und es als vollkommen korrekt bezeichnet, daß Ew. Ihrem russischen Kollegen erklärt haben, wir würden einen Krieg niemals aus dem Grunde führen, weil es früher oder später wahrscheinlich doch zu einem solchen kommen würde. Niemand kann der göttlichen Vorsehung so weit vorgreifen, um dies mit unbedingter Sicherheit behaupten zu können, denn es können sich im Laufe der Zeiten allerhand unberechenbare Vorfälle ereignen, welche den Ausbruch eines französisch-deutschen Krieges verhindern. Ich erinnere nur an die Zeit von 1815—1870, in der wir mit Frankreich in ununter-

---

* In seinem Bericht vom 4. Februar 1887 hatte Botschafter Prinz Reuß Äußerungen seines russischen Kollegen Fürsten Lobanow über das deutsch-französische Verhältnis wiedergegeben. Danach sah Fürst Lobanow den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich als unvermeidlich an und hielt es im Interesse Deutschlands für angezeigt, diese beklagenswerte Notwendigkeit nicht hinauszuschieben, obwohl Deutschland eigentlich bei einem Kriege kaum etwas gewinnen könnte. Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, trotz der Friedensbeteuerungen der französischen Regierung, leitete Fürst Lobanow daraus ab, daß kein Franzose den Frieden von 1871 anerkenne, jeder ihn nur als einen Waffenstillstand betrachte, der zu kündigen sein würde, sobald man sich stark genug fühlen werde, um Deutschland die verlorenen Provinzen wieder abzujagen.

brochenem Frieden gelebt haben, obgleich das Verlangen nach revanche pour Waterloo im Anfange und während der Mitte dieser Zeitperiode gewiß ein sehr lebendiges war. Es ist ferner eine geschichtliche Tatsache, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und dem uns bei Waterloo verbündeten England unter der ganzen Regierung Louis Philipps so gespannte waren, daß man während der Dauer derselben in jedem Jahre einem Kriege zwischen den beiden genannten Mächten entgegensah. Trotzdem ist es nicht zu einem solchen gekommen, sondern die Wechselfälle der Politik haben Frankreich und England sogar zu der entente cordiale der 50er Jahre geführt.

Es ist allerdings richtig, daß die Zeiten, in denen Frankreich mit seinen Nachbarn in Frieden gelebt hat, seit der Konsolidierung des französischen Nationalstaats stets von kurzer Dauer gewesen sind. Seit der Thronbesteigung des Kaisers Karl V. ist eine längere Friedenspause allein für diejenigen 80 Jahre zu rubrizieren, welche durch die französischen Religions- und Bürgerkriege ausgefüllt waren. Nachdem die letzteren durch den Kardinal Richelieu beendet waren, hat Frankreich aber seit seiner Einmischung in den 30 jährigen Krieg so oft mit Deutschland Händel gesucht, daß die Zeit der Kriegsjahre von 1635—1815 über ein Drittel dieser gesamten Periode ausfüllt. Nach der geschichtlichen Erfahrung kann man also wohl in dem Sinne mit einer gewissen Berechtigung von der Unvermeidlichkeit der steten Wiederkehr französisch-deutscher Konflikte sprechen, daß alle paar Dezennien es zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland gekommen ist.

Ich will dem Fürsten Lobanow darin gern recht geben, daß die jetzige französische Regierung einen Angriff auf Deutschland nicht beabsichtigt; die Bewahrung des Friedens liegt zu sehr im Interesse der momentan an der Regierung befindlichen zivilistischen Elemente, als daß sie denselben preisgeben sollten. Die Herren Grévy, Goblet, Flourens etc. wissen genau, daß es mit ihrer Herrschaft zu Ende ist, sobald der Kriegszustand proklamiert wird, und daß sie, wie der Krieg auch enden möge, keine Aussicht haben, wieder zur Regierung zu kommen, sobald ein General das Oberkommando in die Hand genommen hat.

Leider hat der russische Botschafter aber auch vollkommen recht, wenn er sagt, daß kein Franzose den Frankfurter Frieden anerkenne, und in dieser Tatsache liegt eben die Gefahr für den Fall, daß eine entschlossene militärische Clique in Paris das Heft in die Hand nimmt.

Bezüglich der übrigen Bemerkungen des Fürsten Lobanow verweise ich auf die bezügliche Reichstagsrede des Fürsten Bismarck*, in welcher er erklärt hat, daß die Franzosen garnichts besäßen, was irgendeinen Reiz für uns haben könnte; ich kann deshalb und aus den

* Vom 11. Januar 1887; vgl. Nr. 1244, Fußnote **.

oben genannten Gründen seiner Ansicht, daß es eine richtige Politik sein würde, wenn wir Frankreich jetzt mit Krieg überzögen, auch nicht beipflichten: Der Krieg bleibt immer ein großes Übel, selbst für den siegenden Teil.

Die Äußerung Ihres französischen Kollegen, daß seine Regierung von Berlin gerade in letzter Zeit die beruhigendsten Versicherungen erhalten hätte, ist vollkommen richtig: es ist darauf aber zu bemerken, daß der Kaiserlichen Regierung von der seinigen solche Versicherungen nicht gemacht worden sind.

H. Bismarck

Nr. 1250

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Militärattaché in Wien Grafen von Wedel

Konzept

Berlin, den 16. Februar 1887

Ew. gefälliges Schreiben vom 8. d. Mts. habe ich nebst Anlagen mit verbindlichstem Danke erhalten und dem Herrn Reichskanzler vorgelegt. Derselbe hat mich beauftragt, Ihnen auf die vom 1. d. Mts. datierten Aufzeichnungen über ein Gespräch mit dem Grafen Kálnoky* Nachstehendes zu erwidern.

Der Glaube des Grafen Kálnoky, daß ein Krieg zwischen uns und Frankreich von militärischer Seite gewünscht werde, hat insofern keine für uns greifbare Basis, als nicht ersichtlich ist, welche Persönlichkeiten der Graf hierbei im Auge hat: das Militärische wird bei uns in erster Linie durch Seine Majestät den Kaiser repräsentiert, und dieser sowohl wie der Kronprinz sind allen kriegerischen Unternehmungen abgeneigt.

Daß Boulangers Bedeutung durch die deutsche Presse erhöht werde, kann ich nicht zugeben: diese Bedeutung ist vorhanden und läßt sich nicht totschweigen. Der französische Kriegsminister hat es auch nach der Meinung seiner urteilsfähigen Landsleute verstanden, sich eine Popularität in Frankreich zu erwerben, wie niemand sie dort in den letzten 20 Jahren besessen hat. Er ist seinen Kollegen über den Kopf gewachsen, und da niemand voraussehen kann, wie schnell er an die Spitze der Geschäfte treten wird, so würde es dem Einwiegen in eine falsche Sicherheit gleichbedeutend sein, wenn man versuchen wollte, den populärsten französischen General zu ignorieren, welcher jederzeit in der Lage ist, durch den Appell an den Chauvinismus und die Eitelkeit seiner Landsleute dieselben zum Kriege fortzureißen. pp.

H. Bismarck

---

* Siehe Nr. 1248.

Nr. 1251

Der stellvertretende Chef des Generalstabes Generalquartiermeister Graf von Waldersee an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Berlin, den 20. Februar 1887

Euer Durchlaucht verfehle ich nicht, von nachstehenden, in den letzten Tagen zu meiner Kenntnis gekommenen Nachrichten über Kriegsvorbereitungen in Frankreich gehorsamst zu berichten.

1. Auf der Ost- und Nordbahn wird rollendes Material an einzelnen Punkten zu größeren Parks vereinigt.

2. Seit einigen Tagen wird die Überführung von französischen Güterwagen nach dem Reichslande auffallend beschränkt; namentlich werden Wagen guter Qualität zurückgehalten.

Diese Nachricht kann mit der ad 1 wohl im Zusammenhange stehen.

3. Auf 2 nach Toul und Nancy führende Bahnen wird je eine Laderampe für ganze Militärzüge hergestellt, eine Maßregel, die um so auffallender ist, als im französischen Aufmarschterrain derartige Rampen in großer Zahl bereits vorhanden sind; die volle Bedeutung dieser Anlage kann ich erst beurteilen, wenn ich deren genaue Lage erfahren haben werde.

4. Bei Belfort haben Abholzungen der Glacis begonnen, Arbeiten, die man bis zum letzten Augenblick zu verschieben pflegt; über den Umfang derselben, und ob sie auch auf andere Festungen oder Forts ausgedehnt sind, ist mir noch nichts bekannt.

5. Munitionstransporte in für den Frieden ungewöhnlicher Größe sind nach den Festungen der Ostgrenze beobachtet worden.

Ich halte diese Nachrichten sämtlich für beachtenswert; sie geben den Eindruck, daß man in Frankreich den Ausbruch des Krieges für nahe hält.

Daß die Maßregeln der Furcht vor einem überraschenden Losschlagen unsrerseits entsprungen sein können, ist aber sehr wohl möglich.

Besondere Beachtung würde es verdienen, wenn der Barackenbau plötzlich sistiert sein sollte, wie von 2 Holzlieferanten angegeben wird.

Die Baracken konnten nach Lage und Umfang und Solidität der Bauart nur den Zweck haben, eine ansehnliche Truppenzahl aus dem Innern des Landes näher an unserer Grenze für längere Zeit unterzubringen; der Kriegführung selbst können sie nicht dienen; wird der Bau eingestellt, so ist die Annahme immerhin zulässig, daß man den Ausbruch des Krieges für nahe hält. Der General-Quartiermeister

Gf. Waldersee

Nr. 1252

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 58 Paris, den 23. Februar 1887

Am vorigen Sonnabend sollen ziemlich heftige Verhandlungen zwischen General Boulanger und seinen Kollegen im Ministerrate, dem Präsident Grévy präsidierte, stattgefunden haben. Es wird das strengste Geheimnis bewahrt und ist nichts darüber in die Presse gedrungen.

General Boulanger verlangte nämlich die Vorlage eines Kriegsleistungsgesetzes, indem er näher darlegte, daß bei einer etwaigen Mobilmachung jede gesetzliche Grundlage fehle, und er nicht glaube, daß die fehlenden Bestimmungen durch einfache Dekrete erlassen werden könnten.

Sollte es zum Kriege kommen, so sei ein solches Gesetz durchaus notwendig. Aber auch für den Fall, daß, wie er es beabsichtige, eine versuchsweise Mobilmachung angeordnet werden sollte, würde die gesetzliche Regelung über die Verpflichtungen zu Leistungen notwendig werden.

Es wurde im Ministerrate anerkannt, daß in Beziehung auf Kriegsleistung die französische Gesetzgebung Lücken enthalte und ergänzt werden müsse. Alle Mitglieder des Kabinettes sollen aber dem Präsidenten Grévy, der sich sehr energisch gegen General Boulanger aussprach, darin beigetreten sein, daß sie erklärten, daß der jetzige Augenblick zur Vorlage eines solchen Gesetzes schlecht gewählt sei, indem dieselbe als eine Vorbereitung zum Kriege angesehen und Debatten dadurch veranlaßt werden könnten. Im Interesse des Friedens liege es, dieses zu vermeiden.

General Boulanger blieb mit seinem Vorschlage allein und soll in sehr schlechter Laune den Ministerrat verlassen haben.

Es zeigt dieser Vorfall, daß der Präsident und die Mitglieder des Kabinetts aufrichtig die Erhaltung des Friedens und alles vermeiden wollen, was als eine kriegerische Maßregel gedeutet werden könnte.

Wie bei dem Konflikte mit Herrn Flourens wegen des Briefes an den Kaiser von Rußland*, so auch jetzt hofften die Kollegen des General Boulanger, daß, heftig wie er ist, er in schlechter Laune seinen Abschied einreichen würde. Er tut ihnen aber diesen Gefallen nicht und wird nicht anders als bei einer völligen Ministerkrisis beseitigt werden.

---

* Der französische Minister des Auswärtigen Flourens hatte Mitte Februar wegen der dem Kriegsminister Boulanger nachgesagten Absicht, sich mit einem Briefe an den russischen Kaiser zu wenden, ein Abschiedsgesuch eingereicht, das er jedoch auf Andringen des Präsidenten Grévy zurückzog. (Bericht des Grafen Münster vom 8. Februar 1887.)

Wann und ob eine solche bald kommen wird, läßt bei den hiesigen Verhältnissen sich nicht im voraus sagen.

Ich habe in diesen Tagen aber wiederholt behaupten hören, daß nächste Woche eine Krisis möglich sei, und die Kornzölle dazu den Anlaß bieten könnten.

Münster

Nr. 1253

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 152 Berlin, den 25. Februar 1887

Ew. geheimen Bericht Nr. 62 vom 21. d. Mts.* habe ich erhalten. Wenn Sie wieder eine Gelegenheit finden, die Frage der Großmachtsstellung Frankreichs mit russischen Staatsmännern zu besprechen, so können Sie letztere über unsere Stellung zu derselben vollkommen beruhigen. Wir haben einmal durchaus kein Bedürfnis, Frankreich anzugreifen; wenn wir aber bei einem Angriffe Frankreichs auf uns siegreich bleiben sollten, so irrt Herr von Giers, wenn er annimmt, daß wir nicht das gleiche Interesse an der Aufrechterhaltung von Frankreichs Großmachtstellung haben, wie Rußland. Frankreichs Fortbestehen als Großmacht ist für uns ebenso Bedürfnis, wie das jeder andern der Großmächte, allein schon aus dem Grunde, weil wir für gewisse Fälle eines maritimen Gegengewichtes zur See gegen England bedürfen. Bei der naheliegenden Möglichkeit der Wiederkehr einer radikalen Regierung in England liegt auch der Lieblingsgedanke des Herrn Gladstone, d.h. ein russisch-englisches Bündnis, nicht außerhalb unserer Erwägungen. Schon mit Rücksicht auf diese Eventualität liegt die Fortexistenz Frankreichs als Großmacht innerhalb der Erwägungen jeder deutschen Politik, die mit einem längern Zeitraum als dem der momentanen Konstellation zu rechnen hat. Es ist ein Bedürfnis der deutschen Politik, wenigstens mit einer der großen westlichen Seemächte, wenn es mit beiden nicht geht, auf freundschaftlichem Fuße zu stehen; da dies für jetzt mit Frankreich nicht möglich ist, welches durch die Haltung der russischen Presse in eine besonders feindselige Stimmung gegen Deutschland hineingehetzt wird, so sind wir gegenwärtig auf England angewiesen; es kann sich das aber bald ändern, und es ist sehr gut denkbar, daß unsere Beziehungen zu Frankreich in kurzer Zeit noch intimer werden, als sie selbst zur Zeit des Herrn Ferry waren. Die russische Annahme, als ob wir Frankreichs Großmachtsstellung dauernd vernichten wollten, ist also eine kurzsichtige; wir brauchen

* In seinem Berichte vom 21. Februar war Botschafter von Schweinitz darauf zu sprechen gekommen, daß die russischen Staatsmänner den Fortbestand Frankreichs als Großmacht als im russischen Interesse liegend erachteten.

Frankreich in den politischen Konstellationen nach Umständen sogar mehr, als Rußland desselben zu bedürfen glaubt. Wenn wir von Frankreich angegriffen würden und siegten, so würden wir doch nicht an die Möglichkeit glauben, eine Nation von 40 Millionen Europäern von der Begabung und dem Selbstgefühl wie die Franzosen vernichten zu können. Es ist das drei großen Reichen im Osten seit 100 Jahren nicht einmal mit der im Vergleich mit der französischen so unbedeutenden polnischen Nationalität gelungen, obschon in der letztern der in Frankreich fehlende Zwiespalt zwischen Adel und Bauern die Aufgabe leichter erscheinen läßt. Wir würden deshalb den aussichtslosen Versuch, Frankreich als Macht zu vernichten, niemals unternehmen. Wenn aber Frankreich jedenfalls stark bleibt oder nach kurzer Erholung wieder wird, so daß wir mit seiner Nachbarschaft stets zu rechnen haben, so wird sich im nächsten Kriege, wenn wir siegen, eine schonende Behandlung empfehlen, grade wie Österreich gegenüber 1866. Wenn ich im Reichstage anders gesprochen habe, so geschah es, um vom Kriege abzuschrecken. Gelingt letzteres nicht, so würden wir nach der ersten gewonnenen Schlacht Frankreich unter günstigen Bedingungen den Frieden bieten. Würden wir geschlagen, so läßt sich kaum annehmen, daß der russischen Politik das geographische Näherrücken der siegreichen französischen Republik sehr willkommen sein könne.

Ich glaube, daß ein so besonnener und kaltblutiger Staatsmann wie Herr von Giers diese Erwägungen würdigen wird, wenn Ew. dieselben akademisch mit ihm besprechen.

v. Bismarck

Nr. 1254

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl von Schlözer

Konzept

Nr. 76 Berlin, den 5. März 1887

Der Herr Reichskanzler hat Ew. gefälligen Bericht Nr. 33 vom 26. v. Mts.*, den französischen Gedanken einer päpstlichen Vermittelung betreffend, erhalten und bittet Sie, sich, falls die Sache Ihnen gegenüber von autoritativer Seite angeregt werden sollte, in dem Sinne zu äußern, daß wir sehr dankbar sein würden für jede Mitwirkung zur Erhaltung des Friedens auf dem status quo; wir glaubten aber nicht, bei Frankreich dieselben Dispositionen voraussetzen zu können, sondern vermuteten vielmehr, daß dieses hoffe und glaube, wir würden uns bereit

* Nach Schlözers Bericht vom 26. Februar 1887 wären an den Papst verschiedentlich französische Anregungen herangetreten, er möge eine Allianz zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen suchen.

finden lassen, den Frieden mit ihm durch irgendwelche Konzession zu erkaufen. Eine solche Möglichkeit auch nur zu erwägen, würde schon früher bei der in Deutschland herrschenden Stimmung sehr schwierig gewesen sein; nachdem aber jetzt seit dem Hervortreten des Ministers Boulanger und seiner offenen Begünstigung der Bestrebungen der Patriotenliga die Kriegsgefahr in frivoler Weise uns näher gerückt worden ist, liegt die absolute Unmöglichkeit vor, auf irgendeine Transaktion einzugehen, welche uns auch nur die geringste Konzession zumuten würde. Wenn der Gedanke, von dem Ihr erwähnter Bericht handelt, wirklich Gestalt gewinnen sollte, so kann ihm nur der Plan zugrunde liegen, dem Papste nach einer gelungenen Mediation eine mißlungene mit Deutschland zu obtrudieren, indem man es etwa darauf anlegt, den Papst zu bewegen, uns irgendeine kleine Abtretung oder vielleicht die Neutralisierung eines bestimmten Teils des deutschen Reiches vorzuschlagen. Der Herr Reichskanzler glaubt zwar, daß der Papst viel zu klug ist, sich in dieser Richtung eine Falle von Frankreich stellen zu lassen; sollten Sie aber trotzdem davon hören, daß etwa beabsichtigt würde, einen solchen Versuch zu machen, so ersuche ich Ew., denselben als eine Intrige zu bezeichnen, welche nur bestimmt wäre, Verstimmungen zwischen uns und dem Papste zu schaffen.

H. Bismarck

Nr. 1255

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 82 Berlin, den 10. März 1887

Es liegen Anzeichen vor, daß die Franzosen in neuester Zeit die deutsche Politik durch Einschüchterung beeinflussen, d. h. an der Ausführung der uns fälschlich zugeschriebenen Absicht, offensiv gegen Frankreich vorzugehen, und zunächst an der Verstärkung der Grenzbesatzungen hindern möchten.

In letzterer Hinsicht läßt man durch angebliche Indiskretionen aus dem Kriegsministerium die Nachricht hierhergelangen, daß der General Boulanger, dessen Einfluß heute mächtiger, dessen Stellung stärker sei als je, mit oder ohne Zustimmung der andern Minister jede unsrer Maßnahmen durch Gegenmaßnahmen beantworten, und daß man so von Schritt zu Schritt unvermeidlich zum Kriege gelangen werde. Da die für Verstärkung unsrer Verteidigungsstellung getroffenen Dispositionen demnächst zur Ausführung gelangen, so werden wir in naher Zukunft darüber klar sein, ob seine geheimen Drohungen einen realen Hintergrund hatten oder nicht. Vorläufig vermuten wir letzteres. Soweit es sich um die Eventualität eines deutschen Offensivstoßes gegen Frankreich handelt, wird die Probe

auf das Exempel nicht gemacht werden, da ein solcher Schritt, wie Ew. wissen, nicht beabsichtigt wird.

Ew. wollen bei den Ihnen zugehenden Nachrichten von sensationeller Färbung die Möglichkeit ins Auge fassen, daß dieselben auf Einschüchterung berechnet sind, wobei ich jedoch ausdrücklich bemerke, daß ich den russischen Wunsch, eine nähere Fühlung mit Frankreich herzustellen, als wirklich vorhanden ansehe. Fraglich bleibt nur, wieweit das offizielle Rußland, d. h. der Kaiser Alexander, sich bei Manifestationen dieser Art beteiligt.

H. Bismarck

Nr. 1256

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 159 Berlin, den 19. März 1887
[abgegangen am 20. März]

Ew. pp. gefällige Berichte Nr. 127 und 128* hat der Herr Reichskanzler erhalten. Aus beiden geht zum Erstaunen Seiner Durchlaucht hervor, daß man in Österreich wirklich den ganz unglaublichen Gedanken gehabt zu haben scheint, als ob wir die Absicht hätten, Frankreich anzufallen. Es ist schwer zu erklären, wie ernsthafte österreichische Staatsmänner und Politiker auf solche Idee haben kommen können, denn es ist nicht der geringste Grund ersichtlich, aus welchem wir gegen Frankreich Krieg führen sollten. Die Sache ist vielmehr die, daß die Orléans zum Kriege hetzen; bedroht ist Frankreich von niemand, und am allerwenigsten von uns. Allein die Tatsache, daß wir das Elsaß besitzen und nicht erst zu erobern brauchen, spricht dafür, daß uns an einem Friedensbruche nichts liegen kann. Wir haben von Frankreich absolut nichts zu gewinnen, es besitzt nichts, was uns reizen könnte, und daß es bei uns Leute geben sollte, die aus reiner Frivolität unsern 90 jährigen Kaiser noch in einen leichtsinnigen Krieg stürzen wollten, ist ein für den Herrn Reichskanzler unfaßbarer Gedanke. Der Herr Reichskanzler kann in den Ihnen in Wien gegenüber getretenen

* In den beiden Berichten Nr. 127 und 128 vom 11. März 1887 hatte Botschafter Prinz Reuß Äußerungen des Grafen Kálnoky wiedergegeben, wonach in Wien vor einigen Wochen die Ansicht sehr verbreitet gewesen wäre, „als wolle Deutschland, des Revanchegeschreis in Frankreich und der daraus hervorgehenden beständigen Unsicherheit müde, den ihm jetzt günstigen Augenblick benutzen, um den ihm unbequemen Nachbar auf eine längere Reihe von Jahren zur Ruhe zu bringen". Nach Kálnoky sollte diese Ansicht „auch in der deutschen militärischen Welt sehr gewichtige Vertreter gefunden haben". An dem Wiener Gerede scheint vor allem auch der russische Botschafter Fürst Lobanow beteiligt gewesen zu sein, der seine eigenen Argumentationen (vgl. S. 172, Fußnote) dem Grafen Kálnoky unterschob. Erlaß an Schweinitz vom 13. März 1887.

diesbezüglichen Ansichten nur einen Mangel an Urteil erblicken, welcher entweder auf der eigenen Beschränktheit der Betreffenden beruhen muß oder darauf, daß ein hoher Grad von Torheit in der Leitung unserer Politik vorausgesetzt wird; es ist dies insofern erschreckend, als es unsere politischen Berechnungen, welche sich doch auf das Vorhandensein einer gewissen Einsicht in Wien gründen müssen, ganz unsicher macht. Es ist dem Fürsten Bismarck unbegreiflich, welche Idee die hier in Frage kommenden österreichischen Politiker sich von unserem Bündnis mit Österreich machen, wenn sie glauben, daß wir ohne jeden vorgängigen Gedankenaustausch und ohne jede Rückfrage bei unserm Bundesgenossen einen großen und schweren Krieg vom Zaune brechen könnten; wir würden ja gar nicht in der Lage sein, unser Bündnis ausführen und Österreich, falls es angegriffen wird, irgendwie stützen zu können, wenn wir gegen Frankreich zu Felde zögen und dadurch unsere gesamte Kriegsmacht engagierten. Die Ausrede mit den Absichten der supponierten hiesigen Militärpartei erscheint dem Herrn Reichskanzler sehr naiv; es gibt bei uns keine Militärpartei, sondern höchstens einzelne Offiziere, welche gelegentlich von ihrer kriegerischen Bereitwilligkeit sprechen mögen. Wenn man in dem Sinne, wie es Ihnen gegenüber geschehen ist, vom Einflusse einer „Militärpartei" sprechen wollte, so würden sämtliche großen europäischen Staaten unaufhörlich dicht vor dem Kriege stehen, denn die Mehrzahl des Militärs rasselt überall gern mit dem Säbel, wenn sie es auch vielfach nur unter der Gewißheit tut, daß der Friede nicht gebrochen werden wird.

Der Herr Reichskanzler bittet Ew. pp., allen denjenigen, die Ihnen über unsere angebliche Kriegslust und von der imaginären deutschen Militärpartei gesprochen haben, den Ausdruck Ihrer Verwunderung darüber nicht vorenthalten zu wollen, daß man auf diese Torheit, welche auf uns einen betrübenden Eindruck machen muß, hat kommen können.

In der ganzen Ihnen gegenüber zum Ausdruck gekommenen Argumentierung liegt eine vollkommen unrichtige Auffassung der französichen Verhältnisse. Die Franzosen bemänteln ihre ununterbrochenen und enormen Rüstungen mit dem von ihnen selbst nicht geglaubten Vorwand, daß wir sie angreifen würden; diese Rüstungen dienen lediglich Angriffszwecken; sie sollen die französische Armee der unsern überlegen machen, damit Frankreich alle Chancen des Erfolges auf seiner Seite hat, sobald es den Moment für den Angriff *auf uns* für gekommen hält.

Daß unsere Gegner den Sachverhalt im Sinne der altbekannten Fabel des Phädrus von dem Wolf und dem Lamm umdrehen und uns in bewußter Verlogenheit aggressive Absichten imputieren, ist natürlich. Daß aber unsere Freunde in Wien sich soweit haben verblenden lassen können, jenen Unterstellungen auch nur für eine kurze Zeit Glauben beizumessen, ist sehr niederschlagend. Es zeigt das eine

gewisse Neigung, uns immer das Dümmste zuzutrauen, was eine Regierung nur begehen kann, und es ist das umsoweniger verständlich, als wir nicht glauben, für eine solche Beurteilung greifbare Anhaltspunkte gegeben zu haben.

Ew. wollen die vorstehenden Ausführungen als lediglich für Ihre persönliche Information bestimmt ansehen.

H. Bismarck

Nr. 1257

Der Geschäftsträger in Paris Graf von Leyden an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Paris, den 22. April 1887

„Temps“ meldete gestern abend, französischer Polizeikommissar Schnäbele aus Pagny sei über die Grenze gelockt, überfallen und geknebelt nach Metz eingebracht worden*, und — auf der Börse fiel die Rente um 60 Centimes.

Bei einer Abendgesellschaft im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten fand ich die Stimmung in Regierungskreisen wegen dieses Vorfalles besorgt, man bezweifelte die Richtigkeit der Nachricht, erwartete aber mit Ungeduld Aufklärung des Sachverhalts. Im Ministerium des Innern war die Sache auch seit gestern Nachmittag von der Grenze gemeldet worden. Leyden

Nr. 1258

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Geschäftsträger in Paris Grafen von Leyden

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 40 Berlin, den 22. April 1887

Telegramm Nr. 55 erhalten.

Ich bitte Herrn Flourens vertraulich zu sagen, daß ich nicht wüßte, unter welchen Modalitäten die Festnahme Schnäbeles stattgefunden, und Erkundigungen darüber angeordnet hätte: es sei aber Tatsache, daß

* Am 11. Februar 1887 war ein in Straßburg wohnender Agent Tobias Klein wegen des Verdachts des Landesverrats verhaftet worden. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter in Straßburg belastete er den französischen Polizeikommissar Schnäbele derart, daß der Richter laut eines Berichts des Staatssekretärs des Reichsjustizamts Schelling an den Reichskanzler vom 11. März „es für dringlich erachtete, den Polizeikommissar von Tausch mit dem Auftrage nach Metz zu schicken, auf Schnäbele zu fahnden und ihn im Betretungsfalle zu verhaften“. Wie Schelling dem Fürsten Bismarck mitteilte, glaubte er seinerseits in die Maßnahmen des Untersuchungsrichters nicht eingreifen zu sollen. Auch Bismarck sah, wie er Schelling am 12. März erwiderte, „vom politischen Standpunkte aus kein Hindernis dagegen“, Schnäbele zu verhaften, sobald er etwa auf deutschem Boden betroffen werde, und die Voruntersuchung gegen ihn einzuleiten. Die Verhaftung erfolgte am 20. April, gelegentlich eines von dem deutschen Polizeikommissar Gautsch aus Ars mit Schnäbele wegen Grenzstreitigkeiten ver-

schriftliche Beweise wegen Beteiligung Schnäbeles an landesverräterischen Umtrieben im Reichslande vorliegen, und seine auf gerichtliche Requisition erfolgte Verhaftung sei deshalb vollständig gerechtfertigt.

Die Franzosen können es uns nicht verdenken, daß wir uns gegen Spionage und Konspirationen an unseren Grenzen nachdrücklich wehren.

v. Bismarck

Nr. 1259

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Geschäftsträger in Paris Grafen von Leyden

Telegramm. Konzept

Nr. 41 Berlin, den 22. April 1887

Die Verhaftung Schnäbeles ist infolge der Geständnisse eines wegen Landesverrats in Untersuchung befindlichen Spions durch den Untersuchungsrichter für den Fall der Betretung Schnäbeles auf deutschem Gebiete schon länger angeordnet gewesen und jetzt zur Ausführung gelangt. Schnäbele wird sofort in Freiheit gesetzt werden, wenn die schwebende Untersuchung seine Unschuld ergibt. Teilen Sie das Herrn Flourens vorläufig vertraulich mit.

v. Bismarck

Nr. 1260

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Geschäftsträger in Paris Grafen von Leyden

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 47 Berlin, den 24. April 1887

Antwort auf Telegramm Nr. 60*.

Machen Sie gelegentlich noch geltend, daß die Reichsregirung in der ganzen Sache unbetheiligt ist, da der ganze Vorgang auf der Initiative

---

abredeten Rendezvous an der Grenze, jedoch auf deutschem Boden, was von französischer Seite erst bestritten, später aber von Schnäbele selbst zugegeben wurde. Nicht ganz sicher steht fest, ob Schnäbele durch Gautsch mit Absicht in einen Hinterhalt gelockt ist. Anfänglich hat Gautsch selbst in diesem Sinne berichtet; später hat er aber einen solchen Zusammenhang bestritten; auch Kriminalkommissar von Tausch, der durch seine Beamten die Verhaftung vorgenommen hatte, hat wiederholt erklärt (u. a. in einem Berichte vom 6. Mai), daß er nur zufällig von dem zwischen Gautsch und Schnäbele verabredeten Rendevous erfahren, und daß Gautsch von der beabsichtigten Verhaftung nichts gewußt habe. Für Bismarck genügte, wie die folgenden Aktenstücke lehren, die Tatsache, daß Schnäbele bei Gelegenheit einer mit einem deutschen Beamten in Grenzsachen verabredeten Zusammenkunft verhaftet war, um die Freilassung zu befehlen.

* In dem Telegramm Nr. 60 vom 24. April hatte der Geschäftsträger Graf von Leyden berichtet, daß der Minister Flourens und die allgemeine Stimmung in Paris, die erst hochgradig aufgeregt gewesen war, und vor allem an dem dem Polizeikommissar Schnäbele angeblich gelegten Hinterhalt Anstoß genommen hatte, „bedeutend zuversichtlicher seit gestern Abend auf Nachricht der Erklärungen Eurer Durchlaucht“ geworden sei.

der dortigen Gerichte, in Anknüpfung an eine bei ihnen schwebende Untersuchung erfolgt ist. Sollten Mißgriffe dabei vorgekommen sein, so würde ich sie lebhaft bedauern und mißbilligen.

v. Bismarck

Nr. 1261

Der Geschäftsträger in Paris Graf von Leyden an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 Paris, den 24. April 1887

Herr Flourens, dem ich soeben die Aufträge von Telegramm Nr. 44 und 45* entrichtet habe, zeigte mir zwei im Schreibtisch Schnäbeles gefundene Briefe von Gautsch vom 13. und 16. April, welche allerdings Beweis zu erbringen scheinen, daß guet-apens vorliegt. Beide Briefe sind noch unveröffentlicht und gehen in Photographie Herrn Herbette zu.

Über Grenzverletzungsfrage erwartet Minister Aufklärung durch Vergleichung der Protokolle. Er scheint aber sehr besorgt über Eindruck der beiden Briefe auf öffentliche Meinung und weist daraufhin, daß Frankreich eben an Belgien französischen Militärpflichtigen wieder ausgeliefert habe, welcher durch List über die Grenze gelockt worden sei. Minister bedauert es lebhaft, wenn Beteiligung Schnäbeles an Verschwörung im Reichsland vorliegt.

Leyden

Nr. 1262

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 25. April 1887

Der französische Botschafter übergab mir heute die anliegenden Pièces** mit dem Bemerken, es ginge daraus zweifellos[1] hervor, daß Schnäbeles Festnahme auf französischem Gebiet erfolgt sei[2]. Ich erwiderte, daß unsere bisherigen Nachrichten gegenteilig lauteten: Ich würde die Anlagen aber sorgfältig prüfen und demnächst mit der Dar-

---

* In den Telegrammen Nr. 44 und 45 vom 23. April war Graf Leyden benachrichtigt worden, daß nach der gerichtlichen Zeugenvernehmung die Verhaftung Schnäbeles wirklich auf deutschem Boden erfolgt sei, und daß Bismarck es bedauern würde, wenn Schnäbele in den Hinterhalt gelockt sein sollte, daß dies aber doch nicht so übel sein würde, wie die Beteiligung eines französischen Beamten an einer Verschwörung im Reichslande.

** Es handelt sich dabei um französische gerichtliche Aufnahmen, sowie um die Abschrift eines Briefes von Gautsch an Schnäbele, aus dem hervorgeht, daß Schnäbele am 20. April wirklich nur einer Aufforderung von Gautsch zu einem Rendezvous in Grenzangelegenheiten gefolgt war.

stellung vergleichen, welcher ich seitens des Ersten Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters entgegensähe. Wir hätten bisher bloß kurze Meldungen von Polizeibeamten, und ich müsse mir deshalb eine weitere Besprechung und definitive Äußerung reservieren, bis der gerichtliche Bericht vorliegen würde. Sollte derselbe ergeben, daß Schnäbele tatsächlich jenseits des französischen Grenzpfahls ergriffen worden sei, so würde er wieder in Freiheit gesetzt werden.

Die Rekriminationen, welche Herbette an den mitanliegenden Brief Gautschs knüpfte — welchen er une fraude nannte, die an und für sich die Festnahme invalidiere — beantwortete ich in trockener Weise dahin, daß ich dies Vorgehn nicht billigen, von einem subalternen Polizisten[3] aber auch nicht besonders chevalereske Rücksichtnahmen erwarten könnte.

Viel schlimmer sei es aber, daß ein Beamter der französischen Regierung für dieselbe Spionagen und Landesverrat organisiere. Als Herbette dies zurückweisen wollte und behauptete, seine Regierung gebe sich zu so etwas nicht her[4], fragte ich ihn, ob er denn glaube, daß Schnäbele nur für sein eigenes Vergnügen kostspielige Spionage getrieben habe? Außerdem erinnerte ich ihn daran, daß eine im vorigen Dezember vom Kriegsministerium veranlaßte Preßnotiz offen erklärt habe, das Konzept eines Militärberichts des Hauptmanns von Schwartzhoff sei zu seiner Kenntnis gelangt. Dies bewiese doch, daß Organe der französischen Regierung die Resultate von Spionagen öffentlich endossieren. — Herbette machte hierauf einige nichtssagende Redensarten; er schien kein Bedürfnis zu haben, dieses Thema eingehender zu behandeln; er begnügte sich damit, die Bitte auszusprechen, daß wir unsrerseits dazu beitragen möchten, diese kleine und an sich nicht wichtige Subalternaffaire aus der Welt zu schaffen: da doch jedenfalls des irrégularités bei der Verhaftung und ihrer Anbahnung vorgekommen seien, so könnten wir auf Grund derselben Schnäbele wohl freilassen; er würde dann in Frankreich bestraft werden.

Ich bemerkte dazu, daß es schwer tunlich sein würde, in den Gang der Gerichtsverhandlungen administrativ einzugreifen: wir könnten keine Kabinettsjustiz üben; bestimmtere Äußerungen müsse ich mir aber bis nach Eingang unseres Materials reservieren.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ?

2 Der Hauptfehler der Situation liegt darin, daß Schnebele bei Gelegenheit einer amtlichen Conferenz über internationale Grenzfragen gegriffen wurde. Dergleichen Conferenzen stehn in gleichem Verhältniß wie die Begegnungen mit feindlichen Parlamentärs, u[nd] müssen freies Geleit sichern, sonst wird der amtliche Grenz-Verkehr unmöglich

3 [„von einem subalternen Polizisten" eingeklammert, dafür:] einem Spion, der sein Amt mißbraucht, gegenüber

4 !

Nr. 1263

Bericht des Militärattachés in Paris Hauptmann Freiherr von Hoiningen, gen. Huene

Abschrift

Paris, den 27. April 1887

In bezug auf die Verhaftung des französischen Polizeikommissars in Pagny vernehme ich von verschiedenen zuverlässigen Seiten, daß durch dieselbe eine nicht geringe Beklommenheit im französischen Kriegsministerium herrschen soll.

Der Kriegsminister, welcher seinem Charakter entsprechend den Dienst seines bureau des renseignements mit besonderer Vorliebe selbst zu dirigieren scheint, soll in Voraussicht einer eventuellen großen Kompromittierung seiner Person in besonderer Aufregung sein, zumal er über den Umfang des diesseits über französische Spionage pp. im Reichsland Bekannten nicht orientiert ist. Daß der französische Polizeikommissar zu Pagny einer der Dirigenten dieser französischen Machinationen ist, wird auch in der Presse mehrfach ausgesprochen.

Über einen Vorfall im Ministerrat am 23. d. Mts. bei Besprechung genannter Angelegenheit höre ich, daß der Kriegsminister sich hierbei jeder Äußerung enthielt; schließlich vom Präsidenten der Republik zu einer solchen aufgefordert, soll der Kriegsminister ihm ein Stück Papier gereicht und gesagt haben: Signez l'ordre et en 18 heures la frontière Est sera garnie de troupes suffisantes à repousser toutes les attaques; en six jours l'armée sera formée derrière; darauf stand der Kriegsminister auf und verließ die Sitzung.

Wie telegraphisch am 27. d. Mts. gemeldet, hat der Kriegsminister die Beurlaubung von Offizieren und Mannschaften bei einer großen Zahl von Regimentern — soviel bis jetzt konstatiert nicht allgemein — bis auf weiteres untersagt. Die ebenfalls telegraphisch am 26. d. Mts. gemeldete Konsignierung der 3 Kavallerieregimenter und reitenden Batterie der Garnison Paris, welche zur 1. Kavalleriedivision gehören, stimmt hiermit überein.

Die auf den Außenbahnhöfen von Paris angestellten Ermittlungen, ob Eisenbahnmaterial bereitgestellt sei, haben ergeben, daß auf denselben nur 1 Zug von 40 bedeckten Güterwagen an einer für den sonstigen Verkehr nicht benutzten Militärrampe bereitsteht, daß sonst keine Militärzüge rangiert sind, jedoch auf diesen Bahnhöfen der Ostbahn außer einigen hundert Personenwagen auch 550 bedeckte Güterwagen zur Verfügung stehen. Unauffällige Beobachtung wird fortgesetzt.

Als Ansicht eines ruhig denkenden hohen Militärs hierselbst bin ich in der Lage wiedergeben zu können, wie derselbe dem gegenwärtigen Accident als solchem keine Bedeutung beimißt, jedoch sagt, die Absicht, dem französischen Volke das Gefühl des von Deutschland Vergewaltigt-Werdens beizubringen, wie dies die Taktik der maß-

gebenden Leute seit Monaten gewesen, sei nunmehr vollkommen erreicht, die Erbitterung der großen Masse sei gegenwärtig eine tiefinnerliche; Deutschland möge in der gegenwärtigen Angelegenheit noch so sehr im Recht sein, beziehungsweise sich noch so korrekt benehmen, so sei die allgemeine Stimmung in Frankreich zur Zeit doch so schlecht, daß ein an und für sich ganz gleichgültiger neuer Accident mit Leichtigkeit eine Situation schaffen, eine Handlung zur Folge haben könne, deren Folge der Krieg sei.

Diese allgemeine Stimmung im Verein mit dem nicht reinen Gewissen eines gewalttätigen Kriegsministers berge nach seiner Ansicht eine nicht geringe Chance für baldigen Beginn eines Krieges in sich.

(gez.) Freiherr von Hoiningen, gen. Huene

Nr. 1264

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den französischen Botschafter in Berlin Herbette*

Konzept

Berlin, den 28. April 1887
[abgegangen am 29. April]

Auf Grund der Mitteilungen, welche Seine Exzellenz der Herr Botschafter der französischen Republik in betreff der gerichtlichen Festnahme des französischen Polizeikommissars Schnäbele gemacht hat, sowie in Würdigung der durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in Paris gemeldeten Mitteilungen des französischen Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten hat der Unterzeichnete die Angelegenheit des Schnäbele einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Zum Zwecke derselben sind von den beteiligten Gerichtsbehörden die Beweisstücke eingefordert worden, welche sich auf die Veranlassung der Verhaftung des Schnäbele und auf die begleitenden Umstände beziehen.

Die wichtigsten dieser Schriftstücke, vor allem die Aussage des Schnäbele nach seiner Verhaftung und die sämtlichen gerichtlich zu Protokoll genommenen Zeugenaussagen sind dem Herrn Botschafter der französischen Republik abschriftlich mitgeteilt worden. Dieselben ergeben als zweifellos, daß die Verhaftung in ihrem ganzen Verlauf ausschließlich auf deutschem Gebiete und ohne Überschreitung der französischen Grenze vor sich gegangen ist.

Das gerichtliche Verfahren gegen Schnäbele hat das Verbrechen des Landesverrates, begangen im Gebiete des Deutschen Reiches, zum Gegenstande und gründet sich auf vollgültige Beweise seiner Schuld, bestehend in Geständnissen des in gleicher Sache angeklagten Reichsangehörigen Klein und in eigenhändigen, in Metz zur Post gegebenen

* Veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 1. Mai 1887, daraus abgedruckt in „Das Staatsarchiv" Bd. 48, S. 328 ff.

und von Schnäbele seitdem anerkannten Briefen des letztern. Auf Grund der erwiesenen und später von Schnäbele selbst eingestandenen Schuld hat das Reichsgericht befohlen, denselben zu verhaften, sobald er sich auf deutschem Gebiete würde betreten lassen. Dies ist der Fall gewesen am 20. d. Mts., bei Gelegenheit einer zwischen Schnäbele und dem deutschen Polizeikommissar Gautsch verabredet gewesenen geschäftlichen Zusammenkunft auf der Grenze.

Die gerichtliche Verurteilung Schnäbeles wird unter diesen Umständen nicht zweifelhaft sein können und voraussichtlich um so strenger ausfallen, als Schnäbele bei seiner strafbaren Tätigkeit das Ansehen gemißbraucht hat, welches ihm seine Stellung in dem ein besonderes Maß von gegenseitigem Vertrauen voraussetzenden amtlichen Grenzverkehr beider Länder verlieh. Schnäbele hat das für den internationalen Verkehr unentbehrliche Vertrauen dadurch geschädigt, daß er seine amtliche Stellung im Grenzdienste benutzte, um deutsche Reichsangehörige für Geld zu verbrecherischen Handlungen gegen ihr Vaterland zu verleiten. Durch diesen Amtsmißbrauch wird in den Augen des Gerichtes die Strafbarkeit Schnäbeles erhöht, unabhängig von der Frage, ob derselbe in höherem Auftrage gehandelt hat. Der Unterzeichnete erlaubt sich diesen Gesichtspunkt für den Fall hervorzuheben, daß Schnäbele nach seiner gegenwärtigen Freilassung von neuem auf deutschem Gebiete betroffen werden sollte, ohne durch vorgängige amtliche Verabredung gegen Verhaftung gedeckt zu sein.

Der Unterzeichnete gibt sich der Hoffnung hin, daß der Herr Botschafter aus den mitgeteilten Aktenstücken die Überzeugung schöpfen werde, daß der gerichtliche Haftbefehl gegen Schnäbele wohlbegründet war, und daß die Ausführung desselben innerhalb der deutschen und ohne Verletzung französischer Hoheitsrechte stattgefunden hat. Wenn der Unterzeichnete dennoch für seine Pflicht gehalten hat, den Befehl zur Freilassung Schnäbeles von dem Kaiser, seinem allergnädigsten Herrn zu erbitten, so ist er dabei von der völkerrechtlichen Auffassung geleitet worden, daß Grenzüberschreitungen, welche auf Grund dienstlicher Verabredungen zwischen Beamten benachbarter Staaten erfolgen, jederzeit als unter der stillschweigenden Zusicherung freien Geleites stehend anzusehen seien. Es ist nicht glaublich, daß der deutsche Beamte Gautsch den Schnäbele zu einer Besprechung in der Absicht aufgefordert habe, seine Verhaftung möglich zu machen; es liegen aber Briefe vor, welche beweisen, daß Schnäbele, als er verhaftet wurde, sich an der Stelle, wo dies geschah, infolge einer mit dem diesseitigen Beamten getroffenen Verabredung befand, um gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen. Wenn die Grenzbeamten bei derartigen Gelegenheiten der Gefahr ausgesetzt wären, auf Grund von Ansprüchen, welche die Gerichte des Nachbarstaates an sie machen, verhaftet zu werden, so würde in der dadurch für sie gebotenen Vorsicht eine Erschwerung der laufenden Grenzgeschäfte liegen, welche mit dem

Geiste und den Traditionen der heutigen internationalen Beziehungen nicht in Einklang steht. Der Unterzeichnete ist daher der Meinung, daß derartige geschäftliche Zusammenkünfte jederzeit als unter dem Schutze gegenseitig zugesicherten freien Geleites stehend gedacht werden sollten. In diesem Sinn hat er, unter voller Anerkennung der Berechtigung des Verfahrens der diesseitigen Gerichte und Beamten das Sachverhältnis bei Seiner Majestät dem Kaiser zum Vortrag gebracht; allerhöchstdieselben haben dahin zu entscheiden geruht, daß in Betracht der völkerrechtlichen Motive, welche für unbedingte Sicherstellung internationaler Verhandlungen sprechen, der pp. Schnäbele trotz seiner Festnahme auf deutschem Gebiet und trotz der gegen ihn vorliegenden Schuldbeweise in Freiheit zu setzen sei.

Indem der Unterzeichnete dies zur Kenntnis des Herrn Botschafters der Französischen Republik bringt, fügt er hinzu, daß die erforderlichen Weisungen zur Haftentlassung des Schnäbele ergangen sind, und bittet Seine Exzellenz gleichzeitig die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenzunehmen. v. Bismarck

Nr. 1265

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 167 Paris, den 11. Mai 1887

Ganz vertraulich

Als ich gestern den Vertrag von Sansibar mit dem Minister besprochen hatte, sagte er mir, ich würde wohl aus den Zeitungen ersehen haben, daß der General Boulanger den Mobilmachungsplan für ein Armeekorps dem Conseil vorgelegt habe, und daß er leider ermächtigt worden sei, denselben den Kammern vorzulegen*.

Herr Flourens habe auf das allerenergischste dagegen protestiert, er findet den Moment für sehr unopportun und die Sache selbst für gefährlich. Was ihn aber dabei beruhige, sei, daß er die feste Überzeugung habe, daß die Kammern den Gesetzentwurf nicht akzeptieren werden.

Ich erwiderte darauf, daß die Art und Weise, wie er sich mir gegenüber so offen geäußert habe, mir das Recht gebe, ihm meine Meinung ganz offen und unverhohlen mitzuteilen.

Auf meine Frage, wie weit die Mobilisierung gehen solle? Ob die wirkliche Kriegsbereitschaft mit Ankauf von Pferden und Beschlagnahme des Eisenbahnmaterials in Aussicht genommen sei? Was die Pferde betreffe, erwiderte er, schien ihm der Plan des General Bou-

---

* Am 10. Mai hatte der Kriegsminister Boulanger in der französischen Deputiertenkammer einen Kredit von 5 Millionen Francs für die im Herbst auszuführende Probemobilmachung eines Armeekorps verlangt.

langer durchaus unpraktisch, er wolle Pferde und Wagen requirieren und zwar mietweise auf 12 Tage, der Eisenbahnverkehr solle sistiert und die Eisenbahn zur Disposition der Truppen gestellt werden. Die Kosten der ganzen militärischen Operation würden auf 7 Millionen angegeben, sich aber auf höher belaufen.

Ich bemerkte darauf, daß mir dies doch eine sehr ernste Maßregel schiene, daß, da das Armeekorps über Eisenbahnmaterial disponiere, es ziemlich gleichgültig sei, wo es mobilisiert würde, da es leicht an Punkte der Grenze geworfen werden könnte. Käme diese Maßregel zur Ausführung, so würde Deutschland notwendig zu Gegenmaßregeln gezwungen sein, und wozu das führte, das brauchte ich ihm nicht erst zu sagen.

Der Minister schien meine Argumentation richtig zu finden und meinte, er glaube ganz bestimmt, daß die Kammern nicht zustimmen würden, einesteils wegen der Kosten, anderenteils, weil die Majorität den Krieg nicht wolle. General Boulanger vermeide es, die Departements zu nennen, wo die Mobilisierung stattfinde, weil er von dort einen großen Widerstand erwarte.

Herr Flourens ließ durchblicken, daß er und mehrere seiner Kollegen hofften, Boulanger loszuwerden, wenn der Gesetzentwurf fallen sollte. Ich fürchte, daß er sich dabei täuscht, weil Boulanger, selbst wenn sein Antrag fiele, doch schwerlich abgehen würde und am Amte hängt, so lange er irgend kann.

Der Gesetzentwurf selbst wird erst in diesen Tagen im Druck erscheinen, und werde ich nicht verfehlen, denselben einzusenden, sobald er erscheint. Münster

Nr. 1266

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Reinschrift

Berlin, den 16. Mai 1887

Auf Bestimmung des Herrn Reichskanzlers soll dem Grafen Münster geschrieben werden, wir wünschten über den Verlauf der französischen Ministerkrisis* informiert zu werden, wir hätten gewisse Gesetze in Aussicht genommen über das Kundschafterwesen** und warteten, um da-

* Am 17. Mai erfolgte der Sturz des Kabinetts Goblet; es wurde Ende des Monats durch das Kabinett Rouvier ersetzt, in das Flourens von neuem als Minister des Auswärtigen eintrat, während General Boulanger als Kriegsminister ausschied.
** Der Erlaß eines solchen Gesetzes war nur eine natürliche Folge des von dem General Boulanger im März 1886 eingebrachten und von der Deputiertenkammer und dem Senat im April ohne Debatte angenommenen französischen Gesetzes über die Spionage. Zu einem solchen Gesetz lag auf deutscher Seite um so mehr Anlaß vor, als gerade seit 1886 eine ganze Reihe von Hochverratsprozessen in Deutschland (Prozeß Kraszewski-Hentsch, Jansen, Sarauw-Hansen) mit Gewißheit ergeben

mit die französischen Minister nicht zu stören, und um auf die Krisis unsererseits nicht einzuwirken, weil bei der Vorlage des Gesetzes vielleicht viel unangenehme Redensarten fallen würden. Allzulange könnten wir nicht warten.

Seine Durchlaucht hat mich ferner beauftragt, wenn der Botschafter Herbette mich besucht, dessen voraussichtlich friedliche Äußerungen friedlich und versöhnlich zu erwidern; wir betätigten unsere friedliche Haltung auch dadurch, daß wir dem Fall Schnäbele gegenüber unsere Gesetzgebung ändern müßten; wir warteten damit nur, um Frankreich in seiner Ministerkrisis nicht zu genieren. Dies sei eine Reform, die dem General Boulanger gegenüber unentbehrlich sei, nachdem derselbe mit verstärkten Kräften dieses herausfordernde Kundschafterwesen fortsetze. Wir würden daher dasselbe Gesetz wie Frankreich, ein Gesetz „Boulanger“ machen.

Auf Vorlage des bei den Akten befindlichen Gutachtens des Feldmarschalls Grafen Moltke über die beabsichtigte französische Mobilisierung hat Seine Durchlaucht bestimmt, daß von einer Befragung des Kriegsministers über deutsche Gegenmaßnahmen vorläufig abgesehen werden soll*.

Berchem

Nr. 1267

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 178 — Paris, den 18. Mai 1887

pp. In der „Autorité“ teilt Paul de Cassagnac in der ihm geläufigen offenen Sprache heute mit, der Kammer sei vor einigen Tagen zu ihrem heilsamen Schrecken bekannt geworden, Goblet habe in der

---

hatte, daß Frankreich nicht ohne Erfolg Deutschland mit einem Netz von Spionen zu überziehen suchte. In einem Erlaß des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck an den Geschäftsträger Grafen von Leyden vom 28. April 1887 heißt es darüber: „Wenn die Stimmung in Frankreich durch diesen Vorfall — gemeint ist der Fall Schnäbele — ungewöhnlich erregt ist, so ist es die in Deutschland bereits seit Jahren in weit höherem Maße, seitdem durch vier große Landesverratsprozesse gerichtlich das gegen das Reich gerichtete französische Spionagesystem enthüllt worden ist. Die Erregung ist bei uns um so mehr begründet, als es festzustehen scheint, daß Schnäbele mit den im Prozeß Jansen verwickelten Personen in Beziehung gestanden hat, und das Spionieren und Agitieren im Elsaß durch Grenzbeamte, welche auf das Vertrauen der diesseitigen Behörden angewiesen sind, von der französischen Regierung betrieben wird.“

* Graf Münster wurde auf Grund der Bismarckschen Direktiven vom 16. Mai durch Erlaß Nr. 167 vom 17. Mai instruiert. An demselben 17. Mai hatte Unterstaatssekretär Graf von Berchem eine Unterredung mit dem Botschafter Herbette, in der laut einer Aufzeichnung vom gleichen Tage ebenfalls die Probemobilmachung zur Sprache kam: „Der Botschafter beklagte sich über das Aufsehen, welches die beabsichtigte Mobilisierung eines Armeekorps in unserer Presse hervorrufe, und behauptete, dies sei um so unverständlicher, als wir an der Grenze um ein Vielfaches stärker seien, wie die an unserer Grenze echelonierten fran-

Angelegenheit „Schnäbele“ vollständig den Kopf verloren und auf Drängen Boulangers den französischen Botschafter in Berlin abberufen und 50000 Mann an die Grenze werfen wollen. Er sei davon nur mit Mühe von drei besonnenen Kollegen zurückgehalten worden*.

Diese Enthüllungen stimmen mit dem überein, was Flourens gestern einem Journalisten sagte: Er trete ungern, aber mit dem erhebenden Bewußtsein von seinem Posten zurück, während seiner kurzen Amtszeit zweimal verhindert zu haben**, daß das Haar zerschnitten wurde, an dem die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hingen. pp. Münster

Nr. 1268

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 178 Berlin, den 3. Juni 1887
[abgegangen am 7. Juni]

Mit Bezug auf den Erlaß Nr. 167 vom 17. v. Mts.*** und die beendete Ministerkrisis teile ich Ew. pp. ergebenst mit, daß wir über das

---

zösischen Truppen. Ich habe auftragsgemäß dem Botschafter bemerkt, daß wir der französischen Regierung im derzeitigen Augenblick der Ministerkrisis keine Schwierigkeit bereiten wollten und uns vorbehielten, die Sache später zu prüfen, wenn nähere Details über diese Mobilisierung vorliegen werden.“

Das im Text angezogene Gutachten des Generalfeldmarschalls Grafen von Moltke „Bemerkungen zu dem in Frankreich beabsichtigten Mobilmachungsversuch“ ist vom 11. November 1886; es konstatiert die Notwendigkeit, erst einmal festzustellen, ev. durch direkte Anfrage bei der französischen Regierung, welcher Art die geplante Mobilisierung sein solle. Nur wenn die Mobilisierung in der Form kompletter Aufstellung schlagfertiger Formationen an der östlichen Grenze beabsichtigt sein sollte, würden Gegenmaßregeln, dann aber auch die ernstesten. zu ergreifen sein.

* Ende Oktober wurde in der französischen Presse bestätigt, daß der französische Ministerrat im April wirklich die Frage der Mobilmachung ernstlich erwogen und über ein an Deutschland zu richtendes Ultimatum abgestimmt habe, wobei sich u. a. der Ministerpräsident Goblet und General Boulanger für, der Präsident Grévy und der Minister des Auswärtigen Flourens mit aller Entschiedenheit gegen das Ultimatum eingesetzt hätten. Nach den Äußerungen Grévys und Flourens' zu dem Botschafter Graf Münster (Nr. 1265 und 1275) wird man diese Angaben für authentisch halten dürfen. Auch stimmt damit die Äußerung überein, die nach G. Pagès (Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I [1919], p. 233 f.) Goblet zu dem nach Paris berufenen Botschafter Herbette getan hat: „L'incident est clos, soit! Mais il eut été peut-être préférable d'en finir par la guerre avec toutes ces querelles d'Allemands“. Später hat bekanntlich Boulanger in seinem Manifest vom 6. August 1889 ausdrücklich zugestanden, daß Frankreich niemals dem Kriege näher gewesen sei, als zur Zeit des Schnäbele-Falls. Das von Anfang an entgegenkommende Verhalten Deutschlands beweist, daß, wenn es wegen dieses Falles zum Kriege gekommen wäre, die Schuld nicht an der deutschen Regierung gelegen hätte.

** Vgl. die analogen Äußerungen des Präsidenten Grévy zu dem deutschen Botschafter Grafen Münster vom 15. Juni 1887, Nr. 1270.

*** Vgl. S. 191, Fußnote *.

Zustandekommen des neuen Ministerium ohne die Mitgliedschaft des Generals Boulanger erfreut sind. Wir betrachten es als friedliches Anzeichen, daß es Herrn Rouvier und seinen Kollegen gelungen ist, diesen den Frieden gefährdenden Hetzer abzuschütteln. Unter diesem Eindruck haben wir einstweilen einen unter dem Druck der Boulangerschen Spionagewirtschaft zur Vorlage gereiften und nach dem französischen Vorbilde ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Spionage und die anderen in Aussicht genommenen Vorkehrungen gegen die Verleitung zum Landesverrat zurückgestellt*.

Wir rechnen dabei auf eine Änderung des französischen Systems, wie es unter General Boulanger betrieben worden ist, und durch welches sowohl elsässische Beamte zum Treubruch verführt, als auch Agenten des Obersten Vincent als Grenzbeamte angestellt und angewiesen worden sind, dienstlich über die Ergebnisse ihrer Auskundschaftung zu berichten, so daß dadurch Skandalprozesse entstanden.

Sollten wir uns hierin täuschen, und eine Änderung dieses Systems nicht stattfinden, so würden wir allerdings auf die vorbereiteten strengeren Gesetze zurückgreifen müssen.

Ich ersuche Ew. pp. ergebenst, sich im Sinne der vorstehenden Gesichtspunkte Herrn Flourens gegenüber vertraulich und freundlich zu äußern und hervorzuheben, daß wir bemüht sein werden, dem neuen Ministerium die Führung der Geschäfte in der Hoffnung und Annahme zu erleichtern, daß dem völkerrechtswidrigen Treiben, wie es unter General Boulanger bestand, ein Ziel gesetzt werde.

H. Bismarck

Nr. 1269

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 8. Juni 1887

Der französische Botschafter brachte bei seinem gestrigen Besuche wiederholt die englisch-türkische Konvention bezüglich Ägyptens** zur Sprache und fragte, ob wir bereits Stellung dazu genommen hätten. Ich erwiderte darauf, daß, wie ich ihm bereits vor acht Tagen gesagt hätte, für uns keine Veranlassung vorläge, uns mit dem Studium der ganzen Materie sehr zu beeilen, solange die englische Regierung den

* In dem gleichen Sinne hatte sich Unterstaatssekretär Graf von Berchem schon am 17. Mai gegenüber dem Botschafter Herbette geäußert. In einer Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs vom gleichen Tage heißt es darüber: „Herr Herbette schien wenig angenehm hiervon — d. h. von der Vorbereitung eines deutschen Spionagegesetzes — berührt zu sein, behauptete, daß man von dem Boulangerschen Spionagegesetze in Frankreich keinen genügenden Gebrauch mache, er war aber so gütig zuzugestehen, daß unser Recht zur Erlassung eines analogen Gesetzes unanfechtbar sei".

** Vgl. Bd. IV, S. 174, Fußnote.

Text der Konvention nicht offiziell an die Kabinette mitgeteilt hätte. Soviel ich wisse, beabsichtige Lord Salisbury dies erst nach erfolgter Ratifikation zu tun.

Unsere Stellung zu der Frage wäre sehr einfach: wir beabsichtigten nicht, England in Ägypten irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten und würden unsere politische Haltung hiernach einrichten.

Herr Herbette bemerkte hierzu, daß die französische Regierung sich von demselben Gedanken leiten ließe: auch sie wünsche durchaus nicht, de créer des embarras à l'Angleterre; sie wolle trotz der bedeutenden in Ägypten engagierten französischen Interessen für sich dort durchaus keine besondere Stellung beanspruchen; sie müsse aber wünschen, daß auch keine andere Macht sich irgendeine Bevorzugung in Ägypten sichere und ihr Bestreben[1] ginge daher dahin, die ägyptische Frage wieder auf den europäischen Boden zu stellen.

Ich erklärte dem Botschafter hier, daß unsere beiderseitigen Absichten und Anschauungen bezüglich der im vorliegenden Falle einzunehmenden Haltung sich doch wesentlich zu unterscheiden schienen: wenn ich vorher gesagt hätte, daß wir England in Ägypten nicht entgegentreten wollten, so hieße das, daß wir ihm überlassen wollten, sich mit dem Sultan zu einigen et de régler la question égyptienne comme elle l'entend.

Als Herr Herbette nach dieser meiner Äußerung Zeichen von Mißvergnügen von sich gab und mir sagte, er hätte gehofft, daß Frankreich jetzt, nachdem es ein besonnenes und friedliches Ministerium hätte[2], bei uns einiges Entgegenkommen finden würde, um Berührungspunkte für eine gemeinsame Politik[3] zu finden, und dabei hinzusetzte, daß Frankreich ja gar keinen Vorteil[4] von seinem für uns doch befriedigenden Ministerwechsel hätte[5], wenn wir uns nach wie vor in einer für Frankreich so wichtigen Frage ablehnend verhalten wollten, erwiderte ich ihm, daß unsere Haltung sich nach den Beziehungen richten müsse, in welchen wir mit den verschiedenen Mächten ständen. Mit England wären wir auf freundschaftlichem Fuße, und wir müßten umsomehr darauf bedacht sein, dieses gute Verhältnis zu pflegen, als wir nach den Erfahrungen der letzten 16 Jahre auf Wohlwollen und Annäherung an Frankreich leider nicht zu rechnen hätten. Wir wären lange Zeit hindurch bemüht gewesen, Anknüpfungspunkte zu schaffen, um die deutsch-französischen Beziehungen besser zu gestalten, hätten dafür aber keinerlei Dank oder Anerkennung[6] von Frankreich geerntet: ich brauchte nur die Namen Tunis, Tonking, Madagaskar zu nennen und an den Ausgang des chinesischen Krieges zu erinnern: alle diese Namen bezeichneten ebenso viel gute Dienste, die wir Frankreich in der Hoffnung geleistet hätten, daß die Franzosen schließlich einsehen würden, wie sie größere Interessen auf der Welt hätten, als die Wiedereroberung des Elsasses, bei deren Verfolgung unsere Unterstützung ihnen von Nutzen sein könnte. Die Erwartung, daß die loyale Haltung,

welche wir seit dem Abschluß des Krieges Frankreich gegenüber beobachtet hätten, dazu führen würde, den Chauvinismus zu mindern und das Revanchegeschrei schließlich verstummen zu lassen, habe sich aber nicht erfüllt. Niemals sei die französische öffentliche Meinung und gesamte Presse mit so bitterer Feindseligkeit gegen Deutschland aufgetreten, als während der letzten 12 Monate. Wir hätten uns deshalb der Einsicht nicht länger verschließen können, daß unser gesamtes Bestreben, aufrichtige und vertrauensvolle Beziehungen mit Frankreich anzubahnen, verlorene Liebesmüh gewesen sei, und wenn Herr Herbette sich jetzt beklage, daß wir den französischen Anregungen bezüglich einer anti-englischen Haltung in Ägypten nicht entsprechen wollten, so müsse er deswegen seine eigenen Landsleute zur Verantwortung ziehen.

Der Botschafter suchte meinen Ausführungen mit allen möglichen Protestationen entgegenzutreten. Zunächst behauptete er, man könne doch nicht sagen, daß wir schon 16 Jahre lang[7] bemüht gewesen seien, Frankreich in anderen Weltteilen Dienste zu erweisen, denn vor 16 Jahren sei ja doch kaum der Krieg zu Ende gewesen. Die jetzige Lage habe eine große Analogie mit der von 1875, wo Frankreich sich auch bedroht geglaubt habe. Er könne mir seinerseits versichern, daß seit seinem Amtsantritt in Berlin kein Wechsel in den friedlichen Anschauungen der französischen Regierung eingetreten sei: wäre dies der Fall gewesen, so würde er seinen Posten alsbald verlassen haben. Die ganze Erregung des letzten Winters sei doch hauptsächlich darauf[8] zurückzuführen, daß wir einen ungebärdigen Reichstag gehabt hätten, welcher der von der Regierung gewünschten Armeevermehrung widerstrebt, und daß dies zu der letzten Wahlkampagne geführt hätte, in welcher die Wogen der öffentlichen Meinung und Publizistik besonders hoch gegangen wären.

Ich griff zunächst die letzte Äußerung des Botschafters auf, um ihm zu sagen, daß unsere Armeeverstärkung, welche wegen ihrer Kostspieligkeit von der Regierung nur sehr ungern beantragt worden wäre, doch nur die notwendige Folge der fortwährenden französischen Rüstungen gewesen sei[9]; ich wolle auf militärische Details hier nicht eingehen, sondern nur die großen Summen hervorheben, welche Frankreich besonders in den letzten Jahren auf seine Armee verwendet hätte: das französische Armeebudget sei viel größer als das unsrige und die französische Armee zahlreicher als die deutsche. Diese Tatsache spräche für sich selbst.

Was dann die Reminiszenz von 1875 beträfe, so könnte ich die einzige Analogie mit der heutigen Lage darin finden, daß wir jetzt ebensowenig wie damals die Absicht gehabt hätten, Frankreich anzugreifen. Die Sache habe aber im Jahre 1875 insofern ganz anders gelegen, als damals die französischen Militärs und Boulevardiers wirklich noch von ihrer Inferiorität überzeugt waren, während dieselben heut nach zwölfjähriger Verstärkung und Ausbildung der Armee sich

uns vollkommen gewachsen hielten. Wenn die französische Regierung im Jahre 1875 sich mit erheuchelter Besorgnis an den Kaiser von Rußland gewandt hätte, so mache jetzt nicht nur die französische Regierung, sondern die gesamte französische Presse den deutsch-feindlichen Panslawisten und ihren Organen in Rußland derartige Avancen, daß dies allein schon auf kriegerische Gelüste in Frankreich schließen ließe.

Herr Herbette wußte auf meine Darlegung nicht viel zu erwidern und meinte nur, daß die m'amours, welche zwischen Frankreich und Rußland gewechselt würden, mehr von letzterem ausgingen; Rußland sei stets bereit, in allen Fragen, die Frankreich interessierten, sich ihm angenehm zu machen und sei gerade in letzterer Zeit immer die erste Macht gewesen, die sich bei verschiedenen europäischen Vorkommnissen sofort mit Empressement auf die französische Seite geschlagen habe[10]: dies müsse natürlich in Frankreich um so tieferen Eindruck machen, je mehr Deutschland sich zurückhielte: Es sei hauptsächlich unserer kühlen Ablehnung jeder Unterstützung der französischen Politik in Ägypten zuzuschreiben, wenn das russische Entgegenkommen um so mehr hervortrete[11]. „Trotzdem", fügte Herr Herbette hinzu, „gebe ich die Hoffnung immer noch nicht auf, daß wir in der weitaussehenden ägyptischen Frage uns schließlich mit Deutschland verständigen können." pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Unseres nicht
2 wie lange?
3 die haben wir 16 Jahre lang erfolglos gesucht u[nd] gepflegt
4 !
5 doch den, daß sie Boulanger los sind!
6 [„keinerlei Dank oder Anerkennung" eingeklammert, dafür:] nur Feindschaft verstärkte
7 seit 10 Jahren aber
8 nur auf Boulanger
9 richtig
10 u[nd] vice versa
11 wir können in Frankreich das Maaß von Wohlwollen nie gewinnen, welches für Verstimmung mit England Ersatz bieten könnte.

Nr. 1270

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 208 Paris, den 16. Juni 1887

Ganz vertraulich

Der Präsident der Republik hatte mich durch Herrn Flourens bitten lassen, ihn zu besuchen, und so war ich gestern längere Zeit im Elysée.

Der Präsident empfing mich auf das allerfreundlichste und begann sein Gespräch damit, daß er sagte, er habe selbst niemals an der Er-

haltung des Friedens gezweifelt, weil er Frieden wolle und darin einig sei mit der großen Majorität des französischen Volkes. Er hoffe, daß aber jetzt auch die Unruhe, welche hier und auch in Deutschland in letzter Zeit nicht zu verkennen gewesen sei, aufhören und allgemeines Vertrauen bald wieder hergestellt sein werde. Er rechne mit Sicherheit auf einen ruhigen Sommer.

General Boulanger sei als der Störenfried und Unruhestifter angesehen worden, und weil er das gewußt, sei er, der Präsident, entschlossen gewesen, ihn zu beseitigen. Der Einfluß und die Macht des vorigen Kriegsministers sei sehr überschätzt worden, wie denn der Einfluß der chauvinistischen Partei, die in Wirklichkeit sehr klein sei, für weit größer gehalten werde, als er sei. Nachdem aber General Boulanger sich mit dieser Partei eingelassen und dadurch ihre Bedeutung und Einfluß vermehrt habe, durfte er nicht länger in seinem wichtigen Amte bleiben.

Die Bildung des Kabinetts sei dadurch erschwert und in die Länge gezogen. Er hoffe, daß das jetzige Ministerium einige Zeit am Ruder bleiben werde, verkenne aber nicht, daß es fast unmöglich sei, mit der jetzigen Kammer auf sichere Majoritäten zu rechnen.

Auf meine Bemerkung, daß unter solchen Umständen eine Auflösung der Kammer wohl schwer zu vermeiden sein werde, sagte der Präsident, er würde nur sehr ungern zu diesem Mittel schreiten, weil mit dem Scrutin de liste niemand mit einiger Sicherheit auf das Resultat der Wahlen rechnen könne.

Es sei dieses Scrutin de liste ein unglückliches Vermächtnis von Gambetta. Dasselbe habe sich gar nicht bewährt, befriedige keine Partei, und er hoffe sehr, daß es deshalb möglich sein werde, auf den früheren Wahlmodus zurückzugreifen.

Zu meiner Überraschung sprach sich darauf Herr Grévy sehr energisch gegen das allgemeine Stimmrecht aus. Das sei allerdings schwerlich zu beseitigen, er selbst würde aber sehr wünschen, einen Wahlmodus wie in Preußen einzuführen, den er ganz genau zu kennen schien.

Der Präsident kam darauf wieder auf die allgemeine politische Lage zurück und betonte, daß, da Frankreich, solange er Präsident sei, Deutschland nicht angreifen werde, er auch keinen Angriff von Deutschland erwarte und Vertrauen in eine friedliche Zukunft habe. „Ich weiß wohl", setzte er dann hinzu, „daß man mich für einen alten Mann hält, der nicht eingreift und die Sachen gehen läßt: das ist ein Irrtum, ich habe das Steuer fest in der Hand und greife ein, wenn ich es für Zeit halte."

Ich sagte dem Präsidenten, daß ich an seiner Friedensliebe und Energie nicht zweifle, und daß ich hoffe, daß es ihm gelingen werde, die chauvinistischen Angriffe auf Deutsche und auch den feindlichen Ton der Presse zu mäßigen.

Er erwiderte, leider sei das bei Lage der Gesetzgebung sehr schwierig, was aber die Regierung dazu tun könne, werde geschehen.

Zu meiner Überraschung bemerkte der Präsident, daß der Einfluß der slawischen Partei und ihrer Rubel leider den Weg in die französische Presse gefunden haben.

Der Präsident sprach darauf mit merkwürdiger Offenheit über Rußland, bemerkte, daß dort die gefährliche Wolke am politischen Horizonte zu erblicken sei, sowohl wegen der inneren als auch der orientalischen Verhältnisse. Für Frankreich mache ihn das aber weniger besorgt, weil er fest entschlossen sei, falls es wegen der orientalischen Frage zu Komplikationen mit Deutschland und Österreich kommen sollte, Frankreich neutral zu halten.

Ich bemerkte darauf, daß ich an seinem Einfluß und gutem Willen nicht zweifle, aber doch eine gewisse Befürchtung hege, daß in einem solchen Falle Frankreich sich schwerlich werde zurückhalten lassen, da doch die Idee einer russisch-französischen Allianz und die Hoffnung auf Rußlands Hilfe ein fast allgemeines Glaubensbekenntnis zu sein scheine.

Er bemerkte, daß man vielfach auf russische Hilfe bei einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich hoffe, sei richtig, selbst glaube er daran nicht und würde es für den größten Fehler halten, wollte Frankreich auf eine offensive und defensive Allianz mit Rußland sich einlassen. Nach seiner Überzeugung würde Rußland Frankreich im entscheidenden Momente im Stiche lassen.

Daß der Präsident seine wirkliche Meinung aussprach, will ich wohl glauben, und insofern hat dieses Gespräch eine gewisse Wichtigkeit, obgleich ich weit entfernt bin, die Tragweite zu überschätzen. Mir wird es aber nötigenfalls immer die Gelegenheit geben, darauf mich zu berufen.

Der Präsident, der, wenn er öffentlich oder in großen Gesellschaften auftritt, den Eindruck eines sehr ermüdeten Greises macht, erscheint im Privatgespräche ganz anders und spricht dann mit großer Lebhaftigkeit und sehr vielem Verstande.

Münster

Nr. 1271

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 5. Juli 1887

Der französische Botschafter richtete heute die Frage an mich, ob ich nicht befriedigt darüber wäre, daß die französische Presse sich in letzter Zeit weniger mit Deutschland beschäftige und Zurückhaltung zeige. Ich stellte die Rückfrage, ob der Botschafter im Ernst gesprochen habe; als er dies mit Nachdruck und einem Anflug von Erstaunen bejahte, sagte ich ihm, daß ich nicht wisse, worauf er seinen Eindruck

gründe, ich hätte eine Kollektion der giftigsten Hetzartikel und illustrierter Schmähgedichte zur Hand, aus welchen er sehen könnte, in welchem Tone man in Frankreich von allem, was deutsch wäre, spräche. Es handelte sich dabei nicht etwa nur um die lächerliche Patriotenliga, sondern um große französische Zeitungen und um Gedichte, welche von Schauspielern eines staatlich subventionierten Theaters hergesagt worden wären.

Herr Herbette war wenig erfreut über meine Entgegnung und suchte sich dem Gewicht derselben dadurch zu entziehen, daß er erklärte, wir legten viel zu viel Gewicht auf die Presse[1]; selbst die größeren französischen Zeitungen, die ich angeführt habe, hätten doch höchstens einen Leserkreis (nicht etwa einen Abonnentenkreis) von 20000; bei der Presse handelte es sich immer darum, Eindruck hervorzurufen, um mehr Exemplare abzusetzen, und nebenher um Angriffe auf die bestehende Regierung.

Die Majorität des französischen Volkes würde aber ganz falsch von uns beurteilt, sie sei die friedliebendste der Welt.

Ich erklärte dem französischen Botschafter, daß ich bei meiner Befürchtung, er sei in einem Irrtum über seine Landsleute begriffen, stehen bleiben müsse. Ich erinnerte ihn an die Phasen von besseren Beziehungen, welche wir innerhalb der letzten 16 Jahre mit Frankreich durchgemacht hätten, und die niemals von längerer Dauer gewesen wären: solange es in Frankreich möglich sei, daß jede Partei, welche fühle, daß sie an Prestige verlöre, und daß ihr der Boden unter den Füßen schwände, nur die große Revanchetrommel zu rühren und kräftig auf Deutschland zu schimpfen brauche, um wieder in die Höhe zu kommen, könnte ich an die angebliche französische Friedensliebe nicht glauben.

Der Botschafter sagte, er bedaure, daß seine Regierung sowenig Handhaben gegen die Presse habe; er selbst täte alles dazu, um die Wogen der gegenseitigen Verhetzung zu glätten, leider höre man auf ihn aber nicht viel, weil wir nicht dazu beitrügen, ihm seiner Regierung gegenüber eine Achtung gebietende Stellung zu machen[2]. Wenn er hier niemals etwas erreiche, so könne er zu Haus auch keinen Einfluß haben.

Ich bemerkte dazu, daß wir uns bei dem Fall Schnäbele so ruhig und entgegenkommend wie möglich benommen hätten; trotzdem sei uns nach seiner Erledigung von der ganzen französischen chauvinistischen Presse la lâcheté de la brutalité vorgeworfen.

Herr Herbette wiegte sich auf seinem Stuhl hin und her und erklärte, ich erschwerte ihm die Diskussion, wenn ich immer ganz Frankreich für das Tun und Treiben einer verschwindenden Minorität verantwortlich machen wollte. Ich erwiderte darauf: „Nach meiner Überzeugung und nach allem, was wir hören und lesen, wird das von Ihnen als so ruhig gepriesene französische Volk immer bereit sein, sich

fortreißen zu lassen, sobald es von energischen Leuten auf Deutschland gehetzt wird; wenn wir zu vertrauensvollen Beziehungen zu Frankreich so schwer gelangen können, so trägt die Schuld daran unsere durch das fortgesetzte Hetzen hervorgerufene Überzeugung, daß Sie bloß auf den Moment lauern, uns den Dolch von hinten in den Rücken zu stoßen, sobald Sie uns für wehrlos oder in der Front für engagiert halten.“ Bei diesen Worten sprang Herr Herbette mit Vehemenz von seinem Stuhl auf und protestierte mit lauter Stimme gegen eine solche „Ungeheuerlichkeit“: er vergaß, sich wieder zu setzen, ging im Zimmer auf und ab und blieb während der nächsten 5—6 Minuten stehen, die er noch in meinem Zimmer verweilte. Er wurde schließlich ganz inständig in seinen Bitten, daß ich endlich von Befürchtungen, die „nicht begründet seien“, ablassen möchte. Ich erwiderte, daß es lediglich an Frankreich läge, endlich einmal eine Haltung zu beobachten, welche uns beweisen könnte, daß wir nicht jederzeit auf alle möglichen Feindseligkeiten gefaßt sein müßten: jeder Deutschredende sei in Frankreich Gefahren ausgesetzt. Auf die Dummen und Ungebildeten im Volk, welche die große Mehrzahl bildeten, wirkten die gratis vertriebenen Druckschriften mit dem Motto „pourchasser — les“ und „sus aux Allemands“. Herbette fragte, „wer soll das denn jetzt bezahlen, wo Boulanger nicht mehr über die geheimen Fonds verfügt?“

Ich erwiderte, daß letztere wohl doch in gewohnte Kanäle gingen und von außen befruchtet würden.

Herbette schwieg hierauf und sagte mir beim Weggehn mit einem Anflug von Rührung: „Es leben doch über 25000 Deutsche in Paris, die dort ihr Brot verdienen: wäre es so schlecht, wie Sie meinen, so würden diese weggehen: der ganze jetzige Lärm ist nur das Nachwehen der Boulangerschen Zeit, es wird bald besser werden: je Vous assure que nous remontons le courant.“ H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Er rühmt sie.
[2] würde schwer sein!

Nr. 1272

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 214 Berlin, den 6. Juli 1887
[abgegangen am 12. Juli]

Im Anschluß an den Erlaß Nr. 211* vom 4. d. Mts. erwidere ich Ew. pp. auf den gefälligen Bericht vom 2. desselben Monats ergebenst,

* Der Erlaß Nr. 211 vom 4. Juli hatte den Botschafter Graf Münster ermächtigt, einzelne Fälle von Deutschenhetze, welche zu seiner Kenntnis kämen, bei der französischen Regierung zur Sprache zu bringen; doch sollte von Beschwerden genereller Art Abstand genommen werden.

daß der Herr Reichskanzler Ew. pp. ersuchen läßt, Reklamationen wegen Deutschenhetze ganz zu unterlassen und auf den Minister Flourens keinen Druck auszuüben. Der Haß der Franzosen gegen Deutschland ist schon lange vor dem gegenwärtigen Ministerium vorbereitet worden. Das letztere würde geschwächt werden, wenn wir es zu sehr drängen wollten, in solchen Fällen Repression zu üben, die wir unter früheren Ministerien duldeten, weil sie mehr ein pathologisches, als ein politisches Interesse geboten haben. Würde von den Faktoren, welche in Frankreich die öffentliche Meinung bilden und beeinflussen, gemerkt werden, daß die deutsche Regierung durch ihre Anträge auf Remedur den chauvinistischen Vorgängen eine gewisse Wichtigkeit beimißt, so steht von dem Idiotismus der Franzosen zu befürchten, daß sich diese Vorgänge vermehren, und daß sie einen höheren Grad von Bedeutung gewinnen, als sie in Wirklichkeit besitzen. Wir werden am besten tun, das Pariser Irrenhausgebaren seinen Weg unbehindert weitergehn zu lassen.

H. Bismarck

Nr. 1273

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 9. Juli 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Grafen Münster zu schreiben, er möchte über den französischen Mobilmachungsversuch nichts reden und nichts tun*. Wenn der Versuch sich in der Tat auf die Mobilmachung eines Korps beschränkte und nicht gerade an der Grenze stattfände, so wäre Seine Durchlaucht der Ansicht, daß wir die Franzosen ruhig ihr Geld totschlagen ließen, und er würde diese Ansicht auch eventuell bei Seiner Majestät vertreten. Es wäre aber andrerseits auch nicht nützlich, dies den französischen Ministern vorher zu sagen, weil sie sonst möglicherweise größere Exzesse glaubten straflos begehen zu können.

Allerdings wäre es richtig, daß die Mobilmachung fern von der Grenze momentan eine größere Verstärkung bedeutete, als wenn die Mobilmachung an der Grenze stattfände, weil hier die Präsenzstärke an sich schon höher wäre. Aber Seine Durchlaucht wäre nicht der Meinung, daß wir uns dadurch zu analogen Kosten sollten verleiten lassen.

---

* Die im Mai beschlossene französische Probemobilmachung eines Armeekorps erfolgte erst im September. Da sie fern von der Grenze stattfand — es wurde dafür das 17. Armeekorps (Toulouse) gewählt —, konnte sie deutscherseits ignoriert werden.

Wenn wir wirklich Frankreich überfallen wollten, so wäre allerdings der Moment, wo die Franzosen sich den Luxus einer partiellen Mobilmachung erlaubten, hierzu ein sehr günstiger, da ihre Hauptmobilmachung dadurch ohne Zweifel erschwert würde. Aber mit Zustimmung des Herrn Reichskanzlers würde ein Überfall Frankreichs nicht geschehen; er wäre dafür, daß wir den Angriff unter allen Umständen abwarteten und uns durch keine Provokationen in diesem Entschlusse irremachen ließen, wohl aber uns in unserem Verhalten diesseits der französischen Grenze nicht daran kehrten, ob wir die ohnehin an das Irrenhaus streifende Deutschfeindlichkeit der Franzosen noch steigerten oder nicht. C. Rantzau

Nr. 1274

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 222 Berlin, den 11. Juli 1887
[abgegangen am 12. Juli]

Ew. pp. übersende ich ergebenst beifolgend Ausschnitte aus den Nummern 373—378 der hiesigen „Nationalzeitung" über den Landesverratsprozeß wider Klein, sowie Abschrift des bezüglichen gerichtlichen Erkenntnisses, mit dem Ersuchen, beide, nebst dem weiter beigefügten Artikel der genannten Zeitung „Frankreich und der Leipziger Prozeß" dem dortigen Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten vertraulich zu übergeben*.

Bei diesem Anlaß wollen Sie Herrn Flourens gegenüber die Hoffnung aussprechen, daß er aus diesen Berichten die Überzeugung schöpfen werde, wie es sich in dem vorgenannten Prozeß nicht, wie die „République Française" ohne jeden Grund behauptet, um einen Roman des Oberreichsanwalts Tessendorff handele.

Gleichzeitig wollen Ew. pp. in freundlicher Weise Herrn Flourens bemerken, daß diese Mitteilung keineswegs in dem Sinne erfolge, um eine Beschwerde gegen das derzeitige Kabinett zu formulieren. Es liegt in keiner Weise in unserer Absicht, und wir sind weit davon entfernt, die Aufgabe desselben erschweren zu wollen. Durch die vertrauliche Mitteilung der bezüglichen Veröffentlichung wollten wir vielmehr Herrn Flourens nur die Erklärung dafür geben, daß bei der Entrüstung, welche in der öffentlichen Meinung Deutschlands durch

* Vom 4. bis 8. Juli 1887 hatte vor dem Reichsgericht zu Leipzig der Landesverratsprozeß gegen die Elsaß-Lothringer Klein, Grebert und Erhart stattgefunden, der mit der Verurteilung der beiden ersten Angeklagten zu schweren Zuchthausstrafen endete. Durch den Prozeß wurde das ganze weitverzweigte, durch Vermittelung der französischen Grenzpolizei betriebene Spionagesystem Frankreichs aufgedeckt, nicht zuletzt auch der Anteil Schnäbeles an diesem Treiben klargestellt.

das infolge der Leipziger Untersuchung aufgedeckte französische Spionagesystem hervorgerufen worden ist, der Kaiserlichen Regierung in dem Maße ihres Entgegenkommens Schranken auferlegt sind.

Angesichts der aufreizenden Artikel in der französischen Presse und der maßlos betriebenen Kriegshetzereien ist zu befürchten, daß jeder wohlwollende Schritt Deutschlands, von Begnadigungen ganz abgesehen, in Frankreich als ein Zeichen der Kriegsfurcht ausgelegt werden würde. Nachdem überdies das deutsche Volk seinerseits durch die Leipziger Verhandlungen einen tiefen Einblick in das Treiben des französischen Kriegsministeriums gewonnen hat, wird es sehr gegen den Willen des Herrn Reichskanzlers unmöglich für uns sein, irgendwelche für die französische Regierung entgegenkommende Schritte zu tun, ohne auch in Deutschland einen falschen Eindruck hervorzurufen.

H. Bismarck

Nr. 1275

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 244 Paris, den 17. Juli 1887

Ganz vertraulich

Präsident Grévy hatte mich durch Herrn Flourens bitten lassen, ihn vor meiner Abreise zu besuchen.

Er empfing mich auf das freundlichste und begann das Gespräch damit, daß er mir dafür dankte, daß ich nicht seiner Einladung zur Parade gefolgt sei. Es sei alles bis auf einige Ungezogenheiten gegen ihn sehr gut verlaufen. Für sich hätte er sich dem aussetzen müssen: wenn mir oder den der Botschaft attachierten Offizieren aber gegenüber auch nur das geringste vorgekommen, wenn ich irgendeine Unannehmlichkeit gehabt hätte, so würde er das tief beklagt haben. Das Fernbleiben und Vermeiden dieser Gefahr habe er als eine besondere Rücksichtnahme für ihn angesehen*.

Es war das sehr gut gemeint, ist aber doch eigentlich ein testimonium paupertatis, das der Präsident sich und seiner Regierung ausstellt.

Im ganzen sei er mit dem Verlaufe der Feier des 14. sehr zufrieden. Es habe sich gezeigt, daß die künstlich erzeugte Aufregung nur einen sehr kleinen Teil der Pariser Bevölkerung berührt habe, im ganzen übrigen Frankreich sei das Fest in größter Ruhe und ohne irgend Exzesse auf musterhafte Weise gefeiert worden.

In Paris seien die Vorkehrungen so getroffen gewesen, daß jeder

* Bei der großen Parade auf den Longchamps am französischen Nationalfeste (14. Juli) war in dem Augenblick, wo der Präsident sich mit den Ministern einfand, eine Demonstration zugunsten Boulangers inszeniert worden.

Versuch einer wirklichen Gefährdung der Ruhe und Sicherheit rasch und energisch unterdrückt worden wäre.

Nun habe aber es sich glücklicherweise gezeigt, daß die Bevölkerung von Paris nicht so leicht sich aufregen lasse, als die Radikalen gehofft haben. „Tout ce mouvement n'était qu'à la surface.“ Es sei jetzt der Beweis geführt, daß Boulanger viel verschuldete, daß er sich immer mehr der Demokratie in die Arme warf, sie aber nicht beherrschte, sondern von ihr beherrscht wurde.

Der Präsident sprach darauf mit einer Offenheit, die mich überraschte.

Es sei ihm unbegreiflich gewesen, wie sonst ganz verständige Männer die Macht dieses Demagogengenerals überschätzt haben. „Cet animal de général démagogue“ nannte er ihn.

Schon längst habe er ihn los sein wollen, die früheren Minister seien aber zu schwach gewesen, und als endlich die Krisis eintrat, habe der Präsident erst niemanden finden können, der das Kabinett ohne Boulanger bilden wollte. „Même Freycinet m'a fait faux bond à cette occasion et ne voulait pas comprendre que Boulanger ne valait pas plus que sa popularité factice.“

Durch ihn sei die Ruhe nach innen und der Frieden nach außen ernstlich gefährdet gewesen. Er habe, als er gesehen, daß die Trauben in Beziehung auf die Diktatur sauer waren, den Krieg gewollt, und das zeige, was er für ein leichtsinniger, gewissenloser Mann sei.

Zweimal, sagte zu meinem Erstaunen der Präsident, wollte der General uns in den Krieg treiben. Das erstemal als die Reservemannschaften der deutschen Armee zu der Übung mit dem Repetiergewehr einberufen wurden, das zweitemal bei der Verhaftung Schnäbeles.

Die Einberufung der deutschen Reserven wollte Boulanger durch die Einberufung der französischen Reserven und Mobilmachung beantworten. „Er brachte“, sagte der Präsident, „das dazu erforderliche Dekret mit in den Ministerrat und verlangte meine Unterschrift“. „C'est insensé ce que vous proposez-là, général; ne savez-vous pas que cela serait la guerre?“ „Eh bien, je suis prêt!“ antwortete Boulanger. „Aussi prêt que Lebœuf dans son temps, et je ne permettrai pas même la discussion de ce projet.“ „Dans ce cas je devrai envoyer ma démission!“ „Bien, faites!“ répondis-je. „Il ne l'a pas envoyée et était très soumis et tranquille après cela, voilà l'homme!“

Das zweitemal habe der General den Versuch erneuert und habe, ehe die Kaiserliche Regierung eine Antwort habe geben können, ein Ultimatum und Absendung von Truppen an die Grenze verlangt. Er habe Goblet dafür gewonnen, und von dem Augenblicke an sei der Präsident entschlossen gewesen, das Kabinett Goblet, und vor allen Boulanger, zu beseitigen, habe es aber durch ein Votum der Kammer herbeiführen wollen, und das sei geglückt.

Die Beseitigung Boulangers machte ihm größere Schwierigkeiten, als er erwartete, und die einzigen beiden Männer, die ihm dabei energisch zur Seite gestanden hätten, seien Rouvier und Flourens gewesen. Er hoffe sehr, daß er beide länger, als gewöhnlich französische Minister sich zu halten pflegten, im Amte werde erhalten können.

Er glaube, daß durch die Vorgänge auf dem Bahnhofe, die Demonstrationen auf der Reise nach Clermont, namentlich aber durch die Diskussion in der Kammer Boulanger die Zähne ausgezogen seien.

Sowie er jetzt zu agitieren fortfahre, werde ihm das Kommando sofort entzogen werden. Die Armee fühle sich durch die letzten Vorgänge sehr verletzt, und die Radikalen hätten ihn in der Kammer ja alle verlassen. Boulanger habe, darüber entrüstet, offen an den Deputierten Laisant telegraphiert: „Vous êtes le seul qui ne m'ayez pas donné le coup de pied de l'âne." Er habe nicht gewagt, die Parade in Clermont abzuhalten aus Furcht vor seinen radikalen Freunden, die dort demonstrieren wollten, und habe einen lahmen Fuß vorgeschützt.

„Sie können jetzt ruhig abreisen", sagte der Präsident, „und hoffe ich sehr, Sie im Herbste wiederzusehen. Hier im Lande wird sich alles beruhigen: ich sehe keine ernste Wolke am politischen Horizont."

Es war mir sehr interessant, manches von dem, was ich wußte, aber mehr erraten mußte, durch den Präsidenten selbst bestätigt zu hören*.

Münster

Nr. 1276

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Plessen an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Nr. 6 London, den 5. Januar 1888

Der französische Botschafter M. Waddington benutzte einen Moment, als ich ihn heute auf dem Foreign Office traf, um mich der friedfertigsten Dispositionen des Präsidenten der Republik, der französischen Regierung und der ganzen französischen Nation auf das bestimmteste zu versichern. Man beschäftige sich in Frankreich jetzt nur mit den Vorbereitungen zu der Ausstellung im nächsten Jahre. Es sei mit positiver Sicherheit darauf zu rechnen, daß während zweier Jahre[1] eine Kriegsgefahr von französischer Seite nicht drohen werde[2].

Als besonders bemerkenswert hob M. Waddington hervor, daß General Boulanger von der politischen Bildfläche ganz geschwunden

* Mit nicht geringerer Schärfe äußerte sich Präsident Grévy gegen den Botschafter Grafen Münster am 18. Oktober über Boulanger: „Der sei allerdings einer der wenigen gewesen, der aus Ehrgeiz und Egoismus sein Land dem Verderben des Krieges preisgegeben haben würde. Deshalb habe er ihn aber beseitigt". (Bericht Münsters vom 19. Oktober 1887.)

sei*. Derselbe habe in parlamentarischen Kreisen nicht den geringsten Anklang mehr, in militärischen Kreisen habe er einen wirklichen Anhang nie gehabt. Ebenso schnell wie Boulanger gestiegen, sei er wieder in nichts zurückgesunken.

L. Plessen

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Aber dann?
[2] (Pulverfrage!)** u[nd] russische; Rußland ist erst in 4 Jahren fertig.

Nr. 1277

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 15. März 1888

pp. Mit dem General Billot*** habe ich über die innere Politik Frankreichs, den Boulangismus etc. nicht gesprochen; ich habe ihm gesagt, daß die auswärtige Politik Deutschlands nicht geändert werden würde, und hinzugefügt, daß, wenn wir, wofür ich nicht die mindeste Notwendigkeit sähe, mit Frankreichs étions obligés de croiser la bajonnette, ce ne serait pas de notre initiative, et que dans ce cas on ferait la guerre en soldat et en gentilhomme comme autrefois. General Billot verbeugte sich dazu ernst und schweigend.

v. Bismarck

Nr. 1278

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 71 Rom, den 5. März 1888

Major von Engelbrecht† brachte mir heute die Nachricht, man sei im Kriegsministerium und noch mehr im Marineministerium in hohem

---

* Seit General Boulanger Ende Juni 1887 zum Kommandierenden General des 13. Armeekorps in Clermont-Ferrand ernannt worden war, war es in der Tat mit seinem Ansehen rasch bergab gegangen. Ende Juli nannte ihn Ferry öffentlich „den General des café chantant"; Mitte Oktober wurde er vom Kriegsminister mit 30 Tagen Stubenarrest bestraft; im März 1888 erfolgte seine Absetzung wegen wiederholter Unbotmäßigkeiten.
** Das Wort „Pulverfrage" von der Hand des Grafen Herbert von Bismarck.
*** General Billot war von der französischen Regierung anläßlich des Todes Kaiser Wilhelms I. zu den Trauerfeierlichkeiten nach Berlin gesandt worden.
† Der deutsche Militärattaché in Rom.

Grade besorgt, die Franzosen könnten eines guten Tages mit einer Flotte vor La Spezia erscheinen und sich dieses Hafens bemächtigen, als Vorspiel für eine unmittelbar folgende Kriegserklärung*. Man habe für alle Fälle die Forts und Batterien von Spezia vollständig armiert. pp.

Graf Solms

Nr. 1279

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Unsigniertes Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 188 Berlin, den 31. März 1888

pp. Immerhin aber bleibt auch nach eigner italienischer Auffassung die Unfertigkeit der Verteidigungsanstalten von La Spezia als Tatsache bestehen.

Es wird sich empfehlen, wenn Ew. Herrn Crispi, dessen energisches Temperament ihn für durchgreifende Maßnahmen geneigt macht, bei erster Gelegenheit darauf hinweisen, daß der gegenwärtige Augenblick geeignet ist, das an der Armierung Versäumte nachzuholen, noch bevor die Beunruhigung, welche sich der Gemüter in Italien bemächtigt hatte, ganz geschwunden ist.

Italienische Zeitungen haben kürzlich berichtet, daß im Laufe des Winters Spezia unter der Gefahr eines französischen Überfalles gewesen wäre: Ich nehme an, daß seitdem die italienische Marineverwaltung schon Bedacht darauf genommen hat, den wichtigsten Kriegshafen gegen überraschende Angriffe und Zerstörung nach Möglichkeit zu schützen. Unsere höchsten Marineautoritäten sind der Ansicht, daß die erwähnten Zeitungsnotizen durchaus nicht aus der Luft gegriffen waren, sondern daß der französische Plan in der Tat darin besteht, eintretendenfalls gleichzeitig mit der Kriegserklärung einen Handstreich auf Spezia auszuführen: ein solcher würde, wenn er gelänge, der schwerste Schlag für die italienische Marine sein, und wir hoffen deshalb, daß italienischerseits alles geschieht, um einer solchen Eventualität begegnen zu können**.

---

* Zwischen Italien und Frankreich hatte sich seit dem Spätherbst 1887 teils aus handelspolitischen Differenzen, teils aus dem französischen Streben, das Gebiet von Tunis auf Kosten von Tripolis zu erweitern, eine starke Spannung entwickelt. Als im Februar 1888 ein starkes französisches Geschwader im Mittelmeer konzentriert wurde, wurden in Italien lebhafte Besorgnisse vor einem Handstreich auf Spezia wach.

** Im Bericht Nr. 118 vom 6. April konnte Graf zu Solms melden, daß die Arbeiten zur Sicherung des Hafens von Spezia nahezu vollendet seien.

Nr. 1280

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 198 Berlin, den 12. April 1888
[abgegangen am 20. April]

Aus Ew. Bericht Nr. 118 vom 6. d. Mts.* habe ich mit Befriedigung ersehen, daß die italienische Regierung unserm Rate und den Verhältnissen Rechnung tragend, die Armierung des Hafens von La Spezia in ernsten Angriff genommen hat. Es ist kaum nötig, bei diesem Anlaß zu wiederholen, daß wir uns bei dieser Anregung lediglich von dem Wunsche leiten ließen, Italien vor plötzlichen Überfällen und deren Folgen geschützt zu sehen, und daß politische und militärische Maßnahmen, denen ein provokatorischer Charakter innewohnte, den Zielen und Bestrebungen unserer gemeinsamen Friedenspolitik schnurstracks zuwiderlaufen würden.

Ich zweifle nicht, daß Ew. sich bereits in diesem Sinne an geeigneter Stelle geäußert haben, gebe jedoch anheim, ob Sie, angesichts der Erregbarkeit, welche sich bisweilen in der Haltung der Italiener Frankreich gegenüber kundgibt, unsern Standpunkt bei Gelegenheit in freundschaftlichen Gesprächen noch einmal betonen wollen. Es wird in Italien nicht unbemerkt geblieben sein, daß neuerdings regierungsfreundliche deutsche Blätter wiederholt hervorgehoben haben, ein französischer Angriff auf Italien werde alsbald einen deutschen Angriff auf Frankreich zur Folge haben. Diese aus dem deutsch-italienischen Vertragsverhältnis gezogene Nutzanwendung entspricht den Anschauungen der Kaiserlichen Regierung. Andrerseits aber beweist die Entschiedenheit des Reichskanzlers in der Battenbergfrage, wie sehr wir bemüht sind, allem vorzubeugen, was als Akt der Herausforderung angesehen werden und etwaigen Gegnern einen Vorwand zum Konflikt bieten könnte. Ew. Ermessen überlasse ich daher, auf dieses Beispiel, welches die Friedensliebe der deutschen politischen Leitung besonders deutlich veranschaulicht, in Ihren Unterredungen mit Herrn Crispi hinzuweisen und dabei anzudeuten, daß wir stets bemüht sein werden, Anlässe zu Händeln zu beseitigen, welche eines kriegerischen Austrages nicht wert sein würden. Es gereicht dem Herrn Reichskanzler zur Beruhigung, daß er die Gewißheit hat, sich mit Herrn Crispi in seiner Auffassung über die Kalamität großer Kriege zu begegnen, da Seine Durchlaucht hierauf die Zuversicht gründet, daß Herr Crispi kleinliche französische Taktlosigkeiten oder Provokationen mit staats-

---

* Vgl. S. 207, Fußnote **.

männischer Ruhe und Kaltblütigkeit als irrelevant behandeln wird, solange nicht wirkliche Interessen Italiens dabei in Frage kommen: würden letztere jemals ernstlich bedroht, sodaß sie eine kriegerische Abwehr unvermeidlich machen, so wird Italien uns stets an seiner Seite finden.

H. Bismarck

Nr. 1281

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 390 Berlin, den 28. April 1888
Vertraulich [abgegangen am 1. Mai]

Ew. gefälligen Bericht Nr. 118 vom 24.* hat der Herr Reichskanzler mit Interesse gelesen. Seine Durchlaucht verkennt nicht, daß der Schutz der englischen Küste mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England nicht geschwächt werden kann; bei dem von Lord Salisbury in Aussicht genommenen Plan bezüglich der Verstärkung des Mittelmeergeschwaders braucht diese Eventualität gegenwärtig auch nicht in Frage zu kommen. Der Zweck, den wir mit der Anregung der Vermehrung des englischen Mittelmeergeschwaders verfolgten, ist durch die von Lord Salisbury in Aussicht genommene Zuführung einiger aus dem fernen Osten zurückkehrenden Schiffe erreicht, und ich stelle Ew. anheim, Lord Salisbury unsere Befriedigung hierüber auszusprechen.

Was den Schlußsatz Ihres vorerwähnten Berichtes anlangt, so hält der Herr Reichskanzler den Augenblick jetzt schon für gekommen, daß seitens Lord Salisburys den Franzosen kein Zweifel gelassen wird über die Haltung, welche England bei einem plötzlichen Angriff Frankreichs auf Italien einnehmen würde. Es ist durchaus richtig, daß England es in der Hand hat, dem Ausbruch eines französisch-italienischen Krieges, den auch wir dringend zu vermeiden wünschen, vorzubeugen. Es ist über unser Vertragsverhältnis mit Italien genug in die Öffentlichkeit gedrungen, um den Franzosen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir Italien zu Hilfe kommen würden, wenn sie letzteres überfallen sollten. Wenn nun England ebenfalls in Paris zu verstehen gibt, daß seine Kriegserklärung einem französischen Angriff auf Italien folgen

---

* In seinem Bericht vom 24. April 1888 hatte Botschafter Graf von Hatzfeldt die Aufnahme geschildert, die die Anregung der deutschen Regierung auf Verstärkung der englischen Mittelmeerflotte bei Lord Salisbury gefunden hatte. Danach hielt der englische Premier eine Verstärkung in dem Grade, daß dadurch der Schutz der englischen Küste geschwächt werde, im Hinblick auf die unberechenbaren Verhältnisse nicht für möglich, stellte aber eine Heranziehung einiger von Außenstationen zurückkehrender Kriegsschiffe zur Mittelmeerflotte in Aussicht und deutete an, daß England im Fall eines französischen Angriffs auf Italien seinerseits in der Lage sein würde, mit Repressalien gegen die französischen Häfen im Norden vorzugehen.

würde, so würde ich hierin das sicherste Mittel sehen, um einen solchen zu frustrieren. Wartet man englischerseits mit einer bezüglichen Warnung, bis die Feindseligkeiten ausgebrochen sind, so wird der Krieg nicht mehr zu verhindern sein: es kann dann nur noch repressiv und nicht präventiv eingegriffen werden. Soweit wir die Lage der Dinge in Frankreich beurteilen können, ist der Moment schon gekommen, in welchem eine Andeutung über Englands Stellungnahme von entscheidendem Gewicht für die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sein kann. Man sollte nicht warten, bis der Dammbruch vorliegt, sondern einen solchen lieber durch einen diplomatischen Hinweis verhüten. Ich habe mich in diesem Sinne streng vertraulich zu Sir Edward Malet ausgesprochen und bitte Ew. dies Ihrerseits Lord Salisbury gegenüber ebenfalls zu tun und dabei zu betonen, that prevention is better than cure.

H. Bismarck

Nr. 1282

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 1. Mai 1888

Der französische Botschafter, welcher mir vor kurzem das Reglement für die Kunstabteilung der nächstjährigen Pariser Ausstellung mitgeteilt hatte, fragte mich vor seiner Abreise nach Paris im Auftrage seiner Regierung, ob wohl Aussicht wäre, daß wir uns ähnlich wie im Jahre 1878 mit Erzeugnissen der deutschen Kunst an der bevorstehenden französischen Ausstellung beteiligen würden[1]: er bedaure sehr, daß wir eine generelle Beschickung seinerzeit abgelehnt hätten, glaube aber, daß es einen sehr guten Eindruck machen und für die Beziehungen beider Länder ersprießlich sein würde, wenn wir uns wenigstens dem 1878er Vorgange analog verhielten.

Ich bemerkte Herrn Herbette, daß ich auf die generelle Frage trotz seines Bedauerns über den hierüber gefaßten Beschluß nicht zurückkommen könnte, da ich mich in dieser Hinsicht seinem Amtsvorgänger gegenüber schon auf das prägnanteste ausgesprochen hätte: abgesehen von allen sachlichen Gründen genüge für unsere Ablehnung schon die Tatsache, daß die Ausstellung zur Verherrlichung der Säkularfeier von 1789 dienen solle. Wäre die Ausstellung aber auch für ein anderes Jahr geplant gewesen, so würde die deutsche Regierung sich nach den unerhörten jüngsten Vorfällen in Belfort* doch genötigt sehen, sich jeder Art von offizieller Beschickung einer in einer französischen Stadt geplanten Schaustellung zu enthalten.

Der französische Botschafter hatte mich kaum zu Ende sprechen

* Am 8. April 1888 waren vier deutsche Studenten aus Freiburg bei einem Ausfluge nach Belfort von dem Straßenpöbel schwer mißhandelt worden.

lassen: er beteuerte mit Empressement, daß die üble Erfahrung, welche unsere Landsleute in Belfort gemacht hätten, seiner Regierung peinlich gewesen, und daß seitens der letzteren sofort das Nötige veranlaßt worden sei, um die Anstifter zur Rechenschaft zu ziehen: er freue sich, mir mitteilen zu können, daß verschiedene der Tumultuanten mit Gefängnis und Geldstrafen belegt worden seien; er hoffe, daß wir hiernach der Sache keine Bedeutung mehr beilegen würden: in Grenzstädten seien die Bevölkerungen leider immer besonders erregbar, und hierin fände der bedauerliche Auftritt, dessen Opfer die deutschen Studenten gewesen seien, seine Erklärung. Da ich ihm bisher von der Sache nicht gesprochen hätte, so hätte er gehofft, daß diese Auffassung auch die unsrige wäre.

Ich erwiderte dem Botschafter: „Ich habe der Sache Ihnen gegenüber nicht erwähnt, weil ich weiß, daß diejenigen Ihrer Landsleute, welche die Regierung in den Händen haben, für Ausschreitungen der übrigen nicht unbedingt verantwortlich gemacht werden können. Der Fehler liegt im französischen Nationalcharakter, und dieser kann durch Beschwerden oder Reklamation nicht gebessert werden. Ihre Regierung hat getan, wozu sie verpflichtet war, indem sie, soweit sie das ihrer öffentlichen Meinung gegenüber wagen konnte, repressiv verfuhr. Bei den guten offiziellen Beziehungen, in denen wir stehen, sah ich voraus, daß Sie den Vorfall nicht gänzlich ungerügt hingehen lassen würden, und konnte mich deshalb enthalten, denselben Ihnen gegenüber zur Sprache zu bringen. Sie sind aber nicht in der Lage, uns irgendeine Garantie zu geben, daß harmlose Deutsche in Frankreich bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder in brutaler Weise behelligt werden. Dazu ist Ihre Regierung zu schwach. Frankreich ist gegenwärtig, dank der systematisch betriebenen Aufregungen der Volksleidenschaften, das ungastlichste aller zivilisierten Länder, wenigsten sicherlich soweit Deutsche in Betracht kommen. Diese Tatsache ist bekannt genug, und ich wundere mich nur, daß sich noch Landsleute von mir finden, welche sich trotzdem nach Frankreich begeben. Ich hoffe, daß dieselben sich den Vorgang in Belfort zur Lehre dienen lassen und sich künftig andere Reiseziele als das fremdenfeindliche Frankreich wählen werden. Wer das nicht tun will, der trägt eben seine Haut zu Markte, und für Leute, die sich in Gefahr begeben wollen, habe ich kaum ein Bedauern. Sie werden aber begreifen, daß ich bei dieser Sachlage ein offizielles Erscheinen Deutschlands auf der Pariser Ausstellung als ausgeschlossen ansehen muß[2]. Wenn Sie vorhin behaupteten, daß Beschimpfungen Deutscher nur an Grenzorten vorkämen, so verweise ich demgegenüber auf die lächerliche Spionenriecherei, die an allen Orten Frankreichs systematisch betrieben wird, obgleich derselben bisher nur unschuldige Landschaftsmaler oder commis voyageurs zum Opfer gefallen sind: trotz alles Spionengeschreis und aller Denunziationen ist in den letzten 17 Jahren noch niemals ein Deutscher der Spionage überführt

worden, während die französischen Offiziere und Spione, welche wir in diesem Zeitraum beobachtet, sistiert oder ausgewiesen haben, nach Dutzenden zählen. Ich erinnere ferner an die Mißhandlung des Württembergers Wuerst vor wenigen Jahren, der an Ihrem Nationalfest beinahe umgebracht wurde, weil er angeblich auf dem Place de la Concorde deutsch gesprochen hatte. Daß die Ungastlichkeit Frankreichs sich nicht auf Deutsche allein beschränkt, beweist schließlich am besten der schmähliche Empfang, welchen die Pariser Bevölkerung im Herbst 1883 dem Könige von Spanien bereitete.

Ich führe diese Dinge nicht an, um eine Beschwerde zu formulieren, oder um einen Vorwurf zu erheben: je ne fais que constater un phénomène regrettable. Ihre Regierung ist nicht in der Lage, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß deutsche Aussteller oder deren Besitztum in Paris vor Beschädigung bewahrt bleiben werden[3]. Bei der Erregbarkeit der dortigen Massen braucht nur irgendein gewissenloser Agitator an einem schönen Sonntag nachmittag mit 10000 Bewohnern von Belleville in die Ausstellung hinabzusteigen, und es wird ihm ein leichtes sein, in wenigen Minuten eine Beschimpfung unserer Farben und Zerstörungen der etwaigen deutschen Abteilungen ins Werk zu setzen; Ihre Regierung würde dann in die schwierige Lage kommen, entweder Abbitte leisten und für den Schaden aufkommen zu müssen, und sich dadurch in der öffentlichen Meinung Frankreichs auf das äußerste zu diskreditieren, oder aber bei ihrer Schwäche der vox populi gegenüber nachzugeben und das Geschehene zu endossieren. Da wir friedliebend sind und unsere gegenwärtigen Beziehungen nicht getrübt zu sehen wünschen, so wollen wir Ihre Regierung einer solchen Eventualität nicht aussetzen."

Der Botschafter hatte mich wiederholt mit Zeichen lebhafter Ungeduld durch einzelne Ausrufe und Phrasen unterbrochen, welche, als ich geendet hatte, darin gipfelten, daß er sagte: „Vous dites que Vous êtes pacifiques, — mais nous[4] sommes archi pacifiques: c'est dans cette pensée que je tenais à ce que l'Allemagne prit part à l'exposition des beaux arts: je regrette Votre refus, que je devrai transmettre à mon gouvernement, mais j'espère que Vous me dispenserez de lui expliquer les motifs que Vous venez de me donner[5]: je crois que Vous y avez mis un peu de passion[6], car si la France était vraiment si peu hospitalière que Vous le pensez il n'y aurait pas à Paris au delà de 30000 Allemands qui y gagnent leur vie."

Ich bemerkte hierzu, dies sei kein Beweis: vor dem Kriege hätten über 300000 Deutsche in Frankreich gelebt, jetzt seien es nur noch etwa 100000; diese Zahlen sprächen für sich selbst. Daß die Deutschen in Paris sich übrigens sehr sicher fühlten, bezweifelte ich; bei unserer starken Bevölkerungszunahme sei ein gewisser Prozentsatz derselben darauf angewiesen, seinen Unterhalt in der Ferne zu suchen, wenn derselbe auch mit Gefahren verbunden sei: Viele gingen zu diesem

Zwecke zur See[7] oder in die ungesunden tropischen Klimata, obgleich sie wüßten, daß ihr Leben dort vielen Bedrohungen ausgesetzt sei. Aus den erwähnten Zahlen ergebe sich aber mit voller Klarheit, daß diejenigen Deutschen, welche auf dem Boden des Vaterlandes nicht ihr Brot fänden, sich doch noch lieber den klimatischen und elementaren, als den ihnen in Frankreich drohenden Fährlichkeiten aussetzen, da sonst seit 1870 eine entsprechende Vermehrung unserer in Frankreich lebenden Untertanen eingetreten sein müßte und nicht eine Verminderung um mehr als $^2/_3$. Der Deutsche könne sich heutzutage mit größerer Sicherheit und Sorglosigkeit in Afrika und auf den Südseeinseln bewegen, als in dem sich mit seiner hohen Zivilisation so gern brüstenden Frankreich, während Franzosen, die sich in Deutschland aufhielten, niemals irgendeiner Behelligung unterlägen.

Herr Herbette war durch meine Bemerkungen etwas peinlich berührt und wußte nur darauf zu erwidern, man müsse doch auch dem Rechnung tragen, daß wir die Sieger und die Franzosen die Besiegten gewesen seien.

Ich sagte ihm, daß ich diesen Satz als stichhaltig nicht anzuerkennen vermöchte: in den letzten Jahrhunderten hätten leider mehr als 20 große Kriege zwischen Deutschen und Franzosen stattgefunden, in denen bald der eine, bald der andere Teil Sieger geblieben wäre; niemals aber habe sich auf Seiten des unterlegenen Landes eine solche wilde Animosität gegen die Angehörigen des im Vorteil gebliebenen geltend gemacht, als in Frankreich seit 1870; wir hätten eine Zeitlang gehofft, diese Animosität zu überwinden, und Frankreich auf vielen Punkten das größte Entgegenkommen gezeigt, nicht nur durch unser Erscheinen auf der 1878er Ausstellung, sondern auch während verschiedener, für Frankreich wichtiger politischer Phasen; es sei uns das aber nur als Schwäche ausgelegt worden, und der vorübergehenden, von uns mit Befriedigung begrüßten 1884er Episode einer scheinbaren Annäherung sei ein Zustand von künstlicher Erbitterung und Verdächtigung gefolgt, welcher innerhalb der letzten 3 Jahre sich stetig aufwärts bewegt habe. Nachdem neuerdings selbst der sonst für versöhnlich und verständig gehaltene Ferry mit besonderem Nachdruck die chauvinistische Tonart angeschlagen habe, könne man von keinem französischen Staatsmann mehr erwarten, daß er etwas anderes als den Beifall der chauvinistischen Presse zur Richtschnur seiner Handlungen nehmen werde. Wüßte man in Frankreich nicht, daß jeder Minister, der sich nicht unmöglich machen will, gezwungen ist, der Volksleidenschaft gegenüber nachgiebig zu verfahren, so wäre es nicht möglich gewesen, daß auch der bessere Teil der Belforter Bevölkerung sich an der jüngsten Deutschenhetze beteiligt, und daß ein um Einschreiten gegen die drohende Soldateska gebetener französischer Offizier den Studenten mit Schadenfreude erklärt hätte, sie hätten sich ja nicht auf französischen Boden zu begeben brauchen.

Herr Herbette wollte die letztere Tatsache auf Grund ihm angeblich zugegangener Informationen bestreiten. Ich lehnte ab, mit ihm hierüber zu diskutieren, indem ich erklärte, ich wüßte nicht, inwieweit seine Nachrichten authentisch seien: für mich sei lediglich das amtliche Protokoll maßgebend, welches die Badische Regierung über den Vorfall aufgenommen und hierhergesandt hätte. Eine Diskussion des betreffenden Schriftstücks würde die Annahme zulassen, als ob ich die offizielle deutsche Darstellung nicht für unbedingt zuverlässig hielte, und diese Möglichkeit sei für mich von vornherein ausgeschlossen.

Der französische Botschafter schwieg hierzu und fragte mich, ob wir denn nicht wenigstens Private, welche Neigung hätten, die Ausstellung zu beschicken, mit Rat und Erleichterungen unterstützen wollten? Ich erwiderte, daß ich hierzu die Hand nicht zu bieten vermöchte, denn nach meiner Überzeugung würden, wie ich bereits entwickelt hätte, deutsche Aussteller in Paris für ihre Person und ihr Eigentum Gefahr laufen. „Si réellement il y a des Allemands qui veulent envoyer des objets à Paris, et qui me demandent mon avis, je me verrais obligé de leur dire que je leur conseillerais plutôt de se rendre dans le Sud de l'Afrique que de risquer leur peau et leurs marchandises à Paris.“

Als der französische Botschafter hierbei fast vom Stuhle aufsprang und einen unartikulierten Laut des Protestes von sich gab, sagte ich achselzuckend, „es tut mir sehr leid, daß die Tatsachen mich nötigen, so zu sprechen, mais à qui la faute? C'est ma conviction, basée sur des faits récents, que nos nationaux courent moins de danger, s'ils voyagent en Afrique que s'ils s'exposent à la soidisante hospitalité française. Comme je désire maintenir les relations actuelles entre nos deux gouvernements, je dois m'efforcer à écarter tous les points noirs qui pourraient surgir. Dans cet ordre d'idées je crois de mon devoir de déconseiller à tout Allemand d'aller séjourner en France; peut-être finirons-nous par nous entendre, si un beau jour une muraille de Chine couvrira toute notre frontière.“

Herr Herbette verwahrte sich hiergegen, indem er erklärte, daß es im Interesse von zwei benachbarten Völkern doch sehr wünschenswert[8] sei, wenn man sich gegenseitig gründlich kennenlernte[9], und dies sei nur bei einem regen persönlichen Verkehr de part et d'autre möglich. Ich schloß mich dieser Ansicht aber nicht an, sondern sagte nur, daß wir die Franzosen zur Genüge kennten, um zu wissen, daß sie schwierige und wenig wohlwollende Nachbarn seien.

Die Unterhaltung erreichte hier ihr Ende, und wir trennten uns unter der gegenseitigen Versicherung, daß uns nichts so sehr am Herzen läge, als wie die Erhaltung des Friedens. H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck auf einer Abschrift der Aufzeichnung:
[1] Belfort!
[2] richtig

[3] richtig
[4] wer? Déroulède-Boulanger?
[5] ?
[6] ?
[7] Amerika
[8] ?
[9] das haben wir!

Nr. 1283

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 20. Mai 1888

Der Herr Reichskanzler bittet dem Grafen Münster vertraulich und sicher zu antworten, er sei mit seiner Behandlung der Belforter Angelegenheit* ganz einverstanden.

„Die Erscheinung in Belfort aber," so fuhr Seine Durchlaucht behufs Mitteilung an Graf Münster wörtlich fort, „und auch die Stimmungen, die sich bei Gelegenheit der Sezession in der Patriotenliga von Seiten der Genossen Déroulèdes dokumentiert haben, und die Zurückweisung Littauers**, das alles sind Symptome, welche auf die Kriegslust Frankreichs schließen lassen. Wir müssen uns deshalb doch mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese bis in die untersten Schichten der Bevölkerung hinab verbreitete Stimmung zu einer Explosion führen muß, sobald irgendein neuer Wechsel in der französischen Regierung den Zünder dazu liefert. Wir haben bisher unsererseits bei dergleichen Konflikten alles getan, um eine Verschärfung derselben zu vermeiden, aber ich befürchte nachgerade, daß dies Bemühen ein vergebliches sein werde, und kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß friedfertige Höflichkeit zwar für die französische Regierung bequem und angenehm sein mag, daß die Bevölkerung Frankreichs

* Graf Münster hatte wegen der Belforter Angelegenheit am 16. Mai auf Anweisung von Berlin scharfe Beschwerde bei dem französischen Minister des Auswärtigen Goblet geführt. Dieser sprach wohl sein Bedauern aus, erklärte aber, erst mit seinen Kollegen Rücksprache nehmen zu müssen. Der Vorfall führte zu Weiterungen, weil die französische Regierung die Zahlung einer Entschädigung verweigerte und die beteiligten Studenten auf den Weg der Privatklage bei den französischen Gerichten verweisen ließ. Da sich aber kein französischer Anwalt bereit finden ließ, die Klage der deutschen Studenten zu vertreten, endete die Angelegenheit mit der Konstatierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 14. August 1888, „daß der Deutsche in Frankreich kein Recht findet, und daß für Vergehen gegen Deutsche in Frankreich keine Sühne zu erlangen ist". Auf deutscher Seite blieb eine Spannung zurück, die ihren Ausdruck u. a. auch in der Verhängung des Paßzwanges für Elsaß-Lothringen fand. Siehe die folgenden Aktenstücke.

** Am 24. April 1888 war der Schriftsetzer Littauer aus Breslau, der zu Verwandten nach Reims reisen wollte, an der Grenze mit dem Bedeuten, sich erst eine Erlaubnis des Präfekten von Nancy zur Einreise zu verschaffen, zurückgewiesen worden.

aber zu den Charakteren gehört, welche friedliche Höflichkeit und anständige Formen sehr leicht als Schwäche und Besorgnis auffassen und sich dadurch mehr in der Unverschämtheit verhärten, als zu gleichem Verhalten veranlaßt sehen. Wir werden deshalb niemals Händel suchen, und der Ausbruch des Krieges, den ich befürchte, wird niemals eine diesseitige Aggression zum Ausgangspunkte haben. Aber ich bin zweifelhaft geworden, ob unser bisheriges System, dem Bruche auszuweichen, einer für anständige Behandlung so wenig empfänglichen Nation gegenüber, wie es die Franzosen sind, das Richtige ist. Ich werde es wenigstens Seiner Majestät dem Kaiser nicht mehr mit derselben Zuversicht wie bisher empfehlen können."

C. Rantzau

Nr. 1284

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 152 Berlin, den 21. Mai 1888

Um den von Frankreich aus in Elsaß-Lothringen unternommenen Wühlereien entgegenzutreten, wird der Kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen zufolge einer Mitteilung desselben die in Abschrift ergebenst beigefügte Verordnung, als deren Geltungsbeginn der 31. d. Mts. in Aussicht genommen ist, durch das Kaiserliche Ministerium in Straßburg erlassen*.

* Abgedruckt u. a. in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1888, S. 86. Die erste Anregung zur Verschärfung der Paßkontrolle an der französischen Grenze ging auf einen Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Grafen von Dönhoff vom 18. Januar 1888 zurück, der die Tatsache hervorhob, daß die zahlreichen Deutschland und so auch Dresden besuchenden französischen Offiziere nicht entfernt einer solchen Behelligung und Überwachung unterlägen, wie deutsche Offiziere in Frankreich. Fürst Bismarck veranlaßte darauf das Auswärtige Amt, laut Aufzeichnung des Grafen zu Rantzau vom 20. Januar, mit den Verbündeten Regierungen über die Frage in Verbindung zu treten, ob es nicht notwendig sei, an der französischen Grenze eine strengere Paßkontrolle einzuführen, und zwar so, daß Franzosen, namentlich französische Offiziere nur dann zugelassen würden, wenn sie ein Visa der deutschen Botschaft in Paris hätten. „Es würde durch eine solche Maßregel ein doppelter Zweck erreicht werden: einmal würden die Rekognoszierungen und Spionagen der französischen Offiziere in Deutschland verhindert oder doch erschwert werden, welche jetzt ebenso wie zur Zeit Napoleons vor dem Kriege stark im Gange wären, und dann würde auch den Franzosen die Unangemessenheit der dortigen Gastfreundschaft durch Talion vor Augen geführt werden". Durch Vorkommnisse wie die Mißhandlung der deutschen Studenten in Belfort wurde Fürst Bismarck in seiner Absicht noch bestärkt, sodaß er zu ihrer Ausführung auch gegen die dringenden Vorstellungen des Statthalters in Elsaß-Lothringen, Fürsten von Hohenlohe, schritt. Vgl. dessen ausführliche Darstellung in Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II (1907), S. 432 ff. Im weiteren Verlauf des Jahres 1888 kam es zu der Ausweisung zahlreicher aktiver französischer Offiziere, die sich „Sprachstudien" halber in Deutschland aufhielten. Vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 6. und 18. Dezember 1888.

Von dem gedachten Zeitpunkt an muß jeder über die französische Grenze nach Elsaß-Lothringen reisende Ausländer, sei es, daß er auf der Durchreise begriffen ist oder im Reichslande Aufenthalt nehmen will, einen Paß besitzen, welcher mit dem Visa der Kaiserlichen Botschaft in Paris versehen ist.

Für ein jedes solches Visa wollen Ew. pp. eine Gebühr von zehn Mark erheben und die hieraus entstehenden Einnahmen in der üblichen Weise verrechnen bezw. abführen.

Wenn der die Erteilung des Visa bei Ew. pp. Nachsuchende nicht die französische Staatsangehörigkeit besitzt und sonstige politische Bedenken nicht obwalten, wird das Visa anstandslos zu bewilligen sein. Ist der Nachsuchende aber ein Franzose, so ersuche ich Sie, das Visa erst dann zu erteilen, wenn derselbe den Zweck und die etwaige Dauer seiner Reise in Elsaß-Lothringen angibt und der Kaiserliche Statthalter, mit dem Ew. pp. sich in einem jeden solchen Fall in unmittelbare Verbindung setzen wollen, gegen die Erteilung des Visa keine Bedenken erhebt. Ausnahmen von einer vorherigen Anfrage bei dem Kaiserlichen Statthalter werden Ew. pp. vorerst nur dann machen können, wenn der Nachsuchende eine allgemein als einwandfrei bekannte oder angesehene Persönlichkeit ist, von welcher nach Ihrer Überzeugung eine Agitation in Elsaß-Lothringen gegen die deutsche Herrschaft nicht zu befürchten steht. Ob auch noch in andern Fällen vor der Erteilung des Visa von einer Anfrage bei dem Herrn Statthalter abgesehen werden kann, wird erst entschieden werden, wenn die Verordnung etwa einen Monat lang in Geltung gewesen sein wird. Über diesen Punkt sehe ich seinerzeit einem gefälligen Bericht entgegen.

Die Kaiserlichen Berufskonsuln in Frankreich, welche hinfort Visa nicht mehr erteilen dürfen, habe ich von der in Aussicht genommenen Verordnung mit besonderem unter fliegendem Siegel beifolgenden Erlaß, dessen Weiterbeförderung Ew. pp. gefälligst übernehmen wollen, benachrichtigt.

H. Bismarck

Nr. 1285

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Reinkonzept

Nr. 258 — Berlin, den 28. Mai 1888

Die Paßmaßregeln, welche wir genötigt gewesen sind zu ergreifen, um der französischen Agitation in den Reichslanden entgegenzutreten, die im Laufe der letzten Jahre mit jedem Tage dreister wurde und bedenkliche Zustände zu schaffen drohte, werden in der Presse vielfach besprochen und finden in Organen internationalen oder republikanischen Anstrichs, die noch mehr oder weniger unter dem Ein-

fluß der französischen Presse stehen, eine falsche und gehässige Beurteilung. An einigen Stellen wird jene Maßregel sogar bis zu einer deutscherseits beabsichtigten Provokation des friedliebenden Frankreichs entstellt, während gerade die in Frankreich systematisch großgezogene Erbitterung gegen Deutschland, die zu unqualifizierbaren Ausschreitungen, in jüngster Zeit zu der Mißhandlung deutscher Studenten in Belfort geführt hatte, jene Maßnahmen hervorgerufen und im Interesse der Aufrechthaltung friedlicher Beziehungen zu unserem unberechenbaren Nachbarn notwendig gemacht hat. pp.

H. Bismarck

Nr. 1286

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 212 Paris, den 18. Juli 1888

Die Stimmung in Frankreich uns gegenüber ist seit einigen Wochen eine, wenn auch nicht weniger gehässige, so doch entschieden besonnenere geworden. Die Presse im allgemeinen befleißigt sich bei Besprechung deutscher Angelegenheiten eines maßvolleren Tones und größerer Zurückhaltung, als es sonst ihre Gewohnheit ist. Auch in den mannigfachen offiziellen und privaten patriotischen Kundgebungen in Wort und Tat, zu welchen das Nationalfest am 14. Juli Anlaß gegeben, ist ein gewisses Streben nach nüchterner Ruhe und ein vorsichtiges Vermeiden der sonst bei solchen Gelegenheiten üblichen Revancherufe nicht zu verkennen gewesen.

Die Quelle dieser Wandlung dürfte in verschiedenen Ereignissen der jüngsten Zeit zu suchen sein. Die Paßmaßregeln für Elsaß-Lothringen haben ihre Wirkung augenscheinlich nicht verfehlt. Den Franzosen ist es nachgerade klar geworden, daß dieselben eine Art Ultimatum an ihre Adresse bedeuten, und daß es angesichts dieser Warnung angezeigt sei, nicht mit dem Feuer der Revancheideen zu spielen. Mehr aber wie der Paßzwang hat die Thronbesteigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs die Franzosen zu einem maßvolleren und vorsichtigeren Benehmen in ihren öffentlichen Meinungsäußerungen bewogen. Ist auch die Annahme einer unmittelbaren Kriegsgefahr, welche man in Frankreich allgemein an die erhabene Person Seiner Majestät zu knüpfen liebte, durch die friedfertigen Kundgebungen allerhöchstdesselben Lügen gestraft worden, so ist doch das Gefühl geblieben, daß Deutschlands Geschicke in den Händen eines Herrschers ruhen, welcher unter Umständen leichter zum Schwerte greifen könnte, als der totkranke Vater und der hochbetagte Großvater, daß daher ruhiges Verhalten mehr denn je am Platze sei. Hierzu kommt nun noch, daß der Schritt, welchen unser allergnädigster Kaiser und Herr in

St. Petersburg zu unternehmen im Begriff steht*, die Aussichten auf russische Unterstützung oder auch nur Duldung der französischen Gelüste und Ränke zu vernichten droht. Gerade die Zurückhaltung, mit welcher sich die französische Presse und politische Persönlichkeiten über den Kaiserbesuch aussprechen, die Gleichgültigkeit, welche sie mit der Versicherung heucheln, der Besuch sei rein familiärer Natur, werde keine politischen Folgen haben und an dem Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich nichts ändern, daneben die schüchternen Versuche der Presse, den Keil der widersprechenden Interessen zwischen uns und unsere Verbündeten zu treiben und England unter Ausbeutung gewisser Vorkommnisse am Hofe des hochseligen Kaisers Friedrich gegen Deutschland aufzustacheln — das alles zeigt, daß die Franzosen wieder zum Bewußtsein ihrer Isolierung und zu der Erkenntnis gelangt sind, daß es für jetzt geraten sei, vorsichtig alles zu vermeiden, was als Zeichen kriegerischer Neigungen gedeutet werden und zu Konflikten Anlaß geben könnte.

v. Schoen

Nr. 1287

Aufzeichnung des Vortragenden Rats in der Reichskanzlei von Rottenburg, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 19. Oktober 1888

Der Herr Reichskanzler wünscht, daß bei Mitteilung des anliegenden Pariser Berichts** nochmals in folgendem Sinne an den Kaiserlichen Botschafter in Rom geschrieben werde:

Die tunesische Frage sei kein zweckmäßiger Anlaß, um zum Bruch mit Frankreich zu treiben, weil er als solcher den Italien verbündeten Nationen nicht faßlich und verständlich sein würde; er sei zu „diplomatisch". Es empfehle sich, für die Möglichkeit einer kriegerischen Schlichtung der Beziehungen zu Italien einen günstigeren Anknüpfungspunkt abzuwarten. Daß sich ein solcher bieten würde, wenn man die innere Entwickelung Frankreichs nicht störe, sei Seiner Durchlaucht nicht zweifelhaft; die Leidenschaftlichkeit der Franzosen bürge dafür. Für unsere friedliebenden Bevölkerungen sei die Frage des „Angegriffenseins" für jede Kriegseinleitung eine sehr wichtige; sie entscheide über den Enthusiasmus, mit dem der Krieg aufgenommen werde. Seine Durchlaucht befürchte, es werde trotz aller Bemühungen nicht möglich

* Am 14. Juli hatte Kaiser Wilhelm II. seine erste Fahrt als Souverän nach Petersburg angetreten; am 20. traf er dort auf der russischen Kaiserjacht ein.

** Am 14. Oktober hatte Botschafter Graf Münster über Äußerungen des Ministers Goblet bezüglich der tunesischen Schulfrage, in der ein Konflikt zwischen Frankreich und Italien entstanden war, berichtet.

sein, mit Frankreich im Frieden zu leben, glaube aber, daß es unsere Aufgabe sei, den französischen Angriff, der seiner Ansicht nach, wie gesagt, nicht ausbleiben werde, abzuwarten, damit die öffentliche Meinung in den beteiligten Nationen nicht den Eindruck erhalte, als ob wir unsrerseits Frankreich provozierten*.

Rottenburg

Nr. 1288

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Statthalter in Elsaß-Lothringen Fürsten von Hohenlohe

Konzept

Nr. 7 Berlin, den 7. März 1889
[abgegangen am 8. März]

Das gefällige Schreiben Ew. pp. vom 5. d. Mts., betreffend die Beschädigung von Grenzpfählen an der französischen Grenze, hat dem Herrn Reichskanzler vorgelegen. Fürst Bismarck ist dankbar, daß der Angelegenheit seitens der dortigen Beamten eine weitere Folge nicht gegeben worden ist. Da die jetzige Regierung in Frankreich** Zeichen einer gewissen Kraft an den Tag gelegt und die Neigung gezeigt hat, sich von den Kundgebungen der Straße zu emanzipieren, so empfiehlt es sich, wenn von unserer Seite einstweilen vermieden wird, dem Pariser Kabinett Schwierigkeiten zu machen und die ruhige Entwickelung der Dinge zu stören. Ich bitte Ew. pp. ergebenst, soweit es angeht, die französische Regierung bei Grenzvorfällen ähnlicher Art dadurch zu schonen, daß dieselben ohne Aufsehen ihre Erledigung erlangen und nicht in Publizität gezogen werden. H. Bismarck

Nr. 1289

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 3. März 1890

Heute besuchte mich Herr Christofle, Direktor des Crédit foncier in Paris und französischer Deputierter. Derselbe war bei mir durch

* Botschafter Graf zu Solms in Rom wurde durch Erlasse vom 22. und 23. Oktober 1888 in dem Sinne obiger Direktiven beschieden. Wie Graf zu Solms unter dem 27. Oktober berichtete, hatten Fürst Bismarcks versöhnliche Ratschläge vollen Erfolg. Ministerpräsident Crispi ließ dem Fürsten zurücksagen, er sei der französischen Regierung soweit wie nur möglich entgegengekommen; er werde es durchaus vermeiden, derselben irgendeine Demütigung zuzumuten.

** Am 23. Februar war, nachdem am 14. Februar das Ministerium Floquet gestürzt war, das Kabinett Tirard an das Ruder gelangt, das am 28. Februar die Auflösung der Patriotenliga verfügte.

den mexikanischen Gesandten Romero Vargas eingeführt. Letzterer hatte schon vor Jahr und Tag mir den Wunsch ausgesprochen, durch seine Beziehungen zu[1] Frankreich dazu beigetragen, daß eine Entente und womöglich Allianz zwischen der deutschen und der französischen Regierung zustande käme. Inzwischen war Herr Vargas ein Jahr auf Urlaub gewesen. Nach seiner Rückkehr im Monat Januar sprach er mir wieder von seinem „Lieblingsgedanken", indem er von mir nur die Zusage erbat, daß ich Herrn Christofle (dessen Namen er mir dabei zum ersten Male nannte) empfangen würde, wenn er hierher käme. pp.

Herr Christofle ist ein wohlerzogener, gebildeter Mann und macht den Eindruck eines der besten Repräsentanten der französischen haute finance. Als er nach einigen Einleitungen das Thema einer möglichen deutsch-französischen Allianz abordierte, ergab sich alsbald, daß er denselben Gedankengang entwickelte, welcher der bekannten neuerlichen Broschüre des Obersten Stoffel zugrunde liegt. Er konstatierte, daß die steigenden militärischen Anforderungen sowohl das französische wie das deutsche Volk, welche als die zivilisiertesten der Welt berufen wären, sich gegenseitig zu unterstützen, dem Ruin entgegenführen würden, und daß sein lebhafter Wunsch sei, der Krieg von 1870 möge der letzte[1a] zwischen Deutschland und Frankreich gewesen sein. Er behauptete, daß alle Vorbedingungen dazu vorhanden seien, denn das französische Volk sei, abgesehen von einigen Pariser Schreiern und Journalisten, durchaus friedlich gesinnt[2] und würde uns niemals angreifen[3]. Letzteres könne nur dann geschehen, wenn wir etwa in einen Krieg mit Rußland verwickelt würden. Das Resultat einer solchen Konstellation würde aber ein für Europa höchst trauriges sein, und das einzige Mittel, dies zu vermeiden, sähe er in der Retrozession von Elsaß-Lothringen[4]. Dieses Land brächte Deutschland keinen Nutzen, und Frankreich würde mit uns eine dauernde[5] Allianz abzuschließen bereit sein, wenn es die verlorenen Provinzen wiedererhielte.

Ich hörte Herrn Christofle freundlich an und konnte ihm an der Hand der Geschichte leicht nachweisen, daß wir durch die exponierte Situation Süddeutschlands und die in jedem Jahrhundert immer wiederkehrenden Angriffe Frankreichs genötigt gewesen seien, Deutschland eine bessere Grenze gegen Frankreich zu geben, als es bis 1870 gehabt hätte[6]: seine Darlegungen hätten zur Voraussetzung, daß das sogenannte Millennium unmittelbar im Anzuge sei; ich sähe aber hierfür kein Wahrzeichen. Jeder deutsche Minister, der die Frage einer freiwilligen Retrozession der uns früher geraubten westlichen Landesteile anregen wollte, würde sowohl politisch wie persönlich in eine unmögliche Stellung geraten: davon könne also nicht die Rede sein. Ich hoffe, daß wir auch ohne dem die guten Beziehungen, in denen wir jetzt mit Frankreich ständen, weiter auszubilden vermögen würden. Diese Beziehungen seien sowohl Ende der 70er Jahre als zumal im Jahre 1884

unter dem Ministerium Ferry schon viel besser gewesen. Erst durch General Boulanger wären wir wieder um mehrere Jahre zurückgeworfen worden. Da Herr Christofle mir versicherte, daß es mit dem Boulangismus vollständig und auf immer zu Ende sei, so hätte ich die Hoffnung, daß wir auf dem guten Wege, auf welchem wir uns jetzt befänden, die verlorene Zeit aber wieder einbringen und ähnliche günstige Beziehungen zu Frankreich herstellen könnten, wie sie im Laufe der letzten 20 Jahre schon zweimal mit gutem Erfolg angebahnt seien. Unsere Unterhaltung bewegte sich fast anderthalb Stunden lang in der vorstehend skizzierten Bahn, und wenn sie auch zu keinem Resultat führen konnte, so schloß sie doch aufs freundlichste, indem Herr Christofle mich einlud, ihn bald in Paris zu besuchen. pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] [„zu“ durchstrichen, dafür:] in

[1a] ?

[2] seit wann?

[3] nur 20 Mal in 300 Jahren

[4] dann wird das „Angreifen“ wieder etwas leichter, u[nd] Süddeutschland davon abhängig

[5] !

[6] richtig

Kapitel XLI

Italiens Mitwirkung für den Fall eines französisch-deutschen Krieges

Nr. 1290

Bericht des Militärattachés in Rom Major von Engelbrecht*

Abschrift

Nr. 21 Rom, den 12. Dezember 1886

Seit der durch Frankreichs Vorgehen in Tunis verursachten Annäherung Italiens an Deutschland-Österreich ist im italienischen Generalstab die Möglichkeit eines im Bunde mit Deutschland gegen Frankreich zu führenden Krieges zum Gegenstand eingehender Studien geworden.

Während der Jahre 1882 und 1883 wurden die ersten einschläglichen Arbeiten von dem Kriegsministerium und dem Generalstab gemeinschaftlich mit Eifer betrieben und bis zur Aufstellung eines Operationsplanes gefördert.

Geleitet von der richtigen Erkenntnis, daß auch das Schicksal Italiens auf den Schlachtfeldern zwischen der deutsch-französischen Grenze und Paris entschieden werde, lag dem Operationsplan der gesunde Gedanke zugrunde, daß vermittelst einer energischen Offensive durch die Alpen ein möglichst großer Teil der französischen Streitkräfte von dem eigentlichen Kriegstheater abgezogen und sodann der deutschen Armee in der Richtung über Lyon die Hand gereicht werden müsse.

Man verhehlte sich allerdings nicht die großen Schwierigkeiten, welche der Durchführung dieser Operation vornehmlich im Anfange begegnen würden, — Überschreiten der Alpen, Forcieren der durch fortifikatorische Anlagen geschlossenen Débouchéen, — doch ließ man sich dadurch nicht von dem Vorsatz abbringen, Herr aller Schwierigkeiten werden zu wollen. Richtig wurde damals erkannt, daß die Armee in erster Linie einer besonderen, artilleristischen Ausrüstung behufs Bekämpfung der Sperranlagen im Gebirge bedürfe, und das Entsprechende daher eingeleitet, um dieses schwierige spezifisch technische Problem zu lösen. Inzwischen war man auch über die einzuleitenden Vorwärtsbewegungen, sowie über die Stelle, an welcher der Hauptdurchbruch geschehen solle, schlüssig geworden.

So lagen die Dinge, als im Jahre 1884 ein partieller Wechsel in der Besetzung der höchsten militärischen Stellen vor sich ging. Neue Ideen verschafften sich Geltung, zum Teil auch durch den Umstand veranlaßt, daß die französischen Sperranlagen stetig an Ausdehnung zugenommen hatten, wodurch allerdings eine merkliche Änderung der Situation eingetreten war.

Man fing an, die Möglichkeit eines Durchbruchs mehr und mehr

* Vgl. dazu Bd. IV, Kap. XXIV, S. 224.

zu bezweifeln, und ließ sich aus diesem Grunde, sowie finanzieller Rücksichten halber verleiten, die Beschaffung eines durch die eigenartigen Verhältnisse absolut gebotenen Materials einzustellen.

Hiermit war der Verzicht auf jede ernste Offensive durch die Westalpen indirekt ausgesprochen.

(Näheres enthielt der Bericht Nr. 8 pro 1886 über Belagerungsparks gegen Alpenbefestigungen.)

Um sich nun aber nicht durch dieses wohlfeile Aufgeben eigener verantwortlicher Initiative dem gewiß naheliegenden Einwurf des Mangels an Vertrauen zu der Leistungsfähigkeit der Armee und ihrer Führung auszusetzen, verfiel man in Übertreibung der sich darbietenden Schwierigkeiten.

So sagte z. B. noch vor einigen Wochen der Generalsekretär im Kriegsministerium * dem Berichterstatter, daß selbst die preußische Armee hier nicht würde durchzudringen vermögen, worauf die Erwiderung nicht unterbleiben konnte, daß die preußische Armee aber niemals von vornherein den Glauben an die Möglichkeit eines solchen Gelingens aufgeben und sich wenigstens mit allen Mitteln ausrüsten würde, um sich den Erfolg zu sichern. Der General entgegnete: daß letzteres in Italien unterlassen worden, sei zu bedauern, doch sei man gegenwärtig bestrebt, das Versäumte wieder einzuholen. Hierzu muß indes bemerkt werden, daß diese Absicht einstweilen in dem entscheidenden Artillerieressort noch unbekannt ist.

Mit dem Aufgeben des Gedankens der Offensive durch die Westalpen mußte nach einem anderen Wege für die Kooperation gesucht werden, und glaubt man denselben in nördlicher Richtung, sei es unter Benutzung der Gotthard- oder der Brennerlinie gefunden zu haben.

Man argumentiert nämlich in folgender Weise:

Eine italienische Offensive durch die Alpen kommt an den französischen Sperranlagen sofort zum Stehen; gelingt im günstigsten Fall der Durchbruch, so wird bis dahin doch ein bedenklich langer Zeitraum verstreichen; während dieser Zeit werden die italienischen Armeen, deren große numerische Überlegenheit im Gebirge nicht zur Geltung zu bringen ist, von ungleich schwächeren Kräften aufgehalten, mithin ein wirksames Degagieren der deutschen Armeen nicht erreicht.

Aus dieser Lage ergibt sich die Notwendigkeit, die italienische Überlegenheit auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz einzusetzen, während in den Alpen die Operationen nur von einer den dortigen Verhältnissen entsprechend starken Armee zu führen sein werden.

Solcher Art ist die zurzeit im Kriegsministerium herrschende Vorstellung von einer Kooperation Italiens.

Welche Kräfte glaubt man nun für eine solche Entsendung disponibel zu haben? Die Ordre de bataille umfaßt vier Armeen mit 15 Armeekorps.

---

* Marselli.

Eine 1te, 2te und 3te Armee sind für die eigentlichen Feldoperationen bestimmt und zählen in 10 Armeekorps höchstwahrscheinlich nur Truppen erster Linie. Eine 4te sogenannte Zentralarmee besteht aus 5 Armeekorps, von denen vier zur Hälfte aus Truppen erster Linie, zur andern Hälfte aus Truppen zweiter Linie formiert sind, während das 5te Armeekorps nur aus Truppen zweiter Linie zusammengesetzt ist.

Die Armeekorps dieser letztgenannten Armee stehen an wichtigen Punkten des peninsularen Teiles des Landes, wie Rom, Neapel, Viareggio-Spezia zum unmittelbaren Schutz gegen Landungsversuche verteilt.

Die Konzentration der drei ersten Armeen findet in Piemont statt, und scheint es, daß von den 10 Armeekorps vier für die Operationen in den Alpen, sechs zum Auftreten auf dem deutsch-französischen Kriegsschauplatze bestimmt sind.

Ob dieses Erscheinen von zirka 180 000 Italienern den Plänen der deutschen Heeresleitung überhaupt entsprechen würde, muß dahingestellt bleiben. Ernste Bedenken werden gewiß dagegen zu erheben sein. Von hier aus aber muß hervorgehoben werden, daß der Gedanke einer derartigen Verlegung des Schwerpunktes der Hauptaktion entschieden nachteilig den Vorbereitungen für das nähergelegene Kriegstheater gewesen ist.

So mußte es dahin kommen, daß es an besonderm, durchaus notwendigen Belagerungsmaterial fehlt; daß über das Angriffsverfahren gegen Sperrforts keine Entscheidungen getroffen sind; daß die Verpflegung der Truppen in den Alpen nicht genügend vorbereitet ist, und daß die in dieser Hinsicht von dem Generalstabe allein ausgearbeiteten Projekte nach Ansicht des Ökonomiedepartements der praktischen Unterlage entbehren.

Für die Operationen in den Alpen aber sind Energie und Schnelligkeit des Handelns durchaus geboten, weil der Zeitraum, währenddessen überhaupt hier große mititärische Unternehmungen stattfinden können, infolge klimatischer Einflüsse nur ein relativ kurzer ist. Daher muß ein höchster Grad von Vorbereitung vorhanden sein, und wenn dies nicht der Fall ist, so begibt man sich gleichsam freiwillig eines wesentlichen Faktors für das Gelingen der Aktion.

In Frankreich wird man über den hiesigen Stand der Dinge gewiß informiert sein, und glaubt man dort, vor der Hand nicht viel mehr als

zwei Armeekorps und zwei Reservedivisionen

an der italienischen Grenze eintretendenfalls stehen lassen zu müssen.

Diese beiden Armeekorps und zwei Reservedivisionen repräsentieren also in der ersten, entscheidenden Periode des Krieges den *eigentlichen militärischen Wert einer italienischen Alliance.*

Erwägt man, daß Italien glaubt, 15 Armeekorps aufstellen zu können, von denen 10 für die Feldarmee bestimmt sind, so müßte der Wert einer solchen Machtentfaltung unzweifelhaft ein bedeutend höherer sein.

Die Armee ist jung, hat Proben ihrer Leistungsfähigkeit noch nicht abgelegt, der Sieg auf dem Schlachtfelde ist ihr unbekannt.

Festes Vertrauen zu sich selbst wagt man nicht recht zu fassen, daher der unverkennbare Zug von Zaudern und Abwägen, auf welche Probe man wohl die Truppe, in der das Gefühl enger Zusammengehörigkeit mit ihren Führern sowie das Moment der Initiative nicht genügend großgezogen sind, stellen darf. Daher auch der Wunsch nach unmittelbarer Anlehnung an den Bundesgenossen. Zum Schluß soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß bei der gegenwärtigen Heeresleitung auf beste Intentionen hinsichtlich einer eventuellen Kooperation gerechnet werden darf, und bei ihr gewiß jeder Rat dankbare Aufnahme finden würde.

Im Offizierkorps sind alle Sympathien für die in Rede stehende Waffengemeinschaft vorhanden, in welcher man gleichzeitig das sicherste Mittel für eine Rehabilitierung erblickt, die sich erkämpfen zu müssen, — im Hinblick auf den Verlauf und Ausgang der Kampagne 1866, — als eine dringende Notwendigkeit in der Armee empfunden wird. (gez.) von Engelbrecht

Nr. 1291

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Berlin, den 3. Oktober 1887

pp. Im engsten Vertrauen regte Herr Crispi* an, wir möchten mit dem Wunsche um Geheimhaltung in Rom vorschlagen, daß zwischen ausgesuchten preußischen und italienischen Generalstabs- und Marineoffizieren Besprechungen über die Möglichkeit und Durchführbarkeit gemeinsamer Operationen gegen Frankreich stattfänden, damit ein etwaiger Angriff dieser Macht uns nicht unvorbereitet träfe, und damit wir uns im voraus klar wären, wie unsere Defensivallianz militärisch am wirksamsten zur Hebung gebracht werden könne.

Der Reichskanzler bittet Euere Majestät um Allerhöchstdero Ermächtigung, mit den Chefs des Generalstabes und der Admiralität auf dieser Basis in vertrauliche Besprechung treten zu dürfen, und darf ich Euerer Majestät ehrfurchtsvoll anheimgeben, Allerhöchstdero Willensmeinung durch huldreiches Marginaldekret zum Ausdruck bringen zu wollen.

---

* Vom 1. bis 3. Oktober hatte der italienische Ministerpräsident Crispi zum Besuche des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh geweilt. Am 3. Oktober erstattete Graf Herbert Bismarck, der bei den Unterredungen zwischen beiden Staatsmännern zugegen gewesen war, dem Kaiser darüber Bericht. Vgl. Bd. IV, Nr. 917 nebst Fußnote.

Da wir mit Italien keine Grenze haben, so ist die Frage einer konzentrischen Kooperation zu Lande immerhin eine schwierige, und die Anregung Herrn Crispis, sie von den Generalstäben prüfen zu lassen, erscheint der Erwägung wert. Fürst Bismarck hat Herrn Crispi auch hierbei darauf hingewiesen, wie erwünscht es für Italien und Deutschland wäre, Österreich als Dritten im Bunde zu halten, weil sich damit die Möglichkeit des Durchmarsches durch Tirol und der Kooperation im Norden oder Süden der Alpen von selbst ergeben würde.

Die Erwähnung dieses militärischen Themas sowohl als der ganze Besuch des Herrn Crispi überhaupt beweisen, daß derselbe entschlossen ist, Italien noch fester als bisher auf der antifranzösischen Seite zu engagieren: Er begegnet sich mit uns in dem Wunsche, den Frieden solange als möglich aufrecht zu erhalten, hat aber durch seine in Frankreich mißliebige Reise nach Friedrichsruh uns die Sicherheit geben wollen, daß wir auf ihn und Italien unbedingt zählen können.

H. Bismarck

Nr. 1292

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Abschrift

Geheim — Berlin, den 15. Oktober 1887

Bei seiner Anwesenheit in Friedrichsruh hat Herr Crispi im engsten Vertrauen zur Sprache gebracht, daß militärische Kooperationen Deutschlands und Italiens im Falle eines französischen Angriffes mit Rücksicht auf die geographische Situation ihre Schwierigkeiten haben würden. Der Herr Reichskanzler verabredete darauf mit ihm, daß Seine Majestät der Kaiser in der Sache Vortrag erhalten und um die Ermächtigung gebeten werden sollte, daß die Frage vom militärischen Gesichtspunkt aus geprüft werden könnte*.

Ich habe Seiner Majestät nun Bericht erstattet, und allerhöchstdieselben haben mich angewiesen, durch Euere Exzellenz Herrn Crispi vorschlagen zu lassen, daß unser und der italienische Generalstabschef die Frage in Erwägung nehmen, in welcher Weise eintretendenfalls militärische Kooperation stattfinden könnte: Seine Majestät wünscht die bezüglichen Besprechungen auch auf die Marine auszudehnen, und ich bitte Euere Exzellenz Herrn Crispi hiervon streng vertraulich Mitteilung zu machen.

Ich werde mich mit den Chefs des Generalstabes und der Ad-

* Vgl. dazu die Erzählung Crispis (Die Memoiren Francisco Crispis; deutsch von W. Wichmann S. 227 f.), welche vollauf bestätigt, daß der Gedanke einer gegen Frankreich gerichteten Militärkonvention auf seine Anregung zurückging. Crispi sprach sogar von der Notwendigkeit schleuniger Aufstellung eines Verteidigungs- und Angriffsplans.

miralität in Beziehung setzen, um deren Vorschläge über den Modus der militärischen Besprechungen zu hören, und ersuche Euere Exzellenz, Herrn Crispi zu fragen, ob er etwa besondere Wünsche bezüglich der Einleitung und Behandlung der Sache hat. Es könnten vielleicht zunächst die Militärattachés als Mittelspersonen benutzt werden und nach Erledigung der vorbereitenden Arbeit höhere Offiziere an einem dritten, unauffälligen Ort zur definitiven Feststellung von Plänen zusammenkommen, sodaß unnötiges Aufsehen vermieden wird.

Der Kaiser ist über die Anregung sehr erfreut gewesen und hat sich vorbehalten, noch einige strategisch militärische Bemerkungen zur Sache eigenhändig aufzuzeichnen. Ich darf mir vorbehalten, nach Eingang derselben und nach Anhörung der militärischen Autoritäten Euere Exzellenz mit näherer Weisung zu versehen. Wenn ich schon heute über die Sache schreibe, so geschieht das hauptsächlich, um Herrn Crispi wissen zu lassen, daß wir diesen geheimen Teil der Friedrichsruher Besprechungen sorgfältig im Auge behalten. Bei dem Mangel einer gemeinsamen Grenze mit Italien würde es sehr nützlich sein, wenn wir uns beizeiten über die Möglichkeit zusammenwirkender Operationen klar würden, damit uns ein etwaiger französischer Angriff nicht unvorbereitet trifft. (gez.) H. Bismarck

Nr. 1293

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Geheim — Rom, den 20. Oktober 1887

pp. Herr Crispi war sehr erfreut über meine Eröffnungen und erklärte sich mit dem Vorschlage, die Besprechungen auch auf die Marine auszudehnen, sehr einverstanden.

Bezüglich des Modus der militärischen Verhandlungen hatte er zuerst den Gedanken, die beiderseitigen Generalstabschefs sollten in Berlin oder Rom zusammenkommen. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß Reisen so hoher Militärs großes Aufsehen erregen würden, schlug er vor, entweder einen hohen italienischen Generalstabsoffizier der Botschaft in Berlin oder einen hohen deutschen Offizier der Botschaft in Rom für die Dauer der Verhandlungen zu attachieren. Ich machte den Einwand, daß dies zu sehr gegen den Gebrauch sei und daher ebenfalls auffallend erscheinen müsse. Eine kurze Attachierung werde doch immer als eine besondere Mission angesehen werden, während Rom und Berlin interessant genug wären, um Urlaubsreisen von Generalstabsoffizieren erklärlich zu finden.

Herr Crispi machte schließlich folgenden Vorschlag:

Der Feldmarschall Graf Moltke, welcher doch derjenige Stratege sei, vor dem sich alles beuge, möge einen Plan entwerfen und den-

selben hierher mitteilen[1]; wenn man sich über die Grundzüge geeinigt haben würde, würde Italien einige höhere Offiziere nach Berlin schicken, welche dann mit den unsrigen die Details ausarbeiten könnten.

Ich bemerkte dem Ministerpräsidenten, daß uns der Vorschlag der Entsendung italienischer Offiziere nach Berlin sehr willkommen sein würde.

Graf Solms

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[1] Seine Majestät einverstanden.

Nr. 1294

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Eigenhändiges Konzept

Nr. 357
Geheim

Berlin, den 23. November 1887

Mit Bezugnahme auf meine Ew. im vorigen Monat zugegangenen geheimen Mitteilungen betreffs einer eventuellen italienisch-deutschen Kooperation in einem Kriege gegen Frankreich* übersende ich Ihnen mit der Bitte um sekrete Behandlung die beifolgende vom Feldmarschall Grafen Moltke ausgearbeitete vorläufige Darlegung**.

Der Chef des Generalstabes hat keinen Zweifel, daß Seine Majestät der Kaiser den Ausführungen der allerhöchstdenselben noch vorliegenden Denkschrift beitreten werden. Da Seine Majestät aber vielleicht noch Zusätze machen, worüber ich Ew. eintretendenfalls telegraphisch verständigen würde, so habe ich die beiliegende Arbeit einstweilen als eine vorläufige bezeichnen müssen.

Ich ermächtige Ew., Herrn Crispi eine französische Übersetzung der Anlage im strengsten Vertrauen und gegen das Versprechen absoluter Diskretion persönlich auszuhändigen. Ich stelle Ew. anheim, solche Stellen, die Ihnen nach Ihrer Kenntnis des Herrn Crispi etwa nicht zur schriftlichen Ausantwortung an denselben geeignet erscheinen, nur auszüglich zu übersetzen oder mündlich mitzuteilen.

Ew. wollen Herrn Crispi sagen, daß wir seiner Rückäußerung mit lebhaftem Interesse entgegensehen. Sollten Sie bei dem Herrn Minister Verwunderung darüber wahrnehmen, daß die präliminäre Äußerung unseres Generalstabes erst heute zu seiner Kenntnis gebracht wird, so bitte ich darauf zu verweisen, daß nicht nur Seine Majestät, sondern auch Graf Moltke bis vor kurzem krank gewesen sind.

Wenn Herr Crispi die Sendung hoher italienischer Offiziere nach Berlin nunmehr für opportun hält, so wird uns der Besuch derselben sehr willkommen sein.

H. Bismarck

* Siehe Nr. 1292.
** Siehe Nr. 1295.

Nr. 1295

„Vorläufige Darlegung" des Generalfeldmarschalls Grafen von Moltke über eine eventuelle militärische Kooperation Deutschlands und Italiens gegen Frankreich

Unsignierte Abschrift

Berlin, im November 1887

Bei einem von Frankreich hervorgerufenen Kriege ist es offenbar für Deutschland wie für Italien von hohem Wert[1], daß beide Mächte sich miteinander verbünden[2].

Die Franzosen werden dadurch genötigt sein, ihre Streitkräfte zu teilen, eine gesonderte Armee im Norden, eine zweite im Süden ihres Gebiets aufzustellen[3].

Allerdings trennt die neutrale Schweiz auch[4] die Operationssphären der deutschen und der italienischen Armee und verhindert zunächst ihr unmittelbares Zusammenwirken. Ein solches wird erst möglich, wenn der Verlauf der kriegerischen Begebenheiten beiden Heeren gestattet, die Richtung etwa auf Lyon einzuschlagen. Andererseits aber gewährt diese ursprüngliche Trennung auch wieder den Vorteil, daß die Franzosen sich nicht mit ihren beiden Heeren auf den einen Gegner werfen können, sofern nur beide die Operationen einigermaßen gleichzeitig beginnen.

Es ist deshalb von großer Wichtigkeit, daß die verbündeten Regierungen sich einigen, alle Vorbereitungen zu treffen, um, sobald der Krieg in Aussicht steht, ihre Heere in kürzester Frist schlagfertig zu versammeln und dann ungesäumt zu einer kräftigen Offensive zu schreiten. Der Tag, an welchem die französische Grenze überschritten werden soll, wäre gegenseitig zu vereinbaren.

Bei der deutschen Armee ist die Mobilmachung derart geordnet, daß sie von der französischen nicht überholt werden kann; aber schon gleich an der lothringischen Grenze wird sie den Feind, und zwar mit seiner Hauptmacht versammelt finden. Denn eben hier im Norden sieht Frankreich sich in seiner Existenz bedroht, während es im Süden weit[5] leichter sich auf abwehrendes Hinhalten beschränken kann.

Daß bei uns gleich anfangs große und entscheidende Schlachten zu gewärtigen sind, macht es unmöglich, einen Operationsplan über diese hinaus im voraus festzustellen. Frühe Entscheidungen sind indes willkommen, da nach Ansicht der deutschen Heeresleitung Stellungnahmen, Okkupierung von Länderstrecken, selbst von Festungen und künstliche Manöver einen wirklichen Wert nicht haben, solange noch der Feind im Felde steht, und daß nur die Vernichtung seiner Heere den Krieg zu beenden vermag.

Wenn zwar im Süden die Verhältnisse anders liegen und der Gegner erst aufgesucht werden muß, so würden doch auch dort seine mobilen Streitkräfte ohne Zweifel das eigentliche Operationsobjekt bilden.

Obwohl die deutsche Flotte imstande ist, einen ansehnlichen Teil der französischen auf sich zu ziehen, so würde letztere dennoch im Mittelmeer der italienischen allein überlegen bleiben. Sie kann die Benutzung der Küstenstraßen erschweren, einzelne Hafenplätze belästigen, übrigens aber auf die entscheidenden Landoperationen einen wesentlichen Einfluß nicht üben[6]. Die italienischen Eisenbahnen erleichtern die schnelle Heranführung von Streitmitteln nach den bedrohten Punkten, und zu wirklichen Landungen fehlt es der französischen Regierung an Mitteln. Sie kann zu überseeischen Expeditionen keinen Mann entbehren, solange sie sich im eigenen Lande aufs ernsthafteste bedroht sieht.

Sollten hingegen, wie durchaus nicht unmöglich, Verhältnisse eintreten, welche es der italienischen Flotte ermöglichen, die See zu halten, so würde sich ein neues und weites Feld der Tätigkeit öffnen, der Angriff auf Nizza würde erleichtert und Algerien wäre bedroht.

Gegen Invasion des eigenen Gebiets in dem Maße gesichert, wie die Franzosen in dem ihrigen ernsthafter angefaßt werden, wird es nicht die Absicht der italienischen Regierung sein, ihre starke und treffliche Armee zur passiven Verteidigung der Alpen zu verwenden, wodurch der Wert des Bündnisses für Deutschland aufgehoben wäre, sondern trotz lokaler Schwierigkeiten mit derselben das Gebirge zu überschreiten.

Das Heer tritt dann allerdings in ein breites Gebirgsgelände, in welchem weder der Angreifer noch der Verteidiger große Massen zur Schlacht zu entwickeln vermag. Es wird sich zunächst um eine Reihe von Postengefechten handeln, bei welchen aber jedenfalls die Überlegenheit der Zahl auf italienischer Seite vorhanden sein wird. Nach unseren Nachrichten hat die französische Heeresleitung bisher nur zwei Armeekorps — das 14. und 15. —, eine Kavallerie- und etwa vier Reservedivisionen für die Verteidigung des Südens bestimmt. Auch wenn diese Zahlen später verdoppelt werden sollten, bedarf es kaum der Hälfte des italienischen Heeres, um sich eine entschiedene Überlegenheit zu sichern.

Es stellt sich so ein Überschuß an Kräften auf italienischer Seite heraus, welcher anderweit zu verwerten wäre, doch kann zurzeit auf diesen Gegenstand nicht näher eingegangen werden, indem darüber diplomatische Verhandlungen vorangehen müßten. Jedenfalls aber würde, auch jetzt schon, ein erster Gedankenaustausch zwischen italienischen und deutschen Militärs erwünscht sein.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck*:

[1] Wirklich?

[2] verbündet sind wir ja; richtiger wäre: „den Feldzugsplan combiniren."

[3] [Die Worte „Die Franzosen" bis „aufzustellen" sind gestrichen.]

[4] [Das Wort „auch" ist gestrichen]

[5] [Das Wort „weit" ist gestrichen]

[6] ?

---

* Vgl. zu ihnen Nr. 1296.

Nr. 1296

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 26 Friedrichsruh, den 24. November 1887
Geheim

Unter Bezug auf deutsch-italienische Kooperation.

Es scheint mir notwendig, im ersten Alinea Seite 1 der Generalstabsäußerung* statt „sich miteinander verbünden" zu setzen: „den Feldzugsplan zu kombinieren", da wir verbündet bereits sind, und das zweite Alinea von „die Franzosen" bis „aufzustellen" als selbstverständlich ganz zu streichen. Überhaupt halte ich das ganze Aktenstück zur wörtlichen Mitteilung nicht geeignet, fürchte vielmehr, daß dasselbe wegen des belehrenden Tones, in welchem von Anfang bis zu Ende zweifellose Dinge, die in jedem Zeitungsartikel stehen könnten, vorgetragen werden, einem Eingehen auf praktische Details aber ausgewichen wird, verletzend wirken kann. Die Andeutungen über unsre offensiven Feldzugspläne sind gewagt und für Italien eine Ermutigung, ihren Erfolg abzuwarten.

Ich bitte deshalb, die Ermächtigung zur Mitteilung zurückzuziehen und Graf Solms anzuweisen, daß er das Aktenstück für sich behält und in Anknüpfung an unsern hiesigen Ideenaustausch nur als Basis vorläufiger mündlicher Besprechung mit Herrn Crispi benutzt.

Der Schlußsatz des Begleiterlasses an Graf Solms ist nicht konditionell zu fassen, sondern einfach als Erklärung, daß der Besuch der italienischen Offiziere uns willkommen sein wird**.

v. Bismarck

Nr. 1297

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 89 Berlin, den 30. November 1887
Geheim [abgegangen am 1. Dezember]

Ew. bitte ich die Erledigung des im Eingange meines Telegramms Nr. 87 vom 24. d. Mts.*** enthaltenen Auftrages, betreffend die Hersendung italienischer Offiziere, tunlichst bald herbeizuführen.

In einer gestrigen Unterredung sagte mir Graf Moltke, die in Aussicht genommene deutsch-italienische Kooperation biete mit Rück-

---

* Siehe Nr. 1295.

** Entsprechend den Direktiven des Fürsten Bismarck wurde der Botschafter Graf zu Solms durch Telegramm vom 24. November (Nr. 87) instruiert.

*** Siehe die voraufgehende Fußnote.

sicht auf das Fehlen einer gemeinschaftlichen Grenze Anlaß zu so vielen Kombinationen und lasse für so zahlreiche Eventualitäten Raum, daß die eingehende Behandlung der einzelnen Fälle mündlich erfolgen müsse, um großen Zeitverlust zu vermeiden: Manche ganz geheimen Pläne würden de part et d'autre auch nicht gern dem Papier anvertraut werden. Unter diesen Umständen glaubt der Feldmarschall nicht, daß er die in Ew. Schreiben vom 20. v. Mts.* erwähnte, durch das schmeichelhafte Vertrauen des Herrn Crispi ihm zugedachte strategische Aufgabe mit der seinen eignen Wünschen und der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Gründlichkeit würde lösen können.

Er glaubt vielmehr, daß die Sache durch mündliche Besprechung mit hohen italienischen Offizieren wirksam gefördert werden würde.

Ew. stelle ich die vorstehenden Gesichtspunkte zum Behufe geeigneter Verwertung zur Verfügung und bemerke noch, daß auch der Feldmarschall ebenso wie Herr Crispi auf möglichst schleunigen Eintritt in die Beratungen Gewicht legt.

Ew. Meldung über das Eintreffen der italienischen Offiziere hoffe ich daher binnen kurzem entgegensehen zu dürfen.

Eine weitere Betrachtung des Feldmarschalls, welche jedoch nur allgemeine Gesichtspunkte behandelt, werde ich Ew. mit nächstem Feldjäger zugehen lassen. H. Bismarck

Nr. 1298

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148
Geheim
Rom, den 1. Dezember 1887

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 89**.

Ich habe am 27. v. Mts. Herrn Crispi nach Maßgabe des Telegramms Nr. 87*** und des Erlasses Nr. 357† die befohlenen Mitteilungen gemacht. Er wünscht zunächst eine schriftliche Unterlage zu haben, damit der Kriegsminister die nach Berlin bestimmten Offiziere instruieren könne. Es würde mir eine Ermächtigung zu einer französischen auszugsweisen Mitteilung der dem Erlaß Nr. 357 beigefügt gewesenen vorläufigen Ausarbeitung wünschenswert sein. Bericht vom 27. v. Mts. folgt mit morgendem Feldjäger. Solms

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
Drei Eventualitäten ins Auge fassen
1. daß wir beide allein sind, ohne Österreich und England, also daß es sich

* Siehe Nr. 1293.
** Siehe Nr. 1297.
*** Vgl. die Fußnote ** zu Nr. 1297.
† Siehe Nr. 1294.

um eine Defensive von Italien und Deutschland gegen Frankreich handelt. Darauf findet diese erste und flüchtige Äußerung des Generalstabs Anwendung.

2. Eventualität ist die, daß Österreich, infolgedessen auch Rußland, von Hause aus beteiligt sind. Dann stellt es sich anders, wir können via Brenner italienische Hilfstruppen haben und dafür aus dem Nordosten Truppen an Österreich abgeben.

3. Eventualität bietet die Beteiligung Englands, die Überlegenheit also zur See und infolgedessen die aggressive Landung italienischer Truppen an jedem Punkt der französischen Küste und, bei Beteiligung der Türkei, an der russischen Küste. Diese drei respektive vier verschiedenen Eventualitäten bieten einen so weiten Gesichtskreis, daß schriftliche Verabredungen ohne Vorbereitung durch mündliche Besprechungen zwischen höheren Offizieren nicht möglich.

Nr. 1299

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 373 Berlin, den 4. Dezember 1887

Ew. beehre ich mich, in Verfolg des Telegramms des Herrn Staatssekretärs Nr. 89 vom 30. v. Mts.* anbei ein kurzes Promemoria** des Generalstabs zu übersenden. Dasselbe enthält lediglich allgemeine Gesichtspunkte und will die Erörterung im einzelnen der mündlichen Verhandlung zwischen den Vertretern der beiderseitigen Generalstäbe vorbehalten. Ew. Ermessen stelle ich anheim, Herrn Crispi eine Übersetzung des Promemoria zu übergeben.

Berchem

Nr. 1300

Promemoria des Generalstabes

Unsignierte Abschrift

Frankreich wird voraussichtlich für den Kriegsfall im Süden ein Heer bereit halten, im Norden aber, wo ihm die größere Gefahr droht, seine Hauptmacht versammeln.

Sollten die Franzosen zur Offensive über die Alpen schreiten, so würde ihnen in der Poebene die italienische Armee in der vollen Stärke von 15 Korps entgegentreten. Diese Überlegenheit stellt sich ihnen ebenfalls in der Lombardei gegenüber, wenn sie unter Verletzung der Neutralität durch die Schweiz vordrängen. Sie lüden sich dabei einen neuen Feind auf, dessen Widerstand keineswegs zu unter-

---

* Siehe Nr. 1297.

** Siehe Nr. 1300.

schätzen ist, und müßten sich zum Schutz ihrer Verbindungen durch Besetzthalten des Landes noch erheblich schwächen.

Gerade die neutrale Schweiz gewährt Frankreich Vorteil, indem sie die Operationssphären der verbündeten Gegner trennt, ihr unmittelbares Zusammenwirken zunächst ausschließt, und da die Schweiz völlig entschlossen und gerüstet ist, diese Neutralität zu verteidigen, so ist eine Mißachtung derselben, von welcher Seite es sei, unwahrscheinlich.

Frankreich kann sich aber auch im Süden um so eher defensiv verhalten, als große Entscheidungen dort in den ersten Stadien des Krieges nicht zu erwarten sind, während solche im Norden gleich bei der ersten Grenzüberschreitung eintreten müssen.

So gegen eine Invasion des eigenen Landes gesichert, gestalten sich auf italienischer Seite die Verhältnisse für einen Einbruch in Südfrankreich günstig. Allerdings sind die gangbarsten Straßen über die westlichen Alpen, die über den kleinen St. Bernhard, über den Mont-Cenis und Mont-Genèvre, durch starke französische Befestigungen gesperrt und führen schließlich auf Briançon, auch auf das feste Grenoble. Aber auf der Straße über Mont-Argentier und einige nahe südliche Pässe, die ohne sonderliche Schwierigkeiten gangbar hergestellt werden können, liegen zwei Forts, welche dauernden Widerstand kaum zu leisten vermögen. Der Weitermarsch sowohl westlich gegen die Rhone wie südlich gegen Nizza stößt auf keine fortifikatorischen Hindernisse. Auch die Befestigungen, welche die vom Col di Tenda nach Süden führenden Wege und die Straße längs der Riviera sperren sollen, bedürfen nach französischem Eingeständnis erheblicher Vervollständigung, um diesen Zweck zu erfüllen.

Die trefflich organisierten Alpentruppen der italienischen Armee werden den Widerstand beseitigen können, auf welchen sie in den verschiedenen Pässen selbst stoßen. Dann aber betritt das Heer ein breites Gebirgsland, in welchem weder Angreifer noch Verteidiger Massen zu entwickeln vermögen. Es wird sich um eine Reihe von größeren oder kleineren Postengefechten handeln, in welchen die Überlegenheit der Zahl auf Seite der Italiener sein wird, wenn sie auch nur mit einem Teil der Armee in möglichst vielen Kolonnen vorgehen.

Nach unsern Berichten hatten die Franzosen bisher zwei Armeekorps, eine Kavalleriedivision und etwa vier Reservedivisionen zur Sicherung gegen Italien bestimmt.

Ein unmittelbares Zusammenwirken der deutschen und italienischen Streitkräfte könnte nur im späteren Verlauf des Krieges stattfinden, wenn beide die Richtung auf Lyon einschlagen; denn ursprünglich sind sie auf Entfernungen von 60—70 Meilen voneinander getrennt.

Der Umstand, daß bei uns gleich anfangs große Schlachten zu gewärtigen sind, macht es unmöglich, einen Operationsplan über diese hinaus im voraus festzustellen.

Nr. 1301

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 291 Rom, den 13. Dezember 1887
Geheim

Das dem hohen Erlasse Nr. 373 vom 4. d. Mts.* beigefügt gewesene Promemoria des Generalstabs habe ich nach Maßgabe der hohen telegraphischen Weisung Nr. 91 vom 6. d. Mts. auf der Basis der darin aufgestellten Punkte in ein französisches Mémoire umgearbeitet und Herrn Crispi mit der nötigen Empfehlung der Geheimhaltung übergeben. Abschrift dieses Mémoires füge ich anliegend ganz gehorsamst bei.

Herrn Crispi war die Mitteilung sehr angenehm, und er beabsichtigte sofort mit dem Kriegsminister in Beratung zu treten, was er auch vorgestern getan hat.

Die nach Berlin zu sendenden Offiziere waren gestern noch nicht bestimmt.

Herr Crispi und der Kriegsminister speisen morgen bei mir, und ich werde die Gelegenheit benutzen, vom General Bertolé-Viale Näheres über seine Absichten zu erfahren.

Der österreichische Botschafter Baron Bruck, welcher mir gegenüber, noch bevor die Frage zwischen uns und Italien zur Sprache kam, wiederholentlich die Notwendigkeit der Verabredung eines gemeinschaftlichen Feldzugsplanes mit Italien erörtert hatte, hat sich, seitdem die russischen Truppenbewegungen an der österreichischen Grenze bekannt geworden sind, wieder sehr lebhaft mit dem Gedanken beschäftigt und hat, wie er mir sagte, in Wien darauf aufmerksam gemacht, daß es Zeit sei, damit so bald als möglich vorzugehen.

Daß man sich mit der Idee, Österreich gegen Rußland beistehen zu müssen, auch in weiteren Kreisen Italiens vertraut macht, ist bereits aus den italienischen Zeitungen zu ersehen. Die eine bemerkte neulich, die österreichische Presse, indem sie immer nur hervorhebe, Rußland werde bei einem Angriff auf Österreich die deutschen Bajonette gegen sich haben, vergesse ganz, daß auch Italien den Österreichern in dem Falle mit 300 000 Mann beistehen würde.

Ich vermute, daß Italien sich demnächst auch mit dem österreichischen Generalstab wegen Verabredung eines Feldzugsplanes in Verbindung setzen wird.

Graf Solms

---

* Siehe Nr. 1299.

Nr. 1302

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 292 Rom, den 14. Dezember 1887

Geheim

Die nach Berlin bestimmten Offiziere sind die Oberstleutnants Dabormida und Albertone. Der erstere war bis vor kurzem Vorstand der Zentralabteilung im Kriegsministerium und kommandiert jetzt ein Infanterieregiment in Neapel. Er soll geneigt sein, die Verhältnisse in der italienischen Armee zu überschätzen, und kein bedeutender Offizier sein.

Albertone dagegen, der jetzige Vorstand der Zentralabteilung im Kriegsministerium, gilt für sehr begabt und gescheut. Als Lehrer an der Kriegsakademie hat er ein gutes Lehrbuch über Generalstabswissenschaften geschrieben. Früher hat man ihn, ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt sein, mit der Irredenta in Verbindung gebracht.

Daß die Wahl gerade auf diese beiden Offiziere fiel, während man vielleicht begabtere an der Hand gehabt hätte, erklärt sich dadurch, daß mir Herr Crispi gleich anfangs sagte, es komme vor allem darauf an, Offiziere nach Berlin zu entsenden, auf deren Verschwiegenheit man sich unter allen Umständen verlassen könne. In dieser Beziehung scheint auch die Wahl eine wohlüberlegte gewesen zu sein, denn Oberstleutnant Albertone beherrscht den General Cosenz vollständig und auch Dabormida hat sein volles Vertrauen besessen, was besonders hervorgehoben zu werden verdient, als General Cosenz wegen seines mißtrauischen Charakters bekannt ist, und er in der Regel Jahre braucht, ehe er jemandem sein Vertrauen schenkt.

Auf die Bemerkung in dem Billet des Herrn Crispi, welches die Namen der Offiziere enthielt, er erwarte eine Mitteilung darüber, wann die Offiziere abreisen sollten, habe ich erwidert, daß dies gleich geschehen könnte.

Graf Solms

Nr. 1303

Der Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Graf von Moltke an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Geh. J. Nr. 163

Geheim Berlin, den 28. Dezember 1887

Dem Auswärtigen Amt beehre ich mich auf das sehr gefällige Schreiben vom 23. d. Mts. ganz ergebenst zu erwidern, daß die Königlich italienischen Oberstleutnants Dabormida und Albertone mir gestern durch den Militärattaché Kapitän Graf Robilant vorgestellt worden

sind, und daß ich dieselben mit einem der Abteilungschefs des Großen Generalstabes in Verbindung gesetzt habe.

Nach der Erklärung der beiden Offiziere beabsichtigt die italienische Regierung für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und dem verbündeten Italien und Deutschland in Südfrankreich einzubrechen. Durch die Alpen, welche zu überschreiten sind, durch die Unwirtlichkeit der Gegend jenseits derselben und durch die zahlreichen französischen Befestigungen, welche fast alle Zugänge sperren, seien viele Schwierigkeiten gegeben, welche man aber zu überwinden hoffe und zwar um so leichter, wenn es mit Hilfe Englands[1] gelänge, der französischen Flotte Herr zu werden und von der See aus das Vorgehen der Armee längs der Riviera zu unterstützen.

Die Natur des Kriegsschauplatzes brächte es aber mit sich, daß höchstens acht Armeekorps auf die beabsichtigte Operation, welche immerhin nur Nebenzwecke verfolge, verwendet werden könnten. Es sei daher der entschiedene Wunsch der italienischen Regierung, den Überschuß an Kräften (5—6 Armeekorps, 2—3 Kavalleriedivisionen), welcher dort nicht zur Entwickelung gebracht werden könnte, dem deutschen Heere am Rhein anzuschließen, wo die Entscheidung des ganzen Krieges fallen müßte.

Dieser Wunsch, welcher unseren Interessen durchaus entspricht, läßt sich nur verwirklichen, wenn Österreich die Benutzung seiner Eisenbahnen soweit gestattet, daß die italienischen Truppen über Innsbruck und Wiener Neustadt ausholend an den Rhein geführt werden können[2].

Bevor daher die Verhandlungen fortgesetzt werden, ist es, wie ich bereits in meinem Schreiben vom 26. d. Mts. ganz ergebenst bemerkt habe, nötig, die Zustimmung Österreichs zu erlangen, damit dann unter Beteiligung von Offizieren der drei Armeen die nötigen Fahrtableaus aufgestellt werden können[3].

Diesseits wurde den italienischen Offizieren nur mitgeteilt, daß wir beabsichtigten, unsere Streitkräfte in Elsaß-Lothringen zu vereinigen.

Der Bericht des Kaiserlichen Gesandten Grafen Solms vom 14. d. Mts.* folgt mit dem verbindlichsten Dank anbei zurück.

Der Generalfeldmarschall
Gr. Moltke

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Dann steht der Seeweg offen!
[2] Oest[er]reich fragen
[3] richtig

Schlußbemerkung Bismarcks:
Dabei kann man sondiren, wie Oest[er]reich sich zu einem nur deutsch-ital[ienisch]-französ[ischen] Kriege zu verhalten gedenkt. Läßt es die Ital[iener] auch**, so wird Rußland das als Anlaß betrachten aus der Neutralität herauszutreten.

* Siehe Nr. 1302.
** So im Original, wohl verschrieben für „durch“.

Nr. 1304

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Reinkonzept

Nr. 3 Friedrichsruh, den 2. Januar 1888
Geheim

Es wird dem Grafen Kálnoky durch Meldungen der hiesigen österreichisch-ungarischen Botschaft bekannt sein, daß gegenwärtig zwei italienische Offiziere in Berlin weilen, welche von Herrn Crispi in geheimer Mission abgesandt worden sind, um mit unserem Generalstabe einen militärischen Operationsplan für den Fall eines französischen Angriffs zu beraten.

Die Italiener würden bereit sein, mit einem beträchtlichen Teil ihrer Truppenmacht am Rhein aufzutreten, um in unmittelbarer Weise an dem Kriege teilzunehmen, wenn ihnen österreichischerseits die Benutzung der Brennerbahn gestattet würde.

Ich habe mit dem Grafen Széchényi eingehend über diese Eventualität gesprochen und ihn gebeten, an seinen Herrn Chef zu schreiben, daß wir außerordentlich dankbar sein würden, wenn die österreichische Regierung die Genehmigung zum eventuellen Transport italienischer Truppen durch ihr Gebiet in Aussicht nehmen wollte.

Dabei habe ich zur Geltung gebracht, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges Rußland mit ziemlicher Sicherheit zum Angriff auf Österreich übergehen würde.

Sollte Rußland dann etwa wider Erwarten zaudern, dabei aber die gewaltigsten Rüstungen betreiben und bedrohlichsten Aufstellungen einnehmen, so würde Österreich voraussichtlich aus strategischen Gründen seinerseits den Krieg an Rußland erklären müssen, um letzterem nicht eine vorteilhafte Hinterhand und die Wahl des Augenblicks zu überlassen. Mit einem Worte, Österreich würde sich nach dem Zwange der Umstände analog zu Rußland verhalten müssen, wie wir dies nach dem Erlaß des Herrn Reichskanzlers Nr. 745 vom 27. vorigen Monats Frankreich* gegenüber zu tun beabsichtigen, falls ein österreichisch-russischer Krieg entsteht, in dem der casus foederis für uns keine Anwendung fände.

Hiernach würde Österreich selbst ein Interesse daran haben, unsere Kraft durch italienische Verstärkungen an der Westgrenze möglichst zu heben, schon weil wir dann voraussichtlich gegebenenfalls mit größerer eigener Macht an der Ostgrenze auftreten könnten. Bei meiner vertraulichen Unterredung mit Graf Széchényi habe ich ferner geltend gemacht, daß Österreich westlich der Brennerbahn nur eine ge-

---

* Siehe Nr. 1186.

ringfügige Zahl von Truppen stehen habe und demnach leicht in der Lage sein werde, die Benutzung dieser Bahn sofort bei Ausbruch des Krieges den italienischen Truppen zu überlassen; für den wahrscheinlichen Fall, daß der französische Angriff nicht isoliert, sondern gleichzeitig mit einem Zusammenstoß Österreichs mit Rußland erfolgen werde, sei Österreich ohnedies darauf angewiesen, den Aufmarsch seiner gesamten Streitkräfte nach Osten vorzunehmen, und würden die westlichen Eisenbahnlinien der österreichischen Monarchie demnach von österreichischen Militärtransporten nur ganz vorübergehend in Anspruch genommen werden.

Dieses Verhältnis ergebe sich aus dem geheimen Vertrage mit Italien, auf dessen Abschluß wir hauptsächlich deshalb mit so viel Nachdruck hingewirkt hätten, um Österreich eine freie Flanke nach Westen zu sichern. Ich habe dem Botschafter auseinandergesetzt, daß für uns allein ein Bedürfnis zu dem italienischen Bündnis kaum bestand. Wir hätten auch ohne dasselbe auf Italiens Unterstützung im Falle eines Krieges mit Frankreich zu rechnen vermocht, würden unsererseits Italien bei einem Angriff Frankreichs auch ohne bestehendes Vertragsverhältnis im eigenen Interesse haben zu Hilfe kommen müssen, weil es allein der französischen Macht nicht gewachsen ist.

Für uns kann das Vertragsverhältnis mit Italien aber nur dann praktisch werden, wenn Österreich die Durchfahrt italienischer Truppen zuläßt. Die französisch-italienische Grenze ist so stark befestigt, daß jede Diversion dort aussichtslos sein würde.

Graf Széchényi hat meine Darlegung ad referendum genommen und dieselbe mit der Gegenfrage beantwortet, ob Österreich im Falle eines Zusammenstoßes mit Rußland auf die Benutzung unserer schlesischen Eisenbahnen zählen könne. Ich habe ihm erwidert, daß wir diese Benutzung in casu foederis selbstverständlich konzedieren würden, auch dann, wenn der Krieg ein allgemeiner russisch-französisch-deutscher schon geworden ist.

Graf Széchényi wird den Inhalt dieser Unterredung nach Wien gemeldet haben. Euere Durchlaucht werden sonach Gelegenheit finden, die Sache mit Graf Kálnoky zu besprechen und festzustellen, wie das Wiener Kabinett über den Durchmarsch italienischer Truppen durch österreichisches Gebiet denkt.

Ich bemerke noch, daß ich dem Grafen Széchényi ausdrücklich gesagt habe, daß ich nicht etwa eine amtliche Anfrage stellen, sondern nur eine vertrauliche Anregung machen wolle. Wenn Graf Kálnoky erwidern sollte, daß er, solange Österreich noch neutral wäre, den italienischen Durchmarsch nicht bewilligen könnte, so würden wir das erklärlich finden.

Für den Fall aber, daß es sich mit Rußland im Kriege befindet, glauben wir auf seine Zustimmung schon allein aus Reziprozität rechnen zu können.

H. Bismarck

Nr. 1305

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Reinschrift

Berlin, den 5. Januar 1888

Graf Launay hat am 31. v. Mts. auf Grund seiner Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär Herrn Crispi die Beteiligung der italienischen Offiziere an dem Ideenaustausch zwischen unserm Generalstab und Herrn von Steininger telegraphisch nahe gelegt.

Am 3. d. Mts. habe ich dem Botschafter, welcher bis dahin eine Antwort aus Rom noch nicht erhalten hat, im Auftrage des Herrn Staatssekretärs gesagt, wir hätten keine Veranlassung auf das Abouchieren der italienischen Offiziere mit dem österreichischen Militärattaché zu drängen; es würde nach unserer Ansicht ebenso gut sein, wenn Wien und Rom sich in direkte militärische Beziehungen setzt; wir hätten die Sache nur angeregt aus Deferenz gegen Herrn Crispi, damit dieser nicht, wenn er etwa von den Besprechungen mit Herrn von Steininger hörte, die Empfindung hätte, es ginge etwas vor, was nach der italienischen Auffassung der Triple-Alliance nicht entspräche; wolle Herr Crispi unserer Anregung nicht folgen, so legten wir gar kein Gewicht darauf.

Nachdem Graf Launay diese Bemerkungen Herrn Crispi telegraphisch gemeldet hatte, hat er mir heute ein Telegramm des italienischen Ministerpräsidenten vorgelesen folgenden Inhalts:

Die italienische Regierung anerkennt vollkommen die Zweckmäßigkeit der Beteiligung des österreichischen Militärattachés an den derzeitigen hier stattfindenden Besprechungen deutscher und italienischer Offiziere. Herr Crispi nimmt an, daß es uns inzwischen gelungen sei[1], die Zustimmung des Wiener Kabinetts zur Beteiligung des Herrn von Steininger an dieser Conférence à trois zu erwirken und hofft, daß, wenn der Herr Reichskanzler damit einverstanden sei, der deutsche Generalstab die Initiative nehme bezüglich der Besprechung der Eisenbahnfrage, um die es sich dabei im wesentlichen handele.

Die Depesche des Herrn Crispi, welche Graf Launay mir nicht eingehändigt hat, enthält ferner detaillierte Weisungen an die beiden italienischen Offiziere in betreff der Mitteilungen, welche dieselben mit Herrn von Steininger auszutauschen ermächtigt sind. Darin ist, mit Bezugnahme auf die unserm Generalstab bekannten Instruktionen der beiden italienischen Militärs, des Falles 1 (des isolierten deutsch-italienischen Krieges gegen Frankreich) und des Falles 2 (des Krieges der Zentralmächte mit Frankreich und Rußland) speziell Erwähnung getan. Bezüglich des Falles 2 werden die italienischen Offiziere zur Mitteilung ihrer Instruktionen an Herrn von Steininger ermächtigt, be-

züglich des Falles[1] hingegen nicht, da, wie Graf Launay bemerkte, die Mitteilung gewisser die italienische Mobilisierung betreffenden Details an Österreich anscheinend in Rom nicht für opportun erachtet worden sei.

Noch ehe Graf Launay zu mir kam, hat er die beiden italienischen Obersten von dem Inhalt des Telegramms des Herrn Crispi verständigt, damit dieselben dem deutschen Generalstab hiervon Mitteilung machen.

Ich habe den Botschafter darauf hingewiesen, daß der Herr Staatssekretär morgen hier wieder eintrifft, und hat er den Wunsch geäußert, mit Seiner Exzellenz über die Sache Rücksprache zu nehmen.

Nachdem Graf Launay mich verlassen hatte, hat derselbe eine Stunde später schriftlich Nachstehendes mitgeteilt:

„En rentrant chez moi, j'ai reçu un télégramme en réponse au message que Vous m'aviez fait le 3 Janvier, au nom du Secrétaire d'Etat. Son Excellence M. Crispi me mande que nous préférons ne pas ouvrir des pourparlers directs avec Vienne. Il vaut mieux que les conférences aient lieu à Berlin à trois, à condition que l'Autriche délègue un officier supérieur de son Etat Major plus au courant que ne peut l'être[2] l'attaché militaire actuel, depuis longtemps à Berlin, et dès lors placé en dehors des études qui se font[3] sans discontinuité dans les bureaux de l'Etat Major. — Les démarches en ce sens devraient être faites par le Cabinet de Berlin pour mieux en assurer le succès. —"

Graf Waldersee, welcher den Herrn Staatssekretär morgen aufsuchen will, hat mir die ihm seitens der italienischen Offiziere zugegangene Anlage übergeben, welche eine Umschreibung der telegraphischen Instruktion des Ministers Crispi an Graf Launay bildet.

Berchem

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] ?
[2] ??
[3] ?

Nr. 1306

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 8
Geheim

Wien, den 7. Januar 1888

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 3 vom 2. d. Mts.* aus Friedrichsruh habe ich am 3. zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich habe den Grafen Kálnoky tags darauf aufgesucht, um mit ihm

---

* Siehe Nr. 1304.

die Frage einer eventuellen Benutzung der österreichischen Eisenbahnen im Westen des Reiches durch italienische Truppen in der mir vorgeschriebenen Weise vertraulich zu besprechen.

Ich fand den Minister bereits durch Graf Széchényi erschöpfend informiert.

Er sagte mir, er habe über diesen Punkt noch nicht dem Kaiser, seinem Herrn, Vortrag halten können, höchstwelcher für einige Tage abwesend war; auch bedürfe die Frage einer eingehenden technischen Erwägung.

Der Minister sieht ein, daß, wenn wir in einem Kriege mit Frankreich eine nicht unbedeutende Unterstützung von italienischen Truppen am Rhein erhalten könnten, wir imstande sein würden, in einem Doppelkriege einen größeren Teil unserer Macht im Osten zu verwenden und begreift natürlich den Vorteil, den Österreich-Ungarn hieraus ziehen werde.

Auch aus einem anderen Grunde scheint es ihm nützlich, wenn Italien militärisch an unserer Seite engagiert ist. Er will gewiß keinen Zweifel in die italienische Vertragstreue setzen, hält es aber doch für gut, wenn die italienische Armee nicht ganz intakt bleibe, während sich die Bundesgenossen erschöpfen. Unter gewissen Umständen könnte es doch bedenklich werden, eine so große Kriegsmacht ungeschwächt im Rücken zu haben.

Es war kaum nötig darauf aufmerksam zu machen, daß wir hauptsächlich aus Rücksicht auf Österreich den Vertrag mit Italien abgeschlossen haben, und daß dieser erst durch das Erscheinen Italiens am Rhein praktisch werde. Das alles sah der Minister sehr wohl ein und bemerkte, diese Gründe würden ihn gewiß bestimmen, ohne Zaudern seine Zustimmung zum Durchmarsch zu geben, wenn nicht die Frage der Neutralität einer sehr ernsten Erwägung bedürfte.

Heute nun hat mir Graf Kálnoky gesagt, er werde dem Grafen Széchényi auf seinen Bericht antworten. Er entwickelte dabei folgende Gedanken.

Die Kriegseventualität sei ja zum Glück in weitere Ferne gerückt, als man dies gegen Ende des vergangenen Jahres annehmen konnte [1]. Mithin sei es daher wohl auch verfrüht, der Frage der Benutzung österreichischer Eisenbahnen durch italienische Truppen schon jetzt näher zu treten. Sollte sich im Lauf der Zeit die Lage, was er nicht hoffe, verschlimmern, so würde man klarer sehen, wie sich die Dinge einfädelten, um danach diese Frage näher ins Auge zu fassen.

Er bäte mich, daran festzuhalten, daß Österreich Rußland nicht angreifen würde. Bei einem Kriege zwischen beiden Reichen würde daher Rußland der angreifende Teil sein und sich hieraus der casus foederis klar herausstellen.

Da wir bei Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und Österreich beabsichtigten, Frankreich sofort anzugreifen, so würde dann

die Konflagration auch eine allgemeine werden. Wenn auch Österreich jetzt ebenso, wie wir dies mit Beziehung auf die Benutzung unserer Eisenbahnen durch österreichische Truppen täten und dort auf der Aufrechterhaltung unserer Neutralität bestünden[2], an der strikten Bewahrung seiner Neutralität Frankreich gegenüber festhalten müßte, so wäre es dann, das sage er mir im Vertrauen, wohl selbstverständlich, daß Österreich uns, seinem Bundesgenossen, nicht den erwünschten Zuzug aus Italien abschneiden werde[3].

Wenn er daher in seiner Antwort die Zustimmung zum Durchmarsch italienischer Truppen nicht schon jetzt[4] geben könne[5], so möchten Euere Durchlaucht dies nicht als eine prinzipielle Ablehnung unserer vertraulichen Anfrage aufnehmen.

Der Minister sagte mir endlich, Italien habe auch hier seine materielle Hülfe angeboten, auf welchem Punkte und in welcher Stärke Österreich dies wünschen sollte. Seine Idee wäre, diese Hülfe nicht von der Hand zu weisen. Da aber die österreichisch-ungarischen Bahnen genug zu tun haben würden, um die eigene Armee nach dem Norden und Osten zu befördern, so würde es vielleicht nützlich sein, wenn man die italienischen Truppen nach Rumänien dirigierte[6]. Die Eisenbahnen, welche von der österreichisch-italienischen Grenze nach Rumänien führten, würden weniger belastet sein, außerdem würde es für die Rumänen stärkend wirken, wenn sie sich auf gute italienische Truppen stützen könnten, und der österreichische rechte Flügel eine sehr wünschenswerte Verstärkung erhalten. Auch würden sich italienische Truppen mit den halb und halb stammverwandten[7] Rumänen ganz gut einrichten und den Italienern die Satisfaktion gewährt werden, dort eine bessere Rolle zu spielen, als wenn sie als Appendix der österreichischen Armee aufzutreten hätten. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ?

2 in einem Angriffskriege Oest[er]reichs gegen Rußland! aber nicht bei allgemeiner Conflagration!

3 unklar im Zusammenhang mit dem Vordersatze!

4 !

7 ?

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

5 Nicht einmal für den Fall des Krieges nach beiden Fronten? Das wird auf die italienischen Offiziere sowie auf Crispi abkühlend und nachteilig wirken und ich werde zu Széchényi morgen demgemäß sprechen.

6 ! dort fällt schwerlich die Entscheidung!

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

Hat Einiges für sich, wenn überall ehrliches Spiel anzunehmen wäre. Italien müßte unserm öst[er]r[eichisch]-rumänischen Vertrage beitreten; es ist immer noch besser den Rumänen den vertragsmäßigen Beistand in italienischen Truppen zu leisten als in deutschen.

Nr. 1307

Der Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Graf von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Geh. J. Nr. 172 Berlin, den 23. Januar 1888

Geheim

Euerer Durchlaucht beehre ich mich die Abschrift eines Memoires, welches von dem italienischen Oberstleutnant Dabormida aufgestellt, von dem Oberstleutnant von Steininger und von dem Generalmajor Graf von Schlieffen gebilligt worden ist, und welches das Ergebnis der zwischen diesen Offizieren stattgehabten Besprechungen darstellt, in der Anlage zur sehr gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Seitens der italienischen Offiziere ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Delegierten der drei Mächte das Memoire unterschreiben möchten. Da der Oberstleutnant von Steininger von seiner Regierung ermächtigt ist, diesem Wunsche nachzukommen, so wird sich der Generalmajor Graf von Schlieffen der Vollziehung des Memoires auch nicht entziehen können. Bevor dies jedoch geschieht, bitte Euere Durchlaucht ich ganz ergebenst um eine sehr gefällige Rückäußerung.

Der Generalfeldmarschall
Gr. Moltke

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopfe des Schriftstücks:
Resp[ondeatur]: kein Bedenken

Anlage

Mémoire indiquant les vues échangées à Berlin entre les délégués militaires des trois puissances pendant le mois de janvier 1888*.

Dans le cas où la guerre viendrait à éclater entre les trois puissances centrales d'une part et la France et la Russie de l'autre, tandis que la plus grande partie des forces italiennes attaquerait la France sur la frontière des Alpes, le reste se joindrait aux forces de l'Allemagne destinées à opérer au delà du Rhin, dans le but de concourir avec elles aux opérations actives, qui seraient dirigées contre la France sur ce théâtre de guerre. Ces forces s'élévant à 6 corps d'armée et 3 divisions de cavalerie seraient groupées en une ou deux armées, dont les commandants recevraient directement leurs instructions du commandement en chef des forces allemandes. La réunion des susdites forces italiennes aux forces allemandes s'opérerait à travers le territoire de l'Empire Austro-hongrois. — Le gouvernement de l'Autriche donnerait passage à ces forces sur les trois voies ferrées suivantes:

---

* Vgl. darüber Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879 bis 1914 Bd. I (1920), S. 211, Fußnote 173.

1º Ala-Innsbruck { Arlberg-Bregenz pp.
Kufstein etc.

2º Pontebba-St. Michael-Selzthal-Salzburg etc.

3º Cormoans-Vienne-Wels-Passau etc.

L'indication de ces lignes est simplement approximative. Ces lignes seraient mises à la disposition du gouvernement italien le 11me jour à partir du commencement de la mobilisation de l'armée autrichienne, bien entendu autant qu'elles ne seraient plus nécessaires au gouvernement autrichien pour son propre mouvement de mobilisation; et cela dans la mesure de 10 trains à 70 essieux par jour sur les lignes 1 et 3 et 6 à 8 trains par jour sur la ligne 2. Une augmentation de trains sur les lignes 1 et 3 ne serait possible, que si l'on disposait du matériel nécessaire. En outre sur la ligne du Brenner les troupes italiennes pourraient néanmoins disposer de 4 trains par jour à partir du 5me jour de mobilisation.

Le projet du mouvement des trains destinés au transport des troupes italiennes sera dressé dès à présent par l'Etat-major autrichien pour ce qui regarde le parcours sur le territoire de l'Autriche. Le gouvernement italien déléguera auprès de l'Etat-major autrichien un officier qui sera chargé de lui fournir toutes les données indispensables pour ce travail. Quand le projet susdit sera dressé, l'Etat-major autrichien en donnera communication à l'Etat-major italien, afin que celui-ci puisse préparer le projet pour l'arrivée des trains à la frontière. Dans la suite le projet de l'Etat-major autrichien sera transmis à l'Etat-major allemand qui dressera à son tour le projet pour la marche successive des trains depuis la frontière autrichienne jusqu'au Rhin. La marche des trains depuis la frontière autrichienne jusqu'au Rhin serait réglée sur la base de 10 trains par jour à partir de Bregenz, Kufstein et Salzburg et de 20 trains à partir de Passau.

Les projets du mouvement soit sur le territoire autrichien, soit sur le territoire allemand comprendront l'indication des stations où les troupes devraient faire des *haltes-repas*, ainsi que des stations où l'on installerait les hôpitaux pour les hommes, qui tomberaient malades pendant le voyage. Les gouvernements de l'Allemagne et de l'Autriche se chargeraient de l'installation soit des stations de *halte-repas* soit des hôpitaux susdits sur les territoires respectifs. —

Le gouvernement allemand se chargerait en outre de faire préparer sur son territoire et à portée de la zone de concentration des forces italiennes des magasins de subsistances ayant pour but de subvenir concourremment aux transports de vivres qui seraient intercalés par le gouvernement italien entre les transports de troupes aux besoins des forces italiennes pendant la période de leur arrivée sur le Rhin. Les détails de cette installation seraient réglés avec le concours d'officiers, qui y seront délégués par le gouvernement italien aussitôt que le projet du mouvement des trains sur le territoire allemand aura été dressé.

Ces magasins seraient remis dès les premiers jours de la mobilisation aux fonctionnaires délégués à cet effet par le gouvernement italien. Au ravitaillement successif des forces italiennes il serait pourvu directement par le gouvernement italien. — Les gouvernements autrichien et allemand mettraient dans ce but à la disposition du gouvernement italien pendant toute la durée de la guerre la voie ferrée, qui passe par le Brenner, l'Arlberg, Kempten, Ulm etc., ou celle qui passe par le Brenner, Innsbruck, Kufstein, Munich etc.

Tous les frais de transport, de subsistance, d'hôpital etc. soit pendant le passage des troupes soit par la suite seraient à la charge du gouvernement italien. —

Il est bien entendu que dans le cas où la mobilisation des armées alliées aurait lieu avant la déclaration de guerre, le commencement du transport des troupes italiennes s'effectuerait dès que les voies ferrées de l'Autriche et de l'Allemagne seraient libres.

Tous les transports s'effectueraient en principe avec du matériel appartenant aux chemins de fer italiens. Néanmoins les gouvernements allemand et autrichien mettraient à la disposition du gouvernement italien une certaine quantité de matériel dès qu'il leur serait possible de le faire, soit pour accélérer le commencement des transports sur la ligne du Brenner, soit pour suppléer au manque de matériel, qui pourrait se produire sur les chemins de fer italiens par suite de la quantité considérable de voitures et chars italiens, qui se trouveraient engagées sur les lignes autrichiennes et allemandes.

Le gouvernement autrichien se réserve de se maintenir neutre et de ne pas accorder le passage dont il a été question, dans le cas, où la guerre serait localisée entre l'Allemagne et l'Italie d'une part et la France de l'autre. —

Il va de soi, que par cette réserve l'Autriche-Hongrie n'entend déroger en rien à ses engagements envers l'Italie.

Nr. 1308

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 25. Januar 1888

Mir scheint die Unterzeichnung eines vollmachtlosen Militärs unbedenklich, zumal die anderen, in diesem Falle mehr interessierten, dazu bereit sind. Bitte telegraphische Entscheidung, da die Italiener abreisen wollen*. Ich habe Abschrift zurückbehalten.

H. Bismarck

---

* Der erbetene telegraphische Bescheid ging am 26. Januar aus Friedrichsruh ein: „Kein Bedenken".

Nr. 1309

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Grafen von Moltke

Eigenhändiges Konzept

Geheim

Berlin, den 30. Januar 1888
[abgegangen am 31. Januar]

Nachdem durch österreichisches Entgegenkommen die in Ew. pp. geneigtem Schreiben vom 23. cr.* mitgeteilte Verständigung über die eventuelle Benutzung österreichischer Bahnen durch italienische Truppen erreicht ist, hält es der Herr Reichskanzler für wünschenswert, daß wir nunmehr Verabredungen mit dem österreichischen Generalstab treffen, kraft welcher wir für den Eintritt des casus foederis unsere oberschlesischen Bahnen für österreichische Truppentransporte in die Umgegend von Krakau zur Verfügung gestellt werden würden**. Ich habe hierüber bereits heute morgen mit dem Oberstleutnant Grafen Keller gesprochen und darf Ew. pp. ergebenst anheimstellen, den Oberstleutnant von Steininger zu einer Besprechung einladen zu lassen. Der Herr Reichskanzler würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Ew. pp. bei dieser Besprechung dem österreichischen Militärattaché vertraulich eröffnen wollten, daß der italienische Zuzug uns in den Stand setzen würde, eintretendenfalls etwa 5 Armeekorps und einige Reservedivisionen an unserer Ostgrenze bereit zu halten.

Der Herr Reichskanzler hält es aus politischen Gründen nicht für ratsam, eine höhere Zahl zu nennen und möchte vermeiden, daß unsere Heeresleitung sich von vornherein zu weit mit Österreich engagiert; es müsse doch wohl abgewartet werden, daß die italienischen Hülfskorps sich auch wirklich nach Deutschland auf dem Wege befänden, ehe Ew. pp. definitive Dispositionen treffen könnten.

H. Bismarck

Nr. 1310

Der Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Graf von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Geh. J. Nr. 176
Geheim

Berlin, den 2. Februar 1888

Euerer Durchlaucht beehre ich mich infolge des vom Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts unter dem 30. v. Mts. an mich gerichteten Schreibens*** hierdurch ganz ergebenst mitzuteilen, daß dem Oberstleutnant Freiherrn von Steininger das Erforderliche über die

---

* Siehe Nr. 1307.
** So im Original, es muß wohl heißen: „zur Verfügung stellen würden".
*** Siehe Nr. 1309.

Bereitstellung unserer Eisenbahnen bei eventuellem Eintritt des casus foederis, um österreichische Truppen nach Galizien zu bringen, eröffnet worden ist.

Bei Abschluß der kürzlich hier stattgehabten Verhandlungen über italienische Truppentransporte durch Österreich unter derselben Voraussetzung ist zur Sprache gekommen, daß die italienische Regierung voraussichtlich die näheren Vereinbarungen mit dem Generalstabe in Wien durch einen Kommissar dortselbst treffen lassen werde. Hieran hätten sich dann wiederum unsererseits Verhandlungen anzuschließen, um die Übernahme der italienischen Truppentransporte von den Endpunkten der Eisenbahnen Österreichs auf die Bahnen des deutschen Reichsgebiets sicher zu stellen.

Euere Durchlaucht bitte ich den Major von Deines in Wien zu ermächtigen, dieserhalb mit dem österreichischen Generalstabe in Verbindung zu treten und ihn auch sehr gefälligst anzuweisen, mir das Ergebnis der österreichisch-italienischen Vereinbarung baldmöglichst einzureichen, damit ich die weitere Bearbeitung hier verfügen kann. Den Major von Deines mit diesem Auftrage zu versehen, erscheint mir auch insofern erwünscht, als dieser Offizier im Militär-Eisenbahnwesen erfahren ist und ihm auf solche Weise Gelegenheit gegeben werden würde, in die Arbeiten des österreichischen Generalstabes auf diesem Gebiete nähern Einblick zu gewinnen.

Der Generalfeldmarschall
Gr. Moltke

Nr. 1311

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 79 — Wien, den 6. Februar 1888
Geheim

Herr Crispi hat hier angefragt, ob er den Chef des Militär-Eisenbahnwesens hierher nach Wien entsenden könne, um sich mit dem hiesigen Generalstab über die Frage der Benutzung der österreichischen Eisenbahnen in Tirol durch italienische Truppen zu besprechen.

Diese Anfrage ist sofort entgegenkommend beantwortet worden.

Graf Kálnoky findet eine solche Besprechung um so nötiger, als es doch eine Menge von Detailsachen zu erörtern gäbe. So hat der hiesige Generalstab Zweifel, ob die Italiener imstande sein würden, ihre Truppen mit ihrem eigenen rollenden Material nach Deutschland zu befördern. Man hat hier nur eine geringe Meinung von der Leistungsfähigkeit der italienischen Bahnen, und wenn auch mit hiesigem Material einigermaßen ausgeholfen werden könnte, so hinge es doch von vielen Zufälligkeiten ab, in welchem Maße dies geschehen könnte.

H. VII. P. Reuß

Nr. 1312

Der Militärattaché in Wien Major von Deines an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Eigenhändige Ausfertigung

Geheim — Wien, den 1. März 1888

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage ein Exemplar der „Vereinbarungen" ganz gehorsamst vorzulegen, welche heute von den Vertretern des k. k. und des k. italienischen Generalstabes in 3 facher Ausfertigung unterzeichnet worden sind, und welche den eventuellen Durchzug italienischer Truppen durch österreichisches Gebiet betreffen*.

Nach Punkt 22 sollen je 1 Exemplar derselben erhalten die Generalstäbe von Österreich-Ungarn und Italien und der deutsche Generalstab.

Die zwischen den beiderseitigen Vertretern stattgehabten Konferenzen, von denen ich den 3 letzten zu meiner Information beiwohnte, haben die Möglichkeit festgestellt, 6 italienische Armeekorps mit 3 Kavalleriedivisionen und dem erforderlichen Heeresgerät bis zum 29. österreichischen Mobilmachungstage über die italienische Grenze zu befördern.

Von den zu diesen Transporten erforderlichen Waggons soll Italien fast 5000, Österreich etwa 2000 stellen; der Rest von etwa 3000 nebst zugehörigen Bremsern, sowie eine Aushülfe auf den österreichischen Linien von etwa 150 Lokomotiven, wird von Deutschland erbeten.

Der italienische Vertreter, Oberstleutnant Gorian, Chef der Transportabteilung des Generalstabes, bleibt zunächst noch hier; er hat in Rom die Erlaubnis erbeten, sich später nach Berlin zu begeben, um mit dem königlichen großen Generalstab die Details direkt zu erledigen, welche sich beziehen auf den Durchzug und die Ausschiffung der italienischen Heereskörper auf deutschem Gebiet. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß der genannte Offizier vorher nach Rom zurückkehrt.

Die ersten eventuellen italienischen Transporte würden am 6. österreichischen Mobilmachungstage nach Österreich eintreten können; die Italiener waren bereit, schon am 5. zu beginnen; doch stellte sich die Unmöglichkeit heraus, die Züge bereits an diesem Tage weiterzuführen.

Italienischerseits trat das Bestreben hervor, die Armee so rasch wie irgend möglich auf dem eventuellen Kriegsschauplatz haben zu können.

---

* „Vereinbarungen für den Fall des Durchzuges der Truppen des k. Italienischen Heeres durch das k. u. k. Österreichisch-Ungarische Gebiet, getroffen auf Grund des in Berlin im Jänner 1888 von den militärischen Bevollmächtigten der drei verbündeten Großmächte verfaßten Memoirs." Unterzeichnet sind diese Vereinbarungen, deren Mitteilung hier nicht erforderlich scheint, durch den österreichischen Chef des Eisenbahnbureaus Oberst Ritter von Guttenberg und den italienischen Chef der Militär-Transport-Direktion Oberstleutnant Goiran. Die entsprechende deutsch-italienische Militär-Eisenbahn-Konvention gelangte erst am 14. April zum Abschluß. Vgl. Nr. 1317.

Dies Bestreben hat denn auch die Österreicher veranlaßt, alles zuzusagen, was ohne Gefährdung der eigenen Interessen zu leisten sein würde.

Die „Vereinbarungen" haben vor der Unterzeichnung die Zustimmung des Herrn Ministers des Äußern gefunden.

Über etwaige Wünsche des k. k. Generalstabes in bezug auf den eventuellen Transport österreichischer Truppen durch Preußisch-Schlesien darf ich mir vorbehalten, ganz gehorsamst zu berichten; während der bisherigen Verhandlungen sind mir gegenüber solche nicht geäußert worden. v. Deines, Major

Nr. 1313

Italienisches militärisches Promemoria

Unsignierte Ausfertigung, vom italienischen Botschafter Grafen de Launay am 21. März übergeben

Très secret Berlin, 20 mars 1888

Le ministre de la guerre à Rome et le Chef d'Etat-major de l'armée se montraient disposés à donner leur approbation aux accords établis par le mémoire signé à Berlin le 28 janvier dernier par les délégués militaires d'Italie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie. Mais cette approbation était toutefois subordonnée à certaines réserves, —

à savoir:

1⁰ que l'engagement de l'Italie d'envoyer six corps d'armée et trois divisions de cavalerie pour coopérer avec l'armée allemande ne doit pas s'interprêter dans un sens absolu, mais dans le sens que l'Italie fournira à l'Allemagne six ou cinq corps d'armée et trois ou deux divisions de cavalerie, selon les circonstances au moment de la déclaration de guerre;

2⁰ Cet engagement est soumis à la condition que la France ne prenne pas l'offensive contre l'Italie avec des forces tellement considérables de manière à obliger l'Italie d'employer toutes les siennes pour se défendre;

3⁰ Le gouvernement du Roi, tout en permettant que les troupes italiennes destinées à opérer directement avec les troupes allemandes, se trouvent placées sous la haute direction du commandant en chef des forces allemandes, se réserve la faculté de grouper ses corps d'armée et divisions de cavalerie, soit dans une seule armée, soit en deux. Cette réserve est nécessaire pour avoir une liberté de choix dans la nomination des commandants des troupes destinées à coopérer avec l'armée allemande.

Le gouvernement du Roi tiendrait en outre, les projets pour les transports par les chemins de fer une fois terminés, à déléguer des officiers auprès de l'Etat-major allemand dans le but d'établir les bases et les détails pour le service de l'intendance militaire italienne sur le Rhin et sur les lignes d'étapes.

L'Ambassadeur de Sa Majesté était chargé de proposer au gouvernement impérial que le protocole d'échange des ratifications contînt les réserves susdites.

D'après une nouvelle communication de Rome, le gouvernement du Roi, si on ne le croit pas nécessaire ici, n'insiste plus pour un acte supplémentaire comme ratification du mémoire susdit. Il admet que ce mémoire soit considéré comme approuvé par les Etats-majors respectifs et reste dans les cartons militaires, sauf à y recourir en cas de besoin. — Il n'a rien à ajouter au sujet de la réserve No 1, qui a été énoncée dans les pourparlers à Berlin et dont le délégué allemand a pris acte en parfait accord avec son collègue italien. — Il n'y a rien à ajouter non plus à la réserve No 3, qui se trouve indiquée aux deuxième alinea du mémoire précité, et qui a été faite verbalement aussi et de la même manière par le délégué italien. — Il n'y a rien à dire aussi sur la clause ci-dessus mentionnée pour l'envoi d'officiers italiens à l'effet de régler le service de l'intendance militaire et les lignes d'étapes. Cela était prévu dans le mémoire.

Quant à la réserve No 2, le ministre de la guerre trouve naturel que „si la France attaquait l'Italie avec des forces tellement considérables que toutes les nôtres fussent indispensables pour lui tenir tête, nous ne pourrions pas envoyer sur le Rhin cinq ou six corps d'armée.“ Il ne croit pas que l'on doive exclure absolument du calcul des probabilités, l'hypothèse que la France puisse diriger, dès le commencement des hostilités, ses plus grands efforts contre l'Italie par mer et par terre pour tâcher de la vaincre et se tourner ensuite, avec ses armées victorieuses, contre l'Allemagne; et cela dans l'espoir que celle-ci ne pourrait pas, pendant ce temps, surmonter la résistance des places fortes et des forces qui lui seraient quand même opposées sur la défensive par la France, dans le cas surtout où l'Allemagne devrait engager une partie notable de ses forces contre la Russie. „Je pourrais ajouter, — dit le ministre de la guerre, — que nous avons quelques données qui nous portent à croire que ce plan de campagne a ses partisans dans l'Etat-major français.“ — La réserve No. 2 ne s'appliquerait que dans le cas où la France commençât les hostilités par diriger contre l'Italie douze corps d'armée, c'est à dire plus de forces que l'Italie ne lui opposerait, si elle envoyait dans le même temps cinq ou six corps d'armée sur le Rhin. Si l'on ne veut point admettre la possibilité de cette hypothèse, la réserve No 2 tombe évidemment d'elle-même. — En tout cas, „le gouvernement impérial ne pourra pas douter des sentiments et des intentions du gouvernement italien, s'il veut bien se rappeler les précédents qui ont donné lieu aux pourparlers des délégués militaires auprès de l'état major allemand, et les ouvertures faites à Berlin par les délégués d'Italie au sujet du concours éventuel des troupes italiennes sur le Rhin.

Nr. 1314

Der Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall Graf von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Geh. Nr. 192 — Berlin, den 27. März 1888
Geheim

Euer Durchlaucht beehre ich mich mit Bezug auf das seitens des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes unter dem 22. d. Mts. hierher mitgeteilte militärische Promemoria des Grafen Launay* ganz ergebenst zu bemerken, daß eine französische Offensive mit 12 Armeecorps nach Italien hinein für diese Macht und für Deutschland ebenso willkommen, wie für Frankreich bedenklich sein würde.

Die Delegierten des italienischen Generalstabes haben im Januar d. Js. in überzeugender Weise die Schwierigkeiten entwickelt, welche mit einem Alpenübergang verbunden sind und welche von der französischen Armee zu bewältigen sein würden, während sie bisher als Italien zufallend angesehen wurden.

Von Frankreich nach Italien sind die Alpen nur auf 5—6 Kunststraßen von Truppenkörpern in der Zusammensetzung eines Armeekorps zu überschreiten. Auf den Nebenwegen können nicht mehr als Detachements bis zur Stärke etwa einer Brigade mit großen Abständen zwischen ihren Teilen hinüber gebracht werden. Es ist daher schon an und für sich nicht leicht, ein Heer von 12 Armeekorps über die Alpen in Marsch zu setzen. Die langen, durch unübersteigbare Gebirgszüge auf große Entfernungen von einander getrennten Kolonnen würden zunächst auf dem Kamm den Widerstand der Alpentruppen zu überwinden haben und dann beim Abstieg vor den Sperrforts zum Stehen kommen. Mögen sie diese Hindernisse früher oder später beseitigen, so können sie doch nur vereinzelt, ohne auf gegenseitige Unterstützung rechnen zu können, der italienischen Armee gegenüber erscheinen, welche mit Hülfe eines reich entwickelten Eisenbahn- und Straßennetzes an jeder Stelle rechtzeitig vereinigt sein kann. Das einzige Bedenken, welches man hinsichtlich einer solchen Offensive hegen könnte, möchte aus dem eigentümlichen Mobilmachungsverfahren der italienischen Armee hervorgehen, welches den Franzosen es vielleicht möglich machen könnte, um einige Tage früher die Offensive zu ergreifen, als die italienischen Armeekorps operationsfähig dastehen können.

Eine Offensive auf dem Seewege würde die Vernichtung oder Blockierung der italienischen Flotte zur Vorbedingung haben. Ob für eine solche Tat die französische Flotte, deren vernachlässigter Zustand

* Siehe Nr. 1313.

erst durch die neuerlichen Kammerverhandlungen an das Licht gestellt worden ist, die Kraft in sich trägt, erscheint sehr zweifelhaft. Aber selbst, wenn man die ersten Panzerschiffe der Welt, wie sie Italien besitzt, als beseitigt annimmt, so würde doch die große und schwerfällige Transportflotte ein Angriffsobjekt, wie man es sich nicht besser denken kann, für die zahlreichen Torpedoboote der Küstenverteidigung bieten. Versagt auch dieses Mittel, so würde allerdings die Landung einer Heeresmacht, die man auf höchstens 2 Armeekorps annehmen kann, nicht zu hindern sein. Die Küste Italiens ist viel zu lang, um durch Truppenaufstellungen geschützt werden zu können. Nach der Landung würden aber erst die Verlegenheiten des Angreifers beginnen. Auf Rom zu marschieren, dazu genügen 2 Armeekorps, welche überdies den Landungsplatz besetzt halten, die Verbindungslinie decken sollen, nicht. Sie sind zu schwach, um eine Festung dieser Ausdehnung zu belagern oder zu zernieren. Wohin sie auch sonst sich wenden wollen, mit mangelhaften Nachrichten und ohne hinreichende Kavallerie, um sich Aufklärung zu verschaffen, würden sie sich bald einer italienischen Übermacht gegenüber befinden, welche ihnen nicht nur eine Niederlage bereiten, sondern auch die Rückkehr unmöglich machen kann.

Es ist schwer glaublich, daß die Franzosen, um sich auf eine aussichtslose Offensive einzulassen, Deutschland gegenüber sich so schwächen werden, um 12 Armeekorps an den Alpen disponibel zu machen. Wenn auch ein solcher Feldzugsplan in dem französischen Generalstabe Verfechter finden mag, so wird doch die Regierung, wie man fürchten muß, bei Würdigung der Verhältnisse von der Ausführung Abstand nehmen und den verbündeten Mächten die Gelegenheit entziehen, in so wohlfeiler Weise den Sieg zu erfechten.

Hält Italien an der Möglichkeit einer französischen Offensive fest, so liegt die Gefahr nahe, daß es in der Lombardei seine Kräfte gegen einen Angriff bereitstellt, welcher nicht erfolgt und dann bei der Entscheidung in Lothringen fehlt.

Es wird gegebenenfalls schwer sein, unzweifelhaft zu konstatieren, ob die Hauptkräfte des französischen Heeres in Lothringen oder an den Alpen versammelt werden. Weder in den wenigen Tagen der Mobilmachung, noch während der rasch sich vollziehenden Konzentration wird an Nachrichten aus Frankreich mehr über die Grenze hinüber dringen, als daß auf allen Eisenbahnen lebhafteste Bewegung herrscht und daß Truppen nach den verschiedensten Richtungen transportiert werden. Man wird die Klärung der Verhältnisse nicht abwarten können, um einen Entschluß zu ergreifen. Die Überführung der italienischen Truppen durch Österreich an den Rhein erfordert zu viel Zeit, als daß man ihren Beginn aufschieben könnte. Es wird notwendig sein, der Verabredung gemäß die Eisenbahntransporte in Gang zu setzen, selbst auf die Gefahr hin, sie wieder einzustellen, wenn der unwahrscheinliche Fall einer französischen Offensive über die Alpen wirklich eintreten sollte.

Es dürfte sich empfehlen, den Militärattaché in Rom, Major von Engelbrecht, zu beauftragen[1], diese Verhältnisse mündlich mit dem italienischen Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes, deren Vertrauen er zu besitzen scheint, zu erörtern und denselben in den Stand zu setzen, künftig etwa noch in dieser Angelegenheit entstehende Differenzen in derselben Weise auszugleichen.

Beruhigend könnte derselbe vielleicht in Rom einwirken durch die Mitteilung, daß nach den hier eingegangenen zuverlässigen Nachrichten ein Teil der Truppen in Algier (Infanterie und Kavallerie) vom 3. Mobilmachungstage ab nach Frankreich gebracht werden soll, um in die Gegend von Lyon weitertransportiert zu werden, wo sie erst mit der ihr erforderlichen Artillerie und Trains ausgerüstet werden sollen. Zum Ersatz der aus Algier genommenen Linientruppen sollen Territorial-Brigaden dorthin übergeführt werden. Es dürfte daraus hervorgehen, daß die französische Transportflotte in der Mobilmachungszeit hinlänglich in Anspruch genommen ist, und daß die algerischen Truppen nicht unmittelbar zu einer Landung in Italien bestimmt sein können. Ihr Transportziel, „Gegend von Lyon", läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß sie je nach den Umständen als Reserve für die Armee gegen Deutschland oder für diejenige gegen Italien dienen sollen.

Wichtig für die Sicherheit Italiens dürfte sein, wenn Maßregeln für eine größere Beschleunigung der Mobilmachung getroffen würden, und wenn die Festungen an der Grenze, wie die Kriegshäfen gegen einen gewaltsamen Angriff unter allen Umständen gesichert würden.

Der Generalfeldmarschall
Gr. Moltke

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Fiat

Nr. 1315

Bericht des Militärattachés in Rom Major von Engelbrecht

Eigenhändige Ausfertigung

J. Nr. 35 — Rom, den 2. April 1888

Einer Aufforderung des Unterstaatssekretärs Generalleutnant Corvetto nachkommend, begab ich mich vorgestern in das Kriegsministerium, woselbst ich sofort zu dem Kriegsminister geführt wurde. Derselbe leitete die Unterhaltung mit dem Bemerken ein, daß es ihm daran gelegen sei, mir über die schwebenden Verhandlungen, betreffend unsere gemeinsamen Operationen im Falle eines Krieges gegen Frankreich, Mitteilungen zu machen.

„Sie sind", so fuhr der Kriegsminister fort, „von den in Berlin getroffenen militärischen Abmachungen unterrichtet. Unsere Offiziere sind dieselben vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung eingegangen. Diese Genehmigung ist sofort im Prinzip erfolgt; nur bezüglich einiger Punkte wurde eine Rückfrage von uns angeregt und zwar:

1. ob die Abmachungen seitens der Regierungen zu ratifizieren seien;

2. daß die Zahl der zur Entsendung nach der deutsch-französischen Grenze angebotenen Truppen schwanken würde zwischen 5 oder 6 Armeekorps, 2 oder 3 Kavalleriedivisionen, zu gruppieren in 1 oder 2 Armeen;

3. was zu geschehen wäre, wenn Frankreich mit solch bedeutenden Kräften Italien angreife, daß man zur eigenen Verteidigung sämtlicher Truppen bedürfe.

Diese letztere Eventualität sei von den italienischen Offizieren im Laufe der Verhandlungen auch zur Sprache gebracht worden, General Graf Schlieffen habe diese Anregung natürlich gefunden, doch sei eine nähere Erörterung unterblieben, vermutlich wegen der geringen Wahrscheinlichkeit einer solchen Offensive.“

Nunmehr begann der Kriegsminister mit dem Vorlesen verschiedener zwischen Regierung und dem Grafen Launay gewechselten Depeschen.

In der ersten meldet der italienische Botschafter seine Unterhaltung mit dem Staatssekretär Grafen Bismarck bezüglich der vorgenannten 3 Punkte und spricht von „une impression pénible“, welche die Erwähnung des letzten Punktes[1] hervorgerufen habe. Der Staatssekretär habe sich eine Erörterung hierüber bis nach stattgehabtem Benehmen mit dem Generalstabe vorbehalten und sei der Ansicht, daß eine Ratifikation der Verhandlungen von seiten der Regierungen nicht geboten wäre, die Kontrahenten sich vielmehr auch auf Grund der getroffenen Vereinbarungen als gebunden zu betrachten hätten.

Dieser letzteren Auffassung gegenüber hat die Regierung ihre Ansicht in der erfolgten Antwort aufgegeben, aber ihr Verwundern ausgesprochen, daß durch die Erwähnung des Punktes 3 ein „peinlicher Eindruck“ habe hervorgerufen werden können, und verwahrt man sich gegen die Auslegung, daß bei Anregung der sub 3 aufgeführten Eventualität irgend welcher Hintergedanke vorgeschwebt habe.

Nach weiteren Depeschen telegraphiert Graf Launay, daß der deutsche Militärattaché beauftragt werden würde, über die Ansichten des Generalstabes, den fraglichen Punkt betreffend, Aufklärungen zu geben, und daß es daher einer besonderen Eile hinsichtlich der Absendung des mit der Vereinbarung der Transportbewegung beauftragten Offiziers nicht bedürfe.

„Als mir diese Depesche“, so fuhr der Kriegsminister fort, „zuging, beschloß ich, Sie zu mir bitten zu lassen. Ich bedaure, daß eine Anfrage unserseits zu einem Mißverständnis hat Anlaß geben können; ich habe Ihnen die gewechselten Depeschen vorgelesen, damit Sie klar in dieser Angelegenheit zu sehen vermögen.

Die Botschaft in Berlin muß nicht glücklich in der Wiedergabe unsrer Ansicht gewesen sein, und daher wende ich mich direkt an Sie,

um jeder irrtümlichen Deutung vorzubeugen, und damit Sie schon orientiert sind, wenn Ihr Auftrag eingeht.

Das von uns freiwillig ausgegangene Anerbieten der Entsendung von Truppen nach der deutsch-französischen Grenze[2] werden wir in dem angenommenen Fall unbedingt halten; es ist bei mir eine festgewurzelte Überzeugung, daß es im Interesse unserer jungen Armee liegt, an der Seite deutscher Truppen sich schlagen zu können, und möchte ich nur wünschen, daß unsere Korps alsdann nicht zu schwierigen Belagerungen — die uns in dem undankbaren Alpenkriege reichlich bevorstehen — sondern möglichst im Bewegungskriege Verwendung finden werden."

Während der ganzen Unterredung konnte sich der Kriegsminister anscheinend nicht von einer gewissen inneren Erregung freimachen. Er kam immer wieder darauf zurück, daß kein Zweifel gehegt werden dürfe, daß die Regierung ihr Versprechen halten werde. Es komme ihm darauf an, die Verhandlungen abzuschließen, und, um seinen guten Willen zu zeigen, solle der betreffende Offizier schon in den nächsten Tagen abreisen und werde die Instruktion erhalten, die weiteren Vereinbarungen auf dem gemeinsam gewonnenen Boden der Januar-Abmachungen zu treffen, ohne dieses Zwischenfalls auch nur Erwähnung zu tun.

Inwieweit die entschiedene Verwahrung: zu einer Mißdeutung von hier aus keinen Anlaß gegeben zu haben, begründet, dafür habe ich nur Versicherungen, aber keine tatsächlichen Unterlagen erhalten. Sehe ich hiervon ab und soll den Eindruck bezeichnen, den die Ausführungen des Kriegsministers auf mich gemacht haben, so glaube ich, daß derselbe für sein Teil bereit ist, die eingegangenen Verpflichtungen in loyaler Weise zu halten[3], und daß bei dem General eine gewisse Verstimmung wegen dieses Zwischenfalls unschwer zu erkennen ist.

von Engelbrecht

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ?

[2] Oest[er]reich? Durchmarsch?

[3] dazu ist der Aufmarsch durch Oest[er]reich nöthig, der bei einem nur deutsch-ital[ienisch]-französischen Kriege nicht gesichert ist.

Nr. 1316

Der italienische Botschafter in Berlin Graf de Launay an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Eigenhändig

Berlin, 10 avril 1888

Le Lieutenant-Colonel chevalier Goiran arrivé ce matin de Rome a déjà été mis en rapport avec le Maréchal Comte de Moltke, le Comte de Waldersee et le Comte de Schlieffen. Demain commenceront les pourparlers relatifs au service des transports de troupes.

Le Ministre de la guerre M. Bertholé-Viale, après avoir pris connaissance du mémoire de Comte de Moltke, laisse tomber certaine réserve dont j'avais été chargé de Vous entretenir. — Ainsi le mémoire signé à Berlin le 28 janvier échu, reste tel quel pour servir au besoin. Au reste, le général Bertholé-Viale n'avait jamais entendu donner une grande importance à la réserve dont il s'agissait.

Voilà donc une question réglée. J'en suis on ne peut plus satisfait. —

Launay

Nr. 1317

Die deutsch-italienische Militär-Eisenbahn-Konvention vom 14. April 1888*

Vereinbarungen

für den Fall des Durchzugs Königlich italienischer Truppen durch Süddeutschland nach dem Oberrhein — getroffen auf Grund des in Berlin im Januar 1888 von den militärischen Bevollmächtigten der drei verbündeten Großmächte verfaßten Memoires.

Zum Zweck des Entwurfs näherer Festsetzungen für den eventuellen Eisenbahntransport Königlich italienischer Truppen durch Süddeutschland nach dem Oberrhein im Kriegsfall sind von den Herren Chefs des Generalstabs der preußischen respektive der italienischen Armee delegiert worden und in Berlin zur kommissarischen Beratung zusammengetreten:

Vom preußischen Generalstab:

der Generalmajor Graf von Schlieffen und der Oberst Oberhoffer, Abteilungschefs im Großen Generalstab.

Vom italienischen Generalstab:

der Oberst Ritter von Goiran, Chef der Militär-Transport-Direktion und der Kapitän Graf Robilant, Militärattaché bei der Königlich italienischen Botschaft in Berlin.

Das Ergebnis der Beratungen ist in nachfolgenden Punktationen zusammengefaßt:

1. Von deutscher Seite werden für die an der österreichischen Grenze zu übernehmenden Truppentransporte, behufs Weiterführung nach dem linken Rheinufer, folgende Eisenbahnlinien für die ganze Transportdauer zur Verfügung gestellt:

I. Passau — Regensburg — Nürnberg — Heilbronn — Bruchsal — Germersheim — Straßburg.

II. Salzburg—München—Augsburg—Nördlingen—Stuttgart—Karlsruhe—Appenweier—Straßburg—Schlettstadt.

* Zum Abdruck gelangen nur die hauptsächlichsten Bestimmungen der umfänglichen Konvention.

III. Kufstein — München — Ulm — Radolfzell — Singen — Offenburg — Freiburg — Kolmar.

Der Linie II können Transporte auch über die Strecke Braunau (Simbach) — München zugeführt werden; es dient dieser Linie ferner als Aushülfe die Verbindung München — Ulm — Cannstatt — Stuttgart.

Eine Transportführung von Innsbruck über den Arlberg nach Lindau und demnächst weiter auf deutschem Boden nach Ulm wird vorläufig nicht beabsichtigt und bleibt vorbehalten.

Für diejenigen Transporte, welche in Kufstein und Salzburg eintreffen und eine Weiterbeförderung auf der Linie III bis an das Ziel nicht finden können, wird die Aushülfslinie: München — Memmingen — Ulm — Aulendorf — Pfullendorf — Schwackenreuthe zur Verfügung gestellt.

In Pfullendorf oder Schwackenreuthe laden diese Transporte aus; sie erreichen den Versammlungsraum mittelst Fußmarsches.

2. Die zu übernehmenden Züge werden in der Regel 30—36 Wagen, außer Maschinen, führen; sie dürfen keinesfalls 50 Wagen überschreiten. Beträgt das Ladegewicht mehr als 180 tons, so ist die Achsenzahl auf 33 bis höchstens 40 Wagen beschränkt. Ein Ladegewicht von 320 tons darf in keinem Zuge überschritten werden.

Auf Vorstehendes hat die später während der Fahrt vorübergehend nötig werdende Teilung der Züge in Halbzüge — zur Überwindung der stärkeren Steigungen — keinen Einfluß.

3. Auf Linie III können Züge bereits vom 7. Mobilmachungstage ab übernommen werden; auf den Linien I und II vom 12. Tage ab.

Die volle Tagesleistung wird betragen:

auf Linie	I:	10 Züge	vom	14.	Tage ab.
„ „	II:	15 „	„	16.	„ „
„ „	III:	10 „	„	16.	„ „

Das Nähere ergeben die vereinbarten Fahrtableaus für die einzelnen Tage (folgen technische Details).

Nr. 1318

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 71 Berlin, den 2. März 1889

Der italienische Marineattaché in London, Graf Candiani, hatte kürzlich gegenüber dem Admiral Schröder dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Oberkommandos der deutschen und der italienischen Marine in fortlaufendem Verkehr hinsichtlich der technischen Fortentwickelung sowohl wie auch der sonstigen Einzelfragen des Berufs bleiben möchten, in ähnlicher Weise, wie das zwischen den Oberkommandos der beiden Landheere bereits der Fall ist.

Seine Majestät der Kaiser hat genehmigt, daß dem Gedanken des Grafen Candiani nähergetreten werde; letzterer ist dementsprechend verständigt worden und hat inzwischen an seine Regierung berichtet.

Ew. pp. teile ich vorstehendes mit, damit Sie, sowie auch der Herr Militärattaché von Engelbrecht in der Lage sind, etwaige autorisierte Eröffnungen entgegenzunehmen. Bisher ist nur der allgemeine Grundsatz des fortgesetzten Verkehrs erörtert worden.

H. Bismarck

Nr. 1319

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 67 Rom, den 10. März 1889

Erlaß 71 vom 2. März*, betreffend den fortlaufenden Verkehr der Oberkommandos der deutschen und italienischen Marine erhalten.

Herr Crispi brachte die Sache zur Sprache und sagte, der deutsche Militärattaché habe dem italienischen gesagt, wir wünschten uns mit Italien über die Verwendung unserer Flotte im Falle eines Krieges mit Frankreich ebenso zu verständigen[1], wie dies bezüglich des Feldzugsplanes für die Landheere der Fall gewesen. Er sei sehr bereit darauf einzugehen, würde aber für notwendig halten, auch gleichzeitig mit Österreich in Unterhandlungen zu treten, weil die Mitwirkung der österreichischen Flotte im Mittelländischen Meer unumgänglich notwendig sei. Wir drei würden Frankreich zur See gewachsen sein.

Ich habe Herrn Crispi gegenüber die Sache richtig gestellt und darauf hingewiesen, daß Graf Candiani die Initiative ergriffe und nur allgemeine Grundsätze des fortgesetzten Verkehrs entwickelte[2].

Solms

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[1] ?
[2] gut

Nr. 1320

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 84 Berlin, den 16. März 1889

Die im Schlußsatz des Berichts Nr. 67** gegebene Richtigstellung der irrigen Meldung des Grafen Candiani entspricht der diesseitigen

---

* Siehe Nr. 1318.
** Siehe Nr. 1319.

Auffassung. Die Verständigung mit Österreich, welche bei Beratung eines konkreten Operationsplans unvermeidlich sein würde, ist daher für die im gegenwärtigen Falle beabsichtigte Besprechung über allgemeine Grundsätze technischer Fortentwickelung nicht notwendig.

H. Bismarck

Nr. 1321

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 79 Rom, den 28. März 1889
Geheim

Bezüglich der vom italienischen Marineattaché in London, Grafen Candiani, angeregten Frage, betreffend den fortlaufenden Verkehr zwischen den Oberkommandos der deutschen und der italienischen Marine hinsichtlich der technischen Fortentwickelung pp., hatte Herrn Crispi die Ansicht vorgeschwebt, es handle sich um die Verabredung eines Planes für einen mit Frankreich zu führenden Seekrieg, was ich, wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, richtigstellte.

Gleich darauf war, wie Euere Durchlaucht aus dem anliegend ganz gehorsamst beigefügten Bericht Nr. 12 vom 14. d. Mts. des Königlichen Majors von Engelbrecht hochgeneigtest ersehen wollen, die fortlaufende Erhaltung der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Marinen, vermittelst eigens dazu kommandierter Offiziere (Marineattachés) zwischen ihm und dem Marineminister zur Sprache gekommen, und hatte derselbe sich dem von ihm als ganz persönliche Idee des Herrn Crispi bezeichneten Gedanken gegenüber ablehnend geäußert.

Es scheint, daß Herr Brin durch Herrn Crispi später umgestimmt worden ist, denn als ich bei einer zufälligen Begegnung diese Angelegenheit berührte, sagte er mir, er sei sehr damit einverstanden, daß die beiderseitigen Marinen in fortgesetzten Verkehr treten und auch Marineattachés ernennen; er schicke in den nächsten Tagen einen Marineoffizier mit verschiedenen technischen Aufträgen nach Deutschland; dieser Offizier würde gleich die Stellung eines Marineattachés einnehmen können.

Dem Marineminister gegenüber ging ich auf die Anstellung von Marineattachés nicht weiter ein.

Als ich Herrn Crispi einige Tage später darauf aufmerksam machte, daß eine Verständigung mit Österreich bei dieser Gelegenheit, wo es sich um Verabredungen über allgemeine Grundsätze technischer Fortentwickelung handle, nicht nötig erscheine, war er mit den von mir entwickelten Ansichten einverstanden und kam nicht wieder auf den

Operationsplan zur See zurück; dagegen stellte er die gegenseitige Attachierung von Marineoffizieren als sehr wünschenswert in den Vordergrund und bat mich, Eurer Durchlaucht diesen Wunsch zu unterbreiten.

Von fremden Mächten unterhalten Marineattachés bei der Königlich italienischen Regierung: England, Frankreich, Rußland, Spanien, Nordamerika und Argentinien.

Die nach dem Berichte des Major von Engelbrecht vom Marineminister Brin geäußerte Rücksicht auf Frankreich würde Herrn Crispi nicht abhalten, den Gedanken der Ernennung eines Marineattachés in Berlin zur Ausführung zu bringen. Herr Crispi hegt übrigens schon längst den lebhaften Wunsch, sich auf irgendwelche Weise das sofortige Eingreifen der österreichischen Marine zu sichern, sobald es zwischen Italien und Frankreich zum Kriege kommen sollte. Die italienische Marine sieht, wenn sie gezwungen sein sollte, den Seekrieg gegen Frankreich allein aufnehmen zu müssen, dem Kampfe mit sehr geringer Siegeszuversicht entgegen, trotz der Überlegenheit ihrer Panzerkolosse, welche sich allerdings erst bewähren müssen. Ebenso fürchtet man, daß England zu spät kommen würde, um die offnen Städte Italiens gegen ein Bombardement zu schützen; dagegen hofft man der französischen Mittelmeerflotte gewachsen zu sein, sobald man auf die sofortige Unterstützung durch die österreichische Flotte rechnen kann. Daher das Bestreben des Herrn Crispi, sich diese Hülfe im voraus zu sichern.

Die Versuche hierzu sind aber bis jetzt gescheitert, weil Österreich die Unterstützung von mehreren Armeekorps zu Lande als Gegenleistung verlangte, was Italien, wie die Verhältnisse sich heute gestaltet haben, zu leisten nicht in der Lage ist. Unter diesen Umständen haben die Verhandlungen mit Österreich schon längere Zeit geruht.

Wenn daher Herr Crispi bei unserer ersten Konversation über die Marineangelegenheiten des vom Grafen Candiani angeregten Gedankens eines einzurichtenden fortlaufenden Verkehrs zwischen den Marinen von Deutschland und Italien gar nicht erwähnte, sondern gleich von der Notwendigkeit der Verständigung über einen konkreten Operationsplan mit Hinzuziehung von Österreich sprach, so drängt sich mir die Vermutung auf, daß er den Wunsch hat, bezüglich der Operationen zur See mit Österreich zu einem definitiven Abschluß zu gelangen, ohne die Verhandlungen direkt wieder aufzunehmen, die Anknüpfung derselben vielmehr über Berlin durch Zuziehung Österreichs zu einer Verabredung über einen Seekriegsplan zu versuchen.

Schließlich darf ich nochmals hervorheben, daß Herr Crispi bei unserer letzten Unterredung auf den Kriegsplan nicht wieder zurückgekommen ist.

Graf Solms

Nr. 1322

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 105 Berlin, den 5. April 1889
Geheim

Die in Ew. pp. geheimem Bericht Nr. 79* vom 28. v. Mts. mitgeteilte Anregung der Herrn Crispi und Brin wegen Ernennung von Marineattachés seitens der beiden Regierungen habe ich zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers gebracht, allerhöchstwelcher im Prinzip mit der Neueinrichtung beider Posten einverstanden ist.

Wir erwarten also jetzt die amtliche italienische Initiative.

H. Bismarck

Nr. 1323

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Abschrift

Nr. 185 Rom, den 22. Juli 1889
Sehr vertraulich

Herr Crispi sagte mir, Euere Durchlaucht hätten im Mai die Frage angeregt, ob es nicht gut sein würde, ebenso wie für die Operationen der Landheere, auch für das Zusammenwirken der Flotten sich unter den drei Mächten über einen Plan zum Seekriege zu verabreden; besonders würde es nötig sein, daß Italien sich mit Österreich verständigte.

Er habe dies mit dem Grafen Nigra[1] besprochen, der habe ihn aber darauf aufmerksam gemacht, daß es besser sein würde, die Sache würde in Wien von Berlin aus angeregt; nur dann könnte man darauf rechnen, daß man in Wien überhaupt einen Entschluß fasse; denn seit dem Tode des Kronprinzen Rudolf herrsche in den dortigen Regierungskreisen eine Apathie, die schon höchst bedenklich zu werden anfange.

Ich entgegnete Herrn Crispi, eine Verständigung zwischen Italien und Österreich über eine gemeinsame Aktion ihrer Flotten im Mittelmeer würde schon längst notwendig gewesen sein, und es sei hohe Zeit, daß man eine solche in Angriff nehme. Da aber Italien der Unterstützung durch die österreichische Flotte bedürfe, so würde es richtiger sein, Italien mache in Wien die nötigen Eröffnungen. Wenn dies geschehen sei, würden Euere Durchlaucht gewiß die Anträge der italienischen Regierung in Wien unterstützen.

Herr Crispi meinte, dies sei allerdings wohl der richtige Weg und

* Siehe Nr. 1321.

fügte hinzu, am besten würde es sein, alle drei Flotten, d. h. die von Deutschland[2], Österreich und Italien im Mittelmeer zu vereinigen.

Ich unterließ nicht, den Herrn Ministerpräsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß die drei Flotten vorläufig etwas weit von einander entfernt seien, daß es für uns in einem Kriegsfalle mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein würde, bei Frankreich vorbei mit einer Flotte nach dem Mittelmeer zu dampfen, und daß er zu vergessen scheine, daß wir voraussichtlich den Kampf mit einer sehr bedeutenden russischen Flotte aufzunehmen haben würden. Die Frage des Herrn Crispi, wie stark die russische Flotte sei, konnte ich nicht beantworten. Auch Major von Engelbrecht besitzt keine Angaben über die russischen Seestreitkräfte. Ich würde Euerer Durchlaucht sehr dankbar sein, wenn Hochdieselben mich durch eine Mitteilung[3] über diesen Punkt in die Lage versetzen wollten, Herrn Crispi nachweisen zu können, daß wir für die Kaiserliche Marine in der Verteidigung unserer Küsten und in dem Kampfe gegen die russische Flotte und gegen die französischen Flotten von Cherbourg und Brest[4] eine Aufgabe zu erfüllen haben, welche unser Erscheinen im Mittelmeer wenigstens bei Beginn eines Krieges unmöglich machen würde. Bezüglich unserer Leistungsfähigkeit gegenüber den französischen Flotten von Cherbourg und Brest war ich schon im vorigen Jahre beauftragt gewesen, Herrn Crispi zu informieren; an die russische Flotte hatte er aber augenscheinlich nicht gedacht, und er bemerkte schließlich, daß, wenn wir die französische Kanalflotte verhindern könnten, nach dem Mittelmeer zu gehen, Italiens und Österreichs Flotten zur Bekämpfung der französischen Mittelmeerflotte stark genug sein würde. (gez.) Solms

---

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopfe des Schriftstücks:
vor Nigra wird man in Wien vertr[au]l[ich] warnen müssen; er ist französisch gefärbt.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Faul?
[3] nondum meridies!
[4] schon das genügt!

Randbemerkung des Grafen Herbert von Bismarck:
[2] Von Seiner Majestät für unmöglich erklärt

Nr. 1324

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Abschrift

Nr. 187 Rom, den 23. Juli 1889
Sehr vertraulich

Um genau festzustellen, welche Aufträge Herr Crispi dem Grafen Nigra in bezug auf einen für den Kriegsfall mit Österreich zu vereinbarenden gemeinsamen Operationsplan für die beiderseitigen Land- und

Seestreitkräfte erteilt hat, bat ich ihn heute um eine bezügliche Mitteilung.

Herr Crispi äußerte sich dahin, daß zwischen Italien und Österreich nur abgemacht wurde, daß sich beide Staaten, im Falle einer derselben angegriffen würde, gegenseitig unterstützen sollten; darüber, wie dies zu geschehen habe, sei nichts abgemacht worden. Da es beim Ausbruche eines Krieges selbst zu spät sein würde, hierüber Verhandlungen zu eröffnen, habe er den Grafen Nigra beauftragt, der österreichischen Regierung vorzuschlagen, mit Italien schon jetzt zu vereinbaren, in welcher Weise im Kriegsfalle die gegenseitige Unterstützung durch die Landheere einzutreten haben wird.

Was die gemeinsame Aktion der Flotten betrifft, so habe die österreichische Regierung bereits früher durch den Kaiserlichen Botschafter Baron Bruck den Wunsch bezüglich der Verabredung über einen Operationsplan zur See hier ausdrücken lassen, ohne aber wieder auf die Sache zurückzukommen, trotzdem Italien sich sofort bereit erklärt hatte, auf den Wunsch einzugehen.

Er habe bei näherer Erwägung Anstand genommen, die Sache durch Graf Nigra nochmals anregen zu lassen und würde es doch für praktischer halten, wenn die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen zwischen Österreich und Italien von Euerer Durchlaucht in Wien angeregt würde[1]; er habe den Grafen Launay bereits mit entsprechendem Auftrage versehen, aber noch keine Antwort erhalten.

Ich bemerkte hierzu, ich sehe nicht ein, warum Herr Crispi Bedenken trage, auch bezüglich der Flotten den Wunsch, sich über einen Operationsplan zu einigen, in Wien direkt auszusprechen. Wenn Italien von der französischen Flotte bedroht sei, so bedürfe es der Hülfe der österreichischen sehr dringend, während Österreich sich in weniger bedrohter Lage befinde. Herr Crispi war bereits durch die von England erwartete Hülfe und die zugesagte Verstärkung der englischen Mittelmeerflotte wieder sehr zuversichtlich geworden und behauptete, die österreichische Flotte sei so wenig zahlreich, daß sie sich ohne Hülfe der italienischen im Adriatischen Meere allein nicht würde halten können, während Italien im Verein mit England, auch ohne Mitwirkung der österreichischen Flotte derjenigen von Frankreich mehr als überlegen sei; es liege mithin eine Vereinbarung über einen gemeinsamen Operationsplan zur See mehr im Interesse Österreichs wie Italiens.

(gez.) Graf Solms

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:

Für Italien liegt primo loco die Verständigung mit England im Interesse. Die öst[er]r[eichische] Flotte giebt noch keine Ueberlegenheit, auch wenn wir die Canalflotte beschäftigen u[nd] Rußland wartet.

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Kein Anlaß. Die ganze öst[er]r[eichische] Flotten-Frage ist verfrüht u[nd] nicht entscheidend. In England sollte Crispi sich sichern

Nr. 1325

Der italienische Botschafter in Berlin Graf de Launay an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Eigenhändig

Secret Berlin, le 27 Juillet 1889

Mr. Crispi, au quel j'avais télégraphié ce que Vous m'aviez dit en réponse à la question d'un accord naval, me répond qu'il désire que la négociation ait lieu à Rome. — Les délégués allemand[s] et austro-hongrois pourront s'y réunir en même temps, lesquels traiteraient directement avec le ministère Royale de la marine et avec M. Crispi.

Son Excellence me charge de Vous en entretenir promptement et se réserve quand il connaîtra votre réponse, de se mettre en communication avec Vienne.

Launay

Nr. 1326

Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Berchem an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Reinkonzept

Nr. 250 Berlin, den 30. Juli 1889
Geheim

Zu den gefälligen Berichten vom 22. und 23. d. Mts.*, die Verabredungen Italiens und Österreichs über gemeinsame Operationspläne betreffend, hat der Herr Reichskanzler bemerkt, daß es im Interesse Italiens primo loco geboten sei, die Verständigung mit England herbeizuführen; denn die öterreichische Flotte allein gebe Italien noch keine Überlegenheit über Frankreich, auch wenn wir die Kanalflotte beschäftigten und Rußland sich abwartend verhielte; wir hätten keinen Anlaß, Verhandlungen zwischen Österreich und Italien anzuregen; die ganze österreichische Flottenfrage sei verfrüht und nicht entscheidend; England sei es, das Herr Crispi sich sichern sollte.

Zu Ew. pp. Information erwähne ich ferner, daß Seine Majestät der Kaiser, bei Vortrag der obigen Berichte, allerhöchstsich den Äußerungen anschlossen, welche Ew. pp. nach dem Berichte Nr. 185** Herrn Crispi gegenüber gemacht hatten. Seine Majestät bemerkten, daß selbst, wenn die russische Flotte nicht in Betracht käme, die unserige zum

* Siehe Nr. 1323, 1324.
** Siehe Nr. 1323.

Schutz der deutschen Küste gegen die französische Nordflotte unentbehrlich sei; auch wenn Frankreich das Unwahrscheinliche tue, sich im Norden und Westen von Schiffen zu entblößen, so würde unserer Flotte immer noch die Aufgabe verbleiben, den sehr lebhaften deutschen Handel durch den Kanal vor französischen Kreuzern zu schützen und angriffsweise gegen die französische Nordküste vorzugehen.

Zu dieser letzteren Äußerung Seiner Majestät bemerke ich ergebenst, daß dieselbe selbstverständlich, außer Herrn Crispi gegenüber, persönlich, auf das strengste sekretiert werden muß.

Im übrigen hat auch Seine Majestät nachdrücklich betont, daß Italien sich für den Fall kriegerischer Ereignisse im Mittelmeere vor allem mit England verständigen müsse, während wir in Österreich keine Anregung nach Maßgabe der Äußerung Herrn Crispis machen könnten, ohne dort den Eindruck eines unbequemen Mahners und das Gefühl eines lästigen Druckes hervorzurufen; es sei nicht verständlich, weshalb Graf Nigra nicht jetzt die Sache in Wien anregen könne, nachdem Baron Bruck — wie Ew. pp. berichteten (confr. Bericht Nr. 187*) — seinerzeit namens der österreichischen Regierung die ersten Schritte in dieser Angelegenheit getan habe.

Zu Ew. pp. persönlichen Information füge ich noch Abschrift eines geheimen Schreibens des Grafen de Launay an den Grafen von Bismarck** ergebenst bei, welches den Wunsch des italienischen Ministerpräsidenten zu erkennen gibt, daß deutsche und österreichische Delegierte in Rom zusammentreffen möchten, um sich dort bezüglich der geplanten Kooperationen mit dem italienischen Marineminister und Herrn Crispi zu verständigen.

Seine Majestät geruhten zu dem Inhalte jenes Schreibens zu bemerken, daß gegenwärtig geeignete Marineoffiziere zu derartigen Verhandlungen bei uns nicht entbehrlich seien. Es solle deshalb dem Grafen de Launay geantwortet werden, daß die Besprechungen über maritime Operationen der deutschen und italienischen Seestreitkräfte im Kriegsfalle am besten durch den bereits ernannten Marineattaché in Berlin, Marquis Gualterio, aufgenommen werden würden, ähnlich wie dies vor Jahr und Tag durch die nach Berlin entsandten italienischen Landoffiziere für die beiderseitigen Armeen geschehen sei; Seine Majestät beabsichtigten, unmittelbar nach dem Eintreffen des Marquis Gualterio, der Kaiserlichen Botschaft in Rom einen deutschen Seeoffizier zuzuteilen. Da dabei aber nach dem Personalstande unseres Seeoffizierkorps voraussichtlich ein jüngerer Offizier, etwa ein Kapitänleutnant in Frage kommen würde, so dürften schon aus diesem Grunde die von Herrn Crispi gewünschten Besprechungen besser in Berlin abgehalten werden.

Ich habe Ew. pp. über die hier in betreff der italienischen Anregungen maßgebenden Auffassungen hiermit eingehend informiert, und

* Siehe Nr. 1324.

** Siehe Nr. 1325.

darf es Ihrem bewährten Takte überlassen, unter Übergehung einiger kleineren technischen Details, hiernach Herrn Crispi in schonender Weise vertraulich zu antworten, wie dies auch hier gegenüber dem Grafen Launay geschehen wird.

Ihre Berichte enthalten mehrfache Argumente, welche die Verwertung vorstehender Direktive erleichtern werden. So werden Ew. pp. zur Unterstützung Ihrer Aussprache sich dem italienischen Ministerpräsidenten gegenüber darauf berufen können, daß er selbst (confr. Bericht Nr. 185*) Italiens und Österreichs Flotten zur Bekämpfung der französischen Mittelmeerflotte für stark genug erachtet, vorausgesetzt, daß wir den Rest der französischen Flotte verhindern könnten, nach dem Mittelmeere zu gehen; hieraus ergibt sich gleichzeitig die Berechtigung für das Alibi eines Teiles unserer maritimen Streitkräfte. Ebenso werden Sie geltend zu machen vermögen die weitere Äußerung Herrn Crispis (confr. Bericht Nr. 187**), daß Italien im Bunde mit England stark genug sei, das Mittelländische Meer gegen Frankreich zu halten. Überdies hat auch Herr Crispi, wie aus der Anlage erhellt, seither die Absicht kundgegeben, sich direkt mit Wien in Verbindung zu setzen, so daß die polemische Seite unseres Einwandes gegen die Zumutung zur deutschen Initiative in Wien entfällt.

Über die Aufnahme Ihrer Aussprache darf ich einem gefälligen Bericht seinerzeit ganz ergebenst entgegensehen.

Berchem

Nr. 1327

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 197 Rom, den 5. August 1889
Geheim

Ich habe nicht verfehlt, Herrn Crispi gegenüber die von ihm in Vorschlag gebrachten Verabredungen über gemeinsame Operationspläne zur See zwischen Deutschland, Österreich und Italien eingehend zu erörtern.

Als ich damit begann, daß es im Interesse Italiens primo loco geboten sei, die Verständigung mit England herbeizuführen, eine Ansicht, welche auch von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige ganz besonders in den Vordergrund gestellt werde, lächelte Herr Crispi sehr selbstgefällig und deutete mir mit triumphierender Miene an, daß dies bereits geschehen, und daß er mit England im reinen sei; ob aber ein

* Siehe Nr. 1323.
** Siehe Nr. 1324.

faktisch abgeschlossener italienisch-englischer Vertrag vorliegt, oder ob es sich nur um englischerseits gemachte, sehr bestimmte Versprechungen handelt, konnte ich von ihm nicht erfahren. Da Herr Crispi augenscheinlich Gründe hatte, die Sache mit einem gewissen Schleier des Geheimnisses zu umgeben, wollte ich nicht weiter in ihn dringen. An einen Vertrag glaube ich nicht, wohl aber an englische bindende Zusicherungen[1].

Für das Vorhandensein solcher Versprechungen würde außerdem eine mir vor etwa fünf Wochen unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit gemachte Mitteilung sprechen, wonach der das englische Mittelmeergeschwader kommandierende Admiral Hoskins den Befehl hatte, die französische Flotte, falls sie sich zur Ausführung eines Handstreichs gegen Genua oder eine andere der italienischen Küstenstädte anschicken sollte, was damals einen Moment befürchtet wurde, sofort, wenn sie schwächer wäre, anzugreifen, wenn sie dagegen stärker wäre, sich nach Gibraltar zurückzuziehen und dort Verstärkungen abzuwarten; daß ferner das englische Mittelmeergeschwader, nach der großen Revue in England, bedeutend verstärkt werden würde.

Trotzdem bestand damals bei Herrn Crispi noch die Besorgnis, die Franzosen könnten das Zerstörungswerk an einigen italienischen Seeplätzen bereits vollendet haben, ehe die englische Flotte herbeigeeilt sei.

Durch die Sicherheit, mit welcher Herr Crispi jetzt auf die Hülfe der englischen Flotte zählt, und durch die teils vollendeten, teils in der Vollendung begriffenen Verteidigungsanstalten an der italienischen Küste wesentlich beruhigt, hatte der Minister auch keine Einwendungen zu machen, als ich ihm darlegte, daß unsere Flotte zum Schutze der deutschen Küste gegen die französische Nordseeflotte und zur Sicherung des deutschen Handels durch den Kanal vor französischen Kreuzern, sowie zum Angriff der französischen Nordküste unentbehrlich sei.

Nachdem ich mich überzeugt, daß dies Herrn Crispi einleuchtete, suchte ich festzustellen, ob der Graf Nigra den Befehl erhalten hat, wie nach dem dem hohen Erlaß Nr. 250 vom 30. v. Mts.*, betreffend die Verabredungen Italiens und Österreichs über gemeinsame Operationspläne beigefügten Schreiben des Grafen Launay vom 27. v. Mts.** hervorzugehen scheint, diese Frage in Wien anzuregen. Als Herr Crispi dies verneinte, äußerte ich ihm mein Befremden darüber, daß er den Anstoß zu derartigen Verhandlungen von uns erwarte, während es doch am natürlichsten sein würde, daß Graf Nigra die bezügliche Frage in Wien stelle, da Baron Bruck seinerzeit namens der österreichischen Regierung die ersten Schritte in dieser Angelegenheit getan hätte.

Herr Crispi zeigte vorläufig eine entschiedene Abneigung, den Gra-

* Siehe Nr. 1326.
** Siehe Nr. 1325.

fen Nigra mit Verhandlungen über diesen Punkt zu beauftragen[2], und dürfte diese Abneigung auf Bedenken beruhen, welche der italienische Botschafter, der überhaupt eine gewisse Scheu zu haben scheint, dem Grafen Kálnoky gegenüber in wichtigeren Fragen die Initiative zu ergreifen, gegen die Übernahme eines solchen Auftrages geltend gemacht hat.

Auf meinen Vorschlag, den österreichischen Geschäftsträger, Grafen Beust, zu veranlassen, die Sache in Wien wieder anzuregen, ging Herr Crispi nicht ein, trotzdem ich ihn darauf aufmerksam machte, daß Graf Beust nach dem einstimmigen Urteil der jüngeren Herren meiner Botschaft, welche in Wien oder an anderen Posten mit Graf Beust zusammen waren, ein sehr wohldenkender und zuverlässiger Mann sei. Herr Crispi entgegnete, den Baron Bruck würde er sofort um seine Vermittelung bitten, den Grafen Beust aber, der ihm im übrigen sehr gut gefalle, kenne er zu wenig.

Ich habe versucht, Herrn Crispi begreiflich zu machen, daß wir in dieser Angelegenheit Österreich gegenüber nicht wohl die Initiative ergreifen können; meine Bemühungen sind vorläufig fruchtlos geblieben. Ich werde später versuchen, noch einmal auf die Sache zurückzukommen. Da Herr Crispi manchmal seine Entschließungen ändert, in ihm auch der Wunsch, sich mit Österreich zu verständigen, ziemlich lebhaft vorhanden ist, so ist es möglich, daß er sich doch noch entschließt, dem Grafen Nigra die nötigen Weisungen zu geben.

In meiner Konversation fortfahrend, habe ich Herrn Crispi mitgeteilt, daß Seine Majestät der Kaiser und König beabsichtigten, nach Eintreffen des Marquis Gualterio der Kaiserlichen Botschaft hierselbst einen Seeoffizier zu attachieren, daß jedoch bei dem Personalstande unseres Seeoffizierkorps voraussichtlich ein jüngerer Offizier, Kapitänleutnant, in Frage kommen würde. Gleichzeitig machte ich Herrn Crispi, den diese Nachricht sehr angenehm berührte, darauf aufmerksam, daß, da wir weder für den Marineattachéposten, noch für die Besprechungen der deutsch-italienischen Marine-Kooperationen mit dem Marineminister in Rom höhere Marineoffiziere disponibel hätten, auch die Vertretung der Kaiserlichen Regierung in dieser hochwichtigen[3] Angelegenheit nicht wohl einem jüngeren Marineattaché anvertraut werden könnte, es für uns durchaus wünschenswert[4] wäre, die bezügliche Konferenz fände in Berlin statt, ähnlich wie dies seinerzeit durch die nach Berlin entsandten italienischen Landoffiziere geschehen sei[4a]; Marquis Gualterio würde dann auch seinem Range nach die geeignete Persönlichkeit sein, die italienische Marine zu vertreten[5].

Herr Crispi war damit vorläufig nicht recht einverstanden[6], vermutlich, weil er es dem Ansehen und der Bedeutung der heutigen italienischen Kriegsflotte für entsprechender hält, daß eine sich mit Marineangelegenheiten beschäftigende Konferenz gerade in Rom[7] stattfinde. Er sagt, der Marquis Gualterio sei nicht befähigt genug, die italienische

Marine bei diesen wichtigen Verhandlungen zu vertreten: ich halte dies jedoch nur für einen Vorwand, da bei Ernennung dieses Offiziers nach Berlin seine Tüchtigkeit und seine umfassenden Kenntnisse auf dem Gebiete des Seewesens von Seiten des hiesigen Marineministeriums ganz besonders hervorgehoben worden sind.

Ich besuchte heute den Unterstaatssekretär Herrn Damiani um die Angelegenheit auch mit ihm zu besprechen[8]. Herr Crispi hatte ihm bereits von den Gründen Mitteilung gemacht, aus denen wir wünschen, daß die Besprechungen über die Marineangelegenheiten in Berlin und nicht in Rom stattfinden[9]. Ich habe Herrn Damiani bemerkt, daß, da die Konferenz geheim[10] sein müßte, es Herrn Crispi gleichgültig sein könnte, ob die Besprechungen in Rom oder in Berlin erfolgten. Wenn er, wie er mir sagte, den Marquis Gualterio nicht für befähigt genug halte, Italien bei dieser Gelegenheit zu vertreten, so könnte er ja noch einen anderen Marineoffizier nach Berlin entsenden[11]; denn bei Gelegenheit der Abmachungen über die Operationen der Landheere hätte Italien ebenfalls mehrere Offiziere nach Berlin geschickt.

Graf Solms

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Das genügt
[2] traut er ihm? Nigra hat französ[ische] Sympathien
[3] ?
[4] ? nein!
wo, scheint gleichgültig; aber ob ist die Frage! Blech. Gr[a]f S[olms] muß dergl[eichen] nicht ohne Auftrag aussprechen! scrib[endum].
[4a] ?
[5] !
[6] ich auch nicht
[7] gut, wenn überhaupt eine so zwecklose Sache (pose) stattfinden soll
[8] !! trop de zèle
[9] weiß Gr[af] S[olms] nicht, daß wir sie überhaupt nutzlos halten?
[10] ! dann ist sie ganz unnütz; ich nahm an, daß die „pose“ für Crispi Werth hätte
[11] !

Kapitel XLII

Kaiser Friedrich III.
Das Battenbergsche Heiratsprojekt

Nr. 1328

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an Kaiser Friedrich III.

Ausfertigung

Nr. 88 St. Petersburg, den 31. März 1888

Kaiser Alexander III. empfing mich heute im Anitschkow-Palais in Privataudienz und nahm aus meinen Händen das allerhöchste Schreiben entgegen, durch welches Euere Kaiserliche und Königliche Majestät mich aufs neue beim Kaiserlich russischen Hofe zu beglaubigen geruht haben.

Nach Erledigung der Förmlichkeiten bot mir der Kaiser einen Stuhl an und beehrte mich während etwa zwanzig Minuten mit einer Unterredung, in welcher höchstderselbe seinen freundschaftlichen Gesinnungen für Euere Majestät und seinem, meiner Überzeugung nach rückhaltlosen Vertrauen in die Gesinnungen Ausdruck gab, welche Euere Majestät an dieser selben Stelle vor acht Jahren in einer denkwürdigen Stunde ausgesprochen haben*.

Kaiser Alexander pflegt wenig Worte zu machen, aber was er sagt, das meint er wirklich, und ich habe ihn noch nie mit so zuversichtlicher Befriedigung über seine Beziehungen zu Deutschland sprechen hören als heute.

Seine Majestät zeigte lebhaftes Interesse für alles, was Euere Majestät seit Allerhöchstihrem Regierungsantritte getan haben, und sprach mit einer bei ihm ungewöhnlichen Wärme seine Bewunderung aus.

Weiterhin lenkte der Zar die Unterhaltung auf Bulgarien und sagte, im Augenblick sei weiter nichts zu machen, als ruhig zu warten; wie immer bei solchen Gesprächen, so kam auch diesmal die Rede auf Österreich: bei voller Anerkennung des edlen und zuverlässigen Charakters des Kaisers Franz Joseph bezeichnete Seine Majestät die Politik der österreichisch-ungarischen Regierung als mißtrauisch und falsch, getreu den alten Traditionen des Wiener Kabinetts. Ich erlaubte mir die Schwierigkeiten darzulegen, mit welchen Graf Kálnoky sowohl in Zisleithanien den deutschfeindlichen Elementen gegenüber als auch in Budapest mit den Russophoben zu kämpfen habe, und ich versuchte, Seine Majestät zu überzeugen, daß nicht nur der öster-

* Im März 1881 hatte der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Kaiser Alexander II. teilgenommen.

reichisch-ungarische Minister des Äußeren sondern auch Herr von Tisza die besten Männer seien, welche wir dort an der Spitze der Geschäfte sehen könnten. Der Kaiser sagte, Graf Andrássy würde freilich viel gefährlicher sein, aber Graf Kálnoky habe eigentlich gar keine Stellung, weder in Wien noch in Budapest. Dabei ermutige er den Prinzen von Koburg und unterstütze ihn ebenso wie früher den Prinzen von Battenberg, wolle auf den Einfluß, welchen Österreich-Ungarn in Sofia gewonnen habe, nicht verzichten und nicht zugeben, daß Rußland dort die Stellung wiedergewinne, welche es bis zum Jahre 1885 in Bulgarien eingenommen habe; er, der Kaiser, wisse nicht, vor was sich das Wiener Kabinett eigentlich fürchte; es müsse doch während der bezeichneten Periode, also bis 1885, gesehen haben, daß der russische Einfluß in Sofia nichts Bedrohliches für Österreich zur Folge hatte.

Im ganzen aber war Kaiser Alexander heute weniger gereizt als sonst gegen das Wiener Kabinett; er sah, im Vertrauen auf die Intentionen Euerer Majestät, die Gesamtlage ruhig an und zeigte deutlich die behagliche Befriedigung, mit welcher ihn die Aussicht auf Erhaltung des Friedens erfüllt.

v. Schweinitz

Nr. 1329

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck*

Privatbrief. Ausfertigung

Geheim — St. Petersburg, den 5. April 1888

Ich muß einmal an die fast unlösbar scheinende Aufgabe herantreten, die Auffassung zu schildern, welche hier an höchster Stelle herrscht in bezug auf die durch den Thronwechsel geschaffene Situation.

Euer Exzellenz wollen mir zuvor einen kurzen Rückblick auf die Lage erlauben, die ich am 21. Dezember v. Js. bei meiner Rückkehr hier vorfand; sie wird am besten durch die Worte bezeichnet, welche Herr von Giers damals an mich richtete, und an deren Aufrichtigkeit Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler zweifelte: „Chez nous l'opinion prévaut, que nous serons attaqués au printemps.“

Die Unterredung, mit welcher mich Kaiser Alexander in der Ballnacht am 26. Januar d. Js. beehrte**, stimmt damit überein; der Satz „Vous avez voulu pousser l'Autriche à la guerre“ war die Signatur dieser Epoche.

Die Veröffentlichung der Falsifikate und die daran in Berlin und

---

* Des Zusammenhangs wegen vor das folgende Schriftstück gestellt.
** Vgl. Kap. XXXVII: Russisch-Österreichische Kriegsgefahr, Nr. 1176.

Petersburg geknüpften Erklärungen* kräftigten das Vertrauen, welches durch den durch Inhalt und Form mächtigen Neujahrsbrief** unseres verewigten Kaisers neu belebt worden war. Eine wirkliche Klärung erfolgte aber erst durch die Rede vom 6. Februar***; die Verstärkung unserer Stellung durch eine „neue Großmacht", nämlich durch 600 000 Mann gedienter, mit guten Führern, Waffen und Kleidern auszustattender Leute, wirkte gründlicher als alle Friedensprogramme und als alle Bündnisse mit mehr oder weniger problematischen Regierungen.

Jene große Rede, Kraft, Mut und Mäßigung zu gewaltiger Gestaltung einend, schuf in Rußland einen für uns befriedigenden, auf Furcht, Verständnis und einigem Vertrauen beruhenden Zustand, welcher durch unsere Unterstützung der russischen Initiative in Konstantinopel gefestigt wurde.

So lagen die Dinge, als es Gott gefiel, unseren kaiserlichen Herrn abzurufen.

Ohne auf die für den Zaren und sein Volk charakteristische und als Symptom der wahren Gesinnungen der russischen Nation beachtenswerte Teilnahme zurückzukommen, will ich nur dasjenige hervorheben, was mir als das Wesentlichste erscheint, nämlich die Gedanken, welche sich der Kaiser Alexander III. über den Einfluß des Thronwechsels auf das Deutsche Reich macht. Seine Majestät kam gleich nach Empfang der Trauernachricht zu mir und blieb wohl eine halbe Stunde; er sprach edle, rein menschliche Empfindungen aus, die unmittelbar von Herzen kamen, und ebenso unbefangen und absichtslos sagte er: vor dem alten Kaiser hätten sich die deutschen Fürsten gebeugt, aber jetzt werde dies anders werden. Als ich die sich von selbst ergebenden Ein-

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXVI, Anhang B.

** Siehe Nr. 1174.

*** Gemeint ist die berühmte Reichstagsrede des Fürsten Bismarck zur Wehrvorlage vom 6. Februar 1888, die bekanntlich mit den Worten schloß: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt". In dieser Rede, die ihr besonderes Gepräge durch die unmittelbar voraufgehende Veröffentlichung des Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnisses von 1879 erhielt (vergleiche Bd. V, Kap. XXXV), hat Bismarck, in großen historischen Zügen das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten, insbesondere zu Rußland und Österreich zur Darstellung bringend, die friedliche Grundrichtung der deutschen Politik eindrucksvoll betont. „Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird. — Ich bin also nicht für irgendwelchen Angriffskrieg, und wenn der Krieg nur durch unsern Angriff entstehen könnte — Feuer muß von irgendjemand angelegt werden, wir werden es nicht anlegen —, nun, weder das Bewußtseln unserer Stärke, wie ich es eben schilderte, noch das Vertrauen auf unsere Bündnisse wird uns abhalten, unsere bisherigen Bestrebungen, den Frieden überhaupt zu erhalten, mit dem bisherigen Eifer fortzusetzen." Siehe den Wortlaut in: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, ed. H. Kohl, Bd. XII, S. 440 ff.

wendungen gegen diese Ansicht machte, blieb der Zar dabei und sagte, er kenne die deutschen Regierungen auch, und Schwierigkeiten von dieser Seite würden nicht ausbleiben.

Ich schalte ein, daß Kaiser Alexander III. nicht die geringste Sympathie für den Partikularismus hat, und daß dieser der ganzen Natur Seiner Majestät unverständlich ist; der Zar sprach also keinen Wunsch, sondern nur eine bei ihm feststehende Meinung aus.

Noch deutlicher tat dies Großfürst Wladimir; in langer und geistvoller Darstellung schilderte er mir die ihm wohlbekannte Stimmung mancher kleinen Höfe; „mein Schwiegervater“*, so sagte er, „war gewiß gut preußisch gesinnt und hat dies durch seine ausgezeichneten Dienste in den Kriegen bewiesen, aber über die mecklenburgsche Schärpe verstand er keinen Spaß, und ich bin Zeuge harter Kämpfe gewesen, wenn Ihre Offiziere die mecklenburgsche Uniform anziehen mußten.“

Dem Großfürsten gegenüber sprach ich mich etwas eingehender aus; ich deutete an, daß, wenn die Regierungen etwa zu diffizil werden sollten, die von mir perhorreszierte Notwendigkeit an uns herantreten würde, dem Parlament etwas mehr Spielraum zu geben, was dann recht empfindliche Folgen für die betreffenden hohen Herren haben könnte; stärker aber betonte ich unser Vertrauen in die erprobte Weisheit und Treue Seiner Majestät des Königs von Sachsen, des Prinz-Regenten von Bayern, des Großherzogs von Baden, Weimar usw.

Als nun die ersten Erlasse unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn** erschienen, erregten sie hier allgemeine Bewunderung, ja Begeisterung; ich kann versichern, daß ich bei Russen nicht einer einzigen Ausnahme hiervon begegnet bin; an diese in der Tat aufrichtigen und selbstlosen Empfindungen schloß sich eng die Freude darüber an, daß jetzt kein Krieg, kein Angriff von deutscher Seite zu befürchten sei.

Die Verwirrung, welche hier in den Köpfen und der Presse herrscht, kann ich weder schildern noch definieren, denn wie könnte man es vernunftgemäß erklären, daß sich die Leute hier einbilden, jetzt sei unser Bündnis mit Österreich-Ungarn gelockert, und die Rußland bedrohende Macht des Reichskanzlers gelähmt.

Alle diese Torheiten feront leur temps, und ich verweile nicht dabei; dagegen möchte ich die Auffassung des Herrn von Giers durch einige seiner Worte kennzeichnen, die er im Sinne vieler, auch wohl in dem seines Souveräns gesprochen hat. In ganz vertraulicher Unterhaltung sagte er: „au fond rien n'a changé, rien ne changera, et il n'est pas même désirable, que quelque chose change — excepté le ton et ça serait déja beaucoup.“

---

* Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

** Gemeint sind die Proklamation Kaiser Friedrichs III. „An mein Volk!“ und der Erlaß an den Reichskanzler vom 12. März 1888 (siehe beide in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1888, S. 59 ff.).

Wenn Euer Exzellenz mir gestatten wollen, diesen Satz zu interpretieren, so dürfte ich ihn wie folgt auslegen:

Wir wünschen nicht, daß der Reichskanzler zurücktrete, denn er ist uns nützlich, sowohl für die monarchischen Interessen als auch für unsere Orientpolitik; wir möchten aber gern, daß Deutschland weniger stark und weniger schlagfertig sei, daß es allmählich weicher und aus Friedensbedürfnis unserer Hülfe bedürftig werde, daß es, statt Ruhe zu befehlen, dieselbe durch Nachgiebigkeit gegen uns und Frankreich erkaufe.

Als ich gestern abend zu Herrn von Giers kam, um mit ihm wegen des Battenbergschen Besuchsprojekts* zu sprechen, fand ich ihn durch Graf Schuwalows Mitteilungen schon vorbereitet; er hatte sogar schon tags zuvor, am 3., beim Dienstagsvortrag mit Seiner Majestät darüber gesprochen; es schien dem Minister nicht ganz unerwünscht zu sein, daß dem Herrn Reichskanzler einige Schwierigkeiten an unserem Hofe erwachsen*, dem Gedanken an einen Rücktritt Seiner Durchlaucht wollte er aber um keinen Preis Raum geben, und hierin ist er meines Erachtens aufrichtig und in Übereinstimmung mit dem Souverän. Doch der Wunsch, durch Bleigewichte den kühnen Flug des preußischen Adlers zu erschweren, ist so lebhaft, daß man wenigstens für einen Augenblick den Widerwillen gegen den Prinzen von Battenberg und selbst die sehr ernsten Folgen außer Augen setzt, welche sein Hervortreten in Österreich, in England und namentlich in Deutschland nach sich ziehen würde. v. Schweinitz

Nr. 1330

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 43 Berlin, den 4. April 1888

S[eine] M[ajestät] der Kaiser theilte mir am 31. v. M. mit, daß der Prinz Alexander von Battenberg am 2. c. zum Besuch in Charlottenburg erwartet werde**. Der Besuch ist auf meine Bitte telegr[aphisch]

---

* Siehe Nr. 1330.

** Daß der am 31. März an den Prinzen Alexander von Battenberg ergangenen telegraphischen Aufforderung, sich am Ostermontage bei Kaiser Friedrich III. zu melden, eine besondere Absicht, etwa die einer Verlobungsproklamation zugrunde gelegen hätte, ist aus den Akten nicht zu entnehmen, wird allerdings durch die eingehenden Mitteilungen bei E. C. Corti, Alexander von Battenberg S. 325 ff. außer Zweifel gestellt. Nach den Berichten des preußischen Gesandten in Darmstadt Freiherrn von Thielmann, die sich auf Äußerungen des Großherzogs von Hessen stützten, hätte es nicht in der Absicht des Prinzen gelegen, bei dem geplanten Besuch um die Hand der Prinzessin Viktoria, Tochter Kaiser Friedrichs, anzuhalten. Vgl. auch Nr. 1346, S. 329 f.

inhibirt worden, ob definitiv verhindert, weiß ich nicht. Ich habe für den Fall, daß er erfolgt, meinen Abschied erbeten. Bitte um tel[egraphischen] Bericht, ob Sie u[nd] Herr von Giers meine Ansicht theilen, daß der Empfang dieses, wie ich vermuthe, von der Königin von England angeregten Besuchs in Rußland den Eindruck einer antirussischen Demonstration u[nd] einer Aenderung unsrer bisherigen Politik machen würde. Hier würde das auch in unsrer öffentlichen Meinung der Fall sein.

v. Bismarck

Nr. 1331

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Friedrich III.

Ausfertigung

Berlin, den 3. April 1888

Nachdem Euere Majestät die Gnade gehabt haben, mir bei dem letzten Immediatvortrag zu gestatten, meine Bedenken gegen eine Annäherung oder Auszeichnung des Prinzen Alexander von Battenberg schriftlich zu formulieren, habe ich dieselben in einem Immediatbericht zusammengestellt, welchen ich mich beehre hierneben alleruntertänigst zu überreichen*. Daß dies nicht schon gestern geschehen ist, darf ich ehrfurchtsvoll bitten damit huldreichst entschuldigen zu wollen, daß ich gestern durch Unwohlsein am Arbeiten verhindert war.

v. Bismarck

Anlage

Berlin, den 3. April 1888

Der Prinz Alexander von Battenberg hat durch seine Vergangenheit eine europäische Stellung erlangt, deren Folge ist, daß man nicht in politische Beziehungen zu ihm treten kann, ohne das Land, von welchem aus es geschieht, den politischen Rückwirkungen auszusetzen, welche eine Annäherung an den früheren Fürsten von Bulgarien zur

* Siehe die Anlage. Über Bismarcks frühere Stellungnahme zu Prinz Alexander vgl. Bd. V, S. 58, Fußnote. In dieser ablehnenden Stellungnahme ist seit 1886 keinerlei Wechsel eingetreten. E. C. Cortis Behauptung (a. a. O. S. 300), daß Bismarck im Frühjahr 1887 Prinz Alexander wieder nach Bulgarien zu lassen gedacht habe, um durch die daraus für Rußland entstehenden Schwierigkeiten dieses zu hindern, Frankreich in einem deutsch-französischen Kriege beizustehen, ist mit den Akten völlig unvereinbar. Ein Gleiches gilt von der Behauptung (S. 294), daß Graf Hatzfeldt auf Bismarcks Betreiben andauernd Lord Salisbury bestürmt habe, den Bulgaren zu raten, mit der Rückberufung Alexanders und der Ausrufung Bulgariens zum Königreich eine abenteuerliche Politik zu treiben. Nach den Akten hat sich Graf Hatzfeldt im Gegenteil der äußersten Zurückhaltung befleißigt, ganz im Sinne Bismarcks, der ihm dafür am 19. April 1887 sein völliges Einverständnis aussprechen ließ. „Wir müssen es überhaupt nach Möglichkeit vermeiden, uns über diese Frage — die bulgarische Krise — auszusprechen." Erlaß an Hatzfeldt Nr. 359.

Folge hat. Das Gewicht dieser Rückwirkungen wird gesteigert durch die Tatsache, daß die politische Rolle des Prinzen Alexander von Battenberg unter gewissen möglichen Umständen keineswegs schon zu Ende gespielt ist. Sobald in Bulgarien Unruhen entstehen von der Art, daß die bulgarische Frage durch die Waffen entschieden werden soll, wird die bulgarische Armee den Prinzen von Battenberg voraussichtlich wieder an ihre Spitze berufen, und sobald der österreichisch-russische Krieg ausbräche, würde er einer der Kandidaten für den neu zu errichtenden polnischen Thron werden. Die Lemberger Ovationen und Reden zur Zeit seiner Abdikation lassen das voraussehen. Aus diesen bulgarischen und polnischen Erwägungen wird der Kaiser Alexander aus jeder Annäherung unseres Königshauses an den früheren Fürsten von Bulgarien nach wie vor gegen die Aufrichtigkeit und Friedensliebe der deutschen Politik Rußland gegenüber Verdacht schöpfen; es würde das auch dann der Fall sein, wenn dieser Monarch nicht schon aus der Vergangenheit her durch den Abfall seines Vetters von seinen russischen Blutsverwandten mit Haß und Mißtrauen gegen denselben erfüllt wäre.

Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist seit dem Frieden mit Frankreich vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens und auf die Verhütung antideutscher Koalitionen gerichtet gewesen. Der Brennpunkt dieser Politik liegt in Rußland und in der Aufgabe, dem Kaiser Alexander persönlich das Vertrauen zur deutschen Politik zu gewähren und zu erhalten, dessen Seine Russische Majestät bedarf, um den kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen dauernden Widerstand zu leisten. Nachdem wir Österreich und Frankreich bekämpft hatten, lag in den Händen des Kaisers von Rußland, der willkürlich darüber bestimmt, ob eine Macht von hundert Millionen Menschen Deutschland Freund oder Feind ist, die Möglichkeit, sich mit den beiden von uns geschlagenen Gegnern zu verbinden. Diese Möglichkeit ist durch den Bündnisvertrag mit Österreich eingeschränkt. Immer aber ist ein Krieg, den wir mit Rußland und Frankreich gleichzeitig zu führen hätten, auch wenn er siegreich bliebe, eine der größten Kalamitäten, welche über das deutsche Volk hereinbrechen können. Der Beistand Österreichs, auf welchen wir dabei rechnen, ist nicht so stark, wie er sein könnte, und kann unter Umständen, wenn in Italien Wechsel der Majoritäten und Regierungen stattfinden, durch einen Umschwung der italienischen Politik noch sehr vermindert werden, so daß wir gegen einen Anfall beider Nachbarn in der Hauptsache auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Ob wir Gefahr laufen, mit beiden gleichzeitig in Krieg zu geraten, darüber liegt wieder die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser Alexander. Wir können mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Frankreich, solange ihm Rußland nicht beisteht, uns in Ruhe läßt oder von uns wiederum geschlagen wird. Kann aber Frankreich auf russischen Beistand rechnen, so haben

wir den Krieg mit beiden Mächten gleichzeitig in ganz sicherer Aussicht. Die Politik des hochseligen Kaisers Wilhelm hat es daher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Frieden mit Rußland zu sichern und zu dem Zwecke das Vertrauen des Kaisers Alexander zu unserer Politik zu befestigen und ihn dadurch widerstandsfähig gegen die kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen zu machen. Noch vor sechs Monaten waren die Kriegsbefürchtungen bei uns und überall vorherrschend. Durch richtiges Verfahren auf diplomatischem Gebiete ist es uns gelungen, in den Beziehungen zu Rußland, worunter nach den russischen Verhältnissen immer ausschließlich die zu der Person des regierenden Kaisers zu verstehen sind, ein Maß von Vertrauen wiederherzustellen, welches gegründete Aussicht auf Fortdauer des Friedens bietet. Durch jeden Wechsel in unserer Politik kann eine Wendung nach der Seite des Kriegs hin in der politischen Lage herbeigeführt werden, deren weitere Entwicklung durch diplomatische Mittel nicht immer mit Sicherheit gehemmt werden kann. Es wäre ein großes Unglück für Deutschland nicht nur, sondern für alle friedliebenden Nationen in Europa, wenn lediglich durch einen Mißgriff in der diplomatischen Behandlung unserer Beziehungen zum Kaiser Alexander eine so verhängnisvolle Wendung, eine Zerstörung aller bisher erreichten diplomatischen Erfolge herbeigeführt werden sollte. Unter den Anlässen der friedlichen Entwicklung unserer russischen Beziehungen nimmt das ablehnende Verhalten der Politik des hochseligen Kaisers zu dem früheren Fürsten von Bulgarien eine hervorragende Stelle ein; von jeder Annäherung an den letzteren ist der Eindruck auf den Zaren schwer zu berechnen; ich wenigstens möchte die Verantwortlichkeit für die praktischen Ergebnisse dem eigenen Lande gegenüber nicht übernehmen. Man könnte sagen, daß Deutschland stark und groß genug ist, um das Wohlwollen, welches seine Dynastie für einen Prinzen von Battenberg hegen kann, nicht nach den Eindrücken auf den Kaiser von Rußland zu bemessen. Eine derartige Gleichgiltigkeit gegen die Rückwirkung, welche das Verhalten der Dynastie auf den Frieden und das Wohl des Landes und der Untertanen haben kann, liegt indessen nicht in den Traditionen der preußischen Monarchie. Das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ist überhaupt nur dadurch möglich, daß ihre Regierungen und ihre Dynastien auf die Bedürfnisse nicht nur, sondern auf die Neigungen und Wünsche der Nachbarvölker und der Souveräne derselben sorgfältig Rücksicht nehmen und Motiven zu Verstimmungen rechtzeitig vorbeugen, solange es noch mit Ehren möglich ist. Das sehr starke Nachbarvolk der Russen ist nun ausschließlich durch den Kaiser Alexander repräsentiert, und die persönlichen Eindrücke dieses Monarchen werden sich sicher widerspiegeln in der auswärtigen Politik des großen russischen Reiches. Es wird also nach preußischen Begriffen nicht unter die politischen Möglichkeiten gerechnet werden können, daß persönliche Wünsche

und Neigungen der Dynastie schwerer ins Gewicht fallen könnten als die Rücksicht auf den Frieden und die Wohlfahrt der Untertanen derselben und der gesamten deutschen Nation.

Den Eindruck, welchen es in Rußland und insbesondere auf den Kaiser Alexander machen würde, wenn von Euerer Majestät Seite dem früheren Fürsten von Bulgarien eine Auszeichnung oder ein Kommando verliehen würde, vergegenwärtigt man sich am deutlichsten, wenn man annimmt, daß der Kaiser Alexander im gegenwärtigen Augenblicke dem in Paris entlassenen General Boulanger einen hohen russischen Militärorden oder ein Kommando in der russischen Armee, zum Beispiel in Warschau, verleihen wollte. Einem solchen Gunstbeweise von maßgebender Stelle gegenüber würde in ganz Deutschland so starkes Mißtrauen gegen die russische Politik folgen, durch dessen weitere Entwicklung die Friedensaussichten erheblich vermindert werden könnten. Daß eine von Euerer Majestät jetzt dem Prinzen von Battenberg verliehene Auszeichnung oder Ernennung die gleiche Wirkung in Rußland üben würde, ist nicht zweifelhaft, und sie würde dort infolge der daran geknüpften Hetzereien der deutschfeindlichen, von französischem Gelde unterstützten Presse noch einschneidender auf die russische Politik zurückwirken, weil der Kaiser Alexander in der Tat schon ohnehin eines erheblichen Maßes von Energie und von Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der deutschen Politik bedarf, um der starken Kriegspression im eigenen Lande Widerstand zu leisten, einen Widerstand, welchen Kaiser Alexander II. bei aller Abneigung gegen den damaligen türkischen Krieg dauernd nicht durchführen konnte. Dabei ist noch zu veranschlagen, daß die Sorge für die persönliche Sicherheit des russischen Monarchen damals, 1877, nicht in dem Maße auf die russische Politik einwirkte wie jetzt, nach den vielen verbrecherischen, seitdem versuchten und leider zum Teil gelungenen Attentaten.

Ich glaube danach, Euerer Majestät ehrfurchtsvoll empfehlen zu dürfen, aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Pflege des Friedens ohnehin bietet, aus Rücksicht auf die Ausdehnung des Krieges, im Falle die Erhaltung des Friedens mißlingt, und auf den gänzlichen Mangel an politischem und nationalem Interesse Deutschlands an einem Kriege mit Rußland und Frankreich den Anstoß, welchen jede irgendwie geartete Annäherung an den früheren Fürsten von Bulgarien zu einer kriegerischen Entwicklung geben könnte, mit landesväterlicher Sorgsamkeit zu vermeiden. Wenn durch einen solchen Anstoß, wie ich es nach meiner auf langjährigen Erfahrungen begründeten Überzeugung für möglich halte, das mühsam hergestellte Vertrauensverhältnis zum Kaiser Alexander gestört, und infolge dieser Störung eine zwar nicht sofort kriegerische, aber doch unaufhaltsam feindlicher werdende Entwicklung in der Richtung des Krieges stattfände, so würde es unmöglich sein, vor der öffentlichen Meinung Deutschlands, den Parlamenten, vor der Geschichte ein annehmbares oder auch nur glaubwürdiges

Motiv für eine solche scheinbar willkürliche Störung der Beziehungen zu unserem autokratischen Nachbar aufzustellen. Die Mit- und Nachwelt würde sich nicht erklären können, welches Interesse die deutsche Politik bewogen haben könnte, dem Prinzen von Battenberg Gunstbezeugungen zu gewähren, durch welche das bis dahin mühsam gepflegte Verhältnis zum Kaiser von Rußland getrübt, und der Frieden der Nation dynastischen Konvenienzen geopfert werden konnte.

Ich habe keinen Anspruch darauf, daß Euere Majestät bei Auszeichnungen auf militärischem Gebiete oder bei Allerhöchsten Entschließungen über persönliche Beziehungen des Königlichen Hauses mir als politischem Minister eine geschäftliche Einwirkung gestatten.

Aber es ist an sich schwer, Akte des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen von politischer Rückwirkung frei zu halten; sicher unmöglich ist dies aber in dem vorliegenden Falle wegen der vergangenen und möglicherweise der zukünftigen Beziehungen des ehemaligen Fürsten von Bulgarien zur europäischen, insbesondere zur deutsch-russischen Politik. Euerer Majestät ist bekannt, wie entschieden bis zum Hintritt des hochseligen Kaisers die Haltung unserer Politik in dieser Frage gewesen ist, und wie ich mich im Sinne derselben im Parlament, in öffentlichen Aktenstücken und namentlich in Verhandlungen mit dem russischen Hofe amtlich auszusprechen gehabt habe. Wenn nun wenige Wochen nach dem Regierungswechsel allerhöchste Kundgebungen stattfänden, welche das Ausland zu der Voraussetzung berechtigen, daß eine völlige Umwandlung der bisherigen Haltung der deutschen Politik in dieser schwerwiegenden Frage stattgefunden hat, und wenn dann meine Stellung im Deutschen Reiche unverändert dieselbe bliebe, so würden daraus Schlüsse gezogen werden, die, ganz abgesehen von ihrer Rückwirkung auf mein eigenes Ehrgefühl, das Vertrauen entkräften müßten, welches mir die Stetigkeit meiner langjährigen Amtsführung bei den europäischen Kabinetten und in der öffentlichen Meinung des eigenen Landes erworben hat. Man würde annehmen, daß entweder meine politische Haltung überhaupt schroffem Wechsel unterworfen und also unzuverlässig sei, oder daß ich meine Überzeugungen nach Bedürfnis wechsele, um mich in meiner amtlichen Stellung zu erhalten. In beiden Fällen würde meine Brauchbarkeit für den allerhöchsten Dienst wesentlich vermindert und auf ein Maß zurückgeführt werden, welches andere in meiner Stelle auch würden erfüllen können, ohne durch Alter und Krankheit in dem Maße gehemmt zu sein, wie ich es bin. Denn wenn irgendetwas meinen Diensten, die ich Euerer Majestät, soweit meine Kräfte reichen, mit Freuden leiste, einen ausnahmsweisen Wert verleihen kann, so ist es gerade das Vertrauen auf mein Wort und auf meine Zuverlässigkeit in der Politik, welches ich mir in einem 25jährigen Zeitraum habe erwerben können. Dieser Vorzug wird hinfällig, sobald der Glaube an meine Zuverlässigkeit oder an meinen Einfluß

auf die deutsche Politik schwindet. Wenn ein so wichtiger politischer Akt wie das Heranziehn einer bisher mit Rücksicht auf Rußland und nach dessen Wünschen ferngehaltenen hochpolitischen Persönlichkeit gegen mein Votum stattgefunden hätte, und ich dennoch im Dienst bliebe, so würden meine Auslassungen dem Auslande gegenüber auch in andern Fragen das bisherige Gewicht nicht mehr haben, und der in letzterem liegende Vorteil für den Dienst Euerer Majestät verlorengehen.

Ich kann aus diesen Gründen Euerer Majestät meine Überzeugung nicht verhehlen, daß ein politischer Akt, welcher eine Änderung der bisherigen bulgarischen Politik des Deutschen Reichs, einschließlich unserer Beziehungen zu der Person des früheren Fürsten von Bulgarien, involvierte, mich zu meinem tiefsten Schmerze in die Notwendigkeit versetzen würde, Euere Majestät um huldreiche Enthebung von der Leitung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches in Ehrfurcht zu bitten.

v. Bismarck

Nr. 1332

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Friedrich III.

Ausfertigung

Berlin, den 4. April 1888

Wenn ich meinem alleruntertänigsten Immediatberichte vom gestrigen Tage schon heute einen Nachtrag folgen lasse, so wollen Euere Majestät daraus huldreichst entnehmen, wie lebhaft die Besorgnisse sind, welche mich bezüglich der Rückwirkungen der betreffenden Frage auf die Politik beschäftigen. Ich habe in meinem gestrigen ehrfurchtsvollen Bericht grade den nächstliegenden Punkt dieser Rückwirkungen, wie ich glaube, nicht hervorgehoben. Wenn Euere Majestät den Besuch nicht gehindert hätten, so würde der Prinz vorgestern hier schon eingetroffen sein. Die erste Rückwirkung dieses Ereignisses würde, wie ich glaube, sich an der Börse durch Rückgang unserer und der russischen Effekten fühlbar gemacht haben. In der öffentlichen Meinung aber bei uns und in anderen Ländern würde der allgemeine Eindruck der gewesen sein, daß mit dem Empfang dieses Besuches, resp. mit der Einladung dazu eine antirussische Demonstration beabsichtigt sei, also eine Änderung in der bisherigen friedlichen Politik. Der Prinz von Battenberg ist nach seiner ganzen Stellung nicht in der Lage, an Euerer Majestät Hoflager uneingeladen zu erscheinen. Zu einer ausdrücklichen Einladung desselben würde für die öffentliche Meinung ein anderer als ein politischer Grund nicht erfindlich sein. Vor der Öffentlichkeit würde damit Rußland gegenüber ein neuer Weg eingeschlagen sein, auf welchem, wenn er einmal betreten ist, mit Ehren umzukehren, seine Schwierigkeiten haben

wird. Fände aber keine Art von Umkehr statt, so würde die Presse der beiden beteiligten Länder und die Frankreichs einen neuen Anlaß haben, die durch die Battenbergsche Einladung hervorgerufene russische Verstimmung zu schüren und weiterzuentwickeln. In Deutschland, wo die öffentliche Meinung in diesem Augenblick noch mehr wie gewöhnlich Wert auf den Frieden legt, würde man gar kein Verständnis dafür haben, wie lediglich aus Rücksicht auf einen Battenbergschen Prinzen, und um diesem eine Ehre zu erzeigen, unsere Beziehungen zu Rußland freiwillig geschädigt werden können, da Deutschland von dem Wohlwollen des Prinzen Alexander nichts zu erwarten, von der Verstimmung des Kaisers Alexander aber verstärkte Kriegsgefahr zu besorgen hat. Man würde, um eine sonst nicht erklärliche und den Traditionen des Königshauses widersprechende Hintansetzung der Landesinteressen gegenüber persönlichen Wünschen sich zu erklären, auf die Vermutung kommen, daß hier nicht ausschließlich deutsche Erwägungen, sondern englische Einflüsse diese unerwartete Wendung unserer Politik herbeigeführt hätten. Man würde annehmen, daß der Anlaß und die Ermutigung des Prinzen von Battenberg von Ihrer Majestät der Königin Viktoria ausgegangen sei. Diese Vermutungen liegen, abgesehn von den dafür sprechenden persönlichen Beziehungen Ihrer Majestät der Königin von England zu der Familie Battenberg, politisch nahe; denn für die englische Politik ist es von wesentlichem Nutzen, Verstimmungen zwischen Deutschland und Rußland zu schaffen. Ein russisch-deutscher Krieg würde England die Aufgabe, seine Interessen Rußland gegenüber wahrzunehmen, wesentlich erleichtern; für Deutschland aber ist und bleibt ein russischer Krieg — siegreich oder nicht — immer eine große Kalamität, deren Verhütung die Nation von der Politik Euerer Majestät vertrauensvoll erwartet. Wenn die öffentliche Meinung annehmen könnte, daß diese Erwartung aus Gefälligkeit für England und aus persönlichen und dynastischen Motiven getäuscht worden wäre, so würde die daraus hervorgerufene Verstimmung eine nicht unberechtigte und schwer zu beruhigende sein. Wie empfindlich der Kaiser Alexander noch immer in der Battenbergischen Richtung ist, geht unter andern aus der Tatsache hervor, daß die Sendung des Thronfolgers zur Beisetzung des hochseligen Kaisers eine kurze Zeit hindurch aufgegeben werden sollte, weil das Gerücht nach Petersburg gelangt war, der frühere Fürst von Bulgarien werde der Feier beiwohnen. Graf Schuwalow war damals der Meinung, daß dieses Gerücht von der antideutschen Partei in Rußland erfunden sei, um die Sendung des Thronfolgers und den deutschfreundlichen und friedlichen Eindruck derselben zu hindern. Daß dieselbe unterblieben wäre, wenn der russische Thronerbe hier mit dem Prinzen von Battenberg hätte zusammentreffen müssen, bezweifelte auch Graf Schuwalow nicht.

v. Bismarck

Nr. 1333

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 49 — Berlin, den 5. April 1888

Ich fürchte, daß das Battenbergische Heirathsproject mit unsrer Prinzeß von englischer Seite u[nd] persönlich durch I[hre] M[ajestät] die Königin Victoria wieder lebhafter betrieben wird. Machen Sie Lord Salisbury vertraulich darauf aufmerksam, daß das Gelingen dieses Projectes der deutschen Politik nothwendig und auf die Dauer eine russenfreundlichere Richtung aufnöthigen würde, als ihr ohne solche Familienbeziehung zu Battenberg u[nd] Bulgarien angezeigt erscheinen könnte; namentlich wenn eine kriegerische Entwicklung der Situation den Prinzen von Battenberg wieder nach Bulgarien führen sollte*.

v. Bismarck

Nr. 1334

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 — St. Petersburg, den 5. April 1888

Als ich mit Herrn von Giers über die Eventualität eines Besuchs des Prinzen Alexander von Battenberg in Charlottenburg sprach, erwiderte derselbe wörtlich:

„Dans l'opinion publique cette visite rencontrerait une interprétation fausse et défavorable. Toutefois, si elle avait lieu, bien que nous la regretterions, nous garderions notre conviction que tant l'Empereur Frédéric que le Prince Chancelier ne changeront pas leur politique amicale pour la Russie et qu'ils resteront fidèles à notre arrangement concernant la non-admission du Prince Alexandre au pouvoir en Bulgarie.“ Herr von Giers fügte hinzu, er werde meine Mitteilung Seiner Majestät unterbreiten und mich unterrichten, ob seine rein persönliche Meinung vom Kaiser geteilt werde.

Meines ehrerbietigen Erachtens überwiegt gegenwärtig beim Petersburger Kabinett der Wunsch, die Feindschaft und Kontinuität unserer Politik durchbrochen zu sehen, selbst die Abneigung gegen

* Auf die Demarche Graf Hatzfeldts bei Lord Salisbury wies dieser den englischen Botschafter in Berlin an, die Bismarckschen Bedenken gegen das Heiratsprojekt direkt der Königin Viktoria zu unterbreiten; gegebenenfalls wollte Lord Salisbury selbst der Königin die größte Reserve anempfehlen. Telegramm Graf Hatzfeldts vom 6. April.

den Prinzen von Battenberg und die Besorgnis vor den Folgen seines Wiederhervortretens. Die russische Presse würde meines Erachtens den Besuch des Prinzen Alexander als eine russenfeindliche Demonstration und als eine Ermutigung für alle Gegner Rußlands darstellen, die kaum verstummten Verdächtigungen gegen uns würden wieder beginnen, und die in letzter Zeit abgeschwächte Hinneigung zu Frankreich würde in einer den Frieden gefährdenden Weise wieder hervortreten.

Schweinitz

Nr. 1335

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 46 Berlin, den 7. April 1888

Die in Ew. Telegramm Nr. 59* „wörtlich" wiedergegebene Äußerung des Herrn von Giers steht nicht im Einklang mit einer heute dem Grafen Schuwalow telegraphisch zugegangenen Instruktion, welche lautet: „Sa Majesté l'Empereur trouve naturellement quant au mariage qu'il serait très peu désirable et même préjudiciable pour nos bons rapports avec l'Allemagne." Die Tonart dieser kurzen und klaren Enunziation des Zaren entspricht seiner bisher bekannten Auffassung mehr als die von Ew. übermittelte evasive und gleichgültig klingende Version des Herrn von Giers.

Die letztere entspricht auch nicht Ihrer im Schlußsatz Ihres Telegramms formulierten persönlichen Auffassung über die Folgen, welche Besuch, Auszeichnung und Heirat des Prinzen von Battenberg für unsere Beziehungen zu Rußland haben würden, dagegen stimmt wiederum zu den Worten von Giers das, was Ew. kurz vorher über den russischen Wunsch sagen, die „Feindschaft und Kontinuität" unserer Politik durch Tolerierung des Prinzen von Battenberg durchbrochen zu sehen. Wenn dies heißen soll, daß das Petersburger Kabinett für jetzt nicht den Mut seiner Meinung hat, und daß Herr von Giers, wie es nach seinem Telegramm an Graf Schuwalow den Anschein hat, Ihnen seine wahre Ansicht verbirgt, so bitte ich um eine erklärende Äußerung Ihrerseits**.

v. Bismarck

---

* Siehe Nr. 1334.

** Nach einem Telegramm Schweinitz' vom 8. April wäre die schwankende russische Haltung daraus zu erklären, daß zunächst nur von einem Besuch und einer Anstellung des Prinzen von Battenberg die Rede gewesen war, der man russischerseits keine Bedeutung beilegte, dann aber von der eventuellen Vermählung des Prinzen mit der Tochter Friedrichs III.

Nr. 1336

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 208 Berlin, den 8. April 1888
Geheim [abgegangen am 9. April]

Ew. an den Staatssekretär gerichteten Privatbrief vom 5. d. Mts.* habe ich mit Interesse gelesen und bemerke bezüglich des Schlußsatzes desselben, welcher die Stellungnahme des Petersburger Kabinetts zu der Battenbergischen Angelegenheit berührt, daß die Behandlung derselben durch die Unklarheit und Zurückhaltung des Herrn von Giers wesentlich erschwert wird. Bei der unberechenbaren Rückwirkung, welche die Einnistung des Prinzen an unserem Hofe auf unsere Beziehungen zu Rußland haben kann, hatte ich erwartet, daß Herr von Giers in Übereinstimmung mit seiner früheren Haltung und mit der des Grafen Schuwalow mich in den Stand setzen würde, die Gefahren englisch-battenbergischer Zettelungen nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Nach den in Ihren amtlichen telegraphischen Meldungen gebotenen Unterlagen habe ich hierzu aber keine Handhabe und beschränke mich also darauf, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß die mise en scène von russischer Seite ohne guten Willen oder ohne taktisches Geschick erfolgt ist. Die Folge wird sein, daß ich, obschon ich im Sinne Seiner Majestät des Kaisers zu handeln und dessen innre Wünsche zu vertreten glaube, doch die Ew. bekannten Pläne Ihrer Majestät der Kaiserin nicht mit Erfolg werde bekämpfen können, weil ich nicht russischer sein kann als die russische Regierung. Ich hatte angenommen, daß ich gegen die Verwirklichung dieser unter englischem Einfluß geplanten antirussischen und friedensfeindlichen Schwenkung in unserer Politik bei Herrn von Giers denselben Beistand finden würde, den Graf Schuwalows Tonart hier in Aussicht stellte: derselbe erfaßte bei unserer ersten Unterredung sofort die Wichtigkeit, welche dieser Angelegenheit beizulegen ist, mit großer Lebhaftigkeit, und ich kann nicht daran zweifeln, daß er die schwerwiegenden Folgen, welche die Erhebung des Prinzen von Battenberg für die gesamte europäische Gruppierung haben muß, in seiner Berichterstattung zur vollen Geltung gebracht hat; um so mehr war ich in dem Glauben, daß Herr von Giers sich der Auffassung des russischen Botschafters anschließen und darnach handeln würde. Wenn ich mich darin geirrt habe, so verliere ich hier die Unterlage meines Standpunktes, welche eben die Voraussetzung der Verstimmung des Kaisers Alexander ist, nicht bloß gegen den Prinzen von Battenberg, sondern überhaupt gegen die Leitung der deutschen Politik im Sinne der Königin von England. Wenn der russische Beistand ausfällt, weil das Peters-

* Siehe Nr. 1329.

burger Kabinett nicht den Mut seiner Meinung hat oder Finesserien gegen mich persönlich betreibt, so wird der Sieg der englischen Politik an unserem Hofe sich einfach vollziehen und infolgedessen notwendig auch mein Rücktritt. Ich würde das um so mehr bedauern, als ich die Überzeugung habe, daß Seine Majestät der Kaiser, dem allein ich zu dienen beabsichtige, innerlich meiner Meinung ist und selbst in meinem Abschiedsgesuch eine Stütze seiner eigenen Ansicht der Kaiserin gegenüber findet. Wenn aber das russische Kabinett mir in dieser Frage nur lau oder hinterhaltig beisteht, so werden eben die Damen und England siegreich aus dem Kampfe hervorgehen, und zunächst mutmaßlich die Folgen in der russischen und französischen Presse eintreten, welche Ew. am Schluß Ihres Telegramms Nr. 59 vom 5. d. Mts.* voraussehen. Ob und wie lange dann der Kaiser Alexander diesem seit sechs Monaten durch geschickte diplomatische Behandlung mühsam neutralisierten Ansturm widersteht, muß der Erfolg lehren. Ich will mich wenigstens von Mitschuld an dergleichen diplomatischen Gewissenlosigkeiten freihalten.

Inzwischen ist Ew. Telegramm Nr. 62 hier eingegangen. Ich bemerke dazu, daß eine eheliche Verbindung zwischen der Prinzeß Viktoria und dem Prinzen Alexander von Battenberg allerdings gefährlich sein würde, weil letzterer dadurch Einfluß auf die kaiserliche Familie gewinnen und diesen politisch ausnutzen würde, ein Besuch, eine Auszeichnung oder Anstellung des früheren Fürsten von Bulgarien würden aber theoretisch noch bedenklicher sein und nebenher unzweifelhaft zu derselben führen. Denn ein so dreister Streber, wie der Prinz ist, würde sicherlich jedes Entgegenkommen ausnutzen, um ein fait accompli zu schaffen. Jede Anerkennung, welche der Person des Prinzen von Battenberg an sich zuteil wird, trägt den Charakter einer Unfreundlichkeit für den Kaiser von Rußland und ist der politischen Bedeutung niemals zu entkleiden, während eine bloße Vermählung ohne jede Berücksichtigung der Stellung des Prinzen allenfalls auf das private Moment persönlicher Neigung zurückgeführt werden könnte.

v. Bismarck

Nr. 1337

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz**

Konzept

Nr. 215 Berlin, den 12. April 1888

[abgegangen am 14. April]

Zur Richtigstellung von Nachrichten, welche über mein Abschiedsgesuch in die Presse gedrungen sind, bemerke ich nachstehendes vertraulich zu Ew. pp. Information.

* Siehe Nr. 1334.

** Ein im wesentlichen gleichlautender Erlaß ging an die Botschafter in Wien und Rom.

Als ich mich entschloß, nach dem Tode des hochseligen Kaisers weiter zu dienen und auf die meinem Alter und meiner Gesundheit entsprechende Ruhe zu verzichten, konnte ich das mit Rücksicht auf meine durch Erschöpfung verminderte Leistungsfähigkeit nur unter der Voraussetzung tun, daß ich die Leitung der auswärtigen Politik in derselben Richtung wie unter der vorigen Regierung so zu führen haben würde, wie ich sie nach meiner seit Jahren betätigten Überzeugung unter dem hochseligen Herrn hatte verantworten können. Schon aus Gesundheitsrücksichten fühle ich mich aber außerstande, an der Spitze der Geschäfte zu bleiben, wenn sich die Annahme als irrig erweist, daß dieselben sich auf erprobten festen Bahnen ohne innere Kämpfe über ihre Richtung weiter bewegen würden.

Wenn Seine Majestät der Kaiser Ratschläge befolgen wollte, die ich seit Jahren auf Befehl des Kaisers Wilhelm bekämpft habe und mir auch heut nicht anzueignen vermag, so wäre ich in den Geschäften entbehrlich und hätte keine Veranlassung, meine letzten Kräfte in denselben aufzureiben.

Das Hauptziel meiner Politik ist seit 1871 die Erhaltung des Friedens gewesen; um dasselbe erreichen zu können, bedarf ich eines gewissen Spielraums in der Behandlung unserer Beziehungen zu Rußland. Wenn es jetzt zu der bei Hofe geplanten Auszeichnung des Prinzen Alexander von Battenberg kommt, so wird unserer Politik dadurch ein fremder Stempel aufgedrückt, dessen Bedeutung ich nicht vertreten kann. Die Pflege des europäischen Friedens ist eine Aufgabe von der Schwierigkeit, daß nicht nur politische Sachkunde, sondern für den Sachkundigen auch ein gewisses Maß freier Bewegung nötig ist, um den Gefahren, die dem Frieden erwachsen können, rechtzeitig vorzubeugen. Wenn auf Grund von persönlichen und Familieninteressen politische Schritte geschehen, welche den Zwang zu einer Änderung der bisherigen Politik mit sich bringen, von der ich eine Gefährdung des Friedens und der Landesinteressen voraussehe, so ist es für mich nicht tunlich, durch mein Verbleiben im Dienst den Schein der Zustimmung zu dem Geschehenen auf mich zu nehmen.

Ich glaube nicht, daß mein Ausscheiden wegen eventueller Erhebung des Prinzen von Battenberg eine Änderung in unserer Politik zur unmittelbaren Folge haben würde. Immerhin aber würden sich unsere Beziehungen zu Rußland dadurch schwieriger gestalten. Die Ernennung des früheren Fürsten von Bulgarien zu einem Kommando im deutschen Heere würde, auch abgesehen von der Streichung dieses Prinzen aus den russischen Armeelisten, den Eindruck einer antirussischen Demonstration in Voraussicht eines russischen Krieges machen. Die in Rußland weitverbreiteten Lügen von der Absicht Deutschlands, Rußland anzugreifen, würden durch solche Demonstration neue Nahrung erhalten, und das Vertrauen des Kaisers Alexander auf unsere Friedensliebe in Mißtrauen verwandelt werden. Käme dazu

die Vermählung mit einer preußischen Prinzeß und damit die Festsetzung des englisch-battenbergischen Einflusses im Königlichen Hause, so ist nicht anzunehmen, daß der Kaiser von Rußland noch fernerhin seine Person und seine Popularität vertrauensvoll einsetzen werde, um sich der Kriegslust seiner Untertanen entgegenzustellen. Der Kaiser Alexander steht aber dem russischen Chauvinismus mit seiner Friedensliebe ziemlich allein gegenüber, und ich habe meine Politik auf diese Erkenntnis gegründet.

Da ich vor meinem Lande und vor der Geschichte die Verantwortung nicht übernehmen kann, bei einer Situation in den Geschäften geblieben zu sein, welche eine nähere Kriegsgefahr in sich birgt als die von mir erstrebte, und da ich voraussehe, daß mir die Befähigung zur Umgestaltung derselben verloren gegangen sein würde, nachdem eine so schwerwiegende Entscheidung wie die schwebende gegen meinen Rat getroffen worden wäre, so ist die notwendige Konsequenz meiner Vergangenheit mein konditionelles Abschiedsgesuch gewesen. Der Kaiser selbst hat bisher keine Neigung, den in der Presse besprochenen Heiratsplänen näherzutreten.

Seine Majestät haben bei meinem gestrigen Vortrage die allerhöchste Auffassung dahin auszusprechen geruht, daß der eventuelle Anlaß zu meinem Abschiedsgesuche nicht vorliege, und die Sache damit erledigt sei. Ich darf danach hoffen, daß mit Bezug auf den Prinzen Battenberg zunächst nichts geschehen werde*.

v. Bismarck

Nr. 1338

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift. Teilweise eigenhändig

Berlin, den 27. April 1888

Bei dem Souper, welches gestern bei dem Großfürsten Wladimir auf der russischen Botschaft stattfand, sprach mich Graf Schuwalow unmittelbar beim Eintritt auf den Besuch der Königin von England**

* Diese Erwartung des Fürsten Bismarck hat sich erfüllt: das Heiratsprojekt ist nicht wieder ernstlich zur Sprache gekommen. Nach der Thronbesteigung Wilhelms II. erklärte dieser sofort dem Prinzen von Battenberg, daß er ein für allemal seine Einwilligung zu einem solchen Projekt versage. Näheres darüber bei E. C. Corti, a. a. O., S. 329 ff.

** Königin Viktoria von England weilte zum Besuche des deutschen Kaiserpaars vom 24.—26. April in Berlin. Über ihre Unterredung mit Fürst Bismarck, bei der die Battenberg-Frage keine Rolle mehr gespielt zu haben scheint, siehe Bd. IV, Kap. XXIII, Nr. 819. Vgl. auch Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst Bd. II (1907), S. 435.

an und sagte: „Ich hoffe, Sie werden doch nicht auch noch mit England einen Vertrag abschließen; die Anwesenheit der englischen Königin ist mir in dieser Beziehung besorglich, und ich bin seit den letzten Tagen mit der steten Sorge umhergegangen, Sie könnten sich irgendwie mit England binden. Das dürfen Sie mir nicht antun, denn sonst würde meine hiesige Position vollständig zusammenbrechen. Seit ich in Berlin beglaubigt bin, habe ich mich in meiner Berichterstattung stets dahin erklärt, daß Sie uns England gegenüber freie Hand lassen würden: das ist ja auch das einzige, was uns noch bleibt; wenn Sie uns in dieser Hinsicht im Stich lassen, so bin ich nicht nur desavouiert, sondern für alle Zukunft unmöglich und muß mich sofort in meine Wälder zurückziehen."

Ich nahm diese in ziemlicher Hast getanen Äußerungen leichthin auf und bemerkte nur, der Botschafter wisse ja, daß die englische Regierung bindende politische Verträge überhaupt nicht abschlösse, noch weniger könnte dies die englische Königin, wenn sie ohne ihren auswärtigen Minister auftrete. In verbindlichem Tone fügte ich dann hinzu, ich hoffte sehr, daß Graf Schuwalow uns bis an sein Lebensende als Botschafter erhalten bleiben würde, es sei denn, daß er an die leitende Stelle in Petersburg berufen werden sollte. Die letzte Redewendung berührte den Grafen augenscheinlich sehr angenehm; er bemerkte dazu „es ist allerdings davon die Rede gewesen, daß ich die Nachfolge von Giers übernehmen sollte; für mich würde es aber ein schwieriger Posten sein; als ich bei meiner letzten Anwesenheit in Petersburg mit meinem Bruder* darüber sprach, sagte mir der, daß ich im Falle meiner Berufung dorthin ganz bei ihm wohnen müsse". „Einen besseren Berater," schaltete ich hier ein, „würden Sie allerdings nicht haben können. Mit Ihrem Bruder hinter den Kulissen brauchten Sie gewiß keine Sorge zu haben vor den unseren gemeinsamen Zielen feindseligen Elementen."

Graf Schuwalow erwiderte mit dem Akzent guter Laune, „jedenfalls würde unsere Politik dann aus einem Guß sein; jetzt ist ein kleinlicher Zug darin; mein augenblicklicher Chef hat nicht das Zeug zum Minister, er ist ohne jeden Einfluß und voller Ängstlichkeit und hätte niemals über das Konsulatsniveau hinausgehen sollen".

Beim Souper saß ich neben dem Großfürsten, der auch diesmal wieder außerordentlich liebenswürdig zu mir war. Nach der Tafel kam im Rauchzimmer die Unterhaltung zunächst auf Paris, welches der Großfürst tags vorher verlassen hatte. Er bemerkte, daß die Stadt so unterhaltend und genußreich sei wie nur je: das besage aber nicht viel, denn auch während der Schreckenszeit der großen Revolution hätte die Pariser Gesellschaft sich den gewohnten Lustbarkeiten hingegeben, während die Hinrichtungen auf dem Konkordienplatze stattfanden.

---

* Graf Peter Schuwalow.

Gegenwärtig seien Genußsucht in der Gesellschaft und Ziellosigkeit der Politiker wohl noch größer als vor fast hundert Jahren. In der Politik wolle jeder nur hinwegräumen, und keiner mache sich ein Bild, wie es nachher werden könne und solle, „c'est pourri, c'est dégoûtant". Als die Rede auf Mohrenheim kam, und ich einfließen ließ, man spräche von seiner Nachfolge für Giers, nahm der Großfürst seinen verächtlichsten Gesichtsausdruck an. Er nannte jenen Botschafter den hohlsten und langweiligsten Phraseur, der ihm je vorgekommen sei.

Demnächst ging die Unterhaltung auf unseren Kaiser und auf die Battenbergs über. Bezüglich Seiner Majestät sprach sich der Großfürst mit warmer Teilnahme und herzlicher Bewunderung aus.

Hinsichtlich der Familie Battenberg bemerkte Seine Kaiserliche Hoheit, die Mitglieder derselben seien seine nahen Verwandten, und er habe früher viel für sie übrig gehabt; sie hätten sich aber durch ihre eigene Überhebung und Unaufrichtigkeit in eine so unmögliche Situation zu seinem kaiserlichen Bruder gebracht, daß er sich von ihnen hätte lossagen müssen. Als ich hierauf die jüngste hiesige Krise näher berührte und eine Bemerkung über die matte Haltung von Herrn von Giers einfließen ließ, welche uns in Ansehung der dezidierten früheren Stellungnahme des Zaren nicht recht erklärlich gewesen sei*, nickte der Großfürst verständnisvoll, erhob sich und nahm mich unter den Arm, um mich in ein weiter gelegenes einsames Zimmer zu geleiten. Dort angekommen, sagte er: „Vous venez de parler du Battenberg: certainement l'Empereur le déteste, et il me paraît que l'attitude de Giers n'a pas été très claire par rapport à la dernière crise: mais Vous savez ce que c'est que Giers. Il a une frayeur de mon frère qui l'aveugle et il sait ce que je vais Vous dire très-confidentiellement, c'est-à-dire seulement pour Vous et pour Votre père. Mon frère est malheureusement pétri d'un soupçon insurmontable envers Votre père: Il reconnaît son génie, mais il craint toujours d'être joué par lui. J'ai fait de mon possible pour écarter ce soupçon absurde, mais il reparaît toujours et à l'heure qu'il est la crainte d'être mis dedans par la politique allemande prévaut chez mon frère et l'empêche de voir les choses comme il devrait les envisager."

Ich sagte dem Großfürsten, daß ich ihm für seine Offenheit dankbar sei, den Inhalt derselben aber um so mehr bedauere, als ihm jede tatsächliche Begründung fehle. Die Politik des Reichskanzlers habe sich immer durch Offenheit und Loyalität ausgezeichnet; der Großfürst würde sich des vom Grafen Peter Schuwalow so häufig und gern wiederholten Ausspruchs entsinnen, daß der Reichskanzler in einem kritischen Moment des Berliner Kongresses die englischen Bevollmächtigten an ihre Verabredungen erinnert hätte mit dem Worte „après tout la politique honnête est encore la meilleure", und hiernach

---

* Vgl. Nr. 1335, 1336.

handelten wir nach wie vor. Wolle der Zar hieran nicht glauben, so müsse er durch Aufhetzungen und Vorurteile befangen sein.

Der Großfürst erwiderte mit einem Seufzer „Vous dites vrai, il s'agit de préventions; wie soll man solche aber überwinden! Was Ohrenbläsereien betrifft, so muß ich fast daran glauben, ich weiß nur nicht recht, von wo[1] sie ausgehn sollen. Der Kaiser sieht ja in politischer Hinsicht nur seine Minister und ist anderweit nicht beeinflußbar."

Ich wollte hier nicht Personalbeschwerden formulieren und äußerte nur, es sei ja bekannt, daß der Zar keinerlei direktem Einfluß unterliege: immerhin würde le langage seiner niemals wechselnden, kleinen und geistig nicht hervorragenden Umgebung unmerklich auf ihn abfärben. Es hieße da gutta cavat lapidem. Wenn der Zar, wie es tatsächlich der Fall sei, immer nur eine Tonart von den gleichen, in vorgefaßten Meinungen lebenden Leuten höre, so müsse ihn das beeindrucken. Bei den wenigen direkten Unterredungen, die er mit dem Reichskanzler gehabt habe, sei das Resultat jedesmal Befriedigung und volles Vertrauen gewesen. Allerdings könne dies nicht lange vorhalten, und es sei sehr zu bedauern, daß der jetzige Zar so selten eine Begegnung ermögliche, während der vorige alljährlich zweimal durch Berlin gekommen sei. Die russischen Kaiserreisen hätten seit 1876 aufgehört, und kurz darauf habe die Ära der sogenannten Mißverständnisse und Reibungen begonnen. pp.

Seine Kaiserliche Hoheit kam dann auf die Politik zurück und bemerkte: „Le point noir dans nos relations c'est Votre arrangement avec l'Autriche. On ne peut pas détruire le fait que Votre père négociait le traité à Vienne tandis que nos Empereurs s'embrassaient à Alexandrowo[2] et on sait chez nous que l'Empereur Guillaume a absolument refusé de ratifier le dit traité jusqu'à ce que le chancelier le menaçait de sa démission. Il est vrai qu'il y avait de notre faute et que Votre père a agi très-loyalement en nous communiquant le texte du traité, mais tout de même le point noir reste".

Ich ripostierte „à qui la faute?" und sagte, man müsse nicht 1879 zum Ausgangspunkt nehmen, sondern 1878, d. h. das ungerechte und unerwartete Verhalten Rußlands[3] nach dem Kongreß, und knüpfte hieran eine kleine historische Rekapitulation, welche damit schloß, daß man Geschehenes nicht beseitigen könne, daß aber der Kaiser von Rußland ein k a i s e r l i c h e s Österreich in der gegenwärtigen Umsturzzeit ebenso nötig brauche wie wir und es bei der Ausführung der von Rußland beabsichtigten Orientpolitik nicht auf seinem Wege zu finden brauche. Wir hätten Bulgarien stets als Rußlands Domäne angesehen, und bezüglich der für Rußland unendlich wichtigeren Frage der Meerengen sei es nicht nur unserer wohlwollenden Neutralität gewiß, sondern ich nähme auch an, daß für Österreich das Schicksal des Bosporus gleichgültig sei. Hierbei wurde der Großfürst sehr leb-

haft und sagte, die ganze bulgarische Frage sei für Rußland ein Unglück, es müsse sich daran vollkommen desinteressieren und nur die Meerengenfrage ins Auge fassen, beide hätten miteinander nichts zu tun.

Als ich dem Großfürsten zum Schluß wiederholt von der Solidarität der Dynastien gegen verhetzende internationale Umsturztendenzen, von unserer Loyalität und Friedfertigkeit eindringlich sprach, drückte er mir die Hand und erklärte nicht ohne Emphase „Mon frère sait que je ne suis pas seulement son plus fidèle sujet, mais son esclave, s'il veut se servir de moi: il m'a confié le commandement de ses meilleures troupes, mais j'espère que je n'aurai pas à combattre nos voisins à leur tête. Je parlerai raison à mon frère et je ferai de mon mieux pour me faire écouter. Moi, j'ai entière confiance en Votre père, mais malheureusement je ne puis transplanter tous mes sentiments dans l'âme de mon frère: mais Vous pouvez compter sur moi que je ferai ce que je peux pour agir dans l'ordre d'idées qui a présidé à notre entretien".

Beiläufig hatte mir der Großfürst noch gesagt, daß er vom Zaren beauftragt sei, im Herbst die polnischen Festungen zu inspizieren, wir möchten uns hierüber nur nicht beunruhigen.

Ferner erzählte er, Boulanger habe sich in Paris bei ihm aufgeschrieben: er habe dies zudringlich gefunden, da er den Agitator gar nicht kenne, und seinem Adjutanten untersagt, irgendeine Notiz davon zu nehmen.

Als ich mich am Bahnhof vom Großfürsten verabschiedete, rief er mir noch aus dem Wagenfenster zu „mille et mille choses à Votre père" und reichte mir allein noch einmal die Hand vom fahrenden Zuge angesichts der barhäuptig sich verneigenden russischen Botschaftsglieder.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Tolstoi

[2] leider

[3] unser Mißtrauen gegen die russ[ische] Politik ist seitdem jedenfalls begründeter als das des Zaren gegen unsre! vorher existirte es nicht, seitdem aber wird es sich schwer beseitigen lassen; wir müssen auf die Wiederholung analoger Ueberraschungen stets gefaßt bleiben u[nd] können andre Anlehnungen nicht aufgeben.

Kapitel XLIII

Kaiser Wilhelm II., Bismarck und die auswärtige Politik 1888—1890

Nr. 1339

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Ausfertigung

Nr. 217 Wien, den 28. April 1888

Die mir durch die hohen Erlasse Nr. 322 vom 19. und Nr. 329 vom 23. d. Mts. hochgeneigtest mitgeteilten Berichte des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg, betreffend den russischen General Bogdanowitsch**, habe ich dem Grafen Kálnoky gegenüber vertraulich verwertet.

Der Minister fand die Vorhaltungen, die General von Schweinitz dem Herrn von Giers mit Bezug auf diesen höchst eigentümlichen Vorfall gemacht, durchaus gerechtfertigt, fürchtet aber, daß alle diese guten Worte in den Wind gesprochen sein werden. Herr von Giers würde es wie gewöhnlich kaum wagen, seinem kaiserlichen Herrn darüber Vortrag zu halten, sondern ihm vielleicht nur schüchtern andeuten, daß die Bevorzugung dieses abgesetzten Beamten einiges Erstaunen im Auslande hervorrufen dürfte.

Seit Jahren beobachteten wir dasselbe Schauspiel. Herr von Giers fließt über von korrekten Versicherungen, schwört, daß der Zar ganz seiner Ansicht ist und die Hetzereien der russischen Friedensstörer ebenso perhorresziere wie die Bestrebungen der Panslawisten, Rußland in ein enges Allianzverhältnis zu den französischen Demokraten zu engagieren. Die Hauptinkriminierten werden vom kaiserlichen Zorn getroffen, Giers behält anscheinend recht, bekommt aber keine Belohnung, und nachdem sich die Wellen etwas geglättet, tauchen die Geächteten vorsichtig wieder auf. Kein Mensch findet etwas dabei, wenn sie belohnt werden, oder wenn die ihnen angedrohte Strafe wie bei Herrn Saburow nicht

---

* Nr. 1339—1341 gehören rein chronologisch in den Rahmen des voraufgehenden Kapitels, mögen aber an dieser Stelle eingereiht werden, weil die in ihnen zutage tretenden ersten Unstimmigkeiten zwischen dem künftigen Kaiser und dem Reichskanzler ihren Schatten auf die Anfänge Wilhelms II. in den Jahren 1888 bis 1890 vorauswerfen.

** General Bogdanowitsch, ein Hauptführer der panslawistischen Agitation und eifriger Beförderer des Bündnisses mit Frankreich, der bekanntlich im Spätfrühjahr 1887 beim Zaren in Ungnade gefallen und aus dem Militärdienst entlassen war (vgl. Nr. 1213, S. 111, Fußnote **), wurde Mitte April 1888 auf Vorschlag des Ministers des Innern Grafen Tolstoi zum Mitglied des Konseils im Ministerium des Innern und zum Geheimen Rat befördert.

ausgeführt wird, und die schlecht ausgerottete Pflanze treibt aus den Wurzeln weitere Keime.

So war es, und so wird es weiter gehen; Giers wird immer schwören, sein Kaiser sei ganz mit ihm einverstanden, den Frieden zu erhalten, bis der große Aufmarsch der russischen Armee an unseren Grenzen in 1 bis 2 Jahren vollendet sein wird. Dann wird Giers weggeblasen werden, der Kaiser immer mehr in den Schlingen der von ihm begnadigten Missetäter gefangen sein und gegen seinen ehrlichen Willen im Kriege und in der französischen Allianz sitzen, ohne sich mehr rühren zu können.

Welches Vertrauen kann man unter diesen Umständen in das Petersburger Kabinett und in die friedlichen Versicherungen seines Leiters setzen!

Vielleicht hatten die Generalstabsoffiziere in Berlin und Wien doch recht[1], wenn sie im vorigen Herbst rieten, die russische Macht zu zertrümmern[2], noch ehe sie gefährlich wurde*. Man kann die Gefahr mit mathematischer Gewißheit wachsen sehen, ohne sie aufhalten zu können. Denn den Krieg heraufzubeschwören könne kein Staatsmann verantworten[3]. Es bleibe daher nichts übrig, als sich allmählich darauf vorzubereiten. Vielleicht könnten doch Ereignisse eintreten, die unsere zivilisierten Staatswesen vor solchem Unheil beschützen könnten. Dieses Vielleicht sieht der Minister als den einzigen Trost in dem traurigen Zukunftsbild auftauchen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Kronprinzen Wilhelm:
[1] Ja!
[3] richtig!
Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:
Zu secretiren, mit Rücksicht auf die Marg[inalien] S[eine]r K[aiserlichen] H[oheit].
Randbemerkung des Fürsten von Bismarck, im Originalschriftstück vor der Vorlage an den Kronprinzen getilgt, aber durch besondere Aktennotiz überliefert:
[2] Das ist so leicht nicht! ein Sieg über Rußland ist keine Zertrümmerung sondern nur die Herstellung eines revanchebedürftigen Nachbarn auch im Osten.

Nr. 1340

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Reinkonzept

Nr. 349 Berlin, den 3. Mai 1888
Vertraulich

Nach Ew. pp. Bericht Nr. 217 vom 28. v. Mts.** hat Graf Kálnoky Anwandlungen von Zweifel darüber, ob die Generalstabsoffiziere, welche im Herbst zum Kriege rieten, nicht doch recht gehabt hätten. Es ließe

* Vgl. dazu Kap. XXXVIII: Russisch-Österreichische Kriegsgefahr 1887—88.
** Siehe Nr. 1339.

sich hierüber streiten, wenn ein solcher Krieg möglicherweise die Folge haben könnte, daß Rußland[1], wie Graf Kálnoky sich ausdrückt, „zertrümmert" würde. Ein derartiges Ergebnis liegt aber auch nach den glänzendsten Siegen außerhalb aller Wahrscheinlichkeit. Selbst der günstigste Ausgang des Krieges würde niemals die Zersetzung der Hauptmacht Rußlands zur Folge haben, welche auf den Millionen eigentlicher Russen griechischer Konfession beruht. Diese würden, auch wenn durch Verträge getrennt, immer sich ebenso schnell wieder zusammenfinden wie die Teile eines zerschnittenen Quecksilberkörpers. Dieses unzerstörbare Reich russischer Nation, stark durch sein Klima, seine Wüsten und seine Bedürfnislosigkeit, wie durch den Vorteil, nur eine schutzbedürftige Grenze zu haben, würde nach seiner Niederlage unser geborener und revanchebedürftiger Gegner bleiben[2], genau wie das heutige Frankreich es im Westen ist. Dadurch wäre für die Zukunft eine Situation dauernder Spannung[3] geschaffen, welche wir gezwungen werden können, auf uns zu nehmen, wenn Rußland uns oder Österreich angreift, welche aber freiwillig herbeigeführt zu haben, ich nicht auf meine Verantwortung nehmen möchte. Das „Zertrümmern" einer Nationalität[4] ist drei starken Großmächten schon in betreff der viel schwächeren polnischen in 100 Jahren nicht gelungen. Die Vitalität der russischen wird nicht minder zähe sein; wir werden meines Erachtens immer am besten tun, sie wie eine elementarisch vorhandene Gefahr zu behandeln, gegen die wir Schutzdeiche[5] unterhalten, die wir aber nicht aus der Welt schaffen können. Durch einen Angriff auf das heutige Rußland würden wir seinen Zusammenhang festigen; durch Abwarten seines Angriffs aber können wir seinen inneren Verfall und seine Zersetzung möglicherweise früher[6] erleben als seinen Angriff, und zwar um so früher, je weniger wir es durch Bedrohungen hindern, tiefer in die orientalische Sackgasse hineinzugehen[7].

v. Bismarck

Randbemerkungen des Kronprinzen Wilhelm:

[1] Russische Macht hat er gesagt, damit dürfte die Armee gemeint sein.

[2] nicht mehr[a] wie es jetzt schon ist; bedürftig vielleicht, aber nicht in der Lage[b].

[3] wie jetzt auch[c]

[4] wohl aber ihrer Kampfesmittel, Armee etc.[d]

[5] wenn der Deichbruch kommt, ist dann große Ueberschwemmung[e].

[6] hoffentlich!

[7] Es hat aber leider die Sackgasse gemerkt, und zeigt bisher verzweifelt wenig Lust hineinzugehn[f].

Bemerkungen des Fürsten von Bismarck zu obigen Randbemerkungen des Kronprinzen Wilhelm:

[a] Doch mehr!

[b] aber bald wieder, wie Frankreich seit 12 Jahren längst wieder

[c] die Spannung ist auf französ[ischer] Seite doch stärker wie im Osten, für uns

[d] die sind in 5 Jahren ersetzt, cf. Frankreich.

[e] wenn wir ihn selbst durchstechen, noch früher

[f] doch. es geht hinein, sobald Oest[er]reich aufhört es zu hindern.

Nr. 1341

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Kronprinzen Wilhelm

Konzept*

Aus Ew. Kaiserlichen Hoheit Randbemerkungen zu dem Wiener Bericht vom 28. April und zu meiner Antwort auf denselben vom 3. Mai ersehe ich, daß Höchstdieselben mit der bisher nach den Intentionen des hochseligen Kaisers geführten Politik nicht einverstanden sind, sondern mehr mit der Äußerung des Grafen Kálnoky, daß die Generalstabsoffiziere, welche im Herbst rieten, die russische Macht zu „zertrümmern", recht hatten.

Nach menschlicher Voraussicht wird, bevor eine längere Zeit vergeht, die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließlich in der Hand Ew. Kaiserlichen Hoheit liegen. Diese Tatsache verleiht jeder Andeutung, welche von Höchstdenselben auf diesem Gebiete ausgeht, ein Gewicht, welches mir nicht gestattet, Ew. Kaiserlichen Hoheit Randbemerkungen stillschweigend zu den Akten des Auswärtigen Amts gehen zu lassen. Ich darf mir nicht mit der Hoffnung schmeicheln, daß eine erneute Darlegung der Motive, welche für die bisherige friedliche und abwartende Politik sprechen, neue Gesichtspunkte zutage fördern könnte, welche Ew. Kaiserlichen Hoheit Erwägung nicht bereits unterlegen hätten. Ich erlaube mir nur, mit Rücksicht auf die mögliche Zerstörung der „Kampfesmittel" Rußlands untertänigst zu bemerken, daß wir diejenigen Frankreichs 1870 in einer Vollständigkeit zerstört haben, wie es Rußland gegenüber wegen dessen geographischer Ausdehnung niemals gelingen wird; nichtsdestoweniger war Frankreich schon vier Jahre später wiederum eine Macht, mit welcher die Politik zu rechnen hatte, und insbesondere eine vorausschauende Politik in großem Stile, welche ihre Aspirationen nicht den Verhältnissen eines einzelnen Jahres entnehmen kann, sondern längere Zeiträume ins Auge fassen muß. Schon zur Zeit der Luxemburger Frage 1867 habe ich der Voraussicht öffentlich Ausdruck gegeben, daß im Kriegsfalle Frankreich gegenüber der Kampf sich nicht auf ein Kriegsjahr beschränken, sondern Jahrzehnte und mehr ausfüllen werde. Wenn dieselben Konsequenzen, wie voraussichtlich, sich an einen von uns freiwillig herbeigeführten russischen Krieg knüpfen sollten, so würden wir künftig ein zweites Frankreich haben, bereit, jede günstige Gelegenheit zu benutzen, um im Bunde mit anderen über uns herzufallen. Wir würden in einer solchen Situation, in welcher

---

* Das vom Fürsten Bismarck vielfach korrigierte und eigenhändig paraphierte Konzept ist nicht datiert; aus dem jetzt im dritten Bande von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" (S. 136 ff.) veröffentlichten Antwortschreiben des Kronprinzen geht aber hervor, daß die Ausfertigung, die das Datum des 9. Mai trug, wirklich abgegangen ist.

wir die beiden nächst der deutschen stärksten kontinentalen Militärmächte zu gebornen Gegnern in jedem Kriege hätten, dauernd in eine gewisse Abhängigkeit von der Unterstützung geraten, welche die übrigen Mächte, in erster Linie Österreich, dann auch England und Italien, uns zu leisten geneigt sein würden. Der italienische Bundesgenosse kann durch innere Ereignisse Italiens leicht aus dieser Berechnung schwinden und sogar für den Gegner in die Wagschale fallen. England wird mit seinen inneren Angelegenheiten möglicherweise zuviel zu tun haben, um sich seiner auswärtigen Politik annehmen zu können. Ob uns das Bündnis Österreichs gesichert bleibt, ist im Hinblick auf die dort recht starken ultramontanen, slawisch-russenfreundlichen und in Ungarn und Kroatien franzosenfreundlichen Elemente ebenfalls nicht zweifellos. Jedenfalls würde Österreich, wenn es nach Verbrennung unserer Schiffe in der russischen Richtung unsere alleinige Stütze bliebe, und wir Rußland und Frankreich als geborene Gegner uns gegenüber hätten, einen analogen Einfluß auf das Deutsche Reich wiedergewinnen, wie wir ihn 1866 mit Glück beseitigt haben. Die Sicherheit unserer Beziehungen zum österreichisch-ungarischen Staate beruht zum großen Teile auf der Möglichkeit, daß wir, wenn Österreich uns unbillige Zumutungen macht, uns auch mit Rußland verständigen können. Fällt die letztere Möglichkeit fort, so wird Österreich ein viel anspruchsvollerer Bundesgenosse werden, als es bisher war, und wenn es Anlehnung bei Rußland findet, vielleicht ebenso anspruchsvoll als zur Zeit des Deutschen Bundestages.

Ew. Kaiserliche Hoheit wollen mir diese Vervollständigung der Argumente für unsere vorsichtige Politik, welche ich wiederholt in Höchstdenselben bekannten Aktenstücken und vor der Öffentlichkeit geltend gemacht habe, verzeihen und mir die Annahme gestatten, daß auch diese Ew. Kaiserliche Hoheit von der Richtigkeit meiner Auffassung nicht überzeugen wird, und daß Höchstdieselben fortfahren, es im Sinne der Kálnokyschen Bezugnahme auf militärische Wünsche in dem Wiener Bericht vom 28. April für besser zu halten, daß der Krieg mit Rußland von uns herbeigeführt werde, bevor dessen Streitkräfte sich weiter entwickeln.

Wenn dies der Fall ist, so hätte unsere Politik seit dem Thronwechsel im März d. Js. schon bisher eine andere sein sollen und würde von jetzt ab eine andere werden müssen. Wir hätten dann die Battenbergschen Beziehungen nicht ablehnen dürfen, im Gegenteil den Prinzen Alexander als diesseitigen Kandidaten für die bulgarische Zukunft aufstellen und durch dies und manche andere Mittel Rußland zum Angriff auf Österreich oder auf uns mit unentwickelten Kräften und vor Vollendung seines Aufmarsches reizen müssen. Wir hätten in Bulgarien und in Konstantinopel ohne Schwierigkeit eine dementsprechende Sprache führen, auch Österreich wahrscheinlich veranlassen können, Schritte zu tun, die einen russischen Angriff provoziert haben würden.

Für die Energie, mit welcher die deutsche Volkskraft in den Krieg eintritt, wird es immer entscheidend sein, ob der Krieg durch fremden Angriff herbeigeführt oder von uns aus Motiven der höheren Politik, welche sich dem öffentlichen Verständnis entziehen, freiwillig begonnen worden ist. Wenn es in der Absicht des künftigen Kaisers läge, den Krieg zu beschleunigen, so müßten dementsprechende Modifikationen unsrer bisherigen Politik sobald als möglich eintreten, und die Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen, d. h. Rußland zum Beginn des Krieges seinerseits zu reizen, ist bei geschicktem diplomatischen Verfahren keineswegs ausgeschlossen, sobald man überhaupt glaubt, daß der frühere Krieg der bessere sei. Meine unvorgreifliche Ansicht liegt auch heute nicht in dieser Richtung. Wenn aber die Überleitung unsrer Politik aus der bisherigen friedlichen Tendenz in eine kriegerische nach Ew. Kaiserlichen Hoheit Intention bevorstände, so würde ich es noch immer für zweckmäßiger halten, den Krieg zuerst im Westen zu suchen als im Osten. Einmal ist er dort leichter und unauffälliger zu finden. Frankreich hat uns mannigfache Anknüpfungspunkte gegeben, die wir nur weiter zu spinnen brauchten, wenn wir Krieg wollen. Wäre letzteres der Fall, so müßte unsere ganze Stellung zu den inneren französischen Fragen, zu Boulanger und der jetzigen Regierung eine andere sein, als sie heut ist; wir müßten Boulanger zu fördern und die Regierung zu schwächen suchen, wozu sich Mittel finden lassen. Der Krieg mit Frankreich würde sich der öffentlichen Meinung Deutschlands gegenüber als ein notwendiges Opfer, um zur Ruhe zu gelangen, sehr viel leichter motivieren lassen als der Krieg gegen Rußland. Außerdem würde er nach oberflächlichem Urteil leichter zu führen und schneller abzuschließen sein. Es ist auch anzunehmen, daß ein deutsch-französischer Krieg geführt werden kann, ohne daß wir gleichzeitig zum Kampf gegen Rußland genötigt würden. Es ist dagegen ganz sicher, daß wir den Krieg auf beiden Seiten haben, sobald wir ihn auf der russischen Front beginnen, wie es nach dem „Ja“ in der Randbemerkung auf dem Wiener Bericht vom 28. April Ew. Kaiserliche Hoheit empfehlen. Die geheimen Verträge, welche wir mit Rußland haben, sind Ew. Kaiserlichen Hoheit bekannt. Ihr Text gibt die Gewißheit, daß Rußland beabsichtigt, in die „Sackgasse“ hineinzugehen, und es würde schon darin sein, wenn es nicht auf unser Verlangen durch österreichische Opposition daran gehindert würde. Kommt diese Opposition in Wegfall, so hört damit auch die russische Zurückhaltung auf.

Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Kaiserliche Hoheit auf diese Eventualitäten in Ehrerbietung aufmerksam zu machen, und behalte mir untertänigst vor, über die formelle Seite des Anlasses zu dieser Berichterstattung Ew. Kaiserliche Hoheit um mündlichen Vortrag zu bitten, indem ich bemerke, daß die gewichtige Tragweite jeder Randbemerkung Ew. Kaiserlichen Hoheit mich nötigt, die davon betroffenen Aktenstücke absolut zu sekretieren. Der Eindruck, den die-

selben in den amtlichen Kreisen machen werden, denen die Akten des Ministeriums zugänglich sind, hat nach Ew. Kaiserlichen Hoheit Stellung notwendig die Tragweite, daß die Beamten, welche Kenntnis von Höchstdero Randbemerkungen haben, mich selbst nicht ausgeschlossen, nicht mehr imstande sein werden, das friedliche Verhalten der deutschen Politik bei einem erfolgenden Regierungswechsel mit derselben Sicherheit wie bisher anderen Regierungen und auch den deutschen Fürsten gegenüber in Aussicht zu stellen. Ich würde, so wie ich Ew. Kaiserlichen Hoheit Marginalien verstehe, gegen meine Überzeugung sprechen müssen, und es ist für die Politik des deutschen Kaisertums der Ruf der Unaufrichtigkeit noch gefährlicher als selbst die entschlossene, aus politischer Überzeugung hervorgehende Tendenz, Krieg führen zu wollen. Wenn wir friedliche Versicherungen geben, und daneben ein Wort in dem Sinne transpiriert, daß die Generalstabsoffiziere recht gehabt hätten, welche im vorigen Herbst rieten, die russische Macht zu zertrümmern, so verlieren wir das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit bei unseren Bundesgenossen, und das würde schlimmer sein als selbst ein Krieg, über dessen Notwendigkeit oder Nützlichkeit verschiedene Meinungen obwalten können*.

v. Bismarck

* Die Antwort des Kronprinzen Wilhelm vom 10. Mai, die nicht bei den Akten vorhanden ist, mag hier nach dem Abdruck in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" Bd. III, S. 136 ff. wiedergegeben werden, jedoch ohne die dort hinzugefügten Randbemerkungen, die zum Teil erst späteren Datums zu sein scheinen.

Kronprinz Wilhelm an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Berlin, den 10. Mai 1888

Ew. Durchlaucht

Schreiben vom 9. cr. habe ich mit hohem Interesse gelesen; aus dem Inhalte desselben glaube ich aber entnehmen zu müssen, daß Ew. Durchlaucht meinen Randbemerkungen zu dem Wiener Bericht vom 28. April eine übertriebene Bedeutung beilegen und dadurch zu der Auffassung gelangt sind, ich sei zu einem Gegner der bisherigen friedlichen und abwartenden Politik geworden, welche Ew. Durchlaucht mit soviel Weisheit und Vorsicht geleitet haben und hoffentlich zum Segen des Vaterlandes noch recht lange leiten werden. Für diese Politik bin ich wiederholt eingetreten — Petersburg, Brest-Litowsk — und habe ich mich in allen entscheidenen Fragen stets, wie bekannt, auf die Seite Ew. Durchlaucht gestellt. Welches Ereigniß sollte eingetreten sein, um mich plötzlich anderen Sinnes zu machen? Die von mir gemachten Randbemerkungen, in welchen Ew. Durchlaucht eine Aufforderung meinerseits zu einer Modification unsrer bisherigen Politik zu erkennen meinen, bezweckten lediglich den Hinweis, daß über die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit des Krieges die politischen und militärischen Ansichten — die ich dadurch zu Ihrer Kenntniß zu bringen beabsichtigte — auseinander gegangen seien; und daß die letzteren für sich betrachtet nicht ohne Berechtigung wären. Ich glaubte, ein solcher Hinweis würde für Ew. Durchlaucht nicht ohne Interesse sein, aber nie zu dem Glauben führen können, ich wollte die Politik den militärischen Wünschen unterordnen.

Um für die Zukunft jeder mißverständlichen Auffassung vorzubeugen und in theilweiser Anerkennung der von Ew. geltend gemachten Gründe werde ich hinfüro jede Randbemerkung auf den politischen Berichten unterlassen, doch

werde ich mir vorbehalten, anderweitig Ew. Durchlaucht meine Ansichten mit aller Offenheit zur Kenntniß zu bringen.

Bei der Wichtigkeit der von Ew. Durchlaucht angeregten Fragen sehe ich mich genöthigt, auf dieselben näher einzugehn.

Ich bin durchaus Ew. Durchlaucht Ansicht, daß es uns selbst bei dem glücklichen Verlauf eines Krieges mit Rußland nicht gelingen wird, die Kampfesmittel Rußlands ganz und gar zu zerstören, doch meine ich, daß dieses Land nach einem für dasselbe unglücklichen Kriege in Folge der inneren politischen Mißstände in eine ganz andere Ohnmacht gelangen wird als irgend ein anderer europäischer Staat incl. Frankreich. Ich erinnere daran, daß Rußland nach dem Krimkriege fast 20 Jahre ohnmächtig war, ehe es soweit sich erholte, daß es im Stande war, 1877 loszuschlagen. Frankreichs Kampfesmittel wurden im Jahre 1871 nicht ausgiebig zerstört, denn unter den Augen, ja mit Hülfe des wohlwollenden siegreichen Gegners konnte eine neue Armee aufgestellt und formirt werden, um die Commune zu besiegen und um das Land vor gänzlichem Untergang zu retten; die in den Händen des Siegers befindlichen Befestigungen von Paris wurden nicht geschleift, nicht einmal völlig deformirt, die Flotte blieb dem nicht vernichteten, sondern nur politisch gedemüthigten Frankreich erhalten. Diese eben angeführten Thatsachen beweisen zur Evidenz, daß wir, weit entfernt den Feind wirklich zu vernichten, den Stamm erhalten haben zu den jetzt uns bedrohenden ungeheuren Kampfesmitteln zu Wasser wie zu Lande seitens der Republik. Das war militärisch betrachtet falsch, politisch betrachtet jedoch völlig nach Lage der Dinge in Europa gegeben und in dem Moment richtig.

Je mehr die Republik nun erstarkte, desto größere Neigung zeigte Rußland — trotz loyalster Haltung und Absichten des Zaren — ohne von Deutschland im geringsten geschädigt worden zu sein, nur den günstigsten Augenblick zu erfassen, um im Bunde mit der Republik über uns herzufallen. Diese drohende Lage entstand und besteht, nicht nach einem gegen Rußland freiwillig von uns geführten Kriege, sondern durch die gemeinschaftlichen Interessen der Panslavisten und des republikanischen Frankreichs, Deutschland als Hort der Monarchie niederzuwerfen.

Zu diesem Zweck verstärkten beide Nationen ihre Kampfesmittel systematisch an den entscheidenden Grenzen, ohne für dieses unqualificirbare Vorgehn unsererseits irgendwie provocirt zu sein, noch irgend eine haltbare Entschuldigung dafür vorzubringen.

Mit aus diesem Grunde brachte die durch Ew. Durchlaucht geleitete weise Politik meines hochseligen Herrn Großvaters Bündnisse zu Stande, welche sehr dazu beigetragen haben, uns vor Ueberfällen unseres geborenen Erbfeindes im Westen zu bewahren. Auch verstand diese Politik, Rußlands Herrscher zu unseren Gunsten einzunehmen. Dieser Einfluß wird so lange fortbestehn, als der jetzige Zar die Macht, seinen Willen geltend zu machen, wirklich besitzt; geht sie verloren — und es sind viele Anzeichen dafür vorhanden — so ist es sehr wahrscheinlich, daß Rußland sich von unserem geborenen Feind nicht länger wird trennen lassen, um mit ihm den Krieg zu führen, wenn die beiderseitigen Kampfesmittel ihnen entwickelt genug erscheinen, um uns ungestraft zu vernichten.

Unter solchen Umständen wächst der Werth unserer Bundesgenossen; dieselben an uns zu fesseln, ohne ihnen einen eingehenden Einfluß auf das Reich einzuräumen, wird die große, ich gebe zu, schwere Aufgabe einer vorsichtigen deutschen Politik sein und bleiben müssen. Es ist aber zu beachten, daß ein Theil dieser Bundesgenossen romanischen Stammes und mit Regirungsmechanismen versehn ist, deren absolute Sicherheit nicht so garantirt ist wie bei uns. Daher auf eine längere Bundesgenossenschaft wohl kaum zu rechnen sein dürfte, und der Krieg, zu dessen Abwehr respective Führung sie mithelfen sollen, besser früher als später geführt werden muß.

Unsere Feinde werden es an Versuchen aller Art sicher nicht fehlen lassen, uns zu isoliren, die Bundesgenossen uns abwendig zu machen; jeder von uns begangene Fehler, jede Blöße, die sich die deutsche Politik giebt, wird solchen Bestrebungen Vorschub leisten. Zu solchen Fehlern müßte ich irgend eine Protegirung des Battenbergers rechnen; Oest[er]reich würde in derselben eine Verletzung seiner speciellen Interessen finden, und Rußland würde die Genugthuung haben, uns von unsrem besten Bundesgenossen getrennt zu sehn; auch wissen, daß ein Krieg, der wegen des Battenbergers entstünde, für Deutschland kein volksthümlicher sein kann, bei dem der so nothwendige furor Teutonicus gänzlich fehlen würde.

Rußland würde mit Leichtigkeit Verhältnisse dann zu schaffen vermögen, die den Krieg zur Folge haben müßten; die öffentliche Meinung wird aber sicherlich Deutschland als Urheber desselben bezeichnen. Ich gebe zu, daß die Beschleunigung der Kriegsgefahr damit erreicht wäre, doch um welchen Preis? Sie zu erstreben liegt mir völlig fern. Da der Krieg gegen Westen fortgesetzt in Sicht war und dementsprechend militärische Vorbereitungen getroffen wurden, derselbe auch, wie Ew. hervorheben, im Westen in jeder Hinsicht mehr Vortheile verspricht wie der im Osten, so würden die militärischen Autoritäten der Politik besonders dankbar sein müssen, welche, sobald der Krieg als unvermeidlich erkannt ist, die Führung desselben im Westen wirklich sicherzustellen im Stande wäre.

Aber auch ich bin der Ansicht, daß wir den Krieg nach beiden Seiten haben, wenn wir ihn auf der Ostseite beginnen, Frankreich wird nur in dem Fall nicht losschlagen, wenn es sich in einer inneren, besonders schweren Krisis befindet, oder wenn wieder militärische Schwierigkeiten eintreten sollten, wie sie im vorigen Herbst ziemlich bestimmt bestanden haben (Fehlschlagen der Melinitgeschosse und Unbrauchbarkeit des neuen Gewehrs, niederschmetternder Eindruck der Resultate des Beschießens der Sperrforts bei Jüterbogk). Dagegen ist nicht mit absoluter Sicherheit vorherzusehn, daß, wenn wir mit Frankreich Krieg führen müssen, Rußland sich eo ipso passiv uns gegenüber verhalten wird.

Jederzeit, ganz besonders aber unter Verhältnissen, wie solche im vorigen Herbst bestanden, ist es Pflicht des Großen Generalstabes, die eigene militärische Lage und die der Nachbaren scharf in's Auge zu fassen, sowie die Vortheile und Nachtheile, die sich in militärischer Beziehung bieten können, sorgsam abzuwägen. Die so gewonnene Ansicht, nicht über die zu führende Politik, sondern über die im Dienst derselben und durch deren augenblickliche Lage bedingten militärischen Maßregeln muß durch die Spitze des Generalstabes dem Leiter der Politik mit aller Offenheit und mit Festhalten des militärischen Standpunktes zur Kenntniß gebracht werden. Hierin liegt meines Erachtens eine durchaus erforderliche Hülfe für die Leitung auch der friedliebendsten Politik.

In diesem Sinne möchte ich meine ominösen Randbemerkungen zu dem Bericht vom 28. April aufgefaßt wissen; sie sollten zugleich darauf hinweisen, daß, obgleich die deutsche Politik in der friedfertigsten Weise geleitet werden mußte, die militärischen Autoritäten Deutschlands und Oest[er]reichs mit vollstem Recht im Herbst vorigen Jahres auf die günstige militärische Gelegenheit aufmerksam machen mußten, welche sich für ein kriegerisches Vorgehn beider Länder bot.

Trotz meiner so viel Aufregung verursachenden Marginalia möchte ich doch überzeugt sein, daß Ew. Durchlaucht mit dem besten Gewissen bei einem etwa erfolgenden Regirungswechsel mit derselben Sicherheit als bisher das friedliche Verhalten der deutschen Politik in Aussicht zu stellen im Stande sein werden.

Wilhelm
Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen.

Nr. 1342

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich

Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Potsdam, den 24. Juni 1888

Mein teuerer Freund

Dein herzlicher Brief*, in dem Du mir in so warmer und wahrhaft freundschaftlicher Weise Deine Teilnahme aussprichst, hat mich auf das tiefste gerührt, und ich danke Dir innigst für Deine guten Worte, insbesondre dafür, daß Du volles und begründetes Vertrauen zu meiner festen Anhänglichkeit an die von meinem hochverehrten Großvater ererbten Traditionen hast. Ich trete diese Erbschaft in der innern wie in der auswärtigen Politik rückhaltlos an und namentlich bezüglich der Unwandelbarkeit unsrer Freundschaft und der Festigkeit der Bande, welche unsre Reiche verknüpfen. Mit freudigem Danke empfange ich Deine Zusicherung darüber und erwidre sie von Herzen. Da ich das Glück habe, von Dir seit frühester Jugend gekannt zu sein, so bedarf es Dir gegenüber nicht mehr einer Versicherung dieser meiner Gesinnungen, die ich, wie Du aus meiner Eröffnungsrede an den Reichstag ersehen wirst, öffentlich kundgebe. Je ernster mein verewigter Großvater von der Notwendigkeit durchdrungen war, russische Angriffe mit Dir gemeinsam abzuwehren, um so eifriger war er bestrebt zu hindern, daß sie stattfänden. Ich folge ihm in dem Bestreben, in Gemeinschaft mit Dir alles zu tun, um unseren Reichen die Segnungen des Friedens zu erhalten und zu diesem Zweck unsre Beziehungen zum Kaiser Alexander zu pflegen.

Die Freundschaft, welche mich mit Dir verbindet, steht so fest, daß sie keiner äußeren Betätigung bedarf. Ich glaube aber im Interesse unsrer Tendenzen zu handeln, wenn ich in ostensibler Weise alle in Rußland wie in Frankreich verbreiteten Verleumdungen unsrer Friedensliebe dadurch widerlege, daß ich dem Kaiser Alexander in naher Zeit einen Besuch abstatte.

Ich beabsichtige, Ende Juli eine Inspektion meiner Flotte mit einer Erholungsreise zur See zu verbinden. Den Schluß dieser Reise soll dann eine Begrüßung des Kaisers von Rußland in Peterhof bilden, und ich rechne darauf, daß Du und ich mit dem Ergebnis desselben zufrieden sein werden.

Ich hoffe, daß Du mir erlauben wirst, Dir im Laufe des Spätsommers oder Herbstes meinen Besuch abzustatten.

---

* Dieser Brief Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm II. findet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amts.

Ich würde mich freuen, wenn Du einverstanden wärst, daß wir die Traditionen meines Großvaters auch darin aufrecht halten, daß wir uns womöglich alljährlich persönlich begrüßen, wenn auch vielleicht nicht grade in Gastein, um in lebendigem Austausch der Gedanken die alte Freundschaft zu pflegen.

Meine Frau war sehr gerührt über Deine freundlichen Grüße, und ich bitte Dich, der Kaiserin Elisabeth den Ausdruck meiner herzlichsten Verehrung zu Füßen legen zu wollen.

In steter Anhänglichkeit verbleibe ich
Dein treuer Freund und Bruder
Wilhelm

Nr. 1343

„Promemoria für Seine Majestät den Kaiser zur eventuellen Besprechung mit dem Kaiser von Rußland"*

Unsigniertes und undatiertes Konzept mit zahlreichen Korrekturen von der Hand des Fürsten von Bismarck; am 4. Juli 1888 vom Chef der Reichskanzlei v. Rottenburg dem Staatssekretär Grafen von Bismarck übersandt; die obige Überschrift ist dem Inhaltsverzeichnis des betreffenden Aktenbandes entnommen.

Eine antideutsche Koalition Frankreichs mit Österreich und Rußland, wie sie Friedrich dem Großen gegenüberstand, wäre heut bei der dauernd gegebenen Feindschaft Frankreichs gegen uns noch leichter herzustellen wie damals. Um sie zu verhüten, müssen wir entweder mit Österreich oder mit Rußland in Beziehungen leben, welche die Beteiligung an der Koalition hindern. Mit den beiden östlichen Kaisermächten gleich fest verbündet zu sein, ist ein Wunsch, dessen Verwirklichung bei der Verstimmung zwischen beiden nicht immer möglich ist. Haben wir ein engeres Bündnis mit der einen, so ist es deshalb noch nicht notwendig, daß die andre von uns befeindet werde; im Gegenteil, wir haben das Bedürfnis und auch die Möglichkeit, mit beiden dauernd in Frieden zu leben, wenn wir uns gegen den Bruch desselben durch die eine den Beistand der andern sichern, soweit wir die Bereitwilligkeit dazu bei ihnen vorfinden. Letztres ist bisher nur bei Österreich der Fall, und weil dessen Bündnis uns sicher ist, das russische aber nicht, werden wir das einseitige Bündnis mit Österreich sorgfältig festhalten müssen und nicht für unsichre Annäherungen Rußlands gefährden oder gar preisgeben dürfen. Gelingt es uns nicht, beide — Österreich und Rußland — vertragsmäßig und dauernd zu Freunden zu haben, so müssen

* Kaiser Wilhelm II. weilte vom 20.—24. Juli als Gast des russischen Kaisers in Petersburg. An der Fahrt nahm auch der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck teil.

wir wenigstens festhalten, was wir haben. Die Beziehungen zu Österreich sind sichrer, als die zu Rußland werden können, und bequemer, weil die österreichische Politik weniger anspruchsvoll und weniger herrisch ist als die russische, auch nicht zu jeder Stunde in ihr Gegenteil umschlagen kann. Wir sind zur Zeit des hochseligen Königs bis 1878 in dem Glauben befangen gewesen, daß unsere Freundschaft mit Rußland unzerstörbar sei, weil Gegensätze der Interessen von wesentlicher Bedeutung zwischen uns nicht vorliegen. Die Erlebnisse seit 1875 und 1878 haben uns darüber enttäuscht. Wir haben gesehen, daß ein uns aus rein persönlichen Gründen feindlich gesinnter Kanzler wie Fürst Gortschakow selbst bei so intimen freundschaftlichen Verhältnissen, wie sie zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander II. bestanden, hinreicht, um die ganze öffentliche Meinung und das ganze amtliche Rußland in eine uns feindlich bedrohende Haltung zu bringen. Diese Möglichkeit beruht auf dem Umstand, daß die Politik Rußlands auf dem einzelnen Willen und den Stimmungen des Monarchen allein beruht, dieser aber durch unwahre Darstellungen und sonstige Einflüsse in seinen Entschlüssen umgestimmt werden kann. In Österreich-Ungarn sind die Basen, auf welchen die gegenseitigen Beziehungen beruhen, breitere. Die Sympathien der Bevölkerung üben eine wesentliche Mitwirkung auf die Entschließungen des Kabinetts. Es würde kaum möglich sein, in so kurzer Zeit, wie es in Rußland ab und zu geschieht, das ganze Land plötzlich und willkürlich zu einer deutschfeindlichen Wendung zu bringen. Österreich bedarf der Anlehnung an uns, Rußland aber nicht. Rußland kann nach seiner geographischen Lage ohne Lebensgefahr unser Bündnis entbehren, Österreich müßte, um es zu können, starke andere Bundesgenossen finden. Kurz, das österreichische Bündnis ist militärisch vielleicht nicht so stark wie das russische, aber es ist sicherer.

Das österreichische Bündnis besitzen wir, das russische aber nicht, und wenn wir uns um dasselbe bewerben wollten, wäre es fraglich, ob wir es erreichten, und wenn wir es erreichten, zweifelhaft, ob das Zusammengehen mit Rußland bei den hochfahrenden Neigungen und dem gänzlichen Mangel an Verständnis für Gleichberechtigung eines Bundesgenossen nicht sehr bald unmöglich werden würde.

Aus diesen Erwägungen schließe ich, daß unser Verhalten Rußland gegenüber in erster Linie der Notwendigkeit untergeordnet sein muß, unser Bündnis mit Österreich nicht zu schädigen. Wir müssen an Österreich festhalten; tun wir das nicht, so verfällt Österreich der russischen Leitung, und letztere wird uns gegenüber übermächtig. Wir können daher dem Kaiser von Rußland nicht auf Kosten Österreichs Dinge im Orient versprechen, die uns die Freundschaft Österreichs kosten würden. Wir müssen uns die letztere erhalten. Wohl aber können wir die russische Politik gewähren lassen in Richtungen, welche für Österreich keine Lebensfrage bilden; also in der asiatischen Rich-

tung einschließlich des Schwarzen Meeres, der Meerengen und selbst Konstantinopels. Es ist möglich, daß Österreich ein Interesse hat, dies zu hindern, aber dann müßte Österreich für diese Zwecke andre Bundesgenossen finden wie uns; wir können der deutschen Nation nicht zumuten, für die Frage, wer am Bosporus regiert, einen so schweren Krieg wie den russisch-französischen zu übernehmen. Rußland würde durch Erwerbung Konstantinopels nicht stärker, sondern in sich und durch die Feindschaft Englands, unter Umständen auch Frankreichs, welche der Besitz Konstantinopels mit sich bringen würde, eher schwächer, jedenfalls weniger gefährlich für uns werden. Wir haben deshalb keinen Grund, Rußlands Streben nach den Meerengen zu hindern. Das ist dem Kaiser Alexander amtlich bekannt. Es empfiehlt sich aber für uns taktisch nicht, in Besprechung dieser Frage jetzt Rußland gegenüber eine Initiative zu ergreifen, Rußland irgendein Anerbieten zu machen oder ihm auch nur um eines Haares Breite entgegenzukommen. Jede Bereitwilligkeit dazu würde bei der russischen Überhebung so ausgelegt werden, als ob wir Rußlands guten Willen brauchten, weil wir Furcht hätten, und als ob man deshalb über uns verfügen könnte. Die russische Überhebung ist die wesentliche Ursache der Verstimmung gewesen, welche seit einem Jahrzehnt zwischen uns stattgefunden hat. Man hat uns in Petersburg die Gleichberechtigung versagt, und jedes freundschaftliche Entgegenkommen unsererseits ist aufgefaßt worden nicht wie ein Ausdruck der Freundschaft, sondern der Dienstbarkeit und nicht mit Anerkennung, sondern mit mürrischem Tadel wegen Mangels an rechtzeitigem empressement erwidert worden. Wir laufen Gefahr, diesen russischen Hochmut wiederum zu pflegen, wenn wir jetzt irgendeinen politischen Dienst leisten oder anbieten, ohne darum gebeten zu sein. Es empfiehlt sich, dem Kaiser Alexander III. den Eindruck zu machen, daß wir absolut gar nichts von Rußland erwarten, nicht einmal Zollkonzessionen oder minder bedrohliche Truppendislokationen, namentlich aber keinen politischen oder militärischen Beistand in irgendwelcher Lage, sondern daß wir durch unsere eigenen Kräfte stark genug sind, um alle Angriffe, denen wir ausgesetzt sein könnten, abwehren zu können, daß aber wir trotzdem dringend wünschen, mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben, weil wir wohl gemeinsame Interessen, monarchische und wirtschaftliche, haben, die wir in Frieden pflegen können, aber durchaus keine streitigen, die durch Krieg erledigt werden könnten. Wir müssen den Russen, wenn wir in Freundschaft mit ihnen leben wollen, den Eindruck machen, daß wir ohne sie bestehen können, sie nicht brauchen und nicht fürchten, nichts von ihnen begehren und uns auch ohne sie jeder Eventualität gewachsen fühlen. Wenn sie den Eindruck von uns haben (ohne durch die Sprache, vermöge deren er gemacht wird, sich verletzt zu fühlen), dann werden wir auf gutem Fuße mit ihnen leben können, sonst nicht. Sie müssen merken, daß

wir ihnen furchtlos und bedürfnislos gegenüberstehen, aber friedfertig und liebenswürdig, mit aller Achtung vor Kaiser Alexander und seiner Macht. Wenn unser allergnädigster Herr den Kaiser Alexander besucht, so geschieht das nicht, um diesseitige Wünsche bei Seiner Zarischen Majestät anzubringen, sondern um seitens des jüngeren befreundeten Kaisers dem älteren verwandten Nachbarn seine Liebe und seine Achtung zu beweisen. Politik ist dabei unsererseits nicht beabsichtigt. Will Kaiser Alexander solche zur Sprache bringen, so wird er die ihm bekannten freundlichen Gesinnungen wohlwollender Neutralität finden bezüglich aller russischen Bestrebungen, welche nicht Angriff auf Österreich sind.

Das Bedürfnis unseres Kaisers ist nur, durch persönlichen Verkehr das gegenseitige Vertrauen und Wohlwollen zu befestigen, damit es in schwierigen Momenten vorhanden sei und als Grundlage der Pflege der Freundschaft und des Friedens diene. Aus diesem Grunde ist es wünschenswert, daß die Monarchen sich öfter begegnen und besuchen, als es bisher der Fall gewesen und nicht ausschließlich darauf angewiesen sind, den nicht selten trügerischen und interessierten Nachrichten Glauben zu schenken, welche sie über die Intentionen und Stimmungen anderer erhalten. Soll ein solches Verhältnis angebahnt werden, so ist durchaus notwendig, daß die erste Begegnung frei bleibe von dem Versuch des einen, dem andern politische Konzessionen abzugewinnen oder ihm solche durch Anerbietungen entgegenzutragen, die von dem andern nicht erbeten wurden. Letzteres erweckt leicht Mißtrauen. Der Kaiser von Rußland weiß außerdem, daß er bei orientalischen Bestrebungen, welche Österreich nicht schädigen, auf kein Hindernis von unserer Seite stoßen würde; er weiß das amtlich, und es ist nicht nötig, ihn dessen von neuem zu versichern. Die nützliche Wirkung eines Besuchs bei Seiner Russischen Majestät würde wesentlich beeinträchtigt werden, wenn dabei entweder Wünsche diesseits zur Sprache gebracht würden, deren Erfüllung von Rußland abhängt, oder wenn die deutsche Politik durch Zusagen und Versprechungen beschwert werden würde, welche bisher nicht auf uns lasten. Der erste Besuch Seiner Majestät muß meiner Überzeugung nach ein freundschaftlicher, nachbarlicher, politisch uninteressierter sein; gerade dann wird er die beste politische Wirkung haben. Jeder Versuch, ihm ein politisches Gepräge, einen sofortigen und erkennbaren politischen Erfolg als Aufgabe zu stellen, würde gerade den politischen Erfolg, den er haben kann und soll, schädigen nicht nur nach gemeingültiger psychologischer Berechnung im menschlichen Verkehr, sondern ganz besonders nach der eigentümlichen Natur des Kaisers Alexander, der für offenes freundschaftliches Entgegenkommen sehr empfänglich, für jede Art politischer Berechnung aber empfindlich und gegen unprovoziertes Entgegenkommen sogar mißtrauisch zu sein pflegt.

Nr. 1344

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 178 St. Petersburg, den 13. Juli 1888

Baron Jomini besuchte mich gestern ohne besondere Veranlassung, anscheinend nur mit dem Wunsche zu plaudern, und sprach in einer einstündigen Konversation ausführlich seine Ansichten über die gegenwärtige Lage aus.

Die Stellung des Baron Jomini im hiesigen Auswärtigen Ministerium ist zwar nicht mehr dieselbe einflußreiche wie früher, die Äußerungen dieses gesprächigen Diplomaten dürften jedoch die in den hiesigen amtlichen Kreisen vorherrschende Stimmung im allgemeinen richtig wiedergeben und von diesem Gesichtspunkte aus nicht ohne Interesse sein.

Baron Jomini sprach sein Bedauern darüber aus, daß der serbische Zwischenfall* grade jetzt vor der bevorstehenden Monarchenbegegnung eingetreten sei. Durch die nicht zu vermeidende Berührung der Eventualität einer österreichischen Einmischung in die serbischen Angelegenheiten werde, wie er fürchte[1], ein schwieriges Moment in die in Aussicht stehenden Unterredungen hineingetragen werden. „Wir würden uns ja auf das beste verständigen können, wenn nur Österreich nicht wäre."

Ich fiel dem Baron ins Wort, indem ich sagte, ich könne seine Ansicht nicht teilen, daß die Berührung des Themas Österreich bei den Unterredungen, welche gelegentlich der eventuell bevorstehenden Begegnung unserer Souveräne stattfinden würden, besser vermieden würde. Unser Verhältnis zu Österreich sei vor aller Welt klar; wenn bei dem möglicherweise in Aussicht stehenden Gedankenaustausch von Österreich die Rede sein werde, so könne dabei nur die vermittelnde Rolle, welche wir zwischen der russischen und österreichischen Politik einnehmen, von neuem hervortreten. Sollte hierbei etwas von dem Mißtrauen, welches hier bezüglich unserer österreichischen Politik immer wieder Wurzel fasse, beseitigt werden, so könnte dies unstreitig doch nur als sehr erfreulich bezeichnet werden. Baron Jomini gab dies zu, wies aber darauf hin, daß nun einmal die Schwierigkeit in den deutsch-russischen Beziehungen in unserem Verhältnis zu Österreich liege, und daß er befürchte, diese Schwierigkeit werde nicht leicht zu beseitigen sein.

---

* Am 12. Juli war die Königin Natalie von Serbien, die sich seit längerer Zeit mit dem Kronprinzen in Wiesbaden aufhielt, von der auf Anrufung ihres Gemahls beorderten dortigen Polizeibehörde aufgefordert worden, den Kronprinzen herauszugeben. Im Verfolg des Eheskandals des serbischen Königspaars drohte die Abdankung König Milans.

„Voyez Vous", so fuhr Herr von Jomini fort, „autrefois on disait, si l'Autriche n'existait pas, il faudrait l'inventer." Zu der Zeit, da dieser Satz ausgesprochen wurde, seien die Rollen Europas anders verteilt gewesen als jetzt. Preußens Aufmerksamkeit sei durch den Rhein, Österreichs durch Italien, Rußlands durch den Orient in Anspruch genommen gewesen. Heute, wo Österreich in Italien nichts mehr zu suchen habe, seien die Augen der Habsburgischen Monarchie nach der Balkanhalbinsel hin gerichtet, und das könne Rußland auf die Dauer nicht zugeben[2]. Im Gegensatz zu dem oben zitierten Satze müsse daher heute die Vernichtung Österreichs als eine politische Notwendigkeit bezeichnet werden. Man habe öfters von einer Teilung der Interessensphären Rußlands und Österreichs auf der Balkanhalbinsel gesprochen; noch vor nicht langer Zeit habe Rußland sich bereit erklärt, Bosnien und die Herzegowina den Österreichern preiszugeben[3], wenn sich dieselben nur von der übrigen Balkanhalbinsel fernhalten wollten. Statt dessen erstrebe Österreich-Ungarn nicht nur in Serbien[4] eine dominierende Stellung, durch die Eröffnung der Bahn nach Saloniki gelange der ganze Strich bis zum Ägäischen Meere in den Bereich der österreichischen Machtsphäre, und auch damit nicht zufrieden, suche Österreich dieselbe[5] bis auf Bulgarien auszudehnen. Österreich spreche zwar immer von unabhängigen Balkanstaaten, deren selbständige Entwickelung es begünstige, in Wirklichkeit aber bedeute diese Selbständigkeit nichts anderes als die österreichische Oberherrschaft[6]. Einer solchen Politik Österreich-Ungarns, welche übrigens für diese Macht eine kurzsichtige sei, da sie schließlich die Balkanhalbinsel dem französischen und englischen Handel eröffne, könne Rußland auf die Dauer nicht gleichgiltig zusehen[7].

Rußland habe in seiner Politik der letzten zwölf Jahre unstreitig schwere, unverzeihliche Fehler begangen, und die österreichische Politik zeige ein unverkennbares Geschick in der Benutzung dieser Fehler. Rußland müsse jetzt seine Fehler damit büßen, daß es gezwungen sei, sich eine vollständige Zurückhaltung in Orientangelegenheiten aufzuerlegen. An dieser Haltung sei die russische Regierung entschlossen solange als möglich festzuhalten, sie werde sich nicht leicht dazu verleiten lassen, für Bulgarien wieder das Schwert zu ziehen. „Aber", so rief Baron Jomini mit einiger Erregung aus, „das kann ich Sie versichern, die Haltung, zu der wir jetzt verurteilt sind, ist, wenn auch teilweise selbst verschuldet, darum nicht minder demütigend, und wenn Österreich fortfährt, in der bisherigen Weise aus unserer Reserve auf der Balkanhalbinsel für sich Vorteil zu ziehen, so wird das Maß der hier gegen diese Macht herrschenden Erbitterung[8] bald voll werden und überlaufen. Das gegen Österreich angesammelte Gift ist derartig, daß ich einen russisch-österreichischen Konflikt schon heute für unvermeidlich halte. Et ce sera une guerre terrible, une lutte à mort. Was mich dabei bezüglich der Beziehungen zwischen Rußland

und Deutschland immer mit Sorgen erfüllt, ist die Erwägung, daß Ihr Verhältnis zu Österreich Sie doch nötigt, Österreichs Orientpolitik zu unterstützen. Der Satz der Thronrede Kaiser Wilhelms II., welcher bei Besprechung der Beziehungen Deutschlands zu Österreich auf das dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entsprechende Verhältnis hinweist, wie es vor 1866 bestand*, a fait dresser les oreilles ici[9]. Man hat sich der Verhandlungen zur Zeit des Krimkrieges erinnert, wo die Frage ventiliert wurde, ob nicht das Bundesverhältnis, in welchem sich Preußen zu Österreich befand, Preußen die Verpflichtung auferlege, bei einem Eintritt Österreichs in den Kampf auch an demselben teilzunehmen. Wenn nun wirklich gewissermaßen eine Rückkehr zu dem früheren Verhältnis zwischen Österreich und Preußen stattgefunden hat, und es z. B. wegen Bulgariens schließlich zum Kampfe kommen sollte, wie würde dann sich Deutschland verhalten?"

Ich verwies den Baron auf die Rede Euerer Durchlaucht vom 6. Februar d. Js.**, in der die Grenzen, innerhalb welcher Österreich auf unsere Unterstützung rechnen könnte, klar genug angedeutet seien; an unserem Standpunkte habe sich seitdem nichts geändert; ein aktives Vorgehen Österreichs auf der Balkanhalbinsel werde von uns sicherlich nicht begünstigt, geschweige denn unterstützt werden; dagegen sei ihm ebenso wie mir bekannt, daß nach Euerer Durchlaucht Ansicht Österreich-Ungarn eine gewisse Sphäre[10] zur Ausübung seines Einflusses auf der Balkanhalbinsel billigerweise zugestanden werden sollte. Ich versuchte sodann einzelne Anklagen, welche Baron Jomini gegen die österreichisch-ungarische Politik erhoben hatte, insbesondere die Behauptung, daß dieselbe ihren Einfluß auch auf Bulgarien auszudehnen trachte, zu widerlegen. An die Fabel der panslawistischen Presse, daß Prinz Ferdinand von Koburg „ein österreichischer Usurpator" sei, könne er doch gewiß selbst nicht ernstlich glauben. Baron Jomini war keineswegs geneigt, die über den Prinzen Ferdinand in der hiesigen öffentlichen Meinung verbreiteten Ansichten als Fabel zu bezeichnen: „Glauben Sie mir, die Sendung des Prinzen von Koburg war ein sehr geschicktes ungarisches Manöver. Wenn dem Wiener Kabinett nicht daran läge, den Prinzen in Bulgarien weiter schalten und walten zu lassen, so würden die Mittel zu seiner Entfernung und zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Fürstentum schon längst gefunden worden sein". Rußland würde sich jetzt in Bulgarien mit sehr

* Der Passus der bei Eröffnung des Reichstags am 25. Juni verlesenen Thronrede lautete: „Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ist öffentlich bekannt. Ich halte an demselben in deutscher Treue fest; nicht bloß, weil es geschlossen ist, sondern weil ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichtes erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war."

** Vgl. Nr. 1329, S. 279, Fußnote ***.

wenigem begnügen, an eine Wiederherstellung seines dortigen Einflusses in dem früheren Umfange denke es gar nicht. Es verlange nur Beseitigung des jetzigen illegalen Regimes, wodurch Rußland die Möglichkeit der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit dem Fürstentum gewährt würde. Das weitere werde sich dann von selbst finden. In der Wahl der Persönlichkeit eines diplomatischen Vertreters Rußlands würde man gewiß jetzt die äußerste Vorsicht üben[11]."

Auf meine Einwendung, es sei doch in hohem Grade bedauerlich, daß, wie er anzunehmen scheine, eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich außer dem Bereiche der Möglichkeit liege, während doch große vitale Interessen Rußlands bei all den vorerwähnten Fragen nicht auf dem Spiele ständen, fiel mir der Baron Jomini ins Wort und sagte: „C'est parfaitement juste, nous n'avons pas besoin de la Bulgarie, ce n'est que les détroits ou plutôt la fermeture des détroits qu'il nous faut; mais le reste est une question d'amour propre[12]". Als ich darauf erwiderte, ein Konflikt pour une question d'amour propre sollte doch zu vermeiden sein können, meinte Baron Jomini, die Schuld daran, daß dies nicht möglich sei, treffe lediglich Österreich-Ungarn. Durch die intempérances de langage im ungarischen Parlament und in der ungarischen Presse werde das russische Selbstgefühl fortwährend in einer Weise verletzt, die jetzt kaum mehr wiedergutzumachen sei. Der Baron benutzte diese Gelegenheit zu einigen Ausfällen gegen den Grafen Kálnoky, welcher nun einmal nicht die Gabe besitze, bei seinen Äußerungen vor parlamentarischen Körperschaften seine Zunge im Zaum zu halten. Ich erlaubte mir, Baron Jomini auf die sehr gemäßigte Sprache, die Graf Kálnoky bei der jüngsten Delegationssitzung* geführt habe, hinzuweisen, und sagte: Wenn die im ungarischen Parlament bei wiederholten Gelegenheiten gefallenen unvorsichtigen Äußerungen ein Hauptgrund der hier gegen Österreich entstandenen Verstimmung gewesen seien, so schiene mir diese Verstimmung doch nachlassen zu müssen, wenn, wie ja begründete Hoffnung dazu vorhanden sei, in Zukunft die Ausfälle gegen Rußland im ungarischen Parlament vermieden würden. Baron Jomini gab zu, daß Graf Kálnoky in diesem Jahre vorsichtiger gesprochen habe als in früheren; er brauchte dabei dieselben Worte, deren sich Herr von Giers neulich mir gegenüber bedient hatte: „on a en effet été plus convenable", immerhin habe der österreichisch-ungarische Minister, ohne allerdings Rußland zu nennen, von Mächten gesprochen, die den Frieden Europas bedrohen, während doch die einzige Macht, die dies wirklich tue, Österreich sei.

Ich machte den Baron Jomini darauf aufmerksam, daß, wenn auch

* Am 14. Juni 1888 hatte Graf Kálnoky im Delegationsausschuß ein Exposé über die auswärtige Politik gegeben, das zwar das Nachlassen der weltpolitischen Spannung gegenüber dem voraufgegangenen Winter betonte, aber doch darauf hinwies, daß von den Ursachen, die früher die Besorgnisse um den Weltfrieden hervorriefen, keine geschwunden sei.

die Bestrebungen der hiesigen Regierung[13] ganz ohne Zweifel auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien, doch unleugbar hier Strömungen existierten, welche offenkundig auf die Störung des Friedens hinarbeiteten. Er habe mir soeben die berechtigten griefs, welche Rußland gegen Österreich habe, aufgezählt; diesen müßten doch auch die von österreichischer Seite gegen Rußland erhobenen Beschwerden gegenüber gehalten werden. Ich brauche bloß auf die unaufhörlichen Klagen der Österreicher über die die ganze Balkanhalbinsel umfassende, in vielen Fällen von amtlichen russischen Vertretern unterstützte panslawistische Propaganda, sowie andererseits auf die Haltung der panslawistischen Presse Österreich gegenüber hinzuweisen. Baron Jomini wollte natürlich die österreichischen Anschuldigungen gegen russische Agenten nicht gelten lassen und bezeichnete dieselben als Erfindungen. Nur von Herrn Hitrowo gab er zu, daß derselbe vielleicht manchmal etwas unvorsichtig sei, im allgemeinen werde dieser Diplomat sehr verleumdet.

Wie dem auch sei, fuhr ich fort, wenn wirklich keine vitalen Interessen vorlägen, welche Rußland zu einem Kriege veranlaßten, der nach seinen im Anfange unserer Unterredung gebrauchten Worten mit der Vernichtung Österreichs endigen müßte, so gäbe es doch einen Gesichtspunkt, welcher für Rußland ebenso wie Deutschland die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie notwendig mache, nämlich die gemeinsame Abwehr der drei Kaiserreiche gegen die Revolution. Ich wies dabei darauf hin, daß die Entstehung südslawischer Republiken, welche die Zerstückelung Österreich-Ungarns unfehlbar zur Folge haben würde, schließlich für Rußland und den Bestand seiner monarchischen Institutionen noch größere Gefahren mit sich führen würde als für uns.

Baron Jomini konnte hiergegen nichts anderes einwenden, als daß Österreich-Ungarn bei seiner Unterstützung des gegenwärtigen Regimes in Bulgarien schließlich nur die Anarchie unterstütze. Alle Balkanstaaten seien schon jetzt des foyers d'anarchie und würden von Österreich-Ungarn, weil es seiner jetzigen Politik so passe, als solche unterhalten.

Was im übrigen die friedensfeindlichen Elemente in Rußland und deren Einfluß auf die russische Politik anbetreffe, so dürfe man deren Bedeutung nicht überschätzen[13]. Die Regierung besitze so viel Macht[13], daß sie sich an das Geschrei der Hetzer nicht zu kehren brauche[13]. Allerdings müsse er zugeben, daß hier manche Dinge vorkämen, die im Auslande über die hiesigen Verhältnisse falsche[14] Vorstellungen erwecken müßten. Dies sei aber zum großen Teil auf die Unnahbarkeit des Zaren und das mangelnde Verständnis des Monarchen für gewisse Dinge zurückzuführen.

„Sehen Sie z. B.", meinte Herr von Jomini, „als in diesem Frühjahr im selben Augenblick, da Boulanger wieder in Frankreich in die

Höhe zu gelangen schien, die Ernennung des Generals Bogdanowitsch als Mitglied des Konseils im Ministerium des Innern, die Dekorierung des Generals Baranow und die Wahl des Grafen Ignatiew zum Präsidenten des Slawischen Wohltätigkeitsvereins erfolgte, waren Herr von Giers und wir alle außer uns, weil wir uns wohl bewußt waren, welchen übeln Eindruck dies im Auslande machen würde. Als aber Herr von Giers den Versuch wagte, Seiner Majestät in diesem Sinne Vorstellungen zu machen, erwiderte der Zar, er begreife nicht, wie es jemandem im Auslande einfallen könne, sich darum zu kümmern, wenn er nichts anderes tue als „empêcher un pauvre[15] diable de crever de faim".

Am Schluß unseres Gesprächs kam Herr von Jomini noch von selbst auf die hiesige Presse und deren mit den Intentionen der Regierung keineswegs übereinstimmende Haltung in auswärtigen Fragen zu sprechen. „Leider", rief Baron Jomini aus, „hat man die Presse, um sie zu verhindern, sich mit inneren Angelegenheiten zu befassen, dazu ermutigt, sich viel mehr, als wünschenswert ist, mit der auswärtigen Politik zu beschäftigen[16]". F. Pourtalès

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
1 [„fürchte" eingeklammert dafür:] „hoffe!"
2 u[nd] früher? Prinz Eugen? Joseph II.? Rußland ist anspruchvoller geworden u[nd] will das Ganze
3 u[nd] Serbien?
4 natürlich!
5 zu Unrecht
6 !?
7 warum denn nicht?
8 das war nach dem Krimkrieg (1859) noch viel stärker wie heut!
9 gut!
10 Serbien!
11 ??
12 asiatischer Selbstüberschätzung
13 ?
14 [„falsche" eingeklammert]
15 [„pauvre" eingeklammert]
16 davon muß man die Consequenzen tragen!

Nr. 1345

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Peterhof

Reinschrift. Teilweise eigenhändig

Peterhof, den 22. Juli 1888

Als ich Herrn von Giers vorgestern meinen Besuch machte*, bewegte sich unsere Unterhaltung während der ersten Viertelstunde

* Vgl. Nr. 1343, Fußnote.

im Rahmen verbindlicher Gemeinplätze über das Erfreuliche des kaiserlichen Besuches. Ich hob dabei hervor, daß ich mir für die Zukunft eine ersprießliche Wirkung von den persönlichen Beziehungen unserer Kaiser im Sinne der Stärkung der Dynastien und des Friedens verspräche, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wiederholte Begegnungen der beiden Monarchen diese Wirkung immer mehr verstärken würden.

Herr von Giers schien erwartet zu haben, daß ich die Initiative zur Berührung politischer Fragen ergreifen würde.

Ich schloß das aus einer gewissen Verlegenheit im Ton, mit der er schließlich zögernd sagte: „In Anbetracht unserer beiderseitigen amtlichen Stellung werden wir es doch nicht vermeiden können, politische Themata zu abordieren, und da möchte ich mich zunächst dahin aussprechen, daß die gegenwärtige allgemeine politische Lage mir mehr Anlaß zur Zufriedenheit gibt als seit langer Zeit. Die Situation in Bulgarien ist für uns noch nicht voll befriedigend; wir werden aber keine Initiative ergreifen, um dort Wandel zu schaffen; es fehlen dazu die Vorbedingungen und die Handhaben. Den Prinzen Ferdinand von Koburg können wir niemals anerkennen; wir werden uns ihm gegenüber aber passiv verhalten und abwarten, bis er sich verbraucht hat. Dieses würde voraussichtlich bald eintreten, wenn die österreichische Regierung sich um Bulgarien ebensowenig kümmern wollte, wie die deutsche es tut.

Als ich hier einschaltete, daß meines Wissens Österreich sich mit Bezug auf Bulgarien in letzter Zeit doch ganz korrekt benommen, und daß auch Graf Kálnoky in den Delegationen alles vermieden hätte, was wie eine unberechtigte Einmischung in die bulgarischen Angelegenheiten hätte ausgelegt werden können, meinte Herr von Giers: „Dem äußern Anschein nach haben Sie wohl recht, und ich vermag Ihnen im einzelnen nicht positive amtliche Handlungen der österreichischen Regierung anzuführen, über welche ich mich beschweren müßte. Immerhin hat Graf Kálnoky in den Delegationen im Hinblick auf bestimmte Maßnahmen vom „Feinde" gesprochen, und dieser Feind kann für Österreich nur Rußland sein[1]. Wenn Deutschland sich militärisch stärkt, so begreift das jedermann bei der Unsicherheit seiner Beziehungen zu Frankreich; Österreich aber kann mit keiner andern Macht als mit uns in Händel geraten[2], und insofern war die Qualifizierung als „Feind" immerhin unverbindlich*. Außerdem wirkt in Bulgarien österreichischer Einfluß unter der Oberfläche. Da wir dort keine Vertretung haben, so erhalte ich seit Jahr und Tag keine amtlichen Berichte über bulgarische Zustände und bin infolgedessen wenig informiert[3]. Soviel wissen wir aber doch, daß in Bulgarien allgemein der Einfluß des österreichischen Vertreters Burian maßgebend ist, und daß Herr Burian diesen Einfluß reichlich ausübt. Es ist nicht zu verwundern, daß wir hierüber ein malaise empfinden, zumal wir

---

* Vgl. Nr. 1344, S. 318, Fußnote.

uns in Serbien gänzlich zurückhalten. In dieser Beziehung steht die Partie nicht egal; österreichischerseits fehlt das fair play[4]. Alle Versicherungen des Grafen Kálnoky nutzen uns nichts, solange die österreichische Vertretung in Sofia nicht andere Richtschnuren für ihre Handlungen einnimmt. Wir müssen doch immer den Moment des Verschwindens des Koburgers im Auge behalten und würden in keiner annehmbaren Situation sein, wenn beim Eintritt desselben es sich herausstellte, daß alle gewaltigen Opfer an Blut und Geld im letzten Türkenkriege umsonst gewesen sind und sogar der Stärkung des österreichischen Einflusses zugute kommen".

Im ganzen war die Tonart des Ministers bezüglich Bulgariens dieselbe, welche in dem anliegenden Berichte des Botschafters von Schweinitz vom 20. cr. wiedergegeben ist. Herr von Giers schloß seine bulgarischen Auseinandersetzungen damit, daß er sagte: „Vous verrez que l'Empereur Vous parlera dans le même sens, car l'Autriche est son ‚dada'; Sa Majesté a personnellement confiance en l'Empereur François Joseph, mais il se méfie de la politique autrichienne en général".

Ich bemerkte nur, daß wir als Freunde Rußlands das Unbehagen beklagten, welches Bulgarien unserm Nachbar verursache. Sei die russische Regierung aber so unzufrieden mit den dortigen Zuständen, daß sie dieselben für dauernd unannehmbar hielte, so müßte sie ihrerseits Maßregeln vorbereiten und Vorschläge machen, welche geeignet seien, Remedur zu schaffen. Wir könnten uns nicht Rußlands Kopf darüber zerbrechen, was es in bezug auf Bulgarien zu tun hätte. Unseres moralischen und diplomatischen Beistandes sei Rußland immer gewiß, wenn es die Initiative ergreifen wollte, um in Bulgarien Zustände herbeizuführen, welche dem Geiste des Berliner Vertrages und unseren Verabredungen entsprächen; dieser Spielraum sei ein sehr weiter; Rußland müsse verstehen, denselben wahrzunehmen, und es entspräche seiner Großmachtsstellung nicht, sich lediglich der etwaigen Einfälle fremder Staatsmänner bedienen zu wollen. Wir wären schon räumlich in der Unmöglichkeit, in Bulgarien etwas initiativ für Rußland zu tun. Daß unsere Unterstützung ihm stets gewiß wäre, habe er aber noch Ende Februar d. Js. sehen können, wo wir uns Rußlands Dank verdienten durch unsern Anschluß an die Demarche in Konstantinopel, welche den Sultan zur Stellungnahme gegen den Koburger veranlaßte. Wenn wir etwa Schwierigkeiten mit der Schweiz hätten, welche für Rußland ebenso unerreichbar wäre wie Bulgarien für uns, so würden wir sofort nach eigenem Plan verfahren und für Rußlands demnächstige diplomatische Unterstützung sehr dankbar sein, niemals aber uns einfallen lassen, die Hände in den Schoß zu legen in der unberechtigten Erwartung, daß eine fremde Großmacht unsere Geschäfte besorgen solle[5].

Herr von Giers bemerkte hierauf mit einem Seufzer, daß meine Äußerung wohl zutreffend sei, daß aber Rußland doch nicht anders als

abwartend verfahren könne. „Und doch,“ setzte er hinzu, „wäre es so schön, wenn nur der Koburger verschwinden wollte; wir könnten uns dann jahrelang einer ungetrübten Ruhe erfreuen. Le Cobourg est toujours une épine dans notre chair; nous tâchons de l'oublier, mais du moment que nous jetons les yeux sur la Bulgarie, nous sentons toujours l'épine et nous sommes pas à même de la retirer“. Als ich diesem schwächlichen Ausbruch von hülfloser Impotenz nur Schweigen entgegensetzte, ließ Giers das Thema fallen und ging auf Serbien über. „Ich habe die größte Besorgnis“, — sagte er — „daß Österreich sich gelegentlich veranlaßt sehn könnte, in Serbien einzurücken, dies würde uns in die denkbar schwierigste Lage bringen, denn wir könnten einen solchen Gewaltakt nicht ruhig geschehn lassen“.

Ich erwiderte: „Weshalb beschweren Sie sich mit Sorgen, die nicht aktuell sind? Österreich denkt nicht daran, Serbien zu besetzen, da dazu auch nicht die mindeste Veranlassung vorliegt. Nachdem jetzt der Zwist zwischen König und Königin bewiesen hat, daß letztere gar keinen Anhang in Serbien hat, da der Austrag der Differenz trotz recht ungeschickter Handhabung seitens der serbischen Organe auch nicht die geringste Erschütterung in Serbien hervorgerufen hat, so ist daraus zu schließen, daß König Milan fester sitzt denn zuvor, und daß Komplikationen für ihn nicht einzutreten brauchen, solange sein Sohn minorenn bleibt“. Herr von Giers hatte dem nichts entgegenzusetzen, sprach aber doch noch eine ganze Weile über Serbien und betonte besonders, wie nichts mehr Rußlands friedliche Dispositionen beweise als sein Verfahren in Serbien: der russische Gesandte in Belgrad* erhalte eine Instruktion nach der andern, daß er sich vollkommen effazieren und jeder Komplikation vorbeugen solle: „je ne fais qu'écrire à Persiani: calmez, calmez avant tout; pourquoi Kálnoky ne pense-t-il faire autant par rapport à l'attitude de Burian à Sofia?“

Als Giers sah, daß ich keine Anstalten machte, auf seine rethorische Frage weiter einzugehen, ging er auf die Presse und die wirtschaftlichen Beziehungen unserer Reiche über: er gab die schönsten Versicherungen bezüglich seiner Bemühungen in preßlicher Hinsicht ab. Ich räumte ein, daß es in letzter Zeit allerdings mit der Deutschenhetze in den russischen Zeitungen etwas besser geworden sei: es hieße aber da wie überall „men, not measures“, und solange ein so erschöpfter Greis wie Tolstoi Innerer Minister bliebe, sei auf dauernden Wandel schwerlich zu hoffen. Dies war Herrn von Giers augenscheinlich aus der Seele gesprochen, er begleitete meine Äußerung mit einem klagenden Aufblick seiner matten Augen und begann demnächst einen Panegyrikus auf den anderen Kollegen, Wyschnegradski**. Letzterer beschäftige sich schon seit längerer Zeit mit der Frage der Verbesserung

---

* Staatsrat Persiani.
** Minister der Finanzen.

unserer zollpolitischen Beziehungen: er studiere jetzt unser Zollsystem, welches mit seinen vorzüglichen Beamten und Einrichtungen so unendlich viel besser sei als das mit ungebildeten und betrügerischen Organen operierende russische. Er habe ein umfangreiches Promemoria ausgearbeitet, welches Herr von Giers gelesen und im Schubfach zu haben behauptete. Herr von Giers meinte, es sei darin nachgewiesen, daß die Verschiedenheit der Kohlenzölle eine differentielle Behandlung Deutschlands tatsächlich nicht in sich schlösse[3]: „leider verstehe ich zu wenig von diesen Dingen, um mit Ihnen darüber amtlich sprechen zu können. Wir wünschen aber noch im Laufe dieses Jahres auf Grund der Anschauungen meines Finanzkollegen Verhandlungen mit Ihnen anzubahnen[6], denn die Zollplackereien sind nicht nur lästig, sondern beeinflussen auch bei dem hochgetriebenen wirtschaftlichen Kampfe unsrer Zeit die politischen Auffassungen der Völker“.

Ich erwiderte: „Wir werden selbstverständlich Anträge, die von Ihnen in wirtschaftlicher Hinsicht kommen, mit aller Rücksicht aufnehmen und prüfen; sollten dieselben aber zu nichts führen, so möchte ich doch schon jetzt hervorheben, daß die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen großer Staaten an sich miteinander nichts zu tun haben. Wir haben zur Zeit der intimsten Beziehungen zwischen Preußen und Rußland stets über wirtschaftliche Schwierigkeiten zu klagen gehabt, die sogar vor mehr als 60 Jahren zwischen den damals in engster Freundschaft stehenden Monarchen zu Sperrmaßregeln führten, von denen wir jetzt weit entfernt sind: es hat dies auf die Innigkeit des politischen Zusammenhaltens niemals zurückgewirkt und braucht das auch jetzt nicht zu tun. Wir stehen der Frage eines wirtschaftlichen Ausgleiches sehr kühl gegenüber, da wir nach Rußland hin kaum noch etwas zu verlieren haben. Der russische Export nach Deutschland ist noch heute etwa dreifach so groß als umgekehrt, und aller Schaden, den Sie uns in dieser Hinsicht zufügen könnten, ist uns bereits angetan; wir haben uns darauf eingerichtet und andere Absatzgebiete gefunden, in denen wir erfolgreich mit England konkurrieren, und die eine noch vielversprechende Zukunft verheißen. Demgegenüber fallen die wenigen Millionen, deren Wert wir jetzt noch nach Rußland einführen, nicht in Betracht“.

Herr von Giers schien auf die von mir angeschlagene Tonart nicht gefaßt gewesen zu sein; er rückte verlegen auf seinem Stuhl und brachte schließlich heraus: „aber wir leiden unter den jetzigen Verhältnissen, unsre Zölle sind teilweise zu hoch gespannt, sodaß sie uns selbst schädigen, und wir wünschen auf einen doch sicher für beide Teile fruchtbringenden Ausgleich und Austausch zu kommen“. Als ob er fürchtete, zuviel gesagt zu haben, gab er dann noch einmal mit stotternder Hast die überflüssige Versicherung ab, daß ihm diese Materie fremd sei, und daß er deshalb eigentlich nur en amateur darüber sprechen könnte. —

Ich ging hierauf noch einmal auf die großen Vorzüge der Kaiserentrevue über und machte Anstalten, mich zu empfehlen. Herr von Giers bat mich aber, noch zu verweilen, und kam mit beträchtlichen Umschweifen auf die ihm von Graf Schuwalow eingegebene Idee der Publikation gewisser Verabredungen* zu reden: als ich ihn interessiert, aber wortlos ansah, fragte er direkt: „Was ist denn Ihre Meinung darüber?“ Ich antwortete, ich glaube nicht, daß bei uns irgendwelche Bedenken gegen Graf Schuwalows Idee obwalten würden; wenn Herr von Giers einen diesbezüglichen Antrag stellen wolle, so würde unsere Zustimmung ihm gewiß sein.

Giers meinte darauf: „C'est pourtant une grosse affaire, je dois Vous dire que l'idée m'effarouche. Il faudrait au moins encore quelques mois de réflection, car aujourd'hui je ne peux pas me former une opinion sur l'effet qu'une telle publication produirait“. Ich replizierte: „Faites comme Vous voudrez; nous sommes contents de nos relations actuels et nous avons entière confiance en l'Empereur Alexandre, dont il me parait que nous pouvons très-bien ajourner cette question“. Wahrscheinlich war Giers auf diesen gleichgültigen Ton nicht gefaßt: er sprach zunächst unzusammenhängend von der Wichtigkeit und der Bedeutung eines secret, ging dann mit einem salto mortale auf die Ängstlichkeit und Unberechenbarkeit des Sultans über und drückte seine Besorgnis aus, England könne gelegentlich unter einem jungen unternehmenden Minister einen ähnlichen Gewaltstreich angesichts des unvorbereiteten Europas gegen Konstantinopel ausführen wie 1882 gegen Alexandrien und Ägypten. Die guten Früchte jenes 1882er Gewaltstreichs könnten England einmal zu einer Wiederholung einer so brüsken Politik auffordern, und dies würde doch sehr gefährlich werden können.

Ich hielt es nicht für nützlich, dieser Illusion des Herrn von Giers über den englischen Unternehmungsgeist entgegenzutreten, und beschränkte mich auf die Bemerkung, daß solche Möglichkeit allerdings nicht ausgeschlossen sei. —

Der Zar hat trotz Giers' Prophezeiung in meiner Audienz, über die ich noch berichten werde, seines „dada“ Österreich gar nicht gedacht: vermutlich hat also Giers, den ich im Vorzimmer nach seinem Vortrag sprach, ihm dies ausgeredet. H. Bismarck

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Warum?

2 es hat noch keinen russ[ischen] Krieg geführt, wohl aber viele französ[ische] u[nd] einige ital[ienische], auch türkische

3 ?

4 u[nd] Hitrowo?

5 sehr richtig

6 wird zu nichts führen

---

* Näheres über die Schuwalowsche Idee einer Veröffentlichung des Rückversicherungsvertrags ist in den Akten nicht enthalten.

Nr. 1346

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. an Bord S. M. Y. „Hohenzollern“

Eigenhändig

S. M. J. „Hohenzollern“, den 25. Juli 1888

Am Sonntag, den 22. cr. hatte ich die Ehre, von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland in Privataudienz empfangen zu werden.

Ich hatte Herrn von Giers am Tage unserer Ankunft gesagt, daß ich sehr glücklich sein würde, dem Zaren persönlich meine Aufwartung machen zu dürfen, und erhielt am 21. abends ein Schreiben des Ministers, welches mich für den nächsten Nachmittag auf 3 Uhr in die kaiserliche Villa Alexandrie bestellte.

Als ich dort kurz vor der festgesetzten Zeit eintraf, wurde mir gesagt, daß Herr von Giers noch Vortrag beim Zaren hatte: wenige Minuten später erschien der Minister selbst im Vorzimmer, um mir zu sagen, daß sein Herr mich erwarte, und der kaiserliche Kammerdiener führte mich durch das Schlafzimmer des Zaren in dessen verhältnismäßig kleines und anspruchsloses Arbeitskabinett. Wenn diese petite entrée, bei der Hofbeamte und Adjutanten garnicht zu sehen waren, in mir von vornherein den angenehmen Eindruck erweckte, daß der Zar mir die besondere Auszeichnung eines ganz vertraulichen Empfanges zuteil werden lassen wollte, so wurde dieser Eindruck noch wesentlich verstärkt, als in der geöffneten Tür der Zar mir mit wohlwollendstem Ton in der Begrüßung gleich die Hand reichte und mir an einem kleinen Tisch, auf dessen anderer Seite er Platz nahm, einen Stuhl anwies, indem er mit Hindeutung auf sein augenscheinlich sehr bequem sitzendes graues Jackett lächelnd sagte: „Entschuldigen Sie diesen unzeremoniellen Empfang, ich wollte mit Ihnen aber ganz sans gêne sprechen“. Ich brachte demgegenüber in angemessener Form meinen untertänigsten Dank zum Ausdruck, mit dem ich diesen hohen Beweis von Vertrauen zu würdigen wisse, und Kaiser Alexander ging dann sofort auf die Berliner Wandlungen seit Anfang März d. Js. über: Er sprach mit Weichheit und Verehrung vom Andenken Kaiser Wilhelms I., mit aufrichtiger Teilnahme vom tragischen Schicksal Kaiser Friedrichs und faßte sich dahin zusammen, daß die Zeit seit dem Tode des Kaisers Wilhelm für Deutschland eine schwere und speziell für den Reichskanzler eine mühevolle gewesen sein müsse. Auf meine zustimmende Verneigung ging der Zar demnächst mit warmen Worten auf unseres jetzt regierenden Kaisers Majestät über, allerhöchstdessen Besuch ihn so sehr erfreue: letzterer würde vortrefflich auf die öffentliche Meinung in Rußland wirken und mächtig dazu beitragen, alle albernen und böswillig vertriebenen Gerüchte von Beunruhigung des europäischen Friedens durch russisch-deutsche Divergenzen zum

Schweigen zu bringen: Kaiser Wilhelm II. habe es in der kurzen Zeit seiner Regierung schon verstanden, überall Achtung und Vertrauen einzuflößen und durch sein Auftreten alle Verleumder, die Seiner Majestät die abenteuerlichsten Pläne angedichtet hätten, Lügen zu strafen. Besonders erfreulich sei für das Deutsche Reich die glatte Art gewesen, in der sich die Thronbesteigung des dritten Deutschen Kaisers vollzogen habe: „Nous avions cru ici que pour l'Allemagne et pour la dignité d'Empereur les choses n'avaient pas été définitivement réglées à Versailles et que les princes allemands s'étaient simplement entendus de conférer la couronne impériale au roi Guillaume et à son successeur, mais pas au delà". Ich erwiderte dem Zaren, daß dies ein fundamentaler Irrtum sei, und daß die Leute, die ihm jene falschen Angaben gemacht hätten, nie einen Blick in die Reichsverfassung geworfen haben müßten, welche expressis verbis die deutsche Kaiserwürde erblich an das preußische Königshaus knüpfe. „So," sagte der Zar, „das habe ich nicht gewußt: man hatte mir gesagt, daß jetzt wohl die Reihe der Kaiserkrone nach der Anziennetät an ein anderes deutsches Königshaus kommen würde, weil Erblichkeit für Preußen nicht vorgesehn sei; ich weiß nicht, wie Preußen in der Anziennetät der deutschen Könige steht, und war deshalb darauf gefaßt, daß Wilhelm II. Schwierigkeiten in Deutschland haben würde".

Ich erklärte dem Zaren hierauf, daß von den vier Königen in Deutschland nur der preußische Monarch ein König aus eigener Souveränität sei und die aus eigener Kraft stammende Krone über 100 Jahre länger trage als die von Napoleons Gnaden aus dem Unglücksjahre 1806 datierenden, ursprünglich französischen Vasallenfürsten Bayerns, Sachsens und Württembergs. Der Kurfürst von Sachsen sei allerdings ausgangs des 17. Jahrhunderts König von Polen geworden, und da sein Sohn ihm in dieser Stellung folgte, würden die dem Zaren gemachten irrigen Angaben vielleicht auf eine oberflächliche Bekanntschaft mit diesem historischen Faktum zurückzuführen sein. Da wir einmal bei diesem Kapitel waren, so benutzte ich die Gelegenheit, um den deutschen Fürsten ein gutes Zeugnis auszustellen und dem Zaren auseinanderzusetzen, wie die konservative Stärke Deutschlands in erster Linie auf der loyalen Bundestreue der Reichsfürsten beruhe. Letztere hätten seit Aufrichtung des Reiches sämtlich erkannt, daß das feste Zusammenhalten der Reichsglieder den einzigen sicheren Schutzwall gegen die radikalen Nivellierungsbedürfnisse und Bedrohung der monarchischen Kronrechte bilde, und hätten dieser ihrer Überzeugung durch die großartige Demonstration ihres einmütigen Erscheinens bei der Reichstagseröffnung einen so eklatanten Ausdruck gegeben, daß das Reichsgebäude jetzt fester gefügt als je dastehe.

Der Zar erkannte dies an und gab zu verstehen, daß jenes Entgegenkommen der Reichsfürsten ihn überrascht habe: Er äußerte aber seine Zustimmung, wie ich von der notwendigen Stärkung des monar-

chischen Prinzips gegen die überall solidarischen Bestrebungen des radikalen Republikanismus sprach und mir dabei eine kurze Abschweifung über die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenstehens der alten europäischen Monarchien überhaupt erlaubte.

Ich wiederholte hierbei die alte Wahrheit, daß die 3 Kaiser viel mehr an die Revolution zu verlieren hätten, als sie je voneinander gewinnen könnten, und streifte flüchtig die subversive Tätigkeit der Presse, welche es den monarchischen Regierungen häufig unnötig erschwere, die von ihnen gewünschten guten und friedlichen Beziehungen erfolgreich zu kultivieren. Kaiser Alexander nickte dazu lächelnd und sagte: „Ja, die Presse war im Winter de part et d'autre recht widerwärtig, jetzt ist sie aber ruhig, und ich hoffe, es wird so bleiben". —

Seine Majestät fragte mich dann ohne weiteren Übergang: „Wie sind denn jetzt die Beziehungen zwischen Ihrem Kaiser und der Kaiserin Viktoria? Ich höre, sie sollen sich ganz befriedigend gestaltet haben".

Ich erwiderte: „Nach außen und auf der Oberfläche ja; der Kaiser spricht von seiner Mutter stets dans les termes les plus respectueux und hat es seinerseits an nichts fehlen lassen, um der verwitweten Kaiserin entgegenzukommen. Tatsächlich besteht in diesen allerhöchsten Beziehungen aber eine meiner Meinung nach schwer zu beseitigende Entfremdung et tous les torts sont du côté de l'Impératrice douairière". Als ich hier einhielt, blickte mich der Zar sichtlich interessiert und auffordernd an; da ich nun wußte, daß Seiner Majestät früher in böswilliger Weise, um unseren allerhöchsten Herrn bei ihm in ein ungünstiges Licht zu stellen, alle möglichen Unwahrheiten über dieses Verhältnis vorgespiegelt waren, so schien es mir zweckentsprechend, etwaige noch vorhandene Zweifel nachdrücklich auszutilgen, und ich sagte: „Wenn Euere Majestät mir gestatten wollen, ganz intim und im Vertrauen auf Euerer Majestät Diskretion zu sprechen, so darf ich die Erklärung für das vorhin Gesagte damit geben, daß Ihre Majestät die Kaiserin Viktoria sich ganz als Engländerin fühlt, daß sie als ihren jetzt verfehlten Lebenszweck betrachtete, als solche möglichst lange das ihr unsympathische Deutschland zu regieren, und daß sie meinem jetzigen Herrn niemals das entgegengebracht hat, was man im gewöhnlichen Leben unter mütterlichen Gefühlen versteht". Wie ich wieder einen Moment schwieg, tat der Zar einen kleinen Zug aus einem vor ihm stehenden silbernen Kruge, entzündete eine Zigarette und sagte: „Ce que Vous me dites là m'intéresse beaucoup; je Vous prie de continuer, Vous pouvez compter absolument sur ma discrétion. J'ai déjà depuis quelque temps eu l'impression, que le pauvre Empereur Frédéric pour lequel j'avais la plus grande amitié, n'a été qu'un instrument sans volonté dans les mains de sa femme, mais je tiens beaucoup à en savoir plus long sur les péripéties de son court règne".

Als ich sah, daß der Zar, welcher bei den letzten Worten seine

Zigarettentasche vor sich hingelegt hatte, einen längeren compte-rendu erwartete, so holte ich etwas weit aus und gab zunächst eine gedrängte Schilderung von der Haltung der verschiedenen Mitglieder unserer allerhöchsten Familie in der Battenberg-Angelegenheit*, von dem Eingreifen der englischen Familie in dieselbe und von den systematischen Bemühungen der Kaiserin Viktoria, den Kaiser Friedrich gegen unseren jetzigen Herrn einzunehmen. Dies datiere Jahr und Tag zurück und sei leider nicht immer erfolglos gewesen.

Kaiser Wilhelm II. habe mir vor längerer Zeit einmal selbst gesagt, als er von seinen fruchtlosen Bemühungen bei seiner hohen Mutter sprach: Ich sehe, daß alles, was ich tun kann, vergeblich sein wird: wir stehen auf anderen Basen, meine Mutter bleibt immer Engländerin, und ich bin Preuße, wie sollen wir da kongruieren?

Der Zar schaltete hier mit beifälligem Lächeln ein: „Ceci, je le crois bien, comment Votre Empereur pourrait-il gouverner l'Allemagne d'après les besoins de l'Angleterre; si c'est comme ça, il est évident, que toute entente est impossible; c'est une pétition de principe“.

Meine weiteren Angaben unterbrach der Zar wiederholt durch zustimmende Interjektionen und kleine Erläuterungen. Als ich der seinerzeit für das Osterfest bereits ergangenen, nachher revozierten Einladung des Prinzen A. von Battenberg nach Charlottenburg erwähnte* und die Annahme als eine sehr ungewöhnliche bezeichnete, daß bei der Prinzessin Viktoria eine unüberwindliche Neigung für jenen Prinzen bestehen solle, nachdem Ihre Königliche Hoheit ihn nur einmal vor zirka viereinhalb Jahren ganz kurz gesehn habe, pflichtete der Zar mir bei, indem er sagte: „Cette obstination pour le mariage dont Vous parlez m'étonne d'autant plus, comme je sais de source sûre, mais absolument sûre, que le prince de Bulgarie lui-même ne désire nullement s'allier à la princesse Victoria, et ce serait donc peu digne de l'obliger de paraître devant l'autel contre son propre désir“. Ich hatte bei dem Wort „Bulgarie“ mit keiner Wimper gezuckt; es mußte dem Zaren aber doch selbst ins Ohr gefallen sein, denn nach Beendigung seines Satzes sagte er mit einem Anfluge von Heiterkeit: „Pardon, je viens de dire Bulgarie; j'aurais dû l'appeler le Battenberg“.

Ich verneigte mich und bestätigte, daß le Battenberg in der Tat nicht die geringste Neigung zu der nur von der Kaiserin Viktoria betriebenen Vermählung habe: er sei aber schwach, unaufrichtig und geldbedürftig, und wenn die Kaiserin Viktoria ihm statt nur drei Millionen deren zehn zu bieten vermöchte, so würde er wohl zugreifen. Mit 100—120000 Mark Jahresrente würde er eine Hofhaltung mit einer preußischen Prinzeß aber nicht führen können.

Der Zar wußte nicht von dem 1885er Entsagungsbrief des Prin-

---

* Vgl. Kap. XLII, Nr. 1330 ff.

zen A. Battenberg* und fand sein Verhalten danach um so doppelzüngiger. Es war Seiner Majestät entschieden angenehm zu hören, wie unser Herr die Sache rasch und energisch zu Ende geführt**, und er erklärte, daß er vollkommen begriffe, wie Kaiser Wilhelm auch abgesehn von der politischen Seite der Frage nicht zugeben wolle, daß eine preußische Prinzeß bis zu einem Battenberg hinabsteige.

Mit wiederholtem mißbilligenden Kopfschütteln hörte der Zar an, was ich über die Rolle der englischen Ärzte, über die Krankenpflege, über die Zwecke der Beschönigungen, über die Geschäftsbehandlung, sowie über das Gebaren der englisch-freisinnigen Kamarilla erzählte. Seine Majestät meinte schließlich: „Je crois bien que Vous devez avoir le sentiment d'être débarassés d'un cauchemar depuis l'avènement de Guillaume. Je n'ai pas sû que l'Empereur Frédéric avait tellement été réduit sous tout rapport quoique Schouwaloff m'avait bien informé sur les progrès de la maladie."

Als dieser Gegenstand verlassen wurde, ging der Zar zu unseren ökonomischen Beziehungen über, deren Besserung und vernünftige Behandlung er wünsche. Er sprach mir in ähnlichem Sinne wie Giers von Wyschnegradskis Bemühungen in dieser Richtung und schien es für nützlich zu halten, daß wir einen Handelsvertrag miteinander schlössen, „sei es auch zum Beginne nur ein ganz oberflächlicher von wenigen Artikeln". Er habe zu seiner Verwunderung gehört, daß, obgleich die Geschichte der Handelsverträge eine vielhundertjährige sei, Rußland niemals einen solchen mit Preußen gehabt habe. Die Akten der letzten 30 Jahre hätten ergeben, daß alle Anregungen zu kommerziellen Verabredungen stets a limine abgewiesen seien mit der einfachen Motivierung „Kaiser Nikolaus habe nie einen Vertrag gewollt". Dies fände er absurd, es sei kein sachlicher Grund, und er würde der Sache sein persönliches Interesse widmen. Ich bemerkte, daß bei etwaigem Eintritt in Verhandlungen jeder Staat selbstverständlich sein eigenes Interesse voranstellen müsse: Besprechungen über kommerzielle Verabredungen würden wir aber gewiß nicht ablehnen, nur müsse man sich von vornherein darüber klar sein, daß es kein Anlaß zu einer politischen Verstimmung sei, wenn derartige Besprechungen etwa resultatlos verlaufen sollten. pp.

Der Zar hatte mich vorher gefragt, mit welchen Eindrücken der Prinz von Wales von Berlin geschieden wäre. Ich hatte dabei von den Walesschen Demarchen für Cumberland absichtlich nichts gesagt, um den Zaren nicht darauf zu bringen, und hatte mich begnügt, zu erwähnen, daß der Prince von Wales unseren Kaiser durch lästige Ratschläge behelligt habe, die abgelehnt wurden, und daß er hierüber wie

---

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXIII, Nr. 1030, S. 162, Fußnote.
** Vgl. Nr. 1337, S. 294, Fußnote *.

über die wahrheitsgemäßen Angaben des Reichskanzlers bezüglich der Regierungsunfähigkeit Kaiser Friedrichs verstimmt gewesen sei*.

Ich fügte hinzu, daß ich dies ganz vertraulich von dem englischen Botschafter erfahren hätte, und ließ nun auch einfließen, daß der Prinz von Wales alle möglichen Wünsche bezüglich Cumberlands durch seine Frau und direkt zur Sprache gebracht habe. Die fin de non recevoir, welche ihm hätte aus Staatsraison entgegengesetzt werden müssen, habe dem Prinzen augenscheinlich das peinliche Gefühl erweckt, daß er zu weit gegangen sei.

„In der englischen Familie und ihren nächsten Abzweigungen" — fuhr ich fort — „besteht eine Art Kultus des reinen Familienprinzips, und die Königin Viktoria wird als eine Art absoluter Chef aller Glieder des Koburgschen Stammes und seiner Abzweigungen angesehn. Es hängt dies mit Testamentskodizillen zusammen, welche dem gehorsamen Verwandten aus der Ferne gezeigt werden (hier lachte der Zar aus ganzem Herzen). Außerdem ist aber die traditionelle englische Politik, auf dem Kontinent Zwist und Streit zu stiften und zum Frommen Englands die anderen Großmächte zu verhetzen. In diesem Sinne hat im vorigen Herbst der Prinz von Wales direkt und durch ihm zur Verfügung stehende Kanäle unseren jetzigen Kaiser bei Ew. Majestät angeschwärzt, um gegenseitiges Mißtrauen zu wecken, und hat die Queen 3 Tage vor unserer Abreise an Kaiser Wilhelm geschrieben, um ihm von der Fahrt hierher dringend abzuraten. Seine Majestät ist dieser ungebetenen Bevormundungen aber satt und hat der Queen so

* Die nachprüfende Geschichtsforschung wird sich das absprechende Urteil über den Prinzen von Wales, späteren König Eduard VII., der im Mai bei der Hochzeit des Prinzen Heinrich und im Juni bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Kaiser Friedrich III. in Berlin weilte, nicht ohne weiteres aneignen können. Die Ratschläge des Prinzen zugunsten seines Schwagers, des Herzogs Ernst August von Cumberland zu Braunschweig und Lüneburg, haben ihre innere Rechtfertigung durch die spätere Wandlung Kaiser Wilhelms II. in Sachen des Welfenfonds, der braunschweigischen Thronfolgefrage usw. erfahren. Auch die Äußerungen, die der Prinz von Wales unter Berufung auf Ansichten und Absichten des verstorbenen Kaisers Friedrich in der Richtung einer Verständigung Deutschlands mit Frankreich in der Elsaß-Lothringischen Frage (Abtretung der französisch-sprachlichen Bezirke Lothringens?) in vielleicht nicht eben geschickter Weise in Berlin tat, wird man im Lichte der seitherigen Weltgeschehnisse milder beurteilen dürfen, als es 1888 am Kaiserlichen Hofe geschah. Kaiser Wilhelm II. hat damals der Erregung über die Äußerungen seines Oheims scharfen Ausdruck in der Rede verliehen, die er am 16. August in Frankfurt a. O. bei Gelegenheit der Enthüllung des Denkmals für den Prinzen Friedrich Karl hielt, und die mit den Worten schloß, „daß wir lieber unsre gesamten achtzehn Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Wahlstatt liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und der Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten". Ob an den angeblichen Absichten Kaiser Friedrichs III., in denen Wilhelm II. eine Beschimpfung des Andenkens seines Vaters sehen wollte, etwas Wahres gewesen ist, läßt sich aus den Akten des Auswärtigen Amts nicht entnehmen.

klar geantwortet, daß eine Wiederholung derselben wohl kaum stattfinden dürfte“.

Der Zar hörte dies mit Befriedigung, widersprach auch mit keinem Wort meiner Anklage des Prinzen von Wales. (Nachher bestätigte mir Großfürst Wladimir ausdrücklich, er wisse bestimmt, daß der Prince of Wales gegen unseren Herrn gewirkt habe). pp.

Als der Zar sich erhob, fragte er mich nach dem Befinden des Reichskanzlers und trug mir viele Grüße für denselben auf: Seine Majestät wiederholte mir die Genugtuung, die er über den gegenwärtigen Besuch empfände, und fügte hinzu: „Je connais Votre Empereur depuis longtemps, c’est un caractère franc et ouvert, qui m’est extrêmement sympathique, et je suis sûr que nous nous entendrons toujours“. Als ich erwiderte, unser Kaiser sei sehr befriedigt über seine Peterhofer Eindrücke, bringe dem Zaren volles Vertrauen entgegen und lege Gewicht darauf, die persönlichen Beziehungen, welche die Basis der Entente zwischen den Kaisern von Rußland und Deutschland sei, nach den guten alten Traditionen beider Höfe mehr zu kultivieren, als das in letzter Zeit geschehen sei, erwiderte der Zar, indem er mir freundlich die Hand reichte: „Ihr Kaiser soll nur kommen, sooft er mag, mir wird sein Besuch immer sehr angenehm sein: Sie haben ganz recht damit, daß Sie die Notwendigkeit des Vertrauens am meisten betonen, und daß Sie sagen qu’une entrevue d’une heure entre les Souverains vaut plus que cent dépêches échangées entre les Gouvernements“*.

Ich dankte dem Kaiser Alexander dann noch für die gnädige Audienz, und derselbe entließ mich mit wiederholtem Händedruck und den liebenswürdigsten Abschiedsworten. — Bei dem Diner, welches einige Stunden auf den Empfang folgte, trank mir der Zar, wie er es schon tags zuvor im Lager getan, ostensibel zu.

Am nächsten Tage, nach einem Frühstück bei dem Großfürsten Wladimir in Krasnoë dankte ich dem Zaren für die mir verliehenen Ordensinsignien, „welche mir in Erinnerung an die interessante gestrige Audienz ganz besonders wertvoll seien“. Derselbe erwiderte darauf mit wohlwollendster Intonation: „Comment donc! Cela m’a fait un très-grand plaisir de Vous conférer les diamants comme un souvenir de Votre visite et je tiens encore à Vous dire particulièrement combien j’ai été content que Vous ayez pu accompagner l’Empereur Guillaume.

* Angesichts dieser Äußerungen des Kaisers Alexander III. zu Graf Herbert Bismarck befremdet es doch, daß Fürst Bismarck im Herbst 1889 eine Wiederholung des Besuchs Wilhelms II. am Zarenhofe so entschieden widerriet (vgl. Gedanken und Erinnerungen Bd. III, S. 49, 144 f.). Hing es etwa damit zusammen, daß dem Fürsten Bismarck nach dessen Darstellung (das. S. 83 f.) durch Graf Hatzfeldt geheime Berichte aus Petersburg mit ungünstigen angeblichen Äußerungen des Zaren über den Kaiser und dessen Besuch im Juli 1888 zugegangen waren? In den Akten des Auswärtigen Amtes ist übrigens von jenen geheimen Berichten nichts zu finden gewesen.

J'espère que Vous nous reviendrez, Vous serez toujours le bienvenu à ma cour. Quant à Votre Empereur je Vous ai déjà dit qu'il m'inspire la plus grande confiance, et je suis fermement convaincu que nos rapports resteront toujours les plus intimes. N'oubliez pas de dire mille choses à Votre père de ma part". Ich verneigte mich und sagte: „Du moment que Votre Majesté parle ainsi de nos rapports, ils me paraissent établis à tout jamais puisque personne en Russie n'osera agir autrement que Votre Majesté ne le veut".

Diese Unterredung, welche 8—10 Minuten dauerte und im Park vor der gesamten Suite stattfand, hat einen beträchtlichen Eindruck auf die Anwesenden gemacht, wie ich direkt und indirekt gehört habe: der Kaiser Alexander war mit dem Verlauf des vorangegangenen Exerzierens besonders zufrieden, seine gute Laune wurde deshalb hervorragend ersichtlich, und die ganze Art seines Wesens bewies, daß es ihm Vergnügen machte, mir dies ostensibel zu erkennen zu geben. pp.

H. Bismarck

Nr. 1347

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 189 St. Petersburg, den 25. Juli 1888
Geheim

Wenn man schon nach der ersten Stunde, welche Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und Herr an Bord der „Alexandria" am 19. d. Mts. mit dem Kaiser von Rußland und den Großfürsten in heiterer Vertraulichkeit zubrachte, mit einiger Sicherheit erwarten durfte, daß der Hauptzweck der Reise erreicht werden dürfte, so fand diese Erwartung mit jedem Tage neue Bestätigung. Auf des Zaren offenem Gesichte, auf welchem so viele die Instruktion für ihr eigenes Verhalten zu lesen suchen, war deutlich zu erkennen, daß ihm der persönliche Verkehr mit seinem erlauchten Gaste von Stunde zu Stunde weniger Verlegenheit, mehr Behagen, endlich wirkliches Vergnügen bereitete. Wenn vielleicht anfänglich eine wenn auch nur geringe Besorgnis bei Seiner Majestät dem Kaiser Alexander vorhanden war, daß politische oder militärische Fragen peinlicher Natur gestreift werden könnten, so schwand diese Sorge bald, und es kam zu einem dem Gemüt des Zaren völlig konformen herzlich-fröhlichen Familienzusammensein.

Auch bei Ihrer Majestät der Kaiserin*, der es viel schwerer als dem Gemahle wird, tief-schmerzliche, in früher Jugend empfangene

* Kaiserin Maria Feodorowna, geborene Prinzessin Dagmar von Dänemark, die bekanntlich dem Fürsten Bismarck zeitlebens die Annexion Schleswig-Holsteins nachgetragen hat.

Eindrücke zu verwinden, konnte ich wahrnehmen, daß sie während der letzten Besuchstage den Fremden und namentlich dem Herrn Staatssekretär mit zunehmender Freundlichkeit nähertrat, und daß es ihr geringere Überwindung kostete als sonst, die Erinnerungen an ihr Vaterhaus zu verscheuchen; ich weiß, wie schwer dies der hohen Frau wird; während der drei ersten Jahre ihrer Ehe, wo sie mich so oft im engsten Kreise bei ihren Schwiegereltern sah, hat sie jemals weder einen Gruß, noch ein Wort an mich gerichtet; später, ihrer Pflichten als Kaiserin bewußt, hat Ihre Majestät alle Formen stets gewissenhaft beobachtet und mich dann sogar durch besondere Gnade erfreut; ich glaube durch diese Erfahrungen um so eher zu der Versicherung berechtigt zu sein, daß die erlauchte Frau durch den kaiserlichen Besuch erfreut worden ist und die Verlängerung desselben gern gesehen hat. Ihre Majestät hat mir dies wiederholt ausgesprochen mit Wärme und mit der bezaubernden Natürlichkeit, welche jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit ausschließt. pp.

Alle Mitglieder des Kaiserlich russischen Hauses, die weiblichen wie die männlichen, die älteren wie die jüngeren, überboten sich nicht nur in Aufmerksamkeiten für unseren Kaiser und Herrn und allerhöchstdessen erlauchten Bruder*, sondern sie fanden unverkennbares Vergnügen an diesem Besuche und freuten sich, als derselbe verlängert wurde. Wenn man so vielen fürstlichen Entrevuen aller Art beigewohnt hat wie ich, sowohl als Adjutant, wie als Diplomat, wenn man so oft Zeuge der schlechten Laune beim Erwarten, der Langweile bei den Festen, der Freude nach der Abreise war, dann darf man wohl behaupten, daß so hohe Gäste und Wirte selten so gern zusammen waren und so ungern voneinander schieden; die letzte Stunde des Zusammenseins auf der „Hohenzollern“ und der Augenblick, in welchem die Schaluppe mit der russischen Kaiserlichen Familie abstieß, wird allen, welche das Glück hatten, dies mitansehen zu dürfen, unvergeßlich bleiben.

Seine Majestät der Kaiser Wilhelm II. ist angenehm überrascht gewesen, als er bei einer Fahrt durch die Hauptstraßen St. Petersburgs nicht nur geschmückte Gebäude, sondern eine freudig bewegte, stürmisch zujubelnde Menschenmasse sah.

Mehr als Fünfzigtausend sind in diesen Tagen nach Peterhof und nach Kronstadt hinausgezogen; zuverlässige Beobachter und Kenner des russischen Volkes, welche sich mitten unter ihm bei diesen Pilgerschaften zu Lande und zu Wasser bewegt haben, versichern mir, daß die Freude über den Besuch des deutschen Kaisers und der deutschen Flotte eine ganz allgemeine war. „Wir Russen“, so sagte mir ein Gewährsmann, „sind recht geschmeichelt, daß so mächtige Gäste als Freunde zu uns kommen; es tut uns auch wohl, jetzt wieder in anständiger Gesellschaft zu sein; man schämte sich doch ein wenig jener

* Prinz Heinrich von Preußen, der an der Kaiserreise nach Rußland teilnahm.

Bundesgenossen, welche wie Déroulède, Boulanger und Floquet sich streiten, schimpfen und stechen".

Obgleich mir wohl bekannt ist, wie wenig Wert offizieller Begeisterung in Petersburg beizumessen ist, und was es bedeutet, wenn der Polizeipräfekt den „Dworniks" sagen läßt „es ist den Einwohnern gestattet, ihre Häuser mit Fahnen zu schmücken", so lege ich doch einige Bedeutung auf den spontan freudigen Empfang, welchen Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstdessen Bruder und die Flotte hier gefunden haben; ich erblicke hierin eine Bestätigung der Ansicht, daß man uns weniger haßt als beneidet; diese gemischten Empfindungen werden jetzt weniger bitter sein, weil man sich durch den Besuch geehrt und geschmeichelt fühlt.

Die hierdurch geschaffene Situation, das Verhältnis von Hof zu Hof und von Volk zu Volk ist meines ehrerbietigen Erachtens vortrefflich; die Linie des Wünschenswerten ist erreicht worden; jeder Schritt darüber hinaus im Sinne größerer Intimität würde ebenso schädlich sein, wie eine Bewegung rückwärts verderblich werden könnte.

Was nun die Politik im engeren Sinne und die Diplomatie betrifft, so enthob mich die Gegenwart des Herrn Staatssekretärs der Pflicht, darüber zu sprechen; aus den Berichten Seiner Exzellenz werden Euere Durchlaucht über den Inhalt seiner Unterredungen mit dem Zaren, den Großfürsten und dem Minister des Äußeren unterrichtet sein. Vieles von demjenigen, was mir Graf Bismarck darüber mitzuteilen die Güte hatte, war mir auch von russischer Seite wahrheitsgetreu erzählt worden; die freundschaftlichen Gesinnungen für Euere Durchlaucht, welche Seine Majestät der Kaiser Alexander dem Staatssekretär aussprach, die korrekten Ansichten, welche höchstderselbe bei der Audienz am 22. und mehr noch am 23. in Krasnoë-Selo kundgab, seine besonders gnädigen Aufmerksamkeiten für den Grafen Bismarck persönlich und die Antworten des letzteren lauteten in der russischen Version emphatischer als in der deutschen.

Weniger warm ist natürlicherweise das Gespräch gewesen, welches der Herr Staatssekretär am 20. mit dem russischen Herrn Minister des Äußeren geführt hat*; letzterer gab mir davon ein Resümé: Darnach hat Graf Bismarck von den freundschaftlichen Gesinnungen und den „bis jetzt noch nicht sehr nahen" verwandtschaftlichen Beziehungen unseres erhabenen Monarchen zum russischen Kaiserhause gesprochen; nach Entgegennahme dieser Versicherungen hat Herr von Giers gesagt, es werde sich doch nicht ganz vermeiden lassen, von Politik zu reden; er hat dann über die allgemeine, als ruhig zu bezeichnende Situation gesprochen und weiterhin über die bulgarischen Schwierigkeiten, ohne irgendeinen bestimmten Wunsch, Vorschlag oder Plan zu formulieren; es blieb bei den alten Klagen über die unbehagliche

* Siehe Nr. 1345.

Lage, in welche sich Rußland durch die Gegenwart des Prinzen von Koburg in Sofia versetzt sieht; die Versicherung, daß es weder selbst dort einrücken, noch Minister dorthin schicken oder einen anderen Fürsten in Vorschlag bringen wolle, wurde erneuert. Bald nachher ist dann Herr von Giers auf das Thema gekommen, welches ihn am meisten beschäftigt, nämlich auf die Fortschritte Österreichs in den Balkanstaaten und auf die Möglichkeit einer österreichischen Okkupation Serbiens, welche zu Komplikationen führen müßte.

In seiner Erzählung fortfahrend sagte Herr von Giers, Graf Bismarck habe von vornherein bestritten, daß man zu der Annahme, Österreich werde einen solchen Schritt tun, berechtigt sei; eine Veranlassung dazu liege ja nicht vor; grade jetzt habe sich gezeigt, daß selbst der eheliche Konflikt mit der Königin Natalie keine Erschütterung der Stellung Milans herbeizuführen vermochte und dergleichen mehr.

Der russische Minister hat, wie er mir sagt, die Angelegenheit der serbischen Königin nicht besprochen; er konstatierte bei dieser Gelegenheit der Wahrheit gemäß, daß mir gegenüber der Name derselben nie über seine Lippen gekommen sei.

Herr von Giers hat dem Grafen Bismarck nicht zugestehen wollen, daß die Eventualität eines österreichischen Einmarsches in Serbien ausgeschlossen sei, und da der Herr Staatssekretär bei seiner Meinung blieb, so wurde die Unterhaltung auf hypothetischer Basis fortgesetzt.

Bei dieser Gelegenheit hat der Graf an Vorgänge aus den sechziger Jahren erinnert: Herr Benedetti hat damals gefragt, was Preußen tun würde, wenn Frankreich Belgien nehme; Euere Durchlaucht haben geantwortet, wir würden unser Belgien anderswo suchen; der französische Diplomat glaubte, Holland sei hiermit gemeint, während es sich um deutsche Staaten handelte. Herr von Giers schien durch dieses Zitat in die Entrüstung beleidigter Unschuld versetzt worden zu sein; Rußland brauche kein Belgien, sagte er, und werde ein solches weder in Bulgarien noch anderswo suchen; wir hätten uns 1866 in ganz anderer Lage befunden und unser Belgien im Gebiet der eigenen Nationalität gefunden; Rußland habe Bulgarien befreit, aber nicht, um es zu behalten; es würde vielen erwünscht sein, wenn es hineinmarschiere, seine Flanke bloßgebe und seine Kräfte zersplittere, statt sie zur Wahrung der eigenen, rein russischen Interessen zusammenzuhalten.

Ich bat den russischen Minister, eine historische Reminiszenz nicht mit einer Suggestion zu verwechseln; wir seien längst dahin gekommen, von Rußland weder etwas zu fordern, noch ihm etwas anzuraten; wir wüßten nur zu gut, daß selbst ein ganz uneigennütziger und zweckmäßiger Ratschlag nichts als Mißtrauen erwecken würde; „nous ne demandons rien et nous ne suggérons rien", sagte ich.

Von den weitgehenden, bis an die Meerengen reichenden Gedanken ist diesesmal nicht die Rede gewesen; beide Minister haben gesagt, sie hofften die Lösung dieser Frage nicht zu erleben; man hat sich des

Wortes erinnert, welches Herr von Giers einst auf den Grafen Schuwalow anwandte, „qu'il nous demandait la lune".

Die Anregung, gewisse Abmachungen teilweise zu veröffentlichen oder in übereinstimmenden Kundgebungen verlauten zu lassen, ist als eine Schuwalowsche Idee besprochen und fallen gelassen worden. Graf Bismarck soll gesagt haben, ihm sei beides recht, geheimhalten oder publizieren; Herr von Giers hat die Sache als von zweifelhaftem Nutzen oder gar als gefährlich bezeichnet. Ihm fehlt es an Mut, seinem Monarchen einen solchen Vorschlag zu machen, und außerdem dürfte er es nicht wagen, die Lieblingsillusion der öffentlichen Meinung, das Programm der freien Hand, an welchem sich die russischen Politiker seit Monaten erfreuen, zu zerstören.

„Notre conversation terminait en poisson", so schloß Herr von Giers.

Ich bin aber weit davon entfernt, das „desinit in piscem" auf den Kaiserbesuch anzuwenden; im Gegenteil, durch denselben ist genau dasjenige erreicht worden, was, soviel mir bekannt, angestrebt wurde, nämlich persönliche Annäherung und Befestigung gegenseitigen Vertrauens ohne Erweckung von Hoffnungen, deren Erfüllung unmöglich sein würde. pp.

Daß Seine Majestät der Kaiser Alexander den Wunsch ausgedrückt hat, einen wirtschaftlichen Ausgleich anzubahnen, scheint mir willkommen, obgleich es gegenwärtig nicht tunlich ist, auf diesen Wunsch einzugehen; der Herr Staatssekretär hat dem russischen Minister, wie mir dieser erzählte, gesagt, Rußland habe uns bereits allen denjenigen Schaden zugefügt, den es uns überhaupt tun könne, indem die Einfuhr deutscher Waren auf eine Summe herabgedrückt worden sei, welche gegenüber unserer gesteigerten Ausfuhr in fernergelegene Länder gar nicht in Betracht komme. Ich glaube aber, bei meiner Ansicht bleiben zu dürfen, daß wir noch immer sehr beträchtlichen Absatz in Rußland haben, daß sich dieser, wenn ein vollständiger Bruch vermieden wird, trotz aller unleugbarer Fortschritte der russischen Industrie bedeutend erhöhen kann und, wenn der Wohlstand in Rußland zunehmen sollte, große Proportionen annehmen wird.

Wenn ich schon oben versichern durfte, daß die „Temperatur" während des Zusammenseins der hohen Personen mit jedem Tage eine angenehmere wurde, so darf ich zum Schluß auf die Unterhaltung hinweisen, welche der Zar am 23. nach dem Frühstück in Krasnoë-Selo mit dem Herrn Staatssekretär geführt hat; die russische, zwar nicht genaue, aber wahrscheinlich zur Legende werdende Version ist, Seine Majestät der Kaiser Alexander habe gesagt: „Tant que j'existerai je ne me brouillerai pas avec l'Allemagne", worauf Graf Bismarck geantwortet haben soll: „Alors les cent millions, qui obéissent à Votre Majesté, se conformeront à Sa volonté".

v. Schweinitz

Nr. 1348

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 359 — Wien, den 30. Juli 1888

Geheim

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 525 vom 27. d. Mts. nebst den Aufzeichnungen Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs über die Reise Seiner Majestät nach Rußland* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und erhaltenem Auftrage gemäß mündlich und vertraulich zur Kenntnis des Grafen Kálnoky gebracht.

Derselbe bat mich, Euerer Durchlaucht seinen verbindlichsten Dank für diese hochinteressante Mitteilung auszusprechen, aus der er mit großer Befriedigung ersehen könne, wie sich das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Monarchen zu einem guten und intimen zu gestalten beginne. Auch er würde sich freuen, wenn diese Beziehungen gepflegt werden würden, da dies nur der Erhaltung des allgemeinen Friedens zugute kommen werde.

Besonders erfreulich erscheint dem Minister, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland, wie Graf Bismarck berichtet, seine Aufmerksamkeit mehr, als dies bisher geschehen, auf die Gefahren zu lenken scheine, die dem monarchischen Prinzip und den Dynastien vom Radikalismus drohen. In Skiernewice sowohl wie in Kremsier hätte der Zar diese doch wichtigste Frage immer mit Verächtlichkeit behandelt und nicht recht daran geglaubt. Auch das sei erfreulich, daß sich Seine Majestät im konservativen Sinn über die Reichstreue der deutschen Fürsten geäußert hätte.

Die Beschreibung der Unterhaltung des Herrn Staatssekretärs mit Herrn von Giers entlockte dem Grafen Kálnoky öfters ein Lächeln. Er meinte, er sähe den russischen Staatsmann vor sich, wie er seufzt und die Augen gen Himmel richtet und damit seine Ohnmacht bekundet.

Die Art, wie Graf Bismarck über die bulgarische Frage sich geäußert, hat den Grafen Kálnoky sehr befriedigt. Aber er findet es unbegreiflich, daß der Leiter des Petersburger Kabinetts nicht imstande gewesen ist, auch nur e i n e n praktischen Gedanken zur Welt zu bringen. Denn die Behauptung, daß mit dem Verschwinden des Prinzen von Koburg alles getan sein und die Dinge sich von selbst arrangieren würden, grenze doch an Naivität und beweise, daß man in St. Petersburg seit der letzten Demarche, um diesen Prinzen zu entfernen, so gut wie gar nicht nachgedacht hätte.

Das beste sei der Entschluß Rußlands, sich nicht zu rühren, wenn auch dadurch die Gefahren der Situation nicht beseitigt, sondern nur vertagt würden.

---

* Siehe Nr. 1345 und 1346.

Sehr dankbar ist der Minister für die entschiedene Zurückweisung der russischen Idee, daß Österreich in Serbien einzurücken gedenke, was ganz mit den Tatsachen übereinstimmte.

Das alte Lied der Klage über das Umsichgreifen des österreichischen Einflusses in Bulgarien macht auf den Minister keinen großen Eindruck, aber es erheiterte ihn, daß Herr von Burian als ein tätiger Agitator angesehen wird, dem Zurückhaltung anzuempfehlen sei.

Burian sei ein guter, ruhiger und intelligenter Beamter, der durch seinen längeren Aufenthalt in dem Lande, dessen Sprache er spricht, sich allerdings das Vertrauen der bulgarischen Staatsmänner erworben hätte, die gern mit ihm verkehrten und sich, da er unterrichteter und erfahrener wie die meisten unter ihnen, wohl auch manchmal seine Auffassungen über wirtschaftliche oder innere Regierungsfragen aneignen dürften. Daß er sich aber vordrängte, seinen Einfluß überall geltend machen und hiermit das Land regieren wollte, sei eine kühne Behauptung. Seit dieser Agent dorthin geschickt ist, hat er noch nicht einen politischen Auftrag an die dortige Regierung erhalten, mit der er bloß in offiziöser Verbindung steht, und amtlich nur für die laufenden Sachen mit ihr verkehrt. Prinz Ferdinand ist von Österreich nicht anerkannt, dessen Agent hat daher den Befehl, sein Verhalten hiernach zu regeln. pp.

Graf Kálnoky möchte auch dem Herrn Staatssekretär Grafen von Bismarck seinen besonderen Dank dafür ausgesprochen wissen, daß er sich die Mühe genommen habe, den Baron von Aehrenthal in so freundschaftlicher Weise in die Lage zu setzen, seine Regierung über die Peterhofer Vorgänge auf dem laufenden zu erhalten. Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph habe diese Courtoisie sehr zu würdigen gewußt.

Schließlich bemerkte der Minister, es würde interessant sein zu erfahren, was die Russen den Franzosen über die Peterhofer Entrevue gesagt haben dürften. H. VII. P. Reuß

Nr. 1349

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Reinkonzept

Nr. 538 Friedrichsruh, den 2. August 1888

Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Petersburg ist zufriedenstellend und der Absicht entsprechend verlaufen, in der er unternommen wurde. Seine Majestät beabsichtigte, diesen durch

---

* Der gleiche Erlaß, der auf den Mitteilungen des bei seiner Rückreise von Petersburg in Friedrichsruh (31. Juli) einkehrenden Kaisers Wilhelm II. beruht, erging auch an die Botschafter in London, Rom und Konstantinopel, sowie an die Preußischen Gesandten in München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und Weimar.
Das Reinkonzept trägt am Schluß die Bemerkung Kaiser Wilhelms II.
Einverstanden Wilhelm I. R. Friedrichsruhe 1./VIII. 88.

die Traditionen angezeigten Besuch des verwandten und benachbarten Hofes nach eingetretenem Regierungswechsel zu benutzen, um die internationalen und nachbarlichen Beziehungen von solchen Mißverständnissen zu befreien, welche sich durch persönlichen guten Willen der Monarchen entfernen lassen, weil sie nicht notwendige und inhärierende Ergebnisse der europäischen Situation sind, sondern solche Verschlechterung derselben bilden, welche sich bei gutem Willen beseitigen lassen kann.

Diese Auffassung bedingte von vornherein, daß dieser persönliche und freundschaftliche Besuch unsererseits nicht benutzt wurde, um politische Wünsche und Bedürfnisse zur Sprache zu bringen oder um die Lösung schwieriger Fragen anzuregen. Deutschland hat überdies keine direkten Interessen, zu deren Gunsten Seine Majestät der Kaiser dem Kaiser Alexander Vorschläge hätte machen können, deren Annahme oder Erwägung dem Petersburger Kabinett zuzumuten wäre. Unsere Politik erstrebt die Erhaltung des Friedens, und wir haben keine vom status quo abweichende Bedingungen zu stellen, von denen wir denselben abhängig machten. Es ist für uns auch keine der in Europa schwebenden Fragen bisher eine so brennende, daß wir ein Bedürfnis hätten, sie Rußland gegenüber anzuregen. Namentlich ist uns die bulgarische Frage an sich gleichgültig, und können wir gegen den vertragsmäßigen Standpunkt, welchen Rußland als Basis seiner Politik bezeichnet, nichts einwenden.

Wir konnten nicht mit Sicherheit vorhersehen, ob unser in Vorstehendem gekennzeichneter Standpunkt der Zurückhaltung von jeder Initiative auf politischem sowohl wie auf wirtschaftlichem Gebiete bei Gelegenheit des kaiserlichen Besuchs auch der des russischen Kabinetts sein, oder ob dasselbe die Gelegenheit benutzen würde, um bisher zurückgehaltene Wünsche auszudrücken. Es ist für Seine Majestät den Kaiser erfreulich gewesen, daß die vertraulichen Besprechungen beider Monarchen von Vorschlägen bestimmter Maßnahmen oder Verabredungen auch russischerseits gänzlich frei geblieben sind. Seine Majestät hat den Eindruck von Petersburg mitgenommen, daß weder der status quo im Orient, noch der Frieden Deutschlands und seiner Verbündeten von einer Störung durch russische Angriffe oder Provokationen bedroht sei. Seine Majestät hat die Gesinnungen und Absichten des Kaisers Alexander in den intimsten Besprechungen als friedliebende konstatieren können und namentlich in betreff Bulgariens den Eindruck erhalten, daß der Kaiser Alexander die dortige Entwickelung der Dinge ohne russische Einmischung abwarten und an den Bestimmungen des Berliner Vertrages bezüglich dieses Fürstentums festhalten werde. Seine Majestät der Kaiser hat die Überzeugung gewonnen, daß der Frieden, dessen Erhaltung ihm in erster Linie am Herzen liegt, durch Bemühungen zur Herstellung neuer Vorschläge und Auskunftsmittel, durch welche die bulgarische Frage ihrer Lösung

entgegenzuführen versucht werden würde, leichter getrübt, als befestigt werden könnte, und daß solche Vorschläge, wenn sie überhaupt gemacht werden sollen, nicht die Aufgabe der deutschen Politik sein würden. Das Bestreben, den am Orient näher interessierten Mächten gegenüber die Stellung eines Vermittlers durch Ergreifung der Initiative zu übernehmen, würde für Deutschland ein undankbares sein, während jeder Antrag von beteiligter Seite bei uns eine bereitwillige Prüfung und, wenn er zur Festigung des Friedens geeignet scheint, eine wohlwollende Befürwortung finden wird. Um der schließlichen Verständigung unter den beteiligten Mächten in diesem Sinne förderlich sein zu können, empfiehlt es sich für uns, unseren Beziehungen zu Rußland dasjenige Maß von Vertrauen zu wahren, welches erforderlich ist, um den Glauben an unsere eigene uneigennützige Friedensliebe solange zu erhalten, als der Frieden nicht durch ein aggressives Vorgehen Rußlands gegen uns oder unsere Bundesgenossen tatsächlich bedroht wird. Daß wir denselben pflegen, solange wir können, glauben wir dem deutschen und den befreundeten Völkern schuldig zu sein. Wir können dies aber um so besser, je mehr wir Rußland davon überzeugen, daß es von uns nichts zu fürchten hat, solange es seinerseits sich der Angriffe enthält, gegen deren Eventualität unsere Bündnisse gerichtet sind. Daß wir an letzteren unwandelbar festhalten, davon hat auch der jüngste Besuch Seiner Majestät die Überzeugung in Petersburg nur befestigen können.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, sich nach Maßgabe des Vorstehenden zu dem Herrn Minister des Äußern vertraulich aussprechen oder, wenn es Ihnen angezeigt erscheint, Seiner Exzellenz diesen Erlaß vorlesen zu wollen, ohne im letzteren Falle jedoch Abschrift zu lassen.

v. Bismarck

Nr. 1350

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Friedrichsruh, den 19. August 1888

Auf Euere pp. allerhöchste Randbemerkung zu dem Berichte des Grafen Yorck vom 31. v. Mts., betreffend die Verstärkung des Unteroffizierstandes der russischen Armee*, wird das Auswärtige Amt Euerer pp. die Meldung der Admiralität vorlegen, daß die russischen Schiffe im Schwarzen Meer im nächsten Frühjahr fertig sein sollen. Die

* Zu dem Berichte des Hauptmanns Grafen Yorck vom 31. Juli hatte Kaiser Wilhelm II. bemerkt: „Es wäre von Interesse, zu vergleichen, ob innerhalb des hier gegebenen Zeitabschnitts (bis 1890) die großen Schiffe im Schwarzen Meer fertiggestellt und seeklar sein werden. Denn, falls es an dem wäre, so würde ein Vorstoß auf Stamboul eventuell durch Bulgarien nicht undenkbar sein."

maritime Vorbereitung wird also mit der des Landheeres für 1890 koinzidieren.

Daß die russische Politik sich für 1890 auf die Möglichkeit eines Vorstoßes gegen Konstantinopel vorbereitet, darf ich aus wiederholten vertraulichen Äußerungen hochstehender Russen entnehmen, welche bei Gelegenheit der Verhandlungen über unseren jetzt bestehenden geheimen Vertrag mit Rußland und anderweit zum Ausdruck kamen. Nach den mir gegebenen Symptomen vermute ich aber, daß der Ablauf von 1890 nur für die Bereitschaft, nicht für die Ausführung maßgebend sein wird. Rußland, wenigstens der Kaiser und seine Regierung, wollten ursprünglich auf fünf Jahre mit uns abschließen, und der Termin von nur drei Jahren ist lediglich durch schlecht berechnete Finasserien des Grafen Schuwalow zur Annahme gekommen. Derselbe hatte geglaubt, ich würde auf fünf Jahre einen so hohen Wert legen, daß er dafür noch besondere, in seiner Instruktion nicht verlangte Konzessionen von uns würde herausdrücken können, während ich umgekehrt für dieses, mit unseren österreichisch-italienischen Verpflichtungen konkurrierende, und unter gewissen Konstellationen deshalb schwierige Verhältnis eine längere Dauer als drei Jahr von Hause aus nicht erstrebte; ich wollte lieber die Möglichkeit der Verlängerung vorbehalten, bis man besser als damals die Zukunft übersehen konnte. Für uns kam es im Frühjahr 1887 in erster Linie darauf an, für den Fall eines französischen Angriffs der russischen Neutralität versichert zu sein; die Wahrscheinlichkeit, von Frankreich angegriffen zu werden, lag uns damals, wo Boulanger sich noch in aufsteigender Bewegung befand, näher als heut*.

Ich zweifele nicht an der russischen Absicht, den Vorstoß auf Konstantinopel zu machen und nach Fertigstellung der Schwarzenmeerflotte, also im Anfang der 1890er Jahre, den Zeitpunkt zur Aktion zu wählen, je nachdem die europäische Lage ihn angezeigt erscheinen läßt. Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens liegt es nicht in der Aufgabe unserer Politik, Rußland an der Ausführung seiner Pläne auf Konstantinopel zu hindern, sondern dies den anderen Mächten, wenn sie es in ihrem Interesse halten, lediglich zu überlassen; unser Interesse an der Bosporusfrage ist einen so großen Krieg nach zwei Fronten, wie der Bruch mit Rußland nach sich ziehn würde, nicht wert; im Gegenteil, wenn Rußland sich dort einläßt, mindert sich seine Gefährlichkeit für uns durch Abziehung von unsrer Grenze und durch die herausfordernde Spannung, in die es zu den Mittelmeermächten, namentlich zu England und auf die Länge auch zu Frankreich tritt. Daß der russische Vorstoß auf Konstantinopel durch Bulgarien mit Benutzung des letzteren geschehen würde, möchte ich kaum annehmen, glaube vielmehr, daß der Seeweg und der durch Kleinasien vorgezogen werden, und daß man vorher und gleichzeitig versuchen wird,

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXIV, Nr. 1093.

die Pforte zur Annahme eines russischen Vertrages zu bewegen, welcher dem Sultan seine Besitzungen, den Russen aber die Verfügung über Schluß und Öffnung des Bosporus durch Besetzung einer festen Position sichert. Ist letzteres geschehen, so wird Rußland im Schwarzen Meer gesichert und seine Expansivkraft gegen Persien und Indien verwendbar sein. Damit ist dann für England die Unmöglichkeit gegeben, in seiner bisherigen Fiktion einer kühlen Zuschauerrolle zu verharren, und wir können abwarten, wie die Konstellation unter den übrigen Mächten sich gestaltet, da ein russischer Angriff auf Konstantinopel an sich noch keinen casus foederis zwischen Österreich und uns herstellt.

Euerer pp. würde ich zu ehrfurchtsvollem Danke verpflichtet sein, wenn Allerhöchstdieselben die Gnade haben wollten, dieses Schreiben nach genommener Einsicht zu verbrennen; dasselbe berührt Dinge und Fragen, die ich in der Regel nicht für nützlich halte, dem Papiere anzuvertrauen und anders als mündlich zu verhandeln, solange ihre tatsächliche Entwicklung nicht vorliegt.

v. Bismarck

Nr. 1351

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Friedrichsruh, den 20. September 1888

Bei meinen Unterhaltungen mit dem Grafen Kálnoky, welcher mich nach dreitägiger Anwesenheit gestern abend verlassen hat, hat sich unsere Übereinstimmung darüber herausgestellt, daß keiner der Beherrscher der drei Donaustaaten seiner Aufgabe leider gewachsen ist.

Den Prinzen Ferdinand schildert Graf Kálnoky als einen schwächlichen und wunderlichen Herrn, der aber durch sein großes Selbstvertraun und sein Geld sich in der Stellung halte, an der er klebe, und aus der er nicht freiwillig weichen werde. Er sei dabei geizig, aber die Tatsache, daß er reich sei, und die Hoffnung auf Geschenke und sein fürstliches Zeremoniell geben ihm ein Ansehn, welches der Prinz von Battenberg nicht hatte, weil er arm war und die Bulgaren kameradschaftlich behandelte, was bei ihnen nicht angebracht sei. Das Haupthindernis für das Festwachsen des Prinzen Ferdinand in Bulgarien liege nicht in seiner Persönlichkeit, sondern in seinem Katholizismus.

Der Prinz von Battenberg habe durch seinen Vater den Wunsch zu erkennen gegeben, in die österreichische Armee einzutreten, man werde darauf aber nicht eingehen, weil man neuen Anlaß zu Irritationen des Kaisers von Rußland vermeiden wolle; außerdem würde der Einschub des Prinzen bei den österreichischen Generälen auf Verstimmungen stoßen; auch der Erzherzog Albrecht sei kein Freund der

ganzen Battenbergischen Familie und halte insbesondere die alte Fürstin von Battenberg für eine gefährliche Intrigantin.

Von dem König von Rumänien glaubt Graf Kálnoky, und ich teile seine Ansicht, daß Seine Majestät die falsche Rechnung mache, den Beistand der Bojaren zu erstreben und auf diese zu zählen, während dieselben nichts lieber sehn würden als den Umsturz des neuen Königtums und die Herstellung der Hospodarenwahl unter russischem oder auch türkischem Protektorat. König Karl überschätze die Festigkeit seiner Stellung, wie seine großen Güterkäufe im Lande bewiesen, und suche die Freundschaft der Aristokratie, anstatt gegen dieselbe und gegen Rußland sich die Anhänglichkeit des Bauernstandes zu gewinnen. Die Ungewißheit der Erbfolge und das Fernbleiben des mutmaßlichen Erben aus dem Lande und der Armee, der Katholizismus der regierenden Familie im orthodoxen Lande, das alles mache den Blick in die Zukunft Rumäniens unsicher.

Den König Milan schien Graf Kálnoky als einen verlorenen Mann anzusehen. Derselbe sei stets nur darauf bedacht, für seinen Thron eine möglichst hohe Abfindungssumme herauszuschlagen, welche ihn in die Lage setzen würde, auf den Boulevards von Paris und Wien ein vergnügliches Leben zu führen. Der Graf hält die Verwirklichung dieses Wunsches nicht unbedingt für eine Gefahr des Friedens. Österreich habe sich mit der Möglichkeit einer Katastrophe in Serbien vertraut machen müssen. Die Familie Karageorgewitsch sei immer gut österreichisch gesinnt gewesen, weshalb auch die Russen den Fürsten von Montenegro gegen seinen Schwiegersohn* unterstützten und die Eifersucht zwischen diesem und dem Schwiegervater förderten. Wer aber auch in Serbien regieren würde, so läge doch das Land zu sehr in dem Bereiche der österreichischen Machtsphäre, als daß Österreich die Beziehungen zu demselben aufgeben könne; dieselben seien ohne Gefahr für die österreichischen Serben, welche für das Königreich keine Sympathien hätten; die Kroaten, obschon Serben, seien durch die Konfession davon getrennt, und die im Banat lebten bisher ohne Verkehr und Beziehung mit denen im Königreich. pp.

Das Verhalten Seiner Majestät des Kaisers von Österreich in betreff der Anwesenheit des Prinzen von Wales in Wien** habe ich mit Graf

* Die älteste Tochter des Fürsten von Montenegro, Prinzessin Zorka Ljubitza, war mit dem Fürsten Peter Karageorgewitsch verheiratet.

** Kaiser Franz Joseph hatte dem Prinzen von Wales, der im September zum Besuche am österreichischen Hofe weilte und hier die Absicht aussprach, auch während des bevorstehenden Besuchs Kaiser Wilhelms in Wien und Mürzsteg (3.—10. Oktober) anwesend zu bleiben, durch den englischen Botschafter zu verstehen gegeben, daß Kaiser Wilhelm nicht wünschen werde, in Wien mit fremden Fürstlichkeiten zusammenzutreffen. Bericht des Prinzen Reuß vom 13. September 1888. Tatsächlich war ein solcher Wunsch weder von Kaiser Wilhelm noch von Bismarck zum Ausdruck gebracht worden, obwohl dieser sich nachträglich auf den Standpunkt stellte, daß ein „demonstratives Miterscheinen" des Prinzen von Wales in Wien, das als Spitze gegen Rußland ausgelegt werden könne, nicht er-

Kálnoky besprochen, der mir sagte, daß dasselbe nicht durch Schritte Euerer pp. Botschafters, sondern durch die Eindrücke veranlaßt worden wäre, die der Erzherzog Carl Ludwig von Berlin zurückgebracht hätte, und daß der Kaiser Franz Joseph ganz aus eigenem Antriebe und ohne Einwirkung des Prinzen Reuß dem Prinzen von Wales habe sagen lassen, daß er mit Euerer pp. bei dieser Gelegenheit ohne Beteiligung anderer fürstlichen Besuche zu verkehren wünschte, und daß die stärkere Form der Eröffnung durch den englischen Botschafter notwendig geworden wäre, weil der Prinz mildere Andeutungen nicht habe verstehn wollen. Ich vermute, daß Seine Königliche Hoheit der Prinz von Wales mit dem Verlangen, der Zusammenkunft beider Majestäten beizuwohnen, uneingestanden politische Zwecke verband; entweder den einer antirussischen Attitüde à trois, oder den der Information resp. der Möglichkeit, als Augen- und Ohrenzeuge über die Begegnung reden zu können. Nach Kálnokys Ansicht steckt in Seiner Königlichen Hoheit noch heut die Erinnerung an und die Vorliebe für die westmächtliche Freundschaft mit Frankreich, wenn auch nicht mit der Republik. Ich erlaube mir, dies anzuführen, damit Euere pp. bei der Begegnung in Wien über die Genesis der Vorgänge zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem Prinzen von Wales unterrichtet sind.

Für die russische Seite der Politik war es bezeichnend, daß Graf Kálnoky sie garnicht zur Sprache brachte, ebensowenig wie die Zukunft unserer deutsch-österreichischen geheimen Verträge. Es läßt sich daraus entnehmen, daß die Besorgnis vor einem plötzlichen russischen Angriffe, trotz der Wahrscheinlichkeit der Vorschiebung von zwei weiteren russischen Divisionen aus dem Innern, in Wien geringer geworden ist. Über die inneren Zustände des russischen Reiches sieht mein österreichischer Kollege schwärzer noch wie ich. Namentlich rechnet man in Wien auf die zunehmende Abwendung der kleinrussischen Stämme im Süden von den großrussischen Landsleuten und von der Politik, wie sie in Moskau und Petersburg gemacht wird. Die Rechnung mit der Möglichkeit, daß innere Gefahren und Umwälzungen oder die Furcht davor Rußland vom Kriege abhalten werden, scheint in Wien mehr in den Vordergrund getreten. Die friedliebende Gesinnung des Kaisers Alexander persönlich war dem Grafen Kálnoky außer Zweifel, und er fürchtete mehr von dem Ungeschick der Petersburger Diplomatie und der Unberechenbarkeit der inneren russischen Entwicklung als von einer Friedensstörung, die im Kabinett prämeditiert wäre.

Ich fand Graf Kálnoky im ganzen weniger besorgt gegen Rußland, geringschätziger gegen Frankreich und die balkanischen Fürsten

---

wünscht wäre. Das Vorkommnis hinterließ, da der Prinz von Wales hartnäckig an der Ansicht festhielt, daß Kaiser Franz Joseph zu seinem Vorgehen von Berlin aus veranlaßt sein müsse, eine tiefgehende Verstimmung zwischen ihm und Kaiser Wilhelm, deren notdürftige Ausgleichung erst im Frühjahr 1889 gelang.

und wohlwollender gegen Italien als bei früheren Gelegenheiten; ganz fest im Bedürfnis des Zusammenhaltens mit uns und im Vertrauen auf diesseitige gleiche Intentionen. v. Bismarck

Nr. 1352

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Wien

Unsignierte Reinschrift

Wien, den 5. Oktober 1888

Kaiser Franz Joseph hatte mich aus eigener Initiative auf gestern 2 Uhr zur Audienz bestellt, nachdem er mich bei den allgemeinen offiziellen Anlässen, die zu einer Aussprache keine Gelegenheit boten, in besonders herzlicher Weise begrüßt hatte. Der Empfang hatte den von dem Monarchen beliebten ganz privaten Charakter und fand in seinem Arbeitskabinett ohne jedes Zeremoniell statt. Der Kaiser sprach zunächst seine herzliche Freude über unsere hiesige Anwesenheit aus, indem er dabei das alte Vertrauen hervorhob, welches er von jeher zu unserm Herrn gehabt habe. Demnächst ging Seine Majestät in einem kurzen Rückblick auf die im Laufe dieses Jahres stattgehabten gewaltigen Veränderungen über und sprach mit Rührung und Innigkeit vom Kaiser Wilhelm I., dessen Tradition unser jetziger Kaiser sich zu seiner Freude, wenn auch nicht zu seiner Überraschung so vollkommen angeeignet hätte, daß die Kontinuität der Beziehungen der beiden Kaiserhöfe ihm gesicherter erschiene als je. Über das Interregnum des Frühjahrs sprach Kaiser Franz Joseph mit großer Offenheit und war in seinem Urteil über dasselbe sichtlich beeinflußt durch die neuerlichen Tagebuchveröffentlichungen*. Wenn ich bezüg-

* Gemeint ist die Veröffentlichung des Tagebuchs Kaiser Friedrichs III. aus dem Kriege 1870/71 im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau". Auf den Geffcken-Prozeß in der Aktenpublikation einzugehen, liegt kein Anlaß vor. Für die Auswärtige Politik von Interesse ist nur ein Schreiben des Fürsten Bismarck an den Grafen Herbert Bismarck vom 5. Oktober, das offen auf die grundverschiedene Tendenz der Politik Kaiser Wilhelms I. und Friedrichs III. hinweist. „Daß diese — die Politik — bei den ersten deutschen Kaisern eine grundverschiedene war, ist eine Tatsache, deren Verdeckung weder möglich noch nützlich ist. Die großen und realen Ergebnisse der Politik Kaiser Wilhelms I. werden in ihrem Bestande und in ihrer Nachwirkung Schaden leiden, wenn sie in die Übereinstimmung mit den Absichten Kaiser Friedrichs künstlich hineingedrückt werden sollen. Beide hohen Herren waren in der äußeren wie in der inneren Politik grundverschiedener Ansicht. In der äußeren pflegte der Vater die russische, der Sohn die englische, in der innern der Vater das erhaltende preußische Prinzip, der Sohn den modernen Parlamentarismus ohne selbstregierenden Monarchen und die Freundschaft mit den fortschrittlichen Koryphäen dieser Richtung."

lich der letzteren mich auch streng an die von Euerer Durchlaucht eingehaltene und von Seiner Majestät gebilligte Linie hielt, so war dem Kaiser Franz Joseph doch nicht auszureden, daß der Kern des Tagebuches durchaus demjenigen entsprach, was man von Kaiser Friedrich hätte erwarten können. Als Resümee kann ich nur anführen, daß der hiesige Kaiser ganz analog dem, was der Zar mir in Peterhof sagte, sich dahin aussprach, daß der Tod vom 15. Juni nicht nur Deutschland, sondern das gesamte monarchische Europa von einem schweren Alpdruck befreit habe, und daß das Deutsche Reich dadurch einer großen Gefahr entgangen sei: Die Tagebuchveröffentlichungen wären allerdings vom Standpunkt des monarchischen Prinzips höchst bedauerlich, da die Herunterziehung eines vor kurzem noch regierenden Königs* in die schmutzige Arena kritisierender Zeitungsschreiber ein schwerer Schade sei; immerhin würde das Ergebnis sehr wider die Absicht der Veröffentlicher die Freude über das Avènement unseres jetzigen Herrn in ganz Deutschland wesentlich erhöhen.

Der österreichische Kaiser kam dann auf die Kaiserin Friedrich und die englischen Familienbeziehungen zu sprechen. Indem er den Charakter der Kaiserin und ihr Tun so beurteilte, wie man es von diesem erfahrenen Monarchen nicht anders erwarten konnte, sprach er doch die Besorgnis aus, daß die Tätigkeit der Kaiserin Friedrich in ihren engeren Zirkeln und in der englischen Familie zu einer Entfremdung zwischen der englischen und der deutschen Politik führen könnte. Ich bestritt dies und bezog mich, um nicht zu lang zu werden für meine Beweisgründe, auf eine lange vertrauliche Unterredung, welche ich tags zuvor mit Kálnoky über diesen Fall gehabt hatte. Der Inhalt dieser Unterredung war kurz der, daß unser Herr die Bedeutung des englischen Prestiges im europäischen Schachspiel wohl zu würdigen wisse und weit davon entfernt sei, Überhebungen, welche sich die englische Königsfamilie zuschulden kommen ließe, auf unsere Beziehungen zur englischen Regierung zu übertragen: man müsse nicht vergessen, daß in England die Demokratie regiere, deren Organ der jeweilige Premierminister mit seinen Kollegen sei: wenn die Königin Victoria jetzt einen gewissen Einfluß ausübe, so geschehe dies lediglich, weil Lord Salisbury in loyaler Erinnerung an halbvergessene alte Torytraditionen der Königin freiwillig einen gewissen Spielraum einräume: zu meiner amtlichen englischen Zeit unter Gladstone sei die Königin lediglich als automatische Unterschriftsmaschine behandelt, und so würde es nach den nächsten allgemeinen Wahlen in England, die das alte Torytum definitiv beseitigen würden, auch wieder werden. Das Flittergold des sogenannten englischen Königstums sei une quantité négligeable; wenn man dasselbe nicht geradezu direkt beleidige, würde

* Damit sind die Äußerungen des Tagebuchs über das starke Widerstreben König Ludwigs II. von Bayern gegen die Einigung Deutschlands unter der Ägide der Hohenzollern gemeint.

es für die Beziehungen zur englischen Nation in Zukunft vollständig einerlei sein, wie man zu dessen Träger stände. pp.

Nachdem dies abgetan war, sprach ich dem Kaiser von der Peterhofer Entrevue, von dem Vertrauen, welches unser Herr sich in Rußland von neuem erworben habe, und von Giers Äußerungen über die Balkanstaaten. Der Kaiser ging zunächst auf Bulgarien ein und äußerte seine Verwunderung, daß Prinz Ferdinand sich bis jetzt noch gehalten habe: er habe an eine so lange Dauer dieser Koburgschen Episode nicht geglaubt, könne damit aber schließlich nicht unzufrieden sein, da gegenwärtig wenigstens Ruhe und Ordnung in Bulgarien herrsche und dies alles sei, was er wünsche.

Ich sagte, daß wir bezüglich Serbiens und Bulgariens nach wie vor an dem alten Rezept der Teilung der Interessensphäre festhielten, wenn auch die beiden, uns befreundeten kaiserlichen Regierungen seinerzeit davon nichts hätten wissen wollen. Seine Majestät unterbrach mich hier lebhaft mit etwas gezwungenem Lachen: „Ich weiß wohl, daß dies die Idee Ihres Vaters ist; ich habe mich damit aber nie befreunden können und muß sie auch heute von mir weisen.“ Meine Erwiderung lautete: „Es tut mir leid, dies zu hören, um so mehr, als ich noch ganz neuerdings habe konstatieren können, daß Graf Schuwalow diese Scheidung der Interessensphären für die glücklichste Idee erklärte, die in der balkanstaatlichen Frage noch vorgebracht worden sei. Man brauche ja nicht notwendig von einer Trennung der Interessensphäre zu sprechen, sondern könne damit beginnen, daß Österreich und Rußland sich einstweilen für eine sphère de désintéressement aussprächen, d. h. daß Österreich sich in Bulgarien ebenso desinteressiere, wie Rußland es tatsächlich in Serbien tue. Dies verpflichte ja zu nichts und gewähre doch immerhin für einige Zeit einen akzeptabeln trockenen Standpunkt in dem bulgarischen Sumpf.“ Der Kaiser erwiderte darauf, daß seine Regierung sich tatsächlich in Bulgarien zurückhalte; hätte er dort aktiv eingreifen wollen, so würde er wohl in der Lage gewesen sein, den österreichischen Einfluß in Bulgarien weit mehr zur Geltung zu bringen: er verlange aber nichts als von beiden Seiten Geschehenlassen gegenüber der autonomen Entwickelung der jetzigen Balkanstaaten.

Als ich hier schwieg, weil weiteres Insistieren mir unfruchtbar erschien, begann der Kaiser, von Rumänien zu sprechen, und äußerte Besorgnis für die Zukunft des Königs Karl, den er für einen eiteln und kurzsichtigen Schwätzer erklärte: wenn König Karl so ungeschickt fortwirtschafte wie jetzt und nicht einmal für sichtbare Kontinuität der Dynastie sorge, so könne ihm leicht Cusas Schicksal* bereitet werden: hieraus würde für Österreich eine schwere Verlegenheit erwachsen, denn er könne nicht mit ansehen, daß Rumänien eine russi-

* Alexander Cusa, Fürst von Rumänien, war bekanntlich 1866 entthront worden.

sche Dependenz werde. Der Kaiser sprach sich lobend über das Verhalten unseres Gesandten Bülow* sowie anerkennend über die Fähigkeit seines eigenen Vertreters Goluchowski aus, fürchtet aber doch, daß die Tätigkeit dieser beiden Herren durch den besserwissenden Eigensinn des Königs Karl frustriert werden würde. Ich stellte Seiner Majestät anheim, durch den Herzog von Nassau, den Onkel der Königin, auf den König Karl einzuwirken, und dieser Gedanke schien dem Kaiser zu gefallen.

Bezüglich Serbiens sagte der Kaiser mit einem Seufzer, er werde binnen kurzem den König Milan hier sehen: er wünsche dessen Verbleiben auf dem Thron, werde ihm aber nicht zureden; auf diesen Herrn, dessen Charakter einem weiblichen mehr ähnlich sei wie einem männlichen, könne nur durch harte Worte eingewirkt werden.

Als in der Unterhaltung Bulgarien noch einmal berührt wurde, sagte ich dem Kaiser, es würde im Interesse der Kräftigung der Stellung des Zaren gegenüber panslawistischen Hetzern doch erwünscht sein, daß eine für Rußland annehmbare Regierung in Bulgarien entstände, weil dadurch die russisch-österreichischen Beziehungen wesentlich erleichtert werden würden. Prinz Ferdinand, der ungarische Uniform getragen, in Österreich seine Verwandten habe und von Wien gekommen sei, gelte nun einmal in ganz Rußland für einen österreichischen Emissär, und seine römische Religion mache ihn für den Zaren auf die Dauer unannehmbar. Hieran könne der Zar selbst beim besten Willen nichts ändern. Die Einwirkung aber, welche die nachdrücklichste auf den Zaren sei, setze bei dessen Empfindungen als orthodoxem Cäsaropapst ein und führe demselben unter Pobedonoszews berechneter Direktive stets das Schreckbild der überlegenen römischen Propaganda unter den orthodoxen Slawen vor Gesicht. Der Kaiser meinte, daß hiergegen doch die Zahlen sprächen; nicht einmal in Rumänien mache die römische Kirche Fortschritte, und es sei ein verhängnisvoller Irrtum des Papstes, daß dieser auf Bekehrungen unter den orthodoxen Slawen rechne: nur unter den Bulgaren seien in letzter Zeit wenige, kaum nennenswerte Übertritte erfolgt. pp.

Nr. 1353

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 229 St. Petersburg, den 9. Oktober 1888

Wenn auch in den amtlichen hiesigen Kreisen nach wie vor betont wird, daß Rußland nicht die geringste Neigung verspüre, aus seiner

* Der frühere erste Sekretär der Botschaft in Petersburg Bernhard von Bülow war seit Mai 1888 Gesandter in Bukarest.

in der letzten Zeit den Orientangelegenheiten gegenüber beobachteten Reserve herauszutreten und insbesondere die bulgarische Frage einer Lösung entgegenzuführen, so ist von der letzteren neuerdings in nicht amtlichen Kreisen wieder mehr die Rede. Man begegnet öfters der Ansicht, daß die Langmut Rußlands bald erschöpft sein werde, daß etwas geschehen müsse, um dem in Bulgarien herrschenden Zustande der Anarchie ein Ende zu bereiten und um dem sich immer mehr dort ausbreitenden österreichischen Einfluß Halt zu gebieten.

Ich habe in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt, Gespräche mit Persönlichkeiten zu führen, welche, wenn auch selbst nicht in amtlicher Stellung, so doch mit den leitenden Kreisen in Fühlung stehen, und welche sich in obigem Sinne aussprachen. Wenn ich auf diese Äußerungen die Frage einwarf, was denn die Pläne Rußlands bezüglich Bulgariens seien, blieb man mir entweder die Antwort hierauf schuldig oder bekannte mit bedauerndem Achselzucken, daß man eben leider kein Programm hier habe. Beinahe regelmäßig begegnete ich bei diesen Gesprächen auch irgendeiner Phrase, aus welcher deutlich zu erkennen war, daß man sich hier noch vielfach zu der Erwartung berechtigt glaubt, Deutschland werde etwas tun, um Rußland aus der Sackgasse, in welcher es sich in der bulgarischen Frage befindet, herauszuhelfen.

Verständige Politiker geben dabei von vornherein zu, daß Rußland an der schwierigen Situation, in der es sich jetzt befinde, durch seine nach dem letzten türkischen Kriege begangenen Fehler selbst die Schuld trage, sie heben jedoch immer wieder hervor, daß Österreich-Ungarn durch sein Vordringen auf der Balkanhalbinsel[1] in einer Weise aus den Fehlern Rußlands Vorteil ziehe, welche russischerseits nicht mehr länger geduldet werden könne. Österreich werde aber nur durch das Bündnis mit Deutschland[2] in den Stand gesetzt, diese Vorteile aus der jetzigen Situation zu ziehen; es wäre daher dringend wünschenswert, daß Deutschland, welchem doch an guten Beziehungen zu den beiden benachbarten Reichen sichtlich gelegen sei, ein weiteres Umsichgreifen des österreichischen Einflusses da, wo er mit dem russischen notwendig in Kollision kommen müsse, verhindere. Insbesondere wird dabei darauf hingewiesen, daß, so sehr dies auch von österreichischer Seite bestritten werde, Prinz Ferdinand im Grunde in Bulgarien nur für die österreichische und katholische Sache arbeite und darum auch von Österreich wirksam unterstützt werde.

Wie Euerer Durchlaucht bekannt ist, hat die „Moskauer Zeitung" die Lüge aufgebracht, daß gelegentlich der Peterhofer entrevue von dem Herrn Staatssekretär im Auftrage Euerer Durchlaucht hier mit bezug auf die Lösung der bulgarischen Frage Zusagen erteilt worden seien, von denen sich die deutsche Regierung später wieder losgesagt habe. Wenn ich nun auch zugeben will, daß, wie von amtlicher russischer Seite versichert wird, diese tendenziöse Erfindung hier in ernste-

ren Kreisen keinen Glauben findet[3], so ist doch gewiß, daß man hier allgemein an die Wirkungen der Peterhofer Zusammenkunft gewisse Erwartungen knüpft und der Ansicht ist, daß nach den von Rußland gelegentlich dieser Zusammenkunft gegebenen Beweisen friedlicher Absichten Deutschland gegenüber die deutsche Politik wohl etwas tun könnte, um der russischen einen Dienst zu erweisen[4] und die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland dadurch zu pflegen[5]. Solche Erwartungen wurden an den Besuch des Grafen Kálnoky in Friedrichsruh und werden jetzt noch in erhöhtem Maße an den Besuch Seiner Majestät des Kaisers am Wiener Hof geknüpft.

Ich habe bei solchen Gesprächen wiederholt darauf hinzuweisen Gelegenheit gehabt, daß, wenn Rußland etwas unternehmen sollte, um seinem Einfluß in Bulgarien Geltung zu verschaffen, Deutschland gewiß weit davon entfernt sein werde, einem solchen Vorhaben Hindernisse in den Weg zu legen, daß es aber eine[6] starke Zumutung an uns sei, wenn von uns verlangt werde, daß wir die Rolle eines Geschäftsführers Rußlands übernehmen sollen, nachdem wir für die Übernahme dieser Rolle beim Berliner Kongreß während der letzten 10 Jahre wiederholt nur Undank geerntet hätten. Auf diese Einwendung erfolgt von russischer Seite in der Regel der Hinweis auf die Dienste, welche Rußland[7] in den Jahren 1866 und 1870 Preußen und Deutschland geleistet habe, und welche durch die seitdem der russischen Politik von Deutschland zuteil gewordene Unterstützung noch keineswegs heimgezahlt seien.

„Laissez nous en tête-à-tête avec l'Autriche", so lautet dann der Refrain, „voilà tout ce que nous demandons[8]."

Wenn nun auch Äußerungen der oben angedeuteten Art, welche in ungezwungener Konversation getan werden, von der Art, wie man sich in amtlichen Kreisen über die gegenwärtige Situation ausspricht, wesentlich abweichen, und wenn dieselben auch für die Kenntnis der in weiten Kreisen hier herrschenden Ansichten und Wünsche nicht wesentlich neues Material beibringen, so habe ich dieselben um so mehr verzeichnen zu sollen geglaubt, als ich daraus, sowie aus verschiedenen anderen Anzeichen darauf schließen möchte, daß man sich gegenwärtig viel mit der Möglichkeit des Eintritts irgendwelcher Ereignisse beschäftigt, durch welche die russische Regierung in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, in der bulgarischen Frage plötzlich von ihrer reservierten Haltung abzugehen[9]. Als ein solches Anzeichen möchte ich eine gewisse Nervosität hervorheben, mit welcher man der Eventualität einer plötzlichen Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entgegensieht, und andererseits auf die bulgarische Agitation in Mazedonien hinweist. pp.

Es scheint mir in der Tat nicht ausgeschlossen, daß, wenn nach der Reise Seiner Majestät des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn,

die von den panslawistischen Hetzblättern künstlich verbreitete Enttäuschung dadurch eintritt, daß die an die Besprechungen in Wien und Rom* geknüpften Erwartungen[10] nicht in Erfüllung gehen, von der aktionslustigen Partei neue Versuche gemacht werden, die Regierung zu einer aktiven Politik mit Bezug auf die bulgarische und die Balkanfrage zu treiben.

Wenn nun auch alle Aussicht vorhanden ist, daß derartige Versuche an dem Mangel an Initiative des Zaren scheitern, so ist es immerhin zu bedauern, daß Kaiser Alexander während seiner jetzigen mehrwöchentlichen Reise weder von dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten noch sonst von einem Staatsmann begleitet ist, welcher geeignet wäre, Einflüsse der oben angedeuteten Art zu bekämpfen[11].

F. Pourtalès

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Of[e]ner Vertrag!

[2] cf. 1878—79! Fehler in der Politik sind nicht ungeschehn zu machen, wer sich den Luxus eines eiteln Narren als Kanzler gestattet, kann sich nicht wundern wenn die Folgen eintreten

[3] sie hätte sofort widerlegt werden müssen!

[4] !! warum?

[5] die sollte Rußland pflegen! einseitig geht es nicht!

[6] sehr

[7] doch nur darin bestehend, daß R[ußland] nicht über uns herfiel als andre uns angriffen! dasselbe haben wir 1854 u[nd] 1876 den Russen geleistet. Außerdem hat diese platonischen Dienste uns Al[exander] II. geleistet. Al[exander] III. hat auf Dank noch wenige[r] Titel

[8] et après?

[9] möchte sie doch!

[10] !

[11] tant mieux

Nr. 1354

Der österreich-ungarische Botschafter in Petersburg Graf Wolkenstein an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen Kálnoky

Abschrift, im Auszug dem Auswärtigen Amt vom österreich-ungarischen Geschäftsträger in Berlin am 26. Oktober mitgeteilt

Nr. 570 St. Petersburg, den 11. Oktober / 29. September 1888

Bei einer unter Vorsitz des Kaisers Alexander abgehaltenen Konferenz, die allerdings schon vor einiger Zeit abgehalten worden sein dürfte, hätte der Generalstabschef die Ansicht entwickelt, daß eine zielbewußte russische Politik auf eine Teilung der Balkanhalbinsel mit Österreich-Ungarn niemals eingehen dürfe. Rußland müsse viel-

---

* Nach seinem Besuche in Wien hatte Kaiser Wilhelm II. auch dem italienischen Hofe einen Besuch (11.—19. Oktober) abgestattet.

mehr seinen Einfluß auf die ganze Balkanhalbinsel ausdehnen. General Obrutschew bemerkte ausdrücklich zu der Person, der ich diese Mitteilung verdanke, daß Kaiser Alexander seine Übereinstimmung mit diesen Anschauungen ausgesprochen hätte.

Nr. 1355

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 1. Dezember 1888

pp. Gestern sah ich den Großfürsten* nur ganz kurze Zeit allein, da er mich erst in Gegenwart der Großfürstin empfing. Seine Kaiserliche Hoheit war dabei außerordentlich innig und freundlich, trug mir herzliche Grüße für den Herrn Reichskanzler auf, der immer auf ihn zählen könne. Er habe stets unbedingtes Vertrauen in die Offenheit und Zuverlässigkeit des Fürsten Bismarck gehabt. Seit der letzten Unterredung Ende Juni habe ihn dieser aber einen Blick in sein Herz tun lassen und ihn vollkommen bezaubert.

Darauf erwähnte der Großfürst noch kurz, daß die Presse sich wieder mit den russischen Truppenverschiebungen beschäftige; er hoffe, die Presse werde sich bald beruhigen, denn es sei dies ja nichts Neues. Der Zar habe im Winter dem Botschafter von Schweinitz alles genau angekündigt, was bis jetzt geschehen sei, und mehr werde nicht geschehen; die russischen Truppenverschiebungen nach Westen seien jetzt abgeschlossen.

Ich bemerkte, daß wir bei den ausgezeichneten Beziehungen unseres Kaisers zum Zaren gegenwärtig keine Ursache hätten, uns über den russischen Aufmarsch zu alarmieren, etwas anders liege es mit Österreich, da nicht zu leugnen sei, daß zwischen Österreich und Rußland Differenzpunkte existierten, und man könne es Österreich schließlich nicht übelnehmen, wenn es angesichts der vielen russischen Truppen an seiner Grenze etwas kitzlich und unruhig würde.

Der Großfürst nahm diese Bemerkung gut auf und meinte wiederholt, die russischen Truppenverschiebungen hätten momentan keinerlei schwerwiegende Bedeutung, die Österreicher müßten doch auch bedenken, daß die weiten Räume Rußlands eine Mobilmachung sehr erschwerten, und der Verlust an Zeit, welcher Rußland bei ausbrechendem Kriege träfe, müsse, soweit wie tunlich, vorher ausgeglichen werden.

H. Bismarck

* Wladimir.

Nr. 1356

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Oberst von Villaume an Kaiser Wilhelm II.

Immediatbericht. Abschrift im Auszug

Nr. 93 St. Petersburg, den $\frac{4. \text{Juni}}{23. \text{Mai}}$ 1889

pp. Der Toast Seiner Majestät des Kaisers auf den Fürsten von Montenegro* hat der russischen Presse wieder einmal Gelegenheit gegeben, über die Westmächte herzufallen. Daß dieser Toast ungeteilten Beifall in der gesamten russischen Presse gefunden, darf nicht wundernehmen, denn eine abfällige Kritik würde einfach verboten sein. Die „Nowoje Wremja" nennt diesen „historischen" Toast einen Herzensschrei, der sich der Brust eines ehrlichen Russen angesichts eines aufrichtigen Freundes entrang, während doch sonst dieses ehrliche Herz in seinen besten Friedens- und Eintrachtsgefühlen so oft betrogen wurde. Gleich darauf aber preist sie aus Anlaß der bevorstehenden Heiraten russischer Großfürsten mit orthodoxen Prinzessinnen die festen Bande der „Freundschaft und Blutsverwandtschaft", welche Rußland mit Griechenland und Dänemark verbinden. Selbstverständlich wird dabei der dem russischen Kaiserhause doch ebenso nahe verwandten Dynastien, denen die in Gott ruhenden Mütter des jetzigen Kaisers Majestät sowie der hochseligen Kaiser Alexander II. und Nikolaus I. entsprossen sind, mit keinem Worte Erwähnung getan.

Ein anderes Blatt sieht in dem Kaiserwort das künftige Geschick Rußlands auf der Balkanhalbinsel angedeutet und prophezeit, daß einst die Stunde kommen werde, wo dieser einzige wahre Freund Rußlands seine Freundschaft würde betätigen müssen.

Der panslawistische „Swjet" bezeichnet den Toast, der wie ein Donnerschlag in Europa wirken werde, als eine majestätische und einschüchternde Antwort auf die letzten armseligen Intrigen und Abmachungen der falschen Freunde Rußlands, und ein anderes gesinnungstüchtiges Blatt erkennt in dem Kaiserwort den festen Entschluß des erhabenen Herrschers Rußlands, keinerlei Verträge und Bündnisse mit anderen Mächten, außer mit Montenegro, einzugehen.

Diese allgemeine anerkennende Beurteilung der kaiserlichen Worte seitens der Presse gibt aber durchaus nicht den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung wieder. Noch nie ist mir dieser große Unterschied in der Auffassung so deutlich geworden wie bei dieser Gelegenheit. Unter den zahlreichen Persönlichkeiten aus militärischen, Hof- und panslawistischen Kreisen, mit denen ich über diesen Toast gesprochen, war auch nicht eine, welche über denselben erfreut oder

* Der Trinkspruch, den Kaiser Alexander III. am 30. Mai auf den zum Besuche am Zarenhofe weilenden Fürsten von Montenegro ausbrachte, hätte nach den Mitteilungen der Presse gelautet: „Ich trinke auf die Gesundheit des Fürsten von Montenegro, des einzigen aufrichtigen und treuen Freundes Rußlands."

auch nur von ihm befriedigt gewesen wäre. Selbst diejenigen, welche zugaben, daß er die reine Wahrheit enthalte, bezeichneten ihn mindestens als inopportun und überflüssig. Die einen sehen darin eine Antwort auf das Liebeswerben der Franzosen, die anderen eine Ablehnung der hier immer noch angenommenen Bestrebungen der benachbarten Westmächte, Rußland durch neue Verträge die Hände zu binden, und noch andere vermuten in ihm den Ausdruck einer gewissen Mißstimmung des Kaisers über den enthusiastischen Empfang, welchen der König von Italien in Berlin* gefunden. Wahrscheinlicher jedoch ist, daß dem Toast eine politische Absicht überhaupt nicht zugrunde gelegen hat, sondern daß er nur der Ausdruck der herzlichen und aufrichtigen Freundschaft war, welche der Kaiser schon seit langer Zeit für den Fürsten von Montenegro empfindet. Als sich letzterer bei der Parade in Peterhof zum ersten Male öffentlich in der neuen russischen Uniform gezeigt habe und unter dem Eindruck der Freude über die kurz vorher vollzogene Verlobung**, sei einfach der Mund übergeflossen von dem, dessen das Herz voll war, und eine politische Demonstration habe dem Kaiser in diesem Moment sicherlich völlig fern gelegen. Für uns bleibt aber von Bedeutung, daß der Kaiser sicherlich fest von dem überzeugt ist, was er ausgesprochen hat, und glaubt, daß in der Tat Rußland außer dem Fürsten von Montenegro[1] keinen aufrichtigen Freund[2] habe.

Allgemein bedauert man, daß der Kaiser mit diesen Worten, wenn auch unabsichtlich, die Isolierung Rußlands in der internationalen Politik offen eingestanden habe, und man benutzt dies, um dem Leiter der auswärtigen Politik Vorwürfe zu machen, daß er sich in der ganzen weiten Welt keinen anderen Freund zu erwerben verstanden habe, als das kleine, selbst auf der Balkanhalbinsel bedeutungslose Montenegro, dessen Einwohnerzahl in der Tat nur der der Stadt Köln gleichkommt. Man fürchtet ferner, daß dieses Eingeständnis aus kaiserlichem Munde die Feinde des Friedens stärken und ermutigen könne, und daß die anderen Glaubensbrüder auf der Balkanhalbinsel und in Österreich, sowie die sympathischen Franzosen es übelnehmen könnten, daß man sie so ganz vergessen hätte. Endlich wird mir noch aus guter Quelle mitgeteilt, daß auch der Fürst von Montenegro selbst über diese öffentliche Auszeichnung keineswegs sehr entzückt sein soll, weil er nicht, wie sein mächtiger Gönner, auf die Freundschaft aller anderen Staaten verzichten könne. (gez.) von Villaume

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Streber!
[2] wer hat denn einen?

---

* Er weilte hier vom 21. bis 26. Mai 1889.
** Gemeint ist die Verlobung der Prinzessin Militza mit dem Großfürsten Peter Nikolajewitsch.

Nr. 1357

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Varzin, den 30. Juni 1889
[abgegangen am 3. Juli]

Ew. pp. Bericht Nr. 304 vom 26. d. Mts.* habe ich erhalten. Es wundert mich nicht, daß Lord Salisbury in bezug auf die Möglichkeit einer russisch-österreichischen Verständigung Besorgnisse hegt, weil er einerseits mit den Stimmungen der österreichischen und ungarischen Bevölkerung nicht so vertraut ist, wie wir, und weil die Vorgänge der Reichstädter geheimen Konvention, in welcher Österreich gegen die Besetzung Bosniens seine Neutralität versprach, einen Präzedenzfall bilden, der Lord Salisbury vorschweben mag. Ich halte aber nicht für wahrscheinlich, daß diese Vorgänge sich in Wien wiederholen werden. Die Neigung, eine Stellung anzunehmen, durch welche Österreich von Rußland vollständig abhängig würde, ist in den meisten österreichischen Landesteilen gar nicht, in einigen slawischen in sehr geringem Maße vorhanden. Eine unabhängige Politik Österreichs wird heut nur im Bunde mit Deutschland oder England, niemals im Bunde mit Rußland möglich bleiben; bei einem unaufrichtigen Separatabkommen Österreichs mit Rußland würde sie notwendig verloren gehen und der Besorgnis Platz machen, daß Deutschland imstande sein könnte, Rußland viel größere Vorteile anzubieten, als Österreich es vermag. Unsere ganzen Verstimmungen mit Rußland beruhen nicht auf direkten russisch-deutschen Schwierigkeiten, sondern lediglich auf der Tatsache, daß wir bereit sind, Österreich gegen russische Vergewaltigungen zu schützen, weil der Fortbestand Österreichs, als einer starken und unabhängigen Großmacht, für das europäische Gleichgewicht unentbehrlich ist. Unsere daraus hervorgehende Weigerung, Österreich einem russischen Angriffe gegenüber im Stiche zu lassen, bildet die alleinige Unterlage deutsch-russischer Verstimmungen; kämen sie durch Österreichs Anschluß an Rußland in Wegfall, so hätten wir es viel leichter als Österreich, uns mit Rußland zu einigen.

Ew. pp. wird aus Ihrer Berliner Tätigkeit her erinnerlich sein, daß mir zuerst im Jahre 1876 durch Telegramm des Generals

---

* Am 26. Juni hatte Graf Hatzfeldt über ein ausführliches Gespräch mit dem englischen Premierminister Lord Salisbury berichtet. In diesem Gespräch zeigte sich Salisbury präokkupiert durch den Gedanken an die Möglichkeit einer österreichisch-russischen Verständigung à la Reichstadt über die orientalischen Angelegenheiten, und daher geneigt zu einer Politik der Vorsicht und Zurückhaltung; jedenfalls wollte er, bevor er aus solcher Reserve heraustrete, erst den Ausfall der bevorstehenden französischen Kammerwahlen und deren Rückwirkung auf die Orientpolitik der Republik abwarten.

von Werder von Livadia* aus die kategorische Frage Kaiser Alexanders II. hier in Varzin zuging, ob wir versprächen, in einem russisch-österreichischen Kriege neutral zu bleiben, und daß diese Frage, bei Ausbleiben meiner Antwort, telegraphisch in Varzin und dann, nachdem ich auf den amtlichen Weg verwiesen hatte, amtlich durch die russische Botschaft in Berlin wiederholt wurde**. Ew. pp. wissen, daß der hochselige Kaiser Wilhelm es ablehnte, eine solche Zusage zu geben. Nach dieser Ablehnung wandte sich die russische Diplomatie direkt nach Wien resp. nach Ofen, und es wurde dort ohne unser Wissen die Reichstädter Konvention*** abgeschlossen, von deren Inhalt Österreich uns später ohne Zustimmung Rußlands in Kenntnis setzte.

Daß dieser Abschluß ein politischer Fehler Österreichs war, daß es überhaupt nicht im österreichischen Interesse lag, rumänische und serbische Königreiche herzustellen, wird heutzutage in Wien kaum mehr zweifelhaft sein, und ich halte jede Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung ähnlicher Vorgänge für ausgeschlossen, weil es an jeder Möglichkeit einer für beide Teile annehmbaren Abgrenzung der Interessen fehlt. Wir haben uns aus Liebe zum Frieden lange Zeit und eifrig bemüht, eine Verständigung über eine solche Abgrenzung zwischen Wien und Petersburg zu Stande zu bringen, nicht für Erwerbungen, sondern für den von jeder der beiden Großmächte zu übenden Einfluß in den ehemals türkischen, jetzt unabhängigen Gebieten. Das einzige Ergebnis unserer langjährigen Bemühungen unter der vorigen wie unter der jetzigen russischen Regierung ist die Überzeugung gewesen, daß auf beiden Seiten die Ziele zu hoch gesteckt sind, um den von uns erstrebten Ausgleich zu ermöglichen. Diese Ziele beliebig abzumindern, liegt auf österreichischer Seite gar nicht in der Hand der Regierung, weil ungarischer Ehrgeiz und ungarische Furcht vor slawischer Herrschaft ein für die Wiener Diplomatie unter allen Umständen unbotmäßiges Hindernis bilden. Wenn Österreich die sichere Freundschaft oder vielmehr die sichere Protektion Rußlands gewinnen wollte, so müßte es sich darauf gefaßt machen, diesem Streben schließlich seine Rumänen in Siebenbürgen und der Bukowina, und seine Serben im Banat und in Kroatien opfern zu müssen, denn die Kroaten sind nichts wie katholische Serben; selbst Millionen von Slowaken im Innern Ungarns würden noch ein Objekt serbisch-russischer Begehrlich-

* Vgl. Bd. II, Kap. X, Nr. 237 und 239.

** Von einer solchen amtlichen Anfrage seitens des russischen Botschafters Oubril wissen die Akten nichts; vgl. Bd. II, Kap. X. Vielleicht hat Bismarck den Brief des Fürsten Gortschakow vom 2. November 1876 mit seiner indirekten Aufforderung, sich für die russische Neutralität aus den Jahren 1866 und 1870/71 durch ein gleichartiges Verhalten in der Krise von 1876 zu revanchieren (vgl. Bd. II, Nr. 255), im Auge.

*** Bismarck verwechselt hier die Reichstadter Konvention vom 8. Juli 1876, von deren Inhalt Graf Andrássy Bismarck Mitte September in Kenntnis setzte (vgl. Bd. II, Nr. 233), mit den Pester Konventionen vom 15. Januar 1877 (Nr. 265, 266).

keit und orthodoxer Annektierung oder Konvertierung bieten. Keine ungarische Regierung würde imstande sein, die Preise zu zahlen, für welche allein Rußlands dauernde Protektion sicher zu stellen wäre, und die strikte Abhängigkeit von Rußland liegt überhaupt nicht in dem Programm irgend eines zur österreichischen Monarchie gehörigen Stammes. Die reaktionären Politiker der Habsburgischen Monarchie sind ausnahmslos Katholiken von mehr oder weniger großem Fanatismus: ihnen ist die Herrschaft der griechischen Kirche gefährlicher als der Kampf mit dem Protestantismus, weil die griechische Kirche Rußlands Macht hinter sich hat, wie das Beispiel der Uniaten zeigt. Wirkliche russische Sympathien existieren nur bei einer sehr geringen Anzahl tschechischer von Rußland gekaufter Agitatoren, die ohne Einfluß auf die Gesamtheit bleiben.

Ich halte demnach die Besorgnisse Lord Salisburys vor der Eventualität einer österreichisch-russischen Verständigung für unbegründet, und möchte in ihnen einen Schachzug vermuten, durch den Lord Salisbury sich der Notwendigkeit überhebt, einzugestehen, entweder daß England noch längere Zeit militärisch zu unfertig ist, um aktiv in die europäischen Händel eingreifen zu können, oder daß man noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben hat, daß die Balkankämpfe ohne aktive englische Mitwirkung ausgefochten werden können.

Ich wünsche, daß Ew. pp. den historischen Teil dieser Darlegungen Lord Salisbury vertraulich mitteilen, und überlasse Ihnen, aus meinen weiteren Konjekturen zu benutzen, was Ihnen nützlich scheint, um die Gespenster zu bannen, die den Minister präokkupieren.

Ihr Gespräch in dieser Richtung bietet Ihnen vielleicht die Gelegenheit vorsichtig zu sondieren, ob Lord Salisbury an die Möglichkeit einer Erneuerung der englischen Allianz mit Frankreich in antirussischem Sinne glaubt. Ich würde diesen Glauben für absehbare Zeiten als einen Irrtum ansehen. Auch vor 36 Jahren wurde das englisch-französische Bündnis doch nur möglich unter der ungewöhnlichen Konstellation, daß ein von Rußland geärgerter französischer Kaiser sich an dem Wohlwollen der Königin Viktoria zu einer Stellung in der monarchischen Welt hinaufarbeiten wollte. Dergleichen Konjunkturen wiederholen sich nicht, und ihre damalige Wirkung war eine sehr kurze und für England wenig lohnende. Frankreich wird immer stärker wie Österreich nach der russischen Seite gravitieren: bei letzterem würde der Gedanke, die Anlehnung an Rußland zu suchen, immer nur Symptom eines krankhaften Zustandes sein, dadurch erzeugt, daß Österreich auf Englands Beistand und selbst Sympathien, auf die es durch die Natur hingewiesen ist, nicht mehr rechnen kann. Die Haltung Englands und Palmerstons zur Zeit von Radetzki und Haynau hat damals Österreich in die Arme Rußlands getrieben, und nur die Wiederholung der übeln Behandlung des Gladstoneschen Kabinetts und seiner Brutalisierung der alten englischen

Freunde in Wien und Konstantinopel („hands off“ — „unspeakable Turk“*) können österreichische Staatsmänner auf den Gedanken bringen, beim russischen Gegner Anlehnung zu suchen. Aber so lange nicht in England Gladstone oder dessen Geist regiert, glaube ich nicht an österreichische Annäherungen an Rußland.

v. Bismarck

Nr. 1358

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde**

Konzept

Nr. 340 Berlin, den 15. Oktober 1889
[abgegangen am 17. Oktober]

Der dreitägige Besuch Seiner Majestät des Kaisers von Rußland am allerhöchsten Hofe*** ist in jeder Beziehung befriedigend verlaufen. Insoweit dies äußerlich in die Erscheinung treten konnte, werden Ew. pp. aus der Tagespresse entnommen haben, daß nicht nur jeder Mißton ferngeblieben ist, sondern daß der persönliche Verkehr zwischen Seiner Majestät und dem Zaren das Gepräge ausgesprochener Herzlichkeit trug.

Beim Beginn der über eine Stunde dauernden Audienz, welche der Kaiser Alexander mir gewährte, konnte ich die Wahrnehmung machen, daß dem hohen Herrn Zweifel an der Aufrichtigkeit unsrer Friedensliebe beigebracht waren, wie ich vermute durch Einflüsterungen nicht nur unserer Gegner in Rußland selbst als auch in Kopenhagen. Bei der großen Abgeschlossenheit, in welcher der Zar in seinen russischen Residenzen zu leben pflegt, bei der Seltenheit und Unregelmäßigkeit der Vorträge seines auswärtigen Ministers und bei seiner Vorliebe für den schriftlichen Verkehr ist es für seine amtlichen Organe schwer, ihn gegenüber vereinzelten und berechneten Einwirkungen von Unberufenen immer richtig informiert zu halten. Da der Zar während der letzten 6 Wochen, die er in Dänemark zubrachte, ohne jeden Zivilbeamten und nur von wenigen untergeordneten Persönlichkeiten begleitet war, so ist es nicht zu verwundern, daß die unrichtigen Bilder, welche ihm über die Ziele unserer Politik von Besuchern und Mitgliedern des dänischen Hofes vorgeführt wurden, einen Eindruck auf ihn gemacht hatten. Mit um so größerer Befriedigung hat es mich erfüllt, auch dieses Mal wieder, wie schon im November 1887, konstatieren zu können, daß diese Ein-

---

* Vgl. Bd. IV, S. 15, Fußnote; S. 33, Fußnote **.

** Ein gleicher Erlaß erging auch an den Botschafter in London.

*** Er fand vom 11.—13. Oktober 1889 statt. Über die lange Unterredung, die Fürst Bismarck mit dem Zaren am 11. Oktober hatte, vgl. auch Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen (1920), S. 504.

drücke nicht so tief saßen, daß Seine Majestät nicht meine Aufklärungen mit vollem Vertrauen und sichtlichen Zeichen der Befriedigung entgegengenommen hätten.

Seine Majestät brachte zuerst seine Besorgnis zum Ausdruck, daß anläßlich des Kaiserbesuches in Osborne und der unmittelbar darauffolgenden Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in Berlin* neue Abmachungen mit antirussischer Spitze zwischen den beteiligten Regierungen getroffen worden seien, welche bei dem bevorstehenden Zusammentreffen unseres Herrn mit dem Sultan** durch ein Bündnis mit der Türkei gekrönt werden sollten und demnächst zu einem aggressiven Vorgehen gegen Rußland führen würden.

In meiner Erwiderung setzte ich auseinander, daß keine englische Regierung ein Bündnis mit einer andern Großmacht ohne parlamentarische Sanktion abzuschließen imstande sei: wir hätten viele gemeinschaftliche Interessen mit England, unsere traditionellen Beziehungen zu dieser Macht schlössen jeden Streit mit ihr aus, es sei mithin von vitalem Interesse für Deutschland, daß Englands Machtstellung erhalten bliebe. Diese Sachlage wäre eine von selbst gegebene und mache den Abschluß eines Bündnisses zwischen England und Deutschland überflüssig. Unsere Beziehungen zu dem verbündeten österreichischen Kaiserstaate seien allein aus historischen Gründen engere als wie die mit England und durch den dem Zaren bekannten Bündnisvertrag vom Jahre 1879 zum öffentlichen Ausdruck gebracht; darüber hinaus existiere kein Abkommen. Unser Kaiser verfolgte ausschließlich friedliche Ziele, und der erwähnte Bündnisvertrag genüge dem Bedürfnis. Im Interesse des Gleichgewichtes sei unsre Aufgabe, für Österreichs Großmachtstellung in jedem Notfalle einzutreten: aggressive Tendenzen lägen uns aber ebenso fern wie dem Kaiser Franz Joseph, und ich sähe nicht die geringste Veranlassung, weshalb wir den russischen Nachbar jemals angreifen sollten.

Der Kaiser Alexander erklärte sich durch meine Mitteilung höchst befriedigt und fügte hinzu, daß er seinerseits niemals angreifen werde.

Bezüglich der bevorstehenden Kaiserreise nach dem Orient sagte ich, daß dem Besuch in Konstantinopel nur der Wunsch unserer Majestäten zugrunde läge, von Athen nicht heimzukehren, ohne Konstantinopel gesehen zu haben: Deutschland hätte im Schwarzen und im Mittelmeer keine politischen Interessen, und es sei mithin ausgeschlossen, daß der Besuch unserer Majestäten in Konstantinopel ein politisches Gepräge erhalte. Aufnahme der Pforte in die Tripleallianz sei für uns nicht

---

* Der Besuch Kaiser Franz Josephs in Berlin fand vom 12.—15. August, kurz nachdem Kaiser Wilhelm von seiner Englandreise (2.—7. August) zurückgekehrt war, statt.

** Im Anschluß an die Feierlichkeiten zur Vermählung der Prinzessin Sophie von Preußen mit dem Kronprinzen von Griechenland in Athen (27. Oktober) stattete das Deutsche Kaiserpaar auch dem Sultan einen Besuch (2.—6. November) ab.

möglich; wir könnten dem deutschen Volke nicht die Pflicht auferlegen, für die Zukunft von Bagdad Krieg mit Rußland zu führen.

Aus der ganzen Haltung des Zaren während der auf meine Audienz folgenden Zeit seiner hiesigen Anwesenheit, sowie aus demjenigen, was er unserm allerhöchsten Herrn über diese Audienz gesagt, habe ich bestätigt gefunden, daß er Berlin in zufriedener Stimmung verlassen und sich gern davon überzeugt hat, daß die ihm zugetragenen Verdächtigungen unserer Politik unehrlichen Motiven entsprangen und nur darauf berechnet waren, uns ohne Grund zu brouillieren.

Ew. pp. sind ermächtigt, sich nach Maßgabe des Vorstehenden mündlich und vertraulich zu Herrn Crispi auszusprechen.

v. Bismarck

Nr. 1359

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 538 Berlin, den 15. Oktober 1889

Ew. pp. erhalten anbei Abschrift eines an die Kaiserlichen Botschaften in Rom und London gerichteten vertraulichen Erlasses* mit der Ermächtigung, den Inhalt desselben Graf Kálnoky gegenüber zu verwerten.

Nachdem der Staatssekretär Graf Bismarck bereits Gelegenheit gehabt hat, sich zu dem heute nach Wien gereisten Grafen Széchényi über meine Audienz beim Kaiser Alexander auszusprechen, wird in der Anlage für den Grafen Kálnoky kaum etwas Neues enthalten sein. Da ich außerdem nach einer früheren freundlichen Zusage des Grafen Kálnoky die Freude haben werde, denselben in Friedrichsruh begrüßen zu können, darf ich mir bis dahin vorbehalten, den Besuch des Zaren mit ihm direkt durchzusprechen.

Für Euer pp. persönliche Information möchte ich noch hinzufügen, daß der Zar mit einiger Mißstimmung über die neuerlichen österreichischen Anregungen in der bulgarischen Sache sprach. Ich bemerkte dazu, daß das Verhalten Österreichs in den inneren bulgarischen Fragen außerhalb unserer Verabredungen läge, und ich daher nicht legitimiert wäre, eine Meinung darüber in Wien zu äußern. Meine Stellung zu den Balkanfragen beruhe auf den Verträgen und sei noch heut dieselbe, wie ich sie vor Jahr und Tag nicht nur in Wien und Petersburg zur Geltung gebracht, sondern auch dem Reichstage gegenüber öffentlich dargelegt hätte. Wenn es uns auch nicht gelungen

* Siehe Nr. 1358.

sei, unsre Auffassungen bei den beiden Kaisern zur Annahme zu bringen, so hielte ich doch im Prinzip daran fest als an der vertragsmäßigen Richtschnur für die deutsche Politik. Die Besorgnis, welche der Zar bezüglich der serbischen Verhältnisse äußerte, nämlich daß dieselben zu einem Einrücken österreichischer Truppen in das Königreich Serbien führen könnten, konnte ich damit entkräften, daß das Wiener Kabinett die serbischen Dinge mit Ruhe und Gleichmut betrachte und nicht annehme, daß sie sich in gefährlicher Weise zuspitzen würden. Dem Kaiser Alexander war dies augenscheinlich sehr angenehm zu hören, und am Schlusse unserer Unterredung sagte er mir wiederholt „Je suis parfaitement rassuré sur tous les points de vue parce que Vous venez de me dire.“

v. Bismarck

Nr. 1360

Der Konsul in Kiew Raffauf an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Ausfertigung

Nr. G I — Kiew, den 3. März 1890

Euerer Durchlaucht wird bereits anderweit gemeldet worden sein, daß im Sommer d. Js. in der Umgegend von Rowno (Gouvernement

* Es handelt sich hier um den wichtigsten jener berühmt gewordenen Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew, die bei der raschen Steigerung des Konflikts zwischen Kaiser und Kanzler im März 1890 eine Rolle gespielt haben. Vgl. darüber vor allem Bismarcks eigene Darstellung im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“ (S. 89 ff.). Die Darstellung, die Wilhelm Schüßler, Bismarcks Sturz (1922), S. 201 ff. von den Vorgängen gibt, greift, obwohl sie sich bereits auf Bismarcks Darstellung stützt, durchgehends fehl. Nach Schüßler hätte Bismarck die Berichte dem Kaiser vorenthalten wollen, sei aber, da der Kaiser (durch Holstein?) von deren Eingang erfahren, rechtzeitig durch seine Freunde gewarnt worden und habe nun, um dem drohenden Sturm vorzubeugen, schnell sechs Berichte, ausschließlich militärischen Inhalts, an den Generalstab gesandt, dem Kaiser selbst aber nur diejenigen Berichte vorlegen lassen, „für deren Eindruck auf Seine Majestät er die Verantwortung glaubte tragen zu können“. Der tatsächliche Verlauf nach den Akten, der diese Legende völlig zerstört, ist der folgende:

Die Sendung aus Kiew, die 20 Berichte enthielt, war von Konsul Raffauf mit Begleitschreiben vom 9. März durch den Kanzlerdragoman Rößler von Kiew nach Warschau expediert worden. Von Warschau aus wurden sie vom deutschen Generalkonsul Freiherrn von Rechenberg mit Begleitschreiben vom 12. März in sechs Briefpaketen durch einen Konsulatssekretär nach Thorn geschickt und dort mit der Post „eingeschrieben“ an das Auswärtige Amt aufgegeben. Im Auswärtigen Amt ist die Sendung laut Journal und Eingangsvermerk am 15. März eingegangen und dem Staatssekretär Grafen Herbert von Bismarck vorgelegt worden. Am 16. März lag sie dem Fürsten Bismarck vor, der fünf Berichte militärischen Inhalts für den Kaiser auswählte und mit dem Vermerk „S. M.“ versah. Noch am gleichen Tage, dem 16. März, ließ der Staatssekretär diese ausgewählten Berichte dem Kaiser unterbreiten, der sie am 17. März mit Handbillett (Nr. 1361) an den

Wolhynien) in Gegenwart des russischen Kaisers große Manöver stattfinden werden. An diesen Übungen sollen vier[1] Armeekorps aus dem Warschauer, Wilnaer und Kiewer Militärbezirke teilnehmen, darunter die in Kiew stehende 33. Infanteriedivision[2]. In hohen militärischen Kreisen sagt man, daß diese Exerzitien veranstaltet würden „pour passer devant[3] le nez des Autrichiens."

In Rowno, Lutzk usw. ist unter dem Militär das Gerücht verbreitet, auch der deutsche Kaiser werde im Sommer ganz bestimmt zu den dortigen Manövern kommen. In Lutzk bezeichnet man sogar das Haus, welches für Seine Majestät zurecht gemacht werde.

Schon jetzt verlautet hier in Offizierskreisen, daß zum Frühjahr bereits starke Schiebungen von Infanterie und Kavallerie nach dem wolhynischen Festungsdreieck und weiter nach Podolien hin in Aussicht genommen sind, zunächst von Warschau und Wilna aus[1].

Raffauf

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

(am Kopf des Schriftstückes): Gen[eral]Stab z[um] Vort[rag] sehr bedenklich! Wien sofort m[i]tth[eilen]

[1] 6!

[2] außerdem 4 Kavallerie-Divisionen und 2 Kosackendivision[en] im Ganzen 180 Bat[ail]l[one] und 400 Geschütze. Eine größere Drohung ist noch keinem Staate im Frieden von einem anderen geboten worden!

[3] peut être sur

[1] Es ist dies der Anfang des Aufmarsches zum Kriege! Caveant Consules! Da der Punkt der oesterreich[ischen] Grenze, an welchem die Konzentration stattfindet, der schwächste und am weitesten entfernt liegende ist! Mit einer solchen Truppenmacht kann man, überraschend eingefallen, direkt bis Wien ohne aufgehalten zu werden durchstoßen.

Fürsten Bismarck zurücksandte. Nach Bismarcks Darstellung (a. a. O. S. 88) geschah dies am 17. morgens. Am gleichen Tage, dem 17. März, antwortete Fürst Bismarck auf das Handbillett des Kaisers (Nr. 1362). Die fünf dem Kaiser übersandten Berichte, die am 17. März zurückkamen, sind auf Marginalanordnung des Kaisers vom Reichskanzler dann am 25./26. März an den Generalstab übersandt worden; auch dem Botschafter in Wien Fürsten Reuß wurden am 25. März mehrere dieser Berichte zur Mitteilung an Graf Kálnoky zugefertigt. Die übrigen 15 Stücke der Kiewer Sendung (ein Begleitschreiben und 14 Berichte) sind nach Empfang des kaiserlichen Handbilletts von Bismarck sämtlich dem Kaiser vorgelegt worden, der sie am 24. März zurücksandte. Sie betreffen, wie Bismarck in seinem Immediatbericht vom 17. März (Nr. 1362) schreibt, nur „Zustände religiöser und sozialer Natur". Die Gegenstände der Berichterstattung sind die folgenden: 1. und 2. Handhabung des Ukas betr. deutsche Pächter und ausländische Kolonisten; 3. Stimmung in Südwestrußland; 4. die neuernannten Gouverneure; 5. das slawische Komitee; 6. und 7. die Bekämpfung der Stundisten; 8. Unterschleife in der Universität Kiew; 9. die Kiewer Jubelfeier; 10. die deutsche Kolonisation in Südrußland; 11. Zollerhöhung auf landwirtschaftliche Maschinen; 12. geschäftliche Lage von Südwestrußland; 13. und 14. Nachrichtenbeschaffung und Reiseurlaub des Konsuls.

Nr. 1361

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Eigenhändiges Handbillett

Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Und muß ich es sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Oesterreicher zu warnen, und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoe meinerseits nicht mehr zu denken!

W.

Die Berichte sind vorzüglich

Nr. 1362

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 17. März 1890

Euere Majestät haben mir heute fünf Berichte des Konsuls in Kiew mittelst Allerhöchsten Handbilletts wieder zugefertigt, in welchem Euere Majestät an erster Stelle auszusprechen geruhen, wie „diese Berichte aufs klarste erkennen ließen, daß die Russen in vollstem strategischem Aufmarsch seien, um zum Kriege zu schreiten".

Mit Bezug auf diese Allerhöchste Äußerung gestatte ich mir ehrfurchtsvoll die beiliegende Aufzeichnung des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke vom 30. November 1887 Euerer Majestät zu unterbreiten, welche schon damals die Überzeugung aussprach, daß die Russen den Aufmarsch der Armee seit dem Beginn des Jahres 1887 ins Werk gesetzt hätten**. Trotzdem ist der Frieden nicht nur drei Jahre erhalten, sondern sind die Beziehungen zu Rußland wesentlich gebessert worden.

Der hochselige Kaiser Wilhelm war zu jener Zeit derselben Überzeugung, welche Euere Majestät mir in den letzten Monaten wiederholt auszusprechen die Gnade hatten, daß jener sogenannte Aufmarsch der russischen Armee für Deutschland nichts direkt Beunruhigendes hätte.

Trotzdem wurde die vorliegende Ausarbeitung des Chefs des Generalstabes im Dezember 1887 nach Wien mitgeteilt, und ist die Veranlassung zu den vielfachen und gewichtigen Vorsichtsmaßregeln geworden, welche die österreichisch-ungarische Heeresleitung von dem genannten Zeitpunkt in umfassendem Maße getroffen hat. Die damals von dem

---

* Bereits veröffentlicht u. a. in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" Bd. III, S. 88.

** Vgl. Kap. XXXVII: Russisch-Österreichische Kriegsgefahr, Nr. 1163, Fußnote **.

Militärattaché in Wien auf eigene Initiative geübte Einwirkung rief beim Kaiser von Rußland eine erhebliche, vielleicht noch heute nicht überwundene Verstimmung hervor*.

Ich gestatte mir nur an diesen Euerer Majestät von früher her bekannten Vorgang alleruntertänigst zu erinnern, um an der Hand desselben von einer neuen militärischen Warnung, wie Euerer Majestät Handbillett sie anbefiehlt, ehrfurchtsvoll abzuraten.

Unsere Beziehungen zu Rußland sind besonders seit dem Oktoberbesuch des Zaren** und zufolge der Mitteilungen, welche Graf Schuwalow bei seiner heutigen Rückkehr über die Stimmung und die Absichten in betreff der zukünftigen Beziehungen zu Rußland gemacht hat, bisher so gute und klare, daß sie ein Mißtrauen in höchstdessen Absichten nicht rechtfertigen: In Österreich wird man aber über russische militärische Maßnahmen sicherere Nachrichten haben, als sie die Informationen des Konsuls in Kiew zu geben vermögen.

Euere Majestät geruhten bisher, meine Überzeugung zu teilen, daß russische Truppenschiebungen nach dem Südwesten für uns eher eine Erleichterung bedeuten, weil sie anderen Zielen zu dienen bestimmt sind als der Aufnahme eines Kampfes mit der deutschen Macht.

Wenn Euere Majestät das Allerhöchste Bedauern aussprechen, daß Allerhöchstdieselben so wenig von den Kiewer Berichten erhalten haben, so bemerke ich ehrfurchtsvoll, daß eine Prüfung der Akten ergeben hat, daß sämtliche Berichte militärischen Inhalts aus Kiew seit Euerer Majestät Thronbesteigung entweder Euerer Majestät direkt unterbreitet oder dem Chef des Generalstabes mitgeteilt worden sind, welcher dann seinerseits zu ermessen hat, ob der Inhalt wichtig genug ist, um Euerer Majestät vorgetragen zu werden.

Alle Berichte ohne vorhergehende Prüfung durch mich oder durch den Generalstab Euerer Majestät direkt zu übersenden, würde an Euerer Majestät Zeit und Arbeit einen noch höheren Anspruch als den bisherigen stellen, und schon das bisher an Euere Majestät unmittelbar gelangende Material ist so ausgedehnt, daß Allerhöchstdieselben in der Unmöglichkeit sind, die vorgelegten Aktenstücke so rechtzeitig, wie die weitere Arbeit erfordert, zurückgelangen zu lassen. Dieser Geschäftsgang ist zur Zeit des hochseligen Kaisers Wilhelm stets eingehalten worden und empfahl sich aus dem Grunde, daß der Chef des Generalstabes, welcher allein die militärische Gesamtübersicht hat, besser in der Lage war, Euerer Majestät die Vorlagen unter dem richtigen Gesichtspunkt zu unterbreiten als das Auswärtige Amt.

Berichte militärischen Inhalts aus Kiew, welche Euere Majestät oder der Chef des Generalstabes nicht erhalten hätten, sind somit nicht vorhanden.

---

* Vgl. Nr. 1164, 1165.
** Vgl. Nr. 1358.

Der Konsul in Kiew hat selten eine sichere Gelegenheit für eine vertrauliche Berichterstattung: sie erfolgt in der Regel nur, wenn er selbst oder sein Sekretär auf Urlaub gehen oder eigens an unsere Grenze reisen. Das Konvolut von Berichten, welches auf letzterem Wege hier eingegangen ist, war so umfangreich, daß ich darunter nur die Berichte militärischen Inhalts — fünf an der Zahl — Euerer Majestät unterbreitet, die übrigen aber, Zustände religiöser und sozialer Natur betreffend, in den Geschäftsgang gegeben habe, um dasjenige auszuziehen und zu berichten, was etwa für Euere Majestät von Interesse sein könnte.

Nach Euerer Majestät Handbillett gestatte ich mir nunmehr Allerhöchstdenselben im beiliegenden Kuwert die ganze letzte Expedition aus Kiew vorzulegen, welche nicht militärische Dinge behandelt, die zu perlustrieren im Auswärtigen Amt bisher nicht die Zeit war, und von denen ich nach ihrem Umfange annehmen mußte, daß Euere Majestät nicht die Muße finden würden, sie zu lesen. Dieselben betreffen allgemeine Stimmungen, die Lage der Kolonisten, den Stundismus und Preßerzeugnisse, haben aber nichts zu tun mit dem von Euerer Majestät erhobenen Vorwurf.

v. Bismarck

Nr. 1363

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 83 Paris, den 25. März 1890

Die außergewöhnlich ernste und mit wenigen Ausnahmen achtungsvolle Sprache, mit welcher die französische Presse sich über den Rücktritt des Fürsten von Bismarck* geäußert hat, zeigt, wie tief der Eindruck dieses Ereignisses hier gewesen ist. So sehr auch diese Presse seit Jahren bemüht gewesen ist, die deutsche Politik zu verlästern, ihr aggressive Pläne anzudichten, in jedem politischen Ereignis die intrigierende Hand des Fürsten von Bismarck zu entdecken und in persönlicher Verunglimpfung desselben sich zu erschöpfen, so wenig ist sie nun geneigt, den Weggang des deutschen Staatsmannes zu bejubeln. Sie ist im Gegenteil nahezu einstimmig darin, das Ereignis als ein für Frankreich keineswegs erfreuliches zu bezeichnen, und zollt, teils widerstrebend und verdeckt, teils offen und gern der Friedenspolitik des gewesenen Reichskanzlers eine verspätete Anerkennung. Die Zukunft erscheint ihr nunmehr besorgniserregend, die Befürchtung liege nahe, daß die deutsche Politik kriegerischen Verwicklungen zustrebe oder zugetrieben werde, daß europäische Fragen sich zu unlösbaren Knoten verschlingen könnten, nachdem die kundige Hand des Meisters zur Lösung fehle. Dabei ist jedoch anzuerkennen, daß die

* 20. März 1890.

französische Presse im ganzen weit weniger, als sie es zu treiben liebte, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige kriegerische Gelüste andichtet, überhaupt der erhabenen Person Seiner Majestät, wenn auch noch mit einer gewissen Scheu, eine Beurteilung entgegenbringt, welche nicht fern von Bewunderung liegt. Die Sinnesänderung in dieser Beziehung ist unzweifelhaft zum größten Teil durch die Erkenntnis der hochherzigen Bestrebungen Seiner Majestät in den Arbeiterfragen herbeigeführt. Nicht wenige öffentliche Stimmen sprechen es unverhohlen aus, daß in der Sorge des deutschen Kaisers um friedliche Lösung der weltbedrohenden wirtschaftlichen Fragen eine Gewähr des politischen Friedens liege. Staatsmänner wie Foucher de Careil, Courcel, Chaudordy, Barthélemy St. Hilaire haben sich in Interviews in diesem Sinne ausgesprochen. Der letztgenannte glaubt übrigens an eine Annäherung Deutschlands an Rußland, wofür Fürst Bismarck ein Hindernis gewesen sei; eine Ansicht, welche auch Ferrys Blatt „L'Estafette" vertritt.

Nahezu sämtliche Blätter jedoch sehen in dem Rücktritt des Fürsten von Bismarck eine Schwächung des Dreibundes, Schwierigkeiten und Erkaltung der Beziehungen mit Österreich und Italien. Herrn Crispi wird ebenfalls baldiger Sturz geweissagt. Man fühlt durch, wie sich in diesen Preßstimmen bereits Hoffnungen auf veränderte politische Konstellationen regen.

Wie in der Presse, so hat das Ereignis auch in den leitenden politischen Kreisen lebhafte Erregung hervorgebracht. Im Ministerium des Äußern hat mehrere Tage hindurch ängstliche Spannung geherrscht, weil zuverlässige Mitteilungen darüber fehlten, ob etwa Fragen der auswärtigen Politik den Rücktritt des Reichskanzlers veranlaßt hätten. Sehr beruhigend hat in dieser Beziehung die Kundgebung Seiner Majestät gewirkt, daß allerhöchstderselbe fest entschlossen sei, die bisher innegehaltene Friedenspolitik fortzusetzen. Indessen sind damit nicht alle Befürchtungen beseitigt. Die vorherrschende Ansicht ist auch in den Kreisen der Regierung die, daß nunmehr ein Zustand, in welchen man sich leidlich eingelebt hatte, vorüber sei, und daß man nunmehr vor dem Ungewissen und Unbekannten stehe. Am Quai d'Orsay hat man, wie ich wahrzunehmen in der Lage gewesen, die Zuversicht, bei Deutschland auch künftighin dem aufrichtigen Wunsch friedlichen Nebeneinanderlebens zu begegnen. Dagegen fürchtet man von Italien, wenn auch nicht gerade kriegerische Absichten, so doch Neigung zu Schikanen, wenn der Nervosität Herrn Crispis nicht mehr die Autorität des Fürsten von Bismarck beruhigend gegenübersteht.

In der Beurteilung der Wahl des nunmehrigen Herrn Reichskanzlers ist die öffentliche Meinung in Frankreich sehr zurückhaltend, da General von Caprivi wenig bekannt ist. Die Presse liebt es vorläufig, sich aus der Verlegenheit mit der Ausführung zu ziehen, daß die Person des Reichskanzlers nunmehr weniger in Betracht komme, da Seine Majestät

der Kaiser mehr wie zuvor der Leiter der deutschen Politik nach innen wie nach außen sein werde. Im ganzen aber ist die Aufnahme, welche dem Herrn Reichskanzler in der öffentlichen Meinung hier zuteil wird, keine unsympathische. Der Umstand, daß Herr von Caprivi Militär ist, macht weniger Sorge als zu erwarten gewesen wäre. Selbst chauvinistische Blätter meinen, ein Krieger als Reichskanzler sei noch kein kriegerischer Reichskanzler.

v. Schoen

Nr. 1364

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Oberst von Villaume an Kaiser Wilhelm II.

Immediatbericht. Abschrift.

Nr. 122 St. Petersburg, den $\frac{\text{10. April}}{\text{29. März}}$ 1890

Bei den zahlreichen Besuchen, die ich während meiner Rekonvaleszenz empfing, sowie bei den noch zahlreicheren Dankesvisiten, welche ich in der letzten Zeit abstatten mußte, brachten meine russischen Freunde und Gönner fast ohne Ausnahme sehr bald das Gespräch mit mir auf den Rücktritt des Fürsten Bismarck. Derselbe hat, soweit ich es feststellen konnte, und abgesehen von den wie immer höchst kindischen Folgerungen und Betrachtungen der Presse, hier überall einen deprimierenden Eindruck hervorgerufen, der jedoch in seinen Wirkungen eine viel gerechtere Würdigung Deutschlands zur Folge gehabt hat, als dies bisher der Fall war.

Von der Freude, der sich bei dieser Nachricht anfangs ein großer Teil der russischen Presse hingab, welche das Ausscheiden „dieses offenen Feindes Rußlands und des Slawentums“ aus dem Amte als ein beruhigendes und sogar erfreuliches Symptom ansehen zu müssen glaubte, welche für den Dreibund bezw. die Friedensliga schon eine Grabschrift verfaßte, und den Zerfall der großen Schöpfung der Jahre 1870/71 prophezeite — von solchen Hoffnungen und stillen Wünschen habe ich in den Kreisen meiner Bekannten nichts gefunden. Es ist dies ein neuer Beweis der politischen Unreife und der geringen Fühlung der hiesigen Presse mit den maßgebenden Kreisen; sie trifft eben nur dann das Richtige, wenn sie von der Regierung ein mot d’ordre empfängt; auch diesmal hat sie sich erst nach und nach der allgemeinen Stimmung angepaßt.

Bei den intelligenteren Russen dämmerte es aber viel früher; die Anfeindungen und Verdächtigungen, mit denen sie den Fürsten Bismarck seit dem Berliner Kongreß verfolgt hatten, waren plötzlich vergessen; man sah es ein, daß man in ihm nicht einen Feind, sondern einen Freund Rußlands verloren hatte und beklagte in ihm den Mann,

der fast drei Jahrzehnte lang die sicherste Bürgschaft guter Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Reichen gewesen sei und in gewisser Weise den Frieden zwischen beiden garantiert habe; man war zu der Überzeugung gekommen, daß Rußland es eigentlich ihm zu verdanken habe, wenn es seit dem letzten Türkenkriege in Ruhe und Frieden hätte leben, seine Finanzen verbessern und seine Rüstungen vervollständigen können, und so trat an die Stelle der Freude ein aufrichtiges Bedauern über sein Scheiden aus dem öffentlichen Wirken.

Wie weit dies Bedauern geht, beweist unter anderem die Äußerung, welche ein hochgestellter Beamter mir gegenüber tat, der seine Regierung direkt anklagte, diese goldene Zeit nicht genügend ausgenutzt zu haben. „Mit Bismarck als Reichskanzler", meinte er, „würde eine Verständigung zwischen Rußland und Deutschland ohne Österreich[1] möglich gewesen sein, und damit hätten wir freie Hand im Orient gehabt."

Nun fehlt den Russen plötzlich in ihren Zukunftsberechnungen dieser sichere Faktor; an seine Stelle ist „das Ungewisse, Geheimnisvolle der neuen Ära", wie sie es nennen, getreten, und dieses Dunkel der Zukunft erzeugt bei ihnen ein großes Unbehagen; das Selbstvertrauen und die bisherige Überzeugung, die Geschicke Europas zu lenken, sind geschwunden. Mit einer gewissen Bangigkeit sehen sie den von ihnen mit Gewißheit infolge des Rücktritts des Fürsten Bismarck erwarteten großen allgemeinen Umwälzungen und durchgreifenden Veränderungen entgegen und ergehen sich in hypothetischen Betrachtungen über die Richtungen, in denen sich dieselben bewegen könnten, besonders aber über die zukünftige auswärtige Politik Deutschlands. Bei dieser Gelegenheit werden die nach dem Hinscheiden des hochseligen Kaisers, Wilhelm I., Majestät, hier eifrig kolportierten und ziemlich allgemein geglaubten Gerüchte über Ew. Majestät russenfeindliche Gesinnung und kriegerische Absichten wieder aufgewärmt und sogar eine Bestätigung derselben in der Ernennung eines Militärs zum Reichskanzler erblickt, der selbstverständlich ebenfalls sofort ohne jeden Grund zu einem Feinde Rußlands gestempelt worden ist[2].

Die zahlreichen, von mir immer wieder angeführten Beweise, welche seitdem Ew. Majestät festen Willen bekundet haben, an der alten Tradition festzuhalten und mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben, scheinen den Russen nichts mehr zu gelten, seitdem derjenige Mann aus dem Amte geschieden, welcher ihnen plötzlich als der einzige Träger und Hort der traditionellen guten Beziehungen zwischen den beiden Reichen erscheint. Bei den Russen regt sich das böse Gewissen[3] und sie haben das unbehagliche Gefühl, daß der Kaiser von Deutschland, welcher einen so erprobten und erfahrenen Ratgeber von sich lassen konnte, auch unter Umständen nicht davor zurückschrecken würde, dem alten Verbündeten den Laufpaß zu geben, wenn dieser Deutschlands aufrichtiges und so oft bewiesenes Bestreben,

mit ihm gute Nachbarschaft zu halten, nicht durch ein gleiches Entgegenkommen beantworten sollte. Dieser Befürchtung gab z. B. auch Seine Kaiserliche Hoheit der Großfürst Michael Nikolajewitsch mir gegenüber Ausdruck. „Wer bürgt uns jetzt dafür", sagte mir ferner ein alter, uns wohlgesinnter General, „daß Ihr hoher Herr, der ohne einen Bismarck zu regieren den Mut hat, nicht auch einmal ohne Rußland fertig zu werden versuchen will."[4] Ich erwiderte beiden darauf, daß wir zu unserem Bedauern ja schon seit dem Berliner Kongreß infolge der Haltung Rußlands mit dieser Möglichkeit zu rechnen gezwungen wären. Trotzdem würde aber Deutschland auch ferner, ob mit oder ohne Bismarck fest an dem alten Bündnis halten und dem heiligen Vermächtnis seines unvergeßlichen Kaisers, Wilhelm I., treu bleiben, solange Rußland den gleichen Wert auf die Erhaltung dieser Freundschaft legte, und weder den chauvinistischen Revancheideen unserer westlichen Nachbarn Vorschub leistete, noch sich den panslawistischen Fanatikern auslieferte, welche im Innern und im Auslande wühlten und zum Deutschenhaß sowie zum Kriege aufreizten.

Gerade in militärischen Kreisen scheint mir dieses Gefühl des Unbehagens und der Ungewißheit wegen der Zukunft besonders entwickelt und durch die Ernennung des Generals von Caprivi, „eines Militärs von großem Ruf", wie man hier sagt, zum Reichskanzler, noch vermehrt zu sein. Die bisherige sichere Aussicht auf Erhaltung des Friedens (nämlich solange wie es Rußland genehm war)[5] ist von neuem der Besorgnis gewichen, die sich schon bei Ew. Majestät Regierungsantritt bemerklich machte, daß Deutschland bei etwaigen Herausforderungen oder feindseligem Verhalten seines westlichen oder östlichen Nachbars jetzt eine größere den Frieden bedrohende Empfindlichkeit zeigen könnte als bisher, und Rußland dann vielleicht weder seine Rüstungen noch die mindestens noch drei Jahre in Anspruch nehmende Umbewaffnung seiner Infanterie zu Ende führen könnte. Es sollte mich nicht wundern, wenn der allen Kreisen gemeinsame und jetzt besonders rege Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens selbst mit dem Opfer eines engeren Anschlusses an Deutschland, auch in dem offiziellen Verkehr zwischen den beiden Reichen, von hier aus zum Ausdruck gelangte. Hat doch der Kaiser bereits in der Euerer Majestät Botschafter gewährten letzten Audienz mehr wie je zuvor die Vorteile eines festen Zusammenhaltens beider Reiche betont; schreibt doch der „Grashdanin", das sogenannte Hofjournal, ebenfalls: „Jetzt ist es jedenfalls leichter als unter Bismarck, geregelte Beziehungen zu Deutschland herzustellen, die den historischen Traditionen und den gegenseitigen Interessen der beiden Nachbarreiche entsprechen würden"[6].

Auch anderen Zeitungen scheint in neuester Zeit die Erhaltung der guten Beziehungen mit Deutschland wieder wertvoll geworden zu sein; die eine läßt den Rücktritt des Fürsten Bismarck „um Ruß-

lands willen" erfolgt sein, die andere führt aus, daß, nachdem „das Deutschland Bismarcks, welches eine gegen Rußland gerichtete feindselige Macht gewesen", verschwunden sei, Rußland dem neuen Deutschland gegenüber keinen Grund mehr zu dem bisherigen Mißtrauen habe.

Jedenfalls macht sich schon jetzt eine merkliche Abnahme des Dünkels, der bisherigen Überhebung und des hochmütigen Gefühls der Sicherheit, welches man in den letzten Jahren zur Schau trug, geltend, und man rechnet wieder mehr mit Deutschland. Die so sehr gerühmte „nationale Politik der freien Hand", das Ungebundensein Rußlands, erscheint nun plötzlich als eine nicht unbedenkliche Isolierung[7], und man hört und liest nicht mehr, daß der Zar die Geschicke Europas in seiner Hand halte. Dieses Gefühl der Vereinsamung ist noch verstärkt worden durch die Ausschließung Rußlands von der Arbeiterkonferenz*, durch die hier sehr bemerkte gnädige Aufnahme, welche Euere Majestät den französischen Delegierten huldreichst zuteil werden ließen, ferner durch die Anerkennung, welche die besseren französischen Zeitungen Euerer Majestät Initiative in dieser wichtigen Frage gezollt haben, und endlich auch durch den Besuch des Prinzen von Wales in Berlin**.

Die Art und Weise, wie man mir gegenüber dieser Ereignisse Erwähnung tut, zeigt ebensoviel Mißtrauen gegen uns, wie gegen Frankreich und England. Am meisten ist man jedoch durch die den Russen jetzt näher als sonst gerückt scheinende Möglichkeit beunruhigt, daß Deutschland sich mit Frankreich auf einen besseren Fuß stellen[8] und auf diese Weise Rußland völlig isolieren könnte. Hält es doch der „Swjet", eines der Organe der panslawistischen Partei, bereits für nötig, die Franzosen eindringlich zu ermahnen, „den Versuchungen von Berlin aus zu widerstehen, sowie die Ehre und nationale Würde Frankreichs zu wahren".

Einen Trost und eine gewisse Beruhigung in dieser pessimistischen Auffassung findet man nur in der von Euerer Majestät noch jüngst in dem allergnädigsten Erlaß an den Fürsten Bismarck von neuem betonten Willensmeinung, an der bisherigen „weisen und tatkräftigen Friedenspolitik festzuhalten"*** und hofft außerdem, daß die

---

* Daß an Rußland keine Einladung zu der seit dem 15. März in Berlin tagenden internationalen Arbeiterschutzkonferenz ergangen war, erklärt sich daraus, daß von vornherein nur die Teilnahme der „hauptsächlicheren Industriestaaten" vorgesehen war.

** Er war zum Zweck der Teilnahme an einem Kapitel des Schwarzen Adlerordens, auf dem die Investitur seines Sohnes, des Prinzen Georg, des jetzigen Königs Georg V., stattfinden sollte, am 21. März in Berlin eingetroffen.

*** In dem Kaiserlichen Erlaß vom 20. März, mit dem dem Fürsten Bismarck der Abschied erteilt wurde, hieß es u. a.: „Auch im Auslande wird Ihrer weisen und tatkräftigen Friedenspolitik, die ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden."

Durchführung der Maßregeln zum Wohle des Arbeiterstandes Euere Majestät noch für lange Zeit fast ausschließlich in Anspruch nehmen und von der äußeren Politik abziehen würden.

(gez.) von Villaume

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. (in Abschrift):
[1] Aufrichtig aber nicht schmeichelhaft
[2] das böse Gewissen diktirt diesen Unsinn den Russen!
[3] s[iehe] o[ben]
[4] es soll mir im Dreibund stets willkommen sein, aber dann auch ehrlich eingestehen, was es will und nicht Unmögliches verlangen!
[5] ja eben!
[6] Ei! Mein Fürst Meschtscherski vor 8 Tagen lauteten Ihre Artikel anders!
[7] sehr gesund!
[8] soweit es mit Anstand möglich, allerdings!

Nr. 1365

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 131 St. Petersburg, den 28. April 1890
Ganz vertraulich

Da jetzt ein voller Monat vergangen ist, seit sich in Berlin der Kanzlerwechsel vollzog, so erscheint es zulässig, die Wirkungen zu beurteilen, welche dieses Ereignis in St. Petersburg bis jetzt hervorgebracht hat; der erste Eindruck desselben war, wenn ich nicht irre, im allgemeinen an der Peripherie stärker als im Zentrum; das Erstaunen fand in New-York, Paris, Rom, Wien und St. Petersburg lauteren Ausdruck als in Berlin; so wie der Blitz das, was er zerstört, noch hell beleuchtet[1], so brachte der Abgang des Fürsten Bismarck den russischen Politikern plötzlich vor Augen, was sie mit ihm und durch ihn hätten erreichen können. Nicht bloß an leitender Stelle, sondern auch in weiteren einflußreichen Kreisen war es bekannt, daß der Fürst nichts dagegen einzuwenden gehabt haben würde, wenn Rußland den Arm nach dem „Schlüssel seines Hauses“ ausgestreckt hätte[2]; aber sie trauten ihm nicht, und es fehlte ihnen auch an ernstem Willen und an Mut zu dem kühnen Griff. Jetzt nun wurde ihnen mit einem Male deutlich, nicht bloß, daß sie den Anschluß versäumt haben, sondern auch, daß die Macht nicht mehr in den Händen des Mannes ruht, welcher niemals zugegeben haben würde, daß Deutschland ohne zwingende Notwendigkeit einen Angriffskrieg gegen Rußland unternehme.

Die moderne Geschichtsschreibung, von Busch und Poschinger bis zu Sybel, ist so umfassend und indiskret gewesen, daß auch den

Russen die ganze Laufbahn unseres großen Staatsmannes in ihrem Zusammenhange mit Rußland verständlich geworden ist und zwar von ihrem Beginne an: Herrn von Bismarcks Verkehr mit dem russischen Gesandten Baron Budberg vor Olmütz, seine Tätigkeit in Frankfurt während des Krimkrieges, sein ebenso geniales wie gewagtes Eingreifen in den polnischen Aufstand und so fort bis zu dem rücksichtslosen, fast grausamen Auftreten gegen den Prinzen Alexander von Battenberg. Einsichtige Russen haben hieraus den übrigens von selbst sich ergebenden Schluß gezogen, daß Fürst Bismarck, der die großen nationalen Taten von 1864, 1866 und 1870 nur in der Voraussetzung, daß Rußland ruhig bleiben würde, unternehmen und durchführen konnte, bei der Überzeugung verharrte, die Freundschaft der Zaren sei für das Bestehen seines Werkes ebenso vorteilhaft, wie sie für das Entstehen desselben notwendig gewesen war.

Das neue deutsche Reich hat viele Gegner, deren einige sich unter gewissen, allerdings für sie selbst verhängnisvollen Folgen mit Rußland gegen uns verbinden könnten, es hat aber auch gefährliche Widersacher, welche gleichzeitig unversöhnliche Feinde Rußlands sind; diese gemeinsamen Gegner wohnen im Vatikan und an der tausend Kilometer langen russisch-preußischen Grenze.

Durch die zwar nie ausgeführte, aber erfolgreiche sogenannte Alvenslebensche Konvention vom Jahre 1863* hat Herr von Bismarck bei Beginn seiner Ministerschaft bewiesen, wie er über die gegenseitigen Beziehungen der beiden akatholischen Teilungsmächte denkt und bis zum Schlusse ist er dieser Auffassung treu geblieben; er hat sie, leider mit großer Härte, durch die Massenausweisungen der russischen und galizischen Polen aus unseren östlichen Provinzen noch in den letztvergangenen Jahren betätigt.

Durch diese und noch manche andere vom Fürsten Bismarck gegebenen Proben seiner entschiedenen Abneigung gegen einen deutsch-russischen Krieg war man hier, in neuester Zeit, in ein Sicherheitsgefühl eingewiegt worden, aus welchem man jetzt ziemlich unsanft aufgeweckt worden ist; man sieht sich plötzlich, isoliert in Europa, einer neuen, nicht minder starken, aber weniger berechenbaren, dagegen jeden Augenblick schlagbereiten Kraft gegenüber; hierdurch ist eine recht heilsame Furcht erzeugt worden, was nur nützlich wirken kann, solange als kein Mißtrauen hinzutritt; Furcht ist wohl vereinbar mit Vertrauen, ohne dieses muß sie früher oder später dahin führen, daß man Sicherheit bei anderen sucht. Um den Effekt zu verstehen, welchen die Kunde vom Sturze des Fürsten Bismarck Mitte März 1890 im Anitschkow-Palais hervorgebracht hat, muß man sich die Frage

* Gemeint ist die durch den General Gustav von Alvensleben am 8. Februar 1863 abgeschlossene Militärkonvention, durch die sich Preußen dem Zaren zur Unterdrückung der polnischen Revolution zur Verfügung stellte. Vgl. Bismarcks Gedanken und Erinnerungen Bd. I, Kap. XV: Die Alvenslebensche Konvention.

vorlegen, welche Wirkung dieselbe Nachricht im Frühjahr 1888 in Rußland gehabt haben würde, wenn der Reichskanzler wegen der Battenbergschen Angelegenheit zurückgetreten wäre*. Ich kann auf Grund dessen, was ich nach jener traurigen Episode hier in Erfahrung gebracht habe, versichern, daß am Hofe, in der Gesellschaft und im Publikum die Freude über den Abgang des Fürsten Bismarck so übergroß gewesen sein würde, daß die Battenbergsche Heirat gar nicht beachtet worden wäre.

Warum bedauert man nun jetzt dasselbe Ereignis, welches man vor zwei Jahren mit Jubel begrüßt haben würde? Meine Antwort auf diese Frage ist: weil damals Deutschland durch den Rücktritt des Kanzlers geschwächt worden wäre, und weil man heute in Petersburg das Gegenteil glaubt[3].

Der Kaiser Alexander ließ mich bald nach Empfang der Nachricht vom Abgange des Fürsten Bismarck zu sich bescheiden; Seine Majestät ließ dem großen Staatsmanne Gerechtigkeit widerfahren, indem er sagte, Fürst Bismarck habe Rußland manchmal recht weh getan, aber jetzt sei man doch zu richtigem Verständnis seiner Tätigkeit beim Berliner Kongreß gekommen; auch habe er, der Zar, namentlich bei der letzten Unterredung in Berlin, das volle Vertrauen gewonnen, daß der Fürst keine feindlichen Absichten hege**. Der Kaiser ließ nicht undeutlich die Vermutung durchblicken, die deutsche Nation würde ihrem Wunsche, daß der Fürst Bismarck im Amte bleibe, so lauten Ausdruck verleihen, daß er bald wieder auf seinen Posten zurückkehren würde[4]; ich erlaubte mir zu erwidern, daß so etwas bei uns undenkbar sei; die Stimme des Volkes könne der Krone nicht ihre Räte aufdrängen; daß der Fürst bei großen Entscheidungen zugezogen werden würde, sei dagegen wahrscheinlich.

Der Kaiser kam dann auf die ihn beunruhigende Meldung[5] zu sprechen, wonach der Abgang des Fürsten nicht durch innere Fragen, sondern durch eine Meinungsverschiedenheit über die Beziehungen zu Rußland herbeigeführt worden wäre. Hierüber habe ich schon ehrerbietigst berichtet***. Als hierauf Seine Majestät nochmals die Erwartung aussprach, daß in Berlin und überhaupt in Deutschland große Erregung entstehen werde, gestattete ich mir zu entgegnen, daß ich diese Erwartung nicht teile: ich hätte nämlich bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin trotz meiner Bewunderung und treuen Verehrung für den Fürsten die Überzeugung gewonnen, daß wir im

---

* Siehe Kap. XLII, Nr. 1331.
** Diese authentisch überlieferte Äußerung Kaiser Alexanders III. fällt schwer ins Gewicht gegenüber den von Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler von Caprivi im Sommer 1892, zur Zeit des schärfsten Konflikts mit Bismarck, vorgebrachten gegenteiligen Äußerungen des russischen Kaisers. Vgl. Otto Hammann, Der neue Kurs (1918), S. 22 f., 60 f.
*** Vgl. Bd. VII, Kap. XLIV.

Innern vor einem dead lock ständen[6]; ich hätte demnach Ursache anzunehmen, daß viele meiner Landsleute gleiche Anschauungen hegten und, wenn auch mit tiefem Schmerze, sich sagten, daß es so wie jetzt nicht mehr lange weitergehen konnte.

Der Kaiser Alexander entließ mich dann, wie schon früher gemeldet, mit dem Auftrage, ich möge unseren allergnädigsten Kaiser und Herrn seines Vertrauens versichern, daß der Abgang des Reichskanzlers weder an den persönlichen noch an den politischen Beziehungen etwas ändern werde[7].

Auf Wunsch des Kaisers ist dann der Preßleitung die Weisung erteilt worden, dafür zu sorgen, daß die Zeitungen nicht zu lebhaft Partei für den Fürsten Bismarck ergreifen möchten.

Die Haltung der russischen Presse ist seitdem, abgesehen von einigen Ausfällen des „Grashdanin", maßvoll gewesen und jedenfalls anständiger als diejenige der deutschen freisinnigen und auch anderer Blätter. Der Fürst hat den Russen manches Leid zugefügt, er hat eine Tripelallianz gegen sie zustande gebracht, den Wert ihrer Papiere und den Kurs ihres Rubels herabzudrücken gesucht und sie durch vexatorische Maßregeln aufs äußerste gereizt, z. B. zur Zeit der Pest von Wetljanka, aber es würde ihnen doch lieber gewesen sein, wenn er im Amte geblieben wäre; sie wußten, daß er keinen Krieg wollte, und daß er aus politischer Überzeugung taub blieb für die Klagen der baltischen Deutschen, der Lutheraner und der Kolonisten[8]. Viele waren ihm auch wohl dankbar dafür, daß er sie durch seine Friedensliga vor ihren eigenen panslawistischen oder chauvinistischen Verführern schützte.

Zum Schlusse bleibt mir noch die Frage zu beantworten, mit welcher die Berichterstattung aus anderen Hauptstädten wohl begonnen haben dürfte, nämlich: welchen Eindruck hat der Kanzlerwechsel auf den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemacht, und inwiefern kann er dessen Stellung stärken oder schwächen?

Die erste Empfindung des Herrn von Giers, als er die große Neuigkeit erfuhr, läßt sich wohl am besten durch das „ouff!" ausdrücken, welches der erste Napoleon, wie er einmal zu seinen Marschällen sagte, von ihnen erwartete, wenn er auf der Höhe der Macht stürbe; vom Fürsten ließ sich der russische Minister freilich vieles gern gefallen, aber der Graf hat ihn manchmal gekränkt. Als im Frühjahr 1888 der Rücktritt des Reichskanzlers erwartet wurde, sagte Herr von Giers: „J'espère que rien ne changera, excepté le ton"; dies war auch jetzt seine Hoffnung; er hat sich aber doch bald der Wahrnehmung nicht verschließen können, daß auch außer dem Ton manches anders geworden ist. „L'Empereur", so hat mir der Minister nun schon mehrere Male gesagt, „regrette pourtant la démission du Prince de Bismarck"; aber sowohl bei ihm, wie bei seinem Kaiserlichen Herrn ist der beste Wille[9] vorhanden, die guten Beziehungen zu pflegen

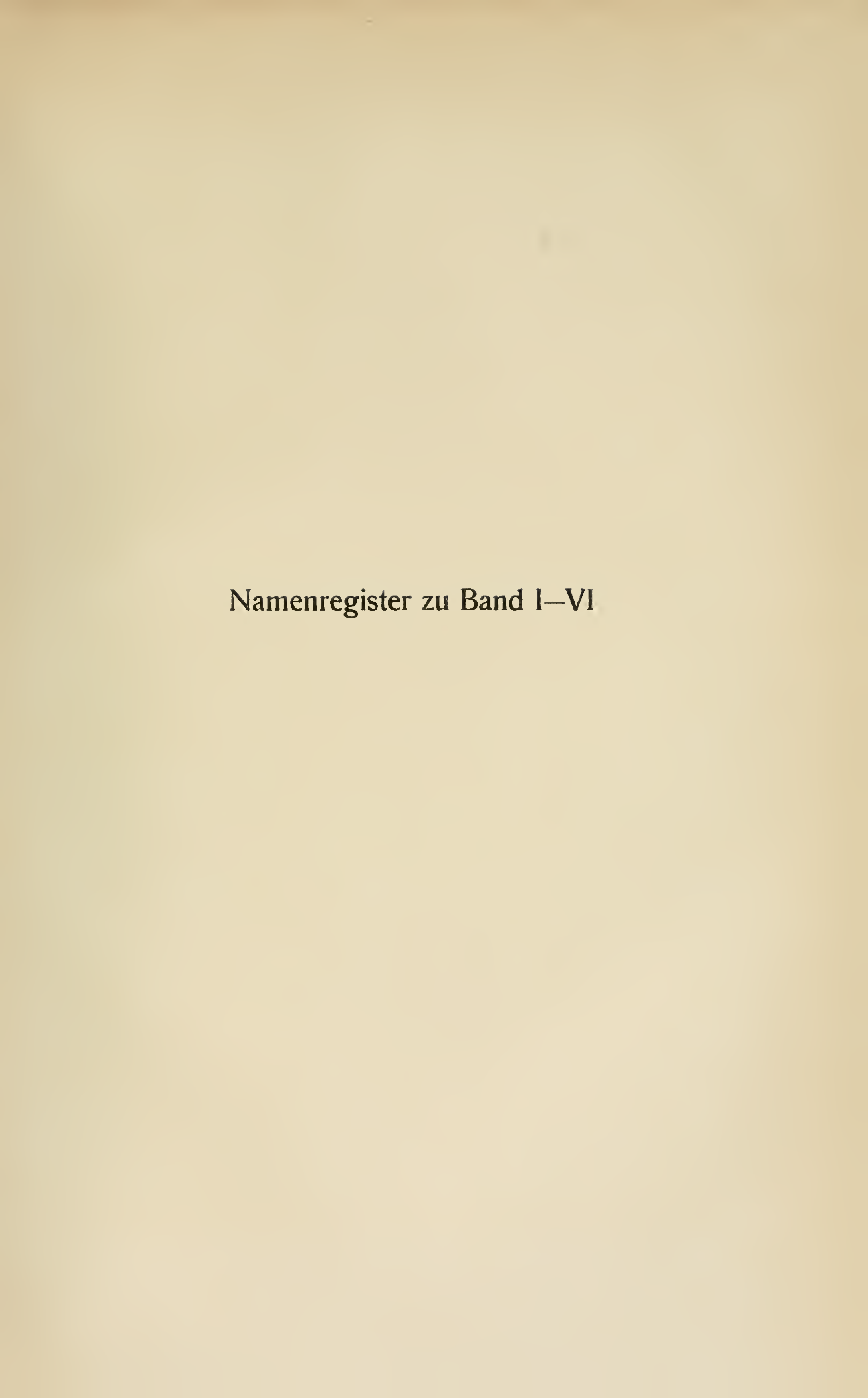
und womöglich noch besser zu gestalten; es fehlt auch nicht an Verständnis für die Kräftigung monarchischer Autorität, welche in den neuesten Ereignissen unverkennbar hervortritt.

Die Stellung des Herrn von Giers fand allerdings im Fürsten Bismarck eine feste Stütze, sowohl im Auslande, besonders in Wien, als auch in Rußland; sie wird aber vorläufig durch seinen Abgang nicht entkräftet, denn sie hängt doch einzig und allein von seinem Kaiser ab, und mit diesem hat auch die fremde Diplomatie zu rechnen, deren Alpha und Omega die richtige Behandlung Seiner Majestät ist.

v. Schweinitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Hübsch ausgedrückt
2 ich auch nicht, wenn sie es nur offen thun.
3 sehr bezeichnend aber richtig!
4 !!
5 Schouvalow! wahrscheinlich auf Befehl!
6 ja
7 gut.
8 ich auch
9 er übertrage sich in die That!



Namenregister zu Band I—VI

Vorbemerkung. Das nachfolgende Namenverzeichnis zu Band I bis VI führt sämtliche im Text der abgedruckten Schriftstücke, sowie in den Anmerkungen genannten Persönlichkeiten aus den Jahren 1870—1890 auf. Es ist versucht worden, auch die Stellung, die die genannten Persönlichkeiten jeweils eingenommen haben, möglichst genau, jedoch unter Fortfall der überflüssigen Titulaturen, anzugeben. Allerdings läßt sich die Zeitdauer des Verweilens der Botschaftssekretäre und sonstigen jüngeren diplomatischen Beamten auf ihren rasch wechselnden Posten oft nur annähernd feststellen, da lediglich die „Foreign Office List" und das „Jahrbuch des K. u. K. Auswärtigen Dienstes" genaue Daten geben. In einer Anzahl von Fällen begnügt sich das Register deshalb damit, das Jahr, in dem die betreffenden Persönlichkeiten vorkommen, in Klammern anzumerken.

Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis wird am Schluß der ganzen Publikation erfolgen. Auch ein nach Absendern und Empfängern geordnetes Inhaltsverzeichnis, das nach ursprünglicher Absicht schon dem VI. Bande beigegeben werden sollte, wird zweckmäßiger dem Schlußregister vorbehalten bleiben.

Berichtigungen zu Band I—VI

Band I.

S. 81, Zeile 11 von oben lies „Aufschub[2]“, statt „Aufschub“.
S. 122, Zeile 6 von unten lies „Votre note“, statt „notre note“.
S. 213, Anm. ** die Fassung im Texte „mit der Republik“ besteht zu Recht gegenüber der Emendierung „mit der Monarchie“.

Band II.

S. 127, Zeile 3 von oben lies „Ausschreitungen“, statt „Ausschreibungen“.
S. 209, Zeile 2 von unten lies „Her Majestys“, statt „His Majestys“.
S. 335, Zeile 14 von oben lies „Turnor“, statt „Turner“.

Band III.

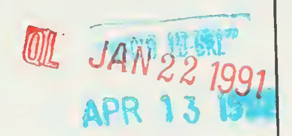
S. 13, Zeile 9 von oben lies „Wedel“, statt „Wedell“.
S. 30, Zeile 13 von oben lies „Gelegenheit“, statt „Gelenheit“.
S. 87, Zeile 7 von oben lies „Onou“, statt „Onon“.
S. 119, Zeile 6 von unten lies „beispiellose“, statt „beispielslose“.
S. 190, Anm. *, Zeile 4 lies „Mancini“, statt „Maneini“.
S. 213, Anm. ***, Zeile 2 lies „Skobelew“, statt „Skobolew“.
S. 287, Anm. die Worte „österreich-ungarischer“ sind zu streichen.
S. 369, Anm. *, Zeile 2 lies „Kálnoky“, statt „Kálnocky“.
S. 389, Anm. **, Zeile 1 lies „1879“, statt „1878“.
S. 451, Anm., Zeile 2 von unten lies „Minister des Äußern“, statt „Ministerpräsident“.

Band IV.

S. 25, Anm. ***, Zeile 2 lies „Ernennung“, statt „nennung“.
S. 26, Zeile 9 von oben lies „Interesses“, statt „Interesse“.
S. 97, Zeile 6 von oben lies „durch“, statt „druch“.
S. 158, Anm. **, letzte Zeile lies „1886“, statt „1899“.
S. 174, Zeile 8 von unten lies „Afghanistan“, statt „Abghanistan“.
S. 190, Zeile 18 von oben lies „prêt“, statt „prêts“.
S. 225, Anm. *, Zeile 4 lies „Gotthardlinie“, statt „Gotthardtlinie“.
S. 251, Zeile 8 von oben lies „la mer“, statt „le mer“.
S. 270, Anm. *, Zeile 2 lies „Hatzfeldt“, statt „Hatzfeld“.
S. 339, Anm., Zeile 1 lies „7. Juli“, statt „7. August“.
S. 355, Zeile 2 von oben lies „accord à trois“, statt „accord trois“.
S. 373, Zeile 14 von unten lies „H[atzfeldt]“, statt „K[álnoky]“.

Band V.

S. 24, Anm. *, Zeile 1 lies „Vertreter“, statt „Botschafter“.
S. 304, Zeile 8 von unten: Die Lesart „drei Jahre statt fünf“ ist offenbar ein Schreibfehler Graf Rantzaus; die richtige Lesart wird sein: „fünf Jahre statt drei“.



Date Due

